№ 253. Freitag, den 1. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Die Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. I. Rechenschaftsbericht der Reichsbank. Schul-Concessionen.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Die französische Thronrede. Die Zollconferenz. Patente. Miethverhältnisse. Gebäudesteuer. Bonn: Kilian's Nachfolger. Frankfurt: Nachdruckspriviligium. Wien: Das Budget des Ministerium des Aeußern. Dänische Frage. — Dänemark. Kopenhagen: Das Reich Dänemark. — Großbritannien. London: Der preußische Landtag. Eheproceß. — Frankreich. Paris: Die Beamten in der Legislative. Briefe Napoleons I. Carricaturen. Napoleon III. als Herr der Welt. Eindruck der Thronrede. — Spanien. Madrid: Nachrichten aus San Domingo. Thronrede. — Italien. Venedig: Universität zu Padua. Königreich beider Sicilien. Priesterehen. Maler Seitz. — America. Rio de Janeiro: Berichte vom Plata-Strom Bürgerkrieg vom Uruguay.
**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 1. November. In einer Reihe von Betrachtungen über die estländische Steuerverfassung sind von uns diejenigen Merkmale hervorgehoben worden, welchen unsere provinciellen Steuerordnungen ihren Bestand gegenüber den für das Reich bisher geltend gewesenen Satzungen verdanken. Nachdem nun dieses Reichssystem officiell verurtheilt worden und ein neues auf wesentlich anderen Principien hergestellt werden soll, frägt es sich, wie zu dem neuen Entwurf, welcher bis zum Frühjahre alle Stadien der Gesetzgebung durchlaufen haben dürfte, unsere Provinzen sich zu verhalten haben. Die Frage ist so sehr an der Zeit, daß jeder ernste Versuch, sie zu beantworten, berechtigt ist, obwol noch manche Daten und Nachweise vermißt werden und die Stimmung in gewissen Kreisen so wenig vorbereitet sein mag, daß positive Vorschläge zum Ausbau unserer alten Ordnungen auf den ersten Blick wie Phantasiegebilde erscheinen könnten. Allein, da einmal ein Anfang gemacht werden muß, so mag es auf diese Gefahr hin gewagt sein.

Zuvörderst sind die wesentlichsten Merkmale jener neuen auf das Reich berechneten Gouvernements- und Kreis-Ordnung darzustellen.

Ihr unterscheidendes Princip wird von der russischen Presse darin gesucht, daß aus der büreaukratischen Bevormundung zu einer Art Selbstverwaltung hinübergeleitet werde. Diese Absicht ist von der Regierung selbst, oder wenigstens von dem meistbetheiligten Ministerium, angekündigt worden. Auch wird dem durch den Umstand nicht widersprochen, daß die demokratische Basis der ersten Entwürfe sich nicht unwesentlich hat müssen modificiren lassen, und im Verfolg sich nicht unwesentlich hat müssen modificiren lassen, und daß der Entschluß, die Initiative in Fragen der Verwaltung nicht ausschließlich der Regierung vorzubehalten, erst ziemlich spät und, wie es scheint, unter dem Einfluß secundärer Rücksichten, gefaßt worden ist. Man hat jedenfalls keinen Grund, die Aufrichtigkeit einer den Principien der Autonomie dargebrachten Huldigung in Zweifel zu ziehen. Es frägt sich, wie weit diesen Principien in concreto Rechnung getragen wird.

Um von vornherein eine Reihe von Mißverständnissen auszuschließen, muß bemerkt werden, daß der durch Delegationen gebildeten Repräsentation der Landschaft ein streng umschriebener Kreis von Interessen angewiesen ist. Sie hat sich fast nur mit Wegen und Brücken, mit localen Steuern und Prästanden, mit Feuerversicherungen und Jahrmärkten zu befassen; was über die Grenzen des Gouvernements hinausgeht, fällt außer ihrer Sphäre, so lebhaft ihr Antheil daran sein mag. An der Gesetzgebung hat sie keinerlei Antheil; in Fragen der Politik und des Rechts keine Stimme. Ihr Gebiet ist so zu sagen die Local-Oeconomie. Dem von einflußreicher Seite erhobenen Antrag, zu den Wahlversammlungen nicht nur Solche, welche einen gewissen Census nachzuweisen vermögen oder an sich Vertreter materieller Gemeindeinteressen sind, sondern auch alle diejenigen zuzulassen, welche einen Universitätscursus absolvirt haben, ist als maßgebend der Einwand entgegengestellt worden, daß es sich überall nur um Oeconomicangelegenheiten und practische Interessen handle, welche der Vertretung bloßer Intelligenz entrathen könnten.

Innerhalb der derart enge umschriebenen Sphäre, mit der Aufgabe, vor Allem den Ansprüchen der Regierung auf gewisse Leistungen genugzuthun, soll sich nun die Landschaft fortan einer begrenzten Autonomie erfreuen. Auf höhere Anregung oder aus eigenem Antriebe soll sie berechtigt sein, Anträge und Wünsche, welche die Interessen des Gouvernements oder eines Kreises betreffen, durch den Chef des Gouvernements zur Kenntniß und Entscheidung der höchsten Stelle zu bringen. Vor Allem hat sie ihr Vermögen selbst zu verwalten, ihre Capitalien, ihre öffentlichen Gebäude, ihre Wohlthätigkeitsanstalten, ihre Communicationsmittel; sie sorgt für Volksverpflegung, für Handel und Gewerbe; sie nimmt die gegenseitige Feuerversicherung unter ihre Leitung und Garantie; sie bringt die Landesobliegenheiten auf; repartirt die Landessteuern und einige ihr besonders bezeichnete Reichssteuern; sie vollzieht Landeswahlen und bestreitet den Unterhalt von Landesämtern- und Landes-Institutionen. Diese Institutionen operiren in gewissem Sinne selbständig, doch sind ihre Anordnungen und Acte von Bestätigung und Controle der durch das Gesetz bestimmten Regierungsinstanzen nicht eximirt. Was sie auch verfügen oder beschließen: von jedem Beschluß haben sie den Chef des Gouvernements in Kenntniß zu setzen. Von seiner Bestätigung sind abhängig: die Realisirung der Budgets nach Einnahme und Ausgabe; die Eintheilung der Communicationswege in Gouvernements- und Kreiswege, die Ueberführung von Kreiswegen in die Kategorie von Gemeindewegen, die Abänderung in Richtung der Wege; die Constituirung localer Agricultur- und Industrie-Ausstellungen; die zeitweilige Amtsentfernung von Mitgliedern gewisser Landesverwaltungsbehörden. Der Bestätigung Seitens des Ministers ferner bedürfen alle Beschlüsse über Anleihen, sofern sie den jährlichen Betrag der Landschaftssteuern überschreiten; jede Ueberführung einer Gouvernementsstraße in die Kategorie der Kreiswege; die Erhebung von Brücken- und Wegegeldern; die Eröffnung von Jahrmärkten auf mehr als sieben Tage; die Abänderung von Jahrmarktsfristen; die Verlegung von Häfen und Anfuhrten; die Abtheilung des Vermögens und der Institute der allgemeinen Fürsorge je nach dem Gouvernement und andererseits nach den Kreisen.

In jedem dieser Fälle hat der Gouverneur innerhalb sieben Tagen, der Minister innerhalb zwei Monaten nach Eingang der Vorstellung die Bestätigung zu ertheilen oder zu verweigern, widrigenfalls die Beschlüsse der Landschaft ohne weiteres in Kraft treten. Erfolgt in der angegebenen Frist eine Einrede, so hat die Landschaft ihre Beschlüsse zu corrigiren und neu zu formuliren. Finden sie auch in dieser neuen Fassung an der übergeordneten Stelle keinen Beifall, so sind Gouverneur oder Minister unter eigener Verantwortung berechtigt, den Fall zur Entscheidung des Dirigirenden Senats zu bringen. Der Landschaft steht derselbe Weg offen und von dem Senat darf sie an die Kaiserliche Majestät appelliren.

Allein jene dem Gouverneur und dem Minister zustehende Autorität erstreckt sich noch jenseits solcher der höheren Bestätigung ausdrücklich vorbehaltener Fragen. Jeder Beschluß der Landschaft, welcher etwa nicht nur den Gesetzen, sondern auch den Interessen des Reichs widerspricht, darf inhibirt werden. Namentlich gilt das von allen Anschlägen und Budgets.

Weigert sich die Landschaft vollends, die gesetzlich normirten Obliegenheiten zu leisten, oder leistet sie dieselben nicht in vorgeschriebenen Maaßen, Art und Weise, so ist, nach einmal erlassener Mahnung, der Gouverneur, unter Beistimmung des Ministers, ermächtigt, die betr. Leistungen unmittelbar auf Rechnung der Landschaft zu realisiren.

Welche Schranken sonst noch der Autonomie der Landschaft gesetzt sind, wird sich im Verfolge dieser Darstellung ergeben, sobald die organischen Institutionen ins Auge gefaßt werden, vermittelst deren die Landschaft Beschlüsse faßt und vollzieht.

c. — Einem Artikel der C. H. über den Rechenschaftsbericht der Reichsbank für das Jahr 1862 entnehmen wir, daß der Gewinn der Bank und ihrer 12 Comptoire für jenes Jahr 2.187.621 Rbl. 99 Kop. betrug. Von dieser Summe sind jedoch abzuziehen 793.361 Rbl. 33 Kop., die nicht durch die regulären Bankoperationen, sondern durch Verkauf von Gold auf Rechnung und zu Gunsten der Krone erzielt wurden. Es bleiben sonach als reiner Gewinn 1.394.260 Rbl. 66 Kop. oder 9% vom Grundcapital der Bank, das 15 Millionen beträgt. Der Gewinn der Bank betrug übrigens eigentlich 24%, doch haben 2.262.948 Rbl. 16 Kop. als außerordentlicher Verlust wegen Insolvenz der Schuldner vom Gewinn abgestrichen werden müssen. Bei regulärem Geldmarkt ist der Verlust durch Insolvenz ein bedeutend geringerer, weil die Bank beim Discontiren der Wechsel vorsichtiger sein kann als zur Zeit einer Krise. Uebrigens haben auch wol noch andere Umstände dazu beigetragen, den Verlust so bedeutend zu machen. Wenigstens sehen wir, daß das Verhältniß der Summen, die

durch Insolvenz der Schuldner verloren gegangen sind, zur Summe der Operationen in den verschiedenen Comptoiren ein sehr verschiedenes ist. In den Comptoiren zu Riga und Archangel ist keine Insolvenz der Bankschuldner vorgekommen. In Petersburg wurden von den discontirten Wechseln 1%, in Moskau ¾%, in Charkow 4½%, in Odessa 6%, in Kiew 12% nicht bezahlt. Während die Bank in Petersburg, bei einem Capital von 7 Millionen, und das Moskausche Comptoir bei 4 Mill., ihren Gewinn auf 10%, das Rigasche Comptoir, bei einem Capital von 550.000 Rbl., auf 20% berechnen konnten, hatte das Comptoir in Archangel, bei einem Capital von 500.000 Rbl., nur einen Gewinn von 2¾%. Der geringe Gewinn in Archangel erklärt sich aus der Unbedeutendheit der dortigen Bankoperationen. Das Comptoir von Charkow dagegen hatte, bei einem Grundcapital von 300.000 Rbl., einen Verlust von 13½%, das von Odessa bei einem Capital von 1 Mill. Rbl. einen Verlust von 16½%, das von Kiew bei einem Capital von 500.000 Rbl. einen Verlust von 135%. Der letzte unerhörte Verlust läßt sich wol kaum anders erklären als durch die Annahme, der Banquerott der Schuldner der Kiewer Bank stehe in Beziehung zum polnischen Aufstande. Der Bankbericht giebt übrigens keinen Aufschluß darüber.

**Dorpat.** Concessionen zur Errichtung von Elementarschulen haben erhalten: Die Hauslehrerin Anna Dulneaux für Mädchen in Frauenburg, und die Privat-Elementarlehrerin Catharina Lux für Knaben und Mädchen in Hapsal.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 6. Novbr./25. Octbr. Die Bemerkung, daß Kinder und Erwachsene den Terenz in ganz verschiedenem Sinne lesen, gilt auch für manche andere Dinge, z. B. für die gestrige französische Thronrede. Wer sie wirklich aufrichtig in friedlichem Sinne deutet und sich nicht etwa bloß den Anschein giebt, an eine solche Deutung zu glauben, der zeigt sicher einen politischen Kinderglauben. Der Kaiser der Franzosen erklärt, die Verträge von 1815 beständen nicht mehr, Europa bedürfe einer Neugestaltung, und das einzige Mittel, einen Krieg zu vermeiden, sei ein allgemeiner europäischer Congreß. Jeder einzelne dieser Sätze würde im gewöhnlichen Laufe der Dinge hinreichen, die Welt zu beunruhigen, und wer in ihrer Verbindung ein beruhigendes Anzeichen finden kann, von dem muß man sagen: Anders spiegelt in solchen Köpfen sich die Welt! wenigstens als in dem unsrigen, und sollten wir denken, in jedem, welcher nur die gewöhnliche Einrichtung erhalten hat. Wenn ein — — Blatt, wie Le Nord, oder die Nation — — — — — — — — — — in der schmeichelhaften Weise, wie sich der französische Kaiser über den Kaiser von Rußland äußert, und in der Weise, wie er sich über die Segnungen des Friedens ausläßt und die Kostspieligkeit der stehenden Heere beklagt eine Befestigung des Weltfriedens erblicken will, so braucht man sich darüber nicht zu wundern, und noch weniger darüber, daß ein geistreicher, aber hirnverbrannter Kopf, wie Herr Girardin, aus der kaiserlichen Thronrede eine neue Aera des Friedens und der Freiheit herausliest. Aber was soll man dazu sagen, daß ein politisches Blatt von dem Ansehen der Times sich den Anschein giebt, von dem friedlichen Tone der französischen Thronrede erbaut zu sein? Indeß hat die Weise, wie das englische Hauptblatt an die Hoffnung, daß der Friede erhalten werden könne, in der jüngsten Zeit sich anklammert, fast etwas Krampfhaftes. Es sagt beinahe geradezu, daß jede Demüthigung einem Kriege in Gemeinschaft mit Frankreich vorzuziehen sei, und beweist jedenfalls, daß die Friedensliebe in den höheren englischen Kreisen sehr lebhaft sein muß. Wir wissen eine solche Sprache mit dem sonstigen englischen Selbstgefühl, um nicht zu sagen: Stolz, kaum zu reimen. Das alles sollte die Times aber nicht hindern, die französische Thronrede mit einiger Unbefangenheit zu würdigen. Wenn sie glaubt, daß ihr Inhalt friedlich sei, so muß sie starken Glauben haben an einen europäischen Congreß, den Napoleon III. für das einzige Mittel erklärt, de Krieg zu vermeiden. Allein die Aufgabe, die diesem Congresse gestellt wird, nämlich die Karte Europa's umzugestalten, ist schwerlich so beschaffen, um sich auf friedlichem Wege lösen zu lassen. Jede Macht wird den geringsten, selbst nur scheinbaren Vortheil nicht aufopfern wollen und das kleinste Grenzgebiet von noch so zweifelhaftem Werthe für wichtiger halten, als den Frieden Europa's und die Ruhe der Welt. Die Schwierigkeiten eines Congresses sind so mannigfaltig, daß die Europe nicht so Unrecht hat, wenn sie sagt: „Solon nous un congrès, c'est la guerre." Wer die Rede Napoleon's III. mit Unbefangenheit liest, kann sie nicht anders verstehen, als daß er sich auf den Krieg gefaßt gemacht hat. Die Anträge, die er heimlich Oesterreich im Frühjahr vergebens gemacht, er wiederholt sie jetzt öffentlich vom Throne herab und fordert die französische Nation auf, ihn dabei zu unterstützen. Worin seine Plane bestehen, sagt er zwar nicht deutlich, aber man merkt es doch klar genug, daß es sich um die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens handelt. Allerdings ist ein einzelner Mensch, und wäre er auch noch so mächtig, weit entfernt davon, die Zukunft in seiner Hand zu haben. Aber von dem Kaiser der Franzosen wissen wir jetzt, daß er die „legitimen Bestrebungen der Völker" auf sein Banner geschrieben hat. Wer sich von ihm nicht überflügeln lassen will, wird denselben Wahlspruch annehmen müssen. Eine Wiederherstellung Polens in irgend einer Art wird sich schwerlich umgehen lassen. (Köln. Ztg.)

— Die Zoll-Conferenz ist eröffnet worden und werden die Zollvereins-Staaten durch folgende Bevollmächtigte vertreten: Preußen: Pommer-Esche, Philipsborn und Delbrück. Baiern: Meixner und Reichert. Sachsen: Thümmel. Hannover: Albrecht. Würtemberg: Geßler und Riecke. Baden: Mathy. Kurhessen: Bode. Großh. Hessen: Biegeleben. Von den Staaten des Thüringischen Vereins: Thon. Braunschweig: Thielau. Oldenburg: Meyer. Nassau: Heemskerk und Schellenberg. Frankfurt: Mettenius. — Die Vorlagen Preußens werden in dem neuen Tarif, der Aufhebung der Wein- und Moststeuer, der conformen Vertheilung der Ein- und Ausgangszölle, der nach veränderten Principien vorzunehmenden Vertheilung der Zolleinnahmen, nebst Wegfall des für Hannover und Oldenburg bisher bestandenen Präcipuums bestehen, woran sich noch die Aufforderung zur Annahme des französischen Handelsvertrages an die den letzteren bis jetzt ablehnenden Zollvereins-Staaten schließen wird. Die Haltung der süddeutschen Cabinette, wie z. B. noch die neuliche Erklärung des großherzoglich hessischen Minister-Präsidenten in der hessen-darmstädtischen ersten Kammer, läßt der Zoll-Conferenz kein günstiges Prognostikon stellen. — Die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft haben ihr Gutachten über das Patentwesen veröffentlicht. Schließlich faßt das Collegium sein Gutachten in folgende einstimmig angenommene 5 Punkte zusammen: 1) Das in Preußen geltende System geheim gehaltener, auf Grund einer amtlichen Voruntersuchung ertheilter Patente verwerfen wir unbedingt und befürworten die baldmöglichste Beseitigung dieses Gesetzes. 2) Dagegen erachten wir die Ertheilung von Erfindungs-Patenten mit unbedingter Publicationsverpflichtung für unentbehrlich und können daher die Abschaffung der Erfindungs-Patente überhaupt nicht befürworten. 3) Als das zweckmäßigste Patentgesetz erachten wir ein solches mit Anmeldeverfahren, consultativer Voruntersuchung, richterlichem Schutz des Erfinders wie des Publicums. 4) Wir empfehlen Patentabgabensystem mit steigender Skala. 5) Wir können nur in einem internationalen oder doch mindestens das ganze Zollgebiet umfassenden einheitlichen Patentgesetze mit gemeinschaftlichen Institutionen einen völlig befriedigenden Abschluß dieser schwierigen und für die fernere gedeihliche Entwickelung der Industrie und des Handels überaus wichtigen Frage erkennen. — Ein hiesiger Banquier erhielt dieser Tage eine Silbersendung aus Rußland (114.000 Thlr.), die nicht weniger als 314 Thlr. Porto kostete. — Berlin und Wien haben nach den neuesten amtlichen Zahlen beinahe eine gleich große Bevölkerung. Berlin hat gegenwärtig ungefähr 527.000, Wien etwa 530.000 Einwohner. An Miethe für Wohnungen kommen in Wien jährlich 26.385.000 Gulden, in Berlin 27.382.000 Gulden ein. Die mehr als eine halbe Million Einwohner vertheilt sich in Wien auf nur 9900 Häuser, dagegen in Berlin auf 21.600 Häuser. In Wien kommen im Durchschnitt 54 Einwohner auf ein Haus, in Berlin deren nur 25 auf ein Haus. — Die Veranlagungs-Kosten der Gebäudesteuer kommen auf 525.000 Thlr. zu stehen. Zu der Veranlagung selbst haben die Regierungen im Ganzen 362 Ausführungs-Commissarien ernannt, darunter 9 Regierungsräthe, 254 Landräthe, 32 Gerichts- und Regierungs-Assessoren, 22 Bürgermeister.

**Bonn**, 7. Nov./26. Oct. An Stelle des verstorbenen Geh. Raths Kilian ist Gustav Veit aus Rostock als Professor der Geburtshülfe an die hiesige Universität berufen worden.

**Frankfurt**, 5. Nov./24. Oct. In der heutigen Bundestags-Sitzung wurde von Weimar ein Antrag auf Verlängerung des Nachdrucks-Privilegiums für die Werke von Goethe, Schiller, Herder und Wieland, das am 9. Nov. 1867 abläuft, um weitere zehn Jahre eingebracht. Die Versammlung beschloß, die Regierungen um ihre Erklärungen hierüber zu ersuchen. Wir selbst wollen hierzu Folgendes bemerken: Als im Jahre 1853 die Schiller'schen Erben um eine zwanzigjährige Verlängerung des Privilegiums eingekommen waren, konnte auf dieses Gesuch nicht eingegangen werden, es kam ihnen aber (so wie den anderen Genannten) der am 6. Nov. 1856 zum Bundes-Beschlusse erhobene Antrag Preußens zu statten, wonach der Schutz zu Gunsten der Werke derjenigen Autoren, welche vor dem Bundes-Beschlusse vom 9. Nov. 1837 verstorben sind, noch bis zum 9. Nov. 1867 in Kraft bleibt. Ueber die Gränze hinauszugehen, wird man aber jetzt wol gerechtes Bedenken tragen.

**Wien**, 4. Nov./23. Oct. Mit nicht geringem Interesse sieht man den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über das Budget des Ministeriums des Aeußeren entgegen, da Graf Rechberg bei dieser Gelegenheit über die auswärtige Politik interpellirt werden wird und man umfassende Aufklärungen verlangen wird. Kuranda wird die Interpellation an den Minister richten. Dieser Abgeordnete, welcher seiner Zeit für ein österreichisch-französisches Bündniß gesprochen und damals von seinen Collegen heftig angegriffen wurde, hat jetzt die Genugthuung, daß seine vor zwei Jahren ausgesprochenen Ansichten jetzt auch von Leuten als richtig befunden werden, welche damals nicht Worte genug finden konnten, um sie zu verdammen. Soll sich doch, wie man versichert, in den letzten Tagen selbst in den Regierungskreisen eine den Intentionen des französischen Cabinets günstige Wandlung vollzogen haben? Die Bemühungen des das französisch-österreichische Bündniß mit Nachdruck und Geschicklichkeit vertretenden Fürsten Metternich sollen in der That nicht ohne Erfolg geblieben sein, woran um so weniger zu zweifeln ist. — — — — — — — — — —

stand zu proclamiren. — Das feudale „Vaterland" schreibt: „Während Oesterreich in Verbindung mit mehreren deutschen Staaten, darunter auch Baiern, wie uns gestern aus Frankfurt von wohlunterrichteter Seite gemeldet ward, eifrig bemüht ist, im Sinne der Billigkeit die dänisch-deutsche Frage zu lösen und dazu auf die guten Dienste Englands rechnen zu können meint, zeigt Preußen die entschiedenste Neigung, das Zustandekommen eines Ausgleichs zu hindern, indem es die Forderungen an Dänemark aufs Neue in schärfster Art formulirt."

## Dänemark.

**Kopenhagen**, 31./19. October. Die Abstimmung im Reichsrathe über den Clausen'schen Antrag, den Ausdruck: „das Reich Dänemark" in die Verfassung aufzunehmen, erscheint Fädrelandet nach ihrem Resultate als eine wahrhaft skandalöse. Es wäre besser gewesen, wenn der Conseils-Präsident die Zurückziehung des Antrages mit einer Hinweisung auf die ungünstige Auffassung des Auslandes befürwortet und der Antragsteller sich hierzu verstanden hätte, als daß man nun den unglaublichen Skandal habe erleben müssen, diesen ehrlichen, alten Namen in einer dänischen Versammlung zur Abstimmung gebracht und verworfen zu sehen. Der Hauptgrund, weshalb man den Namen „Dänemarks Reich" verworfen, sei wol darin zu suchen, daß derselbe an das Jahr 1848 erinnere und vielen Mitgliedern des Reichsraths als die Grabschrift des Gesammtstaates verhaßt sei. Man könne sich nicht von diesem lieben Traume, von diesem verschwindenden Schatten, von dieser rosigen Relique ohne einen tiefen Seufzer trennen, und dieser Seufzer lautete: „Nein." „Dänemarks Reich" sei allerdings ein bloßer Name, welche Bedeutung aber mitunter Namen hätten, das habe man an dem Namen „Schleswig-Holstein" gesehen, der Dänemark 4000 Menschenleben und 40 Millionen gekostet habe; das sei ein theurer Name gewesen, und noch habe man keine Quittung darüber, daß er wirklich bezahlt sei.

## Großbritannien.

**London**, 3. Nov./22. Oct. Ueber die bevorstehende Session des preußischen Landtages bemerkt heute die Times: „Die Preußen werden die Linie strenger Gesetzlichkeit nicht um einen Zollbreit überschreiten, aber innerhalb der Gränzen ihrer constitutionellen Rechte treten sie so kühn, entschlossen und behutsam auf, als ob sie eine parlamentarische Bildungsschule von Jahrhunderten durchgemacht hätten.... Wenn die Liberalen in der neuen Kammer sich eben so muthig und gewandt benehmen, wie ihre Vorgänger, so haben wir nur geringen Zweifel, daß der Sieg ihnen schließlich verbleiben wird." Weniger sanguinisch als die Times spricht sich die gleichfalls auf Seiten der Volksvertretung stehende Morning Post aus. — Dem Gerüchte von einem wichtigen Eheprocesse, der vor dem Divorce Court schweben soll, scheint denn doch etwas zu Grunde zu liegen. Herr Thomas Wells, Advocat des Klägers, widerspricht heute in den Blättern der Angabe, daß der Handel vertuscht worden sei. Aber den greisen Premier von England zum Angeklagten in diesem Processe zu machen, hält die englische Correspondenz nur für einen schlechten Witz. Dieselbe wird vom Punch in einem kleinen Gedichte als eine von dem Yankee-Blatte Star ausgeheckte schmutzige Gemeinheit gebrandmarkt.

## Frankreich.

**Paris**, 7. Nov./26. Oct. Die Journale streiten sich darüber, ob besoldete Beamten in die Legislative zuzulassen seien. Der Phar de la Loire von Nantes, der zuerst diesen Gegenstand zur Sprache brachte, geht nun heute schon weiter in seinen Incomptablitätsstudien. Er behauptet nämlich: Duc de Morny selber, der von der Regierung ernannte Kammerpräsident, sei als Deputirter nicht wählbar. Zur Zeit der Neuwahlen, setzt das demokratische Blatt von Nantes auseinander, sei Hr. v. Morny weder Deputirter noch Kammerpräsident gewesen, da die alte Kammer bereits aufgelöst gewesen sei. Da er nun damals auch keine andere Function bekleidet hat, so sei er selbstredend in den Genuß eines jährlichen Gehalts von 100,000 Fr. als Mitglied des kaiserl. Geheimraths getreten. Da nun nach der formellen Bestimmung der Verfassung kein besoldeter öffentlicher Beamter Deputirter sein kann, so muß die Wahl des Duc de Morny als Deputirter des zweiten Wahlbezirks vom Puy-de-Dome von der Kammer als ungültig erklärt werden. Die Deduction ist ebenso subtil als principiell zulässig, wenn sie auch in der Praxis wenig Aussichten auf Erfolg hat. Zunächst kommt es darauf an, ob der Duc de Morny überhaupt, oder wenigstens in der Zwischenzeit von der alten zur neuen gesetzgebenden Session, seinen Gehalt als Mitglied des Geheimraths bezogen hat. — Die Correspondenz Napoleons I., welche bekanntlich in einer Quart- und einer Octav-Ausgabe erscheint, ist bereits bis zum 14. Bande gelangt. Der Moniteur giebt heute einige Auszüge aus dem 11. Bande, der die Briefe vom Herbst 1805 bis Frühjahr 1806 enthält. — Der Temps bemerkt daß, da die Caricaturen des Charivari der Genehmigung des Ministers des Innern bedürfen, derselbe auch der neuesten zugestimmt haben müsse. Es ist eine Lumpensammlerin, die aus dem Rinnstein die Verträge von 1815 zieht, und sie ihrem Mann in den Korb werfen will, der aber den Fund mit den Worten zurückweist: „Ich mag meinen Tragkorb damit nicht beschmutzen." — Die Saturday Review nimmt Notiz von einem in America erschienenen närrischen Buch: „Louis Napoleon, the destined Monarch of the World." Am Leitfaden der Apokalypse und des Buchs Daniel weissagt der Verfasser, ein Geistlicher Namens Elliott, daß der jetzige Kaiser der Franzosen, als leibhafter Antichrist, bis zum Jahr 1870 die Herrschaft der ganzen Welt, der westlichen und der östlichen Hemisphäre, erringen wird, dieß jedoch erst nach Kriegszügen und Schlachten gegen welche die seines Onkels Kinderspiele waren; wo der Onkel tausend Menschen todtschlug, wird es der Neffe nicht unter hunderttausend thun. Mit dem Jahr 1870 wird dann zuverlässig das Millennium anfangen. Auf dem Einbande dieses mystischen Buchs sieht man das Thier mit sieben Köpfen und zehn Hörnern.

— 5. Novbr./24. Octbr. Bis um 1 Uhr glaubte man an der Börse noch, die Rede des Kaisers werde sehr friedlich ausfallen. Der Eindruck, welchen die Auseinandersetzung der Lage hervorgebracht hat, war um so stärker. Es ist nur Eine Stimme in Paris, daß der Oelzweig, mit welchem der Kaiser einen Friedens-Congreß herbeizuwinken scheine, ein Schwert verhülle. Die Stimmung war darum keine gedrückte, denn man begriff die kriegerische Haltung des Kaisers als eine vorhergesehene Nothwendigkeit, und nur die wiederholte Versicherung, Napoleon III. werde sich friedlich aussprechen, ließ in der öffentlichen Meinung eine andere Erwartung aufkommen. Das Publicum ist mit Napoleon III. einverstanden, und niemals konnte dieser wol mit mehr Recht sagen, er spreche im Namen Frankreichs, als indem er zu Gunsten Polens das Wort ergreift. Was die innere Lage betrifft, so sind wir schon seit lange daran gewöhnt worden, dieselbe als eine Nebensache behandelt zu sehen, so oft eine auswärtige Frage die Gemüther in Anspruch nicht. Doch sucht der Kaiser von dem Lande viel Tröstliches zu sagen. Prinz Napoleon hat an verschiedenen Stellen seine Beistimmung zu erkennen gegeben. Die Stelle wegen der Vernichtung der Verträge von 1815 wurde mit Begeisterung von der Versammlung aufgenommen. Es heißt auch, die Freiheit der Buchdrucker-Industrie solle proclamirt und nur Beschränkungen in Bezug auf politische Druckschriften aufrecht erhalten werden. — Man hält ein Anlehen für ganz unvermeidlich. (K. Z.)

## Spanien.

**Madrid**, 5. Nov./24. Oct. Ein von den Novedades aus San Domingo enthaltenes Schreiben meldet Folgendes: „Man hat die Nachricht erhalten, daß die Neger Santana im Cibao angegriffen und zurückgeschlagen worden sind, aber 200 Soldaten Santana's sind zu den Rebellen übergegangen. Man hat officiellerweise erfahren, daß Puello, ein General Santana's, die Rebellen angegriffen hat; er nahm ihnen zwei Kanonen." — Die Thronrede, mit welcher die Königin die Cortes eröffnet hat, erklärt, die Reform der Constitution sei definitiv beschlossen, die Senatorenwürde werde hinfort erblich sein und das gegenwärtige Budget werde keine Verminderung erleiden. Der Aufstand auf San Domingo wird als ein beklagenswerthes Ereigniß bezeichnet und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Unterstützung der spanischen Nation die baldige Unterdrückung der Erhebung herbeiführen werde.

## Italien.

**Venedig**, 1. Nov./20. Oct. Die Wiederaufnahme der öffentlichen Vorlesungen an der Universität zu Padua ist nun Thatsache, und eine Ankündigung der hiesigen Statthalterei giebt bekannt daß die Privatstudien aufhören, und mit 16 k. Mts. die öffentlichen Vorlesungen auf der Paduaner Universität bereits aufgenommen werden. Die Beschränkung, daß der Besuch der Universität bloß den aus dem lombardisch-venetianischen Königreich gebürtigen Studenten erlaubt ist, bleibt zwar vorläufig noch aufrecht; doch können auch fremde Studenten die Bewilligung hiezu beim Staatsministerium nachsuchen, und daß diese in den allermeisten Fällen gewährt werden wird, braucht wol nicht erst gesagt zu werden. Interessant ist wol daß bereits mehrere aus den abgetretenen Gebietstheilen der Lombardei gebürtige Studenten, welche hisher in Pavia studierten, um die Bewilligung die Paduaner Universität zu besuchen eingekommen sind. Ein Zeichen daß der piemontesische Lehrplan, und namentlich der Geist auf den dortigen Universitäten, vielen Eltern welche ihre Söhne studieren lassen wollen nicht zusagt. Daß aber die österreichische Regierung trotz der piemontesischen Agitation die Eröffnung der Paduaner Universität vornehmen, und auf derselben sogar piemontesische Studenten zulassen kann, beweist am besten wie sicher sie ihrer Sache und wie beruhigt sie über die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung ist. In der That herrscht in Venetien überall die musterhafteste Ordnung, und von einer Aufregung ist nirgends eine Spur vorhanden, weshalb auch das Gewerbe piemontesischer Agitatoren ein sehr schweres und undankbares geworden ist. — Vor einiger Zeit hatte die Opinion nationale das Gerücht verbreitet, das Königreich beider Sicilien solle von dem übrigen Italien getrennt werden. Jetzt versichert die Correspondance de Rome: besagtes Blatt sei gut unterrichtet gewesen, denn man theile ihr aus Palermo mit, daß man daselbst die Errichtung einer Art Vicekönigthums mit dem Prinzen Humbert an der Spitze erwarte. — In Neapel erscheint als Gegnerin der Civiltà cattolica eine Civiltà evangelica, deren Redacteur ein früherer katholischer Geistlicher ist. Derselbe feierte jüngst seine Hochzeit mit Catharina Bazzagotti. Es ist immer die alte Geschichte, ruft hierbei ein römisches Journal aus: der Ex-Mönch Luther und die Ex-Nonne Catharina... Darauf die Civiltà evangelica: das sei immerhin besser als das Concubinat mit der Köchin Catharina u. s. w. — Die Academie von San Luca veröffentlicht das Ergebniß des Clementino-Pellegrini-Concurses. In der Malerei erhielt den zweiten Preis der junge Maler Seitz, ein Bayer, dessen Vater für die Cathedrale zu Athen einen Cyclus von Bildern malte, deren Beendigung die jetzigen anarchischen Zustände Griechenlands leider gestört haben.

## America.

**Rio de Janeiro**, 9. Oct./27. Sept. Die neuesten hier eingegangenen Berichte vom Plata-Strom sind von Buenos-Ayres vom 28.

und Montevideo 30. Sept. Aus der Argentinischen Republik wird gemeldet, daß der Insurgenten-Chef Penalosa, der nach Bolivia entflohen war, plötzlich wieder an der Spitze eines Insurgentenhaufens in der Provinz San Juan erschienen ist und an den Präsidenten der Republik eine Aufforderung erlassen hat, mit ihm über die Bedingung seiner Unterwerfung in Unterhandlung zu treten. — Die Session des Congresses ist vertagt worden. Derselbe hat das Decimal-System für Maß und Gewicht angenommen, dasselbe soll indeß erst später zur Ausführung gebracht werden. Von einem Herrn Nazarrete soll ein Paß durch die Anden entdeckt worden sein, welcher sich zur Anlage einer Eisenbahn eignet und man hat in Folge davon das Project, von Buenos Ayres eine Eisenbahn nach San Fernando in Chile anzulegen, welches letztere bereits durch eine Eisenbahn mit Santiago, der Hauptstadt Chiles verbunden ist. — In Uruguay dauert der Bürgerkrieg fort. Flores hat sich indeß aus der Nähe der Hauptstadt Montevideo zurückgezogen und ist auf seinem Rückzuge zuerst von Morena, dann von Medina angegriffen worden, jedoch, wie es scheint, ohne bedeutenden Erfolg; wenigstens ist es ihm gelungen, in die Gegenden im Innern zu entkommen, in denen er seine Hauptstütze in der Einwohnerschaft hat.

## Neuere Nachrichten.

**Paris**, 7. Nov./26. Oct. Der heutige Moniteur erklärt es für unbegründet, daß die Regierung die Absicht kundgegeben habe, die Pferde- und Wagensteuer abzuschaffen. — Der Constitutionnel bringt einen Artikel Limayrac's, worin die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß die Regierungen und Völker, welche schon seit so langer Zeit unter einem Zustande der Dinge litten, der den neuen Bedürfnissen und Bestrebungen unseres Zeitalters nicht mehr entspreche, den von dem Kaiser vorgeschlagenen Congreß nicht zurückweisen werden. Dieser Congreß würde Herrn Limayrac zufolge an Stelle des gegenwärtig zwischen den verschiedenen Nationen bestehenden Antagonismus einen wahren Frieden treten lassen, nicht einen künstlichen und nur um eines Haares Breite vom Kriege entfernten, wie er jetzt vorhanden sei. — In seiner an das französische Expeditions-Heer gerichteten Abschieds-Proclamation sagt Marschall Forey zum Schlusse: „Soldaten: Wenn Ihr nach Frankreich zurückgekehrt seid und Euch die Wechselfälle des Krieges abermals unter meinen Befehl stellten, so würde ich mich glücklich schätzen, wiederum an der Spitze des tapferen mexicanischen Heeres zu stehen."

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 12. Novbr./31. Octbr. In der ersten heute abgehaltenen Sitzung des Abgeordnetenhauses waren 268 Mitglieder gegenwärtig und schritten zur Präsidentenwahl. Mit 241 Stimmen wurde Grabow wiedergewählt; der Candidat der Gegenpartei, der ehemalige Minister von der Heydt erhielt nur 37 Stimmen. Zu Vicepräsidenten wurden gewählt: der frühere Regierungsrath von Unruh und Bockum-Dolffs. Der Präsident Grabow dankte dem Hause für die Wahl und das ihm durch dieselbe in ernster Stunde wiederholt gegebene Zeichen des Vertrauens. Er verkenne nicht die Schwierigkeiten, welche seiner Amtsführung bevorständen. Die äußere und innere Lage Preußens erwecke düstere Befürchtungen. Der lebhafte Wunsch des Landes gehe dahin, daß nicht durch abermalige Auflösung des Hauses das ohnehin bestehende Zerwürfniß vollends unheilbar werde.

**Wien**, 10. Novbr./29. Octbr. Die Presse meldet, daß Fürst Metternich auf seinem französischen Gesandschaftsposten verbleiben wird. Der Fürst sei nach Paris mit der Ermächtigung abgereist zu erklären, die österreichische Regierung sei bereit durch Vermittelung eines Congresses dazu mitzuwirken, daß ein näherer (?) Vereinbarungsmodus zur Befestigung des europäischen Rechtszustandes gefunden werde.

**Kopenhagen**, 11. Nov./30. Oct. Die Berlingskesche Zeitung erklärt es in der Natur der Sachlage begründet, daß Dänemark die Einladung zum europäischen Congreß nicht ausschlagen werde.

In **Paris** geht das Gerücht und wird als glaubwürdig bezeichnet, daß Rußland seine Theilnahme am Congreß zugesagt habe, auf eine Erörterung der Polenfrage jedoch nicht einzugehen gesonnen sei.

## Witterungsbeobachtungen.

1. Novbr., A. St. (12. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Barom. 0° R. Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 331,89 | — 3,69 | 1,0 | Still | Trüb (4) [tend |
| 2 U. | 331,65 | — 3,96 | 0,7 | Still | Trüb (4), Schnee anhal- |
| 11 U. | 332,47 | — 3,20 | 0,6 | Still | Trüb (4) |
| Mittel | 331,82 | | 0,75 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 1,21 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 7,17 im J. 1851, kleinste —9,19 i. J. 1861.

## Fremden-Liste.

Vom 1. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Frau Syndicus Wittkowsky aus Werro; Hr. H. Wilhelm Lahrmann aus Riga; Hr. Albert v. Jürgens aus Ullila; Hr R. Paulmann aus Heiligensee — Abgereist: Hr. Pastor Klee; Hr. Pastor Schultze; Hr. M. Graubner; Hr. Moritz Rück.

№ 594. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 1. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)
Nachstehende

## Novitäten

sind vorräthig bei **E. J. Karow,** Universitäts-Buchhändler in Dorpat und in **E. J. Karow's** Buchhandlung in Fellin:

**Monod, A.,** Das Weib. Uebersetzt von Seinecke. 7. Aufl. 1 Rbl. 12½ Kop.
**Lone, Agathe,** Weckstimmen aus Gottes Wort an jugendliche Herzen. 1. Bändchen. 34 Kop.
**Beecher, H. W.,** Lebensgedanken. Aus dem Englischen. 1 Rbl. 88 Kop.
Ritter, H. et L. Preller, Historia philosophiae graecae et romanae. Ed. III. rec. L. Preller. 3 Rbl. 34 Kop.
**Krause,** Dr. J. H., Deinokrates, oder Hütte, Haus und Palast, Dorf, Stadt und Residenz der alten Welt. 7 Rbl. 50 Kop.
Ciceronis Tusculanarum disputationum libri quinque ed. M. Seyffert. 2 Rbl. 50 Kop.
Rhetores latini minores. Ex codicibus maximam partem primum adhibitis, ed C. Halm, fasciculus prior. 3 Rbl. 75 Kop.
**Teichmann, J. V.,** Literarischer Nachlaß, herausgegeben von Dingelstedt. 2 Rbl. 82 Kop.
**Schmidt, F.,** Kalender zur Geschichte der deutschen Literatur. 57 Kop.
**Cholevius,** Dr. L., Aesthetische und histor. Einleitung nebst fortlaufender Erläuterung zu Goethe's Hermann und Dorothea. 1 R. 42 K.
**Colshorn, Th.,** Deutsche Freiheitskriege. 75 Kop.
**Müller,** Dr. C., **Cook,** Der Weltumsegler (Buch der Reisen, ältere Reisen I.), geb. 1 R. 88 K.
**Kreyßig, F.,** Shakespeare-Anthologie. Die schönsten und bedeutsamsten Schilderungen und Weisheitssprüche aus den Dramen des Dichters. Geb. in Prachtband mit erhaben geprägtem Portrait Shakspeare's. 3 R. 38 K.
**Germania-Kalender** für deutsche Sänger. 1864. 32 Kop.
**Dollmann, F.,** Recepttaschenbuch des Photographen. 63 Kop.

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

## Der kleine Zionsfreund

für Jung und Alt.
Herausgegeben von Schulze.
**für das Jahr 1864.**
Monatlich eine Nummer mit Bildern.
**Preis des Jahrgangs 51 Kop.**
Die vollständigen Jahrgänge 1862 und 1863 werden ebenfalls auf Verlangen abgegeben.
**E. J. Karow,** Universitäts-Buchhändler in Dorpat.
**E. J. Karow's** Buch- und Schreibmaterialienhandlung in Fellin.

Die **berühmten Flügel** von **Becker** aus **St. Petersburg** sind zu haben bei **R. W. Koch,** im Hause des Hrn. v. Köhler.

## Streichquartett.

Dem vielseitig ausgesprochenen Wunsche eines hochgeehrten kunstsinnigen Publicums nachzukommen, werden diesen Winter die **Quartett-Abende** wieder beginnen. Das Abonnement-Billet zu 4 Abenden kostet 3 Rbl. Die Subscriptionsliste wird herumgeschickt werden. Bei einem so hohen Interesse für classische Musik bitten wir ergebenst auch diesem Zweige derselben Ihre geneigte Aufmerksamkeit zu schenken und uns durch eine recht zahlreiche Betheiligung zu erfreuen. Es empfehlen sich hochachtungsvoll
**Arnold, Lindau, Hensel, Riechmann.**

**Echte gelbe russ. Oleinseife**
à Pfund 12 Kop., beste **Talglichte** à Pfund 16 Kop., à Liespfund 3 Rbl. 10 Kop. empfiehlt
***B. Frederking,***
am Markt, neben den Bäckerbuden.

Unterzeichnete empfehlen ihr Lager von

## Contobüchern

in den **verschiedensten Liniaturen** und stellen die billigsten Preise.
**Ihle & Röschke.**

Hierdurch mache ich die ergebene Anzeige, dass ich, in Folge wiederholter Aufforderungen hierselbst ein neues

## Porcellain-, Fayence- u. Glaswaaren-Lager

eröffnet habe. — Sämmtliche Waaren sind aus den besten ausländischen Fabriken bezogen und die Preise möglichst billig gestellt, wodurch ich ein geehrtes Publicum in jeder Beziehung zufrieden zu stellen hoffe.
***H. D. Brock.***

№ 254. Sonnabend, den 2. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.

Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Halbjährliche Versetzung. Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. II. Riga: Güterverkehr auf der Eisenbahn. Helsingfors: Kreisärzte. Amtleute. Aus- und Einfuhr. Charkow: Zahl der Studenten. Kiew: Vacanzen. Warschau: Contribution.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Die Thronrede. Köln: Domthürme. Legate. Finanzen des Dombaus. Resultate. — Schweden. Stockholm: Gehalte der Prediger. Professur der Physiologie. Die Universitäten in Lund und Upsala. Gelehrte Anstalten. — Großbritannien. London: Franz. Thronrede. Japanische Politik. Dampferlinie. Juden-Mission. — Italien. Neapel: Theater Flottenmanöver. Stimmung in Sicilien. — Griechenland. Politische Lage. Die jonische Sache.

**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**
**Ein Tagebuch des Grafen Kankrin. VI. — Locales.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 2. Novbr. Auf Beschluß des Curatorischen Conseils ist genehmigt worden für das Dorpatsche Gymnasium die halbjährliche Versetzung der Schüler in die höheren Classen einzuführen und die zu solchem Zwecke für das Lehrfach der Mathematik in Quinta, Quarta, Tertia und Secunda erforderliche Abänderung des Lehrplanes vorzunehmen.

**Dorpat.** Die neuprojectirte russische Gouvernements- und Kreisordnung geht von dem unstreitig richtigen Gesichtspuncte aus, daß jede Selbstverwaltung ein System neben- und übergeordneter „öconomischer Einheiten" voraussetzt. Die unterste Einheit stellt sich theoretisch im Individuum mit seinem individuellen Haushalt dar; dem Individuum übergeordnet ist die Gemeinde; den Abschluß des Systems bildet der Staat. Zwischen dem Staat nun und der Gemeinde will die neue Ordnung zwei öconomisch möglichst selbständige Mittelglieder schaffen: das Gouvernement und den Kreis.

Die Competenzen aller dieser Einheiten deutlich gegeneinander abzugrenzen, ist die nächste Aufgabe. Wie der Einzelne mit seinem Haushalt „unabhängig" von der Gemeinde dasteht, so soll die Gemeinde öconomisch unabhängig sein vom Kreis, der Kreis vom Gouvernement, das Gouvernement vom Staate. Wenn aber Allem zuvor der Staat gewisse Anforderungen an die Unterthanen erhebt und diese Anforderungen zum großen Theil durch die Zwischeninstanzen vermittelt werden, so folgt, daß Individuen, Gemeinden, Kreise, Gouvernements Allem zuvor dem Staate zu dienen haben. Es bleibt somit das Problem zu lösen, wie andererseits vom entgegengesetzten Ende her der individuellen Freiheit und aufsteigend der Gemeinde, dem Kreis, dem Gouvernement ein gebührender Einfluß auf den Gesellschaftshaushalt zu sichern ist.

So etwa lautet die Aufgabe in allgemeinster Fassung.

Im vorliegenden Falle nun wird die Lösung des Problems zunächst dadurch erschwert, daß die Reichssteuern, die sog. Reichsobliegenheiten und die Landesprästanden nicht durch unzweideutige Merkmale gegen einander geschieden sind. Eine solche Scheidung ist zwar für künftige Reformen der Steuerwirthschaft ins Auge gefaßt, zur Zeit aber noch nicht vollzogen. Der Staat behält sich daher, wie wir gesehen haben, vorläufig ein Maaß der Controle und des Einflusses vor, welches mit wirksamer Realisirung des Princips der Selbstverwaltung nicht recht verträglich ist.

Eine ähnliche Schwierigkeit steht der unzweideutigen Abrechnung zwischen dem Gouvernement und dem Kreise im Wege. Wo beginnen gegenüber der Gemeinde die Interessen, welche der Kreis selbständig zu vertreten hat, und wo schließt sich ihre Reihe gegenüber den Ansprüchen des Gouvernements ab? Welche liegenden Gründe, welche Capitalien, welche Institute gehören dem Gouvernement und welche den Kreisen? Bis hierzu hatten die Kreise fast gar keine öconomische Selbständigkeit; gesetzlich und factisch waren ihre Interessen mit den Interessen des Gouvernements fast durchgehends verwebt; nach welchem Principe sind sie nunmehr zu sondern?

Sucht man unterhalb der Kreiseinheit nach Merkmalen für eine solche Sonderung, so findet man ebensowenig Rath und Aufschluß. Weder deckt sich die Gruppe der in einen Kreis eingeschlossenen Gemeinden dem Raume und Begriffe nach mit dem Kreise; noch hat es bisher einen organischen Zusammenhang zwischen dem Kreise und seinen Gemeinden gegeben. Endlich stehen den Gemeinden gewisse Kategorien von Individuen unabhängig und nicht eingeordnet zur Seite.

So wird es denn äußerst schwer, für eine Gesellschaft mit mangelnder oder systemlos verschwommener Gliederung ein autonomes System zu schaffen. Der Ansatz zu dem, was am meisten Noth thut: zu den „öconomischen Einheiten" fehlt. Dem symmetrischen Aufbau von unten her versagen sich die elementaren Bedingungen.

Dem reformirenden Gesetzgeber war somit die Wahl nur zwischen zwei Uebeln gelassen: entweder er ordnete zuvor büreaukratisch-gewaltsam von sich aus endgiltig die öconomischen Gruppen und umschrieb ihre Competenzen: ein schlimmer Beginn für eine auf Autonomie zu gründende Verwaltung; oder er überließ die Arbeit der Gliederung und Sonderung zum Theil der ungeübten Gesellschaft selbst, indem er nur gewisse Centren bezeichnete, um welche ihr Krystallisationsproceß zu beginnen habe. Etwas Aehnliches hat das neue russische Project im Auge, wenn es zwischen den Staat mit seinen noch nicht definitiv bemessenen Ansprüchen und die Gemeindensphäre mit ihren noch halb chaotischen Ansätzen ein eignes System der Gouvernements- und Kreisverwaltung setzt und diesem Systeme, da es nach unten keine zuverlässige Basis findet, ein schwebendes Centrum zu schaffen sucht in der „öconomischen Einheit" des Kreises.

Es fragt sich, was diese Einheit des Kreises bedeute, woran sie erkannt werde und in wiefern sie einem System der Selbstverwaltung als Krystallisationspunkt zu dienen vermöge.

**Riga**, 30. October. Ueber den Güterverkehr auf der Riga-Dünaburger Eisenbahn werden einige Daten interessiren; in der zweiten Octoberwoche dieses Jahres trafen z. B. in Riga ein im Ganzen 80.685 Pud, davon Flachs 4286, Roggen 211, Hafer 130, Leinsaat 64.302, Kartoffeln 582, Mehl 144, Zucker 2279, Spiritus 328, Taback 546, Manufacturwaaren 1889, Kalk 1152, Baumwolle 2068, Thee 56 Pud. — Dagegen wurden ausgeführt 83.267 Pud, davon: Salz 30.936, Heringe 5248, Weine 2804, Colonialwaaren 1333, Manufacturwaaren 1186, Eisen 1062, Steinkohlen 10.089, Taback 215, Oel 872, Eisenbahnmaterialien 20.266 Pud.

**Helsingfors.** (Rev. Ztg.) Von den vielen Localfragen, die seither beim Landtag zur Besprechung gekommen, werden zwei der Bauerschaft gemachte Anträge hervorgehoben; der eine betrifft die Kreisärzte, der andere die Amtleute in den Gemeinden. Die ersteren sind für die ländliche Bevölkerung angestellt, wohnen aber nicht innerhalb ihres Districts, sondern meistens in entfernten Städten; gar viele Kranke — namentlich bei epidemischen Zuständen — sterben deshalb aus Mangel an Heilmitteln und ärzlichem Rath. Die Kreisärzte sollen deshalb künftig im Mittelpuntte ihres Districtes wohnen und dafür einer Gehaltszulage sich erfreuen. — Die Amtleute, welche die Verwaltung der ländlichen Polizei haben, wurden bisher von dem Gouverneur im Län ernannt und konnten von demselben auch ohne Weiteres verabschiedet werden: dabei war ihr Gehalt nicht ausreichend. Kein Mann, der sich und die Seinen zuverlässig ernähren kann, wird sich der Willkür der Gouverneure, und der traurigen Nothwendigkeit preisgeben, sich durch Mißbräuche Einkünfte zu verschaffen. Man wünscht nun, daß die Amtleute für ein auskömmliches Gehalt laut Vollmacht dienen und nur durch richterliche Entscheidung von ihrem Posten entfernt werden können.

— Der C.H.B. wird geschrieben: Nach dem Bericht der finnländischen Zollverwaltung betrug die Ausfuhr im Jahr 1862 nach Schweden und Norwegen dem Werthe nach 996.449 Rbl. 98 Kop., in alle übrigen Länder 4.894.224 Rbl. 21 Kop., der Ausfuhrzoll 51.887 Rbl. 55 Kop., im Ganzen 5.942.551 Rbl. 74 Kop. Eingeführt wurden Waaren aus Schweden und Norwegen im Werthe von 1.050.844 Rbl. 99 Kop, aus anderen Ländern im Werthe von 6.110.336 Rbl. 13 Kop., im Ganzen für 7.161.122 Rbl. 62 Kop. Der Einfuhrszoll betrug 1.771.022 Rbl. 52 Kop., d. h. 25 pCt. der Ausfuhr. Die Einfuhr übersteigt die Ausfuhr übrigens nur scheinbar, denn wenn man den Einfuhrzoll der je im Werth der eingeführten Waaren einbegriffen ist, abzieht, so beträgt die Einfuhr nur 5.390.058 Rbl. 50 Kop., so daß die Ausfuhr sie um 552.493 Rbl. 24 Kop. übersteigt.

**Charkow.** Die Zahl der Studirenden in Charkow ist von 713 auf 655 gesunken. Als Grund der Abnahme wird das strenge Eintrittsexamen angegeben.

In **Kiew** sind die Katheder für russische Geschichte, Zoologie, Staatsrecht, Criminalrecht, Gerichtsverfahren und Physiologie noch immer vacant. Alle zur Besetzung dieser Katheder ausgeschriebenen

Concurse sind ohne Resultat geblieben. Und doch ist die Einnahme eines Professors nicht unbedeutend. Zu 3000 Rbl. jährlichem Gehalt können noch 1000 Rbl. aus dem Collegiengeld hinzukommen, endlich noch das, was Zuhörer für den Besuch der Collegien zahlen.

**Warschau.** Dem Russ. Inv. wird von hier geschrieben: Die der Stadt Warschau auferlegte Contribution von 300.000 Rbl. ist bis auf 20.000, nach anderen bis auf 60.000 Rbl. bereits eingezahlt. Zum Wiederaufbau des Rathhauses wird wahrscheinlich eine neue Contribution von 300.000 Rbl. auferlegt werden und zwar werden von dieser Steuer auch die Dienstboten nicht befreit werden. Am 21. Oct. wurde eine dritte Presse der National-Regierung entdeckt.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 9. Nov. / 28. Octbr. Des Königs Rede zur Eröffnung des Landtages lautet: Der Landtag der Monarchie ist in seiner letzten Sitzungsperiode vor Beendigung der Berathungen über den Staatshaushalts-Etat geschlossen und demnächst das Haus der Abgeordneten aufgelöst worden, weil ein befriedigendes Ergebniß weiterer Verhandlungen nach den an Mich gerichteten Erklärungen nicht mehr erwartet werden konnte. Es ist mein dringender Wunsch, daß den zwischen Meiner Regierung und einem Theile der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnissen ein Ende gemacht werde. Meine Königliche Pflicht gebietet Mir, die Macht und die Rechte Meiner Krone nicht minder wie die verfassungsmäßigen Befugnisse der Landesvertretung hoch zu halten und zu schützen. Ueber den Umfang und die Grenzen des an sich unbestrittenen Rechts der Landesvertretung zur Mitwirkung bei der gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats haben sich entgegengesetzte Auffassungen geltend gemacht. Um zur Ausgleichung derselben zu gelangen, wird Ihnen eine Vorlage gemacht werden, welche bestimmt ist, die Befugnisse der Regierung für den Fall, daß der Staatshaushalts-Etat nicht zur gesetzlichen Feststellung gelangt, zu regeln und der Befürchtung entgegenzutreten, daß Meine Regierung in solchem Falle eine unbeschränkte Verfügung über die Staatsfonds ohne Rücksicht auf das Recht der Landesvertretung in Anspruch zu nehmen beabsichtige. Ich habe aber nicht allein für die innere Wohlfahrt, sondern auch für die äußere Sicherheit des Staates Sorge zu tragen und muß in beiden Beziehungen auf Ihre Mitwirkung rechnen können. Die neue Formation des Heeres ist aus dem unabweislichen Bedürfniß hervorgegangen, mit der gesteigerten Wehrkraft der Nachbarländer gleichen Schritt zu halten und den wirthschaftlichen Interessen der eigenen Bevölkerung durch gerechtere Vertheilung der gesetzlichen Wehrpflicht Rechnung zu tragen. Das Heer ist auch nach der Reorganisation, wie Ich dies schon im Jahre 1860 an dieser Stelle ausgesprochen, das preußische Volk in Waffen, und zwar in größerer Wahrheit, wie zuvor; denn während die verstärkte Organisation der Linie eine Erleichterung der älteren Landwehrclassen möglich macht, ist die Gesammtstärke der Landwehr unverändert geblieben. Diese Formation hat sich in den verflossenen Jahren auf Grund der Bewilligung des Landtages während der Sitzungsperioden von 1860 und 1861 zu einer dauernden Staatseinrichtung ausgebildet, deren Bestand ohne bedenkliche Gefährdung der wichtigsten Interessen des Landes nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Die Erkenntniß dieser Gefahr legt Mir die Pflicht auf, Meine, nach der Verfassung erforderliche Zustimmunn nur einem solchem Staatshaushaltsetat zu ertheilen, durch welchen die Erhaltung der bestehenden Heereseinrichtung sicher gestellt wird. Um den gesetzlichen Abschluß dieser Angelegenheit endlich herbeizuführen, wird Ihnen der umgearbeitete Entwurf eines Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst vorgelegt werden. Es ist seither die Erwartung in Erfüllung gegangen, daß die Durchführung der Reorganisation des Heeres in den Finanzkräften des Staates kein Hinderniß findet. Die Einnahmen sind, wie bekannt, im vorigen Jahre ergiebig gewesen, daß sie nicht nur zur vollständigen Deckung der Staats-Ausgaben ausgereicht, sondern auch noch einen beträchtlichen Ueberschuß geliefert haben, über dessen Verwendung Ihnen Vorschläge zugehen werden. Zu gleichen Hoffnungen berechtigen auch die diesjährigen Staats-Einnahmen; sie werden, so weit dies jetzt zu übersehen ist, ausreichende Mittel bieten, sämmtliche Staats-Ausgaben dieses Jahres ohne Rückgriff auf den Staatsschatz zu decken. Meine Regierung wird Ihnen den Staatshaushalts-Etat für das laufende Jahr mit einem Nachtrage unverzüglich vorlegen. In dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1864, welcher ebenfalls alsbald zu Ihrer Prüfung gelangen wird, ist zwar das scheinbar vorhandene Deficit noch nicht beseitigt; derselbe liefert jedoch den erfreulichen Beweis, daß die Staats-Einnahmen, ohne die bewährten Grundsätze bei der Veranschlagung zu verlassen, in erheblichem Maße haben höher angenommen werden können, und die Mittel darbieten werden, in allen Verwaltungszweigen zahlreiche neue Bedürfnisse zu befriedigen. Die Veranlassung der neuen Grund- und Gebäudesteuer ist gegenwärtig so weit gefördert, daß der Abschluß derselben bis zum Anfang des Jahres 1865 sicher in Aussicht genommen werden darf. Die hieraus zu erwartenden Mehr-Einnahmen werden demnächst die Mittel gewähren, den Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1865 ohne Deficit abzuschließen. Die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt der Jahre 1859, 1860 u. 1861 werden Ihnen zur Genehmigung der Etats-Ueberschreitungen und Ertheilung der Decharge und ebenso ein Gesetz-Entwurf zur Feststellung der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1862 als Grundlage für die allgemeine Rechnung dieses Jahres vorgelegt werden. Der wirthschaftliche Zustand des Landes ist befriedigend. Durch eine gesegnete Ernte wird die Lage der arbeitenden Classen erleichtert, und die Bodencultur ist bei der zunehmenden Strebsamkeit der Landwirthe in erfreulichem Fortschreiten begriffen. Die Gewerbthätigkeit hat sich gehoben, und an Gelegenheit zu lohnender Arbeit hat es nicht gefehlt. Auch der Verkehr auf den Eisenbahnen ist in stetiger Entwickelung geblieben. Meine Regierung ist unablässig bemüht, für die weitere Ausdehnung dieses Communicationsmittels Sorge zu tragen. Während die Schienenverbindung mit NeuVorpommern kürzlich eröffnet worden, sind andere gleich wichtige Linien in baulichen Angriff genommen, und es werden Ihnen wegen Herstellung neuer Bahnen Vorlagen gemacht werden. Die Verhandlungen über die Fortsetzung des Zollvereins sind zwischen den Vereins-Regierungen eröffnet worden. Meine Regierung, festhaltend an der Handelspolitik, welche sie in vollem Einklange mit der Landesvertretung befolgt, ist in diese Verhandlungen mit dem ernsten Bestreben eingetreten, das Band, welches die materiellen Interessen des größten Theils von Deutschland umschließt, unter Aufrechthaltnng des mit Frankreich geschlossenen Vertrages von Neuem zu befestigen und demnächst, sobald der Zollverein in seinem Fortbestand gesichert sein wird, seine Beziehungen zu dem österreichischen Kaiserstaate zu regeln. Die Genossenschaften, welche die Förderung der wirthschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter bezwecken, bedürfen zur vollen Entwickelung ihrer gemeinnützigen Wirksamkeit der gesetzlichen Feststellung ihrer Rechtsverhältnisse. Meine Regierung ist mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes beschäftigt. Die in der letzten Sitzungsperiode unerledigt gebliebenen Entwürfe von Gesetzen über die Rechtsverhältnisse gewisser Actien-Gesellschaften und der Seeleute, so wie die provisorisch erlassenen Verordnungen wegen Abänderung des Zolltarifs und zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf der See werden Gegenstand Ihrer Berathungen werden. Um der von der Tagespresse in gefahrdrohender Weise geförderten **Aufregung** im Lande entgegenzuwirken, hat eine provisorische **Verordnung** gegen derartige Ausschreitungen auf Grund des Art. 63 der Verfassungs-Urkunde erlassen werden müssen. Diese Verordnung wird mit einem Gesetzentwurfe wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Preßgesetzes und des Strafgesetzbuches Ihnen zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt werden. Die auf Wiederherstellung des früheren Königreichs Polen gerichteten aufständischen Bewegungen haben die Ruhe unserer Grenzprovinzen bedroht. Wir dürfen uns Glück wünschen, daß die von Mir angeordnete Truppen-Aufstellung und das kräftige Auftreten Meiner Behörden Preußen vor ernsteren Nachtheilen behütet haben. Der deutsche Bund hat beschlossen, im Wege der Execution diejenigen bundesrechtlichen Forderungen zur Geltung zu bringen, welchen die Regierung Seiner Majestät des Königs von Dänemark in Betreff der Herzogthümer Holstein und Lauenburg bisher nicht genügt hat, oder bis zum Eintritt der Execution nicht genügen wird. Im Fall eines den Executions-Truppen überlegenen Widerstandes ist die Mitwirkung preußischer und österreichischer Streitkräfte in Aussicht genommen. Sollte dieser Fall eintreten und die Verwendung außerordentlicher Mittel erheischen, so wird Meine Regierung dem Landtage deshalb die erforderlichen Vorlagen machen. Von dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen über die von der kaiserlich österreichischen Regierung angeregte Bundes-Reform wird Meine Regierung dem Landtage Mittheilungen zugehen lassen. Ich habe die Mängel der bestehenden Bundes-Verfassung niemals verkannt, aber zu ihrer Umgestaltung weder den gegenwärtigen Moment noch die eingeschlagenen Wege für richtig gewählt halten können. Tief werde ich es bedauern, wenn die von Mir gegen Meine Bundesgenossen ausgesprochene Befürchtung sich bewahrheiten sollte, daß die Schwächung des Vertrauens, dessen die Bundes-Einrichtungen zur Erfüllung ihrer Zwecke bedürfen, und die Unterschätzung der Vortheile, welche sie den Mitgliedern des Bundes in der gegenwärtigen Lage Europa's gewähren, das alleinige Ergebniß von Reformversuchen sein würden, welche ohne Bürgschaft des Gelingens unternommen wurden. Diese Bürgschaft aber kann nur solchen Reformen beiwohnen, welche, in gerechter Vertheilung des Einflusses nach dem Verhältnisse der Macht und der Leistungen, dem preußischen Staate die ihm in Deutschland gebührende Stellung sichern. Dies gute Recht Preußens und mit ihm die Macht und die Sicherheit Deutschlands zu wahren, sehe Ich als Meine heilige Pflicht an. Meine Herren! Wir stehen in einer bewegten Zeit, vielleicht an der Schwelle einer bewegteren Zukunft. Um so dringender richte Ich an Sie die Aufforderung, an die Lösung unserer inneren Fragen mit dem ernsten Willen der Verständigung heranzutreten. — Das Ziel kann aber nur dann erreicht werden, wenn die für die preußische Monarchie unentbehrliche Macht des königlichen Regiments ungeschwächt erhalten wird und Ich von Ihnen bei Ausübung Ihrer verfassungsmäßigen Rechte in der Erfüllung Meiner landesherrlichen Pflichten unterstützt werde. Gemeinsam haben wir für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Dieser Aufgabe sind Meine Bestrebungen unwandelbar und ausschließlich gewidmet, und in unerschüttertem Vertrauen auf die Treue Meines Volkes hoffe Ich dieselbe so zu lösen, wie Ich es vor Gott verantworten kann.

**Köln**, 7. Nov./26. Oct. Der im Juni verstorbene J. M. Farina hat zum Bau der Thürme 10.000 Thaler dem Dom vermacht; aus andern Testamenten erhielt der Dombauverein im letzten Jahre weitere 11.000 Thlr. Die Gesammteinnahme von 1841 bis jetzt betrug 768.000 Thlr.; davon wurden ausgegeben für den Bau 713.200 Thlr., für Erneuerung der Wandgemälde 9000 Thlr., für Verwaltung 17.700 Thlr., für Festlichkeiten ꝛc. 6500 Thlr. Der Dombauverein sagt in seiner letzten Ansprache: Das im 13. Jahrhunderte begonnene Denkmal deutscher Frömmigkeit

und Kunst war der Zerfahrenheit im Vaterlande erlegen; die Ausführung des Werkes schien menschliche Kräfte zu übersteigen; Jahrhunderte lang lag der Bau still und verödet. Der Dom war nur im Hochchore vollendet, letzteres durch eine Mauer vom Langschiffe abgeschlossen worden, die erst jetzt nach Schließung der Gewölbe und Strebe-Systeme hat niedergelegt werden können. Das vordere Lang- und Querschiff hatte nur eine Höhe von 42 Fuß erreicht; das Süd- und Nordportal am Querschiffe fehlten ganz: der südwestliche Thurm mit seinem Krahn, diesem so lange unbeachteten Mahnzeichen, stand wie heute; der nordwestliche erschien kaum über der Erde. Dies war der Zustand unseres Domes, wie ihn unsere Vorfahren auf uns vererbt hatten. Noch sind es nicht vierzig Jahre, als es sich bloß darum handelte, dieses Vorhandene zu erhalten, das während der unheilvollen Zeit der Fremdherrschaft durchaus vernachlässigte Kleinod wenigstens vor dem gänzlichen Verfalle zu retten. Jetzt ist uns die Herrlichkeit und Pracht dieses Gottestempels, der schönsten, wundervollsten Schöpfung menschlichen Geistes, von allen Seiten aus den geöffneten Hallen entgegengetreten; sie hat unser Gemüth unwiderstehlich zum Himmel gewendet, und unter dem Eindrucke dieser harmonischen Schönheit, die von keinem der vielen Dome des Mittelalters übertroffen wird, haben wir, bewältigt von der Großartigkeit und dem Reichthume dieser Kirche, die Heiligkeit und den Ernst der Stunde erkannt und im Dankgebete den Segen des Himmels, der so sichtbar auf dem gemeinsamen Werke geruht hat, für den königlichen Protector und für alle Förderer und Freunde der Dombau-Sache, die in andauernder Liebe unsere Bestrebungen getheilt haben, erfleht. In der That, diese Bestrebungen sind durch einen kaum geahnten Erfolg gekrönt worden.

## Schweden und Norwegen.

**Stockholm**, 28./16. Oct. Der verstärkte Staatsausschuß, der zur Entscheidung über eine Menge bei den Ständen streitig gebliebener Bewilligungen zusammengetreten war, hat z. B. um die Stellung der so äußerst schlecht bezahlten Comministers, Capellprediger, Pastorats- und Kirchspielsadjuncten zu verbessern, die Bewilligung von 30,000 Rthlrn. vorgeschlagen, so daß diese Beamten nun wenigstens ein anständiges Auskommen erhalten. An der Universität Upsala soll eine Professur der Physiologie errichtet werden; dafür sind jährlich 4506 Rthlr. (ungefähr 1680 Thlr. preuß.) bewilligt, dagegen ist die Errichtung zweier Professuren für Rechtsencyklopädie und römisches Recht, einer in Upsala, der anderen in Lund, abgeschlagen. Es sollen bloße Privatinteressen gewesen sein die sich bei Einbringung dieses Vorschlags geltend gemacht haben, da ein Bedürfniß neuer juristischer Professoren nicht vorhanden ist. Die gegenwärtig vorhandenen lassen sich es eben sauer werden; einen großen Theil des Jahrs bringen sie theils in Stockholm, theils auf ihren Landsitzen zu. Im Sommer hielt der durch seine schlechte Examinationsweise und durch das Auftreten sämmtlicher juristischen Studenten gegen ihn so bekannt gewordene Professor Lindblad in Upsala sogar das Examen draußen auf seinem Landhaus ab. Was den Vorschlag der Errichtung einer Professur der Physiologie an der genannten Universität betrifft, so sind zwar außerordentliche Anstrengungen in Wort und Schrift zuerst bei den Reichstag-, dann bei den Staatsausschußmitgliedern dafür gemacht worden; merkwürdig aber ist daß das medicinische Comité, dem die Sache am nächsten liegen müßte, sich durchaus nicht darüber geäußert hat; wenn irgendwo ein Professor der Physiologie nöthig ist, so ist es an dem carolinischen Institut in Stockholm, welches, wie man mit gutem Grund vernimmt, nach und nach das ganze medicinische Studium, das an so kleinen Orten wie Upsala und Lund gar nicht gehörig betrieben werden kann, an sich ziehen wird. Demnächst wird man für Lund ohne Zweifel dieselbe Forderung stellen wie dießmal für Upsala; denn, wie ein Professor sehr richtig sagte, beide Universitäten suchen sich beständig in Bezug auf die Anzahl der Lehrer zu überbieten. Ein Mitglied des Bürgerstandes sagte im vorigen Reichstag: „In Upsala sucht man sich mit Hülfe von Kathedern festzunageln, sowie man sich in Lund mit Hülfe von Häusern festmauert." Lund hat gegenwärtig 404 Studenten; auf diese kommen 26 Professoren, 15 ordentliche und 2 außerordentliche Adjuncten, 8 Docenten und 3 Exercitienmeister, im ganzen 54 Lehrer. Von den Studenten sind 51 Theologen, 75 Juristen, 35 Mediciner, 234 gehören der philosophischen Facultät an. In Upsala, über dessen Lehrerpersonal augenblicklich keine Data vorliegen, beträgt die Anzahl der Studenten jetzt nicht weniger als 1234. Diese Universität hat kürzlich von einem ihrer früheren Schüler, der vorläufig ungenannt bleiben will, eine Gabe von 30.000 Rthlrn. zur Aufführung eines neuen Gebäudes, welches die physiologischen und pathologisch-anatomischen Sammlungen aufnehmen soll, erhalten. — Der Staatsausschuß hat ferner noch einen außerordentlichen Zuschuß von 17.400 Rthlrn. für das gymnastische Centralinstitut in Stockholm, 6000 Rthlr. jährlich für ältere berühmte Gelehrte und für jüngere Männer welche wissenschaftliche Tüchtigkeit gezeigt haben, 10.000 Rthlr. jährlich für öffentliche Vorträge in Stockholm, einen außerordentlichen Beitrag von 45.000 Rthlrn. zum Bau eines neuen Observatoriums in Lund, endlich 4000 Rthlr. für die Herausgabe eines Handbuchs der Pomologie bewilligt.

## Großbritannien.

**London**, 6. Nov./25. Oct. Ueber die französische Thronrede bemerkt heute die Times: „Der Kaiser der Franzosen hat die Kammern mit einer Ansprache eröffnet, die mehr einer parlamentarischen Rede gleicht, als der gemessenen Aeußerungsweise eines constitutionellen Herrschers. Seine Sätze scheinen eher von der Rednerbühne, als vom Throne herab gesprochen zu sein. Mehr als je steigt er in die Arena herab, begegnet zum Voraus den Einwürfen seiner Gegner, weis't mit Genugthuung auf seine Thaten hin, tritt mit Verheißungen für die Zukunft auf, mit Aufforderungen und mit Drohungen, und schließt, indem er bei seinen Zuhörern den gewünschten Eindruck hinterläßt, daß es in allen auf Krieg und Frieden bezüglichen Dingen, bei dem Bau einer Eisenbahn oder der Gründung eines Kaiserreiches, nur einen einzigen Herrn in Frankreich giebt und daß dieser Napoleon III. heißt. Der Kaiser behandelt bei dieser Gelegenheit zuerst die heimischen und erst dann die auswärtigen Angelegenheiten, vielleicht weil jene einen vollständigeren und mehr in sich abgerundeten Erfolg aufweisen, während seine auswärtige Politik Manchem vielleicht als unsicher, abenteuerlich und nicht frei von Gefahr erscheinen mag." — In einem langen Leitartikel vertheidigt heute die Post die japanesische Politik Englands. Sie erklärt es für eine lächerliche Unwahrheit, was man im Auslande und in radicalen Kreisen daheim oft behaupten höre, daß England sich und seinen Handelsverkehr den Japanesen aufdränge; denn die Japanesen hätten die größte Begier, ihre Producte gegen englische auszutauschen und würden nur durch Adel und Regierung daran verhindert. Aber selbst, wenn es wahr wäre, daß England sich uncivilisirten Völkern aufdränge, so ließe sich darauf antworten, daß kein uncivilisirter Stamm ein Recht habe, seinen Mitgliedern zu verbieten, ihren Grund und Boden europäischen Handelsleuten oder Auswanderern zu verkaufen; gleichviel, ob solch ein Stamm ein größeres Stück Erdoberfläche als er brauchen kann inne hat, oder ob sein Gebiet grade nur für ihn selber ausreicht. — Offenbar hat die Post in diesen Sätzen auch gewisse Vorgänge in Neuseeland und anderen Erdwinkeln im Auge gehabt. Von der Vertheidigung der japanesischen Politik überhaupt geht die Post dann zur Rechtfertigung des Bombardements von Kagosima über. — Die von Lord Russell so auffallend schnell veröffentlichten Actenstücke über die jüngsten Vorgänge in Japan beweisen zur Evidenz daß der englische Gesandte Oberst Neale sowol als Admiral Kuper ihre Vollmachten überschritten haben. Die Russell'schen Instructionen ermächtigten nur zu Repressalien im Fall Fürst Satsuma die englischen Forderungen verweigern sollte, und stellten es dem Admiral anheim entweder die drei Dampfer des Daimio in Beschlag zu nehmen, oder ihm seinen Palast zusammenzuschießen. Satt dessen ist seine Hauptstadt von 180,000 Einwohnern nach einem mörderischen Bombardement in einen Schutthaufen verwandelt worden! — Ueber eine Thatsache hinsichtlich der auch für Europa so wichtigen Weltverkehrsfrage durch Gründung einer Dampferlinie zwischen Australien (Neu-Süd-Wales) und Panama berichtet der Star und Herald. Von Auckland (Neu-Seeland) kam kürzlich ein Segelschiff in 35 Tagen nach Callao. Die Passagiere setzten nach siebentägigem Aufenthalt in Lima ihre Reise über Panama nach Southampton fort. Dort kamen sie vier Tage früher an als die Passagiere welche Auckland an demselben Tage mit dem australischen Dampfer verlassen hatten, um über Suez nach England zu gehen. Letztere Reise ist mindestens doppelt so kostspielig. Diese Thatsache bildet einen wichtigen Beleg für die Nothwendigkeit einer Dampferlinie zwischen Neu-Seeland und Panama.

— Der Londoner Judenbekehrungs-Verein hat seinen 55. Jahres-Bericht veröffentlicht. Der Verein hat 33 Stationen auf verschiedenen Puncten Europa's, Asiens und Africa's, 134 Missionäre und ein Jahres-Einkommen von 43.000 L. Ueber die Resultate seines Wirkens bemerkt die Saturday Review folgender Weise: „Der Verein hat im verflossenen Jahre 35.424 L. verausgabt und dafür 60 erwachsene Juden bekehrt, darunter eine in Bucarest lebende, beinahe stockblinde Hebräerin, die 80 Sommer zählt. In Jerusalem, wo der Verein eine Menge Agenten und Anstalten hat, sind mit einem Aufwande von 4444 L. vier Juden getauft worden, während in Abyssinien 30 Juden zusammen nur den Spottpreis von 1000 L. gekostet haben. Der reine semitische Jude ist ein kostbarer und edler Proselyt; das blaue Blut Abraham's ist mit 1100 L. per Kopf nicht theuer bezahlt. Einen Juden in Jerusalem zu bekehren, ist vielleicht ein eben solches Kunststück, wie Melonen in Spitzbergen zu ziehen. Was ist ein gewöhnlicher Jude aus Houndsditch dagegen? Und doch kostet er nach der durchschnittlichen Berechnung, wenn man nämlich die verausgabte Summe mit 60 dividirt, Netto 600 L." Wäre das Christenthum ursprünglich zu diesem Tarif ausgebreitet worden, so hätten die Apostel den Stein der Weisen besitzen müssen. Heutzutage leben auf der ganzen Welt, nach der wahrscheinlichsten Schätzung, 5½ Millionen Juden, und wenn die Londoner Gesellschaft, was sie gewiß hofft, sie alle bekehren will, und wenn obiges der Marktpreis sein soll, so muß Lord Shaftesbury, der Präsident der Gesellschaft, sofort daran gehen Greenbacks, d. h. uneinlösbare Bankzettel (wie. in America), zu fabriciren. Californien und Australien zusammen, könnten das Gold nicht liefern, welches zu dem Bekehrungsgeschäft en gros nöthig wäre, wenn die Londoner Missionsgesellschaft so glücklich wäre unter ihren Sendboten einen Xaverius zu finden. Und da drängt sich noch eine Frage auf. Wenn ein ordinärer namenloser Jude schon 600 Pf. St. kostet, was würde da erst die Taufe des Oberrabiners Dr. Adler, oder gar die eines Baron Rothschild kosten? Die Gesellschaft oder ihre Beamten werden vielleicht sagen: die Bekehrungen und Taufen allein seien nicht der Probierstein ihrer Wirksamkeit, denn, wenn auch neun Zehntel der Judenmissionen gar keine wirkliche Taufe zu melden hatten, so befinde sich doch in jeder derselben immer eine große Zahl „Nachfrager (inquirers)". Ein jüdischer Nachfrager, vermuthen wir, repräsentirt das leere Blatt zwischen dem Alten und dem Neuen Testament; er ist eine zwischen Licht und

Dunkel hin und her flatternde Religions-Fledermaus, eine Chrysalide, weder Raupe noch Schmetterling. Dem Bericht zufolge sind diese Mittelgeschöpfe zwischen Judenthum und Christenthum, diese Werde-Christen sehr zahlreich, und die Beschaffungskosten für einen Nachfrager haben also von der Gesammtausgabe für complete Bekehrte in Abzug zu kommen. Mystische Prophetenausleger sind darüber einverstanden daß die Bekehrung der Gesammtjudenschaft dem Milennium vorauszugehen hat; wenn nun dieses, nach der neuesten americanischen Berechnung im Jahre 1870 anfängt, so müssen in den sieben Jahren bis dahin nicht weniger als 3300 Millionen Pf. St. für Judenbekehrung aufgebracht werden." — Die Augsb. Allgem. Ztg. bemerkt hierzu: Ueberhaupt regt sich auch in England mehr und mehr die Skepsis, gegen den Erfolg der Missionen allüberall wo sie auf alte Culturen stoßen. Ihre religiöse und humane Tendenz selbst ist ohne Zweifel anzuerkennen, aber bis jetzt scheint die richtige Methode noch nicht gefunden zu sein.

## Italien.

**Neapel**, 27./15. Oct. Von den vielen hübschen Sachen die uns der Kronprinz in der Tasche mitbrachte, haben wir wenigstens eine nunmehr bescheert bekommen: die sehnlich erwartete Wiedereröffnung des S. Carlo-Theaters; trotz socialer Intriguen für und wider, trotz der bekannten Finanzebbe — „das Kurze und Lange von der Sache ist — um mit Klaus Zettel zu reden — unsere Comödie kommt zu Stande." — Der König selbst wird, wie Sie bereits wissen, am 10. Nov. die Puglieser Eisenbahn eröffnen; der Kronprinz soll ihm bis Avellino entgegenreisen. Darauf dann in Neapel großes Uebungsmanöver der vereinigten italienischen Flotte, nach dem pathetischen Kanonendonner von Somma ein heiteres Nachspiel — „mit Pulcinella," wie man hier sagt. Sie sehen, am guten Willen fehlt es gewiß nicht, das über die letzten Vorgänge so arg verstimmte Sicilien, das durch den schmählichen Räuberscandal so ungemüthlich gewordene Neapel zu betäuben und zu beschmeicheln. Ob es auch jetzt noch gelingt? Ob es gelingt die alte mit hundert Argusaugen wachende Städte- und Stammeifersucht durch Feste zu blenden, durch Musik in Schlaf zu singen? „Sie haben am Museum die alten Häuser abgerissen, aber die neue Straße daselbst rückt nicht weiter; sie bauen wol Eisenbahnen, aber sie führen darauf englische Bibeln und französische Jesuscaricaturen ins Land; sie wollen uns civilisiren, und sie brachten uns das Räuberwesen; sie wollen uns das Arsenal nehmen — am Ende noch gar nehmen sie uns den Vesuv und den Sebeto!" So murmeln unheimlich die unversöhnlichen Sirenen.

## Griechenland.

Die Lage der Dinge im Orient sieht die „Gen.-Corr." für eine sehr bedrohliche an. Sie schreibt: „Andeutungen zufolge die uns von ganz competenter Seite zugehen, nimmt die Gestaltung der Dinge im Orient eine immer bedenklichere Wendung, und ist die noch lange nicht erledigte Frage wegen der Abtretung der jonischen Inseln an das Königreich Griechenland als ein Beweis davon aufzufassen, welch' einen hohen Grad von Spannung die orientalischen Verhältnisse erreicht haben. England hat, von allem andern abgesehen, die Aufgebung des Protectorats an die Bedingung geknüpft daß die Festungswerke von Corfu geschleift werden. Dagegen hat umgekehrt der jonische Senat sich für den Anschluß an Griechenland unter der ausdrücklichen Voraussetzung ausgesprochen daß jene Werke erhalten bleiben. Ferner hat der jonische Senat die in erster Reihe zu votirenden 10.000 Pf. St. als Beitrag zur Civilliste des Königs Georg keineswegs bewilligt. Dazu kommt nun ferner daß mehrere Mächte bestimmt genug gezeigt haben, wie sehr wenig sie damit einverstanden sind, die höchst wichtige maritime Position Corfu's dem unmittelbaren Einfluß Englands entzogen zu sehen, und die Pforte hat geradezu ausgesprochen daß sie darin eine Gefahr erblicken würde. In dieser Verlegenheit hat die englische Regierung die endgültige Entscheidung der Frage im Parlament vorläufig auf sechs Monate vertagt."

## Neuere Nachrichten.

**Berlin**, 10. Novbr. / 29. Octbr. Das Herrenhaus hat heute mit geringer Majorität eine Adresse an den König beschlossen. Der Justizminister stimmte mit der Majorität. Der Minister des Innern hat der Kammer die Preßordnung vom 1. Juni vorgelegt, sowie einen Gesetzentwurf über die Modification einzelner Bestimmungen des Preßgesetzes. Der Minister erklärte, das Decret vom 1. Juni sei dem Nothstand gegenüber octroyirt und sei im Angesicht eines vorübergehenden Zustandes der Dinge abgefaßt, sei aber nicht geeignet, als dauerndes Gesetz aufrecht erhalten zu werden. Die Regierung, fügte er hinzu, glaube, das Decret werde bis zur Wiederherstellung eines dauernden Zustandes der Dinge in Kraft bleiben.

**Dresden**, 9. Nov./28. Oct. Der Landtag wurde heute durch den König eröffnet. Die Thronrede drückt die Hoffnung aus, die Zollconferenz in Berlin werde ein Einverständniß über den Handelsvertrag mit Frankreich und die Erhaltung des Zollvereins herbeiführen, rühmt die günstige Finanzlage, welche eine Verbesserung der Lage der Staatsdiener und zugleich eine Erleichterung der Steuerpflichtigen gestatte, hält die Hoffnung fest, das Ziel der Reformacte zu erreichen, und schließt mit dem Wunsche, daß der Himmel bald den Tag möge erscheinen lassen, an dem Deutschlands Stämme allzumal bei Vollendung des großen Werkes sich die Hände reichen und Deutschland, einig im Innern und achtunggebietend nach Außen, den Platz einnehmen wird, der ihm unter den Völkern Europas gebührt.

**Frankfurt a. M.**, 9. Nov./28. Oct. Der französische Gesandte hat dem Präsidial-Gesandten ein Schreiben des Kaisers Napoleon zugestellt, welches den deutschen Bund zu einem europäischen Congresse nach Paris einladet und den deutschen Fürsten für den Fall, daß sie persönlich der Einladung folgten, Gastfreundschaft zusagt.

**Wien**, 9. Nov./28. Oct. Nach der Presse hat der Kaiser der Franzosen ein persönliches Schreiben an den Kaiser von Oesterreich gerichtet mit der Einladung, bei einer Zusammenkunft der Souveräne in Paris zu erscheinen.

**Brüssel**, 10. Nov./29. Oct. In der Rede, welche der König bei Eröffnung der Session gehalten hat, theilte er mit, daß er beständig Beispiele des Vertrauens und der Sympathie von den fremden Regierungen empfange. Der König fügte hinzu, daß die Schelde unwiderruflich der Schifffahrt geöffnet sei. Die Thronrede kündigt einen Gesetzentwurf über die allgemeine Anwendung des Zolltarifs an, und einen andern über neue Reformen des Zollsystems.

**Bern**, 9. Novbr. / 28. Octbr. Kaiser Napoleon hat an den Bundesrath die Einladung gesandt, sich bei dem europäischen Congreß vertreten zu lassen.

**Stockholm**, 7. Nov./26. Oct. In unterrichteten Kreisen wird ganz bestimmt versichert, daß ein Allianz-Vertrag zwischen Schweden und Dänemark nicht unterzeichnet worden ist.

**London**, 7. Nov./26. Oct. Die Gazette veröffentlicht den Wortlaut der unterm 20. Octbr. von Lord Russell an den britischen Gesandten in St. Petersburg gerichteten Depesche: Baron Brunnow hat mir eine Depesche des Fürsten Gortschakoff vom 26. Aug./7. Septbr. mitgetheilt, als Erwiderung auf meine an Ew. Excellenz am 11. v. M. übersandte Depesche, von welcher Sie Sr. Excellenz Abschrift zu geben beauftragt waren. Ihrer Majestät Regierung hegt nicht den Wunsch, die Correspondenz über die polnische Angelegenheit blos der Controverse wegen zu verlängern. Ihrer Majestät Regierung nimmt mit Befriedigung die Versicherung entgegen, daß der Kaiser von Rußland nicht abläßt von wohlwollenden Absichten gegen Polen und von versöhnlicher Gesinnung gegen alle fremden Mächte beseelt zu sein. Ihrer Majestät Regierung erkennt an, daß die Beziehungen Rußlands zu den europäischen Mächten durch das Staatsrecht regulirt werden. Doch hat der Kaiser von Rußland specielle Verpflichtungen in Betreff Polens. Ihrer Majestät Regierung hat in der Depesche vom 11. August, so wie in früheren Depeschen dargelegt, daß bezüglich dieser besonderen Frage die Rechte Polens in derselben Urkunde enthalten sind, welche den Kaiser von Rußland zum König von Polen macht. Ich bin ꝛc. Russell. — P. S. Ew. Excellenz ist beauftragt, dem Fürsten Gortschakoff Abschrift von dieser Depesche zu überreichen.

**London**, 9. Novbr. / 28. Octbr. Bei dem Lordmayorsbanket, welches heute stattfand, wiederholte Lord Palmerston, daß England Rußland wie America gegenüber neutral bleiben werde. „Für Polen, sagte er, hat England seine Schuldigkeit gethan, und in America ist es unglücklicherweise unmöglich, den Frieden durch eine freundschaftliche Vermittlung wider herzustellen." — Die Königin hat heute einen eigenhändigen Brief des Kaisers Napoleon empfangen, welcher dieselbe auffordert, am Congreß theilzunehmen. Der Ministerrath versammelt sich heute, um über diesen Vorschlag zu berathen. — Die „Morning Post" bespricht in sehr ungünstiger Weise die preußische Thronrede. — Aus New-York wird vom 29. October gemeldet, man glaube, daß die Separatisten sich bemühen, eine Position zwischen der Armee des General Burnside und Chattanooga einzunehmen. — Aus Charlestown wird vom 27. gemeldet, daß die Forts Wagner und Gregg von Neuem die Beschießung des Forts Sumter und Johnston begonnen haben. Die Monitors haben das Fort Moultrie angegriffen.

— 10. Nov./29. Oct. Nachrichten aus Newyork vom 31. Oct. melden, daß General Gilmore Charleston bombardirt. Den Unionisten ist es gelungen, die Verbindungen mit der Stadt Chattanooga wiederherzustellen.. Man sagt, daß 45.000 Separatisten sich von Abingdon aus gegen General Burnside in Bewegung gesetzt haben, welcher sich in Bristol befindet. — Ferner wird gemeldet, daß der Mangel an Provision den General Grant verhindert, die Offensive zu ergreifen. — Jefferson Davis verlangte in Alabama, die Freiwilligen sollten die militärischen Positionen besetzen, damit die Soldaten den General Bragg verstärken könnten. „Dann ist zu hoffen, hatte der Sonderbundspräsident gesagt, daß Rosenkranz vernichtet und der Krieg beendigt sein wird. — Aus **Mexico** wird gemeldet, daß Präsident Juarez sich an der Spitze von 27.000 Mann zwischen Queretaro und San Luiz de Potosi befindet.

**America**. Der Postdampfer ‚City of Limerick' ist mit Newyorker Nachrichten vom 30./17. Oct. in Cork eingetroffen. Der Unionisten-General Hooker wurde in der Nacht vom 29./17. Oct. angegriffen; es entspann sich ein blutiges Gefecht, das von Mitternacht bis um 7 Uhr dauerte und damit endete, daß Hooker den Feind nicht nur zurückwarf, sondern alle seine Positionen nahm.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Wien**, 1. Nov./20. Octbr. Die österreichische Regierung drängt gegenüber den französischen Congreßplänen auf beschleunigte Reform der deutschen Bundesverfassung.

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zu Nr. 254 des Dorpater Tagesblattes.

**Rigaer Wechsel-Cours vom 2. Novbr.**

Hamburg 32 1/8. — London 36. — Paris 370.

**St. Petersburger Wechsel-Cours vom 1. Novbr.**

Amsterdam 185. — Hamburg 33 1/2, 32. — London 37 1/8, 35. 35 1/2. — Paris 396. 397.

## Ein Tagebuch des Grafen Kankrin.

### VI.

Bad Gastein, 13./25. Juli.

Ich habe mitunter in der Geschichte der englischen Finanzen von Perber gelesen. Bücher über das Finanzwesen sind für einen Finanzminister eben keine erfreuliche Lectüre. Es werden zuweilen schmerzliche Nerven oder mißtönende Saiten getroffen, und das ewige Einerlei wird nicht selten peinlich. Aber es fehlt mir an Lectüre, und bei dem heutigen bösen Wetter konnte man kaum vor die Thüre treten. Am Abend ließ ich sogar heizen.

Perber ist oft, besonders in Dingen, welche die politischen Verhältnisse der Völker betreffen, von einer verstandlos leidenschaftlichen, liberal sein sollenden Opposition. Doch hat er über Manches, besonders die Administration Pitts viel Wahres. Ich habe es schon lange gesagt, daß Pitt durch seine zur Unzeit wiederholten Coalitionen das Uebergewicht Frankreichs auf den Punct der Culmination brachte, eine Höhe, von der es wol schwerlich herabgesunken wäre, ohne den Feldzug nach Rußland.

Immer interessant sind manche historische Entwickelungen und Zahlenabstractionen in diesem Buch, obwol sie mir in der Hauptsache bekannt waren. Doch das Gedächtniß bedarf zu Zeiten der Erfrischung.

Aus der Auseinandersetzug des englischen Schuldenwesens, der Macht der Bank und der Börsenassociation lassen sich bestätigende Gründe für manche Wahrheiten im Creditwesen der Regierungen und Nationen ausheben, die man seit Kurzem allgemeiner einzusehen anfängt; von denen ich lange schon überzeugt war und nach denen ich handelte.

Die Schöpfung eines künstlichen Reichthums, durch Emanation von papiernen Werthzeichen, die, nach der Probabilität ihrer präsumtiven Auswechslung gegen metallische Werthzeichen, nur auf einen verhältnißmäßig geringeren baaren Fond basirt sind, können allerdings die Operationen einer Nation beleben und sie bereichern, so lange und insofern das durch solche Werthzeichen geschaffene, künstliche Capital productiv, das heißt Zinsen und eine Amortisation tragend angelegt werden kann, oder blos den natürlich erhöhten Bedarf an Circulationsmitteln deckt. Ueberschreitet es aber diesen Bedarf und wird es durch mißlungene Speculationen, Ausgaben des Staates oder auf andre Art zerstört, so endigt der vermeinte Reichthum mit Verminderung des wahren Nationalcapitals, weil das todtgeschlagene künstliche Capital aus dem natürlichen ersetzt werden muß, da der Bankschuldner die Bank bezahlen muß. Oder wird er bankerott, so geht die Schuld der Bank verloren und hat er andre Schulden, so fallen diese aus dem Nationalreichthum aus. Ist nun die Masse des unproductiv angewandten künstlichen Capitals groß, so kommen erst krankhafte Stockungen, man hilft sich einige Jahre wieder durch neue Emissionen, dann äußern sich von neuem krankhafte Symptome, und geht die Sache zu weit, giebt es Katastrophen.

Daher kommen, im Zusammenhang mit andern Umständen, in England ohngefähr alle fünf Jahre Epochen der Krise und in America, wo man es zu toll machte, kam die bekannte noch dauernde Catastrophe, die bekanntlich auf England zurückfällt, dessen Ressourcen, zum Glück für Europa, so groß sind. Ich sage für Europa und kein Sachkenner wird fragen warum. Daß übrigens die Krisen in England minder entscheidend sind, kommt unter anderem auch daher, daß dort bessere Anwendung vom künstlichen Capital gemacht wird, während in America die Staaten, mit der vermeinten wohlfeilen Regierung, und die Privaten, zum Theil mit mentalem Rückblick auf England, ganz wild handelten.

Es ist schwer diesen Gefahren in manchen Ländern vorzubeugen, umsomehr da das wachsende Bedürfniß an Werthzeichen am leichtesten und wohlfeilsten durch Papierzeichen gedeckt werden kann, die Anlockung also groß ist, in der Sache etwas wahres liegt, aber der Gebrauch, der Natur der Sache und der Menschen nach, nothwendig den Mißbrauch nach sich schleppt. Das Uebel liegt also im Uebermaaß und in der Gefahr, in der voraussichtlichen Gewißheit, daß das Maß überschritten werde, zugleich aber in dem Mangel an Mitteln dem vorzubeugen.

Ich sehe nicht ein, wie in Ländern, wo es frei steht, wenn auch unter gewissen Bedingungen, Privat-Zettelbanken zu errichten, die Gefahr abgewendet werden könne; denn die Sache liegt nicht blos in der Solvabilität dieser Institute, sondern eben so sehr in der verführenden Anwendung des Geldes. Wo dieses zu leicht zu haben ist, wird es zu leicht angewendet, es lockt mehr oder minder, wie in America, zu exorbitanten Handels-Speculationen, oder Arbeiten an Canälen, Eisenbahnen 2c.. die sich am Ende unproductiv erweisen.

Ertheilt man ein Bankmonopol an Private, wie zum Theil in England, so schafft man eine Macht, welche die Verwaltung beherrscht oder einengt und das Wohl der Nation in vielen Hinsichten in ihren Händen hat. Aus Perber ergiebt sich sehr klar, wie sich England die Macht der Bank selbst aufgeladen und die der Börsenassociation aus sich selbst hat erwachsen lassen.

Finanznoth hat allerdings die ersten Anlässe gegeben und die gedachten Institute haben allerdings der Regierung Hülfe geleistet. Aber wenn das Capital da war, konnten immer Anleihen gemacht werden (z. B. Holland); und wenn dem bei hohen Anleihen auch nicht so wäre, ist es denn gut, wenn den Regierungen das Leihen auf Wucherzinsen so leicht wird? Würde ohne das nicht manches unterbleiben, wie jetzt ohne die krankhafte Tendenz der Associationen?

Einschiebend ist hier zu bemerken, daß Staatsschulden, wie manche behaupten oder behaupteten, kein Gut sind. Sie bewirken zwar temporär durch größere Ausgaben eine Vermehrung der Circulation und Production in verschiedenen Zweigen, allein diese fieberhafte Spannung ist nicht dauernd, weil das geliehene Capital entweder der Production entzogen worden ist, oder in ihr hätte angelegt werden können, oder wenn es, in der That überschießend, unanlegbar war, besser verzehrt worden wäre, wo es die Production im Lande gefördert hätte, ohne der Nation eine Last aufzulegen, und ohne, unsichtbarer Weise, einen großen Theil des liegenden Eigenthums den Capitalisten mit Befreiung von allen ungünstigen Wechselfällen zuzuschreiben. Uebrigens, obwol immer ein Theil des wachsenden National-Capitals gleichsam als ein Remedium gegen die Unthätigkeit verzehrt werden muß, wovon der Beweis uns zu weit führen würde, so kann dies doch keine so große Massen betragen um ungeheure Anleihen zu füllen, das künstliche Capital wirkt also mit. Freilich macht der Geist und die Thätigkeit der Nationen die Uebel zum Theil wieder gut, allein ohne die Berge von Staatsschulden so mancher Länder würde des menschlichen Elendes, des verächtlichen Geistes des Agiotirens und der trägen herzlosen Rentirer-Tendenzen weniger sein.

Das sicherste Mittel Zettel-Banken ohne Gefahr zu gründen, scheint also das zu sein, sie blos der Regierung vorzubehalten, wenn sie dazu die Kraft haben, was sich finden müßte. Die Regierungen können ab und zu thun, sich wo nöthig zu Verlusten entschließen, die Gewinne mindern, und diese ersetzen am Ende Abgaben, die jederzeit den Nachtheil haben, daß sie unmöglich so gleich vertheilt werden können, daß nicht Einige überlastet wären und gerade die Aermeren litten.

Freilich zeigt auch die Erfahrung, daß die Regierungen durch Noth, falsche Ansichten, Mißgriff, Unkenntniß im Verlauf der Zeiten und Menschen, die Schaffung künstlicher Capitale durch Papiergeld übertrieben, ja wie bei Laws System und den französischen Assignaten ins Unendliche getrieben haben. Aber hier ist Mißbrauch des Princips, während dort das Princip selbst falsch ist; und die Regierungen können am Ende das von ihnen gestiftete Uebel, wenn auch mit großen Opfern wieder gut machen, während das durch Privatunternehmungen gestiftete Böse wol gar nicht mehr zu bessern ist, oder monopolisirten Banken ihre nachtheilige Macht nicht mehr entrissen werden kann. Uebrigens hindert auch das freie Princip die Regierungen an sich keineswegs, selbst Papiergeld zu machen, und die Sache zu übertreiben.

Wie gebrechlich steht es doch um alle menschliche Dinge und wie stark ist wieder auf der andern Seite die Lebenskraft der Gesellschaft, freilich oft auf dem Grund des Ruines der Einzelnen. Aber schon oft hat man die Natur eine grausame Mutter genannt, und trotz dem soll und muß man streben und thun und der Apathie entgegenarbeiten.

## Locales.

In der gestrigen Versammlung des Handwerkervereins ward ein einleitender Vortrag über Sokrates gehalten. Der Redner rechtfertigte zuerst die Wahl des Themas, indem er nachwies, in wie weit auch die Betrachtung vergangener Zustände für die Gegenwart von allgemeinem Interesse sein müsse, setzte dann die aus der Weltstellung und geographischen Beschaffenheit der griechischen Halbinsel, sowie aus der Eigenthümlichkeit der Nation resultirende Bedeutung Griechenlands für die alte Welt auseinander und characterisirte zuletzt unter steter Vergleichung moderner Verhältnisse die politischen und socialen Zustände des athenienſischen Volkes in ihrer geschichtlichen Entwickelung und in ihrem Bestande, namentlich zur Zeit des peloponesischen Krieges.

## Witterungsbeobachtungen.

2. Novbr., A. St. (13. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Parif. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 334,01 | — 1,57 | 1,2 | W | Bewölkt (3) |
| 2 U. | 334,34 | — 1,27 | 1,7 | SW | Bewölkt (2) |
| 11 U. | 332,10 | — 3,57 | 2,3 | $SW_3$ | Trüb (4), Regen |
| Mittel | 333,65 | | 1,52 | | (2,88) |

Die Temperatur ist 2,22 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 5,19 im J. 1851, kleinste — 14,42 i. J. 1861. Am Vormittage mehrmals fast ganz heiter.

## Fremden-Liste.

Vom 2. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Frl. Amalie Schasmin; Hr. v. Samson aus Blumershof; Hr. Hermann Pelliet aus Walk; Hr. Generalmajor Baron v. Fircks aus Riga; Hr. Meyer aus Fellin. — Abgereist: Hr. Albert v. Jürgens; Hr. Hörschelmann; Hr. Ringk; Hr. Resch; Hr. Tamberg.

**Hotel St. Petersburg:** Hr. Arrendator Kymenthal; Hr. Kaufmann Wahrhusen; Hr. Buchhalter Vogel; Hr. Landwirth Rose; Hr. F. Stahlberg und Hr. Bargu aus Werro.

№ 597. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 2. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Ein Edler Rath der kaiserlichen Stadt Dorpat macht hiedurch bekannt, daß nach Ablauf des in Concurssachen der Erben des weiland hiesigen Kaufmanns Eduard Julius Gerchen unterm 1. Mai 1862 erlassenen Proclams ad convocandos creditores der Herr Contradictor mit seiner beim Rathe übergebenen schriftlichen Erklärung auf alle durante proclamate angemeldeten Forderungen einen Vorschlag zur gütlichen Regulirung der Masse und Zufriedenstellung aller Creditoren nach Maßgabe der Qualität ihrer Anforderungen und des Massenbestandes verbunden hat. Die Activa der Concursmasse, die aus dem Auctions-Erlöse für das Waarenlager defuncti und für das Mobiliar-Vermögen desselben, gleich wie aus dem Meistbotschilling für das öffentlich versteigerte zur Concursmasse gehörige Wohnhaus und aus dem vom Herrn Curator massae beigetriebenen Außenständen bestehen, belaufen sich auf die Summe von 5308 Rbl. 54 Kop., die Passiva dagegen mit Inbegriff der auf das verkaufte Wohnhaus ingrossirten Anforderungen auf die Summe von 6089 Rbl. 39 Kop. Es werden demnach alle Creditoren, die sich im Laufe des Proclams mit ihren Forderungen gemeldet, hiedurch peremtorie aufgefordert, am 15. Novbr. d. J. Vormittags entweder in Person oder durch legitimirte Bevollmächtigte vertreten, allhier vor dem Rathe zu erscheinen, den Vorschlag des Hrn. Contradictors anzuhören und sich in continenti auf denselben zu erklären, bei der Verwarnung, daß das Ausbleiben eines Jeden so angesehen werden soll, als sei derselbe mit dem Vorschlage des Herrst Contradictors einverstanden und habe wider die von ihm proponirte Regulirung der Concursmasse und Zufriedenstellung der Creditoren nach Maßgabe der Qualität ihrer Forderungen und des Massenbestandes nicht das Mindeste einzuwenden. Dorpat-Rathhaus, 17. Oct. 1863.

---

Von Einem Edlen Rathe der Kaiserl. Stadt Dorpat wird hierdurch bekannt gemacht, daß das allhier im 1. Stadttheile sub Nr. 202 auf Erbgrund belegene Wohnhaus des Gerbermeisters August Lipping nebst Appertinentien öffentlich verkauft werden soll, und werden demnach Kaufliebhaber hierdurch aufgefordert, sich zu dem deshalb auf 15. Novbr. 1863 anberaumten Torge, sowie dem alsdann zu bestimmenden Peretorg-Termine Vormittags um 12 Uhr in Eines Edlen Rathes Sitzungszimmer einzufinden, ihren Bot und Ueberbot zu verlautbaren und sodann wegen des Zuschlags weitere Verfügung abzuwarten.

Dorpat-Rathhaus, am 22. August 1863.

---

Von Einem Edlen Rathe der Kaiserl. Stadt Dorpat wird hierdurch bekannt g.macht, daß das allhier im 2. Stadttheile sub Nr. 22 auf Stadt-Grund belegene Wohnhaus des Tischlermeisters Schlüsselberg sammt Appertinentien öffentlich verkauft werden soll, — und werden demnach Kaufliebhaber hierdurch aufgefordert, sich zu dem deshalb auf den 29. November 1863 anberaumten Torge, sowie dem alsdann zu bestimmenden Peretorg-Termine Vormittags um 12 Uhr in Eines Edlen Rathes Sitzungszimmer einzufinden, ihren Bot und Ueberbot zu verlautbaren und sodann wegen des Zuschlags weitere Verfügung abzuwarten.

Dorpat-Rathhaus, 3. September 1863.

---

Von Einem Wohledlen Rathe der Kaiserlichen Stadt Dorpat werden alle Diejenigen, welche an den Nachlaß des hierselbst verstorbenen Peep Perli entweder als Gläubiger oder Erben gegründete Ansprüche machen zu können vermeinen, hiemit peremtorie aufgefordert, sich binnen sechs Monaten a dato dieses Proclams, spätestens also am 26. December 1863 bei diesem Rathe zu melden und hierselbst ihre fundamenta crediti zu exhibiren, sowie ihre etwaigen Erbansprüche zu dociren, unter der ausdrücklichen Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mehr bei diesem Nachlasse mit irgend welcher Ansprache admittirt werden, sondern gänzlich davon präcludirt sein soll, wonach sich Jeder, den solches angehet, zu richten hat.

Dorpat-Rathhaus, 26. Juni 1863.

---

Der Kossesche Bauer Jahn Lachtre hat auf dem Wege von Kosse nach Werro zwei Inscriptionen der 5. fünfprocentigen Anleihe sub Nr. $^{314318}/_{29318}$ und $^{314746}/_{29746}$ à 500 Rbl. S. eine jede, und 40 Rbl. S. baares Geld, sowie eine Quittung über eine beim Werroschen Ordnungsgerichte geleistete Zahlung von 25 Rbl. verloren; er bittet den ehrlichen Finder um Rückgabe dieses Geldes gegen den gesetzlichen Finderlohn von einem Drittheil des Betrages und sichert dieselbe Belohnung demjenigen zu, welcher durch Ausmittelung des unrechtmäßigen Ausgebers der durch obige Nrn. erkennbarer Inscriptionen, ihm zu deren Wiedererlangung verhilft.

Werro-Ordnungsgericht, d. 24. August 1863.

---

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

In der **E. J. Karow**'schen Buch- und Schreibmaterialienhandlung in **Fellin** sind vorräthig:

**OUVERTURE**
aus
**Athalia**
von
**Felix Mendelssohn-Bartholdy.**
Zu 4 Händen.
Preis 1 Rbl. 4 Kopeken.

**Kriegsmarsch der Priester**
aus demselben Werke.
Zu 4 Händen.
Preis 42 Kop. S.

**LES FOLICHONS.**
Polka comique
pour Piano
par
***Emanuel Bach,***
à 2 mains.
Preis 80 Kop.

Die **berühmten Flügel** von **Becker** aus **St. Petersburg** sind zu haben bei **R. W. Koch,** im Hause des Hrn. v. Köhler.

---

### Für Kaufleute.

Bei **E. J. Karow,** Universitätsbuchhändler in Dorpat ist zu haben:

**Specielle Handelscorrespondenz**
in 6 Sprachen. Geb. 3 Rbl. 8 Kop.

**Anderson, Handelscorrespondenz**
3. Aufl. Geb. 1 Rbl. 88 Kop.

**Odermann, einfache und doppelte**
Buchhaltung. 4. Aufl. 1 Rbl. 51 Kop.

**Augspurg, Doppelte Buchhaltung.**
Grundriß. 75 Kop.

**Schulz, Preußisches Firmenbuch**
des gesammten Fabrik- und Handelsstandes.
Band I. Lief. 1. — 63 Kop.

---

So eben erschien und ist durch alle Buchhandlungen **gratis** zu beziehen:

Verzeichniß von Büchern zu sehr ermäßigten Preisen
vorräthig auf dem Antiquar-Lager von
**N. Kymmel** in Riga.

Nr. XII. **Rechts- und Staatswissenschaft.**
1. Abthl. Allgemeine Rechts- und Staatswissenschaft.
2. Russisches Recht. Provinzialrecht von Liv-, Kur- und Estland.

Die letztgenannte Abtheilung, welche eine ziemlich große Zahl älterer und neuerer Schriften zu sehr billigen Preisen ausbietet, dürfte sich namentlich der Beachtung empfehlen.

---

### Bürgermusse.

Montag, 4. Novbr. **Abend-Unterhaltung** für Mitglieder und Familien der Bürgermusse und des Handwerker-Vereins. Billets à 20 Kop. sind beim Directorium der Bürgermusse und bei R. Liebert (Buchdruckerei von E. J. Karow) in Empfang zu nehmen. — Anfang 8 Uhr. — Gäste dürfen nicht eingeführt werden.

---

**Frischen gepreßten Caviar**
bester Sorte und
**frische Neunaugen**
empfing und empfiehlt
***Alexander Botscherow,***
am großen Markt.

---

**Deutsche Gesangbücher**
in modernem und verschieden gemustertem Holz, Saffian und gepreßtem Callico-Einband, elegant gebundene estnische Gesangbücher, verschiedene Bilderrahmen, Hut- und Haubenpaudeln sind stets in Auswahl vorräthig bei
***Ed. Beckmann***
neben Hotel London.

---

In der Petersburger-Straße im Kramerschen Hause ist Abreise halber eine **kleine möblirte Familien-Wohnung** billig zu vermiethen.

---

Unterzeichnete empfehlen ihr Lager von
**Contobüchern**
in den **verschiedensten Liniaturen** und stellen die billigsten Preise.
**Ihle & Röschke.**

---

**Gesangbücher** in Goldschnitt mit ausgelegten Holzdeckeln von verschiedenen Hölzern sind zu haben bei
**H. Rosenberg,** Buchbindermeister,
vis-à-vis der Bürgermusse.

№ 255. Montag, den 4. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. III. Professur der russischen Geschichte. Statut der estnischen Gesellschaft. St. Petersburg: Reise Sr. Maj. des Kaisers. Schleiden. Warschau: Gefechte. Maßregeln des Grafen Berg. Wilna: Mohilewsche Ergebenheitsadresse.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Ein ächtes Berliner Kind. Geschichte der Hofbühne. Sparcasse. Erbschaft. Omnibusführer. Dresden: Diebstahl. Frankfurt: Der Wortlaut der Einladung zum Congreß. Wien: Die französische Thronrede. — Frankreich. Paris: Ueber die Thronrede. Banken. Arbeiterassociationen. — Großbritannien. London: Das Urtheil der engl. Presse über den Congreß.
**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat,** 4. Novbr. Das russische Project will Selbstverwaltung anbahnen und fand unterhalb des Kreises nicht die genügenden „ökonomischen Einheiten," auf welchen das neue System sich aufbauen ließ. Es bleibt daher bei dem Kreise als dem Einfachen stehen und behandelt erst das Gouvernement wie einen zusammengesetzten Körper. Das Gouvernements-Budget soll in den Kreisen vorbereitet und großentheils nach Kreisen realisirt werden. Es kommt daher für die künftige auf Autonomie hinzielende Entwickelung fast Alles darauf an, wie weit gegenüber den tiefgewurzelten büreaukratischen Tendenzen und der Gewöhnung, sich verwalten zu lassen, der Kreis seine Wirthschaft selbständig anzugreifen und durchzuführen vermag.

Von vornherein läßt sich die Ungunst der Verhältnisse nicht verkennen, wenn nun eben für die Selbstbewirthschaftung des Kreises fast jede Vorschule fehlt. Die erste Bedingung jeder Autonomie ist dies, daß die Mehrheit der Betheiligten sich in den localen Verhältnissen, in welchen ihre Interessen unmittelbar wurzeln, völlig zu Hause wisse und sie bis zu einem gewissen Grade intellectuell beherrsche. Die zweite Bedingung, daß bei der Verwaltung selbst möglichst Viele betheiligt seien. Die dritte, daß die Möglichkeit der Controle Allen jederzeit offen stehe.

Man täuscht sich häufig, wenn man das Maaß politischer Freiheit und socialer Selbständigkeit in der mehr oder weniger allgemeinen Betheiligung an solchen Wahlen sucht, welche eine Repräsentation der Masse herstellen sollen. Ein guter Wähler ist im strengsten Sinne nur, wer eventuell einen guten Gewählten abgiebt. Wer von den Verhältnissen, die es zu vertreten gilt, nichts oder nur so viel weiß, als ihm sein eigener Haushalt offenbart, ist sicher in den meisten Fällen ein schlechter Wähler und das Gemeinwohl fährt besser, wenn es ihm verwehrt bleibt, sich an Wahlen zu betheiligen. Für die Menge ist eine Vorübung in Verwaltung von Gemeinden, Kirchspielen, Armenpflegebezirken unerläßlich, wenn sie einmal zur Verwaltung größerer Territorien soll herbeigezogen werden.

Wie weit das russische Project bei seinen Combinationen den Mangel einer solchen Vorschule in Rechnung gezogen hat, bleibe dahingestellt. Jedenfalls verräth sich ein nicht geringes Mißtrauen in den Erfolg einer auf rein autonome Principien gestellten Verwaltung, wenn so viel äußere Garantien für unentbehrlich gehalten werden, wie sich aus folgender Darstellung ergiebt.

Nach dem russischen Project stellt künftig der Kreis vermittelst Wahlen, welche sich von drei zu drei Jahren erneuern, eine Repräsentation seiner selbst, eine Kreisversammlung, her. Diese Kreisversammlung wiederum bestellt durch Wahl aus ihrer Mitte erstens eine aus zwei bis sechs Gliedern zu bildende Kreisverwaltung, zweitens eine aus je zwei bis fünf Repräsentanten jedes Kreises zu bildende Gouvernementsversammlung. Die Gouvernementsversammlung endlich bildet durch Wahl aus ihrer Mitte eine aus sechs Mitgliedern bestehende Gouvernementsverwaltung.

Zunächst nun ist zu bemerken, daß sich beide derart durch Wahl constituirte Versammlungen weder ihren Vorsitzenden noch ihre Geschäftsordnung selbst geben. Die Geschäftsordnung wird vom Minister des Innern aufgestellt und nur die Gouvernementsversammlung ist berechtigt, auf Aenderungen „anzutragen." Den Vorsitzenden der Kreisversammlung ernennt der Minister des Innern aus ihrer Mitte; der Gouvernementsversammlung wird ihr Vorsitzender aus der Zahl der im Gouvernement ansässigen Grundeigenthümer Allerhöchst ernannt. Nur die Wahl von Secretären für die Dauer der Sitzung steht beiden Versammlungen frei. Die Vorsitzenden haben die Aufsicht über den Gang der Verhandlung; in wichtigen Fällen correspondiren sie direct mit dem Minister des Innern.

So groß nun scheinbar die Sphäre der Attribute ist, welche den Versammlungen zugestanden ist, so reducirt sie sich doch in Wirklichkeit auf einen äußerst beengten Kreis. Ernstere Prüfung des neuen Projects läßt sofort erkennen, daß der Schwerpunct des Systems durchaus nicht in ihre Mitte fällt. Ihre Bedeutung wird weit überragt durch die factische Macht der theoretisch in ihre Abhängigkeit gestellten Verwaltungen.

Diese Verwaltungen haben eine collegiale Behördenverfassung und nehmen eine bestimmte Stelle in der büreaukratischen Hierarchie ein. Sie sind durch Wahl aus den Versammlungen hervorgegangen, aber durchaus nicht ihnen ausschließlich verantwortlich. Ihre Vorstände sind nicht aus der Mitte der Versammlungen bestellt. Der Verwaltung des Kreises präsidirt der Kreis-Adelsmarschall, der des Gouvernements der Gouvernements-Adelsmarschall. Sie correspondiren mit einander direct: die Kreisverwaltung hat die Aufträge der Gouvernementsverwaltung zu erfüllen; von ihr empfängt sie die bestätigten Budgets zur Ausführung; ohne ihre Zustimmung darf sie keines der eigenen Mitglieder dem Gericht übergeben.

Die gesammte Stellung der Verwaltungen gegenüber den Versammlungen hat zum Merkmal, daß jene permanent sitzen, diese jährlich nur einmal zusammentreten: für den Kreis im September, für das Gouvernement im November. Damit fällt jenen nicht nur die Executive, die gesammte Administration zu, sondern sie haben auch alle Vorarbeit für die Versammlungen in Händen. So regelrecht hierin und in manchem sonst ihre Constitution theoretisch erscheinen mag, so lehrt doch ein Beispiel statt vieler, was diese Constitution in Praxi bedeute. Man braucht sich nur zu informiren, wie bei der wichtigsten Arbeit, bei der Aufstellung des Budgets, die „Legislative" ohnmächtig ist gegenüber dem Gutdünken der „Executive" oder der durch die Executive etwa wirksamen höhern Verwaltungsinstanzen.

Jährlich nämlich zum 15. September haben die Kreisverwaltungen sowol die Kreisbudgets, als auch die Kreisanschläge zum Gouvernementsbudget bereit zu halten. Sie arbeiten sie aus im Wesentlichen nach denselben Principien, nach welchen bis heute die Budgets der Obliegenheiten zu Stande gekommen. Die Arbeit wird behördenmäßig betrieben: die Kreisverwaltung verfährt durchaus als Behörde. In der zweiten Hälfte des September tritt die Kreisversammlung in Function: sie nimmt die von der Verwaltung vorbereiteten Budgets entgegen, prüft, ändert nach Belieben und adoptirt sie schließlich. Ob in ihrer Mitte die erforderliche Sach- und Localkenntniß hinreichend vertreten ist, damit diese Prüfung nicht äußere Form bleibe, das kommt nicht einmal in Frage: denn, wäre sie selbst die intelligenteste Kammer des Reichs, sie vermöchte kaum mehr zu thun, als mehr oder weniger gewunden Ja zu sagen zu dem, was die Verwaltung ihr vorlegt. Denn das Budget zu prüfen, zu ändern, zu votiren und nebenbei allen ihr sonst noch gesetzten Aufgaben nachzukommen, hat sie, Alles in Allem gerechnet, sieben Tage Zeit; denn nur so lange darf eine Kreisversammlung tagen.

Sie hat getagt, votirt und, was sie hat votiren müssen, ist weiter befördert. Die Kreisanschläge sind an die Gouvernementsverwaltung, eine zweite Behörde, gegangen und diese stellt das Gouvernementsbudget auf. Im November tritt die Gouvernementsversammlung in Function und läßt sich das Budget vorlegen. Die Gouvernementsversammlung sitzt zwanzig Tage, allein für Durchsicht, Prüfung, Aenderung, Annahme des Gouvernementsbudgets sind ihr ausdrücklich auch nur sieben Tage bewilligt und, was die „Executive" in zwei Instanzen beschlossen hat, ist von der „Legislative" in zwei Instanzen zwar „geprüft" worden, aber selbst nur durchzusehen, was ihr vorgelegt wird, vermag eine vielköpfige Versammlung in sieben Tagen wol nur um der Form willen und ihre Mitwirkung ist so im Grunde illusorisch.

Es will dann wenig sagen, wenn nun, nach Ablauf dieses formellen Processes, die Verwaltungen gebunden bleiben an die votirten Budgets und wenn ihnen ausdrücklich verwehrt wird, willkürlich Steuern zu erheben. Die Budgets sind ohnehin ihre Budgets und für „unvorhergesehene und keinen Aufschub leidende" Fälle werden sie überdies noch zu Ueberschreitungen und selbständigen Anordnungen ermächtigt. Und wenn sie ferner den Versammlungen zwar Rechen-

schaft schuldig sind, so wird doch in einmal oder dreimal sieben Tagen kaum Ernst gemacht werden können mit der Prüfung von Rechenschaften, deren Norm überdies nicht von den Versammlungen bestimmt wird.

Wie trefflich nun auch und gewissenhaft jene „Verwaltungen" arbeiten mögen: eine Vorschule der Selbstverwaltung werden sie sicher nicht werden. Sie bleiben, trotz ihrer Verschwisterung mit dem Wahlprincip, Behörden, wie irgend welche andere. In den Versammlungen selbst aber dürften weder öconomische noch politische Erfahrungen erworben werden, außer von Solchen, welche bereits anderswo eine Vorschule durchgemacht haben. Den drei Bedingungen jeder Autonomie ist somit keine Rechnung getragen, denn weder ist die Controle allgemein zuständig oder auch nur überhaupt ausführbar, außer durch büreaukratische Instanzen; noch sind bei der Verwaltung selbst möglichst Viele betheiligt: sie ruht in den Händen einiger Weniger, günstigsten Falls einer Pflanzschule guter Beamten.

Hat nun aber das russische Project ausdrücklich zur Aufgabe gewählt: ein System der Selbstverwaltung anzubahnen und läßt sich in der von ihm angestrebten Organisation der Verwaltung ein Ansatz zu solchem System nicht erkennen, so bleibt nur die letzte Frage noch zu erörtern: ob dieser Ansatz etwa enthalten ist in der Organisation der Wahlen, durch welche der Kreis seine Repräsentation bildet und ob ein solcher Ansatz, falls er vorhanden ist, sich für die Zukunft gedeihlich zu entwickeln verheißt.

**Dorpat**, 4. Novbr. Der Minister der Volksaufklärung hat auf Vorstellung des Conseils genehmigt den ordentlichen Professor der geographischen und statistischen Wissenschaften Dr. Schirren in derselben Würde auf den bei der Universität Dorpat vacanten Lehrstuhl der Professur der Geschichte Rußlands überzuführen.

— Das Statut der bei der Universität bestehenden gelehrten estnischen Gesellschaft ist, nachdem es von dem gelehrten Comité des Ministeriums durchgesehen worden, von dem Minister der Volksaufklärung am 26. October d. J. bestätigt worden.

**St. Petersburg.** Ueber die Reise Sr. Maj. des Kaisers berichtet die Nord. Post Folgendes: Am 29. October um 7½ Uhr Morgens kam Sr. Maj. der Kaiser glücklich in Charkow an, empfing die Militär- und Civilbehörden, den Adel und die Kaufmannschaft, besuchte die Nikolaikirche und das Fräulein-Institut und reiste auf der Straße nach Kursk weiter. — Durch ein Telegramm aus Orel wird gemeldet, daß Sr. Majestät der Kaiser am 30. October um 1 Uhr glücklich aus Orel abgereist ist. — Ein Telegramm aus Cherßon vom 30. meldet, daß Se. Majestät den Weg durch das Gouvernement Cherßon glücklich zurückgelegt hat, und die Landstraße Nachts durch den Eifer der Bauern erleuchtet worden ist.

— Die Antrittsrede des Prof. Schleiden in Dorpat, sowie dessen Broschüre über den Materialismus werden von einem Leitartikel der Nord. Biene in anerkennender Weise besprochen; auch die St. Petersburger Correspondenten ausländischer Blätter (z. B. der Augsb. Allg.. Ztg.) nehmen von jenem „Ereigniß" Act. (D. St. P. Z.)

**Warschau**, 28. Octbr. Am 25. Octbr. sind die Reste der Schaar Czachowskis vollständig geschlagen. Czachowski selbst ist in Radom an seinen Wunden gestorben.

— Ueber die bevorstehenden ernsteren Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes in Polen theilt der N. Inv. folgendes mit: Den Militärchefs wird nicht nur die Polizei, sondern auch die ganze Localverwaltung untergeordnet. Die Militärchefs der Gouvernements Warschau, Plock, Radom, Lublin und Kalisch erhalten die Rechte der General-Gouverneure, in Bezug auf die locale Civil-Administration und Polizei, die Controle in Gerichts- und Finanzsachen, in den geistlichen Angelegenheiten, in Sachen des Unterrichts-, des Post- und Bauwesens. Ferner steht den Militärchefs das Recht zu, alle Beamten der localen Gouvernements- und Kreis-Administrationen, sowie der Polizei, ihrer Stellungen zu entsetzen und andere an Stelle der entfernten Beamten zu ernennen; die Ersetzung der Civil-Gouverneure wird dem Statthalter zur Entscheidung vorgelegt.

**Wilna**, 29. Octbr. Soeben ist eine Nachricht von dem General-Lieutenant Baklanow eingetroffen, nach welcher der Kapitain Baron Ar..shofen am 24. October eine Insurgentenschaar von 3000 Mann im Gouvernement Plozk geschlagen hat. — Am 27. Octbr. empfing der General-Gouverneur Murawjew eine Deputation des Mohilewschen Adels, welche eine an Se. Majestät den Kaiser gerichtete Ergebenheitsadresse überreichte. Die Adresse ist dem Minister des Innern übersandt worden, um sie Sr. Majestät dem Kaiser vorzulegen.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 8. Nov./27. Oct. Endlich ist eine amtliche Erklärung des Begriffs „ein ächtes Berliner Kind" gegeben. In der Rede, mit welcher der Oberbürgermeister Seydel Herrn Krug bei seinem Stadtrathsjubiläum begrüßte, findet sich folgende Stelle: Uber die Sorgen des täglichen Lebens erhaben, in einer freien unabhängigen Lage, haben Sie früh mit glücklicher Entschlossenheit Ihre Wahl getroffen und der Förderung der Interessen dieser unserer Stadt in den wichtigsten und schwierigsten Stellungen mit ganzer Kraft sich zugewendet. — Ein ächtes Berliner Kind im besten Sinne dieses Wortes — brav, offen, raschen Entschlusses — mit leichten gefälligen Lebensformen einen rastlosen Eifer, ein großes practisches Geschick und ein immer reges Pflichtgefühl verbindend — Ihrem Könige von Herzen ergeben und zugleich voll lebendigen Sinnes für die freie Entwickelung des Gemeindelebens und für die allmählige unverkümmerte Geltung des Bürgerthums in unserem Staatsleben: — so sind Sie überall auf Ihren Wegen der Liebe und Achtung Ihrer Collegen, der warmen Anerkennung Ihrer Mitbürger begegnet. Wir können nicht verfügen über äußere Ehrenzeichen, über Orden und Ritterschlag. Aber Sie haben durch die That selbst, durch eine reiche Wirksamkeit langer Jahre eine ausgezeichnete Stellung unter ihren Mitbürgern eingenommen, wie sie auch die heutige Zeit noch versteht und verträgt, wie sie auch das freie Bürgerthum in seinem eigenen Schooße gelten lassen und ehren wird. Sie sind eingetreten in die Reihen einer Aristokratie, die da ruht auf dem freilich nicht weichen und bequemen, aber festen und sichern Grunde ernster hingebender Pflichterfüllung in dem der Gemeinde und dem Staate gewidmeten freien Ehrendienste.

— Die lange erwartete Geschichte der Berliner Hofbühne von Hofrath Teichmann ist nun bei Cotta in Stuttgart erschienen; das Buch bringt den gesammten bisher nicht gedruckten Briefwechsel von Schiller, Göthe, Iffland, Kotzebue u. A. mit den königl. Theater-Directoren. — Nach dem Bericht über den Geschäftsbetrieb der Sparcasse im 2. Quartal d. J. betrug die Einnahme 194.720 Thlr., die Ausgabe 176.456 Thlr. und es belief sich der Baarbestand auf 18.244 Thlr. und 206 Thlr. Vorschuß. Außerdem besitzt die Sparcasse 1.950.345 Thlr. in Effecten, 411.025 Thlr. Hypotheken-Documente, auch werden noch 18.000 Thlr. in Documenten erwartet und 20.000 Thlr. a Conto di tempo bei der Seehandlung. Im Monat April betrugen die Einlagen 54.000 Thlr., die Rückzahlungen 56.000 Thlr.; im Monat Mai sind 49.500 Thlr., im Juni 50.600 Thlr. eingezahlt und resp. 46.600 Thlr. und 42.800 Thlr. zurückgezahlt. — Mit der jüngst eingetretenen Ermäßigung der Telegraphen-Gebühren ist auch eine andere Zählungsweise der Worte eingetreten, womit frühere Erleichterungen aufgehört haben, da jetzt jedes einzelne Wort, also auch die Adels-Bezeichnung „von", gezählt wird, was früher bekanntlich nicht der Fall war. Die Frage der Herabsetzung des internen preußischen Briefporto's wird fortdauernd erwogen, und es sind demgemäß auch schon die Vorprüfungen angestellt worden. — In den dreißiger Jahren wurde in Coblenz von einer Durchreisenden ein Mädchen geboren, welches von der Mutter zu geringen Leuten in Pflege gebracht worden ist. Die Mutter, einer wandernden Künstler-Gesellschaft angehörig, entfernte sich aber bald, ließ nichts mehr von sich hören und das Kind wurde im Waisenhause erzogen, heirathete einen Unterofficier, der seine Familie kümmerlich ernährte. Vor einiger Zeit wird von Berlin aus nach jenem in den dreißiger Jahren geborenen Kinde amtlich nachgefragt. Die in sehr günstigen Verhältnissen lebende Großmutter starb und hat der Enkelin 250.000 Thlr. hinterlassen. — Die Zeidlersche Correspondenz brachte die Nachricht, ein Omnibusführer sei so unehrerbietig gewesen, unter den Linden gegen den königlichen Wagen anzufahren und denselben so zu beschädigen, daß der König habe zu Fuß seinen Weg fortsetzen müssen. Der Staats-Anzeiger erklärt die Nachricht für unwahr und bemerkt, es läge nicht einmal irgend ein Umstand vor, aus dem ein solches Gerücht hätte entstehen können. So weit gehen die Tendenzlügen der Parteiblätter!

**Dresden**, 7. Novbr./26. Octbr. Es ist ein Diebstahl im hiesigen historischen Museum verübt worden. Man vermißt einen silbernen Ehrenbecher im Werth von 800 Thlr. und zwei reich mit Edelsteinen und Perlen geschmückte Reitzeuge aus der Periode August des Starken im Werth von 2000 und 4000 Thaler.

**Frankfurt a. M.**, 10. Nov./29. Oct. Die Europe veröffentlicht folgenden Wortlaut des vom 4. Nov./23. Oct. datirten Einladungsschreibens des Kaisers Napoleon an den deutschen Bund. Très-hauts, Très illustres Princes Souverains et Villes libres de la Sérénissime Confédération Germanique! Angesichts der Ereignisse, die jeder Tag bringt und die einander drängen, halte ich es für unerläßlich, meinen ganzen Gedanken gegen die Souveraine auszusprechen, denen die Geschicke der Völker anvertraut sind. So oft tiefgehende Erschütterungen die Grundlagen der Staaten ins Wanken gebracht und ihre Grenzen verrückt haben, ist es demnächst zu feierlichen Verhandlungen gekommen zu dem Zwecke, die neuen Elemente einzureihen und den vollzogenen Umgestaltungen mit verbessernder Hand die Weihe zu geben. Das war der Gegenstand der im siebzehnten Jahundert geschlossenen Verträge von Osnabrück und Münster und der Wiener Verhandlungen von 1815. Die letzteren sind heute die Grundlage des europäischen Staatensystems. Gleichwol zerfällt dasselbe bekanntlich in allen Theilen. Wenn man den Zustand der verschiedenen Länder aufmerksam betrachtet, so kann man unmöglich verkennen, daß die Wiener Verträge fast in allen Puncten zerstört, verändert, mißachtet oder bedroht sind. Daher Pflichten ohne Norm, Rechte ohne Titel und Ansprüche ohne Maß — eine um so furchtbarere Gefahr, als Verbesserungen, das Resultat der die Völker durch eine Solidarität der materiellen Interessen unter einander verknüpfenden Civilisation, unser Urtheil verwirren und uns wider unseren Willen in entgegengesetzte Richtungen hineinreißen. Ich wende mich daher an Sie mit dem Vorschlage, die Gegenwart zu ordnen und die Zukunft sicher zu stellen vermittelst eines Congresses. Auf den Thron berufen durch die Vorsehung und den Willen des französischen Volkes, aber erzogen in der Schule der Widerwärtigkeit, darf ich vielleicht weniger als Andere die Rechte der Souveraine und die berechtigten Bestrebungen der Völker ignoriren. So bin ich denn auch bereit, ohne ein vorgefaßtes System in eine internationale Berathung den Geist der Mäßigung und Gerechtigkeit mitzubringen, welcher das gewöhnliche Erbtheil derjenigen ist, die so vielerlei Prüfungen zu bestehen gehabt. Wenn ich die Initiative

einer solchen Eröffnung ergreife, so folge ich nicht einem Antriebe der Eitelkeit; vielmehr liegt es mir als demjenigen Souverain, dem man die meisten ehrgeizigen Pläne zuschreibt, am Herzen, durch diesen offnen und loyalen Schritt zu beweisen, daß mein einziger Zweck der ist, es ohne Erschütterung zu einer Pacificirung Europa's zu bringen. Wenn dieser Vorschlag angenommen wird, bitte ich Sie, sich Paris als Versammlungsort gefallen zu lassen. Im Falle es den mit Frankreich verbündeten und befreundeten Fürsten zusagen sollte, die Autorität der Berathschlagung durch ihre Gegenwart zu erhöhen, so würde ich stolz darauf sein, denselben meine herzliche Gastfreundschaft anzubieten. Europa würde vielleicht einen Vortheil darin sehen, daß die Hauptstadt, von der so oft das Signal zu Umwälzungen ausgegangen ist, der Sitz der Conferenzen würde, welche den Grund zu einer allgemeinen Pacificirung legen sollen. Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen die erneuete Versicherung meiner aufrichtigen Anhänglichkeit und des lebhaften Interesses zu geben, welches ich an dem Wohlergehen der Bundesstaaten nehme. Darauf (folgt eine Wiederholung obiger Titulatur) bitte ich Gott, daß er Sie in seinen heiligen und erhabenen Schutz nehmen möge.

(gez.) Napoleon.

(gegengez.) Drouyn de Lhuys.

**Wien**, 6. Novbr / 25. Octbr. Es ist wirklich überraschend, zu sehen, wie man in gouvernementalen Kreisen den unläugbaren Ernst der Situation mit dem banalen Sprüchwort, daß nichts so heiß gegessen, als es gekocht wird, verscheuchen zu können glaubt. Die Hauptaufgabe der kaiserlichen Rede, meint man, bestand offenbar darin, über das Fiasco des diplomatischen Feldzuges gegen Rußland mit Geschick und Anstand hinwegzuschlüpfen, was durch den coup théatral mit der Vernichtung der Verträge vom Jahre 1815 und mit einem neuen Congreß der nationalen Eitelkeit der Franzosen gegenüber auch geglückt zu sein scheint. Die europäischen Mächte aber dürften die Sache etwas nüchterner auffassen, mit der proclamirten Vernichtung der Wiener Verträge, trotz der vielfach erlittenen „Eselsohren", sich nicht einverstanden erklären und in der zum Ueberdruß vorgebrachten Congreß-Idee nichts weiter als den lebhaften Wunsch der napoleonischen Dynastie erblicken, sich endlich einmal in das öffentliche europäische Recht einverleibt zu sehen, daher weder auf den einen, noch auf den andern vom Kaiser Napoleon ausgesprochenen Gedanken eingehen.

## Frankreich.

**Paris**, 5. Nov. / 24. Octbr. C'est un discours à la Girardin. So legen ihn die Russen aus, so will man ihn im auswärtigen Amt auslegen, so haben ihn die Deputirten verstanden, so wird er auf der Abendbörse notirt. Ausschließlich die friedliche Bedeutung und Tendenz der Thronrede wurde von den Deputirten beklatscht, welche sich an den Auslassungen über die Verträge nicht stießen, weil dergleichen Redensarten zum Kaiserthum, zur imperialistischen Tradition gehören. Die Börse überschätzte viel mehr die Bankverlegenheiten als die Gefährlichkeiten der allgemeinen Congreßidee. In diesem Augenblick bewundert sie die Geschicklichkeit, womit die polnische Frage in den Hintergrund gedrängt wird. C'est la paix — mit Kriegsaussichten. So lautet die Auslegung in englischen Kreisen. Sie sind mit der Thronrede keineswegs unzufrieden, weil sie den Frieden durchaus nicht gefährdet, und die Kriegsaussichten ja doch unzertrennlich vom Kaiserthum sind, welches der Friede ist. Ueber die große Frage der Restauration der französischen Freiheit schweigt die Rede eben so sehr, wie über die Wiederherstellung oder Unabhängigkeit Polens. Das Wort Freiheit erscheint in der Rede ein einziges Mal, und zwar als Theaterfreiheit. Sonst wird an der Verfassung, das ist am Régime, festgehalten. Der allgemeine Eindruck geht dahin: die Rede sei viel zu geschickt abgefaßt, um etwas anderes als Erstaunen über die Gewandtheit und Geschicklichkeit des Redners einzuflößen. (A. A. Z.)

— Frankreich besitzt gegenwärtig fünfzehn Creditanstalten, nämlich: die Bank von Frankreich mit 182.500.000 Fr. Capital, Credit foncier mit 60 Mill., Credit agricole mit 20 Mill., Credit industriel mit 40 Mill., Credit mobilier mit 60 Mill., Comptoir d'Escompte mit 40 Mill., Credit colonial mit 12 Mill., Hülfscomptoir der Eisenbahnen mit 6 Mill., coloniale Banken mit 10 Mill., Bank von Algier mit 4 Mill., Hülfscomptoir für Handel und Industrie mit 20 Mill., Hülfscomptoir der Unternehmer mit 5 Mill., Comptoir für Ackerbau mit 6 Mill., Depositen-Casse mit 60 Mill., Credit der Hallen und Märkte mit 26 Mill. Fr. Im Ganzen ist in diesen Creditanstalten eine Capitalsumme von 551.500.000 Frs. vertreten. — Das Siècle spricht sich heute entschieden für Association der Arbeitskräfte ohne jede Staatshülfe aus. Man habe 1848 gesehen, was aus den Arbeiterassociationen geworden, die mit Hülfe des bekannten Staatscredits von 3 Mill. gegründet worden seien. Dieser Credit sei ein wahrhaftes Nessusgewand gewesen, an dem alle Associationen, die es berührt, zu Grunde gegangen. Dagegen zählt Herr L. Jourdan eine Reihe von Arbeiterassociationen auf, die mit Wenigem angefangen und sich zu einem beträchtlichen Geschäftscapital hinaufgeschwungen. So die Klempner, welche mit einem Gesellschaftsbeitrag von 50 Frcs. zu einem Capital von 90.000 Frcs. gelangt sind und jährlich für 120.000 Frcs. Geschäfte machen; die Maurer, die mit 1000 Frcs. angefangen haben und jetzt mit einem Capital von 250.000 Frcs. Geschäfte machen; die Stuhlmacher, Brillenmacher, Nagelschmiede 2c. Das Siècle empfiehlt in warmen Worten einen Hrn. Beluze, ehemaligen Tischlergesellen, der einen Credit für die Arbeit (Credit au travail) schaffen wolle. Das sei weder ein Creditmobilier noch ein Credit foncier, die mit Millionen um sich werfen. Mit Sousstücken habe man begonnen, Rue Baillet Nr. 3, und bereits habe man streng an dem Princip der Haftbarkeit und der Gegenseitigkeit festhaltend, zwei Arbeitergesellschaften begründet und discontire ihre Tratten. Diese Sous haben bereits ein Capital von 20.000 Frcs. gebildet.

## Großbritannien.

**London**, 7. Nov./26. Oct. Trotz aller Complimente, welche die Zeitungen dem Kaiser Napoleon über seine Thronrede machen, findet die kühne Idee, den Erben der Herrscher vom Wiener Congreß, welcher über das Schicksal des ersten Napoleon entschied, für ein europäisches Tribunal die Gastfreundschaft in Paris anzubieten, in der englischen Presse keine Fürsprecher. Selbst die Morning Post, deren Artikel in allen anderen Puncten ein getreuer Wiederhall der Thronrede ist, begleitet den Congreß-Paragraphen mit einer Anzahl Fragezeichen. Während Daily News und die Morning Post den Congreß-Vorschlag als ein hohles Wort betrachten, äußert sich der Herald mit einigem Unwillen über den Gedanken: „Es giebt andere Potentaten als Louis Napoleon," sagt er, „sie haben an den Verträgen von 1815 in bewegten Zeiten einen rechten Nothanker gefunden, und werden nicht Lust haben, die Verträge zu vernichten. Der Congreß ist ein treffliches und unschuldiges Surrogat für einen Feldzug an der Weichsel; aber wir glauben nicht an ihn." Die Times, welche gestern von dem versöhnlichen Tone der französischen Thronrede sprach, findet heute, daß sie viel Kriegsgefahr in ihrem Schooße berge. Sie nennt sie eins der merkwürdigsten Staatspapiere, die ihr je vorgekommen seien, sucht keinen geheimen, verborgenen Sinn in derselben, sondern will sich an der auf der Hand liegenden, sich zuerst darbietenden Auslegung genügen lassen, meint, sie trage den Stempel der Aufrichtigkeit und Wahrheit auf der Stirn, und bemerkt dann mit Bezug auf den vorgeschlagenen Congreß: „Welche Aussicht auf Erfolg würde vorhanden sein, wenn der Congreß das, was der Kaiser das oberste Schiedsgericht nennt, auszuüben hätte? Würde Rußland sich dazu verstehen, Polen aufzugeben, würde Oesterreich sich aus Venetien, Frankreich aus Rom und Savoyen zurückziehen, weil eine Majorität der europäischen Staaten das in der Ordnung findet? Wenn dies der Fall ist, so ist es mit dem Kriege zu Ende, der amphiktyonische Rath der Nationen ist fertig und die Menschheit versteht sich dazu, sich durch Vernunft und Ueberredung regieren zu lassen. Was sind die Gründe, weßhalb wir annehmen sollten, ein solcher moralischer Umschwung habe sich vollzogen, und weßhalb sollen wir glauben, daß ein Aggregat von Staaten, deren jeder sich offenbar durch Eigenliebe, Ehrgeiz und Vergrößerungssucht leiten läßt, Entschlüsse fassen wird, die von allen diesen unlauteren Einflüssen frei sind, und sich durch die reine Vernunft und unverfälschte Gerechtigkeit in seinen Handlungen bestimmen lassen wird? Zwar können wir uns wol vorstellen, wie solche Träume den Geist des Dichters oder Einsiedlers erfüllen mögen; allein der begabte, thatkräftige und ehrgeizige Monarch, welcher die Geschicke der kriegerischsten Nation der Welt lenkt und an der Spitze von 600.000 Mann gegen übertriebene Rüstungen declamirt, kann sie nicht ernstlich hegen. Nachdem der Kaiser der Franzosen einen Congreß vorgeschlagen hat, als einzigen Ausweg aus dem Dilemma zwischen Stillschweigen und Krieg, sagt er uns, daß „zwei Wege offen stehen; der eine führt durch die Versöhnung und den Frieden zum Fortschritt, der andere führt früher oder später auf verhängnißvolle Weise durch hartnäckiges Festhalten an einer in sich selbst zusammenbrechenden Vergangenheit zum Kriege." Wofern also nicht der von ihm vorgeschlagene Congreß wirklich zusammentritt und wofern nicht die Thätigkeit dieses Congresses mit dem Erfolge gekrönt wird, den der Kaiser davon erwartet, bleibt schließlich kein anderer Ausweg als der Krieg. Will Napoleon sagen, der Krieg sei unvermeidlich, außer unter einer Bedingung, und die Bedingung, unter welcher allein er vermieden werden könne, sei bei dem gegenwärtigen unvollkommenen Zustande der menschlichen Natur unmöglich? Wenn er das sagen will, so verschwindet das Traumbild seines eingebildeten Congresses, die Scene öffnet sich hinter demselben und zeigt uns ein in Schlachtordnung aufgestelltes Heer. Wir erwähnen schließlich auch noch die Urtheile der einflußreichen Wochenblätter. Die Saturday Review stimmt in ihrer Auffassung völlig mit der Times überein; der Economist hält die Thronrede für „halb und halb kriegerisch"; der Spectator geht noch weiter und „glaubt in der ganzen Rede Kanonen und Lafetten rasseln zu hören." Uebrigens fehlt der ganzen Situation auch die komische Figur nicht, und der Star „beschwört die Regierung, auf die Congreß-Idee einzugehen und dadurch — nach dem vortrefflichen Rath des Kaisers — den sonst unvermeidlichen Krieg abzuwenden." Den Star abgerechnet ist also England einig in dem Urtheil: Kein Congreß.

## Neuere Nachrichten.

**Berlin.** Die Ostdeutsche Zeitung ist verboten worden.

**Wien**, 11. Nov./30. Oct. Die Abendpost veröffentlicht die Depesche vom 30. Octbr., welche Graf Karolyi in Berlin übergeben hat, sowie das Memorandum von demselben Datum. Dieses letztere, indem es die preußische Depesche vom 22. Septbr. kritisirt, erklärt, daß von den drei Vorbedingungen die erste separatistische, die zweite dualistische Tendenzen enthält und die dritte sich dem Unitarismus hinneigt, und daß demnach die drei Bedingungen weder unter sich noch mit den Grundlagen der Bundesverfassung im Einklange stehen. Das Memorandum setzt hinzu, daß wenn Preußen noch einmal die Reformacte prüfen und die Verbesserungen, die es für nothwendig erachtet, bezeichnen wollte, man von allen Seiten mit Dankbarkeit und Eifer seinen Wün-

schen entgegenkommen würde. Die Depesche des Herrn v. Rechberg, indem sie sich auf den Zweck der Reformacte und die Formfrage beruft, empfiehlt Preußen, auf die ihm vorgeschlagenen Verhandlungen einzugehen, ohne Vorbedingungen zu machen, und seine Stellung in Betreff der Reformacte mit derjenigen seiner Verbündeten in Einklang zu bringen.

**Paris**, 9. Nov./28. Oct. Der heutige Moniteur meldet die Ankunft des Kaisers und der Kaiserin in Compiegne. — Der Constitutionnel bringt aus der Feder Limayrac's eine Parallele zwischen 1815 und 1863, in welcher die Nothwendigkeit hervorgehoben wird, ein neues öffentliches Recht zu schaffen, da gegenwärtig kein Friede vorhanden sei und überall die kostspieligsten Rüstungen vorgenommen würden. Der Wiener Congreß sei in unheilvoller Weise ein Spiegel des Geistes der Vergangenheit, sowie der augenblicklichen Leidenschaften gewesen. Der von dem Kaiser vorgeschlagene Congreß würde ein Werk des allgemeinen Fortschritts und der allgemeinen Civilisation vollbringen. — Einladungen zum Congreß empfingen die belgische und die niederländische Regierung.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 16./4. November. Der Kämmerer Hagen beantragte in der Budgetcommission sofortige Berathung des Etats für 1864, unter Vorbehalt desjenigen für 1863.

Das Herrenhaus wird am Mittwoch seine Berathung über die Preßverordnung beginnen.

**Frankfurt a. M.**, 14./2. Novbr. In der heutigen Extrasitzung des Bundestages ward von Dänemark in conciliatorischem Sinne ein Vorschlag eingebracht, nach welchem den holsteinischen Ständen eine Mitwirkung bei Feststellung auch des Normalbudgets soll eingeräumt werden. Diese Proposition wurde dem Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen.

**Kopenhagen**, 15./3. Nov. Am Freitag (13./1. Nov.) erklärte, ehe im Reichsrathe zur dritten Lesung des Grundgesetzes geschritten wurde, der Minister Hall, die Regierung werde dem König nicht anrathen, den Ständen von Schleswig größere Befugnisse zuzugestehen, namentlich nicht, ein erweitertes Steuerbewilligungsrecht einzuräumen. Trotz einem auf Ablehnung des Grundgesetzes eingebrachten Entwurf, erhielt sich die Conjunctur günstig für dessen Annahme, welche denn auch am Abend desselben Tages mit 41 gegen 16 Stimmen, unter stürmischem Beifall der Tribüne, erfolgte.

**Glücksburg**, 15./3. Nov. Der Zustand des Königs, bei welchem am 13./1. Novbr. eine Gesichtsrose mit leichtem Fieber ausgebrochen war, hat sich seit heute Morgen bis 3 Uhr Nachmittags bedeutend verschlimmert; die Kräfte sind sehr gesunken; das Bewußtsein fast völlig verschwunden. Die ärgste Befürchtung liegt nahe.

**Glücksburg.** 16./4. November. (Zweites Telegramm, kurz vor Schluß des Blattes eingetroffen.) Der König von Dänemark ist hier gestern Abend gestorben.

## Aus den Kirchen-Büchern.

**St. Johannis-Gemeinde:**

Getauft: Des Malermeisters Th. Redlin Tochter Adele Juliane; des Schlossergesellen F. Scharfhausen Sohn Friedrich Georg; des Stadttheilsaufsehers E. Schumann Tochter Eugenie Leontine.

Proclamirt: Der Sattlergeselle August Julius Wander mit Nadeschda Schönberg.

Gestorben: Der Schuhmacher Johann Engler, 73 Jahr alt.

**St. Marien-Gemeinde:**

Am nächsten Sonntage, den 10. d. M. Mittags 12 Uhr zu St. Marien deutscher Gottesdienst mit heiliger Abendmahlsfeier. Meldung zur Communion am Freitage vorher Nachmittags 3—5 Uhr.

## Witterungsbeobachtungen.

2. Novbr., A. St. (14. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 332,37 | — 1,64 | 3,8 | $W_2$ | Bewölkt (3) |
| 2 U. | 333,39 | — 2,22 | 4,7 | $W_2$ | Heiter (0) |
| 11 U. | 335,04 | — 0,63 | 0,7 | | Heiter (0), Nordlicht |
| Mittel | 333,17 | | 3,11 | | (0,65) |

Die Temperatur ist 4,07 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 5,67 im J. 1857, kleinste —7,46 i. J. 1861. Die hohe Temperatur des Tages auffallend, da im November klare Tage mehrere Grade kälter sind als der Durchschnitt aller Tage.

3. Novbr., A. St. (15. Novbr.).

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 336,19 | + 0,61 | — 1,3 | W | Heiter (0) |
| 2 U. | 337,62 | + 2,01 | 2,0 | W | Heiter (0) |
| 11 U. | 338,58 | + 2,91 | — 0,1 | | Schwach bezogen (1) |
| Mittel | 336,85 | | — 0,35 | | (0,11) |

Die Temperatur ist 0,77 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 4,43 i. J. 1849, kleinste —11,34 i. J. 1852. Am Abende der Horizont im Norden heller als nach andern Richtungen.

## Fonds.

Rigaer Börse am 26. Oct./7. Nov. 1863.

| | | Verkäuf. | Käuf. |
|---|---|---|---|
| 6 % | Inscriptionen | — | — |
| 5 „ | dito 1. und 2. Anleihe | 91 | — |
| 5 „ | dito 5. „ | 90 | — |
| 5 „ | dito 7. „ | 91 | — |
| 5 „ | Reichs-Bank-Billette | 96 | — |
| 4½ „ | Livländische Pfandbriefe, kündbare | 99½ | 99¼ |
| 4 „ | Kurländische dito kündbare | — | 98 |

## St. Petersburger Geld-Course.

Inscriptionen.

| | Käufer. | Verk. | Gemacht. | |
|---|---|---|---|---|
| 5proc. Bankbillete | 94½ | 94¾ | 95¼ | 94¾ |
| 5proc. in Silber 7. Serie (1862) | — | — | 89 | — |

## Fremden-Liste.

Vom 4. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Abgereist: Hr. Generalmajor Baron v. Fircks; Hr. Richter; Hr. Hermann Pelliet.

**Hotel St. Petersburg:** Hr. v. Sivers; Frau Wieckberg

№ 600. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 4. Nov. 1863.


# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Bei **E. J. Karow** ist wieder vorräthig:
**Ferdinand Walter, Naturrecht und Politik** im Lichte der Gegenwart.
Preis 3 Rbl. 75 Kop.

Bei mir traf wieder ein:
**Schellwien, Kritik des Materialismus.**
Preis 84 Kop. **E. J. Karow.**

Bei **E. J. Karow** traf ein:
**Krause**, Dr. J. H., **Deinokrates** oder Hütte, Haus und Palast, Dorf, Stadt und Residenz der alten Welt aus den Schriftwerken der Alten und nach den noch erhaltenen Ueberresten mit Parallelen aus der mittleren und neueren Zeit dargestellt. Mit 5 lithographirten Tafeln. Preis 7 Rbl. 50 Kop.

Das vollständig assortirte Lager meiner
**Schreib- und Zeichenmaterialien-Handlung**
verfehle ich nicht freundlicher Beachtung zu empfehlen.
**Fellin.** **E. J. Karow.**

**Echte gelbe russ. Oleinseife**
à Pfund 12 Kop., beste **Talglichte** à Pfund 16 Kop., à Liespfund 3 Rbl. 10 Kop. empfiehlt
***H. Frederking,***
am Markt, neben den Bäckerbuden.

Hierdurch mache ich die ergebene Anzeige, dass ich, in Folge wiederholter Aufforderungen hierselbst ein neues
**Porcellain-, Fayence- u. Glaswaaren-Lager**
eröffnet habe. — Sämmtliche Waaren sind aus den besten ausländischen Fabriken bezogen und die Preise möglichst billig gestellt, wodurch ich ein geehrtes Publicum in jeder Beziehung zufrieden zu stellen hoffe.
***H. D. Brock.***

**Moderne Tricots- und Paletots-Stoffe**
zu Herren-Kleidern empfingen in reicher Auswahl
**Gebrd. Bärtels.**

**Zu ermäßigten Preisen**
sind zu haben:
**Fählmann, Die Ruhrepidemie**
in Dorpat
statt 75 Kop. für 20 Kop.

**Osenbrüggen, Practicum criminale.**
statt 25 Kop. für 5 Kop.

**Dorpater juristische Studien**
von
**Meykow, Brunnow, Haken u. Stoffregen**
statt 1 Rbl. für 20 Kop.
***E. J. Karow.***

**Frische**
**Flensburger Austern**
à 7 Rbl. das Hundert sind zu haben in der Conditorei von ***A. Borck.***

Täglich **Coteletten-Fleisch**, sehr fein präparirt, à 10 Kop. per Pfund ist zu haben in der Wursthandlung von **H. Wulff.**

Dieser Nummer ist eine **Bücher-Anzeige** von **Gottlieb Basse** in Quedlinburg beigefügt.

№ 256. Dienstag, den 5. Novbeber 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Zur Postreform. Das Petersburger Ausgabebudget. Erbschaft in America. Riga: Courschwankungen. St. Petersburg: Ankunft des Kaisers. Bankverhältnisse. Bankfilial in Poltawa. Die Rede Napoleons. Graf Lüders. Borone Bruiningk. Warschau: Kirchliche Manifestationen in Rom.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Die Thronrede Napoleons. Verbot americanischer Zeitungen. Schillerstatue. Französische Rheingelüste. Köln: Die Erfolge in der Congreßsache. Urtheil über das Schreiben des Kaisers. Coupons. Erlangen: Döderlein. Frankfurt: Französische Reformacte. Frankreichs deutsche Politik nach dem gelben Buch. Wien: Die Idee des Congresses. Der weitere Reichsrath. — Großbritannien. London: Proceß Palmerston. Hungertod — Frankreich. Paris: Eindruck der Kaiserrede. Congreßeinladungsschreiben. Urtheile der Presse. Das blaue und gelbe Buch. — America. Newyork: Armeebewegungen. Bedingungen der Conföderirten.

**Telegramme.**

## Inländischer Theil.

♀ **Dorpat.** Den Aufsatz über Postreformen in Nr. 252 des Dorpater Tagesblattes, den wir mit Interesse gelesen haben und dem wir von Herzen Beachtung und Erfolg wünschen, suchen wir nachstehend zu ergänzen. Einer gänzlichen Reform im Postverkehr bedürfte vor Allem die Art der Annahme und Ausgabe der Postpackete. Das Einschreiben und Quittiren in den Post-Schnurbüchern, das Siegeln der Packete auf der Post, erfordern für die Abgeber und Empfänger unverhältnißmäßige Opfer an Zeit. Time is money und nirgend mehr, als im Geschäftsverkehr! Wir erinnern uns des vor 30 Jahren schon in Preußen eingeführten Modus, der auch jetzt noch nachahmungswürdig erscheint. Es wurde dort kein Päckchen ohne Begleitbrief entgegengenommen, in der Packetabtheilung des Postamts wurde das abzusendende Päckchen gewogen und das Gewicht auf dem Begleitbrief bemerkt und dann der letztere in der Briefexpedition abgegeben. Damit war die Abgabe beendet und — die nöthige Controle unserer Meinung nach auch hinreichend ausgeübt. Dem Adressaten wurde der Begleitbrief ins Haus gesandt und ihm bei Vorzeigung desselben auf der Post das Päckchen ausgereicht; zum Zeichen aber, daß dies geschehen, der Begleitbrief abgestempelt.

Die Versendung von Preis-Couranten, Circulairen, Zeitungen, Brochüren, Coursnotizen, Correcturbogen ꝛc. unter Kreuzband fehlt in der Russischen Posteinrichtung gänzlich; wie ungemein nützlich und den Verkehr erleichternd aber gerade diese Einrichtung ist, weiß Jeder der sie kennt und im Auslande benutzt hat.

Schließlich möchten wir noch darauf hinweisen, daß das Bestellgeld, welches man dem Postillone für das Ueberbringen der Briefe und Anzeigen zu zahlen hat, sehr hoch ist, während es in andern Ländern, namentlich auch in Preußen bereits ganz abgeschafft ist.

Die großen Uebelstände, die bei der Versendung von Zeitungen durch die Post hier zu Lande obwalten, behalten wir uns vor, nächstens eingehend zu beleuchten.

— c. Wir theilten neulich auf Grundlage eines Artikels der C. H. B. eine vergleichende Uebersicht der Ausgabe-Budgets der beiden Residenzen für das Jahr 1864 mit. Dieselbe Zeitung veröffentlicht jetzt das Ausgabe-Budget von Petersburg, wie dasselbe vom Verwaltungsrath auf Grundlage der Vorschläge einer zur Prüfung desselben eingesetzten Commission entworfen worden. Nach diesem Anschlag ist die Gesammtsumme der Ausgaben eine bedeutend geringere als die früher mitgetheilte, ebenso ist das Verhältniß der einzelnen Posten zur Gesammtsumme ein anderes. Der Unterschied erklärt sich nur zum Theil daraus, daß die Stadtverwaltung auf den Antrag jener Commission einzelne Posten gegen die ursprüngliche Veranschlagung bedeutend vermindert hat. Die einzelnen Posten des Ausgabe-Budgets sind folgende: 1) Schulden 40.607 Rbl. 42 Kop., 2) Stadt und Polizeibehörden 892.415 Rbl. 60¾ Kop. (35.772 mehr als 1863), 3) Unterhalt der städtischen Gebäude und Quartiergelder für städtische Beamte 135.584 Rbl. 30¾ Kop., 4) Beleuchtung, Pflasterung und ähnliche Ausgaben 515.390 Rbl. 37 Kop. (87.024 Rbl. 23¼ Kop. weniger als 1863), 5) Einquartirung des Militärs 231.424 Rbl. 41½ Kop., 6) Schulen und milde Stiftungen 244.634 Rbl. 74¾ Kop., 7) Zum Unterhalt anderer nicht städtischer Behörden 101.877 Rbl. 38¼ Kop., 8) Kleine, nicht vorauszusehende Ausgaben 33.064 Rbl. 67¼ Kop., 9) Einmalige Ausgaben 169.093 Rbl. 39½ Kop., 10) Für Bauten waren veranschlagt 849.532 Rbl. 50 Kop. und zwar: für Remontearbeiten 291.775 Rbl. 50 Kop., für im Bau begriffene Arbeiten 50.000 Rbl. und für neue Arbeiten 507,757 Rbl. Der Verwaltungsrath erklärte, daß bei den jetzigen Verhältnissen der Stadt eine solche Summe unmöglich herbeigeschafft werden könnte und bestimmte zur Remonte der Gebäude nur 75 Rbl., da dieselbe nur im Anstreichen der Dächer, Dielen ꝛc. bestehe und der größte Theil dieser Arbeiten auch schon für dieses Jahr angesetzt und ausgeführt worden war. Für im Bau begriffene Arbeiten wurden nur 30.000 Rbl. bestimmt und für Umbau und Reparatur von Brücken und Quais 88.000 Rbl., im Ganzen 118.075 Rbl. Die allgemeine Bilance der Ausgaben und Einnahmen der Stadt ist daher folgende: Ausgaben 2.564.054 Rbl. 33½ Kop. (?) (Die Addition der genannten Posten ergiebt blos 2.482.168 Rbl. 31¾ Kop.) Einnahmen: gewöhnliche 2.434.307 Rbl. 47¼ Kop., außergewöhnliche 158.000 Rbl., zusammen 2.592.307 Rbl. 47¼ Kop. Als Rest bleiben 28.253 Rbl. 13¾ Kop. (Nach der obigen Angabe der einzelnen Posten 110.139 Rbl. 15½ Kop.) — Die Rückstände betragen fürs laufende Jahr 842.009 Rbl. 50¾ Kop., fürs nächste 843.436 Rbl. 47¾ Kop., daher Vergrößerung derselben um 1426 Rbl. 97 Kop. Von den Rückständen können 135.221 Rbl. 60¼ Kop. wegen Hoffnungslosigkeit der Beitreibung nicht in Anschlag gebracht werden; nach Abzug dieser Summe betragen die Rückstände, welche einer Beitreibung unterliegen, 708.214 Rbl. 87½ Kop. Der größte Theil dieser Summe besteht aus Rückständen der städtischen Immobiliensteuer. Die Commission hat daher die Ergreifung energischer Maßregeln zur Beitreibung dieser Rückstände beantragt. Eine Vergleichung der einzelnen Ausgabe-Posten mit der Gesammtsumme ergiebt folgende Verhältnißzahlen: Stadt und Polizeibehörden 36%; Beleuchtung, Pflasterung ꝛc. 20¾%; Schulen und milde Stiftungen 9¾%; Militär-Einquartirung 9⅓%; Einmalige Ausgaben 6¾%; Unterhalt der Stadtgebäude und Quartiergelder 5½%; Bauten 1¾%; Nichtstädtische Behörden 4%; Schulden 1⅔%; nichtvorherzusehende kleine Ausgaben 1½%.

— Aus New-York werden die Erben des daselbst verstorbenen Georg Grothe aus Kurland zur Empfangnahme eines Nachlasses von 6000 Dollars aufgefordert.

**Riga**, 2. November. Das Weichen der St. Petersburger Wechselcourse — ohne Zweifel aus mittelbarer Veranlassung durch die französische Thronrede hervorgegangen — hat auf der hiesigen Börse große Sensation und Bestürzung verursacht, doch glaubt man allgemein, daß diese enormen Schwankungen nicht von langer Dauer sein werden und daß der frühere Cours bald zurückkehren möchte.

**St. Petersburg.** Die Ankunft S. M. des Kaisers ist am 2. November in Zarskoje-Selo erfolgt.

— Se. Maj. der Kaiser hat dem Grafen Lüders erlaubt, seinen Familiennamen und Grafentitel auf seinen einzigen Schwiegersohn Alex. Weimarn zu übertragen. — Die directen Descendenten des Besitzers von Hellenorm Axel v. Bruiningk, der 1777 von Kaiser Joseph II. den Titel „Baron des römischen Reichs" erhielt, haben die Erlaubniß, diesen Titel zu führen, empfangen.

— Die D. St. P. Z. sagt über die Rede Napoleons: Sie ist lauwarm; im Innern gefüllt mit schönen Redensarten, die trotz des gedeihlichen Fortschritts in allen Zweigen des materiellen und geistigen Lebens dennoch anerkennen müssen, daß im Finanzwesen nicht Alles so ist, wie es sein sollte. Viel Versprechungen im liberalen Sinne neben der Zwangspolizeiwirthschaft an allen Ecken, selbstzufriedene Bemerkungen über Mexico und Cochinchina, die besten Hoffnungen für die Zukunft und endlich auch die polnische Frage — dieses Corpus delicti der diplomatischen Action der letzten Monate. Dieselbe wird in der Rede mit einem Geschick behandelt, welches seines Gleichen sucht. Die Idee der Conferenzen wird mit großer Besonnenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem civilisatorischen Geiste unserer Zeit erweckt, um die schwierige polnische Frage im Interesse des Friedens und des Wohlergehens der Völker und Regierungen zu lösen.

**Warschau.** Von der polnischen Grenze, 9. Nov./28. Oct., meldet die Ostsee-Ztg.: Die Czartoryskische Partei beabsichtige in Rom noch eine zweite kirchliche Manifestation zu Gunsten Polens zu veranstalten, nämlich eine mit der ganzen äußern Pracht des katholischen Cultus ausgestattete dreitägige Andacht zum heiligen Stanislaus Kostka, einem Schutzpatron Polens, welche in der dem Jesuiten-Orden gehörigen St. Andreaskirche, in der die Gebeine dieses Heiligen ruhen, abgehalten

werden sollte. Diese Andacht sollte gleichsam die Fortsetzung des päpstlichen Jubiläums für Polen bilden, und ihr ausgesprochener Zweck sollte sein, die öffentliche Meinung der katholischen Welt noch mächtiger für Polen zu erregen. Zur Bestreitung der nicht unbedeutenden Kosten derselben waren bereits in der Provinz Posen und in Galizien Geldsammlungen angeordnet, deren Erträge an den Fürsten Constantin Czartoryski nach Rom eingesandt werden sollten. Dies Project der Czartoryskischen Partei scheiterte jedoch an dem Widerstande des Jesuiten-Generals Pater Beky, welcher dem Fürsten Constantin Czartoryski auf das Gesuch um Bewilligung der St. Andreas-Kirche zu der beabsichtigten Andacht einen abschlägigen Bescheid ertheilte, indem er erklärte, daß er nie gestatten werde, daß in einer Kirche, welche Eigenthum des Jesuiten-Ordens ist, eine Andacht für Polen abgehalten werde, da eine solche Andacht mit der Politik des Ordens im Widerspruch stehe. — Der Agent der polnischen revolutionairen Regierung in Italien, Joseph Ordenga, hat in dem Florentiner Blatte la Nazione im Namen der polnischen National-Regierung ein Dankschreiben an die Italiener für die zur Unterstützung des polnischen Aufstandes von ihnen gesammelten Gelder veröffentlicht, in welchem der Wunsch ausgesprochen wird, daß die von den Italienern heiß ersehnte Freiheit ihres Vaterlandes durch die Einverleibung Roms und Venetiens recht bald ihre endliche Verwirklichung finden möge. Wie dem Czas aus Rom mitgetheilt wird, hat dies Schreiben in den dortigen officiellen Sphären große Sensation erregt und Mißtrauen gegen Polen erweckt. Einen noch peinlicheren Eindruck hat nach demselben Blatte die auf einem Meeting der polnischen Liga in London am 1. v. Mt. vom Fürsten Wladislaw Czartoryski gethane Aeußerung, daß einer der Hauptpuncte des Programms des polnischen Aufstandes die Freiheit der religiösen Bekenntnisse sei, in Rom gemacht. „Der heilige Vater" — schreibt der römische Correspondent des genannten Blattes — „bemerkte, der hohe Repräsentant der National-Regierung habe seine Schmeichelei gegen die englischen Zuhörer zu weit getrieben, und rief aus: „Anders war die Sprache der Conföderation von Bar!" Er ließ daher als Antwort auf die Aeußerung des Fürsten Wl. Czartoryski im amtlichen Organe das Breve des Papstes Clemens XIII. veröffentlichen, durch welches im Jahre 1768 öffentliche Gebete für die Conföderation von Bar angeordnet wurden, deren Bestrebungen den Polen zum Vorbilde dienen sollen." Der heilige Vater erblickt in der Fahne des Aufstandes die Fahne des katholischen Glaubens und kann nicht begreifen, daß Polen, Samogitien und Litauen sich auf gleiche Weise für die Freiheit des Protestantismus, des Schisma und des Judenthums, wie für die Freiheit des Glaubens ihrer Väter schlagen könnten."

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 7. Nov./26. Oct. Wenn wir gestern unsere Verwunderung aussprachen, wie es möglich sei, daß die Times die französische Thronrede als friedlich rühmen könnte, so sprachen wir von der Times vom 6. d. Die Times vom 7. hat sich schon anders besonnen und sieht hinter der Rede „ein Heer in Schlachtordnung aufgestellt." Es ist kaum zu glauben, daß politische Blätter von dem Ansehen, wie die Times, ja, wie auch das Journal des Debats, in entscheidenden Augenblicken so gänzlich die Witterung verlieren konnten. Die Thronrede Napoleon's III. bedeutet, so weit es, wohlverstanden, von ihm allein abhängt, für nächstes Frühjahr einen Krieg zur Wiederherstellung Polens. In diesem Sinne schreiben uns mehrere wohlunterrichtete Männer aus Paris. Prinz Napoleon triumphirt. — — — — — — — Das Bestreben des Kaisers scheint inzwischen darauf gerichtet, den Kriegsschauplatz zu erweitern und für das ferne Rußland, wo nichts zu holen ist, einen näheren Feind aufzufinden. Preußen mag sich vorsehen. Die Wiederherstellung der Einigkeit im Lande ist dringender als je zu wünschen. — Ein süddeutsches Blatt sagt über die franz. Thronrede: „Es wäre Thorheit, uns verhehlen zu wollen, daß diese Thronrede Napoleon's III. die wunden Flecke der europäischen Welt schärfer berührt hat, als je eine. Sie ist friedlich, da sie den Weg zum Frieden und Fortschritt durch Versöhnlichkeit andeutet; sie ist kriegerisch, indem sie auf die natürlichen Consequenzen — — — —, des Verkennens der „legitimen Bestrebungen der Völker" hinweist. (K.Z.)

— Das Ministerium des Innern hat die New-Yorker Staats-Zeitung, das Wochenblatt der New-Yorker Staats-Zeitung, das wöchentliche Volksblatt von Cincinnati und den täglichen Anzeiger des Westens in St. Louis für Preußen verboten. — Die Commission von Sachverständigen hat ihr Gutachten über die Schiller-Modelle abgegeben und sich für das Vegas'sche Modell entschieden. — Die Revue contemporaine vom 15. Septbr. enthält einen Aufsatz über die Stellung Deutschlands innerhalb der europäischen Nationalitäts-Bewegung, welcher wegen der darin offen ausgesprochenen Ansicht, daß Deutschland alle diejenigen Landestheile den Italienern, Polen und anderen Grenznachbarn herauszugeben verpflichtet sei, welche diese reclamiren würden, während Frankreich berechtigt sei, seine durch das erste Kaiserthum erworbenen natürlichen Grenzen zurückzufordern, bemerkenswerth ist. Bei der Frage nach den Gründen dieses widerspruchsvollen Verlangens verweist der Verfasser die Leser an das allgemeine Stimmrecht. Seit der Gründung des zweiten Kaiserreichs ist wol kein Aufsatz geschrieben, welcher in gleicher Weise die Berechtigung einer Beraubung Deutschlands prätendirt. Geradezu wird der Kaiser als der Testaments-Vollstrecker der französischen Revolution vorgeführt, welchem die deutschen Großmächte und das deutsche Volk in seiner Mission noch Schwierigkeiten bereiten könnten. Freilich hätten die deutschen Professoren und Schriftsteller dem Volke Frankreich als den Erbfeind Deutschlands dargestellt, aber das Volk in seiner großen Masse besitze ein tiefes Gefuhl von dem Glücke, das ihm durch die französische Revolution zu Theil geworden sei. In den preußischen Rheinlanden lebe die Rückerinnerung in den Herzen der Bewohner an das zweite Vaterland und die guten Institutionen, welche sie von dort erhalten hätten! Der ganze Artikel könnte als eine Vorbereitung der Gemüther für die Annullirung der Verträge von 1815, wie sie in der französischen Thronrede ausgesprochen ist, aufgefaßt werden. Wir haben alle Ursache, auf unserer Hut zu sein.

**Köln**, 12. Nov./31. Oct. Der Pariser Moniteur veröffentlicht das Original der Einladungsschreiben zum Congreß, welche gleichlautend abgegangen sein sollen; dennoch bemerkt die Times, die Königin von England sei nur eingeladen, Vertreter zu einem Congresse abzusenden. — Außer den an den Wiener Verträgen mitbetheiligten Mächten sollen die Schweiz, Belgien, Italien, die Türkei und Dänemark zu dem Congreß eingeladen worden sein. Daß die vom Kaiser zum Congreß geladenen Souveraine bereits ihre Meinung darüber kund gegeben hätten, hält die France nicht für richtig: sie nimmt aber als ganz gewiß an, daß „die kaiserl. Rede allgemein an den Höfen der Souveraine, an die sie gerichtet war, den besten Eindruck gemacht habe." Daß, „die größte Zahl dem so ungemein friedfertigen Vorschlage des Kaisers beitreten werde", unterliegt für die France gar keinem Zweifel, „aber bis zum 10. Nov./29. Oct. ist der französischen Regierung noch keine officielle Annahme-Erklärung zugegangen." Das in Turin erscheinende Blatt Monarchia Italiana meldet, daß sich dort ein aus einigen Parlaments-Mitgliedern und Publicisten bestehendes internationales Comité gebildet hat, welches den Zweck verfolgt, sich mit europäischen Comité's in Verbindung zu setzen, um es durch den Druck der öffentlichen Meinung dahin zu bringen, daß die Regierungen aller civilisirten Völker sich an dem vom Kaiser der Franzosen empfohlenen Congresse betheiligen. — Zu dem Congresse haben dem Vernehmen nach Italien und Spanien ihre Theilnahme bereits zugesagt. — Rußland soll schon vor Eröffnung der französischen Kammern seine Betheiligung verheißen haben. Diese Zustimmung Rußlands scheint Napoleon III. vorauszusetzen, und eine Ablehnung Preußens steht daher um so weniger zu erwarten, als sich das Berliner ministerielle Blatt über die Idee des Congresses bereits günstig ausgesprochen hat. Es fragt sich allerdings noch, ob man sich über die Grundlagen und Vorbedingungen eines Congresses verständigen kann. Frankreich soll sich bereits geneigt zeigen, die Verträge von 1815, so weit sie nicht abgeändert, als Ausgangspunct der Unterhandlungen gelten zu lassen. Der Zusammentritt eines Congresses ist also nicht gerade unwahrscheinlich; ob er aber zum Frieden oder zum Kriege führen wird, darüber mag Jeder nach seiner Anschauung der Weltlage sich ein Urtheil bilden. — Aus Paris, 8. Nov./27. Oct., wird der Const. Oest. Z. telegraphirt: „Man erwartet von der kaiserlichen Regierung eine Erklärung, gerichtet an die Mächte, welche die Wiener Congreß-Acte contrangnirten, daß der Passus der Thronrede über die Verträge von 1815 nur ein factisches Verhältniß anzeigen soll. Keineswegs wollte man darin die formelle Gültigkeit dieser Verträge bis zu deren Abänderung in Abrede stellen. Wie verlautet, sei bereits mündlich eine solche Declaration gegeben worden sein." Ueber den kaiserlichen Brief selbst urtheilt ein Berliner in der Köln. Ztg. wie folgt: Das Schreiben ist in einer schwungvollen Sprache abgefaßt, und betont, wie sich erwarten ließ, die Mäßigung und Friedensliebe des Kaisers. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um einen Fürsten-Congreß, und zwar in Paris selbst. Der Kaiser bietet den Fursten, welche in Paris erscheinen wollen, seine herzliche Gastfreundschaft an. Der Grund, der für Paris als Ort der Zusammenkunft genannt wird, ist eigenthümlich genug. Europa, meint Napoleon, werde es gern sehen, daß dort, von wo so oft der Umsturz ausgegangen, der Friede der Welt zu Stande komme. Dieser poetische Grund dürfte prosaischen Staatsmännern nicht einleuchten. Sie dürften etwas dagegen haben, Paris als die Hauptstadt Europa's anzuerkennen. Wir bemerken das sofort auf eigene Hand, und von Wien aus wird uns bereits gemeldet, daß Oesterreich Paris nicht als Sitz des Congresses genehmigen will, mit dem es sich im Uebrigen im Grundsatze einverstanden erklärt. Die Mächte scheinen, ehe sie auf die französische Einladung einen bestimmten Entschluß fassen, eine auf die andere zu warten. Wenn der Congreß, gleichviel wo, zu Stande kommen sollte, so ist sehr die Frage, ob die Dinge, um die es sich handelt, friedlich aus seinem Schooße hervorgehen können. Denn es sind große Dinge. Es handelt sich danach in der That um eine Wiederherstellung Polens, zu dem Oesterreich Galizien und Krakau, Preußen einen Theil von Posen herzugeben hätte. Oesterreich würde in den Donau-Fürstenthümern entschädigt werden; wo aber Preußen? Wir beschränken uns darauf, daran zu erinnern, daß wir das Ziel der französischen Politik unverrückt festgehalten haben. Diejenigen verkennen im Ueberscharfsinne die ganze Lage, die ein französisch-russisches Bündniß in der Thronrede wittern. Sie war die Erwiderung auf eine starke Beleidigung Frankreichs durch Rußland.

Der hiesige Handelsverein hat endlich in seiner letzten General-Versammlung folgende Resolution angenommen: „Der Handelsverein von Köln erklärt Zins- und Dividendenscheine, sowol diejenigen des Staates, wie solche von Privat-Instituten, als ungeeignet, dem Gelde gleich, als Werthzeichen im Verkehre zu dienen. Er bezeichnet deshalb die Incourssetzung derselben als einen, die Leichtigkeit und namentlich die Sicherheit des Verkehrs höchst benachtheiligenden Mißbrauch.

**Erlangen**, 9. Nov./28. Oct. Heute starb hier nach nur vierzehntägiger Krankheit der berühmte Philologe Hofrath Döderlein in einem Alter von 72 Jahren, von denen er fast 47 Jahre an unserer Universität segensreich wirkte. Leider hat in diesem Jahre der Besuch von Karlsbad nicht den Erfolg gehabt, seine gesunkenen Lebenskräfte zu erneuern.

**Frankfurt a. M.**, 13./1. Novbr. Es hat sich hier das Gerücht verbreitet, Napoleon habe dem Kaiser von Oesterreich mit der Congreßeinladung zugleich eine neue Bearbeitung der Bundesacte als einen freundschaftlichen Vermittelungs-Vorschlag vorlegen lassen. Interessant sind aus dem eben in Paris ausgegebenen gelben Buch über die auswärtige Politik folgende Stellen. Ueber den Streit wegen der „Elbe-Herzogthümer" heißt es: Unsere Beihülfe ist von vorn herein jeder Combination zugesichert, die zum Zweck hätte, ernsten Verwickelungen vorzubeugen, und noch wollen wir hoffen, daß die Weisheit beider Parteien über bedauernswerthe Leidenschaftlichkeit den Sieg davontragen wird. — Deutschland ist übrigens von anderen Sorgen beschäftigt. Die in Frankfurt vereinigt gewesenen Fürsten haben den Anstrengungen, das innere Regierungswesen des Bundes zu verändern, die höchste Bestätigung gegeben, indem sie selbst an dem Studium über die besten Mittel, dahin zu gelangen, Antheil nahmen. Alles, was zur Entwicklung und zum Glücke eines großen Nachbarstaates, mit welchem wir in den besten Beziehungen stehen, beitragen kann, kann uns nicht gleichgültig sein. Wir folgen diesen Versuchen daher mit freundlicher Aufmerksamkeit, mit dem Wunsche, Deutschland die Vortheile daraus ziehen zu sehen, die es sich davon verspricht und welche es mit den europäischen Interessen und den internationalen Rechten, die sich an die Constitution des deutschen Bundes knüpfen, zu vereinigen wissen wird. — Von Polen handeln diese Sätze: Trotz des geringen Erfolges der diplomatischen Intervention der drei Mächte, kann die Regierung des Kaisers sich das Zeugniß ablegen, daß sie von dem Augenblicke, wo die polnische Angelegenheit aufgeworfen wurde, in den Gränzen ihrer Rechte und ihrer Pflichten gegen Europa nichts vernachlässigt hat, um sie zu erledigen. Indem sie auf das schmerzliche Schauspiel des in Polen stattfindenden Kampfes stets achtsam bleibt, verliert sie keines der großen damit zusammenhängenden Interessen außer Augen. Sie wird ihr Einverständniß mit England und Oesterreich beibehalten und will nicht glauben, daß die Einigkeit der Cabinette in einer ihrer Fürsorge so würdigen Frage unfruchtbar bleiben wird. Wir maßen uns deßhalb nicht an, unsere Lösung den Mächten aufzuzwingen, die so sehr und sogar directer wie wir bei der Regelung der schwebenden Schwierigkeiten interessirt sind. In einer durchaus europäischen Frage ist es weder unseren Obliegenheiten noch unseren Rechten entsprechend, der Verantwortlichkeit, die Alle zu theilen haben, allein entgegenzulaufen.

**Wien**, 10. Nov./29. Oct. Man erfährt aus Wien bereits, daß die Idee eines allgemeinen Congresses, wenn sie auch manche Bedenken einflößt, von Oesterreich doch nicht ohne Weiteres zurückgewiesen werden wird. Auch die übrigen Staaten dürften schwerlich die Verantwortung auf sich nehmen, auf die kaiserlichen Einladungen einfach durch eine Ablehnung zu antworten. Es wird, um französischen Ausschreitungen zuvorzukommen, nothwendig sein, sich über gewisse Grundlagen bei den Congreß-Verhandlungen zu verständigen. Zunächst scheint es uns, gerade weil Frankreich die Einladungen ergehen läßt, nicht schicklich zu sein, daß Paris zum Orte der Zusammenkunft gewählt werde. Gerade weil Frankreich eine so bedeutende Stellung einnimmt, ist Europa nicht in der Lage, Frankreich auch formel ein Uebergewicht zuzugestehen. Es muß ein neutraler Ort gewählt werden, und man räumt Frankreich genug ein, wenn man den Sitz des Congresses in seine Nähe, z. B. nach Brüssel, verlegt. Auf dem Congresse haben die übrigen Mächte die große Ueberzahl, und es wird nur an ihnen liegen, durch Einigkeit Frankreich mindestens das Gleichgewicht zu halten. -- Dagegen sind die Blätter aller Farben sehr unzufrieden mit der ministeriellen General-Correspondenz, welche den Versuch macht, ihre Voraussagung, daß die französische Thronrede friedlich und für Oesterreich wohlwollend sich aussprechen würde, als erfüllt darzustellen. So schreibt das Vaterland: „Daß die Thronrede des Kaisers eine im höchsten Grade kriegerische ist, gesteht alle Welt zu, nur die General-Correspondenz, dieses ärmste und traurigste aller officiösen Erzeugnisse, nicht." Die Ostdeutsche Post schreibt: „Die napoleonische Thronrede hat wie ein Donnerschlag auf die europäischen Geldmärkte gewirkt. In Wien ist das Silber-Agio auf sechzehn Procent gestiegen, in Paris ist die Rente um nahezu einen Fr. gefallen. Das Urtheil der Presse und der Finanzwelt scheint einstimmig zu sein; wir stehen zwar vor keinem Kriege, aber wir strömen einem solchen zu. Napoleon hat manches Wort gesprochen, das er nicht eingelöst hat, die Verlegenheit der Situation dringt manchem Redner eine gewagte Phrase ab; doch was vorgestern im großen Saale des Louvre gesprochen wurde, ist die Frucht langer Ueberlegung, reif durchdachter Entwürfe und energisch gefaßter Entschlüsse."

— Die Sitzung ist geschlossen, ich eröffne die Sitzung! Diese Worte des Präsidenten waren das Ereigniß der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses. Zum ersten Male hat dasselbe in seiner doppelten Eigenschaft als weiterer und engerer Reichsrath getagt, zum ersten Male haben die siebenbürgischen Mitglieder den Sitzungssaal verlassen, ohne daß ihnen die Abgeordneten aus den Ländern des engeren Reichsrathes folgten. Beide Sitzungen waren übrigens ganz bedeutungslos.

## Großbritannien.

**London**, 8. Novbr./27. Octbr. Nach der Congreßfrage beschäftigt die „Cause Palmerston", die Welt am meisten. Viele Zeitungsartikel scheinen nur „Zieher" zu sein, um den edlen Lord dringender zur Ausfüllung der Lücke zwischen 15 und 20 Tausend Pfd. Sterling zu bewegen. — Was aber den Nachtheil, den unersetzlichen Verlust für seinen Namen, angeht, der ihn träfe, falls er sich durch Gold loskaufte und das Aergerniß einer offenen Gerichtsverhandlung abwendete, so kommt es auf die Mitte an, wohin man sich stellt und auf den Gesichtspunct, von dem man die Frage betrachtet. In gewissen Classen dahier und im Bereich eines seiner höchststehenden Freunde jenseits des Wassers, würde diese verspätete Ausgelassenheit als sehr lustig und ergötzlich gelten. Das gerade ist ja die höchste Glorie Cupido's, wie Palmerston in seiner Jugend genannt ward, daß die verkümmernde Macht der Jahre an ihm spurlos vorübergeht. Nur von gewisser Seite, in Windsor oder Buckingham Palace, wo die erste Dame Englands wohnt, möchte das Urtheil minder nachsichtig ausfallen... So oder so, wir müssen es bald erfahren. Es nützt nichts, daß dieser Ausbund von Tugendsamkeit und Verschämtheit, daß die Times und nach ihr die meisten Londoner Blätter mundtodt sind. In den Clubs, in allen Gesellschaften und Versammlungen ist die Sache zur Stadtchronik geworden, und die Provinzialblätter ziehen an der großen Glocke und läuten Sturm nach Herzenslust. — Es vergeht kaum eine Woche ohne daß in der christlichen Stadt London, welches für jedes Hofereigniß Tausende von Pfunden zu Festen und Geschenken bereit hat, ein oder ein paar arme Menschen buchstäblich Hungers sterben. Der neueste Fall der Art hat sich in der, wie die Times sagt, achtbaren Familie eines Mannes im Ostende ereignet, welcher eine Privatschule hielt, die aber in letzter Zeit ohne seine Schuld ihre Kunden verloren hatte. Die Details dieses Elends sind haarsträubend. Solche unbeachtet bleibende äußerste Noth ist freilich auch ein Attribut von Städtecolossen wie London, die über jedes vernünftige Maß hinausgewachsen sind.

## Frankreich.

**Paris**, 8. Nov./27. Oct. Man hat sich jetzt von dem ersten Eindrucke, den die Kaiser-Rede hervorgerufen hatte und welcher der Versteinerung gleichkam, etwas erholt und kann die Lage unbefangen beurtheilen. Die ruhigste Ueberlegung aber konnte die nichts weniger als friedliche Auffassung der Thronrede nur bestätigen. In diplomatischen Kreisen nennt man sie: une mise en demeure carrée de l'Europe!... Wem man auch nur vom gesetzgebenden Körper, vom Senat, aus der höheren Beamtenwelt oder den auswärtigen Gesandschaften begegnet, spricht von der gesteigerten Kriegsgefahr wie von einer ausgemachten Sache. Ein Senator erzählte mir, der Kaiser habe nach dem Satze: „Sind wir auf die einzige Alternative des Krieges oder des Stillschweigens angewiesen?" das darauf folgende „Nein!" mit solchem Nachdruck gesprochen, daß durch die ohnehin nicht sehr nervenstarken senatorischen Reihen etwas wie ein Zucken ging. Man faßte sich erst nach einigen Minuten und schloß sich den lauten Beifallsbezeigungen der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers an. Die Physiognomie der Minister und Würdenträger zu studiren, war nicht ohne Interesse. Der Prinz Napoleon war strahlend und gab seiner Freude an mehr als einer Stelle der Rede unverhohlenen Ausdruck. Herr Drouyn de Lhuys sah ernst und entschlossen aus. Er war von allen Ministern auf diese Wendung am meisten vorbereitet. Sehr besorgt schaute Herr Fould drein. Er schien die wachsende Höhe der auf umgekehrter Spitze ruhenden Pyramide der schwebenden Schuld im Geiste zu betrachten und mochte zunächst auch wol überlegen, wie in einer Stunde die Schluß-Course auf der Börse aussehen würden. Einen eigenthümlichen Anblick bot auch eine Gruppe von Damen dar, Frauen oder Schwestern der Deputirten, die den Kaiser bei seinem Eintritt mit lebhaften Vivats begrüßt hatten und durch die den Polen neu eröffneten günstigen Aussichten wie electrisirt waren. Ein Dutzend vornehmer Engländer und Engländerinnen, die der Eröffnungs-Sitzung beiwohnten, geriethen bei den energischen Stellen der Rede in sichtliche Verlegenheit. Die allgemeine Bewegung steigerte sich gegen den Schluß, und Niemand konnte sich dem Gefühle entziehen, daß man vor ein an Verwicklungen und Wechselfällen reiches Problem gestellt war, dessen Lösung ungleich zahlreichere Chancen des Krieges als eines normalen Ausganges darbietet. Die conservative Diplomatie erinnert sich, wie viele Störungen des Weltfriedens aus mißlungenen oder auf einer ungenügenden Basis der Verständigung eröffneten Conferenzen hervorgegangen sind. Die so kühne Sprache der Thronrede ließ mit besonderem Eifer darüber nachdenken, auf welche Bündnisse der Kaiser bei diesem neuen dilpomatischen Waffengange rechnen zu können glaube. Die Ueberfeinen wollten vermuthen, er sei heimlich mit Oesterreich einverstanden, das zur Ueberraschung der Welt bald aus seiner gegenwärtigen scheinbaren Isolirung hervortreten und zu einer den napoleonischen Wünschen entsprechenden Revision der europäischen Karte die Hand bieten werde. Diese Combination setzt bei den österreichischen Staatsmännern eine Bereitwilligkeit zu gewagten Griffen voraus, an welche uns ihr Temperament bis jetzt nicht gewöhnt hat.

Die 14 Einladungs-Schreiben zu dem allgemeinen europäischen Congresse, der in Paris abgehalten werden soll, sind bereits am Tage der Eröffnung der Kammern von hier abgegangen. Der Kaiser ist sich consequent geblieben, indem er nicht nur die Unterzeichner der Wiener Verträge, sondern sämmtliche europäische Mächte, mit Ausnahme der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, eingeladen hat. Es würde Napoleon III. angenehm sein, wenn die Souveraine in Person erschienen: von dem Glanze, den dies dem Pariser (?) Congresse verleihen würde,

abgesehen, wären die Fürsten in der That allein im Stande, diejenigen Opfer zu bringen, welche der Kaiser in seiner Rede, wenn auch nur allgemein, angedeutet hat, und welche dann erlauben würden, ein neues Völkerrecht an die Stelle des alten zu setzen. Wäre doch der Frankfurter Fürsten-Congreß ein Kinderspiel gegen diesen! Antworten auf das Einladungs-Schreiben können natürlich noch nicht hier sein; dahingegen hat man bereits bestimmte Angaben über die Eindrücke, welche die Thronrede an mehreren Höfen hervorgebracht hat. In Wien soll er nicht günstig gewesen sein; man erwartet daher auch, daß Oesterreich am schwersten auf die Idee des Congresses eingehen wird. Die englischen Staatsmänner haben, nach den Nachrichten, welche die französische Regierung erhalten hat, fast einen scherzhaften Ton angeschlagen und sich so gestellt, als ob sie die Sache nicht ernst nehmen. Sehr bemerkenswerth ist es, daß man hier in officiellen Kreisen die Rede als friedlich darstellt, und daß die officiöse Presse sie für die nächste Zeit in diesem Sinne behandeln wird. Der Friede könnte auch wirklich erhalten werden, wenn die Fürsten nach Paris (?) kämen und dort dem Programme Frankreichs ihre Zustimmung geben. Die Frage ist nur: ob sie es thun werden und ob die Neugestaltung des Völkerrechtes an einem grünen Tische, der nicht jenseit eines Leichenfeldes steht, möglich ist. Doch vielleicht ist es schöpferischen Geistern, wie denen, welche jetzt die Geschicke Frankreichs leiten, möglich, ein Blatt in die Geschichte zu schreiben, wie sie noch keines hat. Ueber die Rede des Kaisers werden seit gestern Folianten geschrieben. Gesprochen wird nur von ihr. Zu den sonderlichsten Ansichten gehört die, daß sie die polnische Angelegenheit begraben hat, was doch wol eine Unehrlichkeit in der französischen Politik voraussetzt, die man nicht gelten lassen kann. Wenn das ein Grab ist, so ist es, glauben Sie nur, das des Phönix, und bei solchem Feuergrabe kann sich noch Mancher die Finger verbrennen. — Das J. de Débats erinnert in Betreff der Conferenzen daran, daß so lange die Erfahrung reicht, die Grundverträge der Staaten erst mit dem Degen und dann mit der Feder geschrieben wurden. — Die Opinion nationale erklärt, daß der Congreß ein letzter Versöhnungsversuch sei, und der Frieden nur um den Preis zu haben ist, daß die Regierungen sich absolut den kaiserlichen Ideen über die Reorganisation Europa's fügen. — Das Pays schreibt: „Das blaue Buch, welches die Documente, die Bezug auf die innere Politik haben, enthält, wird vertheilt werden, sobald die Bureaux gebildet sind. Das gelbe Buch, welches die diplomatischen Documente enthält, wird erst nach geschehener Prüfung der Vollmachten der Deputirten vertheilt werden."

### America.

**Newyork**, 30./18. October. General Hooker schlug in Tenessee einen heftigen Angriff der Conföderirten zurück. Die Conföderirten verließen Lookout Mountain, ohne Widerstand zu leisten. Die Bundestruppen occupiren das südliche Flußufer von Bridgeport bis Chattanooga. Die Eisenbahn wie die Fluß-Communication des Nordheeres ist unbehindert.

Präsident Lincoln hat officiell Romero als Juarez Repräsentanten empfangen. Zu Anfang September war die Staatsschuld der Union auf 1228 Millionen angeschlagen. New-York hat zwei Millionen Dollars zur Förderung des Freiwilligen-Aufrufs Lincolns votirt. — Der Postdampfer „New-York" mit 278.440 Dollars an Contanten hat New-Yorker Nachrichten vom 31./19. Octbr. in Cowes abgegeben. Der General Gilmore bombardirt Charleston. In Tennessee ist es den Unionisten gelungen, die Verbindung mit Chattanooga zu Eisenbahn und zu Wasser herzustellen. Hooker hat einen neuen Angriff der Conföderirten zurückgeworfen. Man versichert, daß Lee 30.000 Mann nach Abingdon in Virginien entsendet habe, die, vereinigt mit 15.000 Mann unter Jones, sich anschicken, gegen Burnside zu marschiren, dessen Vorhut in Bristol steht. — Als Minimum der Bedingungen, unter denen der Süden die Waffen niederlegen werde, stellt der Richmond Examiner folgende Puncte auf: „Anerkennung der Unabhängigkeit der conföderirten Staaten, Entfernung der nordstaatlichen Truppen von jedem Fußbreit conföderirten Landes, einschließlich Kentuckys und Missouris, Entfernung der Truppen aus Maryland, bis dieser Staat sich durch freies Votum entscheidet, ob er in der alten Union verbleiben oder um Aufnahme in die Conföderation bitten wolle; Einwilligung seitens der nordstaatlichen Regierung, den conföderirten Staaten den ihnen zukommenden Antheil der Flotte, wie sie zur Zeit der Trennung bestand, herauszugeben oder für denselben Geldentschädigung zu stellen; Aufgabe aller Ansprüche seitens der nordstaatlichen Regierung auf die westlich von den conföderirten Staaten liegenden Theile des alten Bundesgebiets; eine unparteiische Auseinandersetzung auf Grundlage unserer asoluten Unabhängigkeit und gleiche Rechte bei der Verrechnung der Staatsschuld und der Staatsländereien; alle aus Verträgen mit dem Auslande entspringenden Vortheile." Mit dem allen nicht zufrieden, will der „Examiner" auch noch sämmtliche Kriegskosten und Verluste, welche der Norden durch seine „verruchte und grundlose" Befeindung dem Süden verursacht habe, ersetzt sehen, „und wenn sie dem Norden aus dem Herzen gerissen werden müssen." „Alles oder Nichts!" Dieses bescheidene Motto wiederholt das Blatt mehrmals mit emphatischen Ausdrücken erläutert.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 17./5. Nov. Im Herrenhaus berichtete die Preß-Commission und beantragte die Preß-Verordnung vom 1. Juni zu genehmigen; ferner befürwortete sie die Gültigkeit derselben, bis die Preßnovelle Gesetzeskraft erlangt habe.

**Kopenhagen**, 17./5. November. Prinz Christian ist gestern, nachdem er den Eid auf die Verfassung geleistet hat, als König „Christian der Neunte" proclamirt worden. — Das Ministerium Hall bleibt.

**New-York**, 5. Novbr./24. Octbr. General Meade erhielt die Erlaubniß zur Offensive überzugehen und brach mit seinem Heere auf, welches auf zehn Tage mit Proviant versehen war. — Gleichzeitig fanden Bewegungen von Charleston nach Chattanooga zu statt.

## Witterungsbeobachtungen.

4. Novbr., A. St. (16. Novbr.).

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 338,01 | + 2,43 | 1,2 | $SW_2$ | Trüb (4) |
| 2 U. | 337,16 | + 1,55 | 3,2 | $SW_2$ | Trüb (0), Nebel |
| 11 U. | 336,48 | + 0,81 | 5,0 | | Trüb (4). feiner Regen |
| Mittel | 337,51 | | 2,24 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 3,50 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,55 i. J. 1849, kleinste —9,03 i. J. 1848 und 1852. Fast den ganzen Tag feiner Nebelregen.

№ 603. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 5. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

So eben traf ein:

**Rigascher Almanach für 1864.**
Mit 4 Original-Stahlstichen.
Siebenter Jahrgang. Preis 60 Kop.

**Livländischer Kalender**
auf das Jahr 1864. Preis 20 Kop.

Widsemmes
**Kalenderis us 1864tu gaddu.**
Preis 15 Kop.
**E. J. Karow.**

---

Bei **E. J. Karow** ist zu haben:

**Gedanken-Harmonie** aus Goethe und Schiller. Lebens- und Weisheitssprüche, gesammelt und herausgegeben von Rudolf Gottschall. — Mit 8 Farbendrucktiteln. Zweite Auflage. In Prachtband. Preis 2 Rbl. 92 Kop.

**Shakespeare-Anthologie.** Die schönsten und bedeutsamsten Schilderungen und Weisheitssprüche aus den Dramen des Dichters. Biographisch eingeleitet und herausgegeben von F. Kreyßig. Mit 32 Illustrationen. In Prachtband. Preis 3 Rbl. 38 Kop.

---

**Zu ermäßigten Preisen**
sind zu haben:

**Th. Harnack, Zwölf Predigten**
statt 1 Rbl. für 30 Kop.

**Hesselberg, Stimmen ev. Trostes.**
2. Sammlung.
12 Predigten statt 90 Kop. für 25 Kop.

**Th. Harnack, De theologia practica.**
Disputatio statt 75 Kop. für 10 Kop.

**(Pastor Körber) Der Brodkorb.**
2 Bände statt 2 Rbl. für 40 Kop.
**E. J. Karow.**

---

Dr. W. Zimmermann, **Die Befreiungskriege der Deutschen gegen Napoleon.** 3. Auflage. Mit Portraits und Abbildungen. Geb. (Preis 3 Rbl. 53 Kop.) ist vorräthig bei **E. J. Karow.**

---

**Frische**
**Flensburger Austern**
à 7 Rbl. das Hundert sind zu haben in der Conditorei von **A. Borck.**

---

**Branntwein**
mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft **F. C. Faure.**

---

**Crinolinen**
von 50 Kopeken und höher, und
**Culs de Paris** (Aufträger)
empfiehlt **L. Oscar Fischer.**

---

**Gute gelbe Butter**
per Pfund 17 Kop. und gute **unverfälschte Eichorien** per Pfund 7 Kop. verkauft
**F. Hillbrandt,** Kaufhof Nr. 33.

---

Hiesige gut gearbeitete **Damen-Prünellstiefel** in bequemer Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt **W. A. Müller,**
Ritterstraße, Haus Petersonn.

---

Eine **Familienwohnung** von 8 Zimmern mit allen Wirthschaftsbequemlichkeiten hat zu vermiethen **H. Sommer.**

---

Die in der gestrigen Nummer angekündigte **Bücher-Anzeige** von **Gottfried Basse** in Quedlinburg ist der heutigen beigefügt.

worden wäre; als ob die Zinsen von der Nation nicht aufgebracht werden müßten, als ob nicht ein Theil der Anleihen im Auslande verbraucht worden; als ob für den Theil der Schuld, den Ausländer hergeschossen, nicht auch hohe Zinsen bezahlt werden müßten. Ich begreife indessen wol, daß die Regierung, nachdem sie nothgedrungen oder irrthümlich so große Schulden gemacht, es nicht ungern sah, wenn vorerst eine solche Meinung verbreitet werde.

Schulden, wie für Private, so für den Staat, sind nur gut und bereichern das Land, und den Mann, wenn sie so productiv angelegt werden, daß außer den zu zahlenden Zinsen eine Amortisation oder ein Bon herauskommt; sie sind zu entschuldigen, wenn die Noth sie fordert und wenn die Aussicht da ist, das Capital oder wenigstens die Zinsen, durch eine künftige Erhöhung der Production zu decken, sie sind ein Unglück, wenn wirkliche Noth sie ohne diese Aussicht heischt; sie sind eine Narrheit und Verbrechen, wenn man sie ohne Noth und gar ohne obige Aussichten macht.

Schulden der ersten Art werden am Besten im Auslande gemacht, weil man eignen Unternehmungen kein Capital entzieht, es wäre denn im Ueberfluß da, und die Unternehmung wäre nicht für Privatleute geeignet. Sonst haben Schulden an das Ausland immer den Nachtheil, daß man bei Uebermachung der Jahreszahlungen manchen commerciellen Chancen unterliegt. Hat aber das Land keine günstige Handelsbilanz, hat es keine wachsende Production, kein zunehmendes Nationaleinkommen, so führen ausländische Schulden mehr oder minder zur Verarmung. Indessen in der Wirklichkeit stellen sich diese Fälle nirgends grell dar, und nicht lange könnte eine Nation in einem solchen Zustand bleiben.

Ist das Machen der Staatsschulden eine Ungerechtigkeit gegen die Nachkommen? Was ist von dem System des Amortisirens zu halten? was von Reductionen? wie wird es mit der Zeit mit den Staatsschulden überhaupt werden?

Schulden zu productiven Zwecken können keine Ungerechtigkeit sein, sofern kein Irrthum im Zweck obwaltet. Schulden aus Noth könnten nur insofern ungerecht genannt werden, als die lebende Generation den Bedarf durch Steuern hätte aufbringen können. In so fern nur sind sie eine ungerechte Anticipation des im Verlauf der Zeit wachsenden Nationaleinkommens, denn ohne die Erhaltung des Gegenwärtigen gäbe es kein Zukünftiges. Auch ist zu bemerken, daß die lebende Generation in vielem Betracht am meisten leidet und die Sache (für die in Frage stehende Schuld nämlich) für jede kommende allmählig leichter wird, vorausgesetzt, daß sich ihre Mittel vermehren. Allein in dem jetzigen Zustand der Staaten und Gesellschaft ist es nur in gewissem Maaß denkbar, die in Nothfällen erforderlichen Summen durch Steuern aufzubringen und jede allzu große Aufbringung würde Störungen im Nationalerwerb zur Folge haben, die den Nachkommen mehr schadeten, als die Zahlung der Zinsen für eine Schuld. Muthwillige Schulden sind allerdings eine Ungerechtigkeit gegen die Nachkommen, wenn sie den Staat oder ererbtes Privateigenthum betreffen und eine Immoralität, wenn die Rede von verschwendetem selbsterworbenem Privat-Eigenthum ist. Letzteres ist natürlich selten, weil Verschwenden in den meisten Fällen im Widerspruch mit dem Character des Erwerbens steht.

Das Amortisirungssystem wurde einst für eine der herrlichsten Erfindungen gehalten, jetzt denkt man zum Theil anders und will nur den etwaigen Ueberschuß der Einnahmen dazu als billig anwendbar betrachten.

Ich habe schon im Jahr 1823 und wol practisch der erste*) den Grundsatz durchgesetzt, es sei ein schlechter Haushalt im Frieden angestrengt zu amortisiren, man steigere nur den Werth der Fonds zum Nachtheil der Tilgung und wenn sich die Umstände änderten, fielen die Fonds doch wieder und man könne jenes Amortisirens wegen doch keine besseren Anleihen machen. Die Erfahrung hat es uns auch in der Folge bewiesen, dabei habe ich immer im Sinn gehabt so viel nur immer möglich keine neuen Schulden zu machen, und die Amortisation nicht ganz aufzugeben. Ist ersteres nicht erfüllt worden, so lag die Schuld an den Umständen.

Ich kann daher obigen englischen Grundsatz nicht ganz gelten lassen und denke, eine Nation müsse sich auch etwas anstrengen um durch mäßige Tilgung, sub rosa, der Nachwelt die Last zu erleichtern und zugleich ihren Credit zu erhalten. Denn ohne Zweifel hat das Tilgungswesen auf solchen einen bedeutenden Einfluß in der Meinung, wenn auch in der Realität die Frage sich anders stellt. An gewisse Perioden gebundene Zwangstilgung ist eine Thorheit und eine wahre Ungerechtigkeit gegen die Steuerpflichtigen, zu Gunsten der Rentenire und der Agiotage.

Im Ganzen hat das Amortisationswesen überall große Veränderung erlitten.

Eine bemerkenswerthe Operation wurde in England nach dem Frieden gemacht, indem man die Zinsen von 3 zu 3½% erhöhte, gegen bedeutende Verminderung des Capitals. Die Zinszahlung wurde angeblich nur um 3000 Pfund erhöht. Welcher Vortheil dabei herausgekommen, ist schwer zu entscheiden. Bei fortgesetzter Beibehaltung des strengen und forcirten Amortisationssystems wäre zwar weniger Capital zu tilgen gewesen, aber auch mit Erhöhung der Zinsen mußte der Werth der Fonds steigen und gezwungen zum Emanationspreis konnte doch nicht amortisirt werden; es wäre denn bedungen gewesen, worüber ich nichts aufgefunden habe.

Ganz im Gegensatz dieser Maßregel steht die Rentenreduction, über die in Frankreich so viel gesprochen, auch wol gefaselt und gegackt worden.

Große Wahrheiten lassen sich mit wenigen Worten aussprechen. Also auch hier. Jedermann hat wol in der Regel das Recht seine Schulden zu bezahlen, also auch der Staat; wenn bei der Contrahirung keine andere Bedingung stipulirt oder angeboten worden. Man hat allerdings die Thorheit gehabt, ausdrücklich auszusprechen, daß das Capital nie anders als durch freiwilligen Ankauf der Fonds zurückgezahlt werden soll; doch in den meisten Fällen hat man eine beständige Rente in minder bestimmten Worten angekündigt. Es kommt also im einzelnen Fall darauf an wie die Bedingungen der Anleihe lauten. Andre Fragen: ob der Staat ein Recht gehabt zu Wucherzinsen zu lehnen, die seine eignen Gesetze verbieten, indem er das Gesetz durch einen Abzug am Capital umgeht, ob er sich zu ewig gleichen Zinsen habe verbinden können, während bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ein successives Fallen des Zinsfußes voraussichtlich, ja erfahrungsmäßig gegeben ist, will ich bei Seite lassen. Die Nachkommen könnten sie wol vorgeltend machen.

Was wird endlich aus den ungeheuren Schuldenlasten der Länder werden? So lange eine Nation in fortdauerndem Zustand des Nationalreichthums ist, keine große Unglücksfälle erfolgen, die Schuldenmasse nicht unverhältnißmäßig gegen den Volksreichthum wächst, kann die Sache hingehen. Allein, da ein solcher glücklicher Zustand, aller Wahrscheinlichkeit nach, früh oder spät, eine Unterbrechung leiden muß, und wie bei dem Menschen das Leben, so bei dem Staat die erträgliche Existenz der Gesellschaft das höchste Gesetz ist — salus publica suprema lex esto — so folgt daraus, daß es mit den über das Maaß gewachsenen Schulden factisch ein Ende nehmen muß. Dies kann nun geschehen: erstlich durch successive Reduction der Interessen, was weiß ich vielleicht auf 1 oder ½ Procent, zu dessen Entschuldigung noch das in Betracht kommt, daß kein Capital, ja nur theilweise das unbewegliche Landeigenthum, im Lauf der Zeiten von der Zerstörung frei ist. Zweitens durch Bankerot. Die Geschichte mancher Länder zeigt Beispiele davon, besonders die von Frankreich, und neuerdings die von Spanien; wobei nur aus der Agiotage zu erklären ist, daß es nicht ganz allen Credit verloren hat. Man spielt mit den Fonds wie mit Kartenblättern und giebt ihnen einen Werth, wie den Kauris. Drittens, eine gemischte Art ist die, wenn man die Zinsen eigenmächtig erniedrigt, oder die Capitalien auf eine Zeit zinslos macht, ohne die wirkliche Rückgabe des Capitals zu bewirken. Auch davon fehlt es nicht an Beispielen.

Betrachtet man nun die Sache im Zusammenhang, so ergiebt sich, daß eine allmälige Reduction, besonders bei besondern Gelegenheiten, nicht blos nothwendig ist, um das größere Uebel zu vermeiden, sondern auch im Interesse, zwar nicht der lebenden Generation, aber der Generationen der Darleiher ist. Also abgesehen von unklug bindenden Bedingungen, kann es eine Regierung, zwar nicht nach dem strengen Civilrecht, aber nach höheren Gründen wol über sich nehmen zu reduciren, wenn es dringend nöthig und der Zeitpunct günstig ist. Es muß aber nicht aus Parteihaß, aus Nebenabsichten, nicht um unbedeutender Ersparungen wegen geschehen. Das wahre Bedürfniß muß es bedingen, die Noth entschuldigen. Freilich hängt der Ausspruch, ob das Bedürfniß da ist, von der betroffenen Partei selbst ab, und es giebt kein apodiktisches Kriterium, wo das wahre Bedürfniß eintritt. Allein dies ist nicht zu ändern und bei nicht minder wichtigen öffentlichen Dingen der Fall.

Gewöhnlich bestimmt man bei Reductionen einen Termin, vor dessen Ablauf nicht wieder reducirt werden soll.

16/28. Juli.

Zu dem was ich in diesen Tagen über den Staatscredit zu sagen gehabt, sollte ich noch etwas über die beste Modalität Schulden zu contrahiren hinzusetzen. Die Materie ist sehr complicirt. Vieles hängt von den Umständen des Augenblickes ab, Anderes von der jeweiligen Stimmung des Publicums. Lotterieanleihen sind nicht mehr in Geschmack; Rentenanleihen mit facultativer Tilgung werden den Annuitäten (in England heißt man, scheint es, auch die Renten Annuitäten) auf bestimmte Jahre, oder mit Tilgungszinsen schon lange vorgezogen; was der Agiotage und dem Steigen mehr bietet, kann besser angebracht werden und daher können Anleihen zu geringeren Zinsen oft höher realisirt werden, aber dies erschwert das Amortisiren, und ganz soll man es doch nicht aufgeben. Von innern und äußern Anleihen ist schon gesprochen worden; bei ersteren muß man darauf Rücksicht nehmen, ob Depositenbanken nicht zu große Summen entzogen worden; und was dem mehr ist. Das meiste aber hängt immer von der Lage des Landes zur Zeit der Anleihe ab, und von der wahren oder irrigen Meinung der Geldmagnaten und besonders des eigentlichen gebenden Geldpublicums. Die Lage des Landes kann in der

*) Im Jahr 1823 erst hob das englische Parlament den Sinking fond auf und bestimmte nur den Ueberschuß des Staatseinkommens zur Tilgung zu verwenden und sogar bei neuen Anleihen keinen Tilgungsfond zu bestimmen. Was von diesem letzteren Satz zu halten, will ich weiterhin erläutern. Uebrigens waren früher schon mehrmalen diesem Fond fremdartige Bestimmungen gegeben worden, und er hatte deshalb und der Natur der Sache nach nur wenig gewirkt, weil neue größere Schulden gemacht wurden.

That ungefährdet sein, aber eine irrige Meinung, oder Parteigeist, oder Haß eine Anleihe erschweren und ungünstig machen. Endlich auch kann man nicht immer auf dem bestehen, was der Regierung günstiger wäre, z. B. bestimmte Rückzahlungen al pari durch Lotterieen oder auf andere Art, weil die Vorschläge nicht ziehen, da die Agiotage bei solchen Fonds, weil sie minder steigen, keine Rechnung hofft.

Es lassen sich also keine allgemeine Grundregeln geben; man muß unter den jedesmaligen Umständen das bestmöglichste zu erhalten suchen; und es werden deshalb in der Folge Finanzministern oft ungerechte Vorwürfe gemacht.

## Vermischtes.

Ein Literaturartikel der Times spricht über den Briefwechsel zwischen Goethe und Karl August und bedauert nur, wie deutsche Leser, daß gerade die Correspondenz aus der Zeit fehle in welcher der anziehende Freundschaftsbund zwischen dem Fürsten und dem Dichter entstand und seine jugendlichen Blüthen trieb. Der Briefwechsel, wie er vorliegt, gereiche beiden Theilen gleich sehr zur Ehre, und erfreulich sei die Abwesenheit alles Hofklatsches. In einen Irrthum verfällt das englische Blatt nur darin daß es den Herzog in einem besondern Grab mit Goethe und Schiller beigesetzt sein läßt, während diese bekanntlich mit in der Fürstengruft liegen; wenn auch in neuerer Zeit von den Fürstensärgen etwas abseits gerückt.

Zu der Nachricht aus Wetzlar, daß man für das Buff'sche Familienzimmer ein Brustbild Lotte's nach dem Stahlstiche in „Goethe's Briefwechsel mit Kästner" und nach den Angaben im Werther herzustellen beabsichtigt, wird die Notiz nicht unwillkommen sein, daß der Archiv-Rath Kästner, Lotten's einziger noch lebender Sohn, ein von der Familie als hinreichend ähnlich anerkanntes, ganz wohl erhaltenes Pastell-Portrait seiner Mutter aufbewahrt. Danach würde der dem Zimmer zugedachte Schmuck jedenfalls treuer herzustellen sein, als nach der bloßen Skizze von jenem Buche oder gar nach bloßer Beschreibung. Das hiesige Bildniß ist auch durch Lithographie vervielfältigt, aber nicht in den Kunsthandel gegeben, sondern nur an Freunde der Familie verschenkt. Photographen sollten doch jetzt das reizende Bild in ihre Chrestomathieen berühmter Köpfe aufnehmen.

## Witterungsbeobachtungen.

5. Novbr., A. St. (17. Novbr.).

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 335,68 | + 0,10 | 4,6 | $W_2$ | Trüb (4) |
| 2 U. | 335,03 | − 0,53 | 5.2 | $SW_2$ | Trüb (4) |
| 11 U. | 334,63 | − 1,04 | 4,6 | | Trüb (4). Regen |
| Mittel | 335,40 | | 4,77 | | (4,00) |

Die Mitteltemperatur ist die größte bis dahin an diesem Tage gefundene, sie ist 6,61 über der mittleren; bis dahin war die größte 3,85 im J. 1849; die kleinste ist −10,18 im J. 1848.

№ 604. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 6. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Reußen ꝛc. thun Wir Bürgermeister und Rath der Kaiserlichen Stadt Dorpat hiermit kund und zu wissen, welchergestalt die Bäckermeistersfrau Clara Johanna Granbom, nachdem dieselbe für ihren unmündigen Sohn Peter Friedrich Rittersporn von der Schuhmachermeisterswittwe Dorothea Holm mittelst am 4. Mai 1863 abgeschlossenen und am 8. Mai 1863 hierselbst corroborirten Kaufcontractes das in hiesiger Stadt im 1. Stadttheile sub Nr. 125 auf Stadtgrund belegene Wohnhaus sammt Appertinentien für die Summe von 2300 Rbl. S. acquirirt, zu größerer Sicherheit um ein gesetzliches publicum proclama nachgesucht und mittelst Resolution vom heutigen Tage nachgegeben erhalten hat. Es werden demnach alle Diejenigen, welche an gedachtes Grundstück aus irgend einem Rechtstitel zu Recht beständige Ansprüche haben, oder wider den abgeschlossenen Kaufcontract Einwendungen machen zu können vermeinen, sich damit in gesetzlicher Art binnen einem Jahr und sechs Wochen a dato hujus proclamatis und also spätestens am 25. Juli 1864 bei diesem Rathe zu melden angewiesen, mit der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mit etwaigen Ansprüchen weiter gehört, sondern der ungestörte Besitz gedachten Immobils dem Peter Friedrich Ritterporn nach Inhalt des Contractes zugesichert werden soll.

Dorpat-Rathhaus, 13. Juni 1863.

Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Se stherrschers aller Reussen ꝛc. thun Wir Bürgermeister und Rath der Kaiserlichen Stadt Dorpat hiermit kund und zu wissen, welchergestalt der Herr Professor Dr. Gustav Flor, nachdem derselbe zufolge des mit dem hiesigen Einwohner Gottlieb Reinwald am 5. Januar 1863 abgeschlossenen und am 7. Januar 1863 hierselbst corroborirten Kaufcontractes das in hiesiger Stadt im 1. Stadttheile sub Nr. 184, auf Erbgrund belegene, hölzerne Wohnhaus sammt Appertinentien für die Summe von 6500 Rbl. S. acquirirt, zu seiner Sicherheit um ein gesetzliches publicum proclama nachgesucht und mittelst Resolution vom heutigen Tage nachgegeben erhalten hat. Es werden demnach alle Diejenigen, welche an gedachtes Grundstück aus irgend einem Rechtstitel zu Recht beständige Ansprüche haben, oder wider den abgeschlossenen Kaufcontract Einwendungen machen zu können vermeinen, sich damit in gesetzlicher Art binnen einem Jahr und sechs Wochen a dato hujus proclamatis und also spätestens am 4. März 1864 bei diesem Rathe zu melden angewiesen, mit der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mit etwaigen Ansprüchen weiter gehört, sondern der ungestörte Besitz gedachten Immobils dem Herrn Professor Dr. Gustav Flor nach Inhalt des Contractes zugesichert werden soll.

Dorpat-Rathhaus, am 22. Januar 1863.

Von Einem Wohledlen Rathe der kaiserlichen Stadt Dorpat werden alle Diejenigen, welche an den Nachlaß des hierselbst verstorbenen Fuhrmanns Carl Martinsohn entweder als Gläubiger oder Erben gegründete Ansprüche machen zu können vermeinen, hiermit peremtorie aufgefordert, sich binnen 6 Monaten a dato dieses Proclams, spätestens also am 11. April 1864 bei diesem Rathe zu melden und hierselbst ihre fundamenta crediti zu exhibiren, sowie ihre etwaigen Erbansprüche zu dociren, unter der ausdrücklichen Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mehr bei diesem Nachlasse mit irgend welcher Ansprache admittirt werden, sondern gänzlich davon präcludirt sein soll, wonach sich Jeder, den solches angeht, zu richten hat. — Dorpat-Rathhaus, 11. Oct.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

**Branntwein**

mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft **F. G. Faure.**

**Frischen gepreßten Caviar**
bester Sorte und
**frische Neunaugen**
empfing und empfiehlt
***Alexander Bolscherow,***
am großen Markt.

**Echte gelbe russ. Oleinseife**
à Pfund 12 Kop., beste **Talglichte** à Pfund 16 Kop., à Liespfund 3 Rbl. 10 Kop. empfiehlt
***H. Frederking,***
am Markt, neben den Bäckerbuden.

**Evangelischen Geistlichen und Lehrern empfohlen!**

Bei **Carl Meyer** in Hannover erschien nun vollständig und liegt bei **E. J. Karow** in Dorpat zur Ansicht vor:

**Lehrbuch der biblischen Geschichte.**
Von **H. F. Flüge,** Hauptlehrer am Schullehrer-Seminar zu Hannover. I. Das alte Testament. II. Das neue Testament. Jeder Band 22½ Bogen gr. 8. geh. à 1 Rbl. 25 Kop.

Eine gründliche, übersichtlich und klar gehaltene Arbeit, welche die gesammten Resultate der neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Bibel-Erklärung umfaßt, die Frucht eines neunjahrigen Unterrichts in der biblischen Geschichte auf dem Bezirksseminare zu Hannover ist und vorzugsweise dem nicht wissenschaftlich gebildeten Volksschullehrer als Leitfaden dienen soll.

Nach dem Urtheile competenter Kritiker, gebührt diesem, auf festem Glaubensgrund fußenden Werke der erste Platz unter den gangb ren neueren Lehrbüchern der heiligen Geschichte und erreicht durch die darin befolgte Methode vollkommen seinen Zweck, den Lehrer in den Zusammenhang der biblischen Geschichte einzuführen und zu einem fruchtbringenden Unterrichte zu befähigen.

In der **E. J. Karow**'schen Buch- und Schreibmaterialienhandlung in **Fellin** sind vorräthig:

**OUVERTURE**
aus
**Athalia**
von
**Felix Mendelssohn-Bartholdy.**
Zu 4 Händen.
Preis 1 Rbl. 4 Kopeken.

**Kriegsmarsch der Priester**
aus demselben Werke.
Zu 4 Händen.
Preis 42 Kop. S.

**LES FOLICHONS.**
**Polka comique**
pour Piano
par
***Emanuel Bach,***
à 2 mains.
Preis 80 Kop.

**Abreisende.**
W. Reinberg, Tischler. (1)

**Gesangbücher** in Goldschnitt mit ausgelegten Holzdeckeln von verschiedenen Hölzern sind zu haben bei
**H. Rosenberg,** Buchbindermeister,
vis-à-vis der Bürgermusse.

№ 257. Mittwoch, den 6. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.

Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen IV. St. Petersburg: Operationen der Reichskreditanstalten. Warschau: Die Thronrede Napoleon's.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Das Versöhnliche in der Rede des Königs. Vorschläge zur Verständigung. Preßnovelle. Wechselreiterei. Südostbahn. Wärme-Gesellschaften. Kaffein. Coburg: Die Fürstin Reuß-Greiz. Weimar: Ertrag der Schillerlotterie. Frankfurt: Napoleon's Einladungsschreiben. — Dänemark. Altona: Allianz mit Schweden. — Großbritannien. London: Das Orakel der Tuilerien. Zeichen der Zeit. Aufregung an der Börse. — Frankreich. Paris: Verschiedene Meinungen. Freiheit der Backerei und der Seele. Moniteur. Finanzen. — Spanien. Madrid: Gerichtsorganisation. Kriegsdienst. San Domingo. — Italien. Turin: Die franz. Thronrede. Venedig. Rom: Tombola. — Türkei. Konstantinopel: Fürst Cuso. Pferderennen. Schönheiten. — **Neuere Nachrichten.**
**Telegramme. — Ein Tagebuch des Grafen Kankrin VII.** Vermischtes:

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 6. Novbr. Das russische Project constituirt, wie wir gesehen haben, zur Vertretung zunächst des Kreises eine KreisverSammlung, aus deren Mitte sodann die Kreisverwaltung sich herstellt. Diese Institute werden als Organe aufgefaßt, durch welche der Kreis seinen Willen kundgiebt. Es wird von ihnen gefordert, daß sie möglichst genau und vollständig das gesammte Local und dessen Interessen repräsentiren. Sie müssen daher — so wird zunächst für die Kreisversammlung gefolgert — unmittelbar aus Wahlen der Localbevölkerung hervorgehen; sie müßen hinreichend viel Mitglieder zählen, damit jedes wirklich vorhandene Interesse vertreten sei und die öffentliche Meinung correct zum Ausdrucke komme; sie müssen ferner in ununterbrochener Beziehung zu dem Local, welches sie repräsentiren, und zu dessen Bevölkerung stehen; endlich muß ihr Personalbestand von Zeit zu Zeit erneuert werden können durch regelmäßig wiederkehrende Wahlen.

Denn — so heißt es im Eingange der Betrachtung, welcher wir diese Sätze entlehnen — der Kreis (und weiter das Gouvernement) soll selber seine Oeconomie verwalten, ganz so wie der Einzelne seinem individuellen Haushalt, die Gemeinde ihrem Gemeindehaushalt vorsteht. Niemand vermag sich eines kleineren oder größeren Haushalts gewissenhafter und sorgsamer anzunehmen, Niemand spürt die Wirkung falscher Maßregeln und thörichter Wirthschaft lebhafter, oder trägt dabei schwerer und unmittelbarer die Verantwortung, als eben der Wirth.

Wir haben gesehen, wie wenig die beabsichtigte Organisation der Wirthschaft diesen Ansprüchen und Pflichten des Wirthes Rechnung trägt und wie illusorisch die verheißenen Ansätze sind, welche aus der Büreaukratie hinüberzuleiten geeignet wären in eine wahrhafte Selbstverwaltung. Es frägt sich daher nur noch, wie weit für diesen Mangel etwa die Wahlordnung Entschädigung biete.

Das Project geht von der Erwägung aus, daß die Betheiligung der Einzelnen an den öconomischen Interessen von dem Maaße ihres Vermögens abhänge, so wie ferner eben von diesem Vermögen das Maaß der von dem Einzelnen zum Besten des Gemeinwohls zu tragenden Steuern und Lasten. Es wird also das Wahlsystem auf einen Census begründet.

Allein diese Basis, welche überdies nicht ganz so rationell ist, als sie auf den ersten Blick erscheint, wird nun weiter nicht consequent festgehalten. Weil nämlich der gesammte Kreis nicht füglich einen einzigen Wahlact zu vollziehen vermag, vielmehr in mehrere Wahlbezirke zerlegt werden muß, so frägt es sich, nach welchem Principe dieselben abzutheilen seien. Als natürlichste coordinirte Wahlbezirke würden sich die einzelnen Gemeinden empfehlen, wenn nicht zwei Bedenken entgegenständen. Einmal nämlich deckt sich, wie wir bereits bemerkt haben, der Kreis weder dem Raume noch dem Begriffe nach, vollständig mit einer gegebenen Gruppe von Gemeinden: ein sehr beträchtlicher Theil von Grundstücken ist im Besitz von Personen, welche keiner Land- oder Stadt-Gemeinde zugehören. Die Grundeigenthümer adligen und im Allgemeinen nicht-bäuerlichen Standes würden somit außerhalb solcher Wahlbezirke zu stehen kommen. Sodann werden selbst im eigentlichen Rußland Stadtgemeinden nicht wol in eine Reihe mit Landgemeinden gestellt werden können; seit achtzig Jahren hat die Gesetzgebung die Städte als administrative Einheiten aufgefaßt, welche vielmehr den Kreisen gleich stehen. Einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten: die Wahlen nach Ständen vollziehen zu lassen, erklärt das Project für unzuläßig, weil die Kreis- und Gouvernements-Versammlungen die öconomischen Interessen nicht der Stände, sondern des gesammten Territoriums vertreten sollen. Es bleibt daher nichts übrig, als drei große Wahlkörper zu constituiren; getrennt von einander sollen die Wahlacte vollzogen werden: 1. von den keiner Gemeinde zugehörenden Grundeigenthümern; 2. von den Stadt-Gemeinden; 3. von den Dorfgemeinden. Mit dieser Eintheilung soll ein zweifacher Vortheil verbunden sein: jeder der drei Wahlkörper repräsentirt eine eigne Classe von Besitzobjecten und von Interessen; in jedem der drei Wahlkörper herrscht einer der drei bestehenden Stände vor.

Wir kommen auf diesen einigermaßen anomalen Vorzug noch künftig zurück.

Zunächst haben wir das Project selbst reden zu lassen.

In der Gruppe der privaten Grundeigenthümer will es sowol dem großen, wie dem kleinen Grundbesitz einen gewissen Einfluß gesichert sehen. Zu diesem Behufe behält es zwar den großen Grundbesitzern ausschließlich das Recht vor, an der Wahlversammlung unmittelbar und persönlich Theil zu nehmen; die kleinern aber sollen sich mindestens durch collectiv Bevollmächtigte dürfen vertreten lassen. Für jeden Kreis ist eine eigene Tabelle aufgestellt und derjenige Betrag an Grundbesitz nach Dessätinen normirt, welcher den Eigenthümer berechtigen soll, den Wahlact persönlich zu vollziehen. Dabei werden jedoch zwei Kategorieen von Grundeigenthümern strenge geschieden. Wer zum Adel gehört, wird je nach dem Kreise bereits bei 200 bis 800 Dessätinen jenes Rechts theilhaft; Grundeigenthümer nichtadeligen Standes erst bei dem doppelten Betrage, bei 400 bis 1600 Dessätinen; Pächter auf mindestens sechs Jahre endlich bei dem vierfachen Betrage, somit bei 1600 bis 3200 Dessätinen. (Nur im Vorübergehen sei der eigenthümlichen Anomalie erwähnt, daß ein und dasselbe Grundstück sowol dem Eigenthümer, als auch dem Pächter das Wahlrecht verleiht). Nach gleichem Landmaaß normirt sich der Anspruch der kleineren Grundbesitzer, durch collectiv Bevollmächtigte vertreten zu werden, indem ihrer so viele, als zusammen 200—800, resp. 400—1600 Dessätinen besitzen, gemeinsam einen Vollmächtigen zur Wahlversammlung delegiren. Doch findet diese Berechtigung ihre Grenzen in der Bestimmung, daß dabei überall nur diejenigen concurriren, welche mindestens $1/20$ des erforderten Collectivbetrages besitzen, sofern sie zum Adel gehören, $1/10$, sofern sie nichtadeligen Standes sind. Zu diesem Bruch mit dem Principe des Census kommt nun noch die weitere Concession an den Adel, daß jeder Adlige zu wählen berechtigt erklärt wird, der drei Jahre hindurch dem Amte eines Schiedsrichters, eines Friedensrichters, eines Kreis-Adelsmarschalls vorgestanden oder ebenso lange in einer der Landschaftsbehörden fungirt hat. Andererseits verleiht der Besitz einer Fabrik oder ähnlicher Institute im Schätzungswerthe von mindestens 15000 Rbl. oder mit einem jährlichen Umsatz von 6000 Rbl. (d. h. 40 % des geschätzten Capitals) ein gleiches Recht. Welche Motive endlich geratben haben, den Landgeistlichen, ob sie nun über eigenes Land oder über Kirchenland verfügen, eine besondere Vertretung durch Vollmächtige einzuräumen, das kann erst in anderm Zusammenhange erläutert werden.

In den Städten wählen die Inhaber von Handelsscheinen; die Besitzer von Fabriken mit jährlichem Umsatze von mindestens 6000 Rbl.; die Eigenthümer von Grundstücken im Werthe von mindestens 3000, 2000 und 500 Rbln., je nachdem die Stadt über 10.000, zwischen 2000 und 10.000, und unter 2000 Einwohner zählt; endlich die städtischen Wahlbeamten.

Für den dritten Wahlkörper fällt jeder Census weg. Die russische Gemeindewirthschaft duldet ihn nicht, da fast gar kein privates Eigenthum am Lande besteht. Das Project glaubt daher nur indirecte Wahlen befürworten zu dürfen und vereinfacht den doppelten Proceß dadurch, daß es die Aeltesten sofort zu Wählern erklärt. Die Aeltesten werden nach Schiedsgerichtsbezirken oder ähnlichen Districten in ebensoviele Wahlversammlungen zusammentreten und die Repräsentanten der Bauerschaft für die Kreisversammlung wählen.

Soviel von dem, was man das active Wahlrecht nennt. An dem passiven sind die drei Wahlkörper kaum minder deutlich geschieden. Als erste Regel steht fest, daß gewählt werden darf nur wer selber wählt. Die Wahlversammlung der Grundeigenthümer ernennt ihre

Repräsentanten nur aus ihrer eignen Mitte. Dem entsprechend dürften die Aeltesten der Bauern nur Aelteste in die Kreisversammlung schicken; die städtischen Wähler nur städtische Wähler. Allein für diese beiden letztern Kategorien ist der Kreis der Wählbaren einestheils erweitert, anderentheils verengert. Den Aeltesten der Bauern nämlich soll es frei stehen, ihre Gemeinden in der Kreisversammlung vertreten zu lassen sowol durch adlige und andere Grundeigenthümer, sofern dieselben im Kreise das active Wahlrecht ausüben, als auch durch Pfarrgeistliche. Die städtische Wählbarkeit dagegen ist zunächst beschränkt auf die Glieder beider Handelsgilden, auf die Besitzer von Immobilien im Schätzungswerthe von mindestens 6000 Rbl., auf diejenigen in dem ersten Wahlkörper fungirenden Grundeigenthümer, welche berechtigt sind, auch an der städtischen Wahlversammlung Theil zu nehmen, — und erst, wenn sich derart nicht genug Wählbare darstellen, mag gewählt werden ohne Unterschied Jeder, der in den Städten wählt.

Das Uebergewicht des ersten Wahlkörpers tritt endlich noch in einer dritten Beziehung wahrnehmbar hervor, wenn das Project festsetzt, daß von den Grundeigenthümern ein Repräsentant auf je 6000 bis 24000, von den Bauern erst einer auf je 12000—48000 Dessätinen zu bestellen ist. Und wenn in Städten von mehr als 10.000 Einw. auf je 300 Hausbesitzer, bei 2000 bis 10.000 Einw. auf je 200, bei weniger als 2000 Einw. auf je 100 Hausbesitzer ein Repräsentant kommen soll, so wird auch damit den Interessen der größern Land-Grundbesitzer eine Concession gemacht, da erst in den größeren Städten eigentlich städtische Interessen selbständig Geltung erlangen, das Project aber grade den kleinern Städten eventuell eine Art Uebergewicht sichert.

**St. Petersburg**, 2. Novbr. Aus der Rede des Finanzministers im Conseil der Reichscreditanstalten entnehmen wir, daß am 14. April 1862 eine Anleihe von 15 Mill. Pfd. Sterl. mit Rothschild in Paris abgeschlossen ward und dafür Creditbillete für 72.764.154 Rbl. aus dem Verkehr gezogen wurden, von denen man 43.377.662 Rbl. verbrannte. Die Serien 27 bis 36 der Reichsschatzbillete wurden durch 10 neue von 73 bis 82 ersetzt; neu emittirt wurden 30 Mill. d. d. Ser. 83—93. — Die Zeichnungen auf 4 pCt. ununterbrochen zinsentragende Reichsbillets haben aufgehört; deren sind im Ganzen im Betrag von 151.801.132 Rbl., darunter für 38.647.029 Rbl. von Privatpersonen ausgegeben. — Der Bank wurden 10 Mill. 5procentige Billete zum Verkauf übergeben zur Abzahlung der Schuld der Reichsbank an den Reichsschatz. — Die Reichsbank hält in Taganrog während des Jahrmarkts ein Filial und ward das Nishni-Nowgoroder Comptoir ermächtigt Darlehen nach Hinterlegung von Thee zu gewähren. — Festgestellt wurden: a) die Regeln für die St. Petersburger und Moskauer Depositenbank über den Modus ihrer Verwaltung und ihrer Geschäftsführung in Betreff der zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Gegenstände; b) die neuen dem veränderten Wirkungskreise dieser Etablissements entsprechenden Etats. Beide wurden am 5. Decbr. 1862 Allerh. bestätigt und in Wirksamkeit gesetzt. — Gleichzeitig wurden die Statuten der in St. Petersburg und Moskau errichteten Lombards einer gründlichen Prüfung unterworfen und deren neue Vorschriften am 5. December 1862 bestätigt. — Bei der anerkannten Nothwendigkeit, den Sparcassen eine neue Organisation zu geben, damit dieselben a) in allen Städten und Flecken eingerichtet werden könnten und b) durch Annahme der kleinsten Einlagen vorzugsweise den ärmeren Classen zugänglich würden, wurde ein neues Reglement für die städtischen Sparcassen entworfen und am 16. Octbr. 1862 bestätigt. — Seit dem Erscheinen des erwähnten Reglements sind in den Kreisstädten verschiedener Gouvernements Sparcassen errichtet worden, und zwar 9 bei den Stadt-Dumen und 23 bei den Kreis-Rentämtern.

**Warschau.** Von der polnischen Grenze, 11. Novbr./30. Octbr., berichtet die Ostsee-Ztg.: Während die Thronrede des Kaisers Napoleon die widersprechendsten Interpretationen seitens der übrigen europäischen Tagespresse erfährt, sind die Organe der polnischen Tagespresse ohne Unterschied der Parteifarbe darüber einig, daß der Kaiser Napoleon das Programm seiner Politik offen und klar dahin ausgesprochen habe, daß die Karte Europa's auf der Grundlage des Nationalitätsprincips umgestaltet werden müsse und daß Frankreich fest entschlossen sei, zur Erreichung dieses Zweckes seine ganze moralische und materielle Macht in die Wagschale zu legen.

---

## Ausländischer Theil.

### Deutschland.

**Berlin**, 13./1. Nov. Bei der Eröffnung der Kammern bemerkte man, daß der Kronprinz, der mit dem Telegraphen aus England herbeschieden war und am andern Tage wieder abreiste, auf die Stufe des Thronhimmels zur Rechten des Königs trat und der dann folgende älteste Prinz, Prinz Carl die Stelle vor dem ersten Sessel nahm. — Die Fassung der Thronrede ist eine versöhnliche. Dieser Character tritt schon in der Anrede hervor. Sie lautet dießmal: „Erlauchte, edle und liebe Herren." Sonst hieß es: „Erlauchte, edle und geehrte Herren." Weiter wünscht der König „dringend" daß den Zerwürfnissen zwischen „seiner Regierung" und einem Theil der Landesvertretung ein „Ende" gemacht werde. Es wird dringend aufgefordert, an die Lösung unserer inneren Fragen mit dem ernsten Willen der Verständigung heranzutreten. Bei der großen Mehrzahl unserer Abgeordneten können wir einen solchen Willen auch wol voraussetzen. In wie fern die Regierung beabsichtigt, Vorschläge zu machen, die zur Verständigung führen können, läßt sich aus der Thronrede nicht absehen. Sie müssen sich, falls sie beabsichtigt werden, in dem angekündigten Entwurfe eines Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, ferner in dem Gesetzentwurfe wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Preßgesetzbuches vorfinden. Denn eine dritte Vorlage, welche in der Thronrede verheißen wird, eine Vorlage, welche bestimmt ist, die Befugnisse der Regierung für den Fall, daß der Staatshaushalts-Etat nicht zur gesetzlichen Feststellung gelangt, zu regeln, kann zu der so wünschenswerthen Verständigung unmöglich führen. Das uralte, in den modernen Constitutionen nicht eingeführte, sondern nur wiederhergestellte Geldbewilligungsrecht der Stände ist durch die preußische Verfassung bereits auf das geringste Maß beschränkt. Abweichend von den Verfassungen anderer Länder steht dem preußischen Landtage nicht das geringste Recht auf die Forterhebung bestehender Steuern und Abgaben zu. Ueber die Einnahmen des Staates haben sie nichts zu sagen; nur Ausgaben dürfen ohne ihre vorgängige Bewilligung nicht gemacht werden. Die Regierung hat die Verpflichtung, alljährlich das Budget für das nächste Jahr zu Stande zu bringen. Daß ihr das Recht zustehe, sich von dieser Verpflichtung, die ihr, nach allgemeiner Annahme wenigstens, durch die Verfassung vom 31. Jan. 1850 auferlegt worden, dispensiren zu können, das räumen von den 352 preußischen Abgeordneten höchstens 40 ein. Die übrigen 312 Abgeordneten erkennen keine Lücke in der Verfassung an und müssen also einen Gesetzentwurf, der zur Ausfüllung jener Lücke bestimmt ist, von vorn herein ablehnen, abgesehen davon, daß nicht zu erwarten steht, eine Landesvertretung werde ihr wichtigstes Recht freiwillig aus den Händen geben. Nach dem, was von der Stimmung der Abgeordneten in Berlin verlautet, ist diese durchaus ruhig und mäßig. Um alle Aufregung zu vermeiden, weil man sogar auf eine Adresse verzichten. Um so fester wird man aber auf denjenigen Rechten bestehen, die das preußische Volk, wie die Wahlen abermals beweisen, verfassungsmäßig zu besitzen glaubt und in diesem Glauben durch die übereinstimmende Meinung aller übrigen Nationen bestärkt wird.

— Nach der Preßnovelle kann der Richter schon bei dem ersten Preßverbrechen oder dem zweiten Preßvergehen das Verbot einer Zeitung aussprechen; er muß dies thun bei dem zweiten Verbrechen oder dritten Vergehen. Der Redacteur wird jederzeit, wenn nicht als Urheber, als Theilnehmer gestraft; der Verleger hat in allen Fällen eine Geldstrafe bis zu 500 Thaler zu erwarten. Außerdem wird bei vielen Vergehen die bisherige Geldbuße aufgehoben und dafür Gefängnißstrafe angeordnet. Dann wird das Gerichts-Verfahren beschleunigt und es folgen die ferneren Vorschriften der octroyirten Preß-Verordnung über Vernichtung ꝛc. — Eine vor zwei Jahren hier auf Wechselreiterei begründete Firma Leihner u. Comp. machte schon jetzt Concurs; die Passiva sind 261.000 Thaler, Activa 15.000 Thaler. — Der König hat nunmehr die Concessions-Urkunde zur Anlage einer Eisenbahn Pillau-Königsberg-Lyck vollzogen. Diese von einer Gesellschaft englischer Capitalisten zu bauende, „Preußische Südostbahn" firmirende Eisenbahn soll schon in der nächsten Woche begonnen und spätestens in vier Jahren fertig sein. Das dazu erforderliche Capital von 13 Millionen Thalern ist bereits beisammen, ohne daß die Stamm- und Prioritäts-Actien vorerst auf den hiesigen Markt kommen. Die Regierung läßt, auf Kosten der Gesellschaft, den Bau der Eisenbahn beaufsichtigen. Letztere geht von Pillau nach Königsberg, Preußisch-Eylau, Bartenstein, Lötzen nach Lyck und muß auf Verlangen der Regierung, bis an die Landesgränze zum Anschluß an eine russische Bahn fortgebaut werden. — In der polytechnischen Gesellschaft machte Veit-Meyer Mittheilung über die in Newyork ins Leben getretenen Gesellschaften, die für ganze Häusercomplexe, ebenso wie Gas und Wasser, Wärme durch Röhren zum Heizen und Kochen zuführen. Die Contracte werden ähnlich wie bei den Gas- und Wasserleitungen abgeschlossen; an den Einströmungsorten zeigen Manometer die Spannung des eintretenden Dampfes an. — Ueber die Zuträglichkeit des Caffees für die Gesundheit ist bekanntlich viel gestritten worden, hier und da wird angenommen, daß er bei Vollblütigkeit, bei Nervenschwäche ꝛc. nicht zuträglich sei. Das schädliche Ingredienz aber ist dann das sogenannte Caffeebitter, der Koffein in den Bohnen, die außerdem ein festes Oel, Eiweißstoff und die Caffee-Gerbstoffsäure enthalten, welche eben den Caffeegeruch erzeugt. Um nun bei der großen Beliebtheit des Getränkes den etwa schädlichen Bestandtheil zu entfernen, ohne den angenehmen Geschmack zu beeinträchtigen, sind schon verschiedene Versuche gemacht. Kürzlich ist es gelungen, ein solches Verfahren zu entdecken, und werden jetzt die koffeinfreien Bohnen unter besonderem Siegel verkauft.

**Berlin**, 13./1. Novbr. Die Norddeutsche Ztg. betrachtet die bevorstehende Verkündigung der neuen dänischen Verfassung als eine sehr ernste Complication der Lage. Dieselbe vollende durch die Incorporation Schleswigs in das Königreich, welche sie gut heißt, die Verletzung der Feststellung von 1852 und vermindert die Aussicht auf eine friedliche Lösung. Das Blatt meldet, die preußische Regierung habe sich schon in diesem Sinne in London und Kopenhagen ausgesprochen.

**Wien**, 13./1. Novbr. Die Presse will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß Verhandlungen, deren Initiative vom Kaiser Franz Joseph ausgegangen ist und welche zwischen Wien, Berlin und London stattfinden, gestatten als sehr wahrscheinlich anzunehmen, daß weder der Kaiser von Oesterreich, noch die Monarchen von Preußen und England in Person dem nach Paris berufenen Congreß beiwohnen werden.

**Elberfeld**, 6. Novbr./25. Octbr. Der Appellationshof in Köln

hat nach eingelaufenen Mittheilungen von da das gegen den früheren Waisenhaus-Vorsteher Herrn Klug und die Stadt Elberfeld erlassene Urtheil des hiesigen Landgerichtes bestätigt und die eingelegte Cassation verworfen. Das Urtheil lautet: Aus diesen Gründen verurtheilt das Landgericht die verklagte Gemeinde Elberfeld, an den Kläger Christian Klug seit dem Tage seiner Versetzung auf Wartegeld, dem 19. Mai 1862, bis zu seiner geeigneten Wieder-Anstellung ein Wartegeld von jährlich 500 Thalern zu bezahlen, — erklärt dagegen die Verklagte auch für berechtigt, von dem Kläger nach seiner Befähigung mit möglichster Berücksichtigung seiner früheren Verhältnisse mäßige Hülfe im Gemeindedienste zu verlangen.

**Coburg**, 13./1. Novbr. Die Fürstin-Mutter von Reuß-Greiz, bekannt durch ihr Verbot der Octoberfeier, hat den Herausgeber der Wochenschrift „des National-Vereins" wegen Beleidigung anklagen lassen. Diese wurde von der Dame in einem Artikel gefunden, welcher die mittelalterlichen Zustände des Fürstenthums Reuß-Greiz bespricht und namentlich rügt, daß die Fürstin-Regentin für ihre Tochter bei deren Verheirathung an einen Prinzen, welcher sein Vermögen nach Millionen zählte, von ihrem armen Ländchen eine Prinzessinsteuer von 3600 Thlr. eingefordert habe, und soll darin liegen, daß der fragliche Artikel mit der Bemerkung schließt, daß sich übrigens das Fürstenthum der nachdrücklichsten Gesetze gegen den Straßenbettel erfreue. Der Staatsanwalt constatirte, daß die besprochenen Zustände „verwerflich" seien und der Artikel durch deren Rüge eine Pflicht der Tagespresse erfülle; aber die Form sei eine verletzende. Der Herausgeber ward zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

**Weimar**, 10. Novbr./29. Octbr. Endlich ist der Vertrag der deutschen Schillerstiftung und des Hauptvereins der deutschen National-Lotterie abgeschlossen. Die Schillerlotterie hat einen Ertrag von 451.250 Thalern ergeben, wovon 300.800 Thlr. der Schillerstiftung zukommen. Verwaltet wird dies Vermögen von der Dresdener Zweigstiftung, welche $^4/_5$ der Jahreszinsen der Hauptverwaltung übergiebt, $^1/_{10}$ selbst verwendet und durch das letzte Zehntel das Stammcapital vergrößert.

**Frankfurt a. M.**, 13./1. Novbr. Die Bundes-Versammlung beschloß das Schreiben Napoleons allen deutschen Fürsten mitzutheilen und dasselbe durch eine Commission von sieben Mitgliedern zu prüfen. Das Einladungsschreiben hat eine unverkennbare Aehnlichkeit mit der österreichischen Denkschrift, welche die Einladung zum Frankfurter Fürstentage begleitete. Wie diese die deutschen Bundesverhältnisse, so bezeichnet jenes die europäischen Zustände als völlig zerfallen und bedenklos. Ueber die Grundlinien des Neubaues aber, über den Umfang der bevorstehenden Verhandlungen, über die Reihe von besonderen Fragen, welche den Congreß beschäftigen sollen, fehlt jede Andeutung. Auch die der Einladung beigegebene Denkschrift des Herrn Drouyn de Lhuys scheint sich auf die Darlegung der allgemeinen Gesichtspuncte zu beschränken, so daß es sich vorläufig nur um die Einholung der Zustimmung zu dem Congresse im Princip handelt. Allem Anschein nach wird dieselbe nirgends auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Dorniger werden sich die Verhandlungen gestalten, wenn die genauere Feststellung der Gegenstände der Berathung an die Reihe kommt.

## Dänemark.

**Altona**, 13./1. Novbr. Nach sichern Nachrichten aus Kopenhagen ist an einen Allianzvertrag zwischen Schweden und Dänemark nicht mehr zu denken. Die Herbeiführung eines solchen lag allerdings in der Absicht der dänischen Regierung; sie stieß aber schließlich auf Bedenken des schwedischen Cabinets, welche nicht überwunden worden sind, und wahrscheinlich durch die Vorstellung der Westmächte hervorgerufen wurden, angesichts der polnischen Frage jeden Conflict mit Deutschland zu vermeiden.

## Großbritannien.

**London**, 6. Nov./25. Octbr. Also das Orakel hat gesprochen. Krieg oder Friede — wir brauchen nur zu wählen! Der Mann mit den „bleichen, leichnamartigen, unbeweglichen Zügen," wie Hr. Kinglake sagt, stellt uns beides zur Verfügung. So laßt uns denn den Frieden wählen. Liegen die Dinge aber so einfach, und wird uns die Wahl wirklich so leicht gemacht? Der americanische Geistliche Elliott, der den Kaiser der Franzosen als Antichristen nöthig hat um die Glaubwürdigkeit seiner Prophezeiung vom Untergang der Welt im Jahr 1870 zu beweisen, kündigt an daß Louis Napoleon, der bestimmte Monarch der Welt, demnächst beginnen werde jeden zu erschlagen der sich weigere ihn als Gott anzuerkennen. Wenn Hr. Elliot sich nur halb so gut auf das Prophetenhandwerk versteht wie seine englischen Collegen, z. B. Dr. Cumming, so wird er die Thronrede Napoleons III als ein Zeichen der Zeit verwenden können, das ihm bei geschickter Bearbeitung viel Geld einbringen muß. Euer Gott oder euer Würger — wählet! Sollte er sich mit dem berühmten „moralischen Eindruck" zufrieden geben, und nicht eine allzu formelle für das persönliche Selbstgefühl verletzende Anerkennung verlangen, so wird der Kaiser der Franzosen nicht viel zu erschlagen nöthig haben; denn wir sind auf dem besten Wege ihm die Ehre und Bedeutung eines Monarchen der Welt zuzuschreiben. Er spricht ein Wort, und es ist das Wort eines Gottes, das uns arme Sterbliche über das nächste Schicksal Europa's belehrt, und als Schicksalsspruch gläubig hingenommen und verehrt wird. Daß die Macht des Kaisers der Franzosen auf der weitverbreiteten Anerkennung seiner Göttlichkeit beruht, erleidet keinen Zweifel; denn ein Gott ist nichts wenn keine Anbeter da sind die ihn als solchen anerkennen. Wie viele Mitglieder der hiesigen Stockbörse sich wol gestern ihrer Lage und Abhängigkeit vom Gott der Tuilerien geschämt haben mögen? Ein Augenzeuge schildert uns die Aufregung die den ganzen Vormittag über in dem modernen Napoleonstempel geherrscht habe, als so groß daß an kein Geschäft zu denken gewesen; und als endlich der Telegraph die kaiserliche Rede fetzenweise den Börsenpriestern überbrachte, ging aller Anstand im Interesse des Augenblicks zu Grunde. Man riß sich um die Fetzen, dann athemlose Stille sobald sich ein neuer Telegraphendiener zeigte, dann wieder lautes Zanken und Schreien. Auch als die ganze Rede vorlag, vermochten die ernsten Geschäftsleute gleichwol noch nicht ihre gewohnte Ruhe und Mäßigung wiederzufinden; denn nun handelte es sich darum herauszubringen was die Worte eigentlich sagen wollten. Als man endlich den Sinn derselben begriffen zu haben glaubte, war die Börsenzeit vorüber, und die wenigen Geschäfte welche noch Hals über Kopf abgeschlossen wurden, sollen beweisen, daß die kaiserlichen Worte mit viel Befriedigung aufgenommen worden seien. Also, nach Ansicht der Geschäftsleute in der City, im höchsten Grad befriedigend, wie wir in einem Cityberichte lesen. Aber wie ist das? Die Consols, welche vorgestern noch 92⅝ standen, wurden gestern zu 91¼ notirt. So viel von dem befriedigenden Charakter der kaiserlichen Rede. Aber richtig ist: wenn wir Frankreich den Gefallen thun wollen das Grundgesetz des internationalen Rechts, das eigens gegen die Uebergriffe Frankreichs aufgestellt wurde, zu zerreißen, und so die letzte, wenn auch schwache Schutzwehr gegen das Uebergewicht Frankreichs zu zerstören, so sollen wir Frieden haben und einen allgemeinen Congreß, der unter der Leitung Napoleons III ein ihm convenirenderes Staatsrecht entwerfen wird und eine neue Landkarte. Alle brennenden Fragen sollen dann gelöst werden. Wer das glaubt, braucht nicht umgebracht zu werden, denn er erhebt keinen Widerspruch gegen die Göttlichkeit Louis Napoleons. So geheim auch die Alternative, Congreß oder Krieg, bis zum Augenblick der Eröffnungsrede gehalten wurde, so soll doch Lord Russell davon unterrichtet gewesen sein. Wenn dem so ist, so kann man die einseitige Absendung seiner Note nach St. Petersburg als eine Antwort auf die französischen Vorschläge betrachten. Einen Congreß über die polnische Frage würde England acceptiren, aber keinen Congreß zur Abschaffung der Wiener Verträge und zur Ausarbeitung eines neuen, Frankreich bequemeren, internationalen Rechts. Da auch Rußland keine große Lust bezeugen möchte sich auf einen solchen Congreß einzulassen, so würde sich die Alternative vereinfachen, und auf Krieg reduciren. Der Kaiser der Franzosen ist jedoch noch nicht so viel werth als seine Worte, die er schon oft zurückgezogen hat.

## Frankreich.

**Paris**, 10. Nov./29. Octbr. Seit dem Tage, an welchem die Thronrede gehalten wurde, hat die allgemeine Stimmung eine ganze Reihe von Modificationen erlitten. Zuerst hieß es, die Rede sei ein Kriegsmanifest; am folgenden Tage gab man zu, daß Krieg und Frieden sich die Waage hielten; heute ist man bereits so weit eingestehen, daß der Krieg jedenfalls nicht so nahe bevorstehe, als man geglaubt. Was die Congreßidee anbelangt, so wurde am ersten Tage diese Idee für ein Scherz des Kaisers gehalten; am zweiten Tage untersuchte man, ob der Congreß zu Stande kommen könne; am dritten erkundigte man sich nach den Cabinetten, welche annehmen oder ablehnen; heute glaubt man an das Zustandekommen des Congresses und nennt besonders sämmtliche Großmächte unter denjenigen, die annehmen werden. Es scheint also keine Ursache vorhanden, sich über die kaiserliche Rede so unmäßig zu beunruhigen, wie einige und besonders deutsche Organe dies täglich thun. Niemand kann bis jetzt behaupten, daß der Congreß unbedingt zu Stande kommen wird; kommt er zu Stande, so ist doch jedenfalls der Krieg in die Ferne geschoben; kommt er nicht zu Stande, so ist die Behauptung doch eine durchaus voreilige, daß in diesem Falle der allgemeine Krieg unvermeidlich sei. — — — — — — — — — — — — — — — Der Temps sagt: „Die Thronrede erinnert an die Freiheit der Bäckerei, und verspricht die Freiheit der Seele! Es sind das zwei ausgezeichnete Maßregeln, welche von einander sich nur dadurch unterscheiden daß die eine sich auf die materielle Nothdurft des Lebens bezieht, die andere auf die Luxusbedürfnisse des Geistes. Es ist nicht unsere Schuld, wenn, so nebeneinandergestellt, diese beiden Freiheiten zuehr an das panem et circenses der römischen Plebs erinnern. Sie fordern jedoch Uebergänge, Abstufungen. Es bleibt ein großer Raum zu füllen zwischen der Nothdurft des Körpers und dem Ueberfluß des Geistes. Um so schlimmer für die Römer wenn sie sich mit Brod und Spielen begnügten. Sie fordern die bürgerlichen und männlichen Freiheiten, welche uns versprochen sind und noch unserm öffentlichen Leben mangeln; sie fordern die Freiheit der Presse, die Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Gemeinden, welche die Grundlagen der allgemeinen Freiheit sind. — Der Moniteur bringt die Urtheile der englischen Presse über die Thronrede, wobei aber alle Journale übergangen sind, welche dieselbe nicht im Sinne des Friedens auslegen. Gleichwol aber behauptet der Moniteur alle Blätter ohne Ausnahme faßten sie in diesem Sinne auf. Es liegt also die Absicht vor die öffentliche Meinung zu täuschen. — Ein Finanzbericht wurde gestern dem gesetzgebenden Körper mitgetheilt. Er enthält das Eingeständniß eines Deficits von 350 Millionen Franken für das laufende Jahr. Es soll gedeckt werden durch die Zunahme des Erträgnisses der bestehenden Steuern und durch neue Abgaben. Dagegen wird sich in der Budgetcommission, auch in der Majorität der Kammer, ein heftiger Widerstand, außerhalb der Kammer ein allgemeiner Widerwillen erheben. Alle durch neue Auflagen verstärkten

Steuereinnahmen werden nicht rasch nnd reich genug fließen um den Geldmangel im Staatsschatz rechtzeitig zu heben. Rechnet man jenes Deficit zu den 900 Millionen schwebender Schuld, so schuldet der Staatsschatz in laufender Rechnung 1250 Millionen. Auf einer solchen Höhe der schwebenden Schuld ist kein Gleichgewicht mehr zu behaupten, und ihre theilweise Consolidirung durch ein Anlehen wird zur Nothwendigkeit. Auch steht das Anlehen noch unvermeidlicher vor der Thür als die Eventualität eines Krieges. Gut unterrichtete Bankkreise schätzen die schwebende Schuld Frankreichs sogar auf 1400 Millionen. Es wird mit dem Hause Rothschild abermals wegen der Uebernahme von Schatzscheinen zur Deckung der im December eintretenden Zahlungen unterhandelt. Das Haus Rothschild scheint dieses Geschäft nicht als Gefälligkeitssache taxiren zu wollen.

## Spanien.

Wie aus **Madrid**. 8. Novbr., gemeldet wird, hat das Ministerium dem Senat Gesetzentwürfe über die Organisation der Gerichte und über die Loskaufung vom Kriegsdienste vorgelegt, welche, wie man glaubt, auf keine Opposition stoßen werden. — Zwei spanische Schiffe mit 1300 Mann und 6.000.000 Realen sind am 30. Oct. von Cadix aus nach San Domingo abgegangen. Die Regierung hat beschlossen, noch weitere Truppenverstärkungen, darunter ein Bataillon See-Artillerie, sowie 8000 Gewehre nach den Antillen zu senden. — Die Correspondencia bringt Nachrichten aus San Domingo vom 9. Oct.: „General Gondara war mit 3 Bataillonen und 6 Stück Artillerie auf San Domingo angelangt und schickt sich an, sich in Marsch zu setzen, um sich mit der Division des Generals Santana zu vereinigen. Puerto Plata, welches von den spanischen Truppen geräumt worden war, ist von den Insurgenten verbrannt worden. Die aus 1800 Mann bestehende Garnison hatte vor dem Fort, welches besetzt geblieben war, ein befestigtes Lager errichtet, welches genügend mit Proviant und Munition versehen war. Der General-Capitän von San Domingo hat sämmtliche Küsten der Insel in Belagerungszustand erklärt."

## Italien.

**Turin**, 5. Nov./24. Oct. Die liberale Presse von Turin spricht sich einstimmig günstig über die französische Thronrede aus. Die Opinione meint, Italien müsse die Verkündigung, daß die Verträge von 1815 aufgehört haben zu bestehen, als ein glückliches Ereigniß betrachten. Wenn ein Congreß möglich sei, so werde Italien demselben kein Hinderniß in den Weg legen; im Hinblicke aber auf die Zukunft werde sich das Land bereit halten müssen, gewaffnet dazustehen. Die Stampa betrachtet die Rede als günstig für Italien, weil sie jene Principien des öffentlichen Rechtes proclamire, auf welchen das Königreich Italien gegründet sei. Die Perseverenza behauptet, Italien werde, sei es auf einem Congresse, sei es im Kriege, die Aufgabe haben, sein nationales Recht im vollen Umfange zu erringen. — Die sogenannte venetianische Frage tritt wieder in den Vordergrund, und zwar sind es bedeutsamer Weise die ministeriellen Journale Opinione und Stampa, die sich mit derselben beschäftigen. Außerdem soll der Gegenstand durch eine dieser Tage erschienene Broschüre, betitelt „Guerra pel Veneto", erörtert werden. Die beiden genannten Journale möchten die Sache auf diplomatischem Wege abmachen, und sind der Ansicht, daß der jetzige Zeitpunct der günstigste sei in Berücksichtigung der verwickelten Lage, in welcher sich Oesterreich, Frankreich — — — — gegenüber in Betreff der polnischen Frage befinde. Der Verfasser der Broschüre, „Guerra pel Veneto" will rascher und unter dem Geräusch der Waffen vorwärts eilen, und scheint zu hoffen, daß diesmal unter nochmaliger Mithülfe des hochherzigen Verbündeten das Wort: „Frei bis zur Adria!" zur Wahrheit werde.

**Rom**. Das Londoner Athenäum enthält, aus dem literarischen Nachlaß eines unl ngst verstorbenen Engländers, eine launige, für die päpstliche Curie keineswegs schmeichelhafte Schilderung der Lotteriezieh ungen in Rom, welche regelmäßig an jedem Sonnabend Mittags 12 Uhr auf der Piazza Madama vor sich gehen, und zwar unter Assistenz einiger Prälaten in Amtstracht. Die Nummern werden durch einen als Engel costümirten Knaben gezogen, und die Spielwuth des römischen Volks, welche auf diese Weise vom Staat genährt wird, zeigt sich dabei in widerlichen Erscheinungen. Es kommt vor, daß Leute in der einen Hand ihren Lotteriezettel, in der andern ein Crucifix oder ein Heiligenbild halten u. dgl. Bekannt ist es auch, daß im Kirchenstaat selten ein Kirchenfest gefeiert ist, ohne daß eine Tombola, d. h. ein Lottospielchen, unmittelbar auf den Gottesdienst folgt.

## Türkei.

**Constantinopel**, 29./17. Oct. Fürst Cusa gedenkt, um die Zukunft seiner Dynastie sicher zu stellen, da seine gegenwärtige Ehe kinderlos ist, sich von seiner Frau zu trennen. Eine neue Partie ist bereits beschlossen. Die Wahl fiel auf die Tochter des moldauischen Fürsten Alexander Marousi, Erbin großer Güter, die vorderhand als Mitgift eine jährliche Rente von 50,000 österr. Ducaten bekommt. Als Entschädigung erhält die scheidende Fürstin Helene eine jährliche Rente von 10,000 Ducaten. Letztere ist bereits nach Paris abgereist. — Am Freitag und Sonnabend fand das Pferderennen statt. Es waren bei 40,000 Menschen anwesend. Das Schauspiel war hier neu, und zog namentlich die Türken außerordentlich an. Der Großherr war beide Tage anwesend; er erschien mit seinem ganzen Gefolge, wobei ein Gardecavalleriereg iment Spalier bildete. Die Sultanin Mutter, sowie sämmtliche vornehme Harems fehlten ebenfalls nicht. Die Haremswagen waren im Halbkreise innerhalb des Hippodrom aufgestellt. Bei dieser Gelegenheit konnte man, da die Damen sehr leicht verschleiert waren, die schönste weibliche Blüthe Tscherkessiens und Georgiens sehen. Ein feiner Beobachter hätte hinlängliche Zeit gehabt zwischen europäischen Frauen und türkischen Schönen Vergleiche anzustellen, denn außer diesen europäischen Damen waren auch armenische und griechischen Schönheiten in bedeutender Anzahl repräsentirt. Letztere waren nicht so stark mit Brillanten überhäuft wie ihre türkischen Rivalinnen, hingegen ließ ihre Toilette nichts zu wünschen übrig. Die ersten Preise gewannen die Vollblut Araber, dann kamen die mit ungarischen Blut gekreuzten. Das beste Geschäft aber machte der Divisionsgeneral Hefer Pascha (Graf Konscielski). Er soll im ganzen gegen 825 türkische Pfund gewonnen haben.

# Neuere Nachrichten.

**Berlin**, 13./1. Novbr. Dem Abgeordnetenhause legte der Finanzminister v. Bodelschwingh den Gesetz-Entwurf, betreffend den Etat für das Jahr 1863, vor. Derselbe weist nach eine Einnahme von 137.744.159 Thaler und eine Ausgabe von 139.844.159 Thaler, darunter 133.591.355 Thlr. an fortlaufenden und 6.252.804 Thlr. an einmaligen Ausgaben. Sodann legt der Minister einen Nachtrags-Etat für das Jahr 1863 in Höhe von 5.275.386 Thlr. vor. — Ferner überreichte der Finanzminister den Gesetz-Entwurf, betreffend den Etat für das Jahr 1864. Derselbe weist nach eine Einnahme von 143.333.738 Thlr. und eine Ausgabe von 145.832.738 Thlr., und zwar 139.194.638 Thlr. an fortlaufenden und 6.639.100 Thlr. an einmaligen außerordentlichen Ausgaben. — Endlich überreicht derselbe den Gesetz-Entwurf, betreffend die Uebersicht der Etats-Einnahmen und -Ausgaben für das Jahr 1862. — Demnächst legt der Minister des Innern die Verordnung vom 1. Juni d. J. und das Gesetz über die Abänderungen einiger Bestimmungen des Strafverfahrens in Preßsachen vor. Auf Antrag der Abgg. Grafen Schwerin und Twesten wird die Berathung über das Preßgesetz ausgesetzt, bis dasselbe vom Herrenhause eingegangen ist.

**Baden**, 10. Nov./29. Oct. Großfürst Constantin von Rußland, der am 15./3. d. M. in Wien erwartet wird, wird am 1. December in Baden-Baden zum Winteraufenthalt mit Familie eintreffen. Er hat zu diesem Zweck die Villa Stadelhofer daselbst gemiethet.

**Paris**, 11. Nov./30. Oct. Diesen Nachmittag erschien das Blaubuch, welches die für den Senat und den gesetzgebenden Körper bestimmte Darlegung der Situation des Kaiserreiches enthält. Dasselbe umfaßt 127 Quartseiten und zerfällt je nach den einzelnen Ministerien in Capitel und Abschnitte. Den seit langer Zeit schon erwarteten Finanzbericht sucht man vergeblich in dem den Finanzen gewidmeten Capitel. Statt desselben findet man folgende Note: „In Anbetracht der dieses Jahr früher stattgefundenen Eröffnung der Session wird die Budget-Situation, welche sonst gewöhnlich gegen den Monat November veröffentlicht wurde, erst in der Darlegung der Budget-Motive seine Stelle finden."

**Madrid**. Die Correspondencia dementirt die von der Iberia gegebene Nachricht, daß die Krongüter verkauft werden sollten. Diese Krongüter werden nicht, wie eine Depesche meldete, auf drei Millionen, sondern auf eben so viele Milliarden Realen geschätzt.

# Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Kopenhagen**, 17./5. November. Heute wurde ein offener Brief des Königs verbreitet: er verheißt an der Reichsverfassung und den bestehenden Gesetzen unverbrüchlich zu halten und allen Unterthanen gleiche Gerechtigkeit und gleiches Wohlwollen angedeihen zu lassen; der Brief schließt mit der Versicherung, daß der Gang der Geschäfte unverändert bleibe und die Minister in ihren Aemtern beibehalten werden.

**Hamburg**, 17./5. November, Abends. Aus zuverlässiger Quelle geht die Nachricht ein, daß in Kopenhagen lebhaft agitirt wird, um den König zur Unterzeichnung des neuen Verfassungsentwurfs zu drängen.

### St. Petersburger Wechsel-Cours vom 5. November.

Amsterdam 172, 175. — Hamburg 31, 30¼. — London 35, 35⅜, 35⅛. — Paris 367, 370.

### Rigaer Wechsel-Cours vom 6. Novbr.

Amsterdam 177. — Hamburg 31⅝. — London 35½. — Paris 371.

### St. Petersburger Wechsel-Cours vom 6. Novbr.

Amsterdam 190½. 189. 195. — London 38. 38¾. 38½.

# Ein Tagebuch des Grafen Kankrin.

## VII.

Bad Gastein, 15./27. Juli.

Nach dem americanischen und Revolutionskrieg, als in England die ungeheuren außerordentlichen Ausgaben, die doch nur zum Theil im Lande selbst gemacht worden, aufhörten, spürte man allgemein ein großes Mißbefinden, das nur allmählig durch Gewohnheit und neue Verhältnisse abnahm. Daraus wollte man behaupten Staatsschulden schafften einen neuen Nationalreichthum. Als wenn die geliehenen Capitale nicht auch auf andere Art Zinsen getragen hätten, den geschaffenen künstlichen Theil eingerechnet, in sofern er gut angewendet

(Fortsetzung in der Beilage.)

worden wäre; als ob die Zinsen von der Nation nicht aufgebracht werden müßten, als ob nicht ein Theil der Anleihen im Auslande verbraucht worden; als ob für den Theil der Schuld, den Ausländer hergeschossen, nicht auch hohe Zinsen bezahlt werden müßten. Ich begreife indessen wol, daß die Regierung, nachdem sie nothgedrungen oder irrthümlich so große Schulden gemacht, es nicht ungern sah, wenn vorerst eine solche Meinung verbreitet werde.

Schulden, wie für Private, so für den Staat, sind nur gut und bereichern das Land, und den Mann, wenn sie so productiv angelegt werden, daß außer den zu zahlenden Zinsen eine Amortisation oder ein Bon herauskommt; sie sind zu entschuldigen, wenn die Noth sie fordert und wenn die Aussicht da ist, das Capital oder wenigstens die Zinsen, durch eine künftige Erhöhung der Production zu decken, sie sind ein Unglück, wenn wirkliche Noth sie ohne diese Aussicht heischt; sie sind eine Narrheit und Verbrechen, wenn man sie ohne Noth und gar ohne obige Aussichten macht.

Schulden der ersten Art werden am Besten im Auslande gemacht, weil man eignen Unternehmungen kein Capital entzieht, es wäre denn im Ueberfluß da, und die Unternehmung wäre nicht für Privatleute geeignet. Sonst haben Schulden an das Ausland immer den Nachtheil, daß man bei Uebermachung der Jahreszahlungen manchen commerciellen Chancen unterliegt. Hat aber das Land keine günstige Handelsbilanz, hat es keine wachsende Production, kein zunehmendes Nationaleinkommen, so führen ausländische Schulden mehr oder minder zur Verarmung. Indessen in der Wirklichkeit stellen sich diese Fälle nirgends grell dar, und nicht lange könnte eine Nation in einem solchen Zustand bleiben.

Ist das Machen der Staatsschulden eine Ungerechtigkeit gegen die Nachkommen? Was ist von dem System des Amortisirens zu halten? was von Reductionen? wie wird es mit der Zeit mit den Staatsschulden überhaupt werden?

Schulden zu productiven Zwecken können keine Ungerechtigkeit sein, sofern kein Irrthum im Zweck obwaltet. Schulden aus Noth könnten nur insofern ungerecht genannt werden, als die lebende Generation den Bedarf durch Steuern hätte aufbringen können. In so fern nur sind sie eine ungerechte Anticipation des im Verlauf der Zeit wachsenden Nationaleinkommens, denn ohne die Erhaltung des Gegenwärtigen gäbe es kein Zukünftiges. Auch ist zu bemerken, daß die lebende Generation in vielem Betracht am meisten leidet und die Sache (für die in Frage stehende Schuld nämlich) für jede kommende allmählig leichter wird, vorausgesetzt, daß sich ihre Mittel vermehren. Allein in dem jetzigen Zustand der Staaten und Gesellschaft ist es nur in gewissem Maaß denkbar, die in Nothfällen erforderlichen Summen durch Steuern aufzubringen und jede allzu große Aufbringung würde Störungen im Nationalerwerb zur Folge haben, die den Nachkommen mehr schadeten, als die Zahlung der Zinsen für eine Schuld. Muthwillige Schulden sind allerdings eine Ungerechtigkeit gegen die Nachkommen, wenn sie den Staat oder ererbtes Privateigenthum betreffen und eine Immoralität, wenn die Rede von verschwendetem selbsterworbenem Privat-Eigenthum ist. Letzteres ist natürlich selten, weil Verschwenden in den meisten Fällen im Widerspruch mit dem Character des Erwerbens steht.

Das Amortisirungssystem wurde einst für eine der herrlichsten Erfindungen gehalten, jetzt denkt man zum Theil anders und will nur den etwaigen Ueberschuß der Einnahmen dazu als billig anwendbar betrachten.

Ich habe schon im Jahr 1823 und wol practisch der erste*) den Grundsatz durchgesetzt, es sei ein schlechter Haushalt im Frieden angestrengt zu amortisiren, man steigere nur den Werth der Fonds zum Nachtheil der Tilgung und wenn sich die Umstände änderten, fielen die Fonds doch wieder und man könne jenes Amortisirens wegen doch keine besseren Anleihen machen. Die Erfahrung hat es uns auch in der Folge bewiesen, dabei habe ich immer im Sinn gehabt so viel nur immer möglich keine neuen Schulden zu machen, und die Amortisation nicht ganz aufzugeben. Ist ersteres nicht erfüllt worden, so lag die Schuld an den Umständen.

Ich kann daher obigen englischen Grundsatz nicht ganz gelten lassen und denke, eine Nation müsse sich auch etwas anstrengen um durch mäßige Tilgung, sub rosa, der Nachwelt die Last zu erleichtern und zugleich ihren Credit zu erhalten. Denn ohne Zweifel hat das Tilgungswesen auf solchen einen bedeutenden Einfluß in der Meinung, wenn auch in der Realität die Frage sich anders stellt. An gewisse Perioden gebundene Zwangstilgung ist eine Thorheit und eine wahre Ungerechtigkeit gegen die Steuerpflichtigen, zu Gunsten der Rentenire und der Agiotage.

Im Ganzen hat das Amortisationswesen überall große Veränderung erlitten.

Eine bemerkenswerthe Operation wurde in England nach dem Frieden gemacht, indem man die Zinsen von 3 zu 3½% erhöhte, gegen bedeutende Verminderung des Capitals. Die Zinszahlung wurde angeblich nur um 3000 Pfund erhöht. Welcher Vortheil dabei herausgekommen, ist schwer zu entscheiden. Bei fortgesetzter Beibehaltung des strengen und forcirten Amortisationssystems wäre zwar weniger Capital zu tilgen gewesen, aber auch mit Erhöhung der Zinsen mußte der Werth der Fonds steigen und gezwungen zum Emanationspreis konnte doch nicht amortisirt werden; es wäre denn bedungen gewesen, worüber ich nichts aufgefunden habe.

Ganz im Gegensatz dieser Maßregel steht die Rentenreduction, über die in Frankreich so viel gesprochen, auch wol gefaselt und gegackt worden.

Große Wahrheiten lassen sich mit wenigen Worten aussprechen. Also auch hier. Jedermann hat wol in der Regel das Recht seine Schulden zu bezahlen, also auch der Staat; wenn bei der Contrahirung keine andere Bedingung stipulirt oder angeboten worden. Man hat allerdings die Thorheit gehabt, ausdrücklich auszusprechen, daß das Capital nie anders als durch freiwilligen Ankauf der Fonds zurückgezahlt werden soll; doch in den meisten Fällen hat man eine beständige Rente in minder bestimmten Worten angekündigt. Es kommt also im einzelnen Fall darauf an wie die Bedingungen der Anleihe lauten. Andre Fragen: ob der Staat ein Recht gehabt zu Wucherzinsen zu lehnen, die seine eignen Gesetze verbieten, indem er das Gesetz durch einen Abzug am Capital umgeht, ob er sich zu ewig gleichen Zinsen habe verbinden können, während bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ein successives Fallen des Zinsfußes voraussichtlich, ja erfahrungsmäßig gegeben ist, will ich bei Seite lassen. Die Nachkommen könnten sie wol vorgeltend machen.

Was wird endlich aus den ungeheuren Schuldenlasten der Länder werden? So lange eine Nation in fortdauerndem Zustand des Nationalreichthums ist, keine große Unglücksfälle erfolgen, die Schuldenmasse nicht unverhältnißmäßig gegen den Volksreichthum wächst, kann die Sache hingehen. Allein, da ein solcher glücklicher Zustand, aller Wahrscheinlichkeit nach, früh oder spät, eine Unterbrechung leiden muß, und wie bei dem Menschen das Leben, so bei dem Staat die erträgliche Existenz der Gesellschaft das höchste Gesetz ist — salus publica suprema lex esto — so folgt daraus, daß es mit den über das Maaß gewachsenen Schulden factisch ein Ende nehmen muß. Dies kann nun geschehen: erstlich durch successive Reduction der Interessen, was weiß ich vielleicht auf 1 oder ½ Procent, zu dessen Entschuldigung noch das in Betracht kommt, daß kein Capital, ja nur theilweise das unbewegliche Landeigenthum, im Lauf der Zeiten von der Zerstörung frei ist. Zweitens durch Bankerot. Die Geschichte mancher Länder zeigt Beispiele davon, besonders die von Frankreich, und neuerdings die von Spanien; wobei nur aus der Agiotage zu erklären ist, daß es nicht ganz allen Credit verloren hat. Man spielt mit den Fonds wie mit Kartenblättern und giebt ihnen einen Werth, wie den Kauris. Drittens, eine gemischte Art ist die, wenn man die Zinsen eigenmächtig erniedrigt, oder die Capitalien auf eine Zeit zinslos macht, ohne die wirkliche Rückgabe des Capitals zu bewirken. Auch davon fehlt es nicht an Beispielen.

Betrachtet man nun die Sache im Zusammenhang, so ergiebt sich, daß eine allmälige Reduction, besonders bei besondern Gelegenheiten, nicht blos nothwendig ist, um das größere Uebel zu vermeiden, sondern auch im Interesse, zwar nicht der lebenden Generation, aber der Generationen der Darleiher ist. Also abgesehen von unklug bindenden Bedingungen, kann es eine Regierung, zwar nicht nach dem strengen Civilrecht, aber nach höheren Gründen wol über sich nehmen zu reduciren, wenn es dringend nöthig und der Zeitpunct günstig ist. Es muß aber nicht aus Parteihaß, aus Nebenabsichten, nicht um unbedeutender Ersparungen wegen geschehen. Das wahre Bedürfniß muß es bedingen, die Noth entschuldigen. Freilich hängt der Ausspruch, ob das Bedürfniß da ist, von der betroffenen Partei selbst ab, und es giebt kein apodiktisches Kriterium, wo das wahre Bedürfniß eintritt. Allein dies ist nicht zu ändern und bei nicht minder wichtigen öffentlichen Dingen der Fall.

Gewöhnlich bestimmt man bei Reductionen einen Termin, vor dessen Ablauf nicht wieder reducirt werden soll.

16/28. Juli.

Zu dem was ich in diesen Tagen über den Staatscredit zu sagen gehabt, sollte ich noch etwas über die beste Modalität Schulden zu contrahiren hinzusetzen. Die Materie ist sehr complicirt. Vieles hängt von den Umständen des Augenblickes ab, Anderes von der jeweiligen Stimmung des Publicums. Lotterieanleihen sind nicht mehr in Geschmack; Rentenanleihen mit facultativer Tilgung werden den Annuitäten (in England heißt man, scheint es, auch die Renten Annuitäten) auf bestimmte Jahre, oder mit Tilgungszinsen schon lange vorgezogen; was der Agiotage und dem Steigen mehr bietet, kann besser angebracht werden und daher können Anleihen zu geringeren Zinsen oft höher realisirt werden, aber dies erschwert das Amortisiren, und ganz soll man es doch nicht aufgeben. Von innern und äußern Anleihen ist schon gesprochen worden; bei ersteren muß man darauf Rücksicht nehmen, ob Depositenbanken nicht zu große Summen entzogen worden; und was dem mehr ist. Das meiste aber hängt immer von der Lage des Landes zur Zeit der Anleihe ab, und von der wahren oder irrigen Meinung der Geldmagnaten und besonders des eigentlichen gebenden Geldpublicums. Die Lage des Landes kann in der

*) Im Jahr 1823 erst hob das englische Parlament den Sinking fond auf und bestimmte nur den Ueberschuß des Staatseinkommens zur Tilgung zu verwenden und sogar bei neuen Anleihen keinen Tilgungsfond zu bestimmen. Was von diesem letzteren Satz zu halten, will ich weiterhin erläutern. Uebrigens waren früher schon mehrmalen diesem Fond fremdartige Bestimmungen gegeben worden, und er hatte deshalb und der Natur der Sache nach nur wenig gewirkt, weil neue größere Schulden gemacht wurden.

That urgefährdet sein, aber eine irrige Meinung, oder Parteigeist, oder Haß eine Anleihe erschweren und ungünstig machen. Endlich auch kann man nicht immer auf dem bestehen, was der Regierung günstiger wäre, z. B. bestimmte Rückzahlungen al pari durch Lotterieen oder auf andere Art, weil die Vorschläge nicht ziehen, da die Agiotage bei solchen Fonds, weil sie minder steigen, keine Rechnung hofft.

Es lassen sich also keine allgemeine Grundregeln geben; man muß unter den jedesmaligen Umständen das bestmöglichste zu erhalten suchen; und es werden deshalb in der Folge Finanzministern oft ungerechte Vorwürfe gemacht.

## Vermischtes.

Ein Literaturartikel der Times spricht über den Briefwechsel zwischen Goethe und Karl August und bedauert nur, wie deutsche Leser, daß gerade die Correspondenz aus der Zeit fehle in welcher der anziehende Freundschaftsbund zwischen dem Fürsten und dem Dichter entstand und seine jugendlichen Blüthen trieb. Der Briefwechsel, wie er vorliegt, gereiche beiden Theilen gleich sehr zur Ehre, und erfreulich sei die Abwesenheit alles Hofklatsches. In einen Irrthum verfällt das englische Blatt nur darin daß es den Herzog in einem besondern Grab mit Goethe und Schiller beigesetzt sein läßt, während diese bekanntlich mit in der Fürstengruft liegen; wenn auch in neuerer Zeit von den Fürstensärgen etwas abseits gerückt.

Zu der Nachricht aus Wetzlar, daß man für das Buff'sche Familienzimmer ein Brustbild Lotte's nach dem Stahlstiche in „Goethe's Briefwechsel mit Kästner" und nach den Angaben im Werther herzustellen beabsichtigt, wird die Notiz nicht unwillkommen sein, daß der Archiv-Rath Kästner, Lotten's einziger noch lebender Sohn, ein von der Familie als hinreichend ähnlich anerkanntes, ganz wohl erhaltenes Pastell-Portrait seiner Mutter aufbewahrt. Danach würde der dem Zimmer zugedachte Schmuck jedenfalls treuer herzustellen sein, als nach der bloßen Skizze von jenem Buche oder gar nach bloßer Beschreibung. Das hiesige Bildniß ist auch durch Lithographie vervielfältigt, aber nicht in den Kunsthandel gegeben, sondern nur an Freunde die Familie verschenkt. Photographen sollten doch jetzt das reizende Bild in ihre Chrestomathieen berühmter Köpfe aufnehmen.

## Witterungsbeobachtungen.

5. Novbr., A. St. (17. Novbr.).

| | Barom. 0° R. Pariſ. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 335,68 | + 0,10 | 4,6 | $W_2$ | Trüb (4) |
| 2 U. | 335,08 | — 0,53 | 5,2 | $SW_2$ | Trüb (4) |
| 11 U. | 334,63 | — 1,04 | 4,6 | | Trüb (4). Regen |
| Mittel | 335,40 | | 4,77 | | (4,00) |

Die Mitteltemperatur ist die größte bis dahin an diesem Tage gefundene. Sie ist 6,61 über der mittleren; bis dahin war die größte 3,85 im J. 1849; die kleinste ist —10,18 im J. 1848.

№ 604. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 6. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

## Officielle.

Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Reußen 2c. thun Wir Bürgermeister und Rath der Kaiserlichen Stadt Dorpat hiermit kund und zu wissen, welchergestalt die Bäckermeistersfrau Clara Johanna Granbom, nachdem dieselbe für ihren unmündigen Sohn Peter Friedrich Rittersporn von der Schuhmachermeisterswittwe Dorothea Holm mittelst am 4. Mai 1863 abgeschlossenen und am 8. Mai 1863 hierselbst corroborirten Kaufcontractes das in hiesiger Stadt im 1. Stadttheile sub Nr. 125 auf Stadtgrund belegene Wohnhaus sammt Appertinentien für die Summe von 2300 Rbl. S. acquirirt, zu größerer Sicherheit um ein gesetzliches publicum proclama nachgesucht und mittelst Resolution vom heutigen Tage nachgegeben erhalten hat. Es werden demnach alle Diejenigen, welche an gedachtes Grundstück aus irgend einem Rechtstitel zu Recht beständige Ansprüche haben, oder wider den abgeschlossenen Kaufcontract Einwendungen machen zu können vermeinen, sich damit in gesetzlicher Art binnen einem Jahr und sechs Wochen a dato hujus proclamatis und also spätestens am 25. Juli 1864 bei diesem Rathe zu melden angewiesen, mit der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mit etwaigen Ansprüchen weitergehört, sondern der ungestörte Besitz gedachten Immobils dem Peter Friedrich Rittersporn nach Inhalt des Contractes zugesichert werden soll.

Dorpat-Rathhaus, 13. Juni 1863.

Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Reussen 2c. thun Wir Bürgermeister und Rath der Kaiserlichen Stadt Dorpat hiermit kund und zu wissen, welchergestalt der Herr Professor Dr. Gustav Flor, nachdem derselbe zufolge des mit dem hiesigen Einwohner Gottlieb Reinwald am 5. Januar 1863 abgeschlossenen und am 7. Januar 1863 hierselbst corroborirten Kaufcontractes das in hiesiger Stadt im 1. Stadttheile sub Nr. 184, auf Erbgrund belegene, hölzerne Wohnhaus sammt Appertinentien für die Summe von 6500 Rbl. S. acquirirt, zu seiner Sicherheit um ein gesetzliches publicum proclama nachgesucht und mittelst Resolution vom heutigen Tage nachgegeben erhalten hat. Es werden demnach alle Diejenigen, welche an gedachtes Grundstück aus irgend einem Rechtstitel zu Recht beständige Ansprüche haben, oder wider den abgeschlossenen Kaufcontract Einwendungen machen zu können vermeinen, sich damit in gesetzlicher Art binnen einem Jahr und sechs Wochen a dato hujus proclamatis und also spätestens am 4. März 1864 bei diesem Rathe zu melden angewiesen, mit der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mit etwaigen Ansprüchen weiter gehört, sondern der ungestörte Besitz gedachten Immobils dem Herrn Professor Dr. Gustav Flor nach Inhalt des Contractes zugesichert werden soll.

Dorpat-Rathhaus, am 22. Januar 1863.

Von Einem Wohledlen Rathe der kaiserlichen Stadt Dorpat werden alle Diejenigen, welche an den Nachlaß des hierselbst verstorbenen Fuhrmanns Carl Martinsohn entweder als Gläubiger oder Erben gegründete Ansprüche machen zu können vermeinen, hiermit peremtorie aufgefordert, sich binnen 6 Monaten a dato dieses Proclams, spätestens also am 11. April 1864 bei diesem Rathe zu melden und hierselbst ihre fundamenta crediti zu exhibiren, sowie ihre etwaigen Erbansprüche zu dociren, unter der ausdrücklichen Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mehr bei diesem Nachlasse mit irgend welcher Ansprache admittirt werden, sondern gänzlich davon präcludirt sein soll, wonach sich Jeder, den solches angeht, zu richten hat. — Dorpat-Rathhaus, 11. Oct.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

## Branntwein

mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft **F. G. Faure.**

**Frischen gepreßten Caviar**
bester Sorte und
**frische Neunaugen**
empfing und empfiehlt
***Alexander Bolscherow,***
am großen Markt.

**Echte gelbe russ. Oleinseife**
à Pfund 12 Kop., beste **Talglichte** à Pfund 16 Kop., à Liespfund 3 Rbl. 10 Kop. empfiehlt
***H. Freckenring,***
am Markt, neben den Bäckerbuden.

## Evangelischen Geistlichen und Lehrern empfohlen!

Bei **Carl Meyer** in Hannover erschien nun vollständig und liegt bei **E. J. Karow** in Dorpat zur Ansicht vor:

**Lehrbuch der biblischen Geschichte.**
Von **H. F. Flüge**, Hauptlehrer am Schullehrer-Seminar zu Hannover. I. Das alte Testament. II. Das neue Testament. Jeder Band 22½ Bogen gr. 8. geh. à 1 Rbl. 25 Kop.

Eine gründliche, übersichtlich und klar gehaltene Arbeit, welche die gesammten Resultate der neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Bibel-Erklärung umfaßt, die Frucht eines neunjährigen Unterrichts in der biblischen Geschichte auf dem Bezirksseminare zu Hannover ist und vorzugsweise dem nicht wissenschaftlich gebildeten Volksschullehrer als Leitfaden dienen soll.

Nach dem Urtheile competenter Kritiker, gebührt diesem, auf festem Glaubensgrund fußenden Werke der erste Platz unter den ganzb ren neueren Lehrbüchern der heiligen Geschichte und erreicht durch die darin befolgte Methode vollkommen seinen Zweck, den Lehrer in den Zusammenhang der biblischen Geschichte einzuführen und zu einem fruchtbringenden Unterrichte zu befähigen.

In der **E. J. Karow**'schen Buch- und Schreibmaterialienhandlung in **Fellin** sind vorräthig:

**OUVERTURE**
aus
**Athalia**
von
**Felix Mendelssohn-Bartholdy.**
Zu 4 Händen.
Preis 1 Rbl. 4 Kopeken.

**Kriegsmarsch der Priester**
aus demselben Werke.
Zu 4 Händen.
Preis 42 Kop. S.

**LES FOLICHONS.**
**Polka comique**
pour Piano
par
***Emanuel Bach,***
à 2 mains.
Preis 80 Kop.

**Abreisende.**
W. Reinberg, Tischler. (1)

**Gesangbücher** in Goldschnitt mit ausgelegten Holzdeckeln von verschiedenen Hölzern sind zu haben bei
**H. Rosenberg,** Buchbindermeister,
vis-à-vis der Bürgermusse.

№ 258. Donnerstag, den 7. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Zuschrift. Bemerkung. Personalnotiz. Finnland: Ausfuhr. St. Petersburg: Politik in Ungarn und der Türkei. Warschau: Geldstrafe.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Antwort auf den Congreßvorschlag. Höflichkeitsphrasen Napoleons Kammerberichte Die innere Lage. Briefporto. Pneumatische Verbindung. Hannover: Vorsynode. Darmstadt: Heinrich von Gagern. Gesandtschaft nach Moskau. Wien: Der Congreß unausführbar. Victor Emanuel. Depeschenwechsel mit Berlin. Aus Dalmatien: Fürstin von Serbien. Montenegro. — Großbritannien. London: Cabinetsrath. Das Schreiben Napoleons. — Frankreich. Paris: Eine Brochüre. Wetterprophezeihungen. Monitеurpresse. Einladungen zum Congreß. Gesetzen würfe. Disconto. — America. Newyork: Verschwörung. Demokratisches Meeting. Russische Flotte. Anzahl der Truppen. — Asien. Shanghai: Condottiere Burgevine.

**Telegramme.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 7. Novbr. Aus Mitau ist uns unter dem Datum 1. Novbr. 63 und der Unterschrift: „Heinrich Seefemann" folgende Zuschrift zugegangen:

„Das Dorp. Tgsbl. hat in Nr. 248 bei Gelegenheit eines Referats über den Sitzungsbericht der kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst vom 2. Octbr. die Meinung ausgesprochen, daß erwähnte Gesellschaft sich zur Zeit unbehaglich fühle und die Schuld dieses Unbehagens ihrer veralteten Form beimesse; daß sie ferner das Heil lediglich von der zeitgemäßen Entwickelung der Form erwarte, ohne ihr Augenmerk direct auf Erfrischung und Erneuerung des geistigen Lebens selbst zu richten; daß es endlich noch etwas weit hin sei bis zur Anwendung der Regenerationsmittel (Gründung fachwissenschaftlicher Sectionen), noch weiter bis zu deren Wirkung.

„Das sind herbe Anschuldigungen; dieselben zu widerlegen, ist die Aufgabe dieser Zeilen.

„Was den ersten Vorwurf anlangt, so ist es unrichtig, einen Zustand, in welchem eine dem Zeitbedürfniß entsprechende Reform unternommen wird, als Unbehagen zu bezeichnen. Unbehaglich könnte sich die kurl. lit. Gesellsch. nur dann fühlen, wenn sie einem Zeitbedürfniß gegenüber schlaff und rathlos dastände oder wenn sie vom historisch sein sollenden Standpunct aus jede Reform abgelehnt hätte. Von keinem dieser beiden Fälle ist erwähnte Ges. betroffen, wie das der vom Dorp. Tgsbl. kritisirte Sitzungsbericht sattsam bezeugt. Schon der Ausspruch des engeren Ausschusses genannter Ges., daß er durch seinen Beschluß den Bedürfnissen des geistig-gebildeten Publicums in Kurland resp. Mitau entgegenkommen wolle, sowie die vom Tgsbl. zwar als höchst unbedeutend dargestellte Thatsache des Zutritts von 16 neuen Gliedern zur lit. Gesellsch. hätten den Referenten des Tgsbl. in seinen Vorwürfen und Befürchtungen etwas vorsichtiger machen müssen. Nicht das Haschen nach neuen heilbringenden Formen, sondern das in Privatkreisen vielseitig lautgewordene Bedürfniß des gebildeten Mitauischen Publicums hat erwähnten Beschluß der kurl. lit. Gesellschaft zu Wege gebracht. In Betreff der Realisirung des Beschlusses sind wir dem Dorp. Tgsbl. die Notiz mitzutheilen im Stande, daß sich in nächster Zeit innerhalb der kurl. lit. Ges. 2 fachwissenschaftliche Sectionen aufthun, daß ferner noch im Laufe dieses Winters von Mitgliedern der Ges. allgemein-wissenschaftliche Vorlesungen werden abgehalten werden, daß endlich noch einige andre wissenschaftliche Unternehmungen von genannter Gesellschaft ins Auge gefaßt worden sind."

„Allerdings halten wir mit diesen Bestrebungen die Aufgabe unserer „sitzenden Gesellschaft" noch nicht für erfüllt, wol aber sind wir durch dieselben unsrem Ziel in etwas näher gerückt und überlassen getrost die weitere Entwickelung der Zukunft."

„Im Allgemeinen müssen wir gestehn, daß die Bemerkungen, welche der Referent des Dorpt. Tgsbl. über jene „specifisch kurländischen Bestrebungen" ausspricht, zu welchen ihn aber der Sitzungsbericht erwähnter Ges. nicht berechtigt; daß noch mehr aber die ganze Haltung des Angriffs uns lebhaft des Dichters Wort vor die Seele geführt: „Nichts bleibt uns, als die schlimme Kunst, zu zweifeln und zu richten, — und wenn sich ein Gigant erhebt, so ist er's im Vernichten." Ueberhaupt können wir es nur als ein wenig erfreuliches Zeichen ansehen, daß alle Bestrebungen, welche dem Ideenkreise des Dorp. Tgsbl. nicht entsprechen, von demselben mit vornehmer Geringschätzung behandelt zu werden pflegen."

„Zum Schluß sei es uns noch erlaubt, unsere Meinung über die vom Dorp. Tgsbl. empfohlenen Wanderversammlungen auszusprechen. Auch wir halten dieselben für dringendes Bedürfniß, auch wir hegen die feste Ueberzeugung, daß größere Concentration der geistigen Kräfte in unseren Provinzen Noth thue, ja Unterzeichneter hat unter anderem in seiner Sphäre jährlich wiederkehrende baltische Pädagogentage lebhaft befürwortet; trotz alle dem sind wir jedoch weit davon entfernt, mit souverainer Geringschätzung auf alle „sitzenden Gesellschaften" hinabzuschauen. Theils durch die geschichtliche Entwickelung, theils durch unsre koloniale Stellung ist wissenschaftliche Productivität in unseren baltischen Landen zur Seltenheit, und Reproduction des in unsrem geistigen Vaterland Erarbeiteten zur Aufgabe geworden. Grade der Reproduction dienen wir überall, so auch hier die sogenannten sitzenden Vereine; wie denn auch die kurl. lit. Gesellschaft es sich weit weniger zur Aufgabe gestellt neue wissenschaftliche Forschungen zu fördern als vielmehr ihre Glieder in Kenntniß und Interesse des schon Erforschten zu erhalten. Ob nun rein wissenschaftliche Wanderversammlungen ohne selbständige wissenschaftliche Production sich bewähren würden, das muß doch noch in Frage gestellt bleiben. Wenn nun aber auch unter Umständen Wanderversammlungen eine größere geistige Anregung gewähren mögen, als sitzende Gesellschaften, so ist das doch sicherlich kein Grund, zumal da keine wissenschaftliche Wanderversammlungen in unsren Landen existiren, einen nicht wandernden Verein lieber absterben zu lassen, als ihn zeitgemäß zu reformiren und dadurch zu erhalten."

— Obenstehender Zuschrift haben wir die Aufnahme gewährt, um harmlosen Empfindlichkeiten eine nicht minder harmlose Genugthuung zur Disposition zu stellen. Unsere Zeilen befaßten sich weder mit einem „Angriffe", noch mit einem Versuche die sitzenden Vereine zu „vernichten"; vielmehr haben wir denselben Aussicht auf möglichst viel Leben und Bewegung zu eröffnen gewünscht. Daß übrigens die geehrte kurländische Gesellschaft die Verstimmung ihres beständigen Secretärs theilen sollte, erlauben wir uns zu bezweifeln; sie wird es vielmehr als einen Beweis der Aufmerksamkeit ansehen wollen, wenn wir unsere Meinung über die von ihr versuchte Selbstreform gesagt haben und als das gelten lassen, was sie werth ist. Der Auffassung des Herrn Einsenders über „Productivität," „Reproduction" und dgl. m. bedauern wir, unsern Beifall versagen zu müssen.

— Der Ausländer Hermann **Meißner** ist in dem Amte eines Lehrers der Gymnastik am Rigaschen städtischen Real-Gymnasium bestätigt worden.

**Finnland.** Den C. II. B. entnehmen wir folgende Nachrichten über den finnländischen Handel: Im Jahre 1842 betrug die Ausfuhr 2.641.717¾ Rbl.; 1852 war sie nur 2.535.940½ Rbl.; 1862 belief sie sich auf 9.961.184½ Rbl., obgleich in jenem Jahre die Hungersnoth herrschte. — Die Gesammtausfuhr verhielt sich folgendermaßen:

| | 1842. | 1852. | 1862. |
|---|---|---|---|
| nach Rußland . . . . . | 21% | 22% | 41% |
| „ Schweden und Norwegen | 21 | 12 | 10 |
| „ anderen Ländern . . . . | 58 | 66 | 49 |

Die Holzausfuhr betrug 1842: 1.466.000 Rbl., 1852: 1.584.000 Rbl., 1862: 3.970.000 Rbl., oder 57%, 62%, 45% der Gesammtausfuhr Von der Ausfuhr des Jahres 1862 betrugen die Manufacturwaaren 15%, die Producte der Viehzucht (Butter, Käse, Häute) 12%, des Ackerbaus 3%, andere Waaren 25%. Von den einzelnen Gegenständen der Ausfuhr im Jahre 1862 wurden verschifft: nach

| | Rußland. | Schweden und Norwegen. | anderen Ländern. |
|---|---|---|---|
| Holz . . . . . | 10% | 5% | 85% |
| Producte der Viehzucht | 70 | 30 | 0 |
| Manufacturen . . . . . | 100 | 0 | 0 |
| Getreide . . . . . | 0 | 62 | 38 |
| Verschiedene Waaren . | 40 | 10 | 50 |

**St. Petersburg**, 1. Nov. Das Journal de St. Petersburg vom gestrigen Tage erhebt Einsprache gegen die Artikel des Nord, worin Rußland eine revolutionäre Politik in Ungarn und der Türkei, so wie eine feindliche Politik gegen England in Asien angerathen werde. Rußland, entgegnet das Petersburger Blatt, werde weder in Nähe noch Ferne die Principien der Ordnung verletzen, für die es oft genug seine Achtung kund gegeben habe; in Asien aber könnten sich Rußs-

land und England gegenseitig unterstützen, statt, wozu gar kein Grund vorhanden sei, ihren beiderseitigen Einfluß daselbst zu untergraben.

Dem Ruß. Inv. wird aus **Warschau** Folgendes geschrieben: Es hat sich in der Untersuchung über die politischen Verbrecher herausgestellt, daß bei der Einrichtung der revolutionären Organisation und der Aufrechterhaltung des Aufstandes viele Besitzer von Immobilien betheiligt gewesen sind, welche nach Maßgabe ihrer Mittel wesentlich zur Entwickelung des Aufstandes beigetragen haben. In Folge dessen ist die Anordnung getroffen, daß, wenn Gutsbesitzer oder überhaupt Personen der höheren Classen sich als bei der revolutionären Organisation in irgend einem Grade betheiligt ausweisen, von dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen derselben neben den durch das Gesetz ihnen zuerkannten Strafen noch eine Geldstrafe in demjenigen Betrage erhoben werden soll, welcher nach dem Ermessen der Militärchefs der Lage eines Jeden entspricht.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 15./3. Nov. Der Spenerschen Zeitung wird mitgetheilt, daß Preußen ohne vorgängige Verhandlung mit andern Regierungen dem Pariser Cabinette in vorläufiger Rückäußerung zu erkennen gegeben, directe Berathung der Fürsten, nicht durch sorgfältige Prüfung und eingehende Bearbeitung vorbereitet, sei nicht der geeignete Weg, Schwierigkeiten zu vermeiden. Eine Verständigung über Modalitäten des Congresses sei zwischen Preußen, Oesterreich, England nicht erfolgt, nicht einmal versucht, — also auch keine Verständigung über Inhalt identischer Rückäußerungen. Es sei nicht einmal solcher Antrag von einer Macht an beide andere gerichtet. Der König habe sich über die preußische Auffassung mündlich ausgesprochen. Dagegen berichtet ein Telegramm aus Wien: Nach der Presse sollen Oesterreich, Preußen und England sich über folgende Principien verständigt haben. Ein Congreß ist annehmbar unter gewissen Modalitäten, von denen als wesentliche festzuhalten: Die Minister der Großmächte entwerfen Programme für die Verhandlungen des Congresses; das Programm erstreckt sich insbesondere auf die momentan den Gegenstand diplomatischer Unterhandlungen oder Differenzen unter den europäischen Mächten bildenden Angelegenheiten; nur Staaten, welche an der Durchführung des Programms unmittelbar betheiligt sind, haben einen Sitz auf dem Congreß; endlich müssen Bürgschaften für die genaue Einhaltung des Programmes gegeben werden. Dies würde der Inhalt identischer Rückäußerungen Oesterreichs, Preußens und Englands auf die Einladung zu dem Congresse sein. — Die Presse laßt sich aus Paris 11. Nov. folgende Nachrichten telegraphiren: „In der nach Wien gelangten Einladung des Kaisers der Franzosen zum Congreß der europäischen Monarchen und Staatshäupter, oder deren Vertreter zu Paris, soll sich ein Satz befinden, welcher, als Ausdruck der Courtoisie gegen den Kaiser von Oesterreich, in den übrigen Einladungsschreiben sich nicht vorfindet. Das nach London gelangte Schreiben soll eine ähnliche besondere Phrase enthalten. Im übrigen sollen die nach Wien, London, Berlin und Madrid gelangten Schreiben identisch sein. Die an den Kaiser Alexander gerichtete Einladung lautet aber, so behauptet man in diplomatischen Kreisen, wesentlich verschieden. Es soll übrigens, in Bezug auf die Redaction des Einladungsschreibens, ein Unterschied gemacht worden sein zwischen den Mächten ersten Ranges — zu denen man, wie es scheint, wol Spanien gerechnet hat, nicht aber Italien — und denen zweiten Ranges. Eine dritte Categorie bilden die Schweiz und der deutsche Bund; in Bezug auf letzteren ist zu bemerken, daß angenommen wird, die Mitglieder desselben — natürlich mit Ausnahme der beiden Großstaaten und vielleicht Baierns — würden unter sich einen Bundesfürsten als Vertreter delegiren. Was den Papst anbelangt, so soll derselbe in ganz specieller und seiner hohen Würde entsprechender Weise eingeladen werden, sich auf dem Congresse vertreten zu lassen. Napoleon versteht seine Einladung allerdings so, daß die Monarchien in erster Reihe durch die Souveräne oder Prinzen ihres Hauses in Person, die übrigen Staaten durch die taatshäupter oder hervorragende Mitglieder ihrer Regierungen repräsentirt werden."

Zu unserer gestrigen Besprechung der Preß-Novelle müssen wir einen nothwendigen Nachtrag machen. Wir wollten nur die wichtigsten Bestimmungen hervorheben, haben aber die bedeutendste oder doch jedenfalls bezeichnendste Aenderung der bisherigen Gesetzgebung noch unerwähnt gelassen. § 7 des neuen Gesetzentwurfes lautet: „Der § 38 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 wird aufgehoben." Dieser zur Aufhebung bestimmte § 38 des Preßgesetzes lautet: „Berichte von den öffentlichen Sitzungen beider Kammern, in so fern sie wahrheitsgetreu erstattet werden, bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei." Wir glauben mit Bestimmtheit versichern zu können, daß in jedem Staate, wenn überhaupt eine Verfassung besteht, es gestattet ist, dem Volke dasjenige, was seine Vertreter in den Kammern sagen, wahrheitsgetreu mitzutheilen. Interessant wäre es aber, festzustellen, ob jemals einer Volksvertretung eine Bestimmung, wie die des § 7 der Preß-Novelle, zur Genehmigung von einer Regierung vorgelegt worden ist.

Die B. A. Z. schreibt über ihre Verwarnung und über die Thronrede: „Wir wurden gestern in der Besprechung der Thronrede durch eine Verwarnung unterbrochen, die so gefaßt war, daß wir jedenfalls den Versuch gemacht haben würden, Recurs einzulegen, wenn nicht in den nächsten Tagen die Verhandlung über die Preßverordnung vom 1. Juni überhaupt bevorstände. Für diese Zeit behalten wir uns eine weitere Auslassung vor, nicht bloß über das Princip, sondern über die Praxis der Verwarnungen. Auch einer eingehenden Kritik der Thronrede enthalten wir uns für heute, da wir die practischen Folgen derselben im Augenblick nicht zu übersehen vermögen. Aber einen Punct hervorzuheben, halten wir für Pflicht. Wir stehen im Ruf der Vermittelungssucht und wir bekennen gern, daß wir den gegenwärtigen Conflict zwischen der Vollgewalt des Königthums und der Vollgültigkeit der Verfassung als ein so grenzenloses Unglück für Preußen ansehen, daß wir kein Opfer für zu groß gehalten hätten, diesem Conflict vorzubeugen —: kein Opfer; nur ein solches nicht, welches den Nerv unseres politischen Lebens berührt. Es scheint unsere Pflicht, in einem Augenblick, wo die N. Pr. Z. und die N. A. Z. aus dem Vorhaben der Fortschritts-Partei, von einer Adresse abzusehen, den Schluß ziehen, auch von dieser Seite sei man geneigt, sich den in der Thronrede ausgesprochenen Ansichten zu fügen: es erscheint uns als unsere Pflicht, zu erklären, daß wir nach dem Inhalt dessen, was der Landesvertretung angeboten wird, jede Hoffnung aufgegeben haben. Unverkürzte Annahme der Reorganisation, Sanction der Juni-Verordnung, Verschärfung des Preßgesetzes, Verzicht auf das unbedingte Recht der Budget-Bewilligung: — — — Es handelt sich nach unserer Meinung, nur noch um die Frage: ob der Landtag mit seiner Erklärung schnell fertig sein oder sie verzögern wird. Angesichts der Weltlage, Angesichts der allgemeinen europäischen Bewegung, die uns im nächsten Frühling von Frankreich aus bedroht, halten wir das Erste für wünschenswerth.

— Wie bekannt, ist es jetzt wieder in Anregung gekommen, den Briefportosatz zu ermäßigen, und es sind zu diesem Zwecke die nöthigen Vorbereitungen getroffen worden. Daß das wohlfeile Porto die Correspondenz vermehrt, ist eine alte, in England längst bewährte Erfahrung, eben so hat es sich ja auch in Preußen gezeigt, daß seit dem Jahre 1846, wo die ersten Porto-Herabsetzungen eintraten, die Einnahmen nur gestiegen sind. Bei diesem Anlasse möge hervorgehoben werden, daß im vergangenen Jahre sich die Porto-Einnahme für Briefe, Gelder und Pakete im preußischen Staate auf 8.756.986 Thlr. belief, während sie im Jahre 1821, als ein neuer Tarif zur Geltung kam, nur 2.997.606 Thlr. betrug. — Es soll für den Telegraphenverkehr eine der Londoner pneumatischen Depeschenpost ähnliche Einrichtung getroffen werden. Man will nämlich die Centralstation in der französischen Straße mit der Börse und sämmtlichen Berliner Bahnhöfen durch je zwei eiserne Röhren verbinden, in welchen fortwährend ein circulirender Luftstrom unterhalten wird, indem mit Dampf-Pumpen Luft an dem einen Ende eingepreßt und am anderen eingesogen wird. Die Depeschen werden in Kautschukkolben von 1′ Länge und 3″ Durchmesser (der Röhrenweite) schnellstens befördert. Die Anordnung ist vollkommener als die englische, da nicht bloß an einem Ende der Röhre, sondern an beiden Enden durch Luftverdichtung und Verdünnung gearbeitet wird. Die Ausführung haben Siemens u. Halske übernommen.

**Hannover**, 13./1. Nov. Professor Ewald erregte in der Vorsynode, bei Gelegenheit der Paragraphen welche sich auf die Wirksamkeit des Kirchenvorstandes hinsichtlich des Gottesdienstes, häuslicher Zucht u. s. w. beziehen, einen Sturm des Unwillens unter den orthodoxen Geistlichen, als er erklärte daß er sich darüber freuen würde wenn man durch Annahme bezüglicher Anträge der reformirten Schwesterkirche so nahe als möglich käme, vielleicht unbewußt in sie überginge, wie er denn überhaupt es für eine Aufgabe der Vorsynode halte, auf diese Union hinzuwirken. Die Pastoren Münkel, Arnemann, Ernst protestirten feierlich, daß man ihnen solche Zumuthungen mache, Consistorialrath Uhlhorn legte Verwahrung ein, daß die lutherische Kirche die Aufgabe habe in der reformirten aufzugehen. Consistorialrath Meyer meinte: die lutherische Kirche Deutschlands sei in einer Krisis begriffen. Der Fortschritt und die Entwicklung der Wissenschaften, deren Popularisirung, die in nicht immer heilsamer Weise in alle Schichten des Volks getragen werde, der Wechsel der socialen Anschauungen und manche andere Ursachen hätten eine Masse von Gährungsstoff in die Kirche eingeführt, Kräfte entbunden die nicht immer mit, sondern auch oft wider einander in Kirchenkörpern wirksam seien. Regierungsrath Nieman erkärt sich gegen das Presbyterium der reformirten Kirche und für das reine Diakonat. Bei der Abstimmung wurden die Verbesserungsanträge abgelehnt, die Fassung des Regierungsentwurfs angenommen. — In Sachen des Pastors Baurschmidt ist nun vom königlichen Consistorium das Urtheil gefällt und darin ihm dringend anempfohlen, sich durch theologisches Studium über „seinen gegenwärtigen unbefriedigenden kirchlichen Standpunct zu erheben"; zugleich wird aber auch die Drohung ausgesprochen, daß, wenn er fortfahren sollte, falsche Lehren durch Zeitungs-Artikel und sonstige Mittel zu verbreiten, Amtsentsetzung in Aussicht stehen würde.

**Darmstadt**, 13./1. Nov. Der N. Pr. Z. zufolge soll Heinrich v. Gagern als großh. hessischer Gesandter nach Wien gehen. — Die Kammer hat endlich nach längerer Debatte beschlossen: von denjenigen Kosten welche durch eine außerordentliche Mission nach Moskau gelegentlich der Kaiserkrönung im Herbst 1856 entstanden sind, die Summe von 8686 fl. 44 kr. für nicht gerechtfertigt zu erklären. Es ist zu bemerken daß ein Theil der angegebenen Summe für Pretiosen zu Geschenken verwendet, und bereits auf dem vorigen Landtag ein bedeutender Betrag für die Moskauer Mission verwendet worden ist. Die Kammer ging von der Ansicht aus, daß die gestrichene Summe der Staatscasse nicht zur Last gesetzt werden könne, und läßt sich um so weniger läugnen daß bei der ganzen Angelegenheit ohne die erforderliche Umsicht

terfahren wurde, als noch jetzt der größte Theil der angeschafften Preiosen in der großherzogl. Staatscasse hinterlegt ist.

**Wien**, 11. Nov./30. Oct. Die Presse setzt aus einander, daß die Idee eines Fürsten-Congresses in Paris unausführbar sei. Sie beruhe auf der Voraussetzung, daß Frankreich bereits Herr und Gebieter in Europa sei. Die Fürsten würden über Gebietsänderungen beschließen sollen, und dazu wären sie nicht im Stande, da sie mit Ausnahme des Kaisers von Rußland constitutionelle Herrscher wären. Die Presse kommt zu folgendem Ergebnisse: „Wahrlich, der Kaiser der Franzosen hätte sich ersparen können, auf die vorhandenen Schwierigkeiten neue zu thürmen und seine Lage dadurch zu verschlimmern, daß er an Europa Forderungen stellt, Einladungen richtet, die in dieser Form nicht angenommen werden können. Ein Diplomaten-Congreß war auf Grund eines bestimmten, vorher unter den Mächten vereinbarten Programms möglich, und die Klugheit gebot, denselben nicht von der Hand zu weisen; ein europäischer Fürsten-Congreß aber, wie Napoleon III. ihn im Auge hat, wäre ein Unding. War es aber nothwendig, eine solche Unmöglichkeit feierlich zu constatiren? Der Kaiser der Franzosen muß wissen, was er zu thun hat, und die Emsigkeit, mit der er die ganze Sache betreibt, hat vielleicht nur den Zweck, den Franzosen zu beweisen, daß er kein Mittel unversucht gelassen und daß er vollkommen gerechtfertigt ist, wenn er zur größeren Glorie Frankreichs die Worte seiner Thronrede: „Die Verträge von 1815 haben zu existiren aufgehört", auf anderem Wege zu erhärten versucht." — Die General-Correspondenz schreibt: „Aus Paris wird uns mitgetheilt, es sei bereits daselbst eine Zustimmung zum Congresse eingetroffen, und zwar Seitens des Königs Victor Emanuel, welcher sein persönliches Erscheinen zugesagt habe. Einer unserer Pariser Correspondenten glaubt aber zu wissen, daß diese Erklärung des Königs Victor Emanuel nicht nach der Thronrede und in Folge der unmittelbar nach dem Vortrage derselben expedirten Einladungen, sondern bereits vorher in den Tuilerieen eingetroffen sei." — Die Ostd. Post schreibt: „Wir hören mit Vergnügen, daß zwischen Wien und Berlin bereits ein lebhafter Depeschenwechsel behufs einer gemeinsamen Verständigung in Betreff der Congreß-Frage stattfindet; beide Regierungen suchen überdies, wenn auch jede für sich, mit dem englischen Cabinette sich ins Einverständniß zu setzen. Welche fatale Position wird die französische Regierung haben, wenn es sich herausstellen sollte, daß die inhaltsschweren Worte der Thronrede in Europa keine Zustimmung fanden und wirkungslos verhallt sind? Ob dann der Weltfriede nicht ernstlicher als je bedroht ist und wodurch die Gefahren zu beschwören sind — auch darüber wird man „in dem lichten Kreis der Diplomatie" sich recht klar werden müssen!"

Aus **Dalmatien**, 1. Novbr./20. Octbr. Man wird sich erinnern, daß zu Anfang dieses Jahres auf die Reise der Fürstin von Serbien nach England aufmerksam gemacht ward, und auf die Mission, welche sie dort zu erfüllen hatte. Jene Andeutungen finden in der neulichen Rede des englischen Unterstaatssecretärs, Hrn. Layard, ihre vollkommene Bestätigung. Denn unter dem folgenden Bild meint er niemanden anders als die Fürstin. Er sagt: „Die Türken haben keine gewandte Persönlichkeit mit verführerischem Aeußern, die mitten in der europäischen Gesellschaft agitirt, den Mitgliedern des Parlaments schmeichelt, die Presse zu beeinflussen sucht, alle Arten von Pamphleten drucken läßt und in Massen vertheilt, die durch alle diese oft mit wenig Scrupel angewendeten Mittel die öffentliche Meinung zu Gunsten ihrer Zwecke zu gewinnen sucht. Die Türken haben zu sehr das Bewußtsein ihrer Würde, um zu solchen Umtrieben ihre Zuflucht zu nehmen u. s. w." Mit dieser Schilderung hat Herr Layard buchstäblich die Mission und das Treiben der erwähnten Frau bezeichnet. Sie ist aber nicht die einzige Agitatorin für die südslavischen Plane. Wenn man auch schon lange nichts von der Fürstin Darinka von Montenegro hörte, so darf man nicht glauben, daß sie ruhig in Cetinje am Spinnrocken sitzt. Auch diese Frau ist auf einer politischen Reise begriffen, auf deren Erfolg sie hofft. Le Montenegro se recueille. Es wartet nur auf ein Signal. Dabei muß man die traurige Lage des Landes berücksichtigen. Die kahlen Berge vermögen nicht die jährlich zunehmende Bevölkerung zu nähren. Einer Notabilität, welche vor einiger Zeit dem Senator Petrowich bemerkte, daß Montenegro im letzten Feldzug so viele Leute verloren habe, gab dieser zur Antwort: „Was liegt darin; wären sie nicht im Kampfe gefallen, so wären sie vor Hunger gestorben!" Das ist eine entsetzliche Antwort! Viele Montenegriner wandern aus, weil sie zu Hause hungern. Auch muß man darauf gefaßt sein, bei der ersten Veranlassung eine neue Schilderhebung zu erleben. Car la faim chasse le loup hors du bois. Das Signal dürfte nicht zu lang auf sich warten lassen.

## Großbritannien.

**London**, 12. Novbr. / 31. Octbr. Das in London in französischer Sprache erscheinende Blatt L'International will wissen, daß in dem am Dienstag statt gehabten Cabinetsrathe mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen worden sei, daß England sich nur dann für einen Congreß ausspreche, wenn dessen Programm vorher genau bekannt sei. Im Laufe der Discussion sollen die Namen Gibraltar und Malta mehrmals genannt worden sein. — Ueber das Schreiben des Kaisers der Franzosen, welches die Einladung zum Congresse enthält, bemerkt die Times: „Natürlich wird die Neugier rege gemacht durch einen Brief, welchen ein Kaiser ohne Vermittlung von Ministern des Auswärtigen und von Gesandten an die übrigen Herrscher richtet, und Napoleon weiß sein Schreiben durch freimüthige Anspielungen auf sein früheres Mißgeschick, seine seltsamen Abenteuer und seine wunderbare Erhöhung piquant zu machen. Gerade dieses persönliche Element ist es, was dem Rundschreiben sein Haupt-Interesse verleiht. Niemand, der es liest, kann daran zweifeln, daß er die eigenen Gedanken des Kaisers, in seinen eigenen Worten ausgedrückt, vor sich hat. Kein Untergebener würde es gewagt haben, dem Kaiser eine solche stolze Demuth anzurathen. Es würde dies ungefähr eben so sein, wie wenn Jemand einen Kaufmann oder Advocaten, der sein Glück gemacht hat, an seinen niedrigen Ursprung erinnerte und der Gesellschaft als einen Beweis dafür hinstellte, daß das Verdienst einen Menschen von der tiefsten auf die höchste Stufe heben kann. Von einem Herrscher kann in einer solchen Weise kein Anderer sprechen, als er selbst.... Möglich, daß der Kaiser den Frieden aufrichtig wünscht. Vielleicht glaubt er, daß er, so lange ihm Mexico zu schaffen macht, genug Stoff für militärische Bulletins und Supplementar-Credite hat. England hat nichts weiter zu thun, als sich darüber zu vergewissern, was der Zweck des vorgeschlagenen Congresses ist, und zu überlegen, ob er voraussichtlich irgendwelche gute Folgen haben wird. Wir glauben, daß die Antwort unserer Regierung auf die Aufforderung des Kaisers in diesem Sinne gehalten ist. Es würde natürlich höchst unbillig sein, wenn Napoleon von der Königin Victoria erwartete, daß sie einen Vertreter nach Paris schicke, um allgemeine Discussionen zu pflegen, wie das der Verein für die socialen Wissenschaften thut. Es ist daher offenbar die Pflicht der britischen Regierung, genau in Erfahrung zu bringen, was für Gegenstände zur Sprache gebracht werden sollen. Da die Einladung an so viele Mächte gerichtet ist, so scheint es, daß eine Reihe von Fragen behandelt werden soll, und England hat das Recht, genau zu wissen, was dies für Fragen sind. Wenn der Kaiser dieselben speciell bezeichnet, so wird England zu beurtheilen haben, ob die Discussion derselben vortheilhaft ist und ob der Beschluß des Congresses gegen eine sich weigernde Macht durchgesetzt werden kann. Sollte es sich herausstellen, daß kein practischer Nutzen aus der Discussion erwachsen kann, so wird das jedenfalls großen Einfluß auf die Antwort Englands haben. Ist jedoch Grund zu der Annahme vorhanden, daß Fragen, bei welchen es sich um augenblickliche Verwicklungen und um Gefahren für die Zukunft handelt, sich auf freundschaftliche Weise erledigen lassen und Europa eine größere Sicherheit verliehen werden kann, so wird unsere Regierung — davon sind wir überzeugt — nicht dulden, daß irgend welche Vorurtheile einer Cooperation in den Weg treten. Es ist ein Punct in dem Briefe, welchen diejenigen, die mit dem Kaiser der Franzosen zu thun haben, nicht außer Acht lassen sollten. Er spricht von dem zerstörenden Character, den die Civilisation dem Kriege verliehen hat, und von seinem Wunsche, den Grund zu einer allgemeinen Herstellung des Friedens zu legen. Schon früher hat er die Lasten beklagt, welche ungeheure Rüstungen jeder Nation aufbürden. Jedenfalls dürfen wir verlangen, daß er uns einen Beweis von seiner Aufrichtigkeit giebt, indem er mit der Neugestaltung Europas einen Plan zur Verminderung der Heere verbindet, welche gegenwärtig das Mark so vieler Staaten aussaugen, und mit der Verminderung der übergroßen Heeresmacht vorangeht, welche seit Jahren alle Nachbarn Frankreichs mit Besorgnissen erfüllt hat."

## Frankreich.

**Paris**, 2. Nov./21. Octbr. Eine autorisirte Brochüre: L'Opposition libérale de 1863, welcher namentlich eine Morny'sche Inspiration nicht fremd sein soll, und welche ein Vorwort zur Kammereröffnung sein kann, da sie an die hiesige Adresse aller Abgeordneten und Senatoren zugestellt wird, beantragt: Beseitigung des Decemberregime's und seiner unverbesserlichen Ultras, Abschaffung der ministeriellen Gewalt über die Presse. Freigebung des allgemeinen Stimmrechts mittelst Abschaffung der officiellen Candidaten und Zulassung des Versammlungsrechts der Wähler, Erwählung der Maires durch die Gemeinden, Selbstverwaltung in Sachen der Gemeinden und Departements, Abschaffung des Sicherheitsgesetzes, endlich eine sparsame Friedenspolitik. Soll damit der Ton für die bevorstehende Session angeschlagen oder nur angezeigt werden, so sucht man offenbar der Opposition, oder richtiger der liberalen Demokratie, durch tendentiöses Entgegenkommen die schärfste Spitze abzubrechen, und die Discussion oder die parlamentarische Campagne auf ein Terrain zu führen wo Polen und Mexico als brennende Fragen nicht die Hauptrolle spielen, nicht den Ausschlag geben, hingegen gute Vorsätze, schöne Versprechungen, optische Zukunftsillusionen und Versöhnungsanträge das in jeder Beziehung, und nicht bloß im Finanzministerium, zunehmende Deficit zwar nicht zu decken, doch zu verdecken vermögen. Polen wird zurückgeschoben wenn colorirte Freiheitsbilder, wie die heutige Brochüre, vorgeschoben werden. Die Sprecher der Regierung, welche den letzten Wahlunfug, Polen, Mexico und ein famoses Budget zu tragen haben, können, ja dürfen allerdings der neuen Stimmung aus den 1863er Maitagen nicht weniger bieten als oben erwähntes Programm. Um die Ausführung handelt es sich freilich nicht. Preßfreiheit, Vereinsrecht, kein polizeilicher Belagerungsstand, Emancipation des allgemeinen Stimmrechts, der Gemeinden und der Departements . . . . nun, einen solchen Umschwung wird man so bald nicht riskiren. Geht die Regierung aber auch nur auf solche Ideen, auf eine solche Bewegung theoretisch und oratorisch ein, so wird ein Anstoß gegeben welcher keine Reaction und wol auch keine chauvinistische Diversion nach außen mehr zuläßt. — Herr Mathieu de la Drôme wird in seinen Wetter-Prophezeiungen immer düsterer und präciser. Er richtet an alle diejenigen Herren Wetterliebhaber, welche Zeugen eines der erschrecklichsten

Stürme dieses Jahrhunderts sein wollen, die Aufforderung, sich in den letzten Tagen des Nov. 1864 nach Venetien zu begeben .Man werde dort vom 29. Nov. bis zum 3. Dec., jedenfalls näher dem 29. als dem 3., das jammervollste Schauspiel erleben, das die entfesselten Elemente dem menschlichen Auge darzubieten vermögen. — Der französische Moniteur zeigt an, daß in seiner Druckerei eine neue Presse mit sechs Cylindern, welche nach dem neuen Normand'schen System in der Maschinenbau-Anstalt von Perreau u. Comp. in Paris angefertigt worden, aufgestellt sei und jetzt damit 8000 Exemplare in der Stunde geliefert werden könnten.

— 12. Nov./31. Octbr. Die 20 Länder, deren Souveraine vom Kaiser die Einladung zum Congresse erhalten haben, sind der France zufolge: England, Oesterreich, Rußland, Deutschland (Bundestag), Preußen, Baiern, Hannover, Würtemberg, Sachsen (Königreich), Italien, Spanien, Rom, Türkei, Belgien, Dänemark, Schweden-Norwegen, Niederlande, Portugal, Griechenland und Schweiz. Die an letztere ergangene Einladung ist mit der Anrede: „Très chers et grands amis! Alliés et Confédérées!" eingeleitet. — Der Staatsrath hat bereits mehrere Gesetzentwürfe fertig, welche den Uebelständen der allzu großen Centralisation der Staatsverwaltung abhelfen sollen. Daß dem Berg- und Hüttenwesen eine freiere Bewegung gestattet werden soll, hatte die France bereits gemeldet. Heute sagt sie, auch die Mineralquellen würden der Ausbeutung ganz frei gegeben werden. Auch sollen die rein localen Angelegenheiten künftig den Gemeinden und Departements überlassen bleiben und nicht mehr den Instanzenzug nach Paris zu machen haben. — Die Erhöhung des Disconto's der französischen Bank auf 7 pCt. hatte keinen besonderen Einfluß auf die Börse. Dieselbe blieb fest, und man glaubt sogar, daß die Course in den nächsten Tagen bedeutend in die Höhe gehen werden. Der Handelsstand nahm diese Maßregeln jedoch übel auf. Diese schnelle Erhöhung des Disconto um 2 pCt. hat den Transactionen ungemeinen Abbruch gethan. — Bis jetzt sind noch keine officiellen Antworten auf das Schreiben des Kaisers eingetroffen. Man zweifelt hier vielfach an dem Zustandekommen des Congresses. — Hier herrscht jetzt allgemeine Verstimmung gegen England, und in den öffentlichen Locales werden die anti-englischen Lieder mit großem Beifalle begrüßt.

### America.

Nachrichten aus **Newyork** vom 4. Nov./23. Octbr. melden, daß in Ohio und Kentucky eine große Verschwörung entdeckt worden ist, welche zum Zweck hatte, die separatistischen Gefangenen zu befreien und die Regierung umzustürzen. Zahlreiche Verhaftungen haben stattgefunden. — In New-York hat ein enthusiastisches Meeting der demokratischen (sclavenfreundlichen) Partei stattgefunden. — — — — — — — Die Polen, welche demselben beiwohnten wurden ausgepfiffen. — Der russische Admiral hat dem Gemeinderath von Jersey einen Besuch abgestattet, bei welcher Gelegenheit er erklärte, daß S. M. der Kaiser Alexander mit dem Norden sympathisire und daß er die Unterdrückung des Aufstandes wünsche. Die russische Flotte wird den Winter vor Newyork zubringen.

Amtliche Aufstellungen geben die Anzahl der Truppen, welche der Norden bis zum 1. Januar dieses Jahres ins Feld gestellt hatte, auf 1.276.246 Mann an. Newyork allein trug dazu 222.826 Mann bei. Im Laufe dieses Jahres hat Mr. Seymour als Gouverneur des Staates Newyork bereits 5000 Officierspatente ausgefertigt, und wie die letzten Nachrichten besagen, hat der Staat bis zum 5. Januar noch 108.805 Mann aufzubringen. Zu der conföderirten Armee hat Virginien allein aus seiner Bevölkerung von 1.596.218 Einwohnern 102.915 Soldaten gestellt.

### Asien.

Oberst Sykes theilt in Daily News ein Privatschreiben aus **Shanghai** mit, welches vom 18. Sept. datirt ist und die Angabe enthält, daß der Condottiere Burgevine, auf dessen Kopf die Kaiserlichen einen Preis von 1000 Pfd. St. gesetzt haben, sich trotzdem incognito nach Shanghai wagte, — eine Keckheit, aus welcher Oberst Sykes schließen zu dürfen glaubt, daß Burgevine auf die allgemeinen Sympathieen der Bevölkerung mit der Sache der Rebellen rechnet. Der Briefsteller erzählt u. A.: „Burgevine, der unlängst incognito hier war und auch mir einen Besuch abstattete, lacht ganz herzlich über die abgeschmackten Geschichten, welche die hiesigen Blätter über ihn und seine Bewegungen zu berichten wissen. Suchow schildert er als eine Stadt voller Leben. Die Bevölkerung zählt ungefähr 250,000 Seelen, und jeder Mann unter ihnen ist dienstpflichtig. Ungefähr 125,000 streitbare Männer sind im Lager, alle den Kaiserlichen an Muth überlegen, denn sie kämpfen aus Liebe zur Sache. Sie beziehen keinen Sold und bekommen nur Kost, Kleidung und Quartier. Osborne's Flotte kann der Stadt Suchow nicht auf 14 Meilen nahe kommen, und man hätte keine Furcht vor ihr. Burgevine hielt sich dort nicht lange auf, sondern begab sich auf dem Dampfer, den er erobert hatte, bis auf 45 Meilen weit von Nanking. Die Gegend ist reizend, das Volk ganz glücklich, den Christen ziemlich ähnlich. Geld haben sie die Hülle und Fülle. In Nanking ließ der Tschung-Wong dem Obersten den schmeichelhaftesten Empfang zu Theil werden, und der Tien-Wang, der Kaiser, übersandte ihm ein Königs-Patent. Der Tschung-Wong giebt zu, daß er ein ausländisches Element nöthig habe, um dasselbe Element auf feindlicher Seite zu bekämpfen. Weder Opium noch Spirituosen dürfen in der Stadt verkauft werden."

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 19./7. Nov. Der dänische König Christian der Neunte hat die gemeinschaftliche dänisch-schleswigsche Verfassungsurkunde unterzeichnet. — Der Erbprinz von Augustenburg ist ausgerufen als: Friedrich Herzog von Schleswig-Holstein. — Die preußische Regierung hat die Kriegsbereitschaft angeordnet.

**Frankfurt a. M.**, 18./6. November, Abends. So eben verbreitet sich die Nachricht, daß der Großherzog von Sachsen-Weimar und der Herzog von Sachsen-Meiningen die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein fordern.

(Friedrich Christian August, Erbprinz, aus der Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, geb. am 6. Juli 1829 ist zur Zeit Major à la suite des 1. preuß. Garderegiments zu Fuß.)

**Hamburg**, 19./7. Novbr. Nach zuverlässigen Berichten war die Stimmung in Kopenhagen sehr aufgeregt; Ruhestörungen waren jedoch bisher nicht vorgekommen.

**Kopenhagen**, 18./6. Nov. 5½ Uhr Abends. In einer außerordentlichen Reichsrathssitzung berichtete der Conseilspräsident die Unterzeichnung des Grundgesetzes.

**Newyork**, 9. Nov./28. Oct. Gestern überschritt General Meade mit der ganzen Armee den Rappahannock. Auch Burnside's Cavallerie ist hinübergegangen. — Die Nachricht von der Einnahme des Forts Sumter wird widerrufen.

**New-York**, 9. Novbr./28. Octbr. General Meade ist bis Randy vorgerückt.

## Witterungsbeobachtungen.

6. Novbr., A. St. (18. Novbr.).

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 334,16 | — 1,42 | 4,8 | $SW_2$ | Trüb (4), Regen |
| 2 U. | 333,14 | — 2,47 | 4,4 | $W_2$ | Trüb (4), Regen |
| 11 U. | 335,55 | — 0,12 | 0,2 | | Heiter (0) |
| Mittel | 334,23 | | 3,61 | | (2,76) |

Die Temperatur ist 5,05 über dem Mittel, die höchste an diesem Tage bisher gefundene, kleinste —12,73 im J. 1861. Das Barometer erreichte um 2 U. A. den tiefsten Stand bei dieser Schwankung. Bis 4 Uhr echtes November Wetter, wie es jedoch in Deutschland häufiger vorkommt, als hier, dabei sehr dunkel. Die Aufklärung seit etwa 5 U. A. erfolgte von SW her und daher wie gewöhnlich nicht von langer Dauer.

№ 607. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 7. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Neu ist so eben eingetroffen das zweite Heft von:

**Lechte Flötenstücke**
nach Melodieen der beliebtesten Oper-Arien, Tänz- u. Volkslieder arangirt von **F. Schubert.** Zweites Heft (125 Stücke enthaltend) 57 Kop.

**Der kleine Paganini.**
Leichte Violinstücke nach Melodieen beliebter Opern, Tänze, Märsche etc. von **F. Schubert.** Zweites Heft (125 Stücke enthaltend) 57 Kop.

Das 1. Heft, welches 100 Stücke umfasst, ist für den billigen Preis von 57 Kop. vorräthig.

Beide Sammlungen sind zum Solovortrage eingerichtet, indess auch so gesetzt, dass die Stücke als Duette mit Pianoforte gespielt werden können, in letzterem Falle findet man die Begleitung in den überall so rasch beliebt gewordenen Klavierwerken:

**Die jungen Musikanten** von F. Schubert. 5 Hefte à 57 Kop.
**Für kleine Hände** von F. G. Burgmüller. 2 Hefte à 57 Kop.

***E. J. Karow.***

**Moderne Tricots- und Paletots-Stoffe**
zu Herren-Kleidern empfingen in reicher Auswahl
**Gebrd. Bärtels.**

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich im ehemals Bürgermeister **Stähr**schen **Hause** (gegenüber der Laakmann'schen Buchdruckerei) ein **Verkaufslocal,** zum **stoofweisen** Verkauf verschiedener Gattungen **feiner Branntweine, Liqueure, Rum, Balsam, Bier** und **Meth,** eröffnet habe.
***F. G. Faure.***

Täglich **Coteletten-Fleisch,** sehr fein präparirt, à 10 Kop. per Pfund ist zu haben in der Wursthandlung von **H. Wulff.**

Der heutigen Nummer liegt der **Prospectus** des „Volksblattes für Stadt und Land der baltischen Provinzen" bei.

### Abreisende.

W. Reinberg, Tischler. (2)

№ 259. Freitag, den 8. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. V. Regeln für griechisch-orthodoxe Schulen in Livland. Wilna: Gefecht. Warschau: Ammer. Verhaftungen. Von der poln. Grenze: Fortsetzung des Kampfes.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Berathung der Etats. Wahlrecht der Beamten. Urtheile über die Thronrede. Wien: Ministerconferenz. Erklärung Rechberg's. Galizien. — Schweiz. Bern: Antwort nach Paris. Tellcapelle. — Dänemark. Altona. Das neue Verfassungsrecht. — Schweden. Stockholm: Bündniß mit Dänemark. Deutsche Flotte. — Großbritannien. London: Einladung zum Congreß. Bibelwerk. Neutralität. — Frankreich. Paris: Verstimmung im Innern. Thiers. Brief an den Kaiser. — Italien. Kirchengut. — Türkei. Bucharest: Kammereröffnung. — Asien. Aegypten: Nilquellenexpedition.

**Telegramme.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 8. Novbr. Die Kreisversammlung wird von dem russischen Project als das Organ aufgefaßt, durch welches der Kreis seinen Willen kundgebe. Daß sie in der eignen Willensäußerung durchweg beengt ist durch die Kreisverwaltung, ist nachgewiesen worden. Daß aber auch das Wahlsystem, aus welchem sie hervorgeht, die erwarteten Garantieen nicht biete, läßt sich darthun. Das Project selbst geht von der Forderung aus, daß die Gewählten in ununterbrochener Beziehung zu dem Local, welches sie repräsentiren, und zu dessen Bevölkerung stehen. Dieser Forderung ist in dem einzig erheblichen Sinne keine Rechnung getragen. Sobald die Wahlen vollzogen sind, lösen sich die Wahlkörper auf. Nur die Dorfgemeinden bilden eine Ausnahme. Die wählenden Grundeigenthümer aber stellen keine ständige Corporation dar: der Adel schließt sie nur zum Theil in sich. Ebensowenig werden die Gruppen der städtischen Wähler durch die Körperschaften der Städter gedeckt. Eine ununterbrochene Beziehung der Gewählten zu den Wählern findet somit nicht Statt. Vielmehr erscheint je drei Jahre lang jeder Zusammenhang zerrissen und das Gefühl der Verantwortlichkeit mindestens äußerst geschwächt. Die Wahlkörper hören auf zu existiren, sobald die Versammlung der Gewählten in die Existenz tritt und erst, wenn diese zu existiren aufhört, treten sie ihrerseits wieder in die Existenz. Die Ansätze zu organischer Kreisrepräsentation erneuern sich gewissermaßen alle drei Jahre, um sich in der Zwischenzeit immer wieder aufzulösen. Die deutliche Gliederung, in welcher die Masse der Wählenden fungirend auftritt, erscheint an der Zusammensetzung des gewählten Körpers schon halb verwischt und verliert sich bis auf die letzte Spur in dessen untergeordneten Functionen, welche von der Kreisverwaltung, als einer büreaukratischen Instanz, lahm gelegt werden. Es läßt sich daher nicht wol erwarten, daß durch die Wahlen dem Principe der Autonomie zum Siege könne verholfen werden und es bleibt nur die Hoffnung, daß sich das ganze projectirte System der „Selbstverwaltung" einmal umgestalte.

In dieser Hinsicht ist nun eben der unvermittelte Gegensatz der principiell gesetzten einen und einzigen Versammlung und der nicht minder principiell gesetzten drei Wahlkörper von besonderer Bedeutung. Welches Princip wird siegen? Denn, daß sich beide dauernd mit einander vertragen, ist nicht zu erwarten. Entweder werden als Wahlkörper künftig nur territorial geschiedene Bevölkerungsgruppen fungiren dürfen, oder die Versammlung wird sich in drei Kammern spalten müssen, oder außerhalb der Versammlung werden sich untergeordnete Repräsentationen und Verwaltungsinstanzen der drei getrennten Interessengruppen herausbilden. Täuschen nicht alle Zeichen, so ist das Project in der Erwartung entworfen, daß in Zukunft die erste der drei Eventualitäten sich einstelle. Vollzieht sich bis dahin eine Verschmelzung der heute noch geschiedenen Interessen, so ließe sich wenig dagegen bemerken. Bleiben aber die Interessen, wie bisher, in drei Gruppen gesondert, so wäre auch künftig ein System der Selbstverwaltung möglich nur, wenn eine der beiden anderen Eventualitäten einträte.

Schon an dem Projecte selbst verräth sich wahrnehmbar genug die Macht der realen Verhältnisse. Es bietet einen beachtungswerthen Beleg zu der Erfahrung, daß jedes Theorem sich zu Concessionen an vorhandene Interessen und Institute verstehen muß, sobald es in die Wirklichkeit eintreten will und daß es selber nichts gewinnt, wenn es diese Concessionen zu karg mißt oder halb wieder zurücknimmt.

Der postulirten „öconomischen Einheit" des Kreises zum Trotz haben sich die Steuerobjecte in den Städten mit den Steuerobjecten des Landes nicht wollen vermischen, noch ausgleichen lassen und auf dem Lande steht das private Eigenthum an Grund und Boden in einem zunächst unlösbaren Gegensatze zu dem Gesammteigenthum der Dorfgemeinden. Dieser Dreitheilung entsprechend haben sich drei unterschiedene Wirthschaftssphären gebildet und vorläufig mindestens die Constituirung von eben so viel getrennten Wahlkörpern erzwungen.

Gleich wenig hat es gelingen wollen, den theoretisch geforderten Census zur vollen Geltung zu bringen: in den beiden ersten Wahlkörpern ist sein Princip einigermaßen zum Durchbruch gekommen; in den Dorfgemeinden hat es völlig bei Seite gestellt werden müssen.

Nicht besseren Erfolg hat die förmliche Verkündigung gehabt, daß die Interessen nicht der Stände, sondern des gesammten Territoriums sollten vertreten werden: die Wahlordnung hebt es an den drei Wahlkörpern ausdrücklich als Vorzug hervor, daß in jedem derselben je einer der drei bestehenden Stände das Uebergewicht habe. So dringend ist das Bedürfniß nach realen Schwerpuncten trotz aller theoretischen Construction.

Wie nun dieser Gegensatz des factisch Gegebenen zum theoretisch Geforderten zunächst schon im System wirksam wird, ist in doppelter Beziehung lehrreich. Wo man zu Gunsten des ersteren die principielle Consequenz des vorgefaßten leitenden Gedankens opferte, da ist eine Art Interessenvertretung, die elementare Bedingung jeder Selbstverwaltung, wenigstens für den Wahlact gerettet, obgleich sie für alle folgenden Functionen der Repräsentation illusorisch wird. Wo man die vorhandenen Incongruenzen künstlicher Einheit unterzuordnen trachtete und die gesammte Verwaltung in die Hände einer untheilbaren Kammer legte, da schlägt der vermeinte Ansatz zur Selbstverwaltung sofort in sein Gegentheil um.

So bewegt sich das russische Project gewissermaßen im Kreise; es geht von gewählten Principien aus, verläuft in entgegengesetzte Ziele und vermöchte beim besten Willen nicht, ihren Consequenzen gerecht zu werden. Wir haben es nicht mit einer Analyse der anscheinend sehr mannichfachen Motive zu thun, welche diese Widersprüche gewissermaßen zu legalisiren bedacht gewesen sind. Für unsern Zweck genügt die Einsicht in das System im großen Ganzen.

Der Hauptfehler des Systems liegt in dem Versuche, künstlich „öconomische Einheiten" zu schaffen. Die ganze Kreisverwaltung schwebt in der Luft. Der Kreis wird als elementare Einheit behandelt, obgleich er ein öconomisch complicirter Körper ist, dessen Einheit nur in der Harmonie seiner Bestandtheile zu begründen wäre. Die Selbstverwaltung ist unstreitig großer Opfer und Mühen werth, allein sie läßt sich weder an beliebige Bedingungen binden, noch nach beliebiger Theorie plötzlich ins Leben rufen. Statt unterhalb des Kreises die etwa, ob auch nur kümmerlich, vorhandenen Ansätze elementarer „öconomischer Einheit" zu consolidiren, zu entwickeln oder, da sie so gut wie überall fehlen, neu zu schaffen, um erst, wenn ihre autonomen Functionen sich erprobt haben, das System allmälig nach oben hin weiterzuführen und dabei den etwa vorhandenen Gegensatz der Interessen ebenso allmälig organisch auszugleichen, hat das Project geglaubt, über die bestehenden Differenzen eine Einheit von oben her querhinüber bauen zu können. Die Einheit aber, die namentlich in öconomischen Dingen von oben kommt, besteht nur, so lange die Büreaucratie besteht; von ihr geht sie aus und führt immer wieder auf sie zurück, bis einmal beide mit einander scheitern.

Wir glauben daher, entweder das Project oder die Hoffnung auf Selbstverwaltung wird fallen müssen. Wie früh oder wie spät, das wird von der Entwickelung sehr verschiedener Verhältnisse im Reiche abhängen. Für die nicht in den engern Complex der Reichsverhältnisse eingeschlossenen Provinzen stellt sich mit dieser Aussicht die Verpflichtung doppelt ernst, bei Zeiten mit sich zu Rathe zu gehen, wie sie sich zu dem Projecte werden zu verhalten haben.

— Die Nord. Post veröffentlicht einen am 21. Septbr. Allerhöchst bestätigten Beschluß des Ministercomité's, welcher den Art. 15 der Allerh. bestätigten Statuten für die griechisch-orthodoxen Parochialschulen in Livland abändert. Der angezogene Artikel lautet: „Zugleich giebt der Geistliche dem Gemeindegericht Waisen auf, welche auf Gemeindekosten in der Schule zu unterhalten sind, ebenso ein Verzeichniß derjenigen Kinder, deren Eltern zu arm sind, um ihnen den Besuch der Schule zu ermöglichen. Das Gemeindegericht verfährt in solchen Fällen in genauer Beobachtung des Punct 4 § 516 der livl.

V. V. vom J. 1819. Nachdem nun die betreffenden Bestimmungen der V. V. vom J. 1819 nochmals abgeändert worden und durch die §§ 536—543 der V. V. vom J. 1860 besondere Regeln über die Verpflichtung der Gemeinden, Waisen, Findlingen u. a. m. zur Schule zu verhelfen, festgestellt waren, so daß auch die lutherischen Prediger dem Gemeindegericht zwar Vorstellungen machen dürfen, dieses jedoch über jeden einzelnen Fall von sich aus entscheidet, — hat der livl. Landtag vom J. 1862 um Abänderung des Art. 15 der obenbezeichneten Regeln vom J. 1850 angesucht. Nachdem die Frage durch das livl. Comité in Bauerangelegenheiten geprüft worden war, stellte der General-Gouverneur das Gesuch des Landtags zur höheren Entscheidung vor. Der Minister des Innern, nach Vereinbarung mit dem Ober-Procureur des Synod, brachte einen betr. Antrag an das Minister-Comité, auf dessen Beschluß Se. Majestät folgende veränderte Fassung des obenangezogenen Art. 15 zu bestätigen geruht hat: „Zugleich giebt der Geistliche dem Gemeindegericht alle Kinder auf, welche zur Schule geschickt werden müssen und bezeichnet diejenigen, welche als Waisen oder wegen Armuth ihrer Eltern auf Kosten der Gemeinde den Unterricht zu erhalten hätten; das Gemeindegericht aber ist verpflichtet zu entscheiden, ob diese Kinder solcher Unterstützung und namentlich in welchem Maße bedürftig sind. Nach solcher Entscheidung ist zu verfahren."

Den C. II. B. wird aus **Warschau** vom 31. Octbr. geschrieben: Seit 10 Tagen ist kein Mord mehr vorgekommen. Bei Gelegenheit der Hinrichtung Anton Ammers, der den Versuch auf das Leben des Generals Trepow gemacht hatte, wurden 10 sog. Nationalgensdarmen verhaftet. Außerdem sind in den letzten Tagen zwei Schuhmacher verhaftet worden, die beide, wie sich aus den wichtigen Papieren, die man bei ihnen fand, ergab, zu den Organisatoren des Aufstandes gehörten. Ueberhaupt kommt die Regierung der geheimen Regierung immer mehr auf die Spur.

**Wilna.** Der. „Russ. Inv." theilt folgendes Telegramm mit: Am 2. November, ereilte die Abtheilung des Oberstlieutenants Karpow in der Nähe des Dorfes Darsziszki die aus 92 Reitern bestehende Bande Ludkiewicz's und vernichtete dieselbe. 59 Mann, darunter Ludkiewicz wurden getödtet, 7 gefangen genommen. Außerdem erbeuteten die Truppen 51 Gewehre, 14 Pistolen und 70 Pferde mit den Sätteln.

Der A. A. Z. wird von der **preußisch-polnischen Grenze** geschrieben: So wenig die rauhe Herbstwitterung als die in den letzten Wochen erlittenen schweren Niederlagen haben den Muth der Insurgenten dergestalt erschüttern können, daß sie nicht jetzt mit verdoppelter Kraft zur Fortsetzung des verhängnißvollen Kampfes entschlossen sein sollten. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Napoleonische Rede die Ursache wird, daß noch viel Blut fließt, und Tausende dahin sinken bevor der Verwüstungs- und Verzweiflungskampf sein Ende erreicht. Jetzt zieht sich aufs neue die ganze Macht der Insurgenten im Lublin'schen zusammen, und bei Torubin hat bereits vor wenigen Tagen eine allgemeine Revue unter dem Militärchef Wierzbizki stattgefunden. Die einzelnen dort concentrirten Schaaren stehen unter den Abtheilungsführern Ruzki, Kozlowski, Szydlowski, Krysinski, Liniewski, Suchodolski, Czyzewicz, Sientiewicz und Innosz. Man kann schon hieraus abnehmen daß die Zahl der Aufständischen wieder sehr bedeutend ist. Auch die Reste der Waligorski'schen Schaar sind bereits ins Innere des Landes vorgerückt. Die in den letzten bedeutenden Niederlagen Versprengten sammeln sich jetzt wieder unter Czachowski. (Neuern Nachrichten zufolge ist derselbe, nachdem er gefangen genommen, zu Radom an seinen Wunden gestorben.) In Kuzawien hat sich eine neue Insurgentenschaar unter Okoniewski gebildet, und in Masowien hat Syrewicz glücklich gegen die Russen gekämpft. Die Zahl der Zuzügler nimmt von allen Seiten zu und im Süden ist auf Mieroslawski's Anordnung die Conscription vollständig organisirt.

---

## Ausländischer Theil.

### Deutschland.

**Berlin**, 15./3. Novbr. Der Abgeordnete Hagen hat, wie schon erwähnt ist, in der Budgetcommission folgenden Antrag eingebracht: „Die Budgetcommission wolle beschließen, 1) in die Berathung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1864 zunächst und unverzüglich einzutreten. 2) Die Beschlußnahme über die Behandlung der Etats-Vorlagen für das Jahr 1863 noch vorzubehalten." Die beigefügten Motive lauten: 1) Die vorwiegende Rücksicht, die Vorschrift des Art. 99 der Verfassung ihrem wahren Sinne nach zur Geltung zu bringen und soweit es in der Macht des Abgeordnetenhauses liegt, die gesetzliche Feststellung des Staatshaushalts-Etats für 1864 noch vor dem Schluß des laufenden Jahres herbeizuführen. 2) Die königl. Staatsregierung der schwierigen Lage, in welche sie durch das Dogma von dem guten Glauben gerathen ist, zu überheben. — Bei den Wahlprüfungen hat sich herausgestellt, daß auch der gegenwärtige Minister des Innern wenigstens nachträglich zu dem Grundsatz gelangt ist, daß keinem Beamten wegen seiner Abstimmung ein Haar gekrümmt werden darf. Freilich werden an nicht wenigen Orten die Behörden sich diese Erklärung zu Gemüthe zu führen und abweichende, vorher eingeschlagene Wege schleunig zu verlassen haben. Den Beamten kann einmal ihr Wahlrecht nicht entzogen werden, mit dem Versuch geräth man in eine Lage, mit der man selber unzufrieden wird. Das freie Wahlrecht wird mit der Zeit seine letzten Gegner verlieren, die Wahlen werden frei werden, und für immer frei bleiben, weil man nur zu erkennen braucht, daß es schlechterdings nicht anders sein kann. Der Minister des Innern erklärte ausdrücklich: „Er wolle darauf aufmerksam machen, daß Niemand, kein mittelbarer und kein unmittelbarer Beamter, für seine Stimmabgabe verantwortlich zu machen, am allerwenigsten aber gegen dieselben ein Strafverfahren einzuleiten sei. Er müsse jedoch zu bedenken geben, daß gegenwärtig im Lande ein tiefgehender Zwiespalt herrsche, zwischen einem Theile der Bevölkerung und der Staats-Regierung, in welchem letztere es für ihre Pflicht gehalten, sich aller ihr untergebenen Personen zu versichern. Er sei der Meinung, daß, wie bei einem solchen Zwiespalt ein Jeder seine Meinung nach Kräften geltend zu machen suche, um sich nicht den Vorwurf der Theilnahmlosigkeit zuzuziehen, auch die Regierung nicht die Hände in den Schooß legen dürfe und sich aller ihr zu Gebote stehenden Mittel bedienen müsse, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. Es hätten in den letzten Jahren sehr viele Beamte — er sage nicht, alle — ihre Stellung gegenüber der Staats-Regierung verkannt; die Regierung habe diese auf ihre Pflicht aufmerksam machen müssen, da sonst eine geregelte Beamtenschaft nicht möglich sei. Es mögen einzelne Unterbehörden zu weit gegangen sein; das Princip halte er indeß für richtig und er werde es aufrecht halten.

— Das Urtheil der Blätter über die Thronrede ist — natürlich mit Ausnahme der conservativen, welche dieselbe nicht hoch genug zu preisen wissen — so farblos, trocken und zurückhaltend, daß es geradezu unmöglich erscheint sich mit dieser Handhabe ein richtiges Bild von dem Eindruck zu verschaffen, den die königliche Kundgebung bei den verschiedenen Parteien hervorgebracht hat. Der Respect vor der Juni-Ordonnanz und dem Staatsanwalt ist den Leitartikeln der liberalen Blätter so deutlich erkennbar auf die Stirn geschrieben, daß man sich, um ihre Ansicht zu erfahren, mehr an das zu halten hat was sie verschweigen, als an das, was sie sagen. Daß dieser Zustand der Presse ein unnatürlicher, auf die Dauer unhaltbarer, ja gefahrdrohender ist, kann nur von denjenigen verkannt werden, die geblendet durch die momentanen Erfolge eines auf die liberale Meinung ausgeübten Drucks, die große Einbuße an moralischen und materiellen Gütern gering achten, welche die gestörte Harmonie aller berechtigten Factoren des Staatslebens schließlich für dieses zur Folge haben muß. Was kann z. B. das Gemeinwesen dabei gewinnen, wenn gemäßigte und einsichtsvolle Organe wie die Spen. Ztg., welche die liberal-conservative Partei in Preußen vertritt, sich verstimmt und scheu von der Discussion der öffentlichen Angelegenheiten zurückziehen? Wenn sie anstatt mit wohlmeinendem Rath der Regierung an die Hand zu gehen, einfach die Thatsachen registriren durch welche sich dieselbe in Zwiespalt mit der öffentlichen Meinung setzt? — „In Aussicht auf ungewöhnliche Zeiten — sagt das Blatt — versammelt unser König den preußischen Landtag wieder um seinen Thron, eröffnet persönlich die neue Sitzung, und ermahnt an die Lösung der innern Fragen mit dem ernsten Willen der Verständigung heranzutreten. Der Standpunct der Regierung in der Militär- wie in der Budgetfrage ist streng festgehalten. Die Reorganisation des Heeres hat sich, wie die Thronrede sagt, zu einer dauernden Staatseinrichtung ausgebildet, deren Bestand ohne bedenkliche Gefährdung der wichtigsten Interessen des Landes, nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Es ist also dieselbe Auffassung des streitigen Budgetrechts, wie sie seit Jahr und Tag von der Regierung aufgestellt wurde: einem verkürzten und nach der Ansicht der Krone unzureichenden Staatshaushalts-Etat, wird die Krone ihre Zustimmung nicht ertheilen, und ist in Folge dessen kein Budgetgesetz zu Stande gekommen, so befindet sich die Regierung in der abnormen Lage, nach eigenem Ermessen für die Staatsbedürfnisse sorgen zu müssen. Um nun unter solchen Verhältnissen eine gesetzmäßige Grundlage zu gewinnen, will die Regierung eine Vorlage machen, welche bestimmt ist die Befugnisse der Regierung, für den Fall daß der Staatshaushalt nicht zur gesetzlichen Feststellung gelangt, zu regeln. An diese Vorlage kann sich der Principienstreit wieder anknüpfen, der noch immer nicht ausgekämpft worden; jedenfalls ist diese Vorlage erst abzuwarten." In diesem Tone trockener Paraphrase wird auch der übrige Theil der Thronrede besprochen, und schließlich nur die Mahnung an das Abgeordnetenhaus hinzugefügt von dem Erlaß einer Adresse abzustehen.

**Wien**, 13./1. Nov. Die Ostdeutsche Post schreibt: Das Resultat der großen Minister-Conferenz, die vorgestern in London stattgefunden, soll darauf hinausgehen, keine definitive Antwort auf die Einladung zum Congresse zu geben, sondern sich vorerst in Paris über Zwecke und Grundlagen des beabsichtigten Congresses zu erkundigen und zu orientiren. Oesterreich und Preußen thun natürlicher Weise dasselbe, und wenn der gegenwärtige Geschäftsträger Rußlands in Wien der wirkliche Ausdruck des russischen Cabinets ist, so ist man auch dort nicht wenig alarmirt über die Aufforderung des Kaisers der Franzosen. Thatsache ist, daß, wenn auch keine politische Coalition, doch eine Coalition des Mißtrauens die erste Folge des napoleonischen Schritte ist. Im Reichsrath hat Graf Rechberg diese Erklärung abgegeben: Die Lage ist durch die französische Thronrede eine sehr schwierige geworden und erheischt die größte Behutsamkeit und Vorsicht. Oesterreich habe keine Veranlassung im Principe gegen den Congreß zu sein. Doch müßten vorerst Garantien bezüglich der Verhandlungsgrundlagen und der Ausführung des Congresses gegeben werden, um die dem Vorschlage entgegenstehenden Bedenken zu beseitigen.

— 17./5. Novbr. Die heutige Unterhaussitzung beschäftigte sich mit der Generaldebatte über das Polizeibudget. Diebe bemerkte: Die polnischen Abgeordneten überreichten dem Staatsminister eine Denkschrift über ungesetzliches Verfahren der Behörden in Galizien und

bitten um Wiederherstellung des Gesetzes zum Schutze persönlicher Freiheit und des Hausrechtes. — Schmerling entgegnet; er habe die Denkschrift aufmerksam geprüft und sich überzeugt, daß die Behörden mit großer Mäßigung vorgegangen seien. Was die Regierung jetzt in Galizien vorkehrt, gehe dahin, die Revolution in Galizien zu bekämpfen, deren Bestreben dahin gerichtet, Galizien von Oesterreich loszureißen. — Zybliekiewicz liefert eine grelle Schilderung des Zustandes in Galizien, hervorgerufen durch die Verfügungen der Behörden. Galizien sei Oesterreich nie so anhänglich gewesen wie gegenwärtig, der Polizeiminister schildert gleichfalls die Zustände Galiziens, hebt die Existenz einer geheimen über das ganze Land verzweigten Regierung hervor, welche Steuern ausschreibe, eintreibt, Befehle der National-Regierung exequirt, constatirt die Arretirung vollständig organisirter revolutionärer Platzcommandos sammt Registratur in Krakau. Er schließt: Die Regierung fürchte sich nicht, werde sich in ihrer Pflichtausübung nicht beirren lassen und fortfahren den ruhigen Theil der Bevölkerung in Galizien zu schützen.

## Schweiz.

**Bern**, 13./1. Nov. Laut Vernehmen aus authentischer Quelle hat sich der Bundesrath über die Redaction der Antwort auf die Einladung Louis Napoleon's, an dem von ihm beabsichtigten Congresse Theil zu nehmen, noch nicht einigen können. Man streitet sich eben noch um die Frage, ob der Vorbehalt, unter welchem die Einladung angenommen werden soll, die Unabhängigkeit der Schweiz nur im Allgemeinen oder speciell die schweizerische Neutralität, und namentlich auch das savoyische Neutralitätsgebiet, durch dessen Annexion an Frankreich die Neutralität der Schweiz verletzt worden sei, zu berühren habe. Jedenfalls wird die Schweiz ihre Theilnahme an dem Congresse nur auf der Basis der Verträge von 1815 aussprechen. — In Bürglen ist die alte, aber sehr gut erhaltene Tell-Capelle neuerlich auch renovirt worden in Mörtel und Farben; sie steht dem Kirchhof gegenüber, auf der andern Seite des Hohlweges, mit einem rothen Thürmchen, einem Altar, einigen Wandgemälden und einem alten Vers, zum Andenken, daß auf diesem Fleck Erde der große Landsmann geboren worden, der das kleine Dorf so berühmt gemacht hat. Recht alt ist inzwischen auch dieses Capellchen geworden, welches schon vor dreihundert und mehr Jahren allhier erbaut wroden ist; der alte Vers über der Pforte lautet also:

Allhier auff dem Platz dieser Capell — Ward diese Capall gesetzet her
Hat vormals gewohnt der Wilhelm Tell, — Und selbe dem Schutz befohlen an
Der trewe Helffer des Vat rlands, — Sanct Wilhelm Röchi (?) und Sebastian.
Der theur Urheber des freyen Stands. — Ach liebe Eydgenossen gedankt daran
Deme zu Dank, Gott aber zur Ehr — Was Gott und die Alten Euch Guts gethan.

## Dänemark.

**Altona**, 15./3. Nov. Die ministerielle Berliner N. A. Z. bemerkt über das neue dänische Verfassungsgesetz für Dänemark und Schleswig, das am 1. Jan. 1864 in Wirksamkeit tritt und von Christian IX unterzeichnet ist: „Wir können in diesem Vorgehen der dänischen Regierung, welches mit der Incorporation Schleswigs den Bruch der Vereinbarungen von 1852 vollendet, nur eine höchst bedenkliche Erschwerung der Lage erkennen, welche die Aussichten auf eine friedliche Lösung vermindert, und wir glauben zu wissen, daß die preußische Regierung sich bereits in London und Kopenhagen in diesem Sinne ausgesprochen hat."

## Schweden und Norwegen.

**Stockholm**, 13./1. Nov. Die Sprecher-Conferenz hat erklärt, daß der Reichstag in der letzten Woche des November seine Arbeiten vollendet haben werde, und demnach werde geschlossen werden können. Es ist daher mehr als unwahrscheinlich, daß die Regierung noch dem Reichstage selbst und einem von diesem zu wählenden geheimen Ausschusse Mittheilungen über die in Folge einer Bundesexecution etwa zu treffenden Maßregeln machen werde. — Inzwischen setzen „Aftonbladet" und „Nya Dagligt Allehanda" ihre Polemik gegen einander über das nachgerade zu einer Mythe werdende Defensivbündniß mit Dänemark fort. „Aftonbladet" beschuldigt seinen Gegner u. A., daß er im Interesse deutscher Agioteurs gegen das Bündniß eifre und verräth dabei eine wol kaum zu rechtfertigende Furcht vor einem deutschen Angriffe auf Schweden. Wie in England, Frankreich und Dänemark, so fürchtet man auch in Schweden vor Allem die Erbauung einer deutschen Flotte und „Aftonbladet" benutzt sogar in einem polemischen Leitartikel gegen „Nya Dagligt Allehanda" folgenden Ausspruch des Königs Gustav II. Adolph als Motto: Dadurch (durch Gründung einer deutschen Flotte) wäre der Sund verloren und die Reihe käme dann an Schweden!

## Großbritannien.

**London**, 13./1. Novbr. Es wird die Nachricht bestätigt, England werde, bevor es die Einladung zum Congreß annehme, eine genauere Präcisirung der zur Berathung gestellten Fragen erwarten. Dabei wird es immer heißen, man habe gegen den Congreß im Princip nichts einzuwenden. Es erweist sich als richtig, daß der Papst eingeladen ist, wenn auch selbstverständlich dabei vorausgesetzt sein mag, daß er sich im besten Falle vertreten lassen werde.

— Im Guardian finden wir die Mittheilung, daß die Herausgabe einer autorisirten Auslegung der Bibel bevorsteht. Der Plan zu derselben ist in dem Kopfe des Sprechers des Unterhauses entstanden, welcher mehrere Bischöfe über die Sache zur Rathe gezogen hat und auf dessen Anregung der Erzbischof von York es unternahm, die Grundlage zu einem Commentar auszuarbeiten, welcher den Leser in Besitz aller zum Verständnisse des Wortes Gottes nöthigen Erklärungen setzen und ihm gegen Einwürfe, die auf Mißdeutungen der Bibel beruhen, genügende Antworten an die Hand geben solle. Der Primas, Erzbischof von Canterbury, hat dem Plan seine Sanction gegeben. Einem Ausschuß, an dessen Spitze der Erzbischof von York steht, ist die Oberleitung des Werkes anvertraut; Hauptherausgeber ist der Rev. F. C. Cook. Das Ganze ist in acht Abschnitte eingetheilt, den Pentateuch wird Prof. Harold Browne herausgeben, die geschichtlichen Bücher Rawlinson, die dichterischen Bücher Cook, die vier großen Propheten M'Caul, die zwölf kleinen Propheten der Bischof von St. David und Gandell; die drei ersten Evangelien Prof. Mansel, das Evangelium Johannis der Dekan von Canterbury, die Apostelgeschichte Jacobson, die Briefe Pauli der Bischof Ellicot und Dr. Jeremie, die übrigen Schriften der neuernannte Erzbischof von Dublin und der Master of Balliot. Jeder Specialherausgeber hat noch drei oder vier mitwirkende Gelehrte zur Seite. Der Guardian sagt dazu: „Es scheint uns hier wirklich ein Werk versprochen zu sein, welches kaum der Septuaginta oder der auf Geheiß König Jakobs angefertigten englischen Uebersetzung der heiligen Schrift an Bedeutung nachstehen dürfte. Vielleicht wird es später als die Triginta citirt werden. Die Namen der Herausgeber und der Mitarbeiter verheißen uns, indem sie zugleich Bürgen der Orthodoxie sind, einen Commentar, der, fast von der gesammten Kirche von England sanctionirt, nicht die Meinungsäußerung einer engen Schule oder Abzweigung dieser Kirche repräsentiren wird."

— Auf dem Hauptbilde des neuesten Punch erblicken wir einen sehr behäbigen ältlichen Herrn, der seine Zeitung liest und behaglich aus der irdenen Pfeife schmaucht. Es ist John Bull. Zu beiden Seiten stehen zwei keifende Weiber in so drohender Haltung, daß man sich nicht gerade wundern würde, wenn die vorwurfsvollen Worte in Thätlichkeiten ausarteten. „Wie sieht es mit der Alabama aus, böser alter Mann?" fragt die eine der beiden Unholdinnen, Frau Nord mit Namen, und die andere, Frau Süd, ruft aus: „Wo sind meine Widerschiffe? Da hast du deine saubern Consuln wieder — da!!!" John Bull läßt sich in seiner Gemüthsruhe nicht im Geringsten stören; er wendet den Kopf weder nach rechts, noch nach links, liest, ohne eine Miene zu verziehen, seine Zeitung weiter und läßt nach wie vor die Dampfwolken gen Himmel ziehen, ohne die beiden alten Hexen eines Blickes, geschweige denn eines Wortes zu würdigen. Unter dem Bilde ist das Wort „Neutralität" zu lesen.

## Frankreich.

**Paris**, 13./1. Nov. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die Congreßidee nur dazu bestimmt war, die Franzosen von der Betrachtung der innern Verhältnisse abzuwenden. Die vielfach ungefügigen Beamten sind zu unbedingtem Gehorsam zurückgebracht worden. Mit der so geschaffenen Verwaltung ist es sogar gelungen die gesetzlich freie Wahl von Vertretern des Volks so zu normiren, daß die Deputirten mit geringen Ausnahmen factisch kaum etwas anderes sind als von der höchsten Gewalt ernannte Statisten bei einer Schaustellung constitutioneller Gebräuche ohne innere Bedeutung. Für das dadurch allerdings geschaffene hohe materielle Wohl der Gegenwart wird die Zukunft zahlen müssen, denn selbst dieses materielle Wohl läßt sich dauernd nicht ohne Moralität und Freiheit erhalten und entwickeln. Es fragt sich wieweit sich diese Nachtheile in Frankreich bereits fühlbar gemacht haben, und wieweit die öffentliche Meinung die der Zukunft drohenden erkennt. Auffallend ist daß L. Napoleon selbst gewisse finanzielle Verlegenheiten zugesteht, indem er von der „nicht vollständigen Erfüllung" der in dieser Beziehung gehegten Erwartungen spricht, und daß er Maßnahmen verheißt um „das Uebermaß von Centralisation" zu verringern. — Der gegenwärtige Zustand drückt also auf Frankreich so, daß die Tuilerien dem dadurch hervorgerufenen Gegendruck glauben Rechnung tragen zu müssen. Wird sich die öffentliche Meinung mit den gebotenen Abschlagszahlungen abspeisen lassen? — Lord Palmerston und König Wilhelm haben gesprochen, und keiner hat auf den Congreß angespielt. Doch nimmt hier der officiöse und diplomatische Optimismus noch zu. Es wird z. B. versichert: in Folge des heutigen Wiedersehens des Fürsten Metternich und des Hrn. Drouyn de Lhuys blühe wieder das herzliche Einvernehmen mit Oesterreich wie in den schönsten Tagen der gemeinschaftlichen, und doch nicht identischen, Action. Der Optimismus dringt auch in den gesetzgebenden Körper, in die Kammeropposition, auf die Börse, unter die Baissiers. J. Favre ist schwer krank an einer Entzündung der Gedärme und der Brust. In seiner Anwesenheit zeigt sich die Opposition weich und sogar gefällig gestimmt. Hr. Thiers theilt mit dem Duc de Morny die Autorität in der Kammer, und scheint ersterer, der ihm in einer nahen Zukunft zugedachten Größe schon entgegenzugehen, so ist letzterer der vollendete Weltmann, welcher der Opposition die Zähne höchst liebenswürdig auszubrechen vermag, nachdem ihr die Thronrede ohnehin schon den Mund zu verkleben scheint. Nach vielseitigen Anzeichen wird die Opposition unter der allgemeinen Erwartung und unter dem Niveau der Wahlbewegung bleiben. In dieser Session dürfte das Kaiserthum die Probe noch einmal bestehen. Die Finanzkreise werden von der Hausse einzig und allein durch die Geldtheuerung und die noch drohende Disconto-Erhöhung abgehalten. Sie glauben nicht an den Congreß; aber an die diplomatische Verschleppung der gefährlichsten Fragen bis zur kaiserlichen Neujahrsrede. Mit den Diplomaten wollen sie die Chimäre einer politischen Liquidation à la hausse escomptiren. — Dem Phare de la Loire schreibt man folgendes über das erste Erscheinen des Hrn. Thiers in der Kammer: „Man stelle sich einen verloren gegangenen

General vor, den seine Soldaten wiederfinden, ein Familienoberhaupt das heimkehrt, wo die Freunde seiner harren, und man hat annähernd einen Begriff von dem Empfang, der Hrn. Thiers von seinen Collegen aller Farben bereitet wurde. Er kam herein, ganz dieselbe feste, kleine Gestalt, in funkelnder, coketter, geschmackvoller Toilette — castanienbraunem Ueberrock, pantalon de fantaisie, kleinen Gamaschen und wundernetten Stiefelchen — mit ungezwungener Gebärde, lebhaftem Auge und ganz jugendlicher Beweglichkeit, trotz seiner Brille und seines grauen Haars. Er wußte kaum wen anhören, wem antworten, und dennoch hatte er für jeden einen Gruß, ein Lächeln und ein Wort." — In einem in der Schweiz veröffentlichten Briefe eines persönlichen Freundes an den Kaiser findet sich folgende bemerkenswerthe Stelle: Sire! Das Kaiserreich ist der Friede, wenn in Europa die Hauptbedingungen für einen unbewaffneten Frieden erfüllt sind. Diese Hauptbedingungen, welche zum Theil mit, zum Theil ohne Ihr Zuthun verwirklicht werden müssen, sind: ein einheitliches Italien, ein ohne jegliche fremde Einmischung geschaffenes einheitliches Deutschland unter Befreiung Schleswig-Holsteins vom dänischen Joch und Unterdrückung Ihrerseits der in einzelnen französischen Köpfen steckenden Ideen, betreffend die Rheingränze, welche Deutschland nicht aufgeben wird, so lange deutscher Muth und deutsche Thatkraft nicht gänzlich erloschen sind — und die Begründung eines neuen Oesterreichs. Zum Schluß folgt dann nachstehende Apostrophe: Sire! Betreten Sie zum Heile der Menschheit und zu Ihrem ewigen Ruhme die Bahn wahrer Freiheit, auf der Sie die bravsten Söhne Frankreichs, Jules Favre und seine Gesinnungs-Genossen, vorfinden, und mögen Ihre ersten Schritte auf dieser von Gott und Menschen gesegneten Bahn die Wiederherstellung der constitutionellen Freiheiten Frankreichs sein. An der Spitze eines aufrichtig constitutionel regierten Frankreichs werden Ew. Majestät alle Schwierigkeiten glücklich überwinden; kein Mißtrauen der Völker, auch nicht Englands, wird Ihnen hemmend entgegentreten, denn alle in die Rumpelkammer des Mittelalters gehörenden Eroberungsgelüste werden Ihnen fern bleiben; der Gottesgeist der Freiheit wird Sie davor bewahren und Sie stets die wahren Interessen der Völker finden und fördern lassen. Das Wort „Zu spät" hat oft eine große Rolle in der Geschichte gespielt. Denken Sie an das herbe Geschick Ihres Onkels. Geben Sie Frankreich seine Freiheiten wieder ehe das zermalmende „Zu spät" auch an Sie herangetreten ist und Ihre Macht durch die allgerechte Vergeltung ihre Endschaft für immer erreicht hat. — Der Brief ist vom 22. Octbr. datirt und soll laut Vernehmen wirklich in die Hände des Kaisers gelangt sein.

## Italien.

Die Blätter bringen die langen Protestationen der Bischöfe von Umbrien und der Romagna gegen das Gesetz des Cultusministers über das königliche Exequatur. Man fährt fort, in allen Provinzen Italiens Klöster aufzuheben und erwartet in der nächsten Parlaments-Session das Gesetz über die vollständige Aufhebung aller Rechte der todten Hand und die Einziehung des gesammten Kirchenguts. Keine Macht, selbst die nicht einer Restauration, wird mehr im Stande sein, die Umwälzung zu beseitigen, welche das italienische Kirchengut erfahren hat. In wenig Jahren wird es verschwunden sein und nur noch als ein historischer Titel an Kirchen und ausgestorbenen Klöstern haften.

## Türkei.

**Bucharest**, 15./3. Novbr. Heute ward die Kammer eröffnet durch den Fürsten Cusa. Die Thronrede fordert Einigung der Parteien und Vertrauen zwischen Regierung und Volksvertretung; verspricht Gesetzentwürfe über Regelung der Bauernverhältnisse, Wahlgesetzerweiterung, Unterrichtsregelung, Eisenbahnbauten, Entschädigung für die Stadt Jassy.

## Asien.

**Aegypten.** Die neue Nilquellen-Expedition unter Miani's Leitung kommt zu Stande. Die österreichische Regierung hat, wie die Wiener Gen.-Corresp. meldet, dem auch nach Specke's Enthüllungen noch immer nicht vollständig gelöst'en uralten Räthsel des caput Nili ihre volle Aufmerksamkeit zugewandt. Die Gen.-Corresp. fügt hinzu: „Es soll wie uns von competenter Seite versichert wird, über ein von Miani selbst eingebrachtes Majestäts-Gesuch, in welchem für die von ihm beabsichtigte Expedition die Unterstützung Oesterreichs erbeten wurde, auch bereits eine Allerhöchste Entschließung erflossen sein, mit welcher dem Reisenden Giacomo Miani für den Fall, als die von ihm beabsichtigte Expedition zu Stande kommen sollte, nebst der Ausfolgung der von ihm zu diesem Zwecke erbetenen Waffen und Munition auch die Gewährung eines bedeutenden Unterstützung-Betrages aus Staatsmitteln zugestanden wird, welche Auslage der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen sein wird. Durch diese Munificenz des Monarchen Oesterreichs dürfte die neue Miani'sche Nilquellen-Expedition so zu sagen als gesichert zu betrachten sein, und wird dieselbe gewiß von allen Freunden der Wissenschaft um so mehr mit Freuden begrüßt werden, als auch eine möglichst reichhaltige wissenschaftliche Ausbeute dieser Expedition dadurch gesichert sein dürfte, als, wie verlautet, mehrere gelehrte Fachmänner den Vorsatz hegen, sich dieser neuen Expedition anzuschließen." Unsere Leser werden sich erinnern, daß Giacomo Miani zuerst als Anzweifler der Speke'schen Ansprüche, die eigentliche Nilquelle, das caput Nili, entdeckt zu haben, auftrat. Miani suchte aus dem Tagebuche der reisenden Engländer selbst nachzuweisen, daß der von ihnen entdeckte, aus dem Nianza-See entspringende Fluß — Bahr el Abiad — keinesfalls der Nil, sondern ein anderer, auch ihm aus seiner ersten Expedition bekannter Fluß sei. Er beantragte daher zur Constatirung seiner Aussagen eine neue Expedition und richtete damals auch an die Engländer die Aufforderung, daß ihn Jemand auf seiner bevorstehenden zweiten Expedition begleiten wolle, um seiner Zeit von den Ergebnissen Zeugniß geben zu können.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 20./8. Novbr. Im Herrenhaus ward der Entwurf der Adresse an den König und die Preßverordnung angenommen; in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten lehnte die Majorität die Preßverordnung ab. In einer Vorversammlung der liberalen Fractionen ward eine Commission ernannt, um im Abgeordnetenhause einen Antrag in der schleswig-holsteinischen Frage einzubringen.

**Frankfurt a. M.**, 20./8. Novbr. Baden hat die Vollmacht übernommen den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein beim Bundestage zu vertreten.

## Fonds.

Rigaer Börse am 2. Nov./14. Nov. 1863.

| | | | Verkäuf. | Käuf. |
|---|---|---|---|---|
| 6 | % | Inscriptionen | — | — |
| 5 | „ | dito 1. und 2. Anleihe | 90½ | — |
| 5 | „ | dito 5. „ | 89 | — |
| 5 | „ | dito 7. „ | 90½ | — |
| 5 | „ | Reichs-Bank-Billette | 95 | — |
| 4½ | „ | Livländische Pfandbriefe, kündbare | 99 | — |
| 4 | „ | Kurländisch dito kündbare | 98 | — |

## Witterungsbeobachtungen.

7. Novbr., A. St. (19. Novbr.).

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 336,69 | + 1,11 | 0,8 | W | Trüb (4) |
| 2 U. | 336,41 | + 0,80 | 2,8 | W | Trüb (4) |
| 11 U. | 335,49 | − 0,18 | 4,3 | | Trüb (4) |
| Mittel | 336,23 | | 1,95 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 3,39 über dem Mittel, die höchste Temperatur dieses Tages 3,70 i. J. 1849, kleinste — 7,70 im J. 1834. Am Abende etwas Regen. Außerdem in kurzer Zeit abwechselndes Steigen und Sinken des Barometers, wie es seit einiger Zeit stattfindet, ist in der kälteren Jahreszeit stets ein Zeichen großer Aufregung in der Atmosphäre, wenn das Thermometer vom Mittage bis zum Abende nicht sinkt, sondern steigt, es ist noch weiter während der Nacht gestiegen, denn heute um 7 Uhr steht es auf 5,0. Es bildet der November dieses Jahres einen auffallenden Gegensatz zu dem vorjährigen, wo das Barometer sehr hoch und ruhig stand. Ehe bleibende Kälte eintritt, werden noch heftige Stürme hier oder im westlichen und südlichen Europa voraufgehen.

## Fremden-Liste.

Vom 8. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Hr. Reinhold und Hr. Schmitt aus Riga.

№ 608. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 8. Nov. 1863

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Von Einem kaiserlichen Universitätsgerichte zu Dorpat werden nach § 8 der Vorschriften für die Studirenden alle Diejenigen, welche an die Herren: stud. theol. Adolph Oppmann u. Georg Rahr, med. Arnold Hollmann, Hugo Tornius und Arth. Schultz, pharm. Wilh. Francke, Gust. Sorgenfrei, Aug. Tettenborn — aus der Zeit ihres Aufenthalts auf dieser Universität aus irgend einem Grunde herrührende gesetzliche Forderungen haben sollten, aufgefordert, sich damit binnen vier Wochen a dato, sub poena praeclusi, bei dem kaiserlichen Universitätsgerichte zu melden.

Dorpat, 7. November 1863.

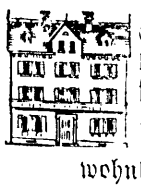
Rector Bidder.

Notär A. L. Wulffius.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Bei **E. J. Karow** ist vorräthig:

**Kurzer Lebensabriß** von Immanuel Gottlieb Kolb, Schulmeister in Dagersheim, nebst einer Sammlung von Betrachtungen, Briefen ꝛc. Von seinen Freunden herausgegeben. 3. Auflage. In Leinen gebunden 1 Rbl. 40 Kop.



Mein am Domberge, dem Schneider Simson gegenüber, auf Erbgrund belegenes **Haus** nebst **Garten** steht zum Verkauf. Der Preis ist 12.000 Rbl.

**Adolph Koch,**
wohnhaft im Hause des Hrn. Johanson hinter dem Rathhause.

## Branntwein

mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft **F. G. Faure.**

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich im ehemals Bürgermeister **Stähr**schen **Hause** (gegenüber der Laakmannschen Buchdruckerei) ein **Verkaufslocal,** zum **stoofweisen** Verkauf verschiedener Gattungen **feiner Branntweine, Liqueure, Rum, Balsam, Bier** und **Meth,** eröffnet habe.

**F. G. Faure.**

### Abreisende.

W. Reinberg, Tischler. (3)

№ 260. Sonnabend, den 9. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Operationen der Reichskreditanstalten II. Reval: Personalnotizen. Aus dem Kaukasus: Einnahme von Dshuba. Warschau: Czachowski's Tod. Niedergeschlagenheit Erhebung in Warschau.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Die militärischen Blätter. Bundeskriegsverfassung. Die Preß-Ordonnanz im Herrenhaus. Köln: Das Alter des Menschengeschlechts Frankfurt: Preußens Unionversuche. Wien: Renan's Leben Jesu. — Belgien. Brüssel: Die Politik des dritten Napoleon. — Großbritannien. London: Russell's Depesche. Liverpool: Reden des Prinzgemahls. Museen zur Hebung der Industrie. Surrogat für Baumwolle. — Frankreich. Paris: Die Bank-direction. Gewehre für Juarez. Arbeitsministerium. Bureausitzungen. Crédit théâtral. Römische Frage. — Spanien. Melilla: Muley el-Abbas. — **Neuere Nachrichten. — Telegramme.**
**Ein Tagebuch des Grafen Kankrin VIII. — Monatsbericht der gel. estn. Gesellschaft. — Locales.**

## Inländischer Theil.

— c. **Dorpat**, 9. Novbr. Der Rede des Finanzministers über die Thätigkeit der Reichscreditanstalten entnehmen wir ferner (vergl. Nr. 257) Folgendes: 1) Im Laufe des Jahres 1862 wurden 55 Communalbanken gegründet, so daß die Zahl dieser Institute jetzt 74 beträgt. In Moskau wurde eine städtische Hypothekenbank gegründet und ihr gestattet, Hypotheken auch auf solchen Grundstücken zu bestellen, auf denen bereits Hypotheken der Reichscreditanstalten lasteten, jedoch nur unter der Bedingung, daß alsdann auch die erste Hypothek auf die Hypothekenbank übertragen werde. (Nach dem bisher geltenden Rechte konnte ein Immobil nur einmal verpfändet werden. Durch diese Bestimmung erhält die Moskauer Hypothekenbank das Privilegium in jenem besonderen Falle eine zweite Hypothek zu bestellen.) 2) Am 9. April 1863 wurden die Statuten der „St. Petersburger Gesellschaft gegenseitigen Credits" bestätigt. In die Zahl der Mitglieder dieser Gesellschaft können nur aufgenommen werden Personen, die als „zuverlässig" (wol in der Bedeutung, die dieses Wort, oder etwa der Ausdruck „sicher", bei Kaufleuten hat). Jedes Mitglied stellt eine Obligation aus auf die Summe des ihm eröffneten Credits und trägt 10% dieser Summe baar ein zur Bildung eines Betriebscapitals. Die Leitung der Geschäfte haben gewählte Directore und Deputirte, von ihnen wird das Maß des den einzelnen Mitgliedern zu eröffnenden Credits bestimmt. Der Gewinn wird nach dem Maß der Betheiligung unter die Mitglieder vertheilt. Die Wechsel dieser Gesellschaft werden von der Reichsbank discontirt und zahlen ½% weniger als alle andere. 3) Die Regeln, nach denen bisher die zwangsweise Tilgung der Hypothekenschulden von Landgütern auf denen Bauern angesiedelt sind vor sich ging, sind dahin abgeändert worden, daß als nächstes Object der Hypothek das Hofesland betrachtet werden soll, das Bauerland erst dann, wenn ersteres zur Tilgung der Hypothek nicht hinreicht. Wenn der öffentliche Verkauf des verhypothecirten Gutes nicht zu Stande kommt, wird bei größern Gütern die Bankschuld aus dem für das Bauerland gebührenden Auskaufsdarlehen zurückbehalten; bei kleineren Gütern werden die Bauern zu Reichsbauern gemacht, und die Bankschuld wird aus der dem Besitzer in solchen Fällen als Ersatz zustehenden Summe getilgt. 4) Bis jetzt sind bei dem Haupt-Auskaufs-Etablissement 9007 Auskaufsconventionen eingegangen; davon sind 6019 bereits bestätigt worden; bei diesen sind 737.710 Bauern mit einem Landantheil von 2.449.529 Dessätinen betheiligt, und die dafür berechneten Auskaufsdarlehen betragen 76.922.282 Rbl., von welchen 70.348.887 Rbl. und nach Abzug der Bankschulden 35.540.232 Rbl. zur Auszahlung bestätigt worden sind. Den Schluß der Rede des Finanzministers bildet eine Uebersicht des Bestandes der Reichscreditanstalten vom Schluß 1861 bis zum Schluß 1862. Den Rechenschaftsbericht der Bank haben wir bereits besprochen. Die Berichte der St. Petersburger und Moskauer Sparcassen und Depositenbanken übergehen wir und wollen nur noch den Bericht der Reichsschuldentilgungscommission mittheilen:

Im Jahre 1862 betrugen die in das Reichsschuldenbuch eingetragenen Schulden.

1. Terminschulden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aeußere | 5-proc. | 38.121.000 | holl. Gld. |
| | 4½-proc. | 10.790.000 | Pf. Strl. |
| | 4-proc. | 40.375.000 | Rbl. |
| | 5-proc. | 13.959.500 | Rbl. |

2. Terminlose Schulden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| a. Aeußere | 5-proc. | 166.774.400 | Rbl. |
| | 3-proc. | 7.000.000 | Pf. Strl. |
| b. Innere | 6-proc. | 50.663.700 | Rbl. |
| | 4-proc. (in unlösbaren Zinsen tragenden Reichsbilleten) | 147.245.714 | Rbl. |
| | Im Ganzen | 556.141.949 | Rbl. |

Im Jahre 1862 wurden neu in das Reichsschuldenbuch in die Rubrik der terminlosen Schulden eingeschrieben:

| | | |
|---|---|---|
| a. die 7. 5-proc. Anleihe eröffnet auf Grund des Allerh. Befehls vom 15. April 1862 | 15.000.000 | Pf. Strl. |
| b. Summen in ununterbrochen Zinsen tragenden Reichsbilleten | 3.597.716 | Rbl. |

Von den Terminschulden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aeußere | 5-proc. | 2.544.000 | Guld. |
| | 4½-proc. | 200.800 | Pf. Strl. |
| | 4-proc. | 1.675.000 | Rbl. |
| | 5-proc. | 695.000 | Rbl. |

Von den terminlosen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aeußere | 5-proc. | 2.128.120 | Rbl. |
| | 3-proc. | 66.800 | Pf. Strl. |
| Innere | 6-proc. | 843.662 | Rbl. |

Hiernach blieben zum Jahre 1863 folgende Schulden:

1. Terminschulden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aeußere | 5-proc. | 35.577.000 | Guld. |
| | 4½-proc. | 10.590.000 | Pf. Strl. |
| | 4-proc. | 38.700.000 | Rbl. |
| | 5-proc. | 13.264.500 | Rbl. |

5. Terminlose Schulden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aeußere | 5-proc. | 164.646.280 | Rbl. |
| | 5-proc. (von der 7. Anleihe) | 15.000.000 | Pf. Strl. |
| | 3-proc. | 6.933.200 | Pf. Strl. |
| Innere | 6-proc. | 49.820.108 | Rbl. |
| | 4-proc. (in ununterbrochen Zinsen tragenden Reichsbilleten) | 150.843.430 | Rbl. |
| | Im Ganzen | 648.514,505 | Rbl. |
| | Gegen 1861 mehr | 92.372.556 | Rbl. |

Im Jahre 1862 gingen bei der Reichsschulden-Tilgungs-Commission zur Bezahlung von Termin- und terminlosen Schulden und zu anderen Ausgaben 37.801,039 Rbl. ein, welche der Bestimmung gemäß verwendet wurden.

**Reval.** (Rev. Ztg.) Kürzlich ist auf seinem Gute Kaltenbronn der verabschiedete estländische Landrath Baron Stackelberg verstorben.

— Angestellt: der dimitt. Cornet Baron Peter v. Stackelberg, als jüngerer Beamte für besondere Aufträge beim Estländischen Gouvernements-Chef.

Nachrichten aus dem **Kaukasus**. Der Russ. Inv. theilt folgende telegraphische Nachricht mit: Am 24. Octbr. wurde Dshuba genommen. In dem hierbei vorgefallenen kurzen, aber heißen Gefecht wurden auf unserer Seite 3 Mann getödtet, 1 Officier und 11 Soldaten verwundet. Dem Feinde wurden 5 Geschütze abgenommen. Weitere Details werden nicht mitgetheilt; es ergiebt sich aber aus der Nachricht, daß die militärischen Operationen nunmehr auch den letzten von uns noch nicht besetzten Theil des Kaukasus, nämlich den Uferstrich zwischen den Flüssen Pschada und Bsib umfassen. Die genommenen Geschütze gehören wahrscheinlich zur Zahl derjenigen, welche den Bergvölkern durch den Eifer des Kapit. Magnan und seiner Genossen zugestellt worden sind.

Dem Голосъ schreibt man aus **Warschau** vom 30. October: Der Tod Czachowski's, in dem die Aufständischen die Hauptstütze des Aufstandes sahen, ist officiell bestätigt; der Monat October ist für die Aufständischen besonders unglücklich gewesen: die galizischen Banden sind sämmtlich vernichtet, bedeutende Agenten der Nationalregierung sind verhaftet worden. Die Hoffnungen auf die Rede des Kaisers Napoleon sind auch vergeblich gewesen, in derselben ist keine Anerkennung der Aufrührer als kriegführender Macht erfolgt. In Galizien und Posen soll die Niedergeschlagenheit und Verwirrung allgemein sein. Es heißt die Nationalregierung werde eine Erhebung in Warschau selbst versuchen, doch dürfte dieser Versuch wol mißlingen. — Die Trauerkleider sind von den Straßen verschwunden. Die von

der Contribution noch rückständigen 60.000 R. werden durch militärische Execution unter Erhöhung bis zu 16 % der Einnahmen beigetrieben.

— Wie dem Invaliden geschrieben wird hat man im Plotzkischen Gouv. einen gewissen Smolinski gefangen und bei ihm 250 Todesurtheile gefunden. Er scheint die Leitung der Hängegensdarmen im Gouv. Plotzk gehabt zu haben.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 16./4. Novbr. Die Militärfrage beschäftigt wieder die Gemüther, nicht allein, weil gerade alle jungen Männer persönlich von deren Lösung berührt werden, sondern namentlich weil Niemand ahnt, welche neuen Grundsätze die Vorlage der Regierung an das Abgeordnetenhaus aufstellen wird. Man hofft vielleicht zu sanguinisch auf Gewährung der zweijährigen Dienstzeit. Von Interesse sind dabei die Aeußerungen der „militärischen Blätter," des Organs der blauröckigen Partei unter den Officieren, welche mit dem jetzigen König endlich leider die Oberhand im Kriegswesen gewann und deren Hauptziel die Reorganisation ist, um mit derselben das Drillsystem zu seiner höchsten Blüthe zu bringen und durch dieselbe eine möglichst zahlreiche Mannschaft für Kaserne und Parade zur Verfügung zu haben. Freilich suchen die „militärischen Blätter" in freien Phantasien edlere Zwecke in Aussicht zu nehmen. Statt sich ihrer Bestimmung und ihrem Leserkreis entsprechend mit technischen Militärfragen zu beschäftigen, treiben sie mit Vorliebe hohe Politik. In ihrer Nummer 43 vom 22. Oct. bringen die „Militärischen Blätter" einen Artikel über die Bundeskriegsverfassung, der das Ei des Columbus in der deutschen Frage entdeckt. Der Artikel enthält in der unverblümtesten Sprache practische Vorschläge zur Annectirung Deutschlands an Preußen. Es wird darauf hingewiesen daß viele unter den Mittelstaaten bei jeder Gelegenheit mit dem Reichsfeind gehalten hätten. Das könne wieder vorkommen, und deßhalb müsse denselben der Befehl über ihre Bundescontingente entzogen und die letzteren unter preußische Führung gestellt werden. Es sei dies, meinen die „Militärischen Blätter," der einfachste Weg zur Herstellung der deutschen Einheit nach außen. Und der einfachste Weg zur preußischen Spitze — fügen wir hinzu; vorausgesetzt daß die Könige von Baiern, Sachsen, Hannover und Württemberg, die Großherzoge und Herzoge so liebenswürdig und gefällig gegen Preußen sind ihre Truppen unter preußischen Befehl zu stellen.

— Die fünfte Commission des Herrenhauses (Berichterstatter Dr. v. Daniels) hat bezüglich der Verordnung vom 1. Juni c., das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften betr., Bericht erstattet. Nach Inhalt des Berichts bezogen sich die der Berathung in der Commission beiwohnenden Commissarien der königlichen Staatsregierung zur Rechtfertigung des Erlasses der Verordnung, auf den Inhalt der mit derselben vorgelegten Denkschrift, und glaubten sich für jetzt einer Begründung enthalten zu können, indem die dieser Verordnung vorangegangenen täglichen Ausschreitungen der Zeitungspresse durch ihre Offenkundigkeit jede weitere Beweisführung für das Bestehen eines die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit gefährdenden ungewöhnlichen Nothstandes entbehrlich machen dürften. Diese Ansicht fand in der Commission mehrseitig Unterstützung. Insbesondere wurde thatsächlich angeführt: eine der Achtung vor jeder festen staatlichen Ordnung, und vor den Persönlichkeiten, welche zu ihrer Aufrechterhaltung mitzuwirken haben, entschieden feindliche Haltung der Mehrzahl vielgelesener inländischer Blätter habe schon im Mai v. J. einen Theil der Mitglieder des Hauses zu dem Entschlusse bestimmt, in einem einzubringenden besonderen Antrage dem Herrenhause zur Erwägung zu stellen, ob nicht die königliche Staatsregierung zu ersuchen sei, an beide Häuser des Landtages eine wider fortgesetzten Mißbrauch gerichtete Vorlage gelangen zu lassen. Während der hierüber eingeleiteten Besprechungen sei durch bekannte Zwischenvorfälle die Schließung des Landtages herbeigeführt worden. Es könnte daher nur mit Dank als eine dem Lande erwiesene Wohlthat anerkannt werden, wenn die Regierung des Königs für angemessen erachtet habe, den dringenden Uebelständen, durch welche der Frieden im Lande, das Ansehen der öffentlichen Behörden untergrabenden staatsfeindlichen Einflüssen täglich ausgesetzt war, durch geeignete Vorschriften bis dahin eine Schranke zu setzen, daß beide Häuser des Landtages nach ihrer Wiedereröffnung in der Lage sein würden, gesetzlichen Anordnungen ihre Zustimmung zu geben, durch welche der verkommene Zustand der Zeitungspresse bleibend gebessert und Ueberschreitungen vorgebeugt werden könne, welche zu verhindern die bestehenden Gesetze sich als unzulänglich erwiesen hätten. Nach eingehender Besprechung der mitgetheilten Erfahrungen und Ansichten wurden die Fragen, ob den Förmlichkeitsbedingungen genügt worden sei, unter welchen nach Artikel 63 der Verfassungs-Urkunde die Verordnung vom 1. Juni 1863 mit Gesetzeskraft erlassen und in Ausführung gebracht werden konnte, und ob die thatsächlichen Bedingungen als vorhanden anzuerkennen seien, welche der Artikel 63 zu den Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft voraussetze, bejaht und schließlich, nach Prüfung des Inhalts der Verordnung, der Antrag gestellt: das Herrenhaus wolle beschließen: 1) der auf Grund des Artikels 63 der Verfassungs-Urkunde erlassenen Verordnung vom 1. Juni d. J. über das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen; 2) auszusprechen, daß es ein dringendes Bedürfniß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und der staatlichen Ordnung sei, die Verordnung so lange in Wirksamkeit zu erhalten, bis mit Zustimmung beider Häuser des Landtags anstatt derselben andere gesetzliche Bestimmungen in Wirksamkeit treten können. Der Antrag wurde vom Herrenhause angenommen.

**Köln**, 13./1. November. Zwei eben so wichtige als interessante Fragen, welche nach ihrem Wesen in einander spielen, beschäftigen in neuester Zeit sehr die Naturforscher, und an ihrer Entscheidung betheiligt sich gewiß auch gern jeder denkende Kopf. Die eine betrifft das Alter des Menschengeschlechts und insbesondere, ob der Mensch schon mit den ausgestorbenen großen Säugethieren, den Mammuthen, nicht mehr existirenden Rhinocerossen, Hippopotamen, Höhlenbären 2c. gleichzeitig gelebt habe; die andere aber gilt der Entstehung der Arten und ihrer Uebergänge in einander bei Thieren und Pflanzen, welche bei ihrer völlig consequenten Durchführung den Menschen von den organisch am meisten ausgebildeten Affen möchte abstammen lassen. Die erste Frage ist vorzüglich hervorgerufen worden durch die Entdeckung von Producten der menschlichen Ur-Industrie, steinernen Aexten und Keilen und ähnlichen Werkzeugen, und zuletzt sogar von Menschenknochen, bei Amiens und Abbeville in Frankreich in denselben Diluvial-Schichten, in welchen auch Knochen jener vorweltlichen Thiere vorkommen, durch die analogen und andere Funde bei den sogenannten Pfahlbauten in den schweizer und italienischen Seen, desgleichen in den Torfmooren der dänischen Inseln und den großen Ablagerungen an den Ostküsten von Dänemark, welche aus Austern- und anderen Muschelschalen, Knochenresten, Steinwaffen 2c. bestehen und unter dem Namen der Kjäckenmöddinger (Küchenabfall) bezeichnet werden. Am tiefsten hierauf eingehend, zugleich aber auch die zweite Frage scharf im Auge haltend, hat sich der geistreiche Geologe Charles Lyell in seinem schon sehr bekannten Buche: „The Antiquity of man", damit beschäftigt, und seit seiner Erscheinung kommen Verhandlungen über diese Gegenstände ungemein häufig in der Akademie der Wissenschaften zu Paris war, neue Entdeckungen auf diesem Gebiete, aber auch Widersprüche und dergl. Darwin's wichtige Beobachtungen und Folgerungen, welche in dessen Buche über die Entstehung der Arten niedergelegt sind, erzeugten vorzüglich die vielfache lebendige Besprechung der zweiten Frage in der neuesten Zeit, und auch auf diesem Felde sind gleichfalls sehr viele Widersprüche, Zweifel und dergleichen entstanden. Wir heben aber hier diese Bedeutung hervor, um auf einige neue Erscheinungen über beide Gegenstände die Aufmerksamkeit zu lenken, mit welchen jüngst die deutsche Literatur bereichert worden ist. Es sind folgende, welche sämmtlich ihrer Wichtigkeit wegen einen großen Leserkreis verdienen: 1) Vorlesungen über den Menschen, seine Stellung in der Schöpfung und in der Geschichte der Erde von Carl Vogt. Gießen, 1863. 2) Das Alter des Menschengeschlechts, die Entstehung der Arten und die Stellung des Menschen in der Natur. Drei Vorträge für gebildete Laien von M. J. Schleiden, Dr. Leipzig, 1863. 2) Zeugnisse für die Stellung des Menschen in der Natur von Thomas Henry Huxley. Aus dem Englischen übursetzt von J. Victor Carus. Braunschweig, 1863. (Köln. Z.)

**Frankfurt a. M**, 15./3. Nov. Die für Oesterreich gestimmten Blätter suchen immer wieder die verunglückte Reformacte in Erinnerung zu bringen. Zu diesem Zwecke weisen sie namentlich auf die gleichen mißlungenen Versuche Preußens hin; vergessen dabei aber, daß es nur einmal gelang, alle deutschen Elemente so zu concentriren, daß wenigstens alle Gegensätze zu Tage traten und dies war, als 1848 die Anregung vom deutschen Volke kam. Freilich dreimal schon hat Preußen versucht eine Union mit dem übrigen Deutschland unter Ausschluß Oesterreichs zu gründen: in dem deutschen Fürstenbund Friedrichs des Großen 1785, in dem Project des norddeutschen Reichsbundes 1806, und in dem Erfurter Bündniß vom 26. Mai 1849. Der erstere mißglückte, obgleich von dem größten König Preußens unternommen; der norddeutsche Reichsbund zerfiel, obgleich von Napoleon selbst scheinbar unterstützt; das Erfurter Bündniß löste in Olmütz sich auf, nachdem in Erfurt eine parlamentarische Schaustellung stattgefunden, zu der auch die badischen Deputirten mitgeholfen hatten. Und heute sind alle drei Versuche vergessen und verachtet, während das Jahr 1813, als Preußen mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland Hand in Hand ging, mit unvergänglichem Lorbeer geschmückt sein wird. Damals stand Preußen an der Spitze von Deutschland, ernst und todesmuthig, in „Eisen und Blut," umjubelt von Europa; die Namen Blücher, Stein, York, Scharnhorst und Gneisenau waren die stolzesten Namen unsers Volks, und Körner, Schenkendorf, Rückert und Arndt hatten zeitweise selbst die größten deutschen Genien in den Hintergrund gedrängt. Wie viel mächtiger sind diese Erinnerungen die noch nach fünfzig Jahren forttönen, als jene verunglückten Strebungen einer von Deutschland sich absondernden Politik, die mit Unfruchtbarkeit geschlagen waren, und immer wieder sich als unfruchtbar erweisen werden, welchen Namen man ihnen auch geben möge.

**Wien.** Die Radicalen arbeiten hier durchaus nicht bloß auf politischem, sondern auch — und besonders — auf religiösem Gebiete. Das Buch „Leben Jesu" von Renan kam ihnen dazu sehr erwünscht; rasch war es in mehreren deutschen Ausgaben hier erschienen und eben so rasch standen überall Agenten und Colporteure bereit, um es in unsere entlegensten Thäler zu bringen. Es sieht fast so aus, als ob eine geheime Gesellschaft hier diese Verbreitung in die Hand genommen hätte. Thatsache ist es wenigstens, daß solche Colporteure, die in den betreffenden Gegenden bis dahin noch niemals gesehen waren, das umfangreiche Buch, neu und gebunden, viel billiger ausboten und verkauften, als es im Buchladen kostet. Auf diese Weise ist es selbst in die entlegensten Mühlen und Berghütten gekommen. Ueberall, in den kleinsten Städten, findet man es an den Buchläden ausgestellt und in dem eleganten Ischl war es während der Sommersaison als Ba-

delectüre zu haben! Von der einen Ausgabe wird so eben die siebente Auflage angekündigt. Das ‚Vaterland' verlangte von der Regierung das Verbot des Buchs, und von einer Seite soll wirklich an solch eine Maßregel gedacht worden sein; doch fand sie beim Cardinal v. Rauscher keine Unterstützung. Man erinnert bei dieser Gelegenheit daran, daß August Neander in seinem berühmten Gutachten über das Buch von David Strauß auch nur darum sich gegen das Verbot erklärte, weil das Buch wegen seiner Sprache nur Männern der Wissenschaft zugänglich sei. Uebrigens erklärte Neander bei jener Gelegenheit, Strauß hätte besser gethan, wenn er das Buch in lateinischer Sprache geschrieben hätte. Das Buch Renans ist aber im Romanstyl abgefaßt und rechnet gerade auf nicht wissenschaftliche Leser.

## Belgien.

**Brüssel.** Mit dem Gelangen Napoleons III. zur obersten Gewalt in Frankreich ist ein Element der Unruhe und Unstätigkeit in die europäische Politik gekommen, das um so störender auf einen jeden politischen Calcul einwirkt, als es selbst unberechenbar ist. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die neu-napoleonische Staatskunst sehr wesentlich von der alten. Die Politik des ersten Napoleon war stürmisch und im äußersten Maße gewaltthätig. Das Feuer der Leidenschaft flackerte in ihr. Sie ließ sich keine Grenze setzen, und schien ihre Aufgabe darin zu erkennen, auch die letzten niederzustürzen. Im tieferen Sinne war sie planlos; eine consequente Idee lebte nicht in ihr. Allein sie war bei dem Allen nicht in dem Maße widerspruchsvoll und schwankend, wie die jetzige. Und das Letztere schon aus dem Grunde nicht, weil Schwanken doch stets Schwäche involvirt. Die heutige hat nichts von dem Ungestüm der Vorgängerin; im Gegentheil geht sie behutsam und voll Ueberlegung vor. Sie ist auch nicht arm an Combinationen. Zu dem am tiefsten durchdachten gehören vielleicht die auf den Orient Bezug nehmenden, welche in dem Suezcanal ihre Mitte haben, und die, wenn immerhin die Kritik nicht aushaltenden, weil auf falschen Voraussetzungen beruhenden, aber andererseits schwungvollen und großartigen, für welche die mexicanische Angelegenheit den Anknüpfungspunct darbietet. Aber was man vermißt, das ist eine feste Entschließung in Betreff des zur Erreichung des Ziels einzuschlagenden Weges. Das neu-napoleonische Frankreich hat auf allen denkbaren bereits vorwärts zu kommen gesucht; aber sobald es eine Richtung anscheinend mit Ernst und Entschiedenheit gewählt, ist es stets in unerwarteter Weise von ihr abgesprungen. Seit dem italienischen Kriege bietet im Ganzen und Großen die französische Politik nur den Anblick eines Lavirsystems dar, eines Hin- und Herkreuzens, bei dem sie thatsächlich wenig vorwärts gekommen ist. Im Anfang konnte man sich täuschen lassen und voraussetzen, daß dies Schwanken ein gemachtes und auf irgend eine große Täuschung berechnet war; heute zweifelt Niemand mehr an seinem Motiv, welches der vollkommenste Mangel an Entschiedenheit und an der Fähigkeit, einen Entschluß zu fassen, ist. An dieser Unfähigkeit aber wird und muß das System untergehen. Zunächst erwarten wir seine Fortsetzung, aber zugleich eine Steigerung der schon heute für seinen Träger daraus erwachsenden Verlegenheiten. Wir sahen letztlich dieselben so hoch anschwellen, daß sie nicht anders balancirt werden können, als durch einen entscheidenden Entschluß, und ziemlich sicher halten wir die Annahme, daß, nachdem so viele Gelegenheiten, eine entschiedene Politik zu verfolgen, versäumt worden sind, diejenige, zu der man im Drange wird greifen müssen, keine ersprießliche sein werde. Frankreich strebt im schwebenden Augenblick unter der Leitung der Hand, welche es seit fünfzehn Jahren führt, eine enge Verbindung mit Oesterreich an. Es setzt sich damit in den schroffsten Gegensatz zu dem, was ihm noch vor wenigen Jahren vor Allem als erreichenswerth geschienen. Denn wie man auch über die mehr auf den Schein als Thatsachen berechnete Wendung, welche seit dem Februarpatent in Wien eingetreten ist, denken mag: im Grunde genommen ist die Habsburgische Monarchie heute noch der conservativste Staat in Europa und er wird es, aller Wahrscheinlichkeit nach, bleiben. Um dieses Gegensatzes willen wird und muß die französisch-österreichische Combination nur ein Versuch bleiben, und es fragt sich: was dann? Für einen großen Staat und namentlich für eine Weltmacht, insbesondere aber für eine auf Action angewiesene, wie Frankreich sie ist, bedeutet politischer Credit nicht weniger wie finanzieller. Denn kein Staat, wie mächtig er auch sei, kann in dem heutigen Europa aus eigener Wahl ein System zur Geltung bringen oder große Thaten ausführen, eine Macht, welche der Handlung bedarf, hat mithin auch um so mehr ein starkes Allianzbedürfniß. Wie aber Verbündete finden, wenn man alle vorher täuschte? Wie vor der Isolirung sich retten, wenn man keinen politischen Credit hat? Es ist schon von anderer Seite her dem neu-französischen Kaiserreich vorausgesagt worden, daß es in Folge der herrschenden Verschwendung, in dem Zusammenbrechen seines finanziellen Credits sein Ende finden werde. Wir unsererseits sehen die Schwächung seines politischen Credits als eine noch viel bedeutendere Gefahr an, und eben in diesem Sinne erscheint uns die Schwenkung auf Oesterreich hin bedeutungs- und verhängnißvoll.

## Großbritannien.

**London**, 13./1. Nov. Earl Russell's letzte Depesche über den poln. Aufstand und Kaiser Napoleon's Einladung zu einem europäischen Congresse beschäftigen den leitenden Theil der heutigen Times, und je öfter sie auf die ihrer Ansicht nach verfehlte Politik Earl Russell's zurückkommt, desto schärfer wird ihre Sprache. „Der Bär", sagt sie, „hält sein Opfer in den Armen fest, und die Umstehenden, die „Pfui der Schande" über ihn gerufen und mit Speeren gedroht, hüllen sich in ihre Mäntel und ziehen sich in wenig würdevollem Zorne zurück, wie er seine langen Zähne zeigt. Earl Russell hat diese unvermeidliche Rückzugs-Ceremonie zuerst vollzogen, und er hat es in dieser kurzen und schmollenden Depesche gethan, die das lahmste und ohnmächtigste Ende einer übel berathenen Politik ist. Wir haben Rußland zu einem großen diplomatischen Triumph verholfen. Wir haben ihm die Hand zu bösen Thaten gestärkt. Wir haben ihm gezeigt, wie hohl die Einmischungs-Drohungen, wie abgestanden die bloßen Sympathie-Bezeigungen sind. Wir haben es gereizt bis zu dem Puncte, wo Grausamkeit und Unterdrückung sich in seinen Augen mit der Nationalehre identificiren, und in dieser Stimmung lassen wir es, einen mürrischen Abschied nehmend, mit seinem Opfer allein. Dieses Ende war nur zu natürlich. Der Ton des Zwanges, den wir angenommen, hatte nur eine einzige Aussicht auf Erfolg, und diese Aussicht lag in der vorausgesetzten Feigheit russischer Staatsmänner. Es war eben eine Möglichkeit vorhanden, daß die Russen sich durch Einschüchterung zur Barmherzigkeit bewegen lassen würden; aber die Speculation auf den Kleinmuth eines Gegners ist nicht klug und gilt im Allgemeinen nicht für lobenswerth. Die Russen geriethen nicht vor Angst von Sinnen, sondern behielten Verstand genug, zu sehen, daß in Earl Russell's Worten keine wirkliche Gefahr liegen konnte. Sehr wenig Nachdenken gehörte dazu, einzusehen, daß England und Oesterreich sich nicht durch Frankreich verleiten lassen würden, Krieg mit Rußland anzufangen, um ein zweites Frankreich im Osten Europa's zu gründen. Die Drohung glich der eines reichen und menschlich gesinnten Hausbesitzers, seinem Nachbar, wenn er fortführe, seine Dienstboten zu mißhandeln, das Dach über dem Kopfe anzuzünden. Der entrüstete reiche Mann wird sich vermuthlich eines Besseren besinnen, wenn er sich Zeit nimmt, die Folgen zu bedenken. Earl Russell führte die Sprache Frankreichs, ohne die Interessen oder ferner liegenden Ziele Frankreichs zu haben. Da England nie die Absicht hatte, sich zu einem solchen Kreuzzuge verführen zu lassen, so vertrug sich der französische Ton, den wir annahmen, weder mit unserem Interesse noch mit unserem Ansehen. Auch der Kaiser beging einen Fehler. Ungewitzigt durch das neuliche Ereigniß der mexicanischen Liga, wähnte er immer noch seine Alliirten zu einem Kriege mit Rußland bewegen zu können. Aber er zieht sich mit größerem Geschick oder mit mehr Rücksicht für den Schein aus der Klemme. Er giebt sich nicht offen geschlagen, sondern deckt seinen Rückzug durch den Congreß-Vorschlag. Vielleicht hegt er noch eine letzte Hoffnung; vielleicht denkt er, daß die Russen Europa — — — — — — — — über alle politische Berechnung hinaus erbittern und ihn in Stand setzen werden, die Mächte mit sich fortzureißen. Die Depesche Earl Russell's ist ein offenes Geständniß des Mißlingens; die Rede des Kaisers, so weit sie sich auf Polen bezieht, verschiebt die Entscheidung. Oesterreich, das weniger Kundgebungen machte und es mit seinen Sympathieen weniger ernst meinte, hat etwas weniger zurückzunehmen. Wenn Rußland klug und nicht bloß diplomatisch gewandt ist, wird es diese große Gelegenheit zu anderen Zwecken, als zu einem bloßen brutalen Triumph über die Meinung der Welt benutzen. — — — — — — — — — — — — — — — **Eine Nation** kann auch durch andere Gewalten, als die der Waffen, ihre Stellung in der Welt einbüßen, und Rußland wird immerhin finden, daß sein wahres Interesse darin liegt, eine barmherzige Politik zu befolgen, selbst wenn keine Macht es dazu zwingen kann."

**Liverpool**, 13./1. Novbr. In Bremen ist eine autorisirte Uebersetzung der Reden des Prinzen Albert erschienen. — In England mehren sich die Museen, welche nicht allein durch ihre Sammlungen zur Hebung der Industrie den Geschmack der Handwerker bilden wollen, sondern mit denselben zugleich Lehranstalten für artistischen Unterricht verbinden. Daneben bewährt sich als Mittel die Besitzthümer der Museen gemeinnützig zu machen der Verkauf von Photographieen. Im Kensington Museum kostet z. B. ein Bild unter 40 Quadratzoll 5 Pence; bei größeren Bildern steigt der Preis mit jedem Zuwachs von 20 Quadratzoll um 2½ Pence; eine 70 bis 80 Quadratzoll große Photographie ist also für einen Shilling zu haben, und eine von 500 Quadratzoll (z. B. ein prächtiges Architecturbild von 25" Höhe und 20" Breite) für 3 Gulden. Unter denselben Bedingungen werden durch Vermittlung des Schulraths Photographien verkauft deren Negativplatten im Besitz des brittischen Museums, des Kriegsministeriums ꝛc. sind. Ferner kann von jedem dem Kensington-Museum, dem Sydenhampalast, dem brittischen Museum, der Nationalgallerie oder der Hamptoncourt-Gallerie angehörigen Gegenstand eine photographische Aufnahme bei der Agentur des Schulraths bestellt werden. Auf diese Weise verschaffen sich namentlich Gewerbschulen Zeichnungen von Modellen ꝛc. Will jemand sich Zeichnungen nach Gegenständen des Museums anfertigen, so findet er die Gelegenheit dazu an den drei „Studientagen" der Woche. Der ihm angewiesene Platz ist für das Zeichnen zweckmäßig vorgerichtet, und erhält Abends eine besondere Beleuchtung. Der Zeichner hat außer der an „Students days" bestehenden Eintrittsgebühr für einen nach seinen Arbeitsplatz gebrachten Gegenstand der Sammlung 6 Pence, für mehrere Gegenstände zusammen 1 Shilling zu entrichten. — Wie der Liverpool Mercury mittheilt, hat ein Liverpoler Haus ein „Surrogat für Baumwolle" erfunden, welches an Feinheit, Elasticität, Stärke und Faserlänge indischer Baumwolle zum wenigsten gleichsteht und in beliebig hoher Quantität zu 6 P. per Pud producirt werden kann. Es ist in Frankreich patentirt worden und seine Nützlichkeit und Brauchbarkeit sind so in die Augen springend, daß der Minister des Innern seine Absicht erklärt hat, die Verbreitung desselben aus allen Kräften zu befördern.

## Frankreich.

Paris, 13./1. Novbr. Die Bank-Direction hatte schon in ihrer Wochensitzung vom vorigen Donnerstag nicht geringe Lust gefühlt, zu einer weiteren Erhöhung des Disconto's zu schreiten; die Maßregel wäre dann mit der Eröffnung des gesetzgebenden Körpers zusammengefallen. Man wünscht in den höheren Regionen ein Zusammentreffen zu vermeiden, das den anfänglich verstimmenden Eindruck der Kaiserrede nur noch zu verschlimmern geeignet gewesen wäre. Diese Rücksicht lag gestern nicht mehr vor, da die Börse sich immer mehr zu einer freundlicheren Auffassung der politischen Lage neigt. Wie entschieden und intensiv diese Wendung ist, hat sich eben gestern glänzend darin gezeigt, daß die gleichzeitig in London und Paris durchgeführte Erhöhung des Bank-Disconto's auf 7 pCt. an der Börse in so fern eindruckslos vorüber ging, als die Weiterentwicklung der seit drei Tagen eingetretenen Hausse-Strömung dadurch keinesfalls aufgehalten wurde. Das besagt hinlänglich, daß, wäre nicht die Geldklemme störend dazwischen gefahren, wir einer ganz ernsten „reprise" beigewohnt hätten. Der Entschluß der Londoner Bank ist natürlich auf deren hiesige Collegin nicht ohne Einfluß geblieben; der heutige Monatsausweis der Bank soll diese Maßregel des Weiteren rechtfertigen. Aus dem Bankausweise erhellt in der That, daß seit dem Vormonate die Baarmittel der Bank noch stärker in Anspruch genommen wurden; der Baarvorrath ist in Paris von 72.7 auf 60 Mill. und in der Provinz von 199.8 auf 145.4 Mill. gefallen, hat also im Ganzen um 67.1 Mill. abgenommen. Die Abnahme ist etwas stärker, als sie durch die Zunahme des Portefeuilles gerechtfertigt schien; letzteres ist nämlich in Paris von 343.7 auf 359.5 und in der Provinz von 275 auf 321.5 Mill., also zusammen um 62.2 Mill. gestiegen. Die Differenz erklärt sich aus dem Rückzuge der privaten Conto-Currents, die in Paris um 12 Mill. abgenommen (dafür aber in der Provinz um 1.8 gestiegen), und aus der Abnahme des Nötenumlaufs, der von 820.6 auf 807.7 Mill. gefallen. Daß derselbe trotzdem noch immer über 800 Mill. beträgt und nahezu den vierfachen Betrag des Metallvorrathes erreicht, zeigt hinlänglich, daß von einer eigentlichen Panique, welche das Papiergeld entwerthete, keine Rede ist, daß also die Bank noch durch manche andere Mittel — z. B. die Ausgabe von 50-Fr.-Noten, zu der das Gesetz von 1857 sie ermächtigt oder eigentlich anhält — zur Verminderung der Geldklemme beitragen könnte, ohne ausschließlich in der steigenden Disconto-Erhöhung die Schutzwehr ihres Metallvorrathes zu suchen.

— Aus Vera-Cruz wird gemeldet, eine von Tampico ausgesandte mobile Colonne habe einen Transport von 213 Kisten mit Gewehren, welche Juarez in England hatte ankaufen lassen, aufgefangen. Das Schiff „Love Bird", das dieselben aus London gebracht, war während des Löschens bei Matamoras von der Dampf-Corvette „Magellan" gekapert worden. Seitdem bewacht der „Forfait" die Küste von Tamaulipas aufs strengste und macht auf alle verdächtigen Schiffe Jagd. — Der Moniteur bringt heute den 24 Spalten füllenden Anfang des Exposés über die Lage des Kaiserreiches. — Das Budget des Arbeits-Ministeriums für das nächste Jahr fordert einen Credit von 59 Millionen, wovon 20 auf Eisenbahnen, 10 auf Seehäfen, 8⅓ auf Pariser Straßen und Boulevards, 9 auf Flüsse, 7 auf Straßenbau ꝛc. verwandt werden sollen. — Da mehrere Blätter mehr oder weniger genaue Einzelheiten aus den Büreau-Sitzungen der Legislative mittheilen zu dürfen geglaubt haben, so mahnt der Moniteur heute daran, doß darin eine ausdrückliche Gesetzes-Uebertretung liege, da die Veröffentlichung solcher Berichte in keinem Falle gestattet sei. Die France bemerkt ihrerseits dazu, daß die Journale diese Praxis schon seit langer Zeit befolgt und sich dabei mit anerkennungswerther Zurückhaltung benommen haben; wünschenswerth würde es sein, daß der Moniteur auch den Wortlaut der Gesetzesstelle mitgetheilt hätte, welche von dem, was in den Büreaux vorgehe, zu sprechen verbiete. — Das „gelbe Buch", welches die diplomatischen Actenstücke enthält, ist, wie die „France" meldet, heute an die Mitglieder des Senats und der Legislative vertheilt worden. Vornan steht das Einladungsschreiben des Kaisers an die Souveraine Europa's. — Man spricht von einem Crédit théatral, der nach dem Systeme des Crédit foncier, Crédit agricolo ꝛc. geschaffen werden soll, um das Zustandekommen freier Theater zu fördern. — Die französische Regierung hat, wie verlautet, in London direct Beschwerde gegen das franzosenfeindliche Auftreten des Missionars Ellis in Madagascar geführt. -- Während der letzteren Zeit herrschte in Rom wieder einige Sorge wegen Frankreichs Plänen auf Italien. Der als so päpstlich geschilderte Herr v. Sartiges hat in Privatgesprächen, wie versichert wird, auf die Nothwendigkeit einer Transaction zwischen Italien und der Curie hingewiesen. Die angebliche politische Mission des Abbé v. Guerry, Pfarrers der Magdaleinen-Kirche bei dem Papste wird zwar in Abrede gestellt: er soll nur Entschuldigungen der Kaiserin Eugenie überbracht haben, daß sie ihre Reise nach Rom habe vertagen müssen. Aber so viel ist sicher, daß seit der Thronrede das anti-italienische Lager aller Orten wieder sehr mißtrauisch gegen Frankreich geworden ist.

## Spanien.

Man schreibt der Correspondencia aus Melilla vom 1. Nov./20. Oct.: „Am 30. Oct. kam Muley-el-Abbas an der Spitze von 1200 Reitern und mit einer großen Anzahl von Maulthieren vor diesem Platze an und hat sich auf dem Cerro de los Camellos eingerichtet. Nach den Begrüßungs-Ceremonien erkundigte sich Muley-el-Abbas beim Gouverneur nach den spanischen Majestäten; er sagte, er sei ein aufrichtiger Freund Spaniens und bewahre die angenehmsten Erinnerungen an die ihm bei Gelegenheit seiner Gesandtschaft bewiesene freundliche Aufnahme; er arbeite mit Eifer an der Lösung der jetzt noch zwischen Spanien nnd Marocco schwebenden Fragen. Nach einer längeren Unterhaltung lud der Prinz die spanischen Offiiciere ein, sein Lager zu besichtigen, welches sie in Begleitung eines Kadi thaten. Der France zufolge besteht das Lager des Prinzen Muley-el-Abbas aus 70 Zelten, von denen drei für den Prinzen sind; eins zum Schlafen, eins zum Empfange Fremder und das dritte zu den Mahlzeiten. Diese Zelte sind prächtig geschmückt."

## Neuere Nachrichten.

**Berlin**, 18./6. Nov. Der Herzog von Coburg-Gotha hat den Gothaischen Gesandten instruirt, durch einen betreffenden Antrag beim Bundestage jeder das Recht des Erbprinzen von Augustenburg auf Schleswig-Holstein verletzenden Erbprätension zu begegnen. Die holsteinsche Ständeversammlung soll morgen zusammentreten, um über die Lage des Landes zu berathen.

**Wien**, 14./2. Nov. Das Herrenhaus hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über die neue Anleihe nach der Beschlußfassung des Unterhauses ohne Discussion unverändert angenommen. — Nach Berichten aus Triest ist der an der Küste der Insel Cypern gestrandete Lloyddampfer durch eine französische Fregatte wieder flott gemacht worden.

**München**, 13./1. Nov. Die heutige Baierische Ztg. schreibt: Die Baierische Regierung beantragte in Berlin bei der Zollconferenz Namens der zur Vorconferenz in München versammelten Regierungen Verhandlungen mit Oesterreich. Der Antrag wurde abgewiesen.

**Madrid**, 14./2. Nov. Die anamitische Gesandtschaft wird heute Abend hier erwartet. — Einem Briefe aus London zufolge ist die Vermählung der Infantin Maria Isabella, der am 21. Sept. 1848 geborenen Tochter des Herzogs von Montpensier, mit dem Grafen von Paris beschlossen worden.

Wie aus Turin, 13./1. d. M., gemeldet wird, hat der mit Prüfung des italienisch-französischen Handelsvertrages beauftragte Ausschuß des Abgeordneten-Hauses denselben zur Annahme empfohlen. Die Opinione veröffentlicht das Resumé des Einnahme-Budgets für 1864. Die voraussichtliche Zunahme der Einkünfte wird auf 2.727.456 Lire veranschlagt. Da die neuen Steuergesetze noch nicht vom Senate votirt worden sind, so hat der Finanz-Minister sie bei seinen Berechnungen nicht mit in Anschlag gebracht. Die gewöhnlichen Einkünfte werden auf 522.011.729, die Ausgaben auf 775.858.303 Lire geschätzt. Die auf 124.106.987 Lire geschätzten außerordentlichen Ausgaben sollen durch Veräußerung der Domainen gedeckt werden.

**New-York**. Der fällige Dampfer „Hibernian" hat New-Yorker Nachrichten bis zum 6. d. M. in Londonderry abgegeben. Nach denselben wurde Charleston von den Unionisten fortdauerd heftig bombardirt. Ein Theil der an der Seeseite belegenen Mauer war eingestürzt. Hooker's Position im Lookont Thale wurde von den Conföderirten beschossen.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Stockholm**. Die Nachricht vom Tode des Königs von Dänemark hat hier eine mächtige Sensation hervorgerufen. Nach Carlscrona erging der Befehl zur Klarmachung von Schraubenschiffen. — Die Dampfer im atlantischen Meer werden zurückberufen.

### Rigaer Wechsel-Cours vom 9. Novbr.

Amsterdam 175. — Hamburg 31¼. — London 35¼. — Paris 369.

### St. Petersburger Wechsel-Cours vom 8. November.

Amsterdam 172, 173. — Hamburg 31, 31⅛. — London 35, 35½. — Paris 367, 368.

## Monats-Sitzung der gelehrten estnischen Gesellschaft zu Dorpat.

Am 6. November 1863.

An Druckfachen waren eingegangen:

I. Журналъ мин. нар. просв. 1863. Октябрь. — Bulletin de la société impériale des naturalistes de Moscou. 1863. II. — Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit. 1863. 1—7. — Michelsen: Urkundlicher Beitrag zur Geschichte der Landfrieden in Deutschland. Nürnberg. 1863. — Zeitschrift des histor. Vereins für Niedersachsen. Hannover. Jahrg. 1863. — 26. Nachricht über diesen Verein. Hannover. 1863. — 17 academische Gelegenheitsschriften, welche hieselbst seit Aug. 1862 im Druck erschienen. (Vom Directorium der k. Univ. Dorpat). — Die Fortsetzungen der livl.-, estl.-, kurl. Gouv.-Ztg. und des Perno Postimees.

II. Cat. LIII. von J. A. Stargardt in Berlin. — Kymmel: Antiq. Verzeichniß. XII. — An das Mitausche Publicum. 1803. Die Regulirung des Quartierwesens betreffend. — Plan zu den Statuten der Seelburgschen Wittwen- und Waisen-Casse. Mitau 1822. — Braunschweig: Die Gesch. des Gymnasium illustre zu Mitau. 1825. — Geertz: Apollo's Gabe. Festspiel. 1863. — Jubel-Kalender zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig. Leipzig 1863. (Von Dr. Schultz.)

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zu Nr. 260 des Dorpater Tagesblattes.

— Ma-rahwa Kalender 1864. Pernus, Bormi jures. — Eesti-marahwa Kalender 1864. Tall. Lindworsi jures. (Von M. Jürgens.)

Für das Museum waren eingegangen: Ein 10 Kop. Kupfer (Сибирская монета) vom J. 1777 (von Hrn. Dr. Schultz). — Zwei 4 Kop. S. (Livoestonica) von 1757 (von Hrn. stud. Silsky). — 1 arabische Kupfermünze (von Hrn. Prof. v. Samson). — 1 Poltura von 1765; ¼ Ör von 1635, Kupfer; 1 Spielmarke mit dem Bildniß der Königin Victoria (von Hrn. Propst v. Mickwitz). — 1 Medaille auf Th. Körner in Zinn gegossen (von Hrn. Mag. Hafferberg). — ½ Rbl. S. von 1728, 1 dito von 1737, ¼ Rbl. von 1765, 5 Kop. S. von 1761, 1 poln. Sechsgroschenstück von 1661, 1 Jetton zur Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig aus platirtem Messing (gekauft). — 1 Borodino-Denkmünze (von Hrn. Cand. Benrath).

Zuschriften hatte die Gesellschaft erhalten: Aus dem Departement des Ministeriums der Volksaufklärung; von dem Conseil der Universität Dorpat; von dem Directorium derselben Universität; von dem naturforschenden Verein in Moskau; von dem historischen Verein zu Hannover und von dem Ehrenmitgliede der Gesellschaft Dr. Herrmann, Prof. zu Marburg.

Ferner waren mehrere der von der Gesellschaft in Sachen estnischer Schulenstatistik versandten Schemata nebst erläuternden Begleitschreiben ausgefüllt wieder eingegangen und zwar von den Herren Predigern zu: Hanehl, Jörden, Weissenstein, Keinis, Martens, Goldenbeck, St. Jürgens, Ampel, Roicks, Matthias-Kreutz, Wesenberg, Klein-Marien, St. Katharinen, Luggenhusen und Marien-Magdalenen in Estland; Pernau, Jakobi, Neuhausen, Groß-Johannis, Wendau und Marien-Magdalenen in Livland.

Der Präsident theilte der Gesellschaft mit, daß die ministerielle Bestätigung der umgearbeiteten Statuten der Gesellschaft erfolgt sei. Der Druck der Statuten nebst dem Reglement für Ordnung der vereinigten Sammlungen wurde verfügt.

Hierauf legte der Präs. eine von dem Hrn. Dr. med. Körber aus den Kirchenbüchern von Kawelecht, Nüggen, Randen und Ringen bearbeitete Biostatik der Bevölkerung der genannten Kirchspiele im Manuscripte vor, erläuterte den bei der Untersuchung eingehaltenen Gang und trug auf Veröffentlichung der Arbeit in den Schriften der Gesellschaft an. Die Gesellschaft verfügte die Veröffentlichung.

Der Secretär verlas einen auf Grund der eingegangenen Berichte zusammengestellten „Beitrag zur Statistik des Landschulwesens in der Provinz Estland."

Die von der Gesellschaft herausgegebenen estnischen Kalender, Tarto Kalender und Willandi Kalender 1864, wurden unter die Mitglieder vertheilt.

Zum ordentlichen Mitgliede wurde der erbl. Ehrenbürger Gustav Rosenpflanzer aufgenommen.

Den Austritt aus der Gesellschaft zeigte der Herr Baron Emil v. Stackelberg an.

Die nächste Sitzung (Wahl-Sitzung) findet am 4. Dec. statt.

---

## Ein Tagebuch des Grafen Kankrin.

### VIII.

Bad Gastein, 17./29. Juli 1840.

Die Zeitungen gelesen. Neue Juli-Harlekinaden. Sollte das Volk, so sehr es Spektakel liebt, am Ende dieser Feste nicht müde werden.

Den zweiten Theil Perbers angefangen. Wenig Befriedigung! Der Verfasser ist zu eingenommen von den einseitig englischen Theorien Adam Smiths.

Zunehmende Bevölkerung soll eine Zunahme des Nationalreichthums unwiderleglich beweisen. Allerdings in Ländern, die jung sind, wo viel freies Land vorhanden, viel zu thun ist. In schon hoch bevölkerten Ländern, wo die Hervorbringung vieler auf den ausländischen Debit angewiesen ist, kann es dahin kommen, daß nur die Brodschnitten kleiner werden. Hier ist der Satz nur bedingungsweise wahr, und eine starke Zunahme der Bevölkerung ist immer bedenklich. Gesetzt, der Reichthum an sich vermehre sich in gleichem Verhältniß, so kann doch (und es ist präsumtiv zu erwarten) die allzugroße Anhäufung bei der Minderzahl die Menge der Proletarier über die Maßen vermehren und die Spannung des gesellschaftlichen Zustandes, die Schwierigkeit des Lebens und das verzweifelte Ringen nach Existenzmitteln nur immer vergrößern. Und das ist leider das große Uebel unserer Zeit in vielen Ländern, wenigstens in den Hauptstädten, die das Ganze so bedeutend vertreten. Und hier suche man in verschiedenen Ländern die Hauptursache der Unzufriedenheit, der excentrischen Meinungen der streitenden Parteien und des Hanges zu Veränderungen, die bald Revolutionen werden.

Ich will mich übrigens, da schon mehrmalen von der Productivität gesprochen worden, hier nicht in die Streitigkeiten darüber einlassen. Ich habe vor langem ein Büchlein darüber geschrieben, welches unreif gedruckt worden und unter Compendien, Nachbetereien, literarischen-Wustsammlungen, aber auch guten Werken, unreif abgefallen ist. Ich habe aber nach dreißig Jahren die Ueberzeugung behalten, daß die Hauptgrundsätze über Weltreichthum und Nationenreichthum und über die Quellen der Production wahr sind. In einigem haben sich meine Ideen weiter ausgebildet.

Ein anderes großes, wol zu großes Werk über die Militäröconomie hat auch wenig Eingang gefunden und man hat im nächstfolgenden Krieg grade die Fehler gemacht, die es rügte. Es ist ein Naturgesetz, daß die Menschen in der Hauptsache nur eigne Erfahrungen nutzen und man besonders im Krieg meist immer von Neuem anfängt. Daher die großen Abwechselungen in den Erfolgen.

Ich habe, da ich von Autorschaft rede, ein Büchlein über die Baukunst, ziemlich vor Kurzem geschrieben, das wol wenige angesprochen hat. Es geht wol zu tief in die hohe Praxis der Kunst.

Ein Flugschriftchen „Fragmente über die Kriegskunst 1809" hat dagegen eine sehr große Wirkung für mich und die Sache gehabt, denn es gab mit Anlaß zu dem kunktatorischen Feldzug von 1812, von dem die Befreiung Europa's ausging. Vielleicht davon ein andermal mehr.

20. Juli / 1. August.

In der allgemeinen Zeitung befindet sich ein Aufsatz über die wahren Ursachen des Verfalls von Ostpreußen, zu dem das sogenannte russische Sperrsystem nur etwas beitrage. Der Verfasser giebt zu, daß es in der Hauptsache schon lang existire, er irrt nur über einzelne minder bedeutende Facta. Die Ursachen des Verfalls, besonders durch gesunkenen Getreidehandel, zu theuren Güterkauf, zu schnelle Befreiung, aber auch Belastung des Bauern sind wahr angegeben, und zeigen sich auch großentheils in unseren Ostseeprovinzen, die indessen einige besondere Ressourcen haben. Was aber der Verfasser über die Politik Rußlands gegen die Türkei sagt, stimmt mit der Gründlichkeit des Uebrigen nicht.

Sage man doch die reine Wahrheit. Seit 1822 existirt der jetzt geltende russische Zolltarif. Die Sätze sind zum Theil erhöht, einige erniedrigt, manche Verbote aufgehoben worden. Der Transit nach Kiächta hat schon in den ersten fünf der zwanziger Jahre aufgehört und die Klagen sind viel neuer. Woher kommt dies? Von besseren Einrichtungen an der russischen Grenze, welche Contrebande gar sehr gemindert und erschwert haben.

Ein Restrictivsystem ist eine Absurdität wenn der Contrebande nicht kräftig gestellert wird. Ich bin darin ziemlich glücklich gewesen, ohne eigentlich neue Schwierigkeiten dem Grenzverkehr in den Weg zu legen. Dieser Grenzverkehr, unbedeutende Kleinigkeiten ausgenommen, bestand aber in der Contrebande, welche sich, wie schon gesagt, theils beträchtlich vermindert hat, theils durch höhere Assecuranz weniger lucrativ geworden ist. Dies fühlen allerdings die preußischen Handelsleute und die Bewohner der Grenzzone. Nun wird alles auf das russische Zollsystem geschoben und es ist oft wirklich komisch zu lesen, wie man es Rußland zum Verbrechen macht, daß es das Interesse seiner Gewerbe und Unterthanen wahrt.

Die Menge glaubt gern diesen Insinuationen, weil sie die großen tief liegenden Ursachen des Zerfalls nicht einsieht, und man mag zuweilen froh sein, sie im Dunkel zu lassen um alles auf Rußland zu schieben.

Ohne von Huskissons Luftgebild eines freien Handels zu sprechen, dem so viele nachbeten, weil das Wort Freiheit dabei ist und sie den Inhalt der Frage nicht einsehen, oder weil sie eignem Interesse das Wort reden: sind wol alle denkende practische Sachkenner überzeugt, daß es schwer zu entscheiden ist, ob für die Menschheit die Einführung von Schutzsystemen überhaupt vortheilhaft oder nachtheilig gewesen; daß aber die Initiative Englands nothwendig ähnliche Maßregeln in andern Ländern zur Folge gehabt und daß jetzt die Aufhebung eines Prohibitivsystems in einem Lande ohne die größten Erschütterungen und Verluste nicht statthaben kann.

Diese practischen Staatsmänner werden ferner zugeben, daß die Idee: ein Schutzsystem könne und müsse aufhören, oder äußerst gemildert werden, wenn die Industrie eines Landes schon zu bedeutender Vollkommenheit gekommen, in diesem Umfange höchst einseitig ist, weil unter den rivalisirenden Ländern das eine in dem, ein anderes in einem andern Theil der Production durch natürliche oder andere Umstände so begünstigt ist, daß in einem Land ohne hinreichendes Schutzsystem, gar viele Gewerbe leiden müßen. So ist England durch Ueberfluß an Capital, practischen Sinn, erlangten Schwung, Steinkohlen und andere Umstände vor den meisten Nationen so begünstigt, daß es trotz der Getreidegesetze, die Industrie, wo nicht aller, doch der meisten Nationen in vielen Hauptgegenständen zu Nichte machen könnte. Andre natürliche Vorzüge haben andre Länder in einzelnen Zweigen.

Aber man sagt, man wolle ja nicht allen Schutz aufheben, verlange nur, daß die Manufacturerzeugnisse des einen auf den Märkten des andern concurriren könnten.

Mit feineren Artikeln ist dieß auch jetzt der Fall. So concurriren in England die französischen Seidenwaaren, in Rußland ausländische Tücher, Seiden- und Baumwollenzeuge ꝛc. höherer Qualität. Aber allgemein genommen, enthält die Sache einen Nonsens. Können sie concurriren, so verdrängen sie nicht bloß einen Theil der inländischen Production vom Markt, sondern zerstören bei günstigen natürlichen Verhältnissen wol ganze Zweige, selbst wenn die Fabriken auf gleicher Stufe der Vervollkommnung ständen. Schon die Verschiedenheit des Zinsfußes macht hier einen bedeutenden Unterschied.

Wenn es gar keine Prohibitivsysteme gäbe, sagt man, würde jedes Land das machen, wozu es am meisten begünstigt ist; Länder,

die keine Industrie haben, würden rohe Producte ausführen. Dieß könnte man einigermaßen für Länder gelten lassen, die auf einer gleichen Stufe der Cultur stehen, aber in einigen Ländern würde gar keine Industrie aufkommen, und bei den fortschreitenden Verbesserungen im Ackerbau würden sie sich mit ihren rohen Producten schlecht stehen. Gewiß aber würde kein Land die Verbesserungen im Ackerbau vernachlässigen, um für andre zu fabriciren, denn eines führt zum andern. Was ist aus dem Getreidehandel geworden, selbst England abgerechnet, und wie lange würden andre rohe Producte vorhalten, ein civilisirtes Land mit ausländischen Fabricaten zu versehen?

Ich schweige übrigens von andern Rücksichten, von dem Ausfall am Staatseinkommen, das so schwer zu erringen und wo der Zoll nicht zu ersetzen ist; von der Unabhängigkeit in nothwendigen Bedürfnissen, welche einem Land so sehr frommt, und was dem mehr ist.

Ich bin übrigens gar nicht der Meinung, das Restrictivwesen zu hoch zu spannen. Die Tauschmittel müssen geschont werden und dies ist sicher in Rußland geschehen. Da auch die Zollsätze auf den Consumenten fallen, so müssen nur solche Zweige der Industrie besonders beschützt werden, die einen ausgedehnten Nahrungszweig für das Innere und am Ende Selbstständigkeit versprechen. Nicht aber solche, die erkünstelt werden müssen, oder nur eine kleine Zahl durch die ihnen zu Nutzen kommenden Zollsätze auf Kosten der Nation begünstigen, und so weiter. Auch muß man ausnahmsweise mit den Zollsätzen zu Gunsten der Consumenten herabgehen, wenn die Landesfabriken dabei bestehen können und die ausländische Concurrenz nicht zu fürchten ist. Die Herabsetzung der Verkehrspreise geschieht übrigens schon durch die innere Concurrenz, wie wir täglich auch in Rußland sehen!

## Locales.

In der gestrigen zahlreich besuchten Versammlung des Handwerkervereins wurde bei gespannter Aufmerksamkeit der Zuhörer die Schilderung des Sokrates und seiner Zeit weitergeführt. Der Redner sprach von Sokrates in seiner äußeren Erscheinung und im Widerspruch mit dem Geiste seiner Zeit.

## Witterungsbeobachtungen.

8. Novbr., A. St. (20. Novbr.).

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 335,05 | — 0,53 | 5,0 | W | Trüb (4) |
| 2 U. | 334,91 | — 0,70 | 5,8 | W | Trüb (4) |
| 11 U. | 335,02 | — 0,65 | 5,0 | | Trüb (4) |
| Mittel | 335,08 | | 5,14 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 6,74 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages, ebenso hoch, nämlich 5,13 im J 1845, kleinste — 9,28 im J. 1856. Nach den Beobachtungen in St. Petersburg war wahrscheinlich 1828 der kälteste Tag, nämlich — 11,03.

## Fremden-Liste.

Vom 9 Novbr. 1863.

**Hotel London:** Frau Rosenthal.

№ 611. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 9. Novbr. 1863

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Reußen 2c. thun Wir Bürgermeister und Rath der Kaiserlichen Stadt Dorpat hiermit kund und zu wissen, welchergestalt die Bäckermeistersfrau Clara Johanna Granbom, nachdem dieselbe für ihren unmündigen Sohn Peter Friedrich Rittersporn von der Schuhmachermeisterswittwe Dorothea Holm mittelst am 4. Mai 1863 abgeschlossenen und am 8. Mai 1863 hierselbst corroborirten Kaufcontractes das in hiesiger Stadt im 1. Stadttheile sub Nr. 125 auf Stadtgrund belegene Wohnhaus sammt Appertinentien für die Summe von 2300 Rbl. S. acquirirt, zu größerer Sicherheit um ein gesetzliches publicum proclama nachgesucht und mittelst Resolution vom heutigen Tage nachgegeben erhalten hat. Es werden demnach alle Diejenigen, welche an gedachtes Grundstück aus irgend einem Rechtstitel zu Recht beständige Ansprüche haben, oder wider den abgeschlossenen Kaufcontract Einwendungen machen zu können vermeinen, sich damit in gesetzlicher Art binnen einem Jahr und sechs Wochen a dato hujus proclamatis und also spätestens am 25. Juli 1864 bei diesem Rathe zu melden angewiesen, mit der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mit etwaigen Ansprüchen weiter gehört, sondern der ungestörte Besitz gedachten Immobils dem Peter Friedrich Rittersporn nach Inhalt des Contractes zugesichert werden soll.

Dorpat-Rathhaus, 13. Juni 1863.

---

Von Einem Edlen Rathe der Kaiserl. Stadt Dorpat wird hierdurch bekannt g.macht, daß das allhie im 2. Stadttheile sub Nr. 22 auf Stadt-Grund belegene Wohnhaus des Tischlermeisters Schlüsselberg sammt Appertinentien öffentlich verkauft werden soll, — und werden demnach Kaufliebhaber hierdurch aufgefordert, sich zu dem deshalb auf den 29. November 1863 anberaumten Torge, sowie dem alsdann zu bestimmenden Peretorg-Termine Vormittags um 12 Uhr in Eines Edlen Rathes Sitzungszimmer einzufinden, ihren Bot und Ueberbot zu verlautbaren und sodann wegen des Zuschlags weitere Verfügung abzuwarten.

Dorpat-Rathhaus, 3. September 1863.

---

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Unterzeichneter beehrt sich hiedurch anzuzeigen, daß er seine Bäckerei von dem Kochschen, nach seinem eigenen, dem der Kreisschule gegenüber gelegenen ehemaligen Timm'schen Hause verlegt hat und dieselbe am Montage den 11. d. M. eröffnen wird. — Dem Wohlwollen eines geehrten Publikums sich empfehlend

ergebenst

**C. Witte,**

Bäckermeister.

---

**Neue Salon- und Cabinet-Flügel, Piano und Pianino**

verkauft unter annehmbaren Bedingungen und garantirt für jeden Fehler

**O. D. Wenzel,**

gegenüber der Universität neben der Academischen Musse.

---

**Frische**

**Flensburger Austern**

à 7 Rbl. das Hundert sind zu haben in der Conditorei von **A. Borck.**

---

Eine **Familienwohnung** von 8 Zimmern mit allen Wirthschaftsbequemlichkeiten hat zu vermiethen **H. Sommer.**

---

40,000 gut ausgebrannte Ziegeln a 16 Rbl. pr. Tausend, mit Lieferung im bevorstehenden Winter, sind zu verkaufen durch

Coll. Sekr. **Grünberg,**

Kloster-Straße, eignes Haus.

---

**Branntwein**

mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft **F. G. Faure.**

---

**Frischen gepreßten Caviar**

bester Sorte und

**frische Neunaugen**

empfing und empfiehlt

***Alexander Botscherow,***

am großen Markt.

---

**Verloren**

ein goldenes Medaillon mit einem Herrn-Portrait. Der Finder wird gebeten, dasselbe gegen eine angemessene Belohnung in der Schramm'schen Handlung abzugeben.

---

**Drei Wohnungen,** worunter 2 größere, hat **zu vermiethen** **D. H. Fischer,**

St. Petersburger Straße.

---

Unterzeichnete empfehlen ihr Lager von

**Contobüchern**

in den **verschiedensten Liniaturen** und stellen die billigsten Preise.

**Ihle & Röschke.**

---

**Moderne Tricots- und Paletots-Stoffe**

zu Herren-Kleidern empfingen in reicher Auswahl

**Gebrd. Bärtels.**

---

Von der **Czarenseife** erhielten soeben eine frische Sendung und empfehlen besonders **Bouquet russischer Schönheit, kaukasische Rose, Honigseife, Feld-Bouquet, Mandelblüthe, krimsches Veilchen, duftende Steppengräser, Linden-Blüthe, bittere Mandelseife, Eierdotter-Seife, kasanische Seife** in grossen und kleinen Stücken und **Cocosseife.**

**Ihle & Röschke.**

---

**Gesangbücher** in Goldschnitt mit ausgelegten Holzdeckeln von verschiedenen Hölzern sind zu haben bei

**H. Rosenberg,** Buchbindermeister,

vis-à-vis der Bürgermusse.

---

Wir empfehlen den dieser Nummer beiliegenden Prospect zur **illustrirten Damenzeitung „Bazar".**

№ 261. Montag, den 11. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Zur Erläuterung der kurländischen Agrarreform. I. Fellin: Rekrutenaushebung. — St. Petersburg: Bauerangelegenheit. Course. Creditbillete. Budget. Tambow: Hinrichtung wegen Brandstiftung. Warschau: Tagesbefehl des Grafen Berg.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Preßverordnung. Stimmung des Volkes. Verhandlungen der geogr. Gesellschaft. Die Adresse des Herrenhauses. Der Hagensche Antrag. Die Preßverordnung. Verbot der ostdeutschen Zeitung. Schleswig-Holstein: Patent des Herzogs. Der Herzog in Berlin. Arbeiten im Kriegsministerium. Officiöse Aeußerungen. Die Erbfolge. Der Londoner Tractat. — Dänemark. Kopenhagen: Erklärung Preußens. Verbot der Kieler Versammlung. — Großbritannien. London: Die Congreßfrage. M'Caul †. — Griechenland. Athen: Der König. Ministerium. Universität. — **Neuere Nachrichten.**
**Telegramme.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 11. Novbr. Unter dem Datum: „Mitau, 7. Nov. 1863" und der Unterschrift: „Adolph Lieven" ist uns folgende Zuschrift zur Erläuterung der kurländischen Agrarreform zugegangen:

I.

Die Rigasche Zeitung bringt in den Nrn. 266 und 257 einen Leitartikel, betreffend die Agrarreform in Kurland, welcher zuvörderst die Befriedigung über die erfolgte schleunige Regelung dieser wichtigen Frage ausspricht. Einige Stellen dieses Artikels, dessen im Allgemeinen günstige Haltung wir keineswegs verkennen, erfordern indeß eine Zurechtstellung.

1) Es heißt nämlich zunächst in Nr. 256:

„Dagegen möchte nicht zu leugnen sein, daß die im Livländischen B. G. von 1861 getroffenen Bestimmungen über Meliorationen zutreffender und auf soliderer Basis stehend sind, als die correspondirenden Bestimmungen des neuen Kurländischen Gesetzes: in Livland wurde nämlich nicht die Differenz zwischen der Pachtsumme des austretenden und dem Angebot des neu eintretenden Pächters zur Grundlage der Entschädigung des erstern angenommen, sondern in richtiger Erwägung dessen, daß nicht das Angebot fremder Speculanten Maßstab dafür sein kann, in wie weit der Werth eines Gesindes durch den Fleiß seines bisherigen Inhabers zugenommen, festgesetzt, daß die Differenz zwischen der frühern Pachtzahlung des alten Pächters und dessen eigenem Angebot für die neue Pachtperiode die Basis für die Entschädigung des austretenden Pächters sein sollte."

Wir gestehen dem Livländischen B. G. unumwunden das Verdienst zu, früher als in Kurland solches geschehn, die Verpflichtung der Pachtgeber zu einer Entschädigung des Pachtnehmers für die von letzterem dem Pachtobjecte zugewandten Meliorationen anerkannt und festgesetzt zu haben: wir unsererseits nehmen dagegen die Anerkennung dessen in Anspruch, daß wir an dem Livländischen B. G. gelernt haben. Die bezogene Bestimmung des Livländ. B. G. war uns bei der Bearbeitung unserer Agrarfrage wohlbekannt, im Interesse des Pächters, des sogenannten kleinen Besitzes, glaubten wir unsere Bestimmungen über die Meliorationen anders fassen zu müssen. Aus folgendem Grunde: Ist derjenige Pächter, dessen Contractjahre abgelaufen sind, gesonnen, bei der neuen Verpachtung des Objects dieselbe Pachtsumme zu bieten, welche ein „fremder Speculant" anbietet, so hat er ja das Vorpachtrecht (Vergl. § 15 der „Regeln"), und dieses scheint uns von der Rigaschen Zeitung bei ihrer obigen Bemerkung übersehn worden zu sein. Der austretende Pächter hat also in diesem Falle die freie Wahl, entweder das Pachtstück zu behalten, oder diejenige Entschädigung entgegenzunehmen, welche ihm sowol von dem Livländ. Bauergesetz als auch von dem neuesten Kurl. Agrargesetz in gleichem Betrage zugestanden wird. Es ist aber ferner an den Fall gedacht worden (und daran hat gedacht werden müssen), daß der frühere Pächter ein niedrigeres Angebot macht, als vom Verpächter gefordert, oder als von einer fremden Person geboten wird. Um etwaigen allzuhoch gesteigerten Forderungen Seitens des Verpächters ein Gegengewicht zu stellen, hat das Kurl. Agrargesetz daher die Meliorations-Entschädigung zu Gunsten des bisherigen Pächters auf die dreimalige Differenz zwischen der im letzten Jahre gezahlten Arrendesumme und der jährlichen Zahlung, welche vom Verpächter gefordert wird, fixirt. Der abgehende Pächter kann somit unter allen Umständen diejenige Meliorations-Entschädigung, die ihm nach dem livl. Bauergesetz von 1861 zusteht, auch nach dem kurl. Agrargesetz erhalten; unter Umständen aber auch eine höhere und, wie uns scheint, eine von der Billigkeit gebotene. — Nach der andern Seite liegt aber in dieser eventuellen Verpflichtung zu einer höhern Entschädigung auch keine Unbilligkeit gegen den Verpächter. Der bei der neuen Verpachtung für den Verpächter erzielte höhere Ertrag aus dem Pachtobject scheint uns, — sobald man erst überhaupt das Princip der Meliorations-Entschädigung anerkennt, — auch die Verpflichtung mit sich zu bringen, den frühern Pächter eben in dem Verhältniß dieses höhern Ertrages zu entschädigen.

Wendet man hingegen ein (und solches scheint der obige Passus in der Rigaschen Zeitung zu bedeuten), es liege eine gewisse Gefahr für den Verpächter darin, durch ein sehr viel höheres Pacht-Angebot eines „fremden Speculanten" dazu veranlaßt zu werden, das Pachtobject diesem Fremden zu verpachten, dem frühern Pächter mithin eine namhafte Entschädigung zu zahlen, endlich aber nach kurzer Frist den neuen Pächter als einen Zahlungsunfähigen vor sich zu sehen: so können wir darauf nur entgegnen, daß es Sache des Verpächters ist, bei Abschließung des Pachtcontractes sich die erforderliche Sicherheit dafür zu schaffen, daß Pachtnehmer seine Verbindlichkeiten nicht allein im ersten und zweiten Jahre, sondern durch die ganze Arrendezeit hindurch erfülle und erfüllen könne. Hat ein Verpächter etwa eines bedeutend höhern Pachtzinses willen jene Vorsicht nicht im Auge behalten, hat er es vorgezogen, sein Gesinde dem unsichern fremden Speculanten für 200 Rbl. zu verpachten, anstatt es dem frühern bewährten Pächter für 100 Rbl. auch ferner zu lassen: ja, so hat er etwaigen Schaden sich selbst zuzumessen!

2) Auch die in dem Artikel der Rigaschen Zeitung Nr. 256 nächstfolgende Bemerkung: „Bestreiten ließe sich ferner, ob die im Gegensatz zum livländischen Gesetz erlassene kurländische Bestimmung, daß auch dem Pächter, dessen Gesinde nach Ablauf der Pachtjahre verkauft wird, eine Entschädigung gezahlt werden muß, zweckentsprechend ist; was der einzelne Pächter dabei gewinnt, kommt den Hemmnissen gegenüber, welche dadurch dem Bauerlandverkauf überhaupt bereitet werden, vielleicht nicht in Betracht," — erheischt eine kurze Erörterung unsererseits. Wir können nämlich in jener Bestimmung kein erhebliches Hemmniß für den „Bauerlandverkauf" (für Kurland hieße es übrigens richtiger: Gesindeverkauf, da ein „Bauerland" in Kurland nicht existirt) erblicken, weil auch hier wiederum das dem bisherigen Pächter zugestandene Vorkaufsrecht eine gewisse Ausgleichung bewirkt. Da der Eigenthümer das Gesinde, welches er zu verkaufen willens ist, bei gleichem Angebot dem frühern Pächter verkaufen muß, dagegen bei höherem Angebot Seitens einer fremden Person dem bisherigen Pächter eine Entschädigung zahlen soll: so dürfte die natürliche Folge die sein, daß der bisherige Pächter des Gesinde unter für ihn vortheilhafteren Bedingungen kaufen wird, als jene fremde Person; der Verkäufer wird das Gesinde dem frühern Pächter billiger verkaufen als jedem Andern, um nicht die Entschädigung zahlen zu müssen. Der Grundgedanke ist hier derselbe, wie in dem ganzen Gesetz: Schutz des Besitzes.

Durch billigere Pacht und billigeren Kaufpreis hat man factisch in Kurland dem im Besitz befindlichen Pächter die Mittel dazu bieten wollen, sich zu erhalten, während der rechtliche Anspruch auf den ausschließlichen Besitz dem kurländischen Bauern nicht zugestanden werden konnte, da die ganze Entwickelung unserer Agrarverhältnisse ein „Bauerland" nicht kennt. —

**Fellin** 4. Novbr. Seit dem 1. d. M. tagt zum ersten Male die Recruten-Commission in unserer Stadt. Bisher nämlich waren die Recruten des Fellinschen Kreises genöthigt sich in Dorpat oder Pernau einzustellen und sich einschreiben zu lassen — jetzt ist auf Allerhöchsten Befehl diesem großen Uebelstande abgeholfen und dadurch bedeutender Verlust an Zeit und Kräften erspart worden. —

**St. Petersburg.** Die C. II. B. schreiben: die Bauerangelegenheit hat jetzt viel von ihrem Interesse verloren, da die Principien und Bestimmungen von allgemeiner Tragweite bereits alle zum Abschluß gebracht worden sind, und es sich nun um die practische Ausführung und Anwendung auf einzelne Fälle handelt. Die wichtigeren Erscheinungen, die jetzt in den Vordergrund treten, tragen meist localen Character. So z. B. wenn man von den westlichen Provinzen absieht, sind im Charkowschen Gouvernement verhältnißmäßig am meisten

Grundstücke an Bauern verkauft worden. Dann folgt das Chersonsche Gouvernement. In den Centralgouvernements ist der Betrieb des Verkaufes, nach der Nord. Post entweder fast ganz ins Stocken gerathen oder nimmt von Tage zu Tage immer mehr ab. Der Verkauf der Grundstücke in den kleinrussischen Gouvernements ist somit wider alles Erwarten am weitesten vorgerückt, obgleich daselbst von je her statt der Pacht (Obrok) die Gehorchleistung in Gebrauch gewesen ist. In Großrußland dagegen, wo die Pacht dem Gehorch gegenüber sehr verbreitet war, ist bisher nur wenig Land von den Bauern zu Eigenthum erworben. Bis zum Erlaß der Verordnung über den obligatorischen Verkauf in den Gouv. Kiew, Podolien und Wolhynien hatten 17 % der ganzen russischen Bevölkerung Auskaufsverträge abgeschlossen; wenn man nun die westlichen Gouvernements dazu, Charkow und Cherson abzieht, so kommt auf den Antheil der großrussischen Gouvernements sehr wenig.

— Nachdem man seit Monaten die längst verurtheilte Utopie, den Wechselcours künstlich al pari zu halten, verfolgt und so die Geschäftswelt in einen künstlichen Optimismus hineingelullt und zu Valuta-Speculationen verleitet hat, wurde plötzlich vorgestern von Seiten der Bank die Ausgabe von Wechseln auf fremde Plätze eingestellt und da der Schlag unerwartet kam, so fielen die Course um nahezu 10 Procent: jener auf London z. B., der am Beginn der Börse 37⅞ Pence per Rubel stand, sank auf 35—35½; der Cours auf Hamburg fiel von 33½ auf 32 Sch. und jener auf Paris von 396 auf 367 Cent. Im Geschäftspublicum herrscht natürlich die größte Erbitterung, denn die Verluste sind enorm. Die Bank hat nach späteren Nachrichten die Ausgabe von Wechseln eingestellt. Nach einem Coursblatt aus St. Petersburg vom 1. November wurden die Bankcourse für London 37⅞, Hamburg 33½, Paris 396 notirt, während man wirklich London zu 35 und 35½, Hamburg zu 32 und Paris zu 367 handelte. Der Bankcours für London differirt gegen den wirklich bezahlten Cours um mehr als 9 Procent. — Baron Stieglitz ist ins Ausland gereist. — In Folge der durch den Finanzminister mitgetheilten Allerhöchsten Genehmigung bringt die Reichsbank zur Kenntniß, daß das Wechseln von Creditbilleten in der Reichsbank bis auf weitere Anordnungen eingestellt wird. — Das Budget für 1864 ist von der Plenar-Versammlung aller 5 Stände der Duma nach dem Gutachten der Commission für Finanz-Angelegenheiten ohne Discussion en bloc angenommen.

Aus **Tambow** wird gemeldet, daß daselbst auf Grundlage einer Allerhöchsten Verordnung von 1862, der 23-jährige Bauer Philipp Sidorow Sajutin aus dem Dorfe Mutschkano wegen Brandstiftung durch ein Kriegsgericht zum Tode verurtheilt und am 11. October erschossen worden ist. Derselbe hatte aus Rache gegen seinen Nachbarn, der einige seiner Pferde eingepfändet, dessen Wohngebäude in Brand gesteckt, wodurch 30 Häuser des Dorfes Mutschkano von den Flammen eingeäschert wurden. Der durch die Brandstiftung verursachte Schaden beläuft sich auf ungefähr 10.000 Rbl. S.

**Warschau.** Der Bergsche Tagesbefehl lautet: Nachdem Se. Majestät der Kaiser Sr. Kaiserlichen Hoheit den Großfürsten Constantin dem Wunsche Sr. Hoheit gemäß von der Stelle des Statthalters Sr. kaiserl. königl. Majestät und des Oberbefehlshabers der Truppen im Königreich Polen entbunden, geruhte Se. Maj. mich auf diese Stelle zu berufen. An dem Tage, wo Se. Maj. der Kaiser das Rescript an Se. kaiserl. Hoheit und den Befehl an den Senat über meine Ernennung zum Statthalter und Oberbefehlshaber der Truppen unterschrieb, beglückte Se. kaiserl. Majestät mich mit folgenden gnädigen Worten, in einer telegraphischen Depesche aus Livadia: „Gott helfe Ihnen, Mein Vertrauen zu rechtfertigen. Ich bin vollkommen überzeugt, daß die Truppen der Garde und der Armee auch unter Ihrem Befehl mit demselben Eifer und derselben Auszeichnung zu dienen fortfahren werden, wie unter Meinem Bruder." — Soldaten! Ich bin glücklich, daß ich mich am Tage des Antritts meiner Stellung als Oberbefehlshaber mit den Worten unseres Großen Kaisers an euch wenden, euch den Dank und das Vertrauen Sr. Majestät aussprechen kann, daß ihr auch künftig dieselben Braven wie früher und von unwandelbarer Ergebenheit gegen den Herrn und Kaiser und Liebe zum Vaterlande erfüllt sein werdet. Vereinigen wir unsere gemeinsamen Kräfte, das Vertrauen des Kaisers zu rechtfertigen, und helfe uns hierbei Gott. Unterz. Gen.-Adjut. Graf Berg.

---

## Ausländischer Theil.

### Deutschland.

— z. **Berlin**, 17./5. Nov. Zum 19./7. Novbr., wo im Abgeordnetenhause die Schlußdebatte über die Preßverordnungen vom 1. Juni stattfindet, habe ich mich vergeblich um ein Billet bemüht; es haben sich bereits so viele gemeldet, daß kaum die Hälfte auf der Tribüne Platz finden dürfte. Die Spannung ist um so größer, als schon die Discussionen bei Gelegenheit der Wahlprüfungen darauf hingedeutet haben, nach welcher Tonart das Concert im Hause losgehen wird. Das Ministerium scheint besondere Reserve beobachten zu wollen; jedenfalls die einzig passende Haltung für einen Anachronismus. Die große gebildete Masse der Berliner ist unstreitig zu politischem Bewußtsein gereift und das Ministerium verdankt seinen vorübergehenden, äußern Erfolg nur den Ausschreitungen, welche im Vollgefühle dieses Bewußtseins von Einzelnen begangen worden; diese Ausschreitungen hat es nicht ganz ungeschickt benutzt und ist dem Bogen an die Sehne gefahren, um ihn freilich so arg zu überspannen, daß das Ende vorausgesagt werden kann. Der Berliner Witz hat sich übrigens auch während des kurzen Zwischenspiels, das vermuthlich nicht lange mehr dauert, nicht überwunden gegeben und wenn man den „Bruder Liederlich" oder die jüngste Localposse, den „Pechschulzen", auf der Bühne gesehen hat, so erstaunt man, was trotz der harten Censur dennoch gesagt oder pantominisch zum Ausdruck gebracht wird. Der pikanten Anecdoten ist Legion; in den Kladderadatsch kommen nur einzelne verblümte Witze; was man sich ohne Vermittlung des Preßbengels erzählt, ist um so boshafter und das Ministerium fährt bei seinem Censurregime vermuthlich am allerschlimmsten. — Von der jüngsten Sitzung der geogr. Gesellschaft (7. Nov.) werden Ihnen bereits Mittheilungen zugegangen sein. Dr. Barth hatte leider die traurige Anzeige zu machen, daß der bekannte Reisende Beurmann in Africa ein Opfer seines Forschungseifers geworden. Zu Mao im Lande Kanem, der nordwestlichsten Provinz von Wadai, soll er, angeblich auf ausdrücklichen Befehl des Herrschers von Wadai, getödtet worden sein. Die zu näherer Ermittelung der Vorgänge von Vorn ausgesandten Boten sind mit dem Nachlaß des Unglücklichen heimgekehrt und über Murzuk ist eine weitere Bestätigung der Trauerbotschaft eingegangen. Ein anderer Reisender, der Engländer Baker hat seine Absicht, nach dem Luta-Nzige vorzudringen, nicht ausführen können und ebenso befand sich, nach den letzten Nachrichten, die zahlreiche Reisegesellschaft, an deren Spitze die auch von den Alpengletschern her bekannten heldenmüthigen Damen Tinne stehen, in der Sumpflandschaft westlich vom Bahr-Gazal unter 8° N. Br. den Juni und Juli über in bedrängter Lage, welche zu wolbegründeten Befürchtungen Anlaß gibt. Auch Herr v. Heuglin hat nur schwache Hoffnung, mit sehr geschwächter Gesundheit das große vor ihm liegende Feld von Entdeckungen auszubeuten. Herr Dr. Barth erwähnte ferner der Untersuchungen des Naturforschers Wallace im indischen Archipel; derselbe hatte den Canal zwischen Bali und Lombok sondirt und von sehr bedeutender Tiefe befunden, während die Gewässer des Archipels im Uebrigen höchstens fünfzig Faden tief sind; er glaubte in diesem Canal die eigentliche Scheidegrenze zwischen der indischen und australischen Inselwelt nachweisen zu können. In derselben Sitzung sprach Herr Sturz über Uruguay und empfahl das Land mit seinem wolgeschützten Hafen von Montevideo dem deutschen Verkehr und der Colonisation; er erklärte es sehr wünschenswerth, daß eine deutsche Gesellschaft sich daselbst der Schafzucht annehme, welche 30 bis 40% abwerfe und dem Zollverein eine sehr benöthigte Zufuhr verspreche. Er schilderte Uruguay im Vergleich mit dem Kapland und Australien; weder sei es von ähnlichen Dürren oder Schneefällen, noch von Epidemien heimgesucht und erfreue sich gleich ausgedehnter doch mehr ergiebiger Weiden. Ob grade auf die Auswanderungslust der Berliner speculirt wird, bleibe dahingestellt. Jedenfalls fühlt sich der geborne Berliner zu wohl zu Hause, denkt sich allmälig wieder ganz behaglich einrichten zu können und wnn er Jemand nach Uruguay hinwünscht, so geschieht es nicht dem Zollvereine zu Liebe, sondern um selber möglichst ungeschoren zu bleiben, sollte er dabei auch eine liebgewordene Gelegenheit zu Witzen verlieren.

— In der vorgestrigen Sitzung des Herrenhauses wurde der Adreßbericht gedruckt vorgelegt. Die Commission war einstimmig. Er enthält eine unbedingte Zustimmung zu den Sätzen der Thronrede. Die Budgetlosigkeit bleibt unerwähnt. Die Heeres-Reorganisation sei unbedingt aufrecht zu halten. Die Handelspolitik erhält Beistimmung. Die Wahrung der Rechte Holstein-Lauenburgs sei Pflicht und Recht des deutschen Bundes. Bezüglich der Bundes-Reform wird die Cooperation von Oesterreich und Preußen als nothwendige Vorbedingung betont; dies werde hoffentlich auch Oesterreich erkennen. Das feste und wohlwollende Regiment in Gerechtigkeit und Zucht, welches Se. Majestät der König für die Zukunft zugesagt habe, werde gewiß die Irregeleiteten bald auf rechte Wege zurückführen. Herr v. Bismarck war im Adreß-Ausschusse anwesend. — In der Budget-Commission des Abgeordneten-Hauses ist der zweite Punct des Hagen'schen Antrages zurückgezogen worden. Die Regierung wünscht dringend, daß zuerst die Berathung des Etats von 1863 Statt finde, um dadurch eine festere Basis für die Rechnungslegung und eine baldige Meinungsäußerung des Hauses über die noch zurückgestellten neuen Ausgaben zu gewinnen. Umfang und Art der letzteren in der Commission zu ermitteln, ist nicht gelungen, die Beschlußnahme ist ausgesetzt. — Im Abgeordnetenhause ward Bericht erstattet über die Preßordnung vom 1. Juni. Simson und Gneist beantragten: das Haus wolle erstens auf Grund § 63 der Verfassung die Genehmigung versagen, zweitens auf § 3 erklären die Beschränkung der Preßfreiheit könnte im Wege einer Verordnung überhaupt nicht erfolgen. Die Verordnung vom 1. Juni wäre ihrem Inhalte nach der Verfassung zuwider laufend. — Bezüglich des am 11. d. M. erfolgten Verbots der Ostdeutschen Zeitung in Posen wird nachträglich noch berichtet: Die Anklage hatte beinahe 100 Artikel der gedachten Zeitung als verdammenswerth bezeichnet, darunter die meisten über den polnischen Aufstand. Außerdem hatte die Staatsanwaltschaft mehrere aus dem Hochverrathsprocesse entnommene Actenstücke bei der Hand, aus denen hervorgehen sollte, daß die Zeitung durch die Polen unterstützt worden wäre und überhaupt Geld von denselben zur Gründung erhalten hatte. Der Verleger hat hierauf erklärt, daß diese Behauptungen unbegründet seien, was übrigens ebenfalls die bei der Gründung betheiligten, sowie alle dem Blatte näher stehenden Personen bestätigen.

**Schleswig-Holstein.** In dem Patent, datirt Dolzig den 16. November, durch welches Prinz Friedrich von Augustenburg, welcher sich Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein unterzeichnet, seine Thron-

besteigung anzeigt, heißt es u. A.: „Kraft der von meinem Vater zu meinen Gunsten unterzeichneten Entsagungsacte erkläre ich, daß ich zur Regierung der Herzogthümer gelange. Das Joch, welches Euch bis jetzt auferlegt war, hatte ein unbestreitbares Recht zum Vorwande, denn der König von Dänemark war zu gleicher Zeit Euer Herzog. In Zukunft jedoch wäre die Regierung des Königs von Dänemark eine Usurpation. Ich rufe Euch nicht auf, der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten; Euer Land ist mit Truppen besetzt, und Ihr habt keine Waffen. Mir liegt also die Pflicht ob, von den verbündeten Regierungen die Beschützung meines Rechtes auf die Regentschaft und Eurer nationalen Rechte zu fordern." Indem sich das Patent an die Bewohner des Herzogthums Lauenburg wendet, motivirt es die Rechtsansprüche des Prinzen Friedrich auf dieses Herzogthum und verspricht dessen Rechte und Freiheiten zu beschützen. Schließlich verpflichtet der Herzog sich durch den Eid, gemäß des Grundgesetzes der Constitution und den Gesetzen des Herzogthums zu handeln, und die Rechte des Volkes zu respectiren.

Der Herzog Friedrich traf am 18./6. Novbr. in Berlin ein und reiste nach einer Unterredung mit von Bismark nach Hamburg. — Die Krz. Z. will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die anstrengendsten Arbeiten der Ministerien des Kriegs- und der Marine gegenwärtig in Anspruch genommen werden für die Vorbereitungen zum — nun, wie es scheint, unvermeidlich gewordenen — Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark. Die Krz. Z. fügt hinzu, daß die 6. und 13. Armee-Division bereits Ordre erhalten haben, sich vorläufig auf den Kriegsfuß zu stellen; ebenso sind die nöthigen Dispositionen getroffen für die Ausrüstung und Zusammenziehung der Kriegsmarine. Die Nordd. Zeitung sagt, die schleswig-holsteinische Frage nehme durch die Thronbesteigung des Königs Christian IX. einen europäischen Character an und es handele sich darum, die gesetzliche Gültigkeit des Londoner Protocolls zu prüfen, um zu wissen, ob der deutsche Bund den Protocoll-Prinzen (Christian IX.) als Herzog von Schleswig-Holstein anerkenne. Die Nordd. Zeitung versichert, der Bund sei in keiner Weise durch das Völkerrecht zu dieser Anerkennung verpflichtet, weil er das Londoner Protocoll nicht anerkannt habe. Die Herzogthümer, sagt das halbofficielle Blatt, sind ebensowenig dazu verpflichtet, da ihre Kammern nicht aufgefordert wurden, das Protocoll anzuerkennen. Endlich sind Preußen und Oesterreich gleicherweise der Verpflichtung enthoben, die sie eingegangen sind, da Dänemark die Pflichten, die es Deutschland gegenüber übernommen, nicht erfüllt hat.

Durch den plötzlichen Tod des Königs von Dänemark hat sich der Stand der schleswig-holsteinischen Frage mit einem Schlage absolut geändert. Alles, worüber bisher unterhandelt wurde — ob Bundesexecution oder nicht — tritt gegen die jetzt zur Entscheidung stehenden Fragen vollständig in den Hintergrund. Der gegenwärtige Augenblick ist seit dem Jahr 1460 der größte Wendepunct in der Geschichte der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Es muß sich jetzt entscheiden, ob die nordalbingischen Lande für immer an Dänemark gefesselt bleiben sollen, ob die Grenze Deutschland in Zukunft an der Elbe sein wird. Die Sachlage ist bekannt. Schleswig-Holstein stand zu Dänemark in einem ähnlichen Verhältniß, wie unter König Wilhelm IV Hannover zu England stand. Beide Lande waren durch die Person des Regenten vorübergehend verbunden; aber die Erbfolgeordnung war verschieden; in Dänemark waren die agnatischen und cognatischen Nachkommen Friedrich's III. erbberechtigt, in Schleswig-Holstein nur die agnatischen Christians I. Die Verbindung zwischen beiden Landen mußte aufhören, sobald der Mannsstamm Friedrich's III. ausstarb. Der gestern gestorbene König Friedrich VII. war das letzte Glied aus dem Mannsstamm Friedrich's III. Wenn jetzt das legitime Erbfolgerecht zur Geltung kommt, so succedirt in Schleswig-Holstein das Haus Augustenburg, in Dänemark die Vaterschwester des verstorbenen Königs, die Landgräfin Charlotte von Hessen. Damit wäre die Verbindung mit Dänemark, die Quelle alles Unglücks der Herzogthümer, vollständig gelöst und von dem gestrigen Tage an könnten die Schleswig-Holsteiner den Beginn einer neuen glücklichen Epoche datiren. So würde die Sache liegen, wenn nicht der Londoner Tractat vom 8. Mai 1852 bestände. Durch diesen Tractat hat die europäische Diplomatie das Vorurtheil von der Nothwendigkeit der Integrität der dänischen Monarchie neuerdings sanctionirt, und hat diesem Vorurtheil die legitime Erbfolgerung zum Opfer gebracht. Leider haben auch Preußen und Oesterreich in diesem Falle, wo die Grundsätze der Legitimität mit den Interessen Deutschlands im Einklang standen, sich an diesem Attentat auf die Legitimität betheiligt. Nach dem unglücklichen Ausgang des dänischen Krieges und unter dem Eindrucke desselben ward der Londoner Tractat abgeschlossen, durch welchen der Prinz Christian von Glücksburg, der sogenannte Protocoll-Prinz, zum Thronfolger in Dänemark und in den Herzogthümern nach dem Aussterben des Mannesstammes Friedrich's III. designirt wurde. Unterzeichnet ist der Tractat von England, Frankreich, Rußland, Preußen, Oesterreich, Schweden und Dänemark. Die Unterzeichner verpflichten sich, die Thronfolge des Prinzen Christian von Glücksburg anzuerkennen; eine Garantie für dieselbe übernehmen sie nicht. Dies sind die Bestimmungen des Tractats. Aber eine rechtsgültige Aenderung der Erbfolgerung ist damit noch nicht zu Stande gebracht. Es fehlt dazu die Zustimmung der erbberechtigten Agnaten, es fehlt die Zustimmung der schleswigschen und holsteinischen Stände, es fehlt endlich die Zustimmung des deutschen Bundes. Preußen und Oesterreich haben nur als europäische Mächte den Londoner Tractat unterzeichnet. Deutschland ist durch denselben nicht verpflichtet, so lange der Bund die Aenderung der Erbfolge nicht anerkannt hat.

## Großbritannien.

**London**, 14./2. Novbr. Die Congreßfrage scheint noch nicht entschieden. Gestern hatte der Ministerrath Ruhe, aber auf übermorgen, Montag, sind wieder alle Mitglieder zur Sitzung geladen. Allgemein spricht sich noch die Abneigung gegen die Theilnahme am Congreß aus, obgleich die Vermuthungen über die Absichten des Kaisers Napoleon hin und her schwanken. Ohne zu glauben, daß es in Paris auf eine große Pulverschwörung gegen die Unabhängigkeit und Integrität Europas abgesehen sein müsse, kann der Engländer doch triftige Gründe fürs Wegbleiben haben, und wäre der Grund auch nur die Unlust sich zu blamiren. — Die heutige Times sagt. Wahrscheinlich ist der Schritt des Kaisers weder ein Beweis von seinem Entschluß, Frieden zu halten, noch von seiner Absicht, Krieg zu führen. Nach dem Fehlschlag der diplomatischen Intervention für Polen blieb ihm nichts übrig, als der Rückzug; aber wie ihn antreten? Wäre er der Minister eines constitutionellen Königs gewesen, so hätte er es machen können wie wir — sein Fiasko eingestehen und es auf die Vertreibung aus dem Amte ankommen lassen. Aber was eine Dynastie auf dem Spiele stehen hat, ist nicht mit dem Einsatz eines Ministeriums zu vergleichen. Es kann sich möglicherweise herausstellen, daß dieser Congreßvorschlag einer Feuer-Rettungsmaschine glich — dem Nothbehelf eines Mannes, der entschlossen ist, auf eine oder die andere Art aus einer unhaltbaren Stellung zu entkommen, aber die Treppe herabkommen nicht kann und zum Fenster hinaus springen nicht will. Wenn wir damit die Sache richtig auffassen, so war, was der Kaiser wollte, mehr der Congreß-Vorschlag, als der Congreß selbst. Die Rolle, die der Kaiser durch die Einladung spielt, die edlen Gesinnungen, zu deren Verkündung der Vorschlag eine so gute Gelegenheit gab, und die Voraussetzung, die Frankreich an die Spitze Europa's stellt und den Kaiser als reines Geschöpf von Frankreichs Willen darstellt, scheinen, ohne im Grund mehr zu bedeuten, als Lord Russells kurzgefaßte und schmollende Rückzugsdepesche, den Kaiser auf eine höhere Stufe die Ruhmes, als er früher einnahm, gehoben zu haben.

Der Rev. Alexander M'Caul, Doctor der Theologie, Professor des Hebräischen und der Theologie an King's College ist gestorben.

## Griechenland.

**Athen**, 7. Nov./26. Oct. Sonntag Abend fand das großartige Feuerwerk und die Beleuchtung der Akropolis statt, welches den Schluß der Feste bildete. — Am Sonntag Morgen ging der König der sich nicht „König von Gottes Gnaden," sondern „Georgios I, König der Hellenen," nennt, in Civil gekleidet, zu Fuß in die Kirche, um die Messe zu hören. — Am Montag Morgen hielt der König, in Generals-Uniform der Infanterie gekleidet, Truppenschau über die Nationalgarde und die Garnison Athens. Er war zu Pferde, gefolgt von einem glänzenden Generalstabe. Am Dienstag begannen die Audienzen, und gestern empfing der König das Officier-Corps. Bei dieser Gelegenheit äußerte er: „Ich mache Sie verantwortlich, daß die Disciplin in das Heer zurückkehre und keine Unordnung mehr sich ereigne." Schon in den ersten Tagen nach seiner Ankunft suchte Georg I. ein Ministerium zu bilden, worin die Häupter der verschiedenen politischen Parteien vereinigt werden sollten; jedoch suchte Herr Bulgaris, der Ex-Präsident der provisorischen Regierung, den König zu überzeugen, daß ein solches Ministerium weder möglich, noch constitutionel sei. Bulgaris empfing darauf selbst den Auftrag, ein Ministerium nach seiner Wahl zu bilden und dasselbe binnen 24 Stunden dem Könige zu präsentiren. Bulgaris fand große Schwierigkeiten, seine Ministerliste zu Stande zu bringen, und man glaubt daher mit Recht an keine lange Dauer dieses neuen Ministeriums. Gestern Abend leisteten die neuen Minister vor dem Könige ihren Eid und traten ihre Functionen an. Smolenty ist Kriegsminister, Drosos Finanzminister, Diamantopulos Justizminister, Delianni Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Petzalis Minister des Cultus und des öffentlichen Unterrichts. — Unsere Universität feiert morgen die Einsetzung des neuen Rectors, Herrn Frearitti; viele Studenten sind mit dieser Wahl unzufrieden und beabsichtigten Anfangs Demonstrationen zu machen, standen aber endlich doch von diesem Vorhaben ab, und so steht zu hoffen, daß die seit einem Jahre unterbrochenen Vorlesungen endlich wieder beginnen können. Herr Trikupis Sohn wurde zum außerordentlichen Gesandten in London ernannt, um das Protocoll über Abtretung der jonischen Inseln zu unterzeichnen. Vorgestern starb der 70jährige General-Inspector der alten Denkmale, Ritter Pittachi, ein erfahrener und treuer Mann, der seit 1828 diesen Posten bekleidete und viel für die Erhaltung der alten Denkmale gethan hat.

## Neuere Nachrichten.

**Frankfurt a. M.**, 17./5. Novbr. Die Europe enthält die von heute datirte telegraphische Mittheilung aus Wien, daß am 16. d. ein Abtheilungschef des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Brüssel als außerordentlicher Courier mit Depeschen des Königs Leopold daselbst eingetroffen sei, nachdem er in Berlin gleichfalls Depeschen übergeben. Es scheine, daß der König der Belgier Unterhandlungen zwischen Preußen, England, Oesterreich und Rußland in Betreff des Congresses vermittele.

**Berlin**, 19./7. Novbr. Der Staatsanzeiger berichtet: Nachrichten über Hamburg zufolge hat am Sonntag der preußische Gesandte von Balan dem Conseilpräsidenten Hall die Mittheilung gemacht, daß Preußen die etwanige Promulgation des Verfassungs-Entwurfes als eine wesentliche Erschwerung der Situation betrachten müsse. Der Entschluß des dänischen Ministeriums, dem Könige die Publicirung des Entwurfes anzurathen, sei aber dadurch nicht erschüttert worden.

— Im Hause der Abgeordneten brachte die polnische Fraction einen Antrag ein, das gerichtliche Verfahren gegen die polnischen Abgeordneten zu sistiren. — In der Adreßdebatte des Herrenhauses schlug der Berichterstatter vor, die Discussion über die holsteinische Sache zu vertagen. Graf Bninski protestirte gegen den Ausdruck über die polnische Insurrection; dieselbe sei nur gegen Rußland gerichtet. Bismarck replicirte, der Herr Graf glaube wol an das, was er ausspreche. Die Regierung müsse nach den Thatsachen urtheilen; die Gerichte hätten die Beweise erbracht, daß der Aufstand nicht allein gegen Rußland gerichtet sei. Die preuß. Regierung habe ein politisches und sociales Interesse an dem Unterliegen der polnischen Bewegung. Ein unabhängiges Polen sei immer eine Gefahr für Preußen und verlange einen größern Theil der Armee zum Schutz der Grenzen. Bismarck schloß: „Eine Bewegung, welche sich mit unerhörten Verbrechen besudele, welche den Meuchelmord heilig spreche, werde nie siegen."

**Hamburg**, 20./8. Novbr. Eine Volksversammlung von Hamburgern und Schleswig-Holsteinern ist gestern Abend an drei verschiedenen Stellen von der Polizei gesprengt worden. Die Theilnehmer begaben sich sofort nach dem Dorf Uhlenhorst und beschlossen Adressen an den Erbprinzen von Augustenburg und den Herzog von Coburg-Gotha. Der letztere wird aufgefordert, das schleswig-holsteinische Volk in den Kampf zu führen. — Es verbreitete sich das Gerücht, die Mitglieder der holsteinischen Ständeversammlung seien in einem Hamburger Hotel zur Berathung versammelt.

**Aus dem Haag**, 13./1. Novbr. Am 17./5. d. M. feiert das niederländische Volk die vor fünzig Jahren erfolgte Rückkehr der oranischen Dynastie, nach Abschüttelung des französischen Joches. Man macht sich im Auslande kaum einen Begriff von dem im ganzen Lande herrschenden Enthusiasmus. Alles Groß und Klein trägt Oranien-Cocarden, die Häuser sind in vollem Fahnenschmuck, Festzüge werden veranstalt: überall Volksspiele und am Montag und Dienstag großartige Illumination durch das ganze Land.

**Stockholm**, 13./1. Novbr. Die Bevollmächtigten des Reichsschuld-Comptoirs haben es bis auf Weiteres aufgeschoben, das neue Staatsanlehen abzuschließen, indem sie neue Offerten abwarten, wozu sich versprechende Aussichten vom Auslande finden.

**London**, 17./5. Nov. Nachrichten aus Newyork vom 7. Nov./26. Octbr. melden, daß General Meade die nach Richmond führende Straße verlassen habe, um Winterquartiere in einer Stellung zu suchen, wo er von Guerillas weniger beunruhigt sein würde. — Seward erklärte in einer Rede, daß nicht eher Frieden gemacht werden könne, bis Lincoln Präsident aller Staaten sei. — Bei Colliersville haben die Unionisten einen Angriff zurückgeschlagen. Der Philadelphia Enquirer bringt das wenig wahrscheinliche Gerücht, daß die Conföderirten Richmond geräumt hätten.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 22./10. Novbr. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine königl. Verordnung, welche auf Antrag des Staatsministeriums in Gemäßheit des § 63 der Verfassung die Preßordnung vom 1. Juni aufhebt. — Die Kreuzz. meldet, das Cabinet der Tuilerieen habe, um dem Congreßgedanken Geltung zu verschaffen, eine Vorconferenz in Brüssel vorgeschlagen.

**Frankfurt a. M.**, 21./9. Novbr. In der Sitzung des Bundestages protestirten Preußen und Oesterreich gegen die neue dänische Verfassung. Ihrerseits legten Rechtsverwahrungen ein, die Gesandten des Erbprinzen (? des Herzogs von Schleswig-Holstein?) und des Königs von Dänemark.

**Kopenhagen**, 21./9. Novbr. Nachmittags. Soeben verbreitet sich die Nachricht, daß Graf Carl Moltke zum Minister für Holstein ernannt worden. Die holsteinischen Beamten haben dem Dänenkönig die Eidesleistung verweigert. Die Ordres zur Rüstung sind ergangen.

**Paris**, 21./9. Novbr. Aus Constantinopel ist eine günstige Antwort auf das Congreßeinladungsschreiben eingegangen; der Sultan verspricht sein Erscheinen in Person. Auch der König von Dänemark hat in seiner Antwort dem Congreß zugestimmt.

**Lissabon**, 19./7. Novbr. Bei einer großen Feuersbrunst ist die Bank verwüstet; doch sind die Papiere aus dem Archive gerettet.

**Berlin**, 23./11. Novbr. Die Kreuzzeitung meldet, daß Oesterreich und England sich dahin geeinigt haben, daß sie kein gemeinschaftliches Congreßprogramm aufstellen, aber nur zusammen auf dem Congreß erscheinen werden.

**Hamburg**, 23./11. Novbr. In letzter Nacht traf hier die erfreuliche Nachricht ein, daß das holsteinische Obergericht einstimmig beschlossen hat, dem Dänenkönig den Huldigungseid zu verweigern.

## Witterungsbeobachtungen.

9. Novbr., A. St. (21. Novbr.).

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 333,95 | — 1,63 | 4,7 | $W_2$ | Trüb (4) |
| 2 U. | 333,54 | — 2,07 | 4,6 | $W_3$ | Trüb (4), Regen |
| 11 U. | 333,97 | — 2,70 | 4,2 | | desgl. |
| Mittel | 333,79 | | 4,64 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 6,42 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 5,83 im J. 1845, kleinste —9,97 im J. 1858.

10. Novbr., A. St. (22. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 332,86 | — 2,72 | 4,2 | SW | Trüb (4) |
| 2 U. | 332,50 | — 3,11 | 4,5 | W | Trüb (4) |
| 11 U. | 332,20 | — 3,47 | 2,0 | | Trüb (4), Regen |
| Mittel | 332,68 | | 3,74 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 5,61 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 4,43 im J. 1857, kleinste —5,94 im J. 1854

## Aus den Kirchen-Büchern.

**St. Johannis-Gemeinde:**

Getauft: des Reepschlägers J. G. Warmkraus Tochter Louise Marie Alide.

**St. Marien-Gemeinde:**

Getauft: des Schuhmachergesellen F. Lefton Sohn Johannes Michael.

Nächster deutscher Gottesdienst zu St. Marien am 24. Novbr. Mittags 12 Uhr mit heiliger Abendmahlsfeier. Meldung zur Communion am Freitage vorher Nachmittags 3—5 Uhr.

## Fremden-Liste.

Vom 11. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Hr. Raphoph aus Uddern.

№ 614. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 11. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Am Sonnabend den 16. November von 4 Uhr Nachmittags und am folgenden Tage von 2 Uhr Nachmittags ab bis 9 Uhr Abends wird im Saale der Stadt-Töchterschule eine Anzahl von Broderieen und anderen von Frauenhand angefertigten Arbeiten gegen festgesetzte mäßige Preise öffentlich verkauft werden. Der Erlös ist zu wohlthätigen Zwecken bestimmt.

Bei **E. J. Karow** traf so eben ein:

Paulicki, Dr. A., **Allgemeine Pathologie.** Erste Abtheilung: Die Störungen der Formation. **Zweite** Lieferung. Preis 1 Rbl. 88 Kop.

**Biblischer Commentar über das alte Testament.** Herausgegeben von Keil und Delitzsch. 2. Theil: Die prophetischen Geschichtsbücher. Erster Band: **Josua, Richter, Ruth.** Preis 2 Rbl. 50 Kop.

Gerber, C. F. v., **System des deutschen Privatrechts.** Achte verbesserte und vermehrte Auflage. Preis 4 Rbl. 85 Kop.

Soeben erhielt ich eine Auswahl

**vorzüglichster Reißzeuge**

aus dem Atelier des Mechanicus Magister **Tauber** in Lepzig, welche sich durch besondere Güte und billigsten Preis (von 1 Rbl. 50 Kop. bis 7 Rbl. 50 Kop.) empfehlen.

**Fellin**, 1. Novbr. 1863.

**E. J. Karow.**

Die **Mitglieder der Gesellschaft der Ressource** werden zum Tage der Jahresversammlung, **Donnerstag den 14. Novbr. 1863 8 Uhr Abends** ergebenst eingeladen.

***Die Direction.***

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich im ehemals Bürgermeister **Stähr**schen **Hause** (gegenüber der Laakmannschen Buchdruckerei) ein **Verkaufslocal,** zum **stoofweisen** Verkauf verschiedener Gattungen **feiner Branntweine, Liqueure, Rum, Balsam,** sowie **Bier** und **Meth** in Flaschen eröffnet habe. ***F. G. Faure.***

**Verloren**

ein goldenes Medaillon mit einem Herrn-Portrait. Der Finder wird gebeten, dasselbe gegen eine angemessene Belohnung in der Schramm'schen Handlung abzugeben.

**Briefbogen**

mit der **Photographie** von **Dorpat.**

Quartformat 15 Kop.

Octavformat 10 Kop.

empfiehlt die Universitäts-Buchhandlung von

**E. J. Karow.**

**Neue Salon- und Cabinet-Flügel, Piano und Pianino**

verkauft unter annehmbaren Bedingungen und garantirt für jeden Fehler

**O. D. Wenzel,**

gegenüber der Universität neben der academischen Musse.

**Branntwein**

mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft ***F. G. Faure.***

40,000 gut ausgebrannte Ziegeln à 16 Rbl. pr. Tausend, mit Lieferung im bevorstehenden Winter, sind zu verkaufen durch

Coll. Sekr. **Grünberg,**

Kloster-Straße, eignes Haus.

№ 262. Dienstag, den 12. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Zur Erläuterung der kurländischen Agrarreform. II Riga: Prof. Osenbrüggen. St. Petersburg: Personalnotizen. Schnellzüge nach Moskau. Universität. Erdarbeiten auf der Witebsker Eisenbahn. Warschau: Graf Berg. Gefecht.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Staatsgerichtshof. Jacoby. Hamburger Beschluß. Telegraphentarif. Verein für Preßfreiheit. Parforcejagd. Wien: Der Erbprinz von Augustenburg. Die Erbfolge in Schleswig-Holstein. Aufgabe der preußischen Abgeordneten. Paskiewitsch. Scheldezoll. Schleswig-Holstein: Herzog Friedrich. Dänische Maßregeln. Ständemitglieder. Antrag in Frankfurt. Erbansprüche. Lauenburg. — Dänemark. Kopenhagen: Erklärung Preußens. Verbot der Kieler Versammlung. — Großbritannien. London: Fox Memoiren. Gladstone Homer. Photogr. Ausgabe des Shakespere. Handelsberichte. — Frankreich. Paris: Kammerbericht. Congreßaussichten. Römische Frage. Polnische Frage.

**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 12. Novbr. Fortsetzung und Schluß der Zuschrift zur Erläuterung der kurländischen Agrarreform:

**II.**

Wir wenden uns nun zu den in der Nr. 257 der Rigaschen Zeitung ausgesprochenen Bedenken, die ihr bezüglich einiger „Lücken und Ungenauigkeiten in der Redaction der kurländischen Gesetzesnovelle aufgestoßen sind."

3) Die Befürchtung eines Mißverständnisses des in den Regeln § 1 enthaltenen Passus: „dieses Gesinde dem bezeichneten Pächter verkauft werden muß," — theilen wir nicht. Der von der Rigaschen Zeitung a. a. O. vermißte nothwendige Consensus des Gutsbesitzers zum Verkauf überhaupt steht ja in dem bezogenen § 1 oben an, indem das Recht zum eigenthümlichen Erwerb der Gesinde nur nach freier Vereinbarung mit dem Gutsbesitzer realisirt werden kann, desgleichen spricht der nachfolgende § 2 abermals nur von dem Gutsbesitzer, welcher willens ist, ein Gesinde zu verkaufen. Wir glauben daher, daß dieser obenan gestellten Hauptbedingung gegenüber kein Mißbrauch mit dem im § 1 eingeschobenen Satz getrieben werden kann, um so weniger, da dieser eingeschobene Satz keinen andern Zweck hat, als eine Definition dessen zu geben, was in dem ursprünglichen deutschen Texte mit dem einen Wort: „Vorkaufsrecht" ausgedrückt war, in der russischen Uebersetzung aber aus sprachlichen Rücksichten umschrieben werden mußte. —

4) Die von der Rigaschen Zeitung ferner gerügte Verschiedenartigkeit der Entschädigungen für die austretenden Pächter, je nachdem das Gesinde an einen anderen Pächter verpachtet, oder an einen fremden Käufer verkauft, oder endlich vom Gutsbesitzer eingezogen wird, kann allerdings nicht geläugnet werden. Nichts destoweniger hat sie aber auch ihren Grund. Man wird zuvörderst anerkennen, daß bei gesetzlicher Festsetzung von Meliorations-Entschädigungen die richtigste Basis der Berechnung die sein wird, wenn man die Differenz zwischen der früher gezahlten und der von neuem convenirten Pacht als Ausgangspunct annimmt, welche Differenz alsdann mit der Zahl 2, 3, 4 ꝛc. multiplicirt werden mag. Die Präsumtion spricht dafür, daß das Grundstück, welches bei der neuen Verpachtung eine um so viel höhere Rente sofort trägt, dem entsprechend von dem früheren Pächter verbessert sein müsse. Dieser Modus konnte somit in dem Capitel welches von den Pachten handelt, unbedenklich angenommen werden. Anders gestaltet sich die Sache da, wo ein Uebergang von der Pacht zum Eigenthum stattfinden soll. Hier müßte, wollte man bei dem obigen Modus bleiben, der Zinsfuß für den Kaufschilling gesetzlich festgestellt werden; nur dann könnte, wie die Rigasche Zeitung Nr. 257 meint, „die Rente des Kaufschillings, welchen der den Pächter verdrängende Käufer zahlt, der höheren Arrende-Summe des neuen Pächters substituirt werden." Eine solche gesetzliche Feststellung, — oder vielmehr der Versuch dazu — brächte aber Inconvenienzen mit sich, die jedenfalls vermieden werden müssen; demjenigen, der einige practische Erfahrung auf dem Felde unserer provinciellen Rechts-Entwickelung namentlich in Agrarfragen zu sammeln Gelegenheit gehabt hat, brauchen wir diese Inconvenienzen nicht näher anzudeuten. Eine weitere Rücksicht, weßhalb jener von der Rigaschen Zeitung befürwortete Modus nicht annehmbar erscheint, ist die, daß die Präsumtion, von der wir oben sprachen, bei der käuflichen Erwerbung nicht in dem Maße Platz greift, als bei der Verpachtung auf eine gewisse Reihe von Jahren. Der Käufer eines Grundstückes bezahlt in vielen Fällen nicht allein das, was er schon vorfindet, sondern er hat bereits im Auge, was er mit der Zeit aus dem Grundstück machen will, in den ersten Jahren wird ein Käufer sich vielleicht mit 2 — 3% seines Kaufschillings begnügen, wenn er die Aussicht vor sich hat, nach 10—15 Jahren sein Capital zu 7—8 % zu verrenten. — Diese Rücksichten ließen daher die Berechnungsweise, die Differenz zwischen der früheren Pacht und den Renten des Kaufschillings als Basis der Meliorations-Entschädigungen zu statuiren, bei dem Verkaufe der Gesinde nicht annehmbar erscheinen, und man acceptirte eine andere Basis, nämlich den Betrag der letzten Jahrespacht mit Hinzurechnung des Werthes der im letzten Jahre für den Gutsbesitzer erfüllten Naturalleistungen. Diese letztere Berechnung dürfte nun in den meisten Fällen dasselbe Resultat zu Tage fördern, als die andere, bei den Pacht-Erhöhungen beliebte, an sich richtigste Berechnungsart der Meliorations-Entschädigungen. Man kann nämlich annehmen, daß eine Pachtsteigerung kaum jemals mehr betragen wird, als höchstens 33⅓ %; dies ist, wenn wir nicht irren, auch der in Kurland von der hohen Krone beliebte höchste Zuschlag bei ihren Gesindespachten. Die dreimalige Differenz zwischen der frühern und der neuen Pachtsumme wird in solchem Falle also ebensoviel betragen, als die einjährige Pacht. Nimmt man eine niedrigere Steigerung des Pachtsatzes, als 33⅓ % an, so fährt der Pächter, dessen Gesinde verkauft wird, bei der Entschädigung mit dem Betrage einer Jahrespacht solchemnach noch besser, als mit jener Berechnungsweise. — Daß aber ferner diese Entschädigung in denjenigen Fällen zu verdoppeln ist, wo das Gesinde vom Gutsherrn eingezogen wird, hat seinen Grund einmal darin, daß in solchen Fällen der bisherige Pächter sowol seines Vorpachts- als seines Vorkaufs-Rechts verlustig geht und derselbe dafür, daß er keines dieser ihm zugestandenen Rechte zur Geltung bringen kann, billigerweise höher zu entschädigen ist; und ferner darin, daß der Gutsherr, wenn er die directe Exploitirung des Grundstücks seinen Interessen für noch vortheilhafter erachtet, als die höhere Verpachtung oder als den Verkauf des Gesindes, — er sich dann auch gefallen lassen mag, eine höhere Meliorations-Entschädigung zu zahlen; endlich hauptsächlich darin, daß die Tendenz unserer Propositionen dahin zielt, das Einziehen der Gesinde möglichst zu beschränken.

Wir wollen übrigens in Bezug auf diesen ganzen Punct gerne zugeben, daß verschiedene Meinungen über die eine oder die andere Berechnung der Meliorations-Entschädigungen berechtigt sind; die Zukunft wird vielleicht einen Maßstab finden, der an sich richtiger ist, als irgend einer der jetzt beliebten. Heute kam es hauptsächlich darauf an, für Kurland das Princip der Meliorations-Entschädigungen überhaupt erst zur Anerkennung zu bringen, und das ist das Verdienst der Gesetzesnovelle.

5) Am Schluß des Artikels in Nr. 257 der Rigaschen Zeitung vermißt der geehrte Verfasser in dem Reglement eine Erwähnung desjenigen Beschlusses der kurl. brüderlichen Conferenz, „welcher das Recht der Gutsbesitzer, Gesinde einzuziehn, suspendirte und auf gewisse Nothfälle beschränkte ꝛc.; da in dem vorliegenden Reglement seiner nicht Erwähnung gethan worden, so lege die Bestimmung, daß der Pächter eines einzuziehenden Gesindes doppelt entschädigt werden solle, vielmehr die Befürchtung nahe, daß man von der beabsichtigten Suspension des Einziehungsrechts Abstand genommen, und sich damit begnügt habe, die Sprengungen materiell zu erschweren. — Wir haben indessen (so schließt der Verfasser), da andererseits verlautet, daß modificirte Bestimmungen über die Erschwerung der Gesindeeinziehung bereits früher in Kraft getreten sind, kein Recht dazu, diese Befürchtung zur Vermuthung zu erheben und wollen, gestützt auf die Oeffentlichkeit, welche die kurl. Ritterschaft ihren Verhandlungen selbst gegeben hat, nur den Wunsch aussprechen, daß öffentlich eine Beantwortung dieser Frage beliebt werde."

Wenn dies endlich die „Lücke" sein soll, von welcher der Verfasser des Artikels in Nr. 256 spricht, so hätte er sich seine diesbezüglichen Bedenken wie Befürchtungen leicht ersparen können. Es hat nie die Absicht obgewaltet, einen Passus, betreffend die Beschränkung des Rechts zur Einziehung von Gesinden in das „Reglement", welches den Verkauf der Bauergesinde und die Abschließung langjähriger Pachtcontracte behandelte, aufzunehmen. Vielmehr zerfielen die Beschlüsse der brüderlichen Conferenz vom Juni d. J. in der Agrarfrage

von Hause aus in drei Theile: Theil A handelte von dem Verkauf der Bauergesinde und der Abschließung langjähriger Pachtcontracte, sowie der damit eng zusammenhängenden Frage der Meliorations-Entschädigungen und der Aufhebung der Frohne; dieser Theil enthielt für Kurland wesentlich neue Bestimmungen, und mußte somit der höhern Staatsregierung zur Bestätigung vorgestellt werden. Theil B lautet wörtlich: „Durch einen betreffenden Antrag in der Commission in Sachen der kurl. Bauerverordnung ist folgende Anordnung herbeizuführen:

„Auf Antrag der kurl. Ritterschaft wird das Dispositionsrecht des Guts-, Erbpfand- und bürgerlichen Lehns-Besitzers über die zum Gute gehörenden Gesinde temporair für eine Dauer von 15 Jahren folgenden Regeln unterworfen:

a. Gesinde dürfen nur zu nothwendigen öconomischen Zwecken mit andern Grundstücken zusammengelegt oder eingezogen werden;
b. Die nähern Bestimmungen hierüber sind der Vereinbarung der Ritterschafts-Repräsentation mit der Commission in Sachen der Bauerverordnung vorbehalten."

Theil C endlich handelt von der der Staatsregierung zu unterbreitenden Bitte um die Wiedereinführung des 99jährigen Pfandrechts.

In richtiger Würdigung der Sachlage und in Voraussicht derjenigen Einwürfe, denen man bei der Verhandlung über den Theil A höhern Orts etwa begegnen könnte, ward sofort nach dem Schluß der brüderlichen Conferenz der Theil B in der Commission in Sachen der kurl. B. V. zur Verhandlung gebracht. Die Bestätigung dieser unsere Bauerverordnung ergänzenden Bestimmungen lag um so mehr in der Competenz der localen Autoritäten, als diese Bestimmungen von der Ritterschaft selbst ausgingen, die sich innerhalb ihrer Güter gewissen Beschränkungen temporär selbst unterzog. Das Ergebniß dieser Verhandlung war der dem ritterschaftlichen Beschlusse völlig entsprechende, von der Civil-Oberverwaltung bestätigte Erlaß der Commission in Sachen der K. B. V. vom 13. August d. J. Nr. 38, den die officielle kurl. Gouv.-Ztg. in ihrer Nr. 66 d. J. publicirte. Erst nachdem solches geschehen, und mit diesem Erlaß in der Hand, schritt man zur Verhandlung mit der höhern Staats-Regierung über den Theil A., deren schließliches Ergebniß die Allerhöchst sanctionirten „Regeln" waren. In diesen „Regeln" brauchte der so eben erst publicirte Erlaß vom 13. August nicht aufgenommen zu werden, da er ja ohnehin schon gesetzliche Kraft und Gültigkeit hatte. Eine Lücke ist in den Regeln um deshalb ebensowenig anzutreffen, als man es eine Lücke nennen dürfte, daß die (übrigens zur Zeit noch in Verhandlung stehende) Wiedereinführung des 99-jährigen Pfandrechts keinen Platz in den „Regeln" gefunden hat.

Wir haben mit Willen diesen Zusammenhang der Sache hier des Nähern dargelegt. Indeß, die Hauptsache hätte die Rig. Zeitung wol nicht ignoriren dürfen; denn sie hat den Erlaß der Commission in Sachen der kurl. B. V. vom 13. August d. J. nicht nur aus der kurl. Gouv.-Zeitung ersehen, sondern auch denselben verbotenus in ihrer Nr. 199 abgedruckt. (Abgedr. auch im Dorp. Tagesbl. Nr. 195.) Hätte sie sich zur Zeit dessen erinnert, so konnte sie eine Befürchtung, „daß man von der beabsichtigten Suspension des Einziehungsrechts Abstand genommen habe," — auch nicht einmal mit der darauf folgenden beschönigenden Phrase aussprechen, daß sie diese Befürchtung nicht zur Vermuthung erheben wolle; so konnte sie nicht von einem „Verlauten" (sic!) dessen, „daß modificirte Bestimmungen über die Erschwerung der Gesinde-Einziehung bereits früher in Kraft getreten seien" — sprechen. Abgesehen von den Mittheilungen, die der Rigaschen Zeitung bezüglich der Conferenzialbeschlüsse schon im Juni gemacht worden, mußte sie aus den von ihr abgedruckten Eingangsworten des Erlasses vom 13. August d. J. wissen, was von der Ritterschaft bezüglich der temporären Einschränkung des Rechts zur Einziehung und Zusammenlegung von Gesinden auf kurl. Adelsgütern beschlossen, hierauf bestätigt und schließlich publicirt war. Sapienti sat. —

**Riga**, 9. Nov. Die Rig. Ztg. meldet, daß der frühere Professor des Strafrechts in Dorpat, Dr. Osenbrüggen in Zürich, an Stelle Mittermaier's nach Heidelberg berufen sein soll. (?)

**St. Petersburg.** Ernannt: der Generallieutenant bei der reitenden Feldartillerie Pistohlkors zum Commandanten von Bobruisk. Der Generalmajor Graf Tolstoi zum Inspector der Grenzwache.

— In diesem Monate werden die Schnellzüge auf der Petersburg-Moscauer Eisenbahn eingestellt werden. Der letzte Schnellzug wird den 16. November abgehen. — Die St. Petersb. Universität zählt gegenwärtig 502 Studirende, darunter 4 aus Polen und 80 aus den westl. Gouvernements; freie Collegien genießen 151. Die Zahl der freien Zuhörer beträgt 150.

— Nach der St. P. Börsenz. sind die Erdarbeiten der Dünaburger-Witebskischen Eisenbahn, welche am 18. Juli dieses Jahres angefangen worden, gegenwärtig auf einer Strecke von 23 Werst ausgeführt. Außerdem wird die Verbindungsbahn zwischen der Riga-Dünaburger und der Dünaburg-Witebskischen Bahn vollendet. Mit den Arbeiten waren 1700 Menschen beschäftigt. Im nächsten Jahre sollen die Arbeiten so früh als möglich und auf mehreren Puncten zugleich in Angriff genommen und im Ganzen 6 bis 7 Tausend Arbeiter beschäftigt werden, so daß bis zum 1. Nov. die Erdarbeiten bis Polozk, also auf einer Strecke von 140 Werst, vollendet sein können. Die übrigen 100 Werst bis Witebsk hofft man dann bis zum 1. Nov. 1865 zu beenden.

In **Samara** wird beabsichtigt eine Actiengesellschaft zur Beförderung des dortigen Kleinhandels zu gründen. Das Grundcapital soll 10.000 Rbl. betragen und soll in 1000 Actien vertheilt werden.

**Warschau**, 3. Novbr. Heute ist das über Truschinski gefällte Todesurtheil vollzogen. Derselbe ist einer der thätigsten und einflußreichsten Glieder der Nationalregierung gewesen. Er hatte mehrere Personen den Hängegensdarmen, darunter auch seinen leiblichen Vater überliefert.

— Graf Berg empfing im Schlosse als Statthalter die Glückwünsche der Militairchefs, der Geistlichkeit, der Civilbeamten der ersten 6 Rangclassen und der ausländischen Consule.

Den Kriegsberichten aus dem Gouv. **Radom** zufolge hat am 16. Octbr. eine Abtheilung Dragoner und Kosaken unter den Generalmajor Tschengery eine Insurgentenschaar von 90 Reitern und 300 Fußgängern bei Jesiorka besiegt und 198 Gefangene gemacht. Außerdem wurden 169 Stutzen erbeutet.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 19./7. Novbr. Die Volks-Ztg. schreibt: „In anderen Verfassungen ist für alle Streitfragen der Staatsgewalten über den Sinn und die Geltung irgend eines Artikels der Verfassung oder eines Gesetzes ein rechtskräftig entscheidender Gerichtshof eingesetzt, dessen Mitglieder zur Hälfte von dem Monarchen, zur Hälfte von der Volksvertretung ernannt werden. Dieser Gerichtshof ergänzt sich durch Wahl zu einem vollständigen Collegium; und dieses entscheidet ohne Widerruf über jede derartige streitige Frage. Eine Ergänzung unserer Verfassung in diesem Sinne, oder ein Antrag auf sofortige Ernennung eines solchen Collegiums für alle augenblicklich schwebenden Conflicte würde vom ganzen Lande als ein willkommener Weg der Verständigung freudig aufgenommen werden." — Johann Jacoby hat vor seinen Wählern in langer, nichts Neues bietender Rede seinen Standpunkt dargelegt. Zum Schluß weist er endlich auf das Budgetbewilligungsrecht hin. „Das Abgeordnetenhaus wird davon einen sehr ernsten Gebrauch machen, einen um so ernsteren, als die Zustimmung der Krone zu dem gesammten Budget ausdrücklich an die Bewilligungen des Hauses für den Militäretat geknüpft worden ist. Aber wir leben ja schon zwei Jahre ohne bewilligtes Budget. Die Macht des Abgeordnetenhauses reicht also nicht aus gegen jenen vereinten Widerstand. Das Volk muß selbst einstehen für sein Recht;" die Kreuzz. wittert darin Steuerverweigerung. — In Hamburg haben die Mitglieder des Nationalvereins beschlossen den Vereinsausschuß zur Einleitung angemessener Schritte aufzufordern, „um in Gemeinschaft mit der preußischen Fortschrittspartei den Sturz des Ministeriums Bismark herbeizuführen," nachdem Wex diese Schritte als Permanenz-Erklärung des Abgeordnetenhauses, Anklage der Minister auf Hochverrath und Aufforderung an das Volk zur Steuerverweigerung bezeichnet hatte. — Seit der Herabsetzung des Telegraphen-Tarifs hat der Depeschenverkehr dergestalt zugenommen, daß, wie verlautet, auf eine Vermehrung der Arbeitskräfte Bedacht genommen werden muß — Die Ausschuß-Mitglieder des „Vereins für Wahrung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit in Preußen" haben eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet, welche beantragt, der Preß-Verordnung vom 1. Juni d. J. nicht nur die Genehmigung zu versagen, sondern sie auch als verfassungswidrig zu bezeichnen. Beigefügt sind der Petition die Sammlung der bisher erlassenen Verwarnungen (2 Hefte), das bereits gedruckte Heidelberger Gutachten und zwei Rechtsgutachten der Universitäten Kiel und Göttingen, welche der Preß-Verein extrahirt hat, und die einmüthig die Verordnung als der Verfassung widersprechend bezeichnen. Die Regierung verbot folgende Zeitschriften: den in London erscheinenden Hermann, die in Coburg erscheinenden Aera, und Fortschritt. — Der König fuhr nach Schloß Grunewald, um der 1000sten Parforce-Jagd — seit ihrem Bestehen — beizuwohnen.

**Schleswig-Holstein.** Mit unbeschreiblicher Spannung sieht man in den deutschen Herzogthümern dem Auftreten des Erbprinzen Friedrich entgegen. Derselbe ist am 6. Juli 1829 geb. und seit dem 11. Sept. 1856 mit einer Prinzessin von Hohenlohe-Langenburg (Cousine der Königin von England) vermählt, die ihm bis jetzt 2 Töchter geboren hat. Er hat schon die Feldzüge von 1848—50 im schleswig-holsteinischen Generalstabe für seine und des Landes Rechte mitgemacht; jetzt ist er Major in der preußischen Armee. An ihm ist es nun, die Rührigkeit und den Muth zu erproben, welche zur Durchfechtung seiner gerechten Sache gehören. Er hat gegen den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 protestirt und es wäre ihm jetzt zu rathen, das Grundgesetz der Herzogthümer Schleswig-Holstein, das von der dänischen Regierung im J. 1851 willkürlich aufgehoben worden ist, sofort wieder anzuerkennen und zu beschwören. (Dies ist bereits in dem Patent vom 16. Nov. geschehen.) — Von dänischer Seite wird nichts versäumt werden, um die Erbfolge der Glücksburger Linie durch gewaltthätige Maßregeln in den Herzogthümern rasch zur thatsächlichen Geltung zu bringen. Das Militär wurde bereits vereidet und man wird unverzüglich den Eid auch von den Civilbeamten fordern. Die beabsichtigte Versammlung von Ständemitgliedern in Kiel ist bereits verboten worden. Schleswig ist von dänischen Truppen stark besetzt und es steht in Zweifel, ob ein irgendwo organisirter Widerstand dort überhaupt noch möglich sein wird. In Holstein darf man eine Reihe von Protesten erwarten; aber sie würden nur zahlreiche neue Märtyrer schaffen, wenn von Deutschland nicht endlich rasche und durchgreifende Hülfe kommt. — Wie es heißt wird die nach Kiel zusammenberufene Versammlung schleswigscher und holsteinischer Ständemitglieder trotz des

Verbots der Regierung dennoch stattfinden. Dieselben beabsichtigen eine Deputation an den deutschen Bund abzusenden und denselben aufzufordern, sofortige energische Schritte zu thun, um das öffentliche Eigenthum gegen Unberechtigte zu schützen. — Der gesetzgebende Körper in Frankfurt a. M., hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, die dringende Aufforderung an den Senat zu richten, den bisherigen Erbprinzen von Augustenburg als nunmehrigen Herzog von Schleswig-Holstein-Lauenburg anzuerkennen und diese Anerkennung durch den Frankfurter Bundestagsgesandten bei dem Bundestage aufs dringenste zu beantragen und zu fördern.

Die Frage, welche an Deutschland unmittelbar herangetreten ist, lautet: „Erkennt der deutsche Bund an, daß Christian IX., welcher am 16. November den dänischen Thron bestiegen hat, auch Herzog in Schleswig sei?" Der Bund darf dies nicht anerkennen. Darüber, daß Christian IX. in Holstein nicht erbberechtigt sei, kann kein Zweifel sein. Es ist aber stets zugleich Herzog von Schleswig, wer auf dem holsteinischen Throne sitzt, und es hat Deutschland ein directes Interesse daran, den Abfall Schleswigs von Holstein zu hindern, denn durch denselben wird das feindliche Dänemark verstärkt. Der deutsche Bund hat den Londoner Tractat niemals anerkannt, und es ist auch die neue Successions-Ordnung in Dänemark von den Mächten nicht förmlich garantirt, sondern es haben die Mächte nur versprochen, diese Succession anzuerkennen. Wäre die Erbfolge in ihrem natürlichen und vertragsmäßigen Gange geblieben, so hätte in Dänemark die Krone an die nächsten weiblichen Anverwandten des Königs übergehen müssen, das sind die beiden Töchter des Königs Friedrich's VI. Die ältere war an den jüngst verstorbenen Prinzen Christian, die jüngere ist an einen Glücksburgischen Prinzen verheirathet; beide sind kinderlos. Mit ihnen wird auch der weibliche Stamm der königlichen Hauptlinie aussterben. Nach ihrem Tode hätten in Dänemark die Augustenburger folgen müssen. Der älteste Augustenburger ist der preußische General Herzog Christian, der eine Dame von nicht fürstlichem Geblüt (Gräfin Danefkiold) geheirathet hat. Auch sein Bruder Friedrich war mit einer Danefkiold verheirathet, dagegen existiren Kinder seines Vaterbruders Emil († 1841) aus standesgemäßer Ehe, und zwar ein Mann, der Prinz Woldemar, preußischer General in Coblenz (unverheirathet). Von den Augustenburgern hätten die Glücksburger die dänische Krone erben müssen. Die Erbansprüche der Augustenburger sind vielfach bestritten, und die Dänen würden sich wol schwerlich entschließen, einen als König anzunehmen, zumal mehrere Augustenburger 1848 auf der deutschen Seite gestanden haben. Diese Umstände und Familien-Intriguen, deren Fäden in der Hand der Prinzessin Louise von Hessen-Kassel zusammenlaufen, trieben dazu, daß König Friedrich VII. alle seine Mittel aufbot, um die Augustenburger von der Thronfolge in Dänemark auszuschließen.

Es wurde am 5. Juni 1851 zu Warschau zwischen dem Kaiser von Rußland als Chef der Gottorpschen Linie des Oldenburgischen Hauses und dem Könige von Dänemark als Chef der königlichen Linie desselben Hauses ein Familienvertrag abgeschlossen, in welchem die Erbansprüche der Augustenburger ganz ignorirt, die Erbfolge an die Glücksburger übertragen und somit die Erbfolge der Gottorps (zu denen das russische Kaiserhaus gehört) sehr beträchtlich näher gerückt wurde. Dieses Warschauer Abkommen ist später (bedingungsweise) durch die Londoner Verträge von 1852 und das von dem dänischen Reichsrath angenommene Thronfolgegesetz von 1853 bestätigt worden. — Die Weimarische Ztg. sagt nach einer Erörterung des Sachverhältnisses: „Das Erbrecht beruft auf den Thron von Schleswig und Holstein den Erbprinzen von Augustenburg, auf den von Lauenburg unter mehreren Prätendenten (Königreich Sachsen, Mecklenburg, Anhalt) auch das Ernestinische Haus Sachsen. Wir hören, daß von Coburg-Gotha der Erbprinz von Augustenburg als regierender Herzog von Schleswig-Holstein bereits anerkannt worden; wir hoffen, daß ein dänischer Gesandter des neuen Königs am Bundestag nicht mehr Sitz und Stimme haben, daß allseitig das Rechte geschehen wird und können dies für Weimar in Aussicht stellen."

**Wien**, 20./8. Novbr. Das Abendblatt ‚der Wanderer' bringt ein Telegramm aus Berlin, nach authentischer Quelle habe der Erbprinz von Augustenburg sich an den Kaiser persönlich gewandt und um Untersuchung der von ihm geltend gemachten Erbfolgeansprüche gebeten. — Die officiösen Zeitungen Abendpost und Generalcorresp. erklären sich zu Gunsten des dänischen Königs; die G.-C. schreibt: „Der plötzlich erfolgte Tod des Königs von Dänemark, durch welches Ereigniß das Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 in Wirksamkeit tritt, dürfte wol eine Sistirung des Executionsbeschlusses zur Folge haben. Ob der nunmehr auf den dänischen Thron berufene Prinz Christian von Dänemark aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg in Bezug auf die deutschen Herzogthümer eine andere Politik inauguriren wird, als diejenige war, welche zu dem Conflicte mit dem deutschen Bunde führte, kommt hierbei zunächst nicht in Frage. Entscheidend für das Verhalten des Bundes wird nur die sich von selbst aufdrängende Erwägung sein, daß ein Thronwechsel unter allen Umständen tief eingreift in die inneren Verhältnisse des betreffenden Staates und daß dem neuen Monarchen die nöthige Zeit gelassen werden muß, die Zügel der Regierung zu ergreifen und in der Sachlage, welche er vorfindet, sich zu orientiren." Auch die „Presse" erklärt: „Was die Anerkennung Christians IX. betrifft, so muß sie seitens der deutschen Großmächte wol außer Frage stehen, nachdem sie das ihm zum Thron berufende Londoner Protocoll unterzeichnet haben. Der deutsche Bund hat zwar dieses Protocoll niemals anerkannt, aber es ist nicht denkbar, daß die den Bund zum größten Theil ausmachenden Großmächte als Bundesglieder eine andere Politik verfolgen, als die ist, zu welcher sie sich als Großmächte verpflichtet." Im Gegensatz ergreifen sämmtliche liberalen deutschen Zeitungen die Partei des Augustenburgers.

Die Deutsche Allg. Ztg. sagt am Schlusse eines Artikels über diese Angelegenheit: „Wir können nur hinzufügen, daß im übrigen Deutschland — so weit wir dies von hier aus übersehen können — man eine Initiative von der preußischen Volksvertretung erwartet und fordert, ja daß ein Unterlassen derselben, ein Sichzurückziehen der preußischen Volksvertretung auf den wie sehr auch sonst unter gewöhnlichen Umständen, berechtigten Standpunkt, vor allem erst die innern Fragen zu ordnen, in dem gegenwärtigen verhängnißvollen Augenblicke, den Glauben der andern Stämme an den deutschen Beruf Preußens, auch des preußischen Volks, aufs schwerste gefährden würde.

Mit dem Morgenzuge der Südbahn ist gestern in Begleitung eines Polizei-Commissärs und eines „Vertrauten" ein junger Fürst Paskiewitsch aus Venedig hier eingetroffen. Der Fürst weilte zum Gebrauch des Seebades in Venedig, und soll schon vor drei Wochen von seiner bevorstehenden Internirung behördlich in Kenntniß gesetzt worden sein. Gegen Abnahme des Ehrenwortes ward ihm jedoch gestattet, die begonnene Kur zu vollenden. Als der Ort der Internirung ward dem Fürsten die Stadt Brünn genannt; der Grund dazu soll in den Beziehungen gelegen sein, in denen der Fürst zu dem polnischen Aufstande gestanden. — In der Sitzung des Unterhauses ward der Vertrag wegen Ablösung des Scheldezolles genehmigt.

## Dänemark.

**Kopenhagen**, 15./3. Novbr. Der preußische Gesandte hat Herrn Hall erklärt, daß Preußen die eventuelle Veröffentlichung der neu entworfenen Verfassung als eine große Verwickelung der Lage betrachten werde. Die dänischen Minister sind übereingekommen, dieser Mittheilung keine Bedeutung beizulegen und auf der Veröffentlichung der neuen Verfassung zu bestehen.

Die nach Kiel ausgeschriebene Versammlung der Ständemitglieder ist verboten worden.

## Großbritannien.

**London.** Bei Bentley erschienen die ersten zwei Bände der Memoiren und der Correspondenz von Fox, herausg. von Lord John Russell. Des Schatzcanzlers Gladstone ebenso dickleibiges wie gelehrtes Werk über Homer (Studies on Homer and the Homeric Age. Oxford 1858. 3 Vols.) ist so eben in einer sehr zweckmäßigen deutschen Bearbeitung erschienen. Der Verfasser derselben, Dr. Schuster, hat das Werk theils ergänzt, theils berichtigt, und auf einen, immerhin stattlichen, Octavband von 464 Seiten zusammengedrängt — Im December erscheint, bei Day in London, die erste Lieferung einer photographirten Facsimile-Ausgabe Shakespere's nach der im Besitz des Grafen v. Ellesmere im Bridgewater-Haus befindlichen berühmten ersten Folio-Edition von 1623. Es werden 16 Lieferungen zu je 60 Folioseiten und jede kostet 10 Sh. 6 Pence, also das ganze, für die Textkritik des Dichters höchst wichtige, Werk 8 Pfd. St. 8 Sh. — Die Montreal Gazette stellt einige Handelsberichte zusammen, um zu beweisen, wie tief der Krieg in den Verkehr eingreift. Während im zweiten Quartal des Jahres 1860 der Import und Export des Newyorker Hafens 62 Mill. Doll. unter americanischer und 30 Mill. Doll. unter fremder Flagge betrug, wurde der Import und Export des zweiten Quartals 1863 auf 65 Mill. Doll. unter fremder und nur 23 Mill. unter americanischer Flagge berechnet, — ein Beweis von der Furcht, welche die wenigen conföderirten Dampfer dem Norden eingeflößt haben. Die Production des getreideerzeugenden Westens ist durch den Mangel an Arbeitskräften bedeutend verringert worden. Zwar ist die Production von Hafer und Weizen um 2.500.000 Bushel gestiegen, aber in Mais und Kartoffeln betrug die Abnahme 152 Mill. Bushel. Da der Süden keinen Tabak mehr liefert, so haben die nördlichen Staaten ihre Tabakproduction um 50 Mill. Pfund gesteigert; die große Abnahme der Stapelgetreide aber ist sehr beunruhigend.

## Frankreich.

**Paris**, 14./2. Nov. In der Kammer fängt es schon an, lebhafter herzugehen, obgleich man noch nicht einmal zu den Adreß-Debatten gelangt ist. Die Kammer ist vorläufig noch damit beschäftigt, ihre schmutzige Wäsche zu waschen, und Gott weiß es, daß die Herren sie gern im engsten Familienkreise waschen möchten, wenn es anginge. Die einzige Furcht, die sie zu erdulden haben, ist die Oeffentlichkeit; allein da sie in gar großer Gesellschaft sind, so pflegen sich die wenigsten zu geniren. Daß irgend ein Regierungs-Candidat nicht bestätigt worden wäre, ist bis jetzt noch nicht vorgekommen; alle gehen weiß und fleckenlos aus den Commissions-Berichten hervor. Nur Pellatan, der Oppositions-Deputirte des 9. Wahlbezirks, ist vorläufig cassirt, und zwar wegen 18 Stimmen, die ihm nach einer andern als vom Seinepräfecten beliebten Zählungs-Methode an der absoluten Majorität fehlen. — Gegen Thiers, der gestern seine Jungfernrede hielt, zeigte sich die Majorität aller Pietät baar und machte durch Geschrei und Unterbrechungen Opposition, als wäre er ihres Gleichen. Gegen Morny sogar sind die Herren sehr aufgebracht; sie finden ihn zu „höflich" gegen die Linke und erkennen in seinem gegenwärtigen Auftreten seine frühere Reitpeitschen-Manier, in die sie sich so gemüthlich hineingelebt, nicht wieder. Ueber die zukünftige legislatorische Haltung einer so auf Commando gewählten Kammer läßt sich aus den bisherigen Vorgängen wenig schließen. Allein die, welche glauben, diese Kammer könne, durch Thiers, Berryer oder Marie fortgerissen, der Regierung irgendwo ernstliche Schwierigkeiten bereiten, werden sich vor-

aussichtlich irren. — Die Nachricht der Wiener „Abendpost," daß die Souveraine von Oesterreich, Preußen und England den Pariser Congreß nicht persönlich besuchen wollen, hat hier eine gewisse Sensation erregt. Man will daraus ersehen, daß aus dem Congreß überhaupt wieder nichts wird. Die hiesigen halbofficiellen Blätter stellen sich, als sei es Frankreich ganz gleichgültig, ob der Congreß zu Stande komme. — Welchen Werth der Kaiser Napoleon auf das Zustandekommen des Congresses legt, geht sehr deutlich aus den Aeußerungen hervor, mit welchen die französischen Vertreter im Auslande mündlich über die Ziele Frankreichs zu beschwichtigen suchen. Der Ausspruch des Kaisers: die Verträge von 1815 haben aufgehört zu existiren, wird auf die thatsächlich bestehenden Verhältnisse bezogen. Die Sanction dessen, was sich historisch vollzogen, solle Europa überlassen werden. Der Congreß solle nur gemeinschaftliche Berathungen über die Puncte, welche das allgemeine Interesse berühren, ermöglichen, während keiner der Theilnehmer Beschlüssen, die er nicht billige, sich zu unterwerfen gezwungen werden könne. Mit andern Worten: der Congreß soll die Veränderungen, welche die Wiener Verträge factisch erlitten, constatiren und zur Sicherung des Weltfriedens über ein neues europäisches Recht sich zu einigen suchen. In diesem Sinne sollen sich Frankreichs Agenten vernehmen lassen. Daß die Höfe trotzdem möglichst gemeinsame Vorsichts-Maßregeln für nothwendig erachten, ist wol begreiflich. Mündliche noch so friedliche Erläuterungen würden am Ende Niemanden binden, und England wird es bei der Erkundigung nach den für die Berathung aufzustellenden Grundlagen schwerlich bewenden lassen, sondern seinerseits die Gränzen, innerhalb welcher sich die Erörterung zu bewegen habe, präcisiren wollen. — Das gelbe Buch enthält auf 143 Seiten die diplomatischen Actenstücke über die polnische, griechische, nordamericanische und mexicanische Frage, so wie über die auswärtigen Handelsbeziehungen Frankreichs. Bemerkenswerth ist, daß es auch nicht eine Depesche enthält, die sich auf Italien und Rom bezieht. Die Zahl der polnischen Actenstücke ist 36; sie umfassen die Zeit vom 4. März bis 22. September d. J. Neu ist die letzte Depesche dieses polnischen Abschnittes, welche den vorläufigen Abschluß der diplomatischen Intervention der drei Mächte bezeichnet. Sie ist gleichlautend an die französischen Gesandten in London und Wien gerichtet, bedauert die schroffe Ablehnung Rußlands, beklagt, daß das für diesen Fall schon früher von Frankreich vorgeschlagene formelle Einverständniß nicht die Zustimmung der beiden andern Mächte erhalten habe; es bleibe jetzt Frankreich nur übrig ihre Mittheilungen über ein weiteres Vorschreiten abzuwarten.

## Neuere Nachrichten.

Aus **London** meldet der Correspondent der Allg. Ztg., daß die Minister, ohne wesentliche Meinungs-Verschiedenheit über die Frage, dafür seien, daß England die Theilnahme am Congreß ablehne. — Am ersten Dienstage nach Eröffnung des Parlaments wird Mr. Buxton folgende Resolutionen vorbringen: 1) Das Haus sieht die Zerstörung Kagosima's durch Admiral Kuper mit tiefem Bedauern. 2) Die Zerstörung der Stadt war durch die dem Oberst Neale gegebenen Instructionen nicht gerechtfertigt.

**Paris.** Die Nation will aus sehr guter Quelle erfahren haben, man habe auch den Fall vorgesehen, daß einige Souveraine der an sie ergangenen Einladung zum Congreß nicht nachkämen. „Der Kaiser würde sich über diese Ablehnung hinwegsetzen und doch einen Congreß mit den Souverainen abhalten, die zu demselben zu erscheinen gesonnen wären. Da aber alsdann die gefaßten Beschlüsse nicht die Kraft und das Ansehen besitzen würden, wie im Falle einer Betheiligung aller Mächte, so würden sie einfach den Character einer Kundgebung haben, und man könnte auf denselben die Grundlagen einer Art von Liga errichten, welche alle Souveraine, deren Interessen und Principien in Uebereinstimmung mit den von dem Kaiser der Franzosen vertretenen sich befänden, in sich begreifen würde."

**Lissabon**, 17./5. Nov. Die Congreß-Einladung des Kaisers Napoleon ist gestern Abend im Ministerrathe berathen und dem Vernehmen nach unter Vorbehalt angenommen worden.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 23./11. Novbr. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses brachten Stavenhagen und Virchow einen Antrag ein, das Haus wolle die Regierung auffordern dahin zu wirken, daß sämmtliche deutsche Staaten die Rechte des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein unterstützen. Die Wahl einer Commission zur Berathung des Antrages wurde auf die Tagesordnung für Morgen gestellt.

**Wien**, 23./11. Novbr. Nachmittags. Soeben traf der Großfürst Konstantin hier ein und wurde von dem Kaiser von Oesterreich, der in der Generaluniform seines Russischen Regiments erschien, in Person empfangen.

**Stockholm**, 23./11. Novbr. In der Reichsrathssitzung forderte die Regierung drei Millionen zu Kriegsrüstungszwecken.

## St. Petersburger Geld-Course.

Inscriptionen.

| | Käufer. | Verk. | Gemacht. | |
|---|---|---|---|---|
| 5proc. Bankbillete | 94¾ | 95¼ | 95 | 94¾ |
| 6proc. in Silber | 104½ | — | 104½ | — |
| 5proc. in Silber 2. Serie Rotschild (1822) | 92 | — | — | — |
| 5proc. in Silber 5. Serie (1854) | 89 | — | 89 | — |
| 5proc. in Silber 6. Serie (1855) | 96 | — | — | — |
| 5proc. in Silber 7. Serie (1862) | — | 94 | 94 | — |
| 4½ % Obligat. der russischen Eisenbahnen | — | 85 | 84 | 85 |
| Actien der russischen Eisenbahn | 106 | 108 | 106 | 108 |
| 5proc. Obligationen der Stadt-Hypothek Bank | 82 | 83 | 80 | 82 |

## Fonds.

Rigaer Börse am 9. Nov./21. Nov. 1863.

| | | | Verkäuf. | Käuf |
|---|---|---|---|---|
| 6 | % | Inscriptionen | — | — |
| 5 | „ | dito 1. und 2. Anleihe | 90½ | — |
| 5 | „ | dito 5. „ | 89 | — |
| 5 | „ | dito 7. „ | — | — |
| 5 | „ | Reichs-Bank-Billette | 95 | — |
| 4½ | „ | Livländische Pfandbriefe, kündbare | 98¾ | 98½ |
| 4 | „ | Kurländisch dito kündbare | 98 | — |

## Witterungsbeobachtungen.

11. Novbr., A. St. (23. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 331,71 | — 3,87 | 3,2 | SW | Bewölkt (3) |
| 2 U. | 330,91 | — 4,70 | 4,0 | SW | Trüb (4) |
| 11 U. | 329,91 | — 5,76 | 4,1 | | Trüb (4), Regen öfter |
| Mittel | 331,18 | | 3,40 | | (3,71) |

Die Temperatur ist 5,35 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 4,90 im J. 1833, kleinste —11,66 im J. 1854 Das Barometer ist bis 11 Uhr A. gesunken, dann schnelles Steigen in der Nacht.

## Fremden-Liste.

Vom 12. Novbr 1863.

**Hotel London:** Hr. Lieutenant Meschenin aus Riga; Hr. Kaufmann Carl Spiller; Hr. Kaufmann Emil Giese aus Leipzig; Hr. Pfandhalter Albaum. — Abgereist: Hr. Albaum.

№ 617. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 12. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Am Sonnabend den 16. November von 4 Uhr Nachmittags und am folgenden Tage von 3 Uhr Nachmittags ab bis 9 Uhr Abends wird im Saale der Stadt-Töchterschule eine Anzahl von Broderien und anderen von Frauenhand angefertigten Arbeiten gegen festgesetzte mäßige Preise öffentlich verkauft werden. Der Erlös ist zu wohlthätigen Zwecken bestimmt.

Bei **E. J. Karow** traf so eben ein:

**Otto v. Rutenberg,**

**Edelmann und Bauer.**

Fortsetzung von „Mecklenburg in Kurland."

Preis 38 Kop.

Um mehrfach vorgekommenen Irrthümern für die Zukunft vorzubeugen, zeige ich nochmals an, daß ich mit Herrn C. J. Kreutzdahl hier, in durchaus keiner Beziehung mehr stehe.

Das Commissionslager von **Büchern** und **Zeitschriften** habe ich bei genanntem Herrn bereits im April d. J. aufgehoben sowie dessen **gesammte Leihb.** an **Büchern** und **Musikalien** übernommen, was ich geneigter Beachtung dringend empfehle. **E. J. Karow.**

**Fellin**, 1. Nov. 1863.

**2 Notenhefte** für Tenor und Baß sind in der Gegend der Kreisschule **gefunden** worden und können gegen Erstattung der Insertionsgebühren in der Expedition dieses Blattes in Empfang genommen werden.

In Begriff, mit einigen jungen Leuten einen neuen freiwilligen Cursus der Chevé'schen Gesang-Unterrichts-Methode zu beginnen, ersuche ich Liebhaber, sich zu demselben bis zum Donnerstag den 14. d. M. Abends 9 Uhr bei mir zum Beitritt zu melden. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Kreis-Schul-Insp. **Oettel.**

Soeben sind erschienen und bei mir sowol, als in den Handlungen der Herren Karow, Hoppe, Ihle & Röschke zu haben:

**22 photographische Ansichten von Dorpat und Umgegend**

in Visitenkartenformat, à Dutzend 4 Rbl., per einzeln Blatt 40 Kop., sowie **mehrere neue Ansichten Dorpats** auf Briefpapier.

**L. Höflinger.**

Verschiedene beigesetzte **Wollenzeuge, Mousseline, Zitze, Morgenhauben,** sowie **Netze etc.** werden von **Mittwoch den 13. d. M. ab billig geräumt** im Magazin von

**Ludw. Oscar Fischer.**

☞ Daß ich mein Geschäft aus dem Hause des Herrn Apotheker Sturm nach meinem neuen, neben dem alten belegenen Hause verlegt habe, zeige hiermit ergebenst an.

**H. Wünsch.**

№ 263. Mittwoch, den 13. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Persönliche Erklärung. Verhandlungen des finnländischen Reichstages. Personalnotizen. Helsingfors: Telegraphenbetrieb. Preßgesetz. St. Petersburg: Eisenbahnnetz. Warschau: Nationalregierung. Zustände in Galizien.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Fürstenverhandlungen. Kammersängerin. Köln: Ueber Zeugenzwang. Eisenbahnunfall. Dr Beer. Hannover: Predigerwahl. Weimar: Der ganze Wallenstein. Wien: Der Pariser Congreß. — Schweiz. Bern: Note aus Mexico. — Dänemark. Kopenhagen: Englische Meinung. Incorporation Schleswigs. — Großbritannien. London: Uebergewicht Englands. Die auswärtige Politik. Manchester: Lord Clyde. Sonnenbilder. Telegraphie. — Frankreich. Paris: Der Tod des Königs der Danen. Lage der Congreßfrage. Vermittelung des Königs der Belgier. Verwerfung des Congresses. — Griechenland: Die jonischen Inseln. Festungswerke in Corfu. — Amerika. Newyork: Armeebewegungen. — Asien. Japan: Entrüstung über die Zerstörung Kagosima's.

**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**

## Inländischer Theil.

Herr Redacteur!

Sie werden mir heute ausnahmsweise gestatten wollen, bei Ihnen als Gast zu erscheinen. Ich komme, ein Recht in Anspruch zu nehmen, welches Sie in ähnlichen Umständen Fernerstehenden bereitwillig einzuräumen pflegen. Ich sehe mich genöthigt, ein Wort in persönlichen Dingen zu reden.

Als sich in Kurland die bedeutungsvolle Reform der agraren Verhältnisse vorbereitete, welche nunmehr so glücklich zu legislativem Abschluß gelangt ist, hielt ich es für Pflicht, nach dem Maße meiner Einsicht zum Verständniß einer Frage beizutragen, welche auch in den Nachbarprovinzen auf lebhafte Theilnahme rechnen durfte. In einigen Artikeln skizzirte ich die zur Lösung des Problems vorgeschlagenen Programme und streifte in der Erörterung eine von Herrn v. Rutenberg unter dem Titel: „Mecklenburg in Kurland" veröffentlichte Flugschrift. Der Verf. antwortete in der Dörptschen Zeitung mit einem offenen Briefe, welcher zum höchsten eine kurze Gegenbemerkung erforderte. Diese Gegenbemerkung erfolgte. Heute nun glaubt Hr. v. Rutenberg, seinen offenen Brief „mit geringen Veränderungen" zum Nutzen auch des „deutschen Publicums" nochmals veröffentlichen zu müssen; er begleitet ihn mit einigen Worten zum Eingang und Ausgang; erhebt ihn zur „Ersten Abtheilung" einer neuen als „Edelmann und Bauer" betitelten Flugschrift und setzt ihm zur Ueberschrift die Worte: „Herr Professor Schirren."

Erwarten Sie nicht, Herr Redacteur, ein Wort der Ueberraschung, da man mir meinen Namen vorwegnennt, wo ich ihn selbst nicht genannt habe. Die Rollen sind in der Gesellschaft verschieden vertheilt und, indem ich als Gast bei Ihnen eintrete, ist es mir schon recht, gemeldet zu sein.

Erwarten Sie auch nicht, daß ich Ihnen von der neuen Flugschrift zu berichten komme. Die Rig. Ztg. hat mich der Mühe überhoben und genügend bezeichnet, was sie werth ist.

Nur von zwei Stellen bitte ich Sie unterhalten zu dürfen.

Die eine lautet: „In der Bestürzung des ersten Augenblicks gaben die Kurländer dem Herrn Professor Schirren in Dorpat den Auftrag, unsere Schrift zu widerlegen und abzufertigen."

Ich glaube, Herr Redacteur, es braucht kaum erst ausgesprochen zu werden, daß jede in diesem Satze enthaltene Behauptung — Sie werden den einzig angemessenen Ausdruck gestatten — erlogen ist. Von wem zuerst und in wessen Interesse, das erlassen Sie mir zu erörtern. In unsern Provinzen wird jeder ehrliche Mann gestehen, daß die Schrift des Herrn v. Rutenberg nirgends Bestürzung hervorgerufen hat; das Gefühl, welches sie erweckte, hat sich meist nur als kühle Geringschätzung kundgegeben. Auch waren die bezeichneten Artikel des Tagesblattes nicht auf jene Schrift gerichtet; einer Widerlegung war sie nicht würdig; beiläufige Abfertigung allein entsprach ihrem Character. Daß aber diese Abfertigung nicht im „Auftrage" der „Kurländer", noch irgend eines Kurländers, noch irgend einer Körperschaft, noch irgend einer Person oder Gesellschaft erfolgte, wird gleichfalls nicht vielen Beweises bedürfen. Das Dorpater Tagesblatt hat sich von Anfang an eine Stellung gegeben, welche jedem Gelüste, ihm „Aufträge" zu ertheilen, auf welcher Seite es sich auch rege, von vornherein den Muth zur Aeußerung hinreichend benimmt. Dennoch wird es gut sein, der Lüge, welche sich nackt zu zeigen nicht wagt, die letzte Ausflucht abzuschneiden. Sie gestatten daher, daß ich hiermit erkläre, daß, ehe jene Artikel geschrieben wurden, aus Kurland keine Mittheilung irgend einer Art weder über diese noch eine andere Frage, weder mündlich noch schriftlich, weder officiös noch privatim an mich gelangt war, mit einziger Ausnahme eines die Volkszählung betreffenden Schreibens.

Sie werden, Herr Redacteur, das Motiv zu dieser meiner Erklärung zu würdigen wissen. Einem moralisch zurechnungsfähigen Gegner mag zugemuthet werden, zwischen Mittheilungen und „Aufträgen" zu unterscheiden und wenn ich einem solchen Gegner erklärte, ähnliche „Aufträge" weder erhalten zu haben, noch je auch nur dulden zu wollen, so konnte es gleichgiltig bleiben, wie viele und ob mir je Mittheilungen zugegangen wären. Mit Andern stand es anders und es ist immerhin gerathen, nicht Jedermann die Wahl zu lassen zwischen einer verkleideten und einer nackten Lüge.

Und eine solche Wahl gedenke ich auch in einem zweiten Falle nicht zu gestatten. Herr v. Rutenberg, wo er der kurzen Antwort auf seinen offenen Brief erwähnt, fährt fort: „als dagegen Dr. Mattiesen (der Redacteur der Dörptschen Zeitung) einen Artikel in seinem Blatte veröffentlichen wollte, wurde diesem Artikel vom Censor, einem Freunde des Herrn Professor, das Imprimatur verweigert." Sie werden wiederum, Herr Redacteur, den Unterschied beachten wollen, wie sich bei solcher Insinuation ein moralisch zurechnungsfähiger Gegner einerseits, andererseits ein böswilliger Feind verhalten würde. Der erste würde aus dem Umstande, daß der Censor ein Freund des Herrn Professor wäre, noch keine moralische Berechtigung zur Folgerung ableiten, der Herr Professor habe hinter jenem Verbote gesteckt; dem andern aber wird die bloße Thatsache der Freundschaft genügen, um in dem Censor einen gewissenlosen Verwalter seines Amtes, in dem Herrn Professor einen Feigling errathen zu lassen.

Nun ist es ja wol möglich, daß ein solcher Artikel für die Dörptsche Zeitung hergestellt worden; nicht minder möglich, daß sich der Censor bewogen gefunden, diesem Artikel das Imprimatur zu verweigern — und ich bedaure, nun, da ich davon erfahre, (wenn dem so ist), um eine mir zugedachte und schon bereit gehaltene Belehrung gekommen zu sein. Allein dieses Bedauern vermag mein Gemüth nicht so völlig in Anspruch zu nehmen, daß ich darüber vergäße, wie geringes Anrecht an die mir zugedachte Ehre mir zusteht. Außer jeder näheren Berührung zu dem Herrn Censor vermag ich mir Gewißheit selbst darüber nicht zu schaffen, ob er nach den mancherlei Mühen und Verdrießlichkeiten, welche er — obwol wider meine Wünsche — durch mich mag erfahren haben, einen ob auch bescheidenen Rest allgemein menschlichen Wohlwollens für mich bewahrt hat und diese angenehme Zuversicht wäre hinreichend, mich auch künftig in dem Verzicht auf eine von mir bisher nicht genossene und mir auch nicht zur Disposition gestellte Freundschaft zu trösten.

So viel von dem, was mich betrifft.

In diesen persönlichen Fragen habe ich mich auf die strenggeforderte Nothwehr beschränken dürfen und Vieles ungesagt gelassen aus Schonung. Mit rücksichtsloserem Ernste aber werde ich für die verunglimpfte Sache eintreten. Herr v. Rutenberg hat eine lange geübte Nachsicht schnöde mißdeutet. Der Ernst politischer Gesinnung und die Würde historischer Wissenschaft dürfen nicht zum Kinderspotte werden und diese Provinzen fordern ihr Recht vor demselben Forum, vor welchem sie leichtfertig verhöhnt worden sind. An die dadurch auf Viele gelegte Pflicht fühle ich mich lebhafter als je gemahnt, und nach meinem Theile werde ich ihr nachzukommen suchen in der ersten mir dazu gestatteten Frist.

Und hiermit, Herr Redacteur, gestatten Sie, daß ich in meine gewohnte Stellung zurücktrete, nachdem ich mich gezeichnet als ꝛc.

C. Schirren.

---

— e. **Dorpat.** Nach einer Correspondenz des Russ. Inv. und den Mittheilungen der C. H. B. über die Verhandlungen des finnländischen Reichstages auf Grundlage des Helsingfors Dagblad, fand in der Sitzung des Adelstandes vom 3. November die Debatte über den Antrag der Herren Professor Willebrand und Weißenberg statt.. Der Antrag forderte die Aufhebung der Adelsprivilegien mit Ausnahme des politischen, d. h. des Privilegiums, wonach ein Glied jeder Adelsfamilie nach dem Erbrecht zur Theilnahme am Reichstage berufen

wird. Entschieden gegen jede Aufhebung von Privilegien waren die Senatoren Furuhjelm und Schultén. Gegen die Aufhebung machte Hr. Knorring geltend, daß abgesehen vom politischen Vorrecht die übrigen unbedeutend seien. Wenn die kaiserlichen Vorlagen, über Aufhebung der Freiheit von persönlichen Steuern, auf die bis jetzt jeder Edelmann für sich, seine Familie und seine Dienerschaft Anspruch hatte, über den ausschließlichen Besitz gewisser (Ritter-) Güter — deren alleiniger Besitz übrigens mehr eine Last, als ein Recht sei, denn da die Concurrenz mangele, müßten sie häufig unter dem Werthe verkauft werden — angenommen würden, so wären die wichtigsten Vorrechte des Adels schon beseitigt. Die übrig bleibenden wären (vielleicht mit Ausnahme der Freiheit von einigen städtischen Abgaben) so geringfügige Vorrechte, daß sie mit der Zeit von selbst verschwinden würden. Es würde kaum der Mühe lohnen ausdrücklich auf ihre Aufhebung zu dringen. Es könnte das so aussehen, als wolle der Adel ein Opfer bringen, während es sich um ein solches gar nicht mehr handeln werde. Andere Redner unterstützten den Antrag. Hr. Taube hielt es für nothwendig, daß der Adel darauf verzichte, Sitz und Stimme auf dem Reichstage durch Erbrecht zu erlangen. Die übrigen Privilegien seien freilich kaum der Rede werth. Ein anderer Redner beantragte, der Adel möge die Geistlichkeit und den Bürgerstand auffordern, auch ihrerseits die Aufhebung sämmtlicher Standesprivilegien beschließen zu wollen. Den Antrag Willebrands unterstützten Arne, der jetzige, und Rein, der frühere Rector der Universität. Was das politische Vorrecht des Adels, seine Stellung auf dem Reichstage und die Berufung in denselben nach Erbrecht betrifft, so war der größere Theil des Adels der Meinung, dieses Recht sei fürs erste beizubehalten, da es bis jetzt noch nicht in Frage gestellt worden, wenn es auch im Princip zu verwerfen sei. Die Beibehaltung desselben sei für das Land von Nutzen, da, falls die Wahlen nicht nach den Ständen vorgenommen werden sollten, die Reichstags-Mitglieder meistens Leute von geringer Bildung sein würden, indem der Bauerstand unverhältnißmäßig mehr Wähler haben werde, als die anderen Stände, und die Bauern, wie die Erfahrung lehre, ihre Vertreter nur aus ihrer Mitte wählten. (Auch diesmal haben nur 4 Kreise Leute von höherer Bildung gewählt.) Bei solchen Wahlen würde die Gesetzgesetzgebung des Landes eher rückwärts als vorwärts gehen. — Bei der ersten Abstimmung entschied sich der größere Theil des Adels dahin, den Antrag anzunehmen und dadurch den übrigen Ständen mit gutem Beispiele in der Aufhebung veralteter Privilegien voranzugehen. Bei der zweiten Abstimmung wurde die Angelegenheit der Commission des Ritterhauses zur weiteren Prüfung überwiesen. (Durch diese zweite Abstimmung sollte blos entschieden werden, ob der Antrag einfach anzunehmen und zum Beschluß zu erheben, oder ob auf Grundlage desselben erst ein Entwurf eines besonderen Beschlusses auszuarbeiten sei.) Die in derselben Zeitung mitgetheilten Verhandlungen der übrigen Stände übergehen wir, da sie meist Gegenstände von nur localem Interesse betreffen.

— Bestätigt: Der Inspector und Lehrer der Lemsalschen Kreisschule Tantzscher in dem Amte eines außeretatmäßigen wissenschaftlichen Lehrers an dem Pernauschen Progymnasium; der zur Erfüllung der Pflichten eines Oberlehrers der alten Sprachen am Arensburgschen Progymnasium zugelassene Dr. Schmid in gleicher Eigenschaft als außeretatmäßiger Oberlehrer bei dem Pernauschen Progymnasium; der Priester Peter Pokrowsky für das Amt eines Religionslehrers orthodox-griechischer Confession bei der Windauschen Kreisschule.

**Helsingfors**, 14./2. Nov. (Rev. Ztg.) Bei der Bürgerschaft fanden zwei wichtige Berathungen statt über die Reorganisation des Forstwesens und über den Telegraphenbetrieb, welchen letzteren entweder der Staat von den Fremden übernehmen oder durch ein eigenes Telegraphennetz vervollkommnen soll. — Auch wollte man wegen Aufhebung der Censur petitioniren; der Landmarschall theilte jedoch mit, daß der Entwurf zu einem Preßgesetz ausgearbeitet sei, aber noch der Bestätigung Sr. Majestät bedürfe, um den Ständen vermuthlich noch in diesem Jahre vorgelegt zu werden.

**St. Petersburg.** Das Netz der für das europäische Rußland nothwendigen Eisenbahnen würde nach einem in der Hauptverwaltung der Wege und öffentlichen Bauten gemachten Anschläge folgende Zwecke zu erfüllen haben: 1) den Erzeugnissen des Ackerbaues und der Viehzucht aus den südöstlichen, südlichen und südwestlichen Theilen Rußlands den kürzesten Weg nach den Häfen des baltischen, schwarzen und asowschen Meeres zu eröffnen; 2) die kürzeste Verbindung zwischen den fruchtbaren Strichen im südöstlichen, südlichen und südwestlichen Rußland mit den nordwestlichen Gouvernements herzustellen; 3) die Hauptmittelpuncte der Bevölkerung mit den Hauptstädten und unter sich zu verbinden, namentlich Kiew wegen seiner politischen und militärischen Bedeutung mit Petersburg und Moskau in Verbindung zu bringen; 4) das ganze Eisenbahnsystem mit Brennmaterial, namentlich mit Steinkohlen aus dem Donezbassin zu versorgen und dieses Brennmaterial auch in die Gegenden zu führen, wo Holzmangel herrscht, und 5) diese Resultate unter Berücksichtigung der in öconomischer und strategischer Beziehung wichtigen militärischen Verhältnisse auf die billigste Weise und bei der möglich geringsten Länge der Linien zu erreichen. — Mit Rücksicht auf diese Bedürfnisse ist folgendes Eisenbahnnetz entworfen worden: 1) Die Südbahn von Moskau über Tula, Orel, Kursk, Charkow, Jekaterinoslaw, Alexandrowsk und Simferopol nach dem Hafen von Sewastopol (1440 Werst); 2) die Ostbahn von Orel über Tambow nach Saratow (680 Werst); 3) die Westbahn von Orel über Smolensk und Witebsk nach Dünaburg zum Anschluß an die Dünaburg-Rigaer Bahn und dann von Riga über Mitau nach Libau (ohne die 204 Werst lange Dünaburg-Rigaer Bahn — 945 Werst); 4) die Südwest- oder Odessaer Bahn von Odessa über Balta, Braslaw, Lipowez, Kiew zur Westbahn zwischen Briansk und Roßlawl (1065 Werst) und 5) die Südost- oder Anthracitbahn von Jekaterinoslaw nach Gruschewka, von wo die Bahn bis Axsai am Don bereits erbaut ist (380 Werst). Alle diese Linien würden im Ganzen 4510 Werst lang sein. — Von diesen Linien sind folgende von der Regierung bestätigt: 1) Die Südbahn von Moskau nach Sewastopol; 2) die Kiewer-Odessaer Bahn mit einer Zweigbahn nach dem Dnjestr bei Tiraspol; 3) die Bahn von Dünaburg nach Witebsk; dieselbe macht einen Theil der Westbahn zwischen Dünaburg und Orel aus, ihr Bau ist einer Gesellschaft englischer Capitalisten übertragen worden. — Außerdem sind Vorarbeiten gemacht für 1) die Linie von Perm nach Djumen, welche die Kama mit der Tura (Nebenfluß des Tobol) d. h. die Haupt-Wassersysteme Europas und Asiens vereinigen, den Handel Sibiriens beleben, namentlich aber den Reichthum der Minen des Ural erschließen würde. 2) die Linie von Rybinsk nach der Station Bologoje der Nicolai-Bahn, welche für den Transport des Getreides von Rybinsk nach St. Petersburg, besonders während des Winters, von großer Wichtigkeit ist. 3) eine Linie von Pinsk nach Bialystok auf der Petersburg-Warschauer Linie, zur Vereinigung des Flußsystems des Dnjepr mit den Häfen des baltischen Meeres. Die Länge der auf diese Weise hergestellten Haupt-Absatzwege würde von Nishni-Nowgorod nach Petersburg 1017 Werst, von Saratow nach Petersburg 1646 Werst, nach Riga 1626 Werst und nach Libau 1826 Werst betragen. Die größte Länge der Wege nach den südlichen Häfen von der Theilungslinie an gerechnet, wo örtliche Rücksichten über die Versendung der Waaren nach den südlichen oder nördlichen Häfen entscheiden müßten, würde ungefähr 1000 Werst betragen. (B.-Z.)

**Warschau.** Die Köln. Ztg. schreibt: Alles, was über Entdeckungen und Enthüllungen über die polnische National-Regierung und das Revolutionsgericht durch die deutsche Presse ging, reducirt sich, bei Licht besehen, auf bloße Phantasiegebilde oder Tendenzlügen gewisser Warschauer, Posener, Krakauer und Lemberger Correspondenten und Agenten theils der russischen, theils der österreichischen Polizei. Der Beweis hiefür liegt uns heute in einem Berichte der russischen Academie-Ztg. vor, welchen das Journal de St. Petersbourg als bemerkenswerth aushebt: „Bis auf den heutigen Tag ist es uns noch nicht gelungen, auch nur ein einziges Mitglied des Revolutions-Tribunals in die Hände zu bekommen, und doch lassen die politischen Morde in Warschau nicht nach. Was jedoch diese Entdeckung so äußerst schwierig macht, ist der Umstand, daß die Mitglieder dieses geheimen Gerichts sich unter einander selbst nicht bei ihrem wahren Namen kennen. In letzter Zeit wurde in Warschau eine große Anzahl politischer Verbrecher verhaftet; in ihren Verhören in der (Warschauer) Citadelle machen dieselben sehr interessante Aussagen, welche zur Entdeckung der revolutionären Umtriebe dienen; aber dessen ungeachtet geben sie nicht die Familiennamen ihrer Mitschuldigen an, einfach aus dem Grunde, weil sie dieselben nicht kennen; sie geben höchstens das Signalement und die Wohnungen derselben an.“ Das Journal de St. Petersbourg fügt in Klammern bei: „Doch sind die letzteren Enthüllungen äußerst selten.“

— Die Ostj. Ztg. bringt folgende Correspondenz: Die Zustände in Krakau und den an Polen grenzenden Kreisen Galiziens gestalten sich immer ernster. Die polnische National-Organisation ist dort nach dem Vorbilde der im Königreich Polen bestehenden vollständig durchgeführt, so daß in allen Verwaltungszweigen und selbst im Gerichtswesen neben den öffentlichen österreichischen Behörden ebensoviele geheime Polnische fungiren. Der Gehorsam gegen letztere wird da, wo er nicht freiwillig geleistet wird, durch Androhung von bürgerlicher Aechtung und Meuchelmord erzwungen. Es bedarf nur eines Winkes der National-Regierung, und die vortrefflich construirte Maschine der National-Organisation beginnt ihre Bewegung gegen die österreichische Regierung. Dieser Wink würde unzweifelhaft in dem Augenblicke gegeben werden, wo die österreichische Regierung entweder im Falle der bewaffneten Intervention Frankreichs zu Gunsten Polens sich weigerte, an derselben Theil zu nehmen, oder wegen Venetien mit Italien in Krieg verwickelt würde. Am meisten ist der Boden der gesetzlichen Ordnung in Krakau, dem Sitz der geheimen polnischen Central-Behörde, unterwühlt. Im Laufe des Monats October haben dort 39 Haussuchungen stattgefunden und 935 Personen sind verhaftet. Mehr Haussuchungen und Verhaftungen sind in derselben Zeit wol schwerlich in Warschau vorgenommen worden. Die österreichische Regierung hat bereits Veranstaltungen getroffen, zur Abwendung der ihr drohenden Gefahr die ernstesten Maßregeln zu ergreifen. In voriger Woche bereiste der Statthalter von Galizien, Graf Mensdorff-Pouilly, die nördlichen Grenzkreise und das Krakauer Gebiet, um sich von der dortigen Lage der Dinge durch eigenen Augenschein zu überzeugen. Wie es heißt, hat derselbe sich entschieden für die Nothwendigkeit des Belagerungszustandes ausgesprochen, der durch sofortige Verstärkung der militärischen Besatzung vorbereitet und demnächst nach Schließung des Reichsrathes förmlich verhängt werden soll. Ein Infanterie- und zwei Cavallerie-Regimenter in Ungarn haben bereits Marschordre nach Galizien erhalten. Ersteres ist zur Verstärkung der militärischen Besatzung in Krakau bestimmt.

---

## Ausländischer Theil.

### Deutschland.

**Berlin**, 20./8. Nov. Die Verhandlungen des Fürstentages in Frankfurt a. M. haben das Bedenkliche einer directen Eröterung der

Souveraine über politische Angelegenheiten wol außer Zweifel gestellt. Unter dem Drucke des österreichischerseits mehrfach ausgesprochenen Verlangens, daß wenigstens eine bestimmte Vereinbarung das Resultat der Verhandlungen einer so hohen Versammlung sein möge, ist allerdings die Reform-Acte von einer Anzahl Souveraine angenommen worden, aber es sind dabei selbst von denen die verschiedensten Vorbehalte gemacht, welche das Actenstück unterzeichneten, während andere Regierungen den Beitritt zur Acte ablehnten. Wer könnte daher ein günstigeres Resultat von directen Verhandlungen der europäischen Souveraine in Paris erwarten? die wichtigen Fragen, welche einen Congreß daselbst beschäftigen würden, erfordern eine sorgfältige Prüfung und eingehende Bearbeitung, um sie zur Entscheidung vorzubereiten. Das französische Cabinet hat sich auch der Erwägung dieses Umstandes gewiß nicht verschließen können, denn das bekannte Einladungs-Schreiben des Kaisers Napoleon ist zunächst an die Regierungen selbst gerichtet. Dennoch haben es einige Zeitungen, wie gewöhnlich in solchen Fällen, sehr eilig. Es fehlt nicht viel, daß die Bevollmächtigten ihre Zimmer im Grand Hotel oder im Friedens-Hotel Rue de la Paix, wo sie eigentlich des guten und einträchtigen Omens wegen alle zusammen wohnen müßten, schon bestellt haben. In London sollte aber noch ein erster Beschluß gefaßt werden, und eine Verständigung mit anderen Regierungen, die man von Wien aus als so gut wie fertig ankündigt, wird England erst dann unternehmen, was nicht ausschließt, daß inzwischen eine vorläufige Antwort nach Paris gelangen kann. Man liest und hört häufig, die Mächte würden unter einander ein Programm feststellen. Ob das ganz zutrifft, steht dahin. Nach Nachrichten von gewöhnlich unterrichteter Seite würde man sich umgekehrt in erster Linie wenigstens bei Frankreich nach dem Programm erkundigen, mit anderen Worten, wie schon erwähnt, eine genauere Präcisirung der zur Berathung gestellten Fragen von französischer Seite erwarten. Ein englischer Minister soll scherzend bemerkt haben: Es ist Sitte, daß der Wirth das Menu bestimmt und dies nicht etwa den Gästen überläßt. Ein Anderer erwiderte, Frankreich könnte auch statt des Programmes eine Karte von Europa, wie es sich dieselbe revidirt denkt, einsenden. Dann wüßte man sogleich, woran man wäre. Dies alles orientirt vielleicht über die sich anbahnende Richtung der Antworten. In Paris ist man, Privat-Nachrichten zufolge, voll der besten Erwartungen wegen des Gelingens dieser neuen diplomatischen Campagne, weil ja sogar Oesterreich, wenn auch unter Vorbehalt wegen der Anerkennung Italiens, seine Annahme, immer im Princip, officiös in Aussicht gestellt habe. Darüber sieht man hinweg, daß der Congreß danach mit einem Protest, unter welchem der österreichische Botschafter neben dem italienischen Platz nehmen würde, beginnen soll! Der Kaiser hat sich in Compiegne, wie es heißt, sehr zuversichtlich geäußert. — Trotz der glänzenden Aufnahme der Kaiserin Eugenie in Madrid sind die politischen Beziehungen zwischen den beiden Höfen, gutem Vernehmen nach, nicht viel herzlicher geworden, als sie sich seit der mexicanischen Expedition gestaltet hatten. Die politische Bedeutung des Besuches der Kaiserin in Madrid ist allem Anscheine nach gar sehr übertrieben worden. Was Belgien angeht, so wurde schon erwähnt, daß es bei seiner mehr als wahrscheinlichen Annahme Vorbehalte zu Gunsten seiner Neutralität machen werde. Die Behauptung, es habe durch die Anerkennung Italiens und die Befestigungen von Antwerpen seine Neutralität verwirkt, ist in clericalen Kreisen umhergetragen, hat aber nicht den geringsten thatsächlichen Anhaltspunct. Bei der Anerkennung Italiens hatte man sich nach dieser Seite ausdrücklich vorgesehen, und die Befestigung von Antwerpen soll ja gerade der belgischen neutralen Position gegen den ersten Stoß den nöthigen Schutz gewähren. — Selbst das feudale Wiener „Vaterland" nennt die preußische Preß-Novelle „mehr als streng". In der Kreuzzeitung haben wir noch kein Wort von Schutz der preußischen Presse gelesen. — Die Sängerin Lucca ist lebenslänglich mit einem Jahresgehalt von 8000 Thlr., fünf Monat jährlichen Urlaubs, einem kleinen Spielhonorar für jedes Auftreten, dem Titel einer Kammersängerin und einer Pension von 2000 Thlr. engagirt. Scheinbar noch vortheilhaftere Offerten hatten die große Oper in Paris und der Impressario Merelli der Künstlerin gemacht. Die Erstere bot für ein fünfjähriges Engagement mit einem zweimonatlichen Sommerurlaub eine halbe Million Franken.

**Köln**, im November. Die vom höchsten Gerichtshof in Berlin erfolgte Bestätigung des Urtheils, daß ein Zeitungsredacteur auch nach rheinischem Recht durch Gefängnißstrafe zur Nennung seiner Correspondenten zu zwingen sei, hat hier große Erbitterung hervorgerufen. Die Köln. Z. hatte einen Preis von hundert Thalern für eine einzige jener Theorie günstige Stelle eines juristischen Buches ausgeboten; sie erklärt jetzt, daß Niemand sich zu der Summe gemeldet habe und bemerkt ferner: Wir erhalten aus Holland eine juristische Abhandlung zugesandt, aus welcher hervorgeht, daß der hiesige Rechtsfall, daß ein Zeuge vom Untersuchungsrichter verhaftet wurde, um durch Zwangshaft zur Aussage gezwungen zu werden, auch dort, und namentlich unter den holländischen Rechtsgelehrten, kein geringes Befremden hervorgerufen hat. Auch Holland war bekanntlich dem französischen Kaiserreiche einverleibt und behielt dessen Gesetzgebung mit Belgien vereinigt bei. Erst nach vieljährigen Verhandlungen über verschiedene neue Gesetzbuch-Entwürfe kam ein neues Strafgesetz zu Stande, und gerade aus diesen Verhandlungen geht unwiderleglich hervor, daß nach allgemein gültiger Theorie und Praxis des französischen Rechtes der Artikel 80 des Code d'Instr. auch in Holland nie anders verstanden worden ist, als daß ein Zeuge, wenn er nicht erscheine, durch einen Vorführungsbefehl zum Erscheinen gezwungen werden könne, gegen einen gegenwärtigen Zeugen aber dem Untersuchungsrichter kein anderes Recht zustehe, als eine Geldstrafe zu verhängen. Daß in dem weiten Kreise der Länder, die einst zum französischen Reiche gehörten, niemals, weder in der Theorie noch in der Praxis, dem Untersuchungsrichter die exorbitante, alle Grundsätze des in Bezug auf persönliche Freiheit so umständlichen und genauen französischen Rechtes über den Haufen werfende Befugniß zugestanden habe, einen Zeugen in das Gefängniß werfen zu lassen, dafür haben wir auch für Holland, das letzte noch fehlende Gebiet, den ausführlichen Beweis in den Händen. Die lange Reihe der Zeugnisse aller Autoritäten des französischen Rechtes vom Erscheinen des Code Napoléon bis auf den heutigen Tag bestätigt die richtige Auslegung des Artikels 80 in dem fraglichen Puncte in vollkommenster Uebereinstimmung. Es hat darüber weder in der wissenschaftlichen Lehre noch in der gerichtlichen Praxis jemals auch nur ein Streit bestanden. — Bei der Appellations-Verhandlung erging sich der General-Staatsanwalt in allgemeinen Erörterungen darüber, was nach seiner Ansicht in Beziehung auf diesen Punct der Gesetzgebung wünschenswerth ist. Er spricht sich nicht bloß für die gegen Zeugen zu verhängende Zwangshaft, sondern auch für die Zwangshaft von unbestimmter Dauer aus. „Wäre die Dauer der Haft bestimmt, läßt der Bericht ihn sagen, so werde die Macht des Zwanges gebrochen; der Widerspänstige dürfe nicht wissen, daß es ihm möglich sei, seinen Willen durchzusetzen." Es erinnert dies an das bekannte Verfahren in den alten preußischen Provinzen, deren bezügliche Gesetzgebung freilich noch aus den Zeiten der Leibeigenschaft vor 1806 stammt.

— Der am Sonntag Abend 10½ Uhr von hier nach Belgien abgegangene Schnellzug, den bekanntlich auch der Kronprinz zur Reise nach Calais benutzte, hat jenseit Aachen die bekannte Steigung bei Ronheide, weil die Schienen durch den feuchten Nebel zu glatt geworden waren, erst nach dreimal vergeblichem Versuch dadurch überwinden können, daß er in drei Abtheilungen zerlegt und so in drei Zügen auf die Höhe hinaufgebracht worden ist. Die beiden großen Locomotiven, welche sonst den Dienst versehen, waren nicht im Stande gewesen, den ganzen Zug weiter als bis auf die Hälfte der Steigung zu schleppen, so daß dann eine rückläufige Bewegung eingetreten war, die alle drei Male glücklicher Weise ohne Unfall geblieben. Die Zeitversäumniß, welche der Zug dadurch erlitten, betrug fast drei Stunden. — In Bonn starb der ordentliche Professor der Mathematik August Beer.

**Weimar**, 13./1. Nov. Die deutsche Schillerstiftung hat den diesjährigen Geburtstag Schiller's durch eine Reihe von Spenden an hervorragende deutsche Schriftsteller geehrt — u. A. hat der Redacteur der Blätter für lit. Unterhaltung, Hermann Marggraff in Leipzig, eine Pension von 300 Thlrn. auf drei Jahre erhalten — Am 11. Nov. erschien, zum erstenmal in vollständiger und zusammenhängender Darstellung, auf der Bühne der ganze Wallenstein: das Lager Vormittags von 11 bis 12 Uhr, die Piccolomini von 2 bis halb 5 Uhr Nachmittags, Wallensteins Tod von 6 bis halb 10 Uhr Abends — ein voller Tag, wie in den olympischen oder in den Oberammergauer Spielen, der Dicht- und Schauspielkunst gewidmet! Das Haus war so gefüllt, daß das Orchester geräumt werden mußte; der Großherzog vom Anfang bis zum Ende der Darstellung, die Frau Großherzogin am Abend anwesend; aus der Nachbarschaft, namentlich von Jena und Erfurt, zahlreicher Zuzug, so daß die Stadt selbst festlich bewegt und erregt schien. Der Erfolg war ein überaus glänzender: gewaltig traten die kolossalen Dimensionen des größten unserer Dramen, die wunderbare Architectur des Stücks hervor, gleichsam als würde dasselbe zum erstenmal überhaupt gegeben. Einer der hiesigen Künstler verglich den Eindruck mit dem eines Altarbildes, das, bisher immer nur in einem oder dem andern Flügel gesehen, nun in seiner ganzen dreitheiligen Composition dastünde, und so erst zu rechtem Verständniß, zu voller Wirkung gelangte.

**Hannover**, 13./1. Nov. Freie Predigerwahl oder nicht? diese Frage hat die Vorsynode drei volle Sitzungen hindurch beschäftigt. Die Antwort ist verneinend ausgefallen. Die gewählte und ernannte Orthodoxie, zu deren Führer sich aufzuschwingen dem Göttinger Kirchenrechtslehrer Hermann glücklich gelungen ist, entschied sich, die Frage einer „allgemeineren Betheiligung" der Kirchengemeinden bei der Anstellung ihrer Prediger mit der Landessynode ordnen zu lassen. Der Antrag R. v. Bennigsen's, der das Recht der Gemeinden, ihre Prediger zu wählen, im Princip festzustellen beabsichtigte, fiel mit 25 gegen 38 Stimmen in namentlicher Abstimmung. Eine von Bibliothekssecretär Ellissen aus Göttingen nach beendeter Abstimmung gestellte Frage, wie viele von den Vertretern der Gemeinden nicht für den Antrag v. Bennigsen's gestimmt hätten, auf die eine Antwort selbstverständlich nicht erfolgte, characterisirte die Abstimmung um so mehr, als der Cultusminister kurz vorher bemerkt hatte, daß von allen ihm bekannten Wünschen der Gemeinden fast keiner auf freie Predigerwahl ginge. Ueber das „Recht" auf dieselbe wurde viel gestritten und die symbolischen Bücher für und gegen herangezogen. Die Zweckmäßigkeitsfrage wurde von der geistlichen Partei ebenso wie die Rechtsfrage in Abrede gestellt und noch stärker betont. Die Debatte nahm einen so absonderlichen Gang, daß wer, wie der Cultusminister selbst anerkannte, unvorbereitet in die Versammlung getreten wäre, hätte glauben müssen, es handle sich um die schwierigsten theologischen Controversen. Es kamen Dinge zur Sprache, deren Bahnbrechung der gelehrte Ewald (der Restituirte der Göttinger Sieben) aus der Ausschließung der Oeffentlichkeit bei Erörterung seines Urantrags, betreffend den Consistorialdruck, erklären wollte. Consistorialrath Münchmeyer pries sich und seine Gesinnungsgenossen als die patentirten Inhaber

der christlichen Wahrheit und stellte denen, die nicht mit jedem Buchstaben des Bekenntnißbuches einverstanden, den Stuhl vor die Kirchenthüre. Pastor Münkel wies daraus, daß er ein Orthodoxer, seinetwegen auch Hyperorthodoxer genannt würde und doch noch in seiner vor 17 Jahren mit 500 Thlr. überkommenen Stelle belassen, den der Kirchenregierung allgemein gemachten Vorwurf zurück, daß sie die orthodoxe Richtung begünstige. Die gläubige vermittelnde Theologie, meinte er, genieße eine solche Auszeichnung. — Münkel's Märtyrerglorie schwand übrigens, als er am nächsten Tage zum Protocoll zu geben genöthigt war, daß seine Stelle im Laufe der 17 Jahre sich allerdings um einige hundert Thaler verbessert hätte.

**Wien**, 16./4. Novbr. Wie ein hiesiger Kreuzz.-Corr. hört, wird Oesterreich, nachdem es im Allgemeinen zur Beschickung des Congresses sich bereit erklärt, sich Aufklärung über gewisse Vorfragen erbitten, die sich auf die Zusammensetzung des Congresses, auf die Tragweite seiner Beschlüsse (ob facultativ oder obligatorisch) und auf die Objecte seiner Behandlung beziehen. Von dieser Aufklärung wird die definitive Entscheidung unseres Cabinets abhangen. England soll dagegen geneigt sein, die Frage formell mit größerer Schärfe anzufassen. Vorerst wird es, den mir gewordenen Mittheilungen zufolge, die Ansicht aussprechen, daß es einem Standpuncte, der die Verträge von 1815 als erloschen ansieht, weder beistimmen, noch denselben als Basis zu einem Congresse, der alle oder mehrere europäische Angelegenheiten zu ordnen bestimmt wäre, anerkennen könne. Dann wird es unumwunden bemerken, daß ihm der Congreß nur unter gewissen Bedingungen als ein Mittel zur Erhaltung und Sicherung des Friedens erscheine; unter anderen Umständen aber besorge es, daß der Congreß gerade zu dem Kriege, der nach der Intention der Tuilerieen dadurch vermieden werden soll, führen werde. Darum verlangt die britische Regierung vorgängige Herstellung einer principiellen Einigung der Congreß-Mitglieder über gewisse Cardinal-Fragen und Specificirung der politischen Gegenstände, die mit strengem Ausschluß aller anderen den Kreis der Congreß-Verhandlung bilden sollen. Ob England und Oesterreich sich zugleich über die Zumuthung, daß die Souveraine in Paris persönlich erscheinen sollen, aussprechen werden, habe ich nicht erfahren; eben so wenig scheint man hier darüber sicher, wie sich Preußen und Rußland zur Sache stellen werden. Nach Allem zu schließen, schweben auch zwischen Berlin, Petersburg und London Unterhandlungen, die jedoch noch nicht zum Abschluß gediehen sind, während zwischen Oesterreich und England bereits eine Vereinbarung erzielt ist. Daß man hier wünscht, namentlich auch Preußen dem österreichisch-englischen Standpuncte geneigt zu finden, bedarf keiner Versicherung.

## Schweiz.

**Bern**, 14./2. Nov. Der Bundesrath hat so eben eine Note der republicanischen Regierung von Mexico erhalten, welche, von San Luis de Potosi, den 22. Juli 1863, datirt und von dem Minister-Staats-Secretär der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet, die Erwartung ausspricht, daß die Schweiz als Schwesterrepublik der Republik Mexico bei dem Proteste, welchen letztere bei den Mächten gegen die gewaltsame Umwälzung ihrer Staats-Verfassung durch die französische Invasion erhoben hat, ihren Beistand nicht versagen werde. Auf den Protest näher eingehend, theilt die Regierung der Republik Mexico dann mit, daß sie jedes Abkommen, jeden Vertrag oder jede Vereinbarung, bei der die von dem General Forey eingesetzte provisorische Regierung oder der Kaiser, für welchen Mexico in ein Kaiserreich umgeschaffen werden soll, betheiligt ist, im Voraus als ungültig — und für sie nicht verbindlich erklärt.

## Dänemark.

**Kopenhagen**, 20./8. Nov. Die Londoner Blätter halten sich verpflichtet den Tod unsers Königs als einen die englische Königsfamilie betreffenden Trauerfall mit allen Zeichen tiefen Kummers und Grames zu illustriren. Die Morning Post sagt sogar: „Das Leiden, an welchem der König gleich wie sein Vater starb, war, wie dies nicht selten der Fall ist, hauptsächlich von Delirium begleitet; und es ist nicht unwahrscheinlich, daß der ewige Aerger, den ihm die Politik Deutschlands in letzter Zeit bereitete, sein Gehirn für die Einwirkungen des Uebels mehr als gewöhnlich empfänglich machte. — Wenn nun die Deutschen den König durch moralische Mittel umgebracht haben, so scheint doch die Post zu glauben, daß Europa Grund haben werde, ihnen dafür dankbar zu sein. Denn die Deutschen würden im Hinblick auf so entsetzliche Folgen ihres Thuns in sich gehen und sich nun den Dänen unterwerfen, deren neuen König das Glück so sichtbarlich begünstige. Seine Tochter sei mit dem englischen Thronerben vermählt, und sein Sohn sei unter den Auspicien aller europäischen Mächte als König Griechenlands in Athen gelandet." — Die Deutschen werden in Wirklichkeit aber bedenken, daß mit der Unterzeichnung dieses neuen Staatsgrundgesetzes, das die Incorporation Schleswigs ausspricht, der König von Dänemark alle Verträge und Zusagen gegen Deutschland gebrochen und sich Rechte angemaßt hat, die ihm niemals zugestanden. Die Dänen wollen den Krieg, wie es scheint. Der neue König selbst, der nur einer Pression von Seiten des Ministeriums und der draußen stehenden, immer unruhiger werdenden Volksmassen nachgegeben hat, kann sich über die Sachlage keinen Illusionen hingegeben haben, und er hat es nicht. Er zögerte so lange als möglich und unterzeichnete, weil er in seiner unsichern Lage glaubte unterzeichnen zu müssen. Alle Berichte aus Kopenhagen lassen keinen Zweifel darüber, daß er einem Zwange nachgab.

## Großbritannien.

**London**, 17./5. Novbr. Die Stimmung, mit der man in ganz Europa dem Pariser Congreß entgegengeht, wird in der Times nicht ohne Behagen geschildert. Daß beinahe alle europäischen Regierungen sich gleich nach dem Bekanntwerden der französischen Thronrede per Telegraph an das englische Ministerium wandten, um zu erfahren, was England zu thun gesonnen sei, und um sich nach dem britischen Beispiel zu richten, — dieser Beweis, daß Frankreichs Einfluß auf dem Continent noch nicht ganz jeden andern verdrängt hat, kann den hiesigen cordialen Alliirten Napoleons III. natürlich nur angenehm sein. Die Times hebt zugleich mit scharfer Betonung hervor, daß der Kaiser sich mit seinem voreiligen Urtheil über die Wiener Verträge arg verrechnet und mit seinen Ankündigungen einen dem beabsichtigten Eindruck ganz entgegengesetzten hervorgebracht habe. — Der Londoner Correspondent der Augsb. Allg. Ztg., d. h. derjenige, welcher allein Beachtung verdient, spricht sich sehr ungünstig über die französische Einladung zum Congresse aus, durch die er den Frieden der Welt gefährdet glaubt. Er fährt fort: „Hoffentlich ist zum wenigsten keine Gefahr, daß das jetzige englische Cabinet durch einen so hinterlistigen Plan sich verlocken lassen wird, und wäre ein anderer Staatsmann, als Graf Russell, unser Minister des Auswärtigen, so würde ich das mit voller Zuversicht voraussagen. Aber ich gestehe, daß ich mein von jeher geringes Vertrauen zu Lord Russell als Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten ganz verloren habe. Er hat einige der leidigsten und für England demüthigendsten Mißgriffe sich zu Schulden kommen lassen. Nicht er war es, der den Vorschlag Louis Napoleons, die americanische Süd-Conföderation anzuerkennen, im October 1862 ablehnte, im Gegentheil, Lord Russell hatte Schritte gethan, seine Zustimmung zu dieser Politik auszudrücken, aber er wurde durch seine Collegen im Cabinet überstimmt und veranlaßt, gerade das Gegentheil von dem zu thun, was er beabsichtigt hatte. In der Verwicklung mit Brasilien, diesem von vorn herein widersinnigen und für England höchst schmählichen Streithandel, nahm Lord Russell es über sich, ohne Vorkenntniß und Autorität des Cabinets auf eigene Hand Repressalien anzuordnen, und einer von den ausgezeichnetsten seiner Collegen hat seine Verwahrung gegen dieses scandalöse Verfahren schriftlich niedergelegt. In der polnischen Frage fand Se. Lordschaft es geeignet, zu interveniren, und wir sehen nun den Erfolg. Er hat nichts erreicht, als daß er dem Fürst Gortschakow einen diplomatischen Triumph sicherte; die Hoffnungen der Polen hat er getäuscht und ihr Leiden erschwert; den Namen und Einfluß der britischen Krone hat er herabgewürdigt. In dem deutsch-dänischen Streite besitzt jede der beiden Parteien eine widerspruchsvolle Russellsche Depesche, auf welche sie sich berufen kann; die Frankfurter Bundes-Behörde stützt sich auf Russells Erklärungen vom September 1862, um ihr Einschreiten in den Herzogthümern zu rechtfertigen, die Dänen andererseits auf Russells Erklärungen von 1861 und 1863 zur Rechtfertigung ihres Widerstandes. Es ist gewiß beunruhigend, zu denken, daß Englands Einfluß auf Wahrung des europäischen Friedens solchen Händen anvertraut ist, und ich verfolge den Gang der Dinge mit ängstlicher Spannung. Gleichwol im Ganzen, da die Minister jetzt in der Hauptstadt versammelt sind und als Gesammtheit wenig Lust haben, sich als Spielzeug Frankreichs mißbrauchen zu lassen, haben wir Grund zu hoffen, daß die Antwort fest und entschieden ausfallen wird. Viel hängt auch von dem jetzt glücklicher Weise obwaltenden guten Einverständniß zwischen England und Oesterreich ab, und so lange dieser Einklang dauert, schwebt Europa in keiner ernstlichen Gefahr."

**Manchester**, 14./2. Novbr. Es läuft durch alle Zeitungen die Notiz, ein von hier datirter Nachtrag zum Testament des verstorbenen Lord Clyde sei auf gestempeltes Briefpapier eines Londoner Clubbhauses geschrieben, das nur im Clubbhause selbst benutzt werden darf. Es soll dadurch ein Schatten auf den ehrlichen Character des großen Todten fallen; so kleinlich ist man hier in solchen Dingen. Ein Londoner Blatt hat schließlich die Erklärung gegeben, wahrscheinlich habe der Rechtsanwalt das Brouillon der Testamentsklausel im Clubbhause geschrieben und Lord Clyde habe nur dies Papier auswärts benutzt. Dennoch versammelte sich gestern in London in Willis Rooms eine Anzahl von Freunden und Bewunderern des verstorbenen Feldmarschalls Lord Clyde, um den Vorschlag, dem tapferen Helden eine Statue in der Hauptstadt zu errichten, in Erwägung zu ziehen. Der Herzog von Cambridge eröffnete die Versammlung mit einer Lobrede auf Clyde, ihm folgten als Redner u. a. Earl de Grey, der Herzog von Argyll, der Earl von Ellenborough, Lord Stanley. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, durch öffentliche Subscriptionen die Fonds zu einem würdigen Denkmal aufzubringen. — In einer Versammlung der „Londoner photographischen Gesellschaft", welche vor einigen Tagen stattfand, suchte Hr. Smith den Beweis zu führen, daß der erste Erfinder der Lichtbilder der im Jahr 1809 verstorbene Hr. Matthew Boulton zu Soho (Fabrikort bei Birmingham) gewesen, der solche Sonnenbilder (sun-pictures), wie er sie nannte, schon im Jahr 1791 verfertigte; eine beträchtliche Anzahl derselben soll noch vorhanden sein. Ohne Kenntniß dieses Vorgängers soll kurz darauf Thomas Wedgwood, ein Sohn des berühmten Töpfers, dieselbe Erfindung gemacht haben; in ähnlicher Weise wie im Jahr 1839 die Erfindung gleichzeitig von dem Franzosen Daguerre und dem Engländer Talbot angesprochen wurde. — Durch den Erfolg, welcher die Einführung der Pennypost

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zu Nr. 263 des Dorpater Tagesblattes.

begleitet hat, ist die United Kingdom Telegragh Company veranlaßt worden, ein ähnliches System auf die Telegraphie anzuwenden und Depeschen in ganz Großbritannien zu dem gleichförmigen Satze von einem Schilling (30 Kop.) zu befördern, in der richtigen Voraussetzung, daß die für größere Strecken sehr bedeutende Herabsetzung des Preises durch die wachsende Theilnahme des Publicums mehr als ersetzt werden werde.

## Frankreich.

**Paris**, 20./8. Nov. Die Nachricht von dem Tode des Königs von Dänemark hat überrascht. Man befürchtet hier, daß die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, die den Vertrag von 1852 nie anerkannt haben, jetzt auf eine gänzliche Trennung von Dänemark dringen werden. Die englische Regierung wird damit natürlich nicht einverstanden sein. Lord Palmerston hat die Absicht, zu versuchen, den neuen König zu einigen Concessionen zu bestimmen; dieselben werden jedoch die Herzogthümer gewiß nicht befriedigen und diese, wenn sie vielleicht auch für ihre Zukunft nicht zu den Waffen greifen, doch gegen die neue Ordnung der Dinge protestiren. — Man giebt sich in den officiellen Kreisen das Ansehen, als sei man sehr zufrieden mit der Lage der Congreßfrage; man zählt mit Genugthuung auf, daß Dänemark, Schweden, Portugal, Griechenland und die beiden neuen Großmächte Italien und Spanien den Congreßvorschlag ohne Weiteres acceptirt hätten. Dabei ist man jedoch nicht ganz ehrlich; denn die Königin von Spanien hat ihren Beitritt an Bedingungen geknüpft, die man noch nicht genau kennt, von denen man aber annimmt, daß sie sich auf die Integrität des Kirchenstaates beziehen. Ferner sagt man und zwar mit noch größerer Geflissentlichkeit als bisher, der Kaiser werde sich durch das Ausbleiben von Oesterreich, Preußen und England (auf Rußland scheint man also noch immer zu hoffen, obgleich man nicht wagt, es bestimmt zu sagen) nicht abhalten lassen, die Vertreter der zustimmenden Mächte zu einem Congreß zu versammeln. Uebrigens ist man, wie ich versichern kann, durchaus nicht so guten Muthes, als man sich den Anschein giebt; hauptsächlich fürchtet man, daß die zustimmenden Mächte andern Sinnes werden könnten, wenn sie erst erfahren haben werden, daß die eigentlichen Großmächte nicht erscheinen was aber doch noch nicht ausgemacht ist. Ferner wird mit Bestimmtheit versichert, daß der König der Belgier im Auftrage und auf lebhaftes Verlangen der Königin Victoria es übernommen hat, eine Uebereinkunft, oder wie man's sonst nennen will, zwischen den Höfen von St. James, Berlin, St. Petersburg und Wien bezüglich der Congreß-Einladung des Kaisers Napoleon herbeizuführen. Man betont dabei, daß die Königin Victoria zum ersten Male wieder seit dem Tode ihres Gemahls ein lebhaftes Interesse an einer politischen Frage zeige und mit großer Bestimmtheit ihre Ansichten und Wünsche formulirt habe. Man will schon wissen, daß die genannten vier Mächte die Einladung zum Congreß durchaus nicht einfach ablehnen, sondern nur vorher eine Reihe von Bedingungen stellen wollten, durch welche allein ein festbegrenzter und sicherer Boden für die Congreßverhandlungen zu gewinnen möglich. Die erste und Hauptbedingung der vier Mächte werde sein: „Die Verträge von 1815 sind nicht erloschen, sondern bestehen, trotz aller Modification im Einzelnen, als Ganzes in vollem Recht!" — Der Temps deutet ziemlich offen an, daß die Großmächte im Princip einen Congreß nicht verwerfen, daß aber der Ausführung so unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, daß der Plan eines europäischen Congresses als gescheitert betrachtet werden muß. England soll entschlossen sein auf den Plan nicht einzugehen, und Rußland darin mit England übereinstimmen. Der Temps würde nicht wagen dem Congreßplan so entschieden die Möglichkeit eines Erfolgs abzusprechen, wenn er irgend fürchten würde von den Ereignissen desavouirt zu werden. In England betrachtet man die Einladung zum Congreß als eine Vorladung der legitimen Regierungen vor das Tribunal der gekrönten Revolution. — Die France behauptet dagegen, die Congreßidee gewinne überall, namentlich unter den Staatsmännern Deutschlands, täglich neue Anhänger, so daß es überflüssig sei, noch von der Haltung des Auslandes gegenüber dem Plane zu berichten.

## Griechenland.

Das Protocoll, worin Großbritanien der Schirmherrschaft über die jonischen Inseln entsagt und dieselben an das Königreich Griechenland abtritt, ist von den Vertretern der fünf Großmächte unterworden. Die Unterschriften der Großmächte stehen — wie immer — in alphabetischer Ordnung: 1) Austria, 2) Great Britain, 3)France, 4) Prussia, 5) Russia. Die Festungswerke von Corfu werden vor der Uebertragung des Eilands an Griechenland geschleift werden.

## America.

**New-York**, 9. Nov. / 28. Octbr. Zwei Divisionen der Meadeschen Armee unter Sedgwick und French rückten am 7. Nov. bis zum Rappahannock vor, erstürmten die feindlichen Redouten bei Kellys Ford und der Rappahannock-Station, machten 1800 Gefangene und erbeuteten 7 Geschütze. Ihr Verlust wird auf 400 Mann angegeben. Am folgenden Tage setzte Meade mit seiner ganzen Armee ohne auf besondern Widerstand zu stoßen über den Fluß und marschirte vorwärts. Seine Vorhut hat Bandys-Station erreicht. Kilpatrick soll schon am 7. Nov. die Höhen von Fredericksburg besetzt haben. Die Conföderirten zogen sich nach Culpepper hin zurück, von welcher Stadt her man heute Morgen eine starke Kanonade zu vernehmen glaubte. Am 4. Nov. brachte der Dampfer „Salvor" von Charleston die Mittheilung nach Philadelphia, die Bundestruppen hätten Fort Sumter eingenommen und setzten ein heftiges Bombardement gegen die übrigen feindlichen Forts fort. Man war jedoch nicht geneigt, dieser Angabe Glauben zu schenken, indem von Pennsylvanien schon so manche erfundenen Nachrichten ausgegangen sind, und man erfährt jetzt in der That, daß die Beschießung des Forts Sumter am 5. noch in vollem Gange war. Präsident Davis hat Charleston besucht und die Vertheidigungswerke inspicirt; er äußerte als seine Ansicht, daß die Stadt nicht einzunehmen sei. Laut Depeschen aus Chattanooga vom 6. Nov. war es dort ganz still; nur dann und wann richtete die conföderirte Batterie auf Lookout Mountain einige wirkungslose Schüsse gegen die Bundestruppen. Aufsehen und mannigfache Vermuthungen erregte der Umstand, daß im Front des rechten Flügels der Unionsarmee ein Theil des conföderirten Lagers verschwunden war; doch kannte man den Grund nicht. Ein amtlicher Bericht des Generals Thomas meldet die Wegnahme eines Fouragetrains nebst dessen Eskorte in Lookout Valley, welcher sich auf dem Wege zur Braggschen Armee befand; ferner ein Gefecht zwischen einem Michigan-Regiment und einem 400 Mann starken Guerillatrupp bei Lawrenceburg in Tenessee am 4. Nov., in welchem die letzteren geschlagen wurden und 24 Gefangene verloren. Wie General Grant berichtet, haben die Conföderirten zwei vorgeschobene Positionen Burnsides angegriffen und zwei Regimenter zum Theil gefangen genommen. Am 5. widerholten die Conföderirten ihren Angriff auf die Stadt Colliersville in Tenessee, an der Eisenbahn von Memphis nach Charleston, wurden aber nach dreistündigem Gefecht mit Zurücklassung von 30 Todten zum Rückzug gezwungen und der Brigadegeneral Geary nebst mehreren Officieren geriety in Gefangenschaft. Der Oberst Hatch verfolgte mit drei Bundesregimentern die Conföderirten bis Coldwater, wo sich ein neues Gefecht entspann, von dessen Ausgang noch nichts verlautet. Gefangene Rebellen sagen aus, an verschiedenen Puncten jenseits des Tenessee ständen vierzehn conföderirte Brigaden unter Chatham und Forrest. Bei Canton Mississippi, im Rucken Vicksburgs, steht der Rebellengeneral Loring mit 8000 Mann, um die südstaatlichen Eisenbahnen zu schützen. General Marmaduke wurde in einem Angriffe auf die Bundestruppen bei Pines Bluff in Arkansas am 28. Octbr. mit erheblichen Verlusten zurückgeworfen. General Price hat sich bis jenseits des Red River zurückgezogen. — Marschall Forey ist aus Mexico in New-York angekommen.

## Asien.

**Japan.** In England mehren sich die einflußreichen Stimmen welche der fast allgemeinen Entrüstung über den an Kagosima begangenen Act der Barbarei Ausdruck geben. Sowie die Times neulich einen längeren Protest des bekannten Parlamentsmitglieds Hrn. Buxton gegen das Verfahren der englischen Vertreter in Japan brachte, so wird in den Zeitungen ein Brief Richard Cobdens veröffentlicht der sich noch mit wärmerer Entrüstung über die Thaten des Admiral Kuper ausspricht. Lord Russel dachte bei Abfassung seiner Instructionen sicherlich nicht daran die unschuldige Bevölkerung einer großen unvorbereiteten Stadt dem Untergang zu weihen, weil die Trabanten des Vaters des Fürsten, dem die Stadt gehört, vor einem Jahr und 100 Meilen vom Schauplatz der Zerstörung entfernt, einen Mord begangen hatten. Daß russisch-americanische Intriguen thätig sind um die Japanesen gegen England aufzuhetzen, ist sehr glaublich; nur sollte man denken daß diese nach dem Bombardement von Kagosima keiner weitern Aufhetzung bedürften. Ob das Cabinet die Verantwortlichkeit für die Instructionsüberschreitung über sich nehmen wird, oder nicht, wird zur Entscheidung kommen. Das eine ist übrigens so wahrscheinlich wie das andere; der Rechtspunct pflegt bei solchen Dingen hier keinen Ausschlag zu geben. Was wird das Parlament dazu sagen? ist die einzige Frage die ins Gewicht fällt, und von deren Beantwortung der Abruf oder die Belobung des Obersten Neale und des Admirals Kuper abhängt. Die parlamentarischen Ansichten versprechen diesen Repräsentanten der englischen, in diesem Fall übrigens ganz unautorisirten, Barbarei keinen Bath-Orden.

## Neuere Nachrichten.

**Berlin**, 20./8. Novbr. Der König empfing heute das Präsidium des Herrenhauses und nahm die Adresse dieses Hauses aus den Händen des Präsidenten, Grafen Eberhard zu Stolberg-Werningerode entgegen.

**Hamburg**, 20./8. Nov. Vier und zwanzig Ständemitglieder haben gestern in Kiel einstimmig beschlossen, die Bundesversammlung um schleunigsten Schutz der Landesrechte zu bitten. Das Gesuch ist bereits abgegangen. Die übrigen wegen des ergangenen Verbotes nicht erschienenen Abgeordneten sind aufgefordert worden, sich dem Gesuche anzuschließen.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 25./13. Nov. Oesterreich und Preußen haben sich über eine identische Gesandteninstruction für den Bundestag geeinigt; sie

erkennen dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg keinen Erbfolgerechtsanspruch zu, weil er durch seine Mutter unebenbürtig sei (die Mutter ist eine geb. Gräfin von Danneskjöld-Samsön); dagegen wird in dem Conflict zwischen den Herzogthümern und Dänemark die Verfassungsfrage betont. — Der Nationalverein hat einen Aufruf erlassen, den Herzogthümern Schleswig-Holstein durch Selbstbesteurung, Anwerbung von Mannschaft und Ankauf von Waffen zu Hilfe zu kommen.

**Gotha**, 24./12. Novbr. Eine hierher gesandte Deputation des Nationalvereins ist von dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein empfangen worden. Auf die Anrede erwiederte der Herzog: in der Sache Schleswig-Holsteins dürfen Regierung und Volk sich nicht scheiden, noch Völker in Parteien auseinandertreten. Völkerrecht und die ihm bewahrte Treue sei der beste Schutz auch Fürstenrechtes Namens des Fürstenrechtes sei Schleswig-Holstein lange unterdrückt worden; Namens des Fürstenrechtes werde er Schleswig-Holstein, so Gott wolle, bald befreien.

**Stockholm**, 25./13. November. Der Minister der auswärtigen Angelegenheit, Graf Manderström, machte gestern dem Reichsrathe die Mittheilung, der König habe Tages zuvor auf die Einladung des Kaisers Napoleon zum Congreß zustimmend geantwortet und sein persönliches Erscheinen angekündigt.

**Brüssel**, 23./11. November, Abends. Heute ist die Antwort des Königs auf die Congreß-Einladung nach Paris abgegangen. Der Inhalt derselben ist noch unbekannt.

**London**, 24./12. November. Die Morning-Post meldet, es sei nach Paris geantwortet: Die Regierung bedauere die Einladung zum Congreß ablehnen zu müssen. — Die verbreiteten Gerüchte über den Rücktritt Lord Russell's werden für unbegründet erklärt.

**Hongkong**, 26./14. October. In Japan sind französische Offiziere ermordet worden; Satisfaction ist gefordert; in Erwartung eines offenen Ausbruchs des Krieges concentriren sich die vereinigten englisch-französischen Streitkräfte.

## Witterungsbeobachtungen.

12. Novbr., A. St. (24. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris Linien. | Barom. 0° R. Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 332,49 | — 3,09 | 2,5 | W | Bewölkt (3) |
| 2 U. | 334,04 | — 1,57 | 1,2 | NW | Trüb (4) |
| 11 U. | 335,31 | — 0,36 | 0,4 | | Trüb (4), Schneeflocken |
| Mittel | 333,24 | | 1,64 | | (3,71) |

Die Temperatur ist 3,66 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,25 im J. 1847, kleinste —10,72 im J. 1854

## Fremden-Liste.

Vom 13. Novbr 1863.

**Hotel London:** Hr Verwalter Schmidt aus Kurrista; Hr. Drogemüller aus Port Kunda; Hr. Hörschelmann aus Werro. — Abgereist: Hr. Spiller; Hr. Giese.

№ 618. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 13. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Von Einem kaiserlichen Universitätsgerichte zu Dorpat werden nach § 8 der Vorschriften für die Studirenden alle Diejenigen, welche an die Herren: stud. theol. Adolph Oppmann u. Georg Rahr, med. Arnold Hollmann, Hugo Torning und Arth. Schultz, pharm. Wilh. Francke, Gust. Sorgenfrei, Aug. Tettenborn — aus der Zeit ihres Aufenthalts auf dieser Universität aus irgend einem Grunde herrührende gesetzliche Forderungen haben sollten, aufgefordert, sich damit binnen vier Wochen a dato, sub poena praeclusi, bei dem kaiserlichen Universitätsgerichte zu melden.

Dorpat, 7. November 1863.

Rector Bidder.
Notär A. L. Wulffius.

### Publication.

Da sich ungeachtet der diesseits unterm 20. October 1862 Nr. 1257 erlassenen Publication wegen Einlösung der hierselbst coursirenden sogenannten Geldmarken noch gegenwärtig eine große Anzahl solcher Marken im Umlauf befindet, werden von Einem Edlen Rathe der Stadt Dorpat die Inhaber der in Rede stehenden Marken hiemit wiederholt aufgefordert, dieselben binnen 6 Monaten a dato bei deren Ausstellern einzuliefern und gegen baares Geld auszutauschen, bei der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist den Ausstellern der Geldmarken die zur Sicherstellung der letzteren hierselbst asservirten deposita ohne Weiteres werden zurückgeliefert werden und daß somit ein Jeder den ihm hieraus erwachsenden Schaden und Nachtheil sich selbst wird zuzuschreiben haben.

Dorpat-Rathhaus, 27. Juni 1863.

Von einem Edlen Rathe der Stadt Dorpat wird hierdurch bekannt gemacht, daß das allhier im 3. Stadttheile sub Nr. 10a auf Stadtgrund belegene Wohnhaus des Schneidermeisters Johann Krasting nebst Zubehörungen öffentlich verkauft werden soll, — und werden demnach Kaufliebhaber hierdurch aufgefordert, sich zu dem deshalb auf den 17. December 1863 anberaumten ersten Licitationstermine, so wie dem alsdann zu bestimmenden zweiten Licitationstermine, Vormittags um 12 Uhr, in Eines Edlen Rathes Sitzungszimmer einzufinden, ihren Bot- und Ueberbot zu verlautbaren und sodann wegen des Zuschlags weitere Verfügung abzuwarten.

Dorpat-Rathhaus, 23. September 1863.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)
Sonnabend, den 16. November
**Tanzgesellschaft im Commerz-Club.**
Die Direction.

Am Sonnabend den 16. November von 4 Uhr Nachmittags und am folgenden Tage von 3 Uhr Nachmittags ab bis 9 Uhr Abends wird im Saale der Stadt-Töchterschule eine Anzahl von Broderieen und anderen von Frauenhand angefertigten Arbeiten gegen festgesetzte mäßige Preise öffentlich verkauft werden. Der Erlös ist zu wohlthätigen Zwecken bestimmt.

Bei **E. J. Karow** traf so eben ein:
**Otto v. Rutenberg,**
**Edelmann und Bauer.**
Fortsetzung von „Mecklenburg in Kurland."
Preis 38 Kop.

Mein wohlassortirtes Lager von
Schreib-, Zeichnen- und Briefpapieren
halte ich geneigter Beachtung empfohlen.
Fellin, am 6. Novbr. 1863.
**E. J. Karow**sche
Buch- und Schreibmaterialien-Handlung.

**Todes-Anzeige.**

Es hat dem Allmächtigen gefallen unseren geliebten Onkel, den Stadttheils-Aufseher Titulair-Rath
**August Alexander Normann**
am 11. d. Mts. aus diesem Leben abzurufen.

Indem wir solches zur Kenntniß aller Verwandten und Freunde des Verstorbenen bringen, ersuchen wir dieselben zugleich sich zu der, auf Freitag den 15. d. Mts. Mittags 12 Uhr anberaumten Bestattung desselben in der Wohnung des Verstorbenen gefälligst einfinden zu wollen.

Dorpat, am 12. November 1863.

Die Bruderkinder des Verstorbenen.

Die **Mitglieder der Gesellschaft der Ressource** werden zum Tage der Jahresversammlung, **Donnerstag den 14. Novbr. 1863 8 Uhr Abends** ergebenst eingeladen.
***Die Direction.***

Die vorzüglichsten **Concert-** und **Cabinet-Flügel** stehen bei Unterzeichnetem zum Verkauf und mache ich zugleich bekannt, daß bei mir auch gebrauchte Instrumente in Austausch gegen neue angenommen werden.
**R. W. Koch,**
Im Hause des Herrn v. Köhler.

### Geschäfts-Verlegung.

Hiermit erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich meine Bäckerei vom Warobjiewskyschen Hause in mein eigenes, ehemals Lehrer Kochsche Haus gegenüber der academischen Musse, verlegt habe, welche ich am Donnerstag den 14. d. Mts. eröffnen werde, mit der Bitte um das gütige Wohlwollen eines geehrten Publikums.

Ergebenst
**C. W. Kruse.**

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich im ehemals Bürgermeister **Stähr**schen **Hause** (gegenüber der Laakmannschen Buchdruckerei) ein **Verkaufslocal,** zum **stoofweisen** Verkauf verschiedener Gattungen **feiner Branntweine, Liqueure, Rum, Balsam,** sowie **Bier** und **Meth** in Flaschen eröffnet habe. ***F. G. Faure.***

Verschiedene beigesetzte **Wollenzeuge, Mousseline, Zitze, Morgenhauben,** sowie **Netze etc.** werden von **Mittwoch den 13. d. M. ab billig geräumt** im Magazin von
**Ludw. Oscar Fischer.**

**Frischen gepreßten Caviar**
bester Sorte und
**frische Neunaugen**
empfing und empfiehlt
***Alexander Botscherow,***
am großen Markt.

## Branntwein

mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft ***F. G. Faure.***

Auf dem Gute Köllitz, Kirchspiel Kannapäh, ist **trocknes Birken-Brennholz** à 250 Kop. im Walde, oder 350 Kop. mit Lieferung nach Dorpat zu haben. — Bestellungen aufzugeben im v. Bockschen Hause beim Hauswächter.

Im v. Bockschen Hause ist eine **Familienwohnung** zu vermiethen.

**Drei Wohnungen,** worunter 2 größere, hat **zu vermiethen** **D. H. Fischer,**
St. Petersburger Straße.

Eine große Wagenremise, wie auch ein sehr trockener Keller, sind zu vermiethen im Mesterschen Hause, in der Nähe der Universität.

№ 264. Donnerstag, den 14. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Telegraph. Personalnotiz. Riga: Unglücksfälle. Helsingfors: Handelsflotte. St. Petersburg: Civilgouverneur Braunschweig. Ankunft Ihrer Majestät der Kaiserin. Fälschungen in Zeitungsartikeln. Austausch der Creditbillete. Finanzlage. Disconto der Reichsbank. Orel: Hauptkuppel der Kirche. Warschau: Contributionseinzahlung. Rochebrun und Kruk. Hängegensdarmen. Aufhören der revolutionären Blätter. Von der poln. Grenze: Insurgentenschaaren. Die franz. Thronrede. Czartorysti und Mieroslawski.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Der Hagensche Antrag. Preßdebatte. Schädliche Farben. Akademie der Wissenschaften. Frankfurt: Proclamation des Herzogs von Schleswig-Holstein. Bremen: Dänische Flotte. — Dänemark. Altona: Oesterreichs Eintreten für Dänemark. — Großbritannien. London: Die Times über fürstliche Erbfolge. — Frankreich. Paris: Finanzbericht. Congreßantworten. — America. Mexico: Abreise des Erzherzogs. Allgemeines Stimmrecht.

**Neuere Nachrichten.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 14. November. Wir werden ersucht, zu öffentlicher Kenntniß zu bringen, daß die hiesige Telegraphenstation am heutigen Tage die von St. Petersburg am 29. October ausgefertigte Autorisation zur Beförderung telegraphischer Depeschen direct ins Ausland erhalten hat. Die Regeln für die Abgaben der Depeschen sind dieselben wie bei den für das Inland bestimmten. Die Preise sind von den geltenden Grundsätzen normirt; der Preis einer einfachen Depesche von 20 Worten beträgt beispielsweise nach Berlin 3 Rbl. 35 Kop., nach Paris 5 Rbl. 25 Kop.

— Der Lehramts-Candidat August Mere ist in dem Range eines stellv. Lehrers der englischen Sprache am Rigaschen städtischen Real-Gymnasium bestätigt worden.

**Riga.** Im Laufe der zweiten Hälfte des Octobermonats sind von den Polizeibehörden nachstehende Unglücksfälle und besondere Ereignisse einberichtet worden. Feuerschäden. Es brannte auf: Am 3. Octbr. im Werroschen Kreise auf Fiehrenhof die Arbeiterwohnung mit einem Schaden von 455 Rbl. und in dem Dorfe Raigla eine Wohnriege 1500 Rbl.; am 4. Octbr. unter Marzenhof die Riege des Gesindes Mikkit 550 Rbl.; am 6. Octbr. unter Wiezenhof das Wohnhaus des Gesindes Kannitz 800 Rbl. — Viehseuche: Auf dem Gute Engelhardtshof unter dem Rindvieh an der Maulsäule und Klauenseuche waren von einer Heerde von 70 Stück 50 erkrankt. — Diebstähle. Im Laufe der zweiten Hälfte des Octobermonats sind 15 Diebstähle im Gesammtwerthe von 3056 Rbl. 75 Kop. S. verübt worden. Ende October im Dorpatschen Kreise auf dem Gute Schloß Odenpäh sind aus der dasigen Gebietscasse 2090 Rbl. gestohlen worden.

**Helsingfors.** Nach dem finnländischen Marine Kalender der in Wasa unter der Redaction von Wolf erscheint, besteht die finnländische Handelsflotte aus 532 Fahrzeugen mit 135,446 Tonnen Gehalt. Die Vermehrung desselben seit dem letzen Jahr beträgt 42 Fahrzeuge mit 8,807 Tonnen.

**St. Petersburg**, 5. Novbr. Se. Maj. der Kaiser geruhten zu empfangen den Civilgouverneur von Podolien, wirklichen Staatsrath Braunschweig.

— Ihre Majestät die Kaiserin reiste am 9. November von Charkow nach Kursk. Die Ankunft Ihrer Majestät in Petersburg wird am 13. Nov. erwartet.

— c. — Als ein neues Beispiel zu welchen Mitteln gewisse Correspondenten, die im Interesse des poln. Aufstandes schreiben und den Haß gegen Rußland immer wieder anschüren wollen, greifen, mag Folgendes dienen. Wie auch das Tagesblatt seiner Zeit berichtet hat, wurden in Warschau, sowol bei einzelnen Personen, als auch in ganzen Kisten Dolche mit Wiederhaken gefunden, deren sich die Hängegensdarmen zum Angriff auf russisches Militär bedienten. Die Moskauer Zeitung hatte eine genaue Abbildung eines solchen und zwar vergifteten Dolches geliefert. Ein Correspondent hat jenen Artikel der Mosk. Ztg. der Redaction der Opinione nationale in französischer Uebersetzung zugesandt, jedoch die Rolle der Hängegensdarmen den russischen Polizeibeamten zugetheilt und behauptet, die russ. Regierung habe ihren Polizeiagenten vergiftete Dolche gegeben. Da es Leute geben könnte, die an der Wahrheit seiner Aussage zweifeln könnten, so lege er den Artikel der Moskauer Zeitung bei. Die Opinione nationale druckte jene Uebersetzung ab, ohne sich von ihrer Richtigkeit zu überzeugen. Die Fälschung wurde durch den Pariser Correspondenten der Moskauer Zeitung aufgedeckt.

— Ueber die Einstellung des Austausches der Creditbillete, welche in der gestern mitgetheilten officiellen Nachricht gemeldet wird, schreibt die Nord. Post: Um den Geldumsatz auf eine feste Grundlage zu stellen, wurde mit dem 1. Mai 1862 in der Reichsbank ein Austausch der Creditbillete gegen klingende Münze eröffnet, und zur Verstärkung des Wechselfonds eine äußere Anleihe von 15 Mill. Pfd. Sterl. abgeschlossen. Von dem Tage der Eröffnung des Austausches bis zum 1. Jan. 1863 sind in klingender Münze 10.037.000 R., also monatlich 1.250.000 Rbl. mehr ausgegeben worden, als eingenommen sind. Diese Summe schließt alles nicht nur an Privatpersonen, sondern auch an Kronsbehörden gezahlte baare Geld und auch die silberne Scheidemünze in sich, welche in die Kreisrenteien geschickt worden. Der Wechselcours hob sich bei dem gedeihlichen Gange der Austauschoperation um 4½ pCt. Mit dem Beginn des Jahres 1863 nahm die Operation eine andere Gestalt an. Die Nachfrage nach klingender Münze (besonders nach Gold) begann in Folge der sich entwickelnden Speculation und unter dem Einflusse der beruhigenden Lage der politischen Angelegenheiten schnell zu wachsen. Es wurden in klingender Münze mehr ausgegeben als eingenommen: Im Januar 4.921.000 R.; im Februar 4.921.000 Rbl.; im März 7.723.000 Rbl.; im April 10.213.000 Rbl.; im Mai 10.367.000 Rbl.; im Juni 2.233.000 Rbl.; im Juli 6.751.000 Rbl. und in den ersten drei Tagen des Augusts 4.405.000 Rbl. Angesichts einer so wachsenden Forderung von Gold machte die Reichsbank vom 29. April 1862 an, kraft des Allerhöchsten Ukases vom 29. April 1862, von der Befugniß Gebrauch, Wechsel gegen Gold in Halbimperialen, oder gegen Silber in Rubelstücken auszutauschen Gebrauch, und gab seit dem 6. August gegen Creditbillete nicht mehr Gold, sondern nur Silber aus. Von der Zeit an verringerte sich die Forderung; dafür stiegen aber die Forderungen von Wechseln, was unfehlbar auf den Wechselcurs einwirken mußte. Zur Aufrechterhaltung des Curses stellte die Bank allen denjenigen, welche es wünschten, Wechsel aus, deren Curs dem Preise des Silbers nahe kam. Diese Wechsel-Operation mußte natürlich aber ihrem Wesen nach ihre Grenzen haben und konnte mit Nutzen nur als eine temporäre Maßregel Anwendung finden, um günstigere Verhältnisse zur eigentlichen Befestigung der Austauschoperation abzuwarten. Aber einerseits die Schwierigkeit der politischen Lage, andererseits die Gedrücktheit der finanziellen Verhältnisse in Europa, welche auf den Hauptbörsen in Europa eine Geldkrisis herbeigeführt und die französische und englische Bank sowol, wie die deutschen Banken veranlaßt hatte, den Discont zu erhöhen, um das Wachsen der Forderungen an klingender Münze zu verhüten; — alles das mußte den ungünstigsten Einfluß auf die hiesige Börse üben. Die Wechselcurse, welche sich bis zum 29. Octbr. auf London auf 37 15/16 und 3/4 Pence und auf Paris auf 396 Centimes erhalten hatten, fielen am 1. November auf 35, 35½ Pence und 367 Cent., und standen zum 5. November 35, 35⅛ Pence und 367, 370 Cent. Es ist augenscheinlich, daß bei einer solchen Neigung der Curse zum Fallen keine Möglichkeit mehr vorhanden war, dieses Fallen zu verhindern oder den Curs auf einer Höhe zu erhalten, die dem Preise des Silbers nahe gekommen wäre. Mit dem Fallen des Wechselcurses mußte man eine verstärkte Forderung klingender Münze aus der Bank erwarten, welche zu einer baldigen Erschöpfung des Metallfonds der Creditbillete geführt haben würde. Unter diesen Umständen hat es die Regierung für nothwendig erachtet, den Austausch der Creditbillete gegen klingende Münze bis auf weitere Anordnung in der Bank einstellen zu lassen.

— Am 8. Novbr. hat die Direction der Reichsbank das Disconto für Wechsel sowol, als für Depositen von Waaren und Werthpapieren für St. Petersburg, Moskau, Riga und Odessa auf 7 und 8 pCt. jährlich festgesetzt, ersteres für 3 und letzeres für 6 Monate.

Am 8. October stürzte in **Orel** die Hauptkuppel einer Kirche ein, die noch gar nicht beendet gewesen und an der man seit 12 Jahren gebaut hatte. Da ein Weiterbau sich als unausführbar erwiesen, so wurde die Abtragung des Baues beschlossen.

**Warschau.** Trotz den von der Nationalregierung erlassenen Vorschriften und Drohungen an die Bewohner Warschau's, die Contributionsgelder zu verweigern, sind doch die Abgaben zum Termin bis auf die unbedeutende Summe von ungefähr 20.000 Rbl. alle theils

eingezahlt, theils beigetrieben worden. Jetzt soll auch letztere Summe entrichtet worden sein. — Ueber den Verlauf der Rochebrunschen und Krukschen Expedition nach Volhynien schreibt der Russ. Inv.: Als die am 20. Octbr. aus Galizien ins Königreich Polen einrückende Insurgentenschaar vernommen, daß 3 Comp. aus dem Orte ihr entgegen gesandt seien, zogen sich die Insurgenten nach der Grenze zurück; da diese aber schon vorher von den Oesterreichern besetzt worden war, so waren sie genöthigt, den Kampf mit unseren Truppen aufzunehmen, welcher mit ihrer Flucht über die Grenze endete. Auf diejenigen, welche nicht sofort die Waffen niederlegten, wurde von den Oesterreichern geschossen. Ihr Verlust war bedeutend. Die Schaar bestand aus 1200 Fußgängern unter Komarowski und Senkewicz, 300 Reitern und 100 Zuaven unter Debriziks. Von den Oesterreichern wurden 500 entwaffnet. — Am 2. Novbr. überschritten 50 Reiter den Bug, zogen sich aber sofort zurück, als ihnen eine Abtheilung Dragoner entgegen geschickt wurde. — Auf Verfügung der Kriegsgerichte sind erhängt worden: 7 Hängegensdarmen, darunter 2 Hauptleute; erschossen: ein Bandeorganisateur; unter den Insurgenten gefangen: 1 Fähnrich und 1 Junker.

— Den C. II. B. wird aus Warschau geschrieben, daß die revolutionären Blätter bereits seit 14 Tagen aufgehört haben zu erscheinen.

Von der **polnischen Grenze**, 13./1. Nov. Die verschiedenen kleinen Insurgentenschaaren, die seit 14 Tagen das Land durchzogen, haben sich jetzt im Konier Kreise bei Kleczew vereinigt, und bilden ein ziemlich ansehnliches Corps. Vorgestern ist bereits die gesammte russische Besatzung von Slupce mit Geschützen gegen sie ausgerückt und heute hört man Kanonendonner, doch ist Näheres über den Erfolg des Zusammenstoßes noch nicht bekannt. Auch aus der Gegend von Wloclawek sind die Insurgenten wieder vorgerückt, werden aber jetzt vom General Belgard aus Kalisch mit überlegenen Streitkräften aufgesucht. — Die französische Thronrede circulirt gedruckt in allen jenseitigen Grenzorten und wird selbst den polnischen Bauern zugestellt. Sie enthält links den französischen Text und rechts die polnische Uebersetzung, worin noch die Forderung einer Aenderung der bisherigen Zustände aufgenommen ist. Wahrscheinlich ist dieses Blatt in Frankreich gedruckt, und sein Zweck geht dahin das Interesse für den Aufstand wach zu erhalten. — Die Gen.-Corr. aus Oesterreich und die Lemberger Gaz. Narod. melden gleichzeitig, daß die polnische Nationalregierung den Fürsten Czartoryski seiner Stellung als diplomatischer Generalagent und den General Mieroslawski seiner Function als Generalorganisator der auswärtigen Zuzüge enthoben habe. In der Gen.-Corr. wird die Ursache des „freiwilligen" Rücktritts des ersteren in dessen bisherigen Mißerfolgen, die der unfreiwilligen Enthebung des letztern in dem Umstand gesucht, daß die Nationalregierung dadurch eine Art Genugthuung für manche, in nicht russisch-polnischen Provinzen vorgekommene Ausschreitungen habe geben, diese also, indirect wenigstens, desavouiren wollen.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 20./8. Nov. Im Budget-Ausschusse wurde der Hagen'sche Antrag Betreffs der Priorität des Etats pro 1864 undebattirt einstimmig und ohne Widerspruch des Regierungs-Commissars angenommen. — Im Hause selbst referirte Simson: Ueber die Verfassungswidrigkeit der Preßverordnung vom 1. Juni habe schon die öffentliche Meinung Europa's abgeurtheilt. Die wissenschaftliche Forschung habe sich ebenfalls in dem Gutachten dreier Juristen-Facultäteten ausgesprochen. Dies hebe hinweg über das gestrige Votum des Herrenhauses. Er werde seine Bemerkungen als Correlat an die Gutachten anschließen. Der Redner beleuchtete nun zunächst die Geschichte des Artikels 63 der Verfassungs-Urkunde. Bisher seien alle Octroyirungen nachträglich genehmigt, nur einmal die Dringlichkeit bestritten worden. Er wage die Behauptung, daß schon während der Anwesenheit der Kammern die Juni-Verordnung vorbereitet, ja, vorhanden gewesen sei. Die Abwesenheit der Kammern aber sei wesentliches Element des Nothstandes. Wer bei gefährdeter Sicherheit die Kammern wegschicke, der schaffe den Nothstand. Endlich besprach er den behaupteten „Nothstand." Derselbe sei nichts Anderes, als der Mangel der Majorität dieses Hauses. Das sei allerdings ein Nothstand, aber leider nicht mehr ungewöhnlich. Die Regierung scheine zu denken: Noth kennt kein Gebot, auch nicht das der Verfassung. Die Verwarnungen der Regierungs-Präsidenten hätten beim Volke schlimmer agitatorisch gewirkt, als jemals die Presse. Das Publicum frage: wie stehen solche Beamte zu ihrem Verfassungs-Eide? Die Regierung sei bei der Octroyirung der Verordnung bis an die Grenzen gegangen, die auf die Dauer einzuhalten sie selbst verzweifle. Man möge nur gute Politik machen, dann werde man eine gute Presse haben. Ob die gegenwärtige Regierung mit einer freien Presse auskommen könne, sei gleichgültig; die Verfassung bestehe und müsse gehalten werden. Minister Graf zu Eulenburg erklärte: Der Schluß der Kammern sei im vorigen Mai der Regierung selbst überraschend gekommen. Eine Wiedereinberufung des Landtages noch in diesem Jahre sei sofort beschlossen worden. Sie habe ein anderes Haus für möglich gehalten. Die Regierung hoffe schließlich noch eine andere Stimmung des Landes, wenn sie nur auf dem Wege der Beruhigung fortfahre. Der Riß im Lande sei der ärgste Nothstand gewesen. Die Regierung bleibe bei ihrer Ansicht, wenn auch das Votum des Hauses ihr die Mittel zur Ausführung nehme. — Das Haus der Abgeordneten hat heute seine Pflicht vollständig erfüllt. Es hat nicht allein der Verordnung vom 1. Juni kraft seiner Befugniß aus Art. 63 der Verfassungs-Urkunde mit allen gegen 39 Stimmen seine Genehmigung versagt, es hat auch gegen eine nicht viel größere Minorität (46) dieselbe kraft des Art. 106 für von Haus aus verfassungswidrig erlassen und von Anfang an rechtsungültig erklärt. Damit hat das Haus die civilrechtliche Verantwortlichkeit der Minister den bis dahin durch die Verordnung etwa schon geschädigten Verlegern gewahrt. Es ist nun die Sache der etwa geschädigten Verleger, ihre Ansprüche gegen die solidarisch verantwortlichen Unterzeichner der Vorordnung geltend zu machen. Dazu können sie auch eine gelegene Zeit abwarten, sofern sie nur rechtzeitig dem Eintritte der Verjährung zuvorkommen. — Wie vor den giftigen Farben neumodischer Gardinen- und Kleiderstoffe, so warnt das Berliner Polizei-Präsidium neuerdings vor den schädlichen Farben, welche zur Färbung von Spielzeug für Kinder, von Zuckerwerk und anderen Conditorei- und Eßwaaren verwandt werden. — Die Academie der Wissenschaften hat die Herren Sainte-Claire-Deville in Paris und C. Claus in Dorpat zu corresp. Mitgliedern ihrer physikalisch-mathematischen Classe ernannt.

**Frankfurt a. M.** Die „Süddeutsche Zeitung" veröffentlicht nachstehendes Regierungsantritts-Patent:

„Schleswig-Holsteiner!" Der letzte Fürst der Dänischen Linie Eures Regentenhauses ist dahin gegangen. Kraft der alten Erbfolgeordnung unseres Landes und des Oldenburgischen Hauses, Kraft der Ordnungen, welche die Schleswig-Holsteinsche Landesversammlung in dem Staatsgrundgesetz ausdrücklich bestätigt hat, Kraft der von meinem Vater zu meinen Gunsten ausgestellten Verzichtsurkunde, erkläre ich hierdurch als erstgeboner Prinz der nächsten Linie des Oldenburgischen Hauses, daß ich die Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein antrete und damit die Rechte und Pflichten übernehme, welche die Vorsehung meinem Hause und zunächst mir überwiesen hat. Ich weiß, daß diese Pflichten in schwerer Zeit an mich herantreten, ich weiß, daß zur Durchführung meines und Eures Rechtes mir zunächst keine andere Macht zu Gebote steht als die Gerechtigkeit unserer Sache, die Heiligkeit alter und neuer Eide und Eure Ueberzeugung von der Festigkeit des Bandes, welches mein Geschick und das Eure vereint. Ihr habt bis jetzt Ungerechtigkeit ebenso mannhaft getragen, als Ihr mannhaft gekämpft hattet, Ungerechtigkeit abzuwehren. Für das Joch, das man Euch auflegte, gab bis jetzt ein unbestrittenes Recht den Vorwand, denn der König von Dänemark war zugleich Euer Herzog. Von jetzt an wäre die Herrschaft eines Königs von Dänemark über Euch eine Usurpation und rechtlose Gewaltthat, und unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dieser Herrschaft ein Ende zu machen. Ich kann Euch jetzt nicht aufrufen, Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Euer Land ist von fremden Truppen besetzt. Ihr habt keine Waffen. Mir liegt deshalb vor Allem ob, die Regierungen des Bundes um Schutz meines Regierungsrechtes und Eurer nationalen Rechte anzugehen. Der deutsche Bund ist niemals der legitimen Erbfolge entgegen getreten. Die Ordnung, auf welcher die Regierungen Deutschlands ruhen, ist dieselbe, auf der meine Rechte begründet sind, und die Regierungen Europa's werden der durch die Erfahrung bestätigten Wahrheit nicht widerstehen, daß ein haltbarer Zustand da nicht dauern kann, wo eine willkürliche Rechtsordnung einem Volke gegen seine geheiligten Wünsche, gegen seine von Gott gesetzte Nationalität und gegen sein uraltes Recht aufgedrängt werden soll.

Lauenburger! Euer schönes Land, Gegengabe für ein Land, dessen Namen ich durch meine Geburt trage, unterliegt dessen Erbfolge, soweit nicht Rechte anderer Glieder meines Hauses und ältere und begründete Rechte deutscher Regentenhäuser daran haften. Ich gebe Euch das Versprechen, daß ich Euer nationales Recht als mein eigenes betrachte und, soweit ich berufen bin, Eure Rechte und Freiheiten beschützen werde.

Schleswig-Holsteiner! Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß mein Recht Eure Rettung ist, gelobe ich für mich und mein Haus, zu Euch zu stehen, wie ich in der Schlacht zu Euch gestanden, mich nicht zu trennen von Euch und unserem Rechte. Und so gelobe und schwöre ich gemäß dem Staatsgrundgesetze: Die Verfassung und die Gesetze der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu beobachten und die Rechte des Volkes aufrecht zu halten. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort. Schloß Dolzig, am 16. November 1863.

Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein.

**Bremen**, 20./8. Novbr. Das Bremer Handelsblatt schreibt: „Mit ihren Segelschiffen, höchstens von einigen Raddampfern, die sich einem ernstlichen Feuer wegen der Ungeschütztheit ihrer Maschinen und Räder nicht aussetzen durften, begleitet, konnten die Dänen sich nicht in unsere Ströme hineinwagen; der einzige ähnliche Versuch, 1849 bei Eckernförde, ist ihnen schlecht genug bekommen. Aber seit sie ihre Flotte größtentheils in eine Schrauben-Dampfflotte verwandelt haben, ist die Sache anders geworden; jetzt sind sie von Wind und Strom unabhängig, und was hindert sie gar, ihr Panzerschiff Rolf Krake in aller Ruhe die Elbe hinaufgehen und sich vor Hamburg legen zu lassen? Die hannoverschen Batterieen an der Unter-Elbe in ihrem gegenwärtigen Zustande und ihrer gegenwärtigen Armirung gewiß nicht. In diesem Falle könnten wir es erleben, daß, während die deutschen Landarmeen in Schleswig und Jütland stehen, weit in ihrem Rücken ein einziges dänisches Kriegsschiff sich die in seiner Macht stehende Zerstörung des größten deutschen Handelsplatzes durch einen kräftigen Beitrag von diversen Millionen zur dänischen Kriegscasse abkaufen läßt! Wir fragen, wie will man das verantworten? Denn wenigstens in dieser Hinsicht ist es noch Zeit genug, unsere Häfen und Ströme zu sichern. Charleston zeigt uns, daß einfache Erdwerke stark genug gemacht werden können, um selbst den Angriffen einer ganzen Panzer-

flotte zu widerstehen, und was dort möglich ist, das werden wir doch auch können. Wenn aber die Küstenstaaten in Frankfurt ruhig für die Execution stimmen, bei sich zu Hause aber gar nichts thun, um den sehr wahrscheinlich zu erwartenden Folgen zu begegnen, so weiß man in der That nicht, was man dazu sagen soll."

## Dänemark.

**Altona**, 18./6. Novbr. Es darf nicht Wunder nehmen, daß die officiöse österreichische General-Correspondenz eine Sistirung des Executions-Beschlusses in Folge des Thronwechsels in Dänemark in Aussicht stellt. Man weiß, daß Oesterreich stets entschieden in Betreff Dänemarks die Gesammtstaats-Politik vertreten hat, und daß es der ausgesprochene Gegner einer völligen Lostrennung der Herzogthümer von der dänischen Krone ist. Oesterreichs trauriger Einfluß und seine Präpoderanz nach der olmützer Convention haben auch damals Preußen zu dem beklagenswerthen Schritte vermocht, sich am Londoner Protocoll zu betheiligen. Es wird sich jetzt zeigen, was hinter den großen Worten von Oesterreichs deutscher Gesinnung eigentlich steckt, und wir fürchten, die Enthüllung wird nicht eben erbaulich sein. Die Selbständigkeit der Herzogthümer würde dem Einflusse Preußens und seiner Machtstellung in Norddeutschland zu Gute kommen; dies genügt der österreichischen Politik, um die theuersten Hoffnungen und das heiligste Recht Deutschlands zu vereiteln. Wenn irgend ein Ereigniß die Bundes-Execution in Holstein räthlich machen konnte, so ist es der Tod Friedrich's VII. Jetzt vor allem kommt es darauf an, schnell eine Position einzunehmen, die dem fait accompli der Besitzergreifung wenigstens Holsteins durch Christian IX. vorbeugt und es den holsteinischen Ständen möglich macht, sich gegen eine auf Grund des Londoner Protocolls beabsichtigte Usurpation zu erklären. Dies ist der nothwendige Anfang der Sache, das Weitere hängt von der Thatkraft der deutschen Nation und von der nationalen Gesinnung ihrer Regierungen ab. Von dem neuen Könige weiß man, daß er für das System des Gesammtstaates ist, was dem Wiener Cabinet Gelegenheit geben wird, sich mit ihm ins Einverständniß zu setzen. Um so entschiedener muß von der anderen Seite dagegen vorgegangen werden. —

## Großbritannien.

**London**, 18./6. Novbr. In Bezug auf Schleswig-Holstein sind fast alle englischen Blätter darin einig, daß sie das Einschlafen der Frage und den leichten Sieg Dänemarks hoffen. Im Daily Telegraph und im Advertiser pflegte man bis vor einem halben Jahre Artikel zu finden, die mit Entschiedenheit und Wärme das verbriefte und natürliche Recht der Herzogthümer gegen Dänemark verfochten. Wir finden auch jetzt zuweilen Spuren derselben Federn, aber es scheint ihnen nicht mehr dieselbe Freiheit wie früher eingeräumt zu sein, weil die gegenwärtigen preußischen Zustände die Sache der Holsteiner — welche jeder Engländer mit Preußen identificirt — allzu unpopulär gemacht haben. Die Times springt mit der schleswig-holsteinischen Erbfolge-Frage, wie gewöhnlich, sehr leichtfertig um. „Es muß, sagt das Blatt, selbst den in Frankfurt vertretenen Fürsten mit dem langen Stammbaum auffallen, daß es heutzutage ein seltsamer Schritt wäre, wenn man ein Heer marschiren lassen wollte, um genealogische Spitzfindigkeiten zu erledigen. Der Anspruch der Regierung von Gotha — und es werden ihr ohne Zweifel andere Regierungen folgen — stützt sich auf die reinsten und strengsten Grundsätze der Legitimität. Da wird doch einmal Edelmann und Demokrat, Reactionär und Liberaler auf derselben Seite zu finden sein. Sie alle dringen auf die strengste technische Auslegung alter Gesetze, bestehen auf den veralteten Rechten kleiner Familien und ignoriren alle Grundsätze der modernen europäischen Politik, um das dänische Königreich zu zertrümmern und Holstein und Schleswig vollständig in ihren schwerfälligen Bund hineinzuziehen. Die Ansprüche der Deutschen können offenbar von den Staatsmännern keines anderen Landes zugestanden werden. In unsern Tagen, wo Nationen, die höchsten wie die niedrigsten, das Kaiserreich Frankreich wie das kleine Griechenland und Serbien, ihre Herrscher wechseln, wo die Thronfolge selbst in dem unbeweglichen Spanien aus öffentlichen Zweckmäßigkeits-Rücksichten modificirt worden ist, dürfen wir nicht dulden, daß man die unveräußerlichen Ansprüche der Legitimität geltend macht und einen Erbfolgekrieg beginnt, der sich auf Acte stützt, welche 200—400 Jahre alt sind. Die Theorie der Deutschen ist die, daß das Haus Augustenburg selbst nach der Verzichtleistung seines Hauptes nicht übergangen werden dürfe. Wir müssen das als völlig unzulässig betrachten. In einem solchen Falle bindet das Familienhaupt jedenfalls die jüngeren Familienglieder und Alle, welche ihm oder durch ihn succediren würden, oder es könnte niemals ein Abkommen erzielt werden. Ebensowenig stände, wenn das Familienhaupt das Recht hätte, zu erlauben, daß die Krone auf einen Prinzen einer jüngeren Linie übergehe, Deutschland das Recht der Einmischung zu. Der gegenwärtige König von Dänemark gehört der Linie an, welcher die Erbfolge in den Herzogthümern gehört, und deren Rechte werden nicht verletzt. [!] Das eigentliche Dänemark ist es, welches in einen Wechsel seiner Thronfolge gewilligt hat, und wenn Jemand ein Recht zur Beschwerde hätte, so würden es die Anhänger der weiblichen Nachkommen des Königshauses sein. Es kann ferner nicht zugegeben werden, daß die Bundes-Regierung oder irgend ein Fürst des deutschen Bundes das Recht haben sollte, irgend einen Staat bloß deßhalb anzugreifen, um einen Wechsel in der Person des Herrschers herbeizuführen, so lange der neue Herrscher seinen Bundespflichten nachkommt. Wenn der König Christian als Herzog von Holstein seinen Jahresbeitrag zahlt und seine 3900 Mann zur Vertheidigung Deutschlands entsendet, wenn dasselbe angegriffen wird, so ist das alles, was zu fordern der Bundestag ein Recht hat. Europa kann den deutschen Fürsten nie gestatten, sich zu Richtern über die Legitimität eines unter ihnen aufzuwerfen und Gewalt anzuwenden, um Alle die zu stürzen, welche ihnen nicht gefallen. Damit würde in Nordeuropa ein Reich der Gewalt gegründet werden, wie das, welches der österreichischen Herrschaft in Italien Verderben gebracht hat. König Christian ist durch eines der feierlichsten Instrumente, die jemals aufgesetzt wurden, zum Könige von Dänemark und Herzog von Schleswig und Holstein gemacht worden, die fünf Großmächte haben das Princip, daß die Herzogthümer mit Dänemark vereinigt bleiben sollen, sanctionirt, und zwei dieser Mächte sind die beiden ersten Monarchieen Deutschlands. Ist das nicht ein eben so guter Rechtstitel, wie irgend einer, kraft dessen eine Krone in Europa getragen wird? Es würde das Uebermaß von Schwäche und Thorheit sein, wenn die Staaten Europas, welche diesen Vertrag unterzeichnet haben, irgendwie so kühnen und unbegründeten Ansprüchen nachgäben, wie die, mit welchen der deutsche Bundestag voraussichtlich auftreten wird." Die Grundsätze, welche die Times über fürstliche Erbfolge aufstellt, sind unerhört, und die Völker, deren Selbstbestimmungsrecht die Times sonst bei jeder Gelegenheit predigt, werden gar nicht erwähnt.

## Frankreich.

**Paris**, 18./6. Nov. (K. Z.) Herr Fould findet es räthlich, seinen Bericht über die allgemeine Finanzlage immer weiter hinaus zu schieben. Ob er wirklich so lange warten will, bis nähere Nachrichten über den Erfolg des Congreß-Projectes ihm die Gewißheit darüber geben, ob er ein großes Anlehen beantragen müsse oder vermeiden könne, mag dahingestellt bleiben; noch weniger wahrscheinlich ist die Behauptung, nach welcher der Finanz-Minister sich mit der Hoffnung schmeichelte, bis zur Abfassung seines Berichtes bereits aus Mexico so günstige Nachrichten erhalten zu haben, daß es ihm gestattet wäre, die mexicanische Entschädigung zur Begleichung des Defiicts in seinem Budget figuriren zu lassen. So viel ist gewiß, dieses Deficit wird für das laufende Jahr bedeutend genug sein, und die sehr spärlichen Mittheilungen, welche das Blaubuch über einzelne Puncte der Finanzlage giebt, machen es vollkommen erklärlich, daß Herr Fould sich nicht sehr gedrängt und noch weniger ermuthigt fühlt, das Publicum in nähere Einzelheiten einzuweihen. Es geht in der That aus den Mittheilungen des Blaubuchs zur Genüge hervor, daß die Fould'schen Finanz-Operationen, namentlich was die Steuer-Erhöhungen betrifft, entschieden Fiasco zu machen drohen. So hat z. B. die im vorigen Jahre eingeführte Wiedererhöhung der Zuckersteuer durchaus nachtheilig auf die Consumtion gewirkt; das Budget hatte nach den Erfahrungen der Vorjahre auf eine Consumtion von 271 Millionen Kilogr. gerechnet, während nach den bisher erzielten Resultaten das Jahr nicht mehr als 239 Mill. Kilogr. ergeben wird. Eben so hat die seit Jahren stets fortschreitende Consumtion der Cigarren merklich abgenommen, seit die Regie, um möglichst viel Profit heraus zu schlagen, die billigeren Cigarrensorten herzlich schlecht fabricirt, um das rauchende Publicum zum Ankauf der theuren Cigarren zu nöthigen. Die Herabsetzung von 2 auf 1 pCt. der für Geldtransporte schuldigen Postgebühr ist in ihrer Wirkung paralysirt worden durch die gleichzeitige Erhöhung der bezüglichen Stempelgebühr von 35 auf 50 Kop. Im Ganzen ergiebt sich schon jetzt aus den spärlichen Mittheilungen des Blaubuchs, wie sehr wir im Rechte gewesen, als wir an dieser Stelle von vorn herein behauptet haben, die Steuerfähigkeit der französischen Bevölkerung sei bereits bis an die äußerste Gränze ausgebeutet, und was man auf der einen Seite trotzdem forciren wollte, würde man unfehlbar auf einer anderen Seite verlieren. Angesichts dieser unliebsamen Wahrheit bleibt Hrn. Fould keine andere Wahl, als: Verminderung der Ausgaben oder das Deficit in Permanenz und von Zeit zu Zeit Consolidirung der schwebenden Schuld. Wie noch erinnerlich, war Hr. Fould vor jetzt zwei Jahren gerade zu dem Zwecke ins Finanz-Ministerium berufen worden, um die Deficits verschwinden zu machen und die schwebende Schuld stetig herab zu mindern. — Heute war Ministerrath in den Tuilerieen. Der Kaiser, der gestern Abend nach Paris gekommen war, präsidirte demselben. Es sollen wichtige Dinge verhandelt worden sein. — Die heutige Börse war in Folge der Gerüchte über Maßregeln, welche die Bank von Frankreich nehmen wird, sehr flau. Später stieg dieselbe auf das wenig begründete Gerücht, daß in Nordamerica ein Waffenstillstand zu Stande gekommen wäre. Auch hieß es, daß der Kaiser ein Schreiben an den König Leopold der Belgier gerichtet habe, um Betreffs des Congresses Vorschläge zu machen, die darauf hinauslaufen sollen, daß Frankreich 100.000 Soldaten entlassen wolle. Alle diese Gerüchte bedürfen der Bestätigung, und ich erwähne sie nur, weil sie einen steigenden Einfluß auf die Börse ausübten. — Die France „glaubt zu wissen, daß der Kaiser bereits mehrere Antworten auf seine an die Souveraine ergangene Einladung zur Eröffnung eines Congresses erhalten hat und daß andere schon unterwegs und officiell angemeldet sind, eine Ablehnung aber bis jetzt nicht zu signalisiren ist." — Man theilt der N. Pr. Ztg. aus Paris mit, daß die Instructionen des österreichischen Botschafters Fürsten Metternich sehr bestimmt lauten, und daß man dort kaum noch eine Hoffnung habe, Oesterreich auf dem Congreß vertreten zu sehen. Der österreichische Botschafter soll auch bereits Veranlassung genommen haben, zu erklären, es sei selbstverständlich, daß von einer Verzichtleistung auf Venetien, gleichviel unter welchen Bedingungen, in keiner Weise die Rede sein könne. — In dem gelben Buch fehlen die Depeschen bezüglich der Wahl des Prinzen Alfred zum Könige von

Griechenland. Wenn auch das englische Blaubuch keine Mittheilungen über diese höchst interessante Phase der neuesten Zeitgeschichte enthalten sollte, so ließe sich annehmen, daß die Mächte übereingekommen sind, den ganzen Zwischenfall als ungeschehen zu betrachten, ihn in den Gewässern des Archipels ertrinken zu lassen.

## America.

**Mexico.** Die Nachricht der „France" daß der Erzherzog Ferdinand Max Anfangs Februar nach Mexico abreisen werde, scheint sich zu bestätigen, denn es wird Se. kaisr. Hoheit die Stelle als Marine-Obercommandant Ende dieses Jahres niederlegen, und schon in wenigen Wochen sich persönlich von der Marine verabschieden. Ebenso wird die Nachricht bestätigt daß der Kriegsdampfer „Elisabeth" dazu bestimmt sei den Erzherzog nach Mexico zu bringen, und werden außerdem noch die Fregatte „Schwarzenberg" und die Corvette „Friedrich" als die Fahrzeuge bezeichnet welche das Gefolge des nach Mexico abgehenden Kaiserpaars bilden sollen. Es scheint daß nach dem Rücktritt des Erzherzogs die Stelle eines Marine-Obercommandanten nicht mehr besetzt, sondern die Central-Canzellei des Kaisers um eine eigene Abtheilung für die Kriegsmarine vermehrt werden soll, so daß factisch der Kaiser als oberster Kriegsherr auch Obercommandant der Marine sein würde. Außerdem heißt es daß die Kriegsmarine neben ihrer tactischen Eintheilung als Division, Brigade u. s. w. auch in administrativer Beziehung in See- und Marinebezirke eingetheilt werden wird. Daß die Venetianer dem neuen Kaiser von Mexico ein Huldigungsgeschenk überreichen werden, bestätigt sich nicht, wol aber wird sich seiner Zeit eine Deputation nach Miramar begeben, und von dem Kaiser von Mexico die Protection der Handelsinteressen Venedigs mit Mexico zu erbitten. — Bemerkenswerth sind dabei die Urtheile der englischen Zeitungen über das allgemeine Stimmrecht. M. Post meint: die Annahme der mexicanischen Krone von Seiten des Erzherzogs sei nicht mehr zu bezweifeln, und es handle sich nur noch um Feststellung einiger Formalien, wie sie der Heirath zweier Liebenden, welche im ganzen die Billigung der beiderseitigen Verwandten haben, vorauszugehen pflegen. „Wir selbst," fügt das Palmerston'sche Blatt bei, „glauben nicht an das allgemeine Stimmrecht, und möchten das Ergebniß der allgemeinen Abstimmung nicht immer als Ausdruck der Gesinnungen eines Volkes gelten lassen, aber das Plebiscit welches der Erzherzog zur Bedingung macht, wird, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Wünsche des mexicanischen Volks getreulich ausdrücken. Es wäre natürlich Widersinn zu glauben, daß die Bewohner des südwestlichen Winkels des nordamericanischen Festlands eine Anhänglichkeit an einen österreichischen Prinzen, der nie einen Fuß in ihr Land gesetzt hat, fühlen können; aber bei der bevorstehenden Wahl wird es nicht der Mann sein, sondern die Principien, die er vertritt, werden es sein, wonach die Stimmen sich richten werden. Ferner haben die Mexicaner zwischen einer geordneten Regierung und der alten Anarchie zu wählen (gerade wie die Franzosen i. J. 1852), und so kann das Ergebniß nicht zweifelhaft sein. Wenn die Nachricht eintrifft daß die Mexicaner durch ein Plebiscit den Erzherzog Maximilian auf den Thron berufen haben, so werden selbst die entschiedensten Gegner von Königswahlen durch allgemeine Abstimmung kaum den Verdacht aussprechen daß den Wählern Zwang angethan oder mit Stimmurnen Unfug getrieben worden sei. — Daily News hingegen spricht sich, auf das Antecedens in Frankreich deutend, mit Hohn über das Possenspiel solcher Plebiscite aus, sowie mit bitterm Unmuth über die politische Moral des Zeitalters. Louis Napoleon, sagt sie, sei der Stifter einer Schule die Europa in den Sumpf führen werde.

## Neuere Nachrichten.

**Hamburg**, 21./9. Nov. Alle holsteinischen Beamten haben von Kopenhagen den Befehl erhalten, dem Könige Christian IX. den Huldigungseid zu leisten. Die Professoren der Universität, die Beamten des obersten Appellationstribunals und andere Beamte sind entschlossen, den Eid zu verweigern.

**Kopenhagen**, 21./9. Nov. Heute Abend wurde der Befehl ertheilt, zwei Schraubenfregatten, zwei Schraubenkorvetten und zwei Panzerschooner auszurüsten. Die beiden letzteren, sowie ein Dampfer, welcher Transportschaluppen im Schlepptau hat, werden sich morgen in die Ostsee begeben.

**London.** Nachrichten aus New-York vom 10. melden, daß General Lee sich über den Rapidan zurückgezogen hat und General Meade mit seiner Armee vorgerückt ist und bei Culpepper-Court-House eingetroffen ist. Der Zweck des General Meade ist, die Separatisten zu verhindern, gegen Burnside zu operiren. Die Bewegung von Meade am Rappahannok hat die Separatisten überrascht; beinahe ihre ganze Truppenmacht, welche sich auf dem nördlichen Ufer befand, wurde gefangen genommen.

## Witterungsbeobachtungen.

13. Novbr., A. St. (25. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 336,37 | + 0,79 | − 0,2 | NW | Trüb (4) |
| 2 U. | 337,36 | + 1,75 | 0,2 | NW | Trüb (4) |
| 11 U. | 339,46 | + 3,79 | − 0,5 | | Bewölkt (3) |
| Mittel | 337,17 | | − 0,04 | | (3,70) |

Die Temperatur ist 2,00 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,10 im J. 1847, niedrigste — 10,70 im J. 1849 und — 12,22 im J. 1832.

## Fremden-Liste.

Vom 14. Novbr 1863.

**Hotel St. Petersburg:** He. Kunstgärtner Friedrich Neitron vom Lande; Hr. Rossius aus St. Petersburg.

№ 621. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 14. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

In allen Buchhandlungen des In- und Auslandes ist stets vorräthig, in Dorpat bei **E. J. Karow,** Universitätsbuchhändler:

## Der verbesserte Lebenswecker.

**Eine leichtverständige Anweisung zum Gebrauche des „Lebenswecker-Apparates"; ein unentbehrlicher Rathgeber und sicherer Helfer für Jedermann in allen Krankheitsfällen.**

Vom Miterfinder und Fabrikanten des ursprünglichen echten Lebenswecker-Apparates. Mit 6 Tafeln Abbildungen. 7. Auflage. Eleg. geb. 1 Rbl. 25 Kop.

Dasselbe Werk ist auch in französischer und englischer Sprache zu gleichen Preisen zu beziehen.

Der Lebenswecker ist durch seine 15-jährigen segensreichen Erfolge in der Welt rühmlichst bekannt; selbst da, wo ärztliche Hülfe nichts vermag, erzielt er die glänzendsten Resultate! — Originalbriefe von Aerzten, die seit Jahren wiederholt größere Bestellungen auf unseren Apparat und unser Oel machten, bezeugen offenbar, daß die Methode unseres Lebensweckers bereits mit zur beständigen Praxis dieser Herren gehört, durch welche sie die glücklichsten Kuren vollendeten. Im Uebrigen beziehen wir uns auf das Vorwort zur siebenten Auflage. — Das Instrument (c. 5 Loth schwer) wird von Jedermann ohne ärztliche Beihülfe nach Anleitung des obigen Handbuches ohne jegliche Gefahr, Blutverlust und Schmerzen in allen Krankheitsfällen angewandt und unser Oel genügt in vielen (leichteren flußrheumatischen) Fällen oft schon durch bloßes Einreiben; beide sind nur allein echt von dem Unterzeichneten zum Preise von 5 Rbl. 50 Kop. zu beziehen. — Bonn a. Rhein.

**Albert Matz.**

Am Sonnabend den 16. November von 4 Uhr Nachmittags und am folgenden Tage von 3 Uhr Nachmittags ab bis 9 Uhr Abends wird im Saale der Stadt-Töchterschule eine Anzahl von Broderieen und anderen von Frauenhand angefertigten Arbeiten gegen festgesetzte mäßige Preise öffentlich verkauft werden. Der Erlös ist zu wohlthätigen Zwecken bestimmt.

In Folge des Correspondenz-Artikels aus Carlsruhe in Nr. 245 des Dorpater Tagesblattes zeige ich hierdurch an, daß ich bereit bin, in dem demnächst zu eröffnenden Institut Knaben aus Rußland, die nach dem Wunsche der Eltern ihre Erziehung in Deutschland erhalten sollen, in Pension zu nehmen und unter Benutzung der hiesigen trefflichen Schulen die Erziehung der mir anvertrauten Jugend zu leiten. — Nähere Auskunft über mein Unternehmen wird gütigst Herr Staatsrath **Th. Struve** in Dorpat (im Hause Claus) ertheilen.

Carlsruhe, 12. Novbr./31. Octbr. 1863.

Dr. **H. Koßmann.**

Sonnabend, den 16. November

**Tanzgesellschaft im Commerz-Club.**

Die Direction.

**Dorpater Handwerker-Verein.**

**Sonntag,** 17. Novbr.: **Gesellschafts-Abend.** Beginn 8 Uhr. — Convert-Billets für diejenigen Mitglieder, welche sich am Abend-Tisch zu betheiligen wünschen, sind Freitag Abend im Vereins-Local und bis Sonntag Abend beim Oeconomen der Bürgermusse gegen Entrichtung von 40 Kop. in Empfang zu nehmen. — Gäste dürfen nicht eingeführt werden. Der Vorstand.

Einem hohen Adel und geehrten Publicum erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich **gründlichen Unterricht im Violinspiel** und in der Behandlung des **Cornet à piston** ertheile, auch werden bei mir **Noten copirt,** indem ich bitte, daß man mich mit geneigtem Wohlwollen beehren möge, empfiehlt sich hochachtungsvoll

**Hensel,**

Salzstraße, im Hause des Herrn Baumeister Meyer, früher Petersonsche Haus.

**Neue Salon- und Cabinet-Flügel, Piano und Pianino**

verkauft unter annehmbaren Bedingungen und garantirt für jeden Fehler

**O. D. Wenzel,**

gegenüber der Universität neben der academischen Musse.

Einem **Kupferschmiede-Gesellen** der sich innerhalb 14 Tagen zu mir in Arbeit begiebt, zahle ich ein Frachtgeld von 15 Rubel und 4 Rubel wöchentlich Gage.

Reval, 11. Nov. 1863. **F. Wiegand.**

№ 265. Freitag, den 15. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.

Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. VI. St. Petersburg: Geldsendungen ins Ausland. Personalnotizen. Omsk: Gefangene Insurgenten. Nachrichten aus dem Kubangebiet. Warschau: Tagesbefehl des Großfürsten Constantin. Untergang der Nationalregierung. Grabowski. Fürst Golizin. Aufhören der Trauer. West-Galizien: Politische Aufregung.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Thätigkeit des Ministeriums. Ministerwechsel. Beseler. Leo. Kriegsbereitschaft. — Göttingen: Corpsverbindungen. — Schleswig: Zustimmung zum Londoner Protokoll. — Altona: Geschichtliches Recht. Die nächste Zukunft. — Frankfurt a. M.: Beweg'te Sitzung des Bundestages. — Wien: Londoner Traktat. — Großbritannien. London: Anglo-dänische Politiker Rauch-Verbot. Napoleon als kranker Mann. — Frankreich. Paris: Congreßantworten. Erklärung aus London.

**Zur Erinnerung an den Postmeister Bayer in Fellin — von Communicationswegen mit Ostasien.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 15. Nov. Die Frage, wie sich die Ostseeprovinzen zu der neuentworfenen russischen Gouvernements- und Kreisordnung zu verhalten haben, verlangt eine mehrfache Antwort. Es wird geprüft werden müssen, welche Normen dafür in dem Projecte selbst gesetzt sind. Sodann ist die Anwendbarkeit des Projects vom rechtlichen Standpuncte und endlich nach Gründen der Zweckmäßigkeit zu erläutern.

Ausdrücklich erklärt sich das Project entworfen für die vier und vierzig auf gemeinsamer Grundlage verwalteten Gouvernements und, unter Vorbehalt local motivirter Aenderungen, für Bessarabien. Dem Minister des Innern wird jedoch anheimgegeben, in nähere Erörterungen einzutreten über Mittel und Maaß einer Anwendung der neuen Ordnung auf die übrigen nach besonderm Statut verwalteten Gouvernements des Reichs.

Es wird damit von vornherein auf mechanische Application verzichtet und eine organische ins Auge gefaßt. Nicht äußere, sondern principielle Uebereinstimmung soll erzielt werden. Somit frägt es sich nach den Principien, von welchen der neue Entwurf ausgeht.

Seine Aufgabe ist: ein System der Selbstverwaltung zu schaffen; eines seiner vornehmsten Principien: dieses System zu errichten auf historisch gegebener Basis.

Historische Basis wird von dem Projecte theils ausdrücklich, theils virtuell gefordert. Bei zahlreichen Anordnungen hat es sie unzweideutig zur Voraussetzung. Dabei wird zu beachten sein, daß bei Weitem das Meiste von dem, was für das Reich als „historische Basis" anerkannt wird, jüngeren Schöpfungen angehört und etwa seit 80 oder, wenn es hoch kommt, seit 150 Jahren zu Recht besteht; ferner daß es zum größten Theile dem westlichen Europa und nicht zum geringsten Theile solchen Institutionen ist nachgebildet worden, welche in den Ostseeprovinzen seit Jahrhunderten die Grundlage der politisch-socialen Entwickelung bilden. Es wird somit die Achtung, welche für die Nachbildung in Anspruch genommen wird, dem Originale von selber gebühren.

Die wolbedachte Rücksicht auf das Bestehende tritt bei der Durchsicht des Projects an vielen Stellen hervor. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß die Städte, obwol von der Landschaft bei weitem nicht so characteristisch unterschieden, wie das im Westen der Fall ist, mit den Dorfgemeinden vorzüglich deshalb nicht auf gleichen Fuß gesetzt werden, weil ihnen seit achtzig Jahren eine bevorzugte Stellung ist eingeräumt gewesen. Ebenso wird die bisher maßgebende Bedeutung ständischer Gliederung wenigstens in soweit anerkannt, als es für einen Vorzug gelten soll, wenn die Wahlkörper so gebildet werden, daß in jedem derselben je einer der drei „historisch herausgebildeten" Stände vorherrsche. Ferner wird, so mannichfach die öconomischen und socialen Verhältnisse umzuschlagen beginnen, selbst der Census nicht nach neuer Basis normirt, sondern nach den bisher geltend gewesenen Sätzen. Wie an den Adelswahlen jeder adlige Grundeigenthümer, welcher mindestens hundert Revisionsseelen besaß, direct Theil nahm und noch künftig Theil nimmt, und, falls er zwar weniger, jedoch nicht unter fünf solcher Seelen sein nennt, zusammen mit Andern einen Collectiv Bevollmächtigten zu den Wahlen zu delegiren berechtigt ist, so wird nunmehr auch die directe Betheiligung an den Wahlen zur Kreisversammlung abhängig gemacht vom Besitze so vieler Dessätinen Landes, als nahezu dem Besitze jener hundert Seelen entsprechen und nach dem Verhältniß von 100: 5, d. h. von 20: 1, soll auf indirecte Betheiligung an den Wahlen Anspruch haben jeder Adlige, welcher 1/20 jener Dessätinenzahl besitzt. Und wenn von dem Princip des Census und seinen Consequenzen so weit abgegangen wird, daß bei beiderseits gleicher Dessätinenzahl auf je einen Nichtadligen zwei Adlige kommen, so wird das ausdrücklich gerechtfertigt durch die Berufung auf „historisch" entwickelte Zustände: der Adel habe bisher mehr Rechte gehabt und größere Uebung erlangt, sich ihrer zu bedienen; er erfreue sich einer fester begründeten Stellung in der Gesellschaft und im Allgemeinen eines höheren Grades von Bildung. Ja, um diesem social begründeten Schwerpuncte vollends Rechnung zu tragen, wird nun die Constitution der Kreisvertretung numerisch von vornherein abhängig gesetzt von den Besitzverhältnissen desjenigen Wahlkörpers, in welchem dem Adel das Uebergewicht gesichert ist. Die Norm dafür wird abgeleitet aus demjenigen Landmaaß, dessen Besitz zur Theilnahme an den directen Wahlen im ersten Wahlkörper berechtigt. Auf das Dreißigfache dieser Landeinheit soll je ein Gewählter kommen; der Gesammtzahl der nach dieser Norm aus dem ersten Wahlkörper hervorgehenden Gewählten ist die Zahl der aus den Städten zu Delegirenden proportional zu setzen und die Dorfgemeinden vollends stellen je einen Repräsentanten erst von dem doppelten Landmaaße, somit von dem Sechszigfachen der für den ersten Wahlkörper normirten Einheit. Alles dies dürfte leicht irrationell genannt werden, wenn es nicht eben die ratio der historischen Continuität für sich anriefe. Immer dieselbe Rücksicht hat dazu geführt, von dem Satze, daß aus jedem Wahlkreise nur, wer wählt, als gewählt hervorgehen darf, Ausnahmen zu setzen zu Gunsten des ersten Wahlkörpers. Und wiederum dieselbe Rücksicht hat gerathen, die Kreis- und Gouvernementsverwaltungen von vornherein unter das Präsidium der Kreis- und Gouvernements-Adelsmarschälle, bei deren Wahl ausschließlich Adlige concurriren, zu stellen, so energisch im Uebrigen die Absicht war kund gegeben worden, die Stände als solche in die neuen Institutionen nicht organisch hineinzubeziehen.

Noch deutlicher spricht sich die Anerkennung des Bestehenden in einer von dem Projecte seiner eigenen Anwendbarkeit gesetzten Grenze aus, wenn es den von ihm für die städtischen Gemeinden aufgestellten Wahlmodus auf die beiden Hauptstädte nicht will angewendet wissen. Da nämlich in diesen die städtische Verwaltung durch besondere Statuten derart geordnet sei, daß sämmtliche Stände Vertretung finden, so werde jeder Grund zur Constituirung besonderer Wahlkörper für den durch das neue Project bezeichneten Zweck hinfällig. Die einmal bestehenden städtischen Repräsentativ-Versammlungen reichten zum Vollzug der erforderten Functionen vollständig aus. Und indem eben diese Einräumung künftig auch für alle übrigen Städte geltend erklärt wird, je nachdem sie, eine um die andere, eine Umgestaltung der städtischen Verfassung werden erfahren haben, so ergiebt sich damit zu erkennen, daß das Project, selbst innerhalb des Gebiets, für welches es ausdrücklich entworfen worden, keine absolute Giltigkeit seiner Sätze proclamirt wissen will, sondern Anerkennung fordert nur für gewisse Principien, deren Realisirung nach localen Bedingungen in verschiedener Weise sich vollziehen mag. Um wie viel mehr wird solche Rücksicht obwalten müssen in denjenigen Landschaften, welche das Project nicht unmittelbar hineingezogen hat in sein System.

Nun läßt sich aber weiter darthun, daß bei dem Entwurf des Projects von diesen außenstehenden Landschaften sogar förmlich ist abgesehen worden. Den Beweis liefert einestheils die ausdrückliche Beziehung auf nur vierundvierzig (resp. 45) Gouvernements, anderntheils der Umstand, daß nicht nur unter den secundären, sondern unter den vornehmsten Bestimmungen einige schlechterdings keine Anwendung außerhalb des principiell ins Auge gefaßten Gebietes finden können. Ein besonders auffallendes Beispiel wird genügen. Der griechisch-orthodoxen Geistlichkeit wird an den Wahlen, somit an der Kreisverwaltung selber, ein Antheil eingeräumt, welcher mit der rein „öconomischen" Aufgabe der neuen Institutionen nicht wol im Einklange erscheint, allein damit motivirt wird, daß diese Geistlichkeit besondere Gewähr der Zuverlässigkeit und moralischer Vorzüge biete, daß sie vor Allem dort heilsam zu wirken berufen sei, wo die ländliche Bevölkerung, die Classe der Städter und die Gruppe der Gutsbesitzer nach Herkunft und Glauben sich von einander scheiden und wo sich in ihr die einzige gebildete Repräsentation der russischen

Nationalität darstelle. In unsern Provinzen aber gehören Städter und Gutsbesitzer einer und derselben Nation an; die Bauern sind zwar nicht Deutsche, aber ebensowenig Russen: sie fänden daher in griechisch-orthodoxen Priestern keine Repräsentanten ihrer Nationalität; Gutsbesitzer, Städter und Bauern endlich bekennen sich alle miteinander der weit überwiegenden Mehrzahl nach zu einer und derselben Kirche. An diesem einen Beispiele lassen sich die Ausnahmen ermessen, welchen die allgemeinen Regeln werden zu unterliegen haben, sofern sie zur Anwendung kommen auch außerhalb des Gebiets, auf welches sie berechnet worden.

Es dürfte damit erwiesen sein, was oben behauptet wurde, daß das Project von vornherein auf mechanische Application verzichte und nur eine organische voraussetze.

Hat es nun zu seiner vornehmsten Aufgabe gewählt: ein System der Selbstverwaltung zu schaffen, und zu einem seiner vornehmsten Principien: dieses System zu begründen auf historisch-gegebener Basis, so folgt aus ihm selber: daß überall, wo Selbstverwaltung bereits besteht, das bestehende System dieser Selbstverwaltung nur, soweit die historisch-gegebene Basis es zuläßt, angepaßt werden darf an das Project, oder mit andern Worten: daß in den etwa nach besonderen Statuten verwalteten Provinzen die in solchen Statuten begründeten oder constatirten Abweichungen von den Institutionen des Reichs nicht minder als gegebene Basis zu achten seien und auch in Beziehung auf eben diese Abweichungen die historische „Continuität" zu ihrem Rechte komme.

Eben hierin liegt das in dem neuen Project enthaltene Maaß seiner Anwendbarkeit auf unsere Provinzen.

**St. Petersburg.** Ernannt: der Obrist des Leibgardehusarenregiments Fürst Schachowski zum Flügeladjutanten Sr. Majest. des Kaisers. Der Chef der Grenadierartilleriedivision, Generallieutenant Kornilow zum Commandanten von Moskau. — Aus der Dienstliste gestrichen: der verstorbene Generallieutenant bei der reitenden Feldartillerie, Mitglied des Generalauditoriats, Baron von der Brüggen.

— Die Trauer wegen des Todesfalls des Königs von Dänemark Friedrich VII. ist am Kaiserl. Hofe vom 7. bis zum 30. Nov. zu tragen Allerh. anbefohlen worden.

— Die ausländischen Postverwaltungen haben gebeten, geeignete Maßnahmen zur Verhütung des in letzter Zeit wiederholentlich vorgekommenen Falles zu ergreifen, daß Geld in klingender Münze, welches aus Rußland in Lederverpackung mit der Post versendet worden war, wegen der Unhaltbarkeit dieser Verpackung verloren gegangen ist. Das Postdepartement befiehlt daher allen Postbehörden, künftighin Geld in klingender Münze zur Versendung ins Ausland nicht anders anzunehmen, als wenn es von den Absendern in dauerhafte hölzerne Kisten oder Fässer verpackt worden ist.

Aus **Omsk** schreibt man den C.H.B. vom 13. Octbr.: Von Zeit zu Zeit kommen hier Abtheilungen von gefangenen Insurgenten durch, die zum Dienst in den Linienbataillonen von Sibirien verurtheilt sind. Der Winter hat sich bis jetzt noch nicht gezeigt, dagegen nehmen die seit dem August eingetretenen Regengüsse noch immer ihren Fortgang. Heute leisteten die Tschiriken, ein zu den wilden Kirgisenstämmen gehöriges Nomadenvolk, den Unterthaneneid. Von Civilisation scheint bei ihnen auch nicht die geringste Spur vorhanden zu sein. Als die Gesandten das Dampfboot, das sie hierher gebracht, bestiegen hatten und die Maschine zu arbeiten angefangen, fielen sie alle vor Schrecken auf das Deck nieder.

**Nachrichten aus dem Kubangebiet.** Gen.-Adjut. Graf Jewdokimow meldet, daß er, nachdem die Abadsechen ihre Unterwerfung erklärt, befohlen habe, schriftlich die Bedingungen aufzusetzen, unter welchen es denselben gestattet wird, bis zum Februar k. J. auf ihren bisherigen Wohnplätzen zwischen dem Pschisch und der Grenze des Schapsugenlandes zu bleiben. Die Aeltesten, von den Ubychen und durch das absichtlich verbreitete Gerücht von einer türkischen Hülfe aufgereizt, zögerten zu unterschreiben. Das Vorrücken der Russen machte allem Schwanken ein Ende. Am 4. October erschienen die Aeltesten der oberen, dann die der unteren Abadsechen mit der Erklärung ihrer unbedingten Unterwerfung und am 6. unterschrieben sie die Bedingungen. Der Raum, auf welchem es den Abadsechen bis zum Frühling zu bleiben gestattet wird, bietet nicht mehr solche Schwierigkeiten dar, daß sie die Operationen unserer Truppen verhindern könnten; von unseren Truppen eingeschlossen, sind die Abadsechen übrigens auch der Mittel zum Widerstande beraubt, wenn sie auch daran denken sollten, ihre Verbindlichkeiten zu brechen. Die Hauptpuncte derselben sind, daß die Abadsechen sich verpflichten, sich nach dem 1. Februar 1864 in der ihnen von den Behörden angewiesenen Gegend anzusiedeln, den Behörden zu gehorchen, die Verantwortlichkeit für jede Räuberei zu übernehmen, die Verbrecher und Flüchtlinge auszuliefern, kein dem russischen Reiche feindlich gesinntes Volk aufzunehmen, den Arbeiten der Truppen kein Hinderniß in den Weg zu legen und die Grenzen ihres Gebiets nicht bewaffnet und ohne Billet zu überschreiten. Diejenigen, welche in der russischen Unterthanenschaft zu bleiben wünschen, erhalten Land zum erblichen Besitz. So ist die Unterwerfung des Nordabhanges des westlichen Kaukasus als entschieden vollendet zu betrachten. Es bleibt unseren Truppen jetzt nur noch übrig, nach dem Südwest-Abhange hinüberzugehen, um den Uferstrich zu reinigen und zur Ansiedelung vorzubereiten.

**Warschau**, 6. November. Ein Correspondent des Golos schreibt das Aufhören aller Thätigkeit der Nationalregierung den Spaltungen in derselben zu, da die rothe Partei der gemäßigten, welche einsieht, daß die Meuchelmorde der polnischen Sache in der öffentlichen Meinung Europa's schaden, dennoch nicht weichen will. Genug, Warschau ist ruhig. Man hört nichts mehr von Befehlen der Nationalregierung; ihre Hauptagenten sind gefangen, verurtheilt oder geflohen; kaum noch der Versuch eines Mordes gelingt; die Bewohner Warschau's haben sich auf ihr besseres Selbst besonnen. Der beste Beweis für den Niedergang der Nationalregierung ist die bereitwillige Zahlung der rechtmäßigen Steuer, während die Eintreibung der Nationalsteuer unmöglich geworden ist; die Hausbesitzer nehmen nicht einmal die Aufforderung dazu an. Auch in den Provinzen hat die Thätigkeit der Agenten keinen Erfolg mehr; die Banden plündern und rauben und werden viele Theilnehmer schon von den Bauern angezeigt und ergriffen. Die Recrutenjäger finden keine tauglichen Opfer mehr und fallen selbst in die Hände der rechtmäßigen Regierung, wie z. B. ihr Anführer Pietrowsky, der am 9. Novbr. aufgeknüpft wurde. Auch in Warschau gab es mehrere Privatorganisateure, unter ihnen ein reicher Kaufmann Schlender, der schon 1861 verhaftet war, aber begnadigt ward. Sein Sohn starb jetzt als Bandenführer; er selbst floh am 21. October, an welchem Tage er verrathen ward und wird steckbrieflich verfolgt.

— Graf Berg versammelte heute alle militärischen Notabilitäten und ließ ihnen den Abschiedstagesbefehl Sr. Kais. Hoh. des Großfürsten Constantin (erlassen in Orianda am 24. Octbr.) und dessen Schreiben an den Grafen Berg verlesen. Graf Berg theilte seine Absicht mit an Se. K. Hoheit eine Deputation abzuordnen, damit dieselbe Se. Kais. H. den Dank aussprechen, welche alle im Königreich Polen stationirten Truppen Se. Kais. Hoh. für höchst Ihre wahrhaft väterliche Sorgfallt während Ihres Aufenthalts in Warschau schulden.

— Man schreibt aus Warschau: Hier hat sich Vieles jetzt verändert. Die Trauer ist nirgend mehr zu erblicken. Des Nachmittags ist der sächsische Garten gefüllt von einem Publicum, das in den hellsten Farben gekleidet, obgleich die Witterung schon recht kühl ist. Ebenso begegnet man in der Krakauer Vorstadt einer solchen Menge von Spaziergängern, besonders des Sonntags, daß man kaum Platz auf dem Trottoir findet. Auch das Theater wird jetzt wieder fleißig von den Polen besucht. Uebrigens muß man noch warten, was die Zukunft bringen wird, da bis jetzt sich noch nichts Gewisses über die Beseitigung der Unruhen sagen läßt. —

— Am 6. Nov. starb hier der bekannte polnische Schriftsteller und Director der Regierungscommission für Cultus und Volksaufklärung im Königreich Polen Michael Grabowski.

Auf Allerh. bestätigtes Urtheil des Kreisgerichts ist am 12. Oct. der Junker des Eriwanschen Leibgrenadierregiments, Fürst Leon Lwow Golizin nach Verlust seiner Fürsten- und Adelsrechte zum gemeinen Soldaten degradirt worden, da derselbe auf die Aufforderung seines Vorgesetzten, über die Ermordung zweier Personen Aufschluß zu ertheilen, diese verweigerte und falsche Aussagen machte.

**Aus West-Galizien**, 14. Nov. Wir haben eine gesegnete Ernte gehabt, und es würden die Zustände unseres Landes die erfreulichsten sein, wenn nicht die politische Aufregung dieselben verschlimmerte. Die Theilnahme an dem Aufstand in Polen ist bei der Masse des Volks unverkennbar, das beweist auch der Umstand daß von hier schon eine Menge Zuzügler nach Polen gegangen sind, und daß man die Insurgenten welche von dort über unsere Grenze gedrängt werden, überall sehr freundlich aufnimmt, und ihnen allen möglichen Vorschub leistet. Allerdings ist die Regierung in der Bewachung unserer Grenzen sehr streng; dessenungeachtet aber finden immerfort Zuzüge nach Polen statt, auch hilft das Volk den übertretenden Insurgenten auf alle Weise durch, wogegen es die herübergedrängten Russen mit sehr scheelen Augen ansieht, die übrigens von unsern Truppen auf der Grenze sehr mild behandelt werden. —

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 20./8. Novbr. (A. A. Z.) Das Ministerium hat bis jetzt noch keine parlamentarischen Lorbeeren geerntet, und durch das mastige Auftreten bekannter und unbekannter politischer Elephanten-Kälber nicht nur nichts gewonnen, sondern entschieden in der öffentlichen Meinung verloren. Die Vollblutreactionäre haben es dem Grafen Eulenburg wenig Dank gewußt daß er die jugendliche Hitze einiger Landräthe im Stich ließ. Ueber die Preß-Novelle äußerte ein zu den Conservativen zählender Buchhändler, die Novelle hätte sich zweckmäßiger in den einen Paragraphen zusammenfassen lassen: „Wer etwas drucken läßt oder gedrucktes liest, wird aufgeknüpft." Die Sache gewinnt fast den Anschein, als ob die Regierung selbst die Ablehnung beabsichtigte, um die provisorische Verordnung so lange bestehen zu lassen, als die politische Lage es zu erheischen scheint. Auf diese Weise würde nichts präjudicirt, und bei dem bekannten politischen Rechenexempel: Regierung + Herrenhaus contra Abgeordnetenhaus = 2 — 1, käme immer noch ein Plus zu Gunsten der Regierung heraus. Erwägt man wie die Krisis, welche wir zu bestehen haben, noch weiter außerordentliche Ausgaben im Militär- und Marine-Etat erheischt, so ist die Stellung, in welche sich die Regierung durch eigenes Verschulden hineinbegeben, nicht gerade beneidenswerth. Herr v. Bismark wird sich von der ihm von früher her wenig gewogenen zweiten Kammer so lange fernhalten, bis Fragen der auswärtigen Politik seine Anwesenheit schlechterdings nothwendig machen. — Der Rhein. Ztg. wird geschrieben: „Obgleich die Kreuzzeitung erst vor wenigen Tagen erzählte, die Gerüchte von einem Wechsel im Ober-Prä-

sidium der Provinz Westfalen seien unbegründet, was allemal heißen soll, Herr v. Bodelschwingh bleibe einstweilen Finanz-Minister, trotz alledem erzählt man sich in politischen Kreisen abermals von einer erheblichen Meinungs-Verschiedenheit im Ministerium, welche wenigstens für den Finanz-Minister einer Krisis gleichkommen würde; es soll nämlich der Kriegs-Minister sich eine königliche Ordre erwirkt haben, durch welche ihm 1½ Mill. Thlr. für Mehrausgaben in seinem Departement angewiesen seien, und Herr v. Bodelschwingh soll sich weigern, diesem nur von Herrn v. Roon contrasignirten Auftrage nachzukommen, und zwar zumeist, weil er diese 1½ Mill. Thlr. nicht aus der Erde zu stampfen weiß. — Die Gerüchte über Aenderungen im Ministerium erhalten sich. In der That ist es schwer zu begreifen warum Herr v. Gerlach, dem sich die Thüren des Herrenhauses öffnen werden, als Justizminister und Graf Arnim-Boytzenburg als Minister des Innern nicht besser an ihren Plätzen sein werden als die gegenwärtigen Inhaber der beiden Portefeuilles. Herr v. Mühler hat bereits dafür gesorgt, daß ihm die Präsidentenstelle des Oberkirchenraths nicht entgeht, wozu er jedenfalls eine geeignetere Person ist, als die früher in Aussicht genommenen Herren v. Kleist-Retzow und Mathis. Man sprach auch von Herrn v. Bethmann-Hollweg, der unlängst mit seiner Familie hieher zurückgekehrt ist. Universitätscurator Beseler in Bonn scheint sich die volle Zufriedenheit seiner hohen Vorgesetzten erworben zu haben. Die Gefahr Abgeordnetenmandate ablehnen zu müssen, wird er wol für immer als glücklich beseitigt ansehen können. Wenn je einmal ein Ministerium die lautesten Apologeten in seinen Nachfolgern fand, so ist es das weiland Ministerium Manteuffel. Dem Mann ist großes Unrecht geschehen, und nicht einmal seine eigenen Parteigenossen beeifern sich dasselbe wieder gut zu machen. Er war nicht allein weit besser als sein Ruf, sondern auch als die gegenwärtigen Minister. — Auch im Herrenhause will man die Majorität noch verstärken. Unter den bevorstehenden Ernennungen neuer Mitglieder nennt man unter anderen Professor Leo und die Herren v. Olfers und v. Canitz. — Die Kreuzz. bestätigt, daß die Kriegsbereitschaft der 6. und 13. Division sich auf die Unterstützung der Bundes-Execution bezieht, für welche das hannoverische und das sächsische Contingent jedes von 3000 Mann auf 6000 erhöht werden.

**Göttingen**, 20./8. Novbr. Es sind sämmtliche Corpsverbindungen unter den Studirenden wegen ihres Verhaltens während des Festzuges am 18. October aufgelöst und verboten worden. — In Aurich ist ein Comité zusammengetreten, um ein Krankenhaus zu stiften zur Erinnerung an den vor 50 Jahren verstorbenen Dr. Joh. Chr. Reil, Professor der Medicin an der Universität Berlin und Director der preußischen Kriegslazarethe. Ostfriese in seinem ganzen Wesen, hat er der Vaterstadt Ehre gemacht in der Ferne.

**Schleswig**, 20./8. Novbr. Es ist nimals ganz erklärlich gewesen, weßhalb die deutschen Großmächte, warum namentlich Preußen das Londoner Protocoll vom 8. Mai 1852 unterschrieben haben. Durch dieses Protocoll ward die rechtmäßige Erbfolge in Dänemark willkürlich abgeändert, ohne daß nach den Rechten der Fürsten und Völker gefragt wurde. Kraft der verbrieften Erbfolge ist in den Herzogthümern Schleswig und Holstein nur der Mannesstamm erbberechtigt, und der bisherige Erbprinz von Augustenburg in diesem Augenblicke rechtmäßiger Landesherr. Wenn das legitime Erbrecht nicht verletzt wird, so sind alle Streitigkeiten zwischen Dänemark und Deutschland zu Ende. Warum also haben Oesterreich und Preußen die legitimen Rechte eines deutschen Fürstenstammes und eines deutschen Volksstammes zugleich geopfert? Die Sache ist schlechterdings nicht zu erklären. Von Oesterreich kann man allerdings begreifen, daß es kein deutsches Fürstenthum aufkommen lassen wollte, welches sich naturgemäß auf Preußen stützen müßte, obgleich eine solche Politik sich denn doch schwer am deutschen Vaterlande vergeht. Aber Preußen! Warum hat Preußen nachträglich das Londoner Protocoll unterzeichnet? Der vorgeschützte Beweggrund für das Londoner Protocoll war bekanntlich, man müsse das gegenwärtige Dänemark beisammen behalten, weil es ein europäisches Interesse sei, daß der Sund in den Händen eines starken Staates sei!

**Altona**, 17./5. Nov. Durch den Tod des Königs von Dänemark, Herzogs von Schleswig-Holstein und Lauenburg, ist Deutschland an den Scheideweg gestellt. Es hat sich die Frage zu beantworten: ob fortan noch geschichtliches Recht gelten, oder ob an die Stelle desselben Willkür und Macht treten soll. Denn auf deutscher Erde ist es bis jetzt noch niemandem zweifelhaft daß der Erbprinz von Holstein-Sonderburg-Augustenburg nunmehr Herzog von Schleswig und Holstein ist. Diese Herzogthümer gehören vielmehr so wenig zu Dänemark wie z. B. Hannover noch zu England gehört. Das Londoner Protocoll kann man dagegen nicht anführen, denn die Dänen selbst haben es gebrochen, und auch seit diesem Frühjahr, wo die Mahnungen des Bundes an sie gelangten, nicht nur zu Gunsten des Protocolls nichts gethan, sondern nur noch energischer ihre bisherige Politik bis auf den gegenwärtigen Augenblick fortgesetzt. Der neue König ist auch in keiner Weise der Mann dazu um hierin Aenderungen hervorzubringen. Die Regierung in Kopenhagen ist längst den Händen jedes Königs entwunden. Das einzige was Deutschland abhalten könnte für das Recht einzutreten, wäre die Angst. Wollte Deutschland diese gelten lassen, dann stellte es damit sich das Zeugniß aus, daß es nicht mehr werth ist ferner zu existiren, daß es nichts besseres verdient als bei der demnächstigen Revision der Karte Europa's unter den Auspicien Napoleons III. als Entschädigungsstoff für solche Länder verwendet zu werden die sich nicht fürchten. Man sagt: England, Rußland, Frankreich haben das Protocoll unterzeichnet. Das ist richtig. Aber werden sie für dasselbe eintreten? Werden sie es alle drei thun? Werden sie es gemeinsam thun? Wir zweifeln doch sehr. Haben sie für ganz andere Zwecke sich nicht einigen können, haben sie vielmehr, Frankreich etwa ausgenommen, meist auf Phrasen sich beschränkt, so würde auch für Dänemark wol höchstens Frankreich sich regen. Aber selbst dieses würde in einem Fall sicher sich doch erst bedenken, zumal da es anderswo größere Interessen verfolgt mit mehr Aussicht auf Erfolg — in dem Fall nämlich daß wenigstens in dieser Sache Preußen, Oesterreich und die dritte deutsche Machtgruppe einig wären. Preußen hielt nach einer feierlich abgegebenen Erklärung noch vor wenigen Tagen für eine „Reform" des Bundes die Zeit nicht gekommen, aber für eine Thätigkeit des Bundes dürfte jetzt die Zeit gekommen sein, und zwar die höchste Zeit. Ja die Sache liegt so, daß jetzt die Frage nach der Executive sich sicher für den höchst günstig entscheiden wird der zuerst für Deutschlands Ehre und Macht — sagen wir lieber für Deutschlands Existenz — mit der That eintritt. Hier ist der Wetteifer angebracht. Deutschland bis zur Königsau: das sei die Losung für jeden deutschen Fürsten und für jeden deutschen Mann. Noch ist es Zeit. Entweder — Oder! Entweder ein Deutschland, noch im Stande und gewillt deutsche Interessen, deutsche Sitte, Zucht und Sprache zu schützen bis zur Königsau, oder — kein Deutschland mehr, und Europa vertheilt auf Frankreich, England und Rußland. Wer eine Zunge hat, rede, wer eine Feder, der schreibe, und wer ein Schwert, der schlage.

**Frankfurt a. M.**, 21./9. Nov. Aus guter Quelle erfährt man, daß am 17. Nov. die Oldenburgische Regierung einen Protest an Herrn Hall gerichtet hat, in welchem sie erklärt, daß die Thronbesteigung des Königs Christian nicht auf dem Rechte begründet ist und hinzufügt, daß eine Thronbesteigung, welche sich nicht auf das Recht gründet, für die Oldenburgische Regierung keine verpflichtende Kraft habe, weshalb sie protestirt und sich vorbehält weitere Maßregeln zu ergreifen. In seiner heutigen Sitzung empfing der Bundestag die Anzeige von dem in Dänemark eingetretenen Thronwechsel; derselbe empfing gleichzeitig Mittheilung von dem Entsagungsacte des Herzogs von Augustenburg und dem Regierungsantritt seines ältesten Sohnes als Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg. Sodann wurden die Anträge von mehreren deutschen Regierungen angemeldet, in Betreff der Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg. Der Bundestag empfing Mittheilung über einen von Oesterreich und Preußen ausgehenden Antrag in Bezug auf einen Protest gegen die Bestätigung der dänischen Gesammtstaatsverfassung. Endlich empfing der Bundestag in dieser Sitzung eine Petition von den Mitgliedern der Landesvertretungen in Schleswig und Holstein.

**Wien**, 24./12. Novbr. Die heutige Abendpost meldet: Oesterreich und Preußen seien an den Londoner Tractat gebunden; die Rechte der Herzogthümer seien in demselben nicht in Frage gestellt; die Mächte könnten nicht Deutschland hindern, wenn es gezwungen sei, sein gutes Recht zu erzwingen. Es sei nothwendig, die Verfassungsfrage von der Successionsfrage zu trennen. Unzweifelhaftes Recht fordere Erfüllung, zweifelhaftes erheische Untersuchung. Oesterreich werde kein Opfer zum Schutze des deutschen Rechtes auf die Herzogthümer scheuen, wünsche aber, daß die natürlichen Schwierigkeiten nicht ohne dringende Noth vermehrt und verschärft werden.

## Großbritannien.

**London**, 19./7. Nov. Was die schleswig-holsteinische Frage betrifft, so bringt schon der bloße Gedanke an die Möglichkeit eines Versuches, sich gegen das Londoner Protocoll aufzulehnen, die anglo-dänischen Politiker in Harnisch, und mit stolzer Miene wird versichert, daß Europa gesprochen habe und damit Punctum; Deutschland sei „majorisirt" und habe sich zu fügen. Der Globe schreibt: „Deutschland hat offenbar Lust, die Grenzprovinzen des Königreiches Dänemark einiger Maßen in der Art und Weise zu behandeln, wie die vereinigten Staaten Mexico behandelt haben. Die wenigstens thatsächlich erstrebte Einverleibung einer Art von Texas in der Gestalt von Südjütland (Schleswig) ist es, um derentwillen der deutsche Bund einen Sturm heraufbeschwört, der vielleicht schwer zu stillen sein wird. Lord Malmesbury's famose Londoner Conferenz von 1852 hat, wie es jetzt heißt, ihre Aufgabe nur halb erfüllt. Der edle Lord unterließ es, dem damals eingeführten Erbfolgerechte die Zustimmung des deutschen Bundes zu verschaffen. Oesterreich und Preußen unterzeichneten zwar das Actenstück, allein obgleich sie am Bunde allmächtig sind, gaben sie sich gar nicht die Mühe, dafür zu sorgen, daß er dem in Downing-Street negocirten Schriftstücke seine amtliche Sanction gebe. Moralisch und politisch sollte man meinen, sind diese zwei Mächte durch die Bestimmungen des Vertrages (Protocolles) gebunden. Sie haben seine Gültigkeit in ihrer Eigenschaft als unabhängige Staaten unseres Wissens niemals in Frage gestellt. Wir können nicht ohne Weiteres glauben, daß sie dem 1852 sanctionirten Principe jetzt entgegen handeln werden." — In dem Blatte Scotsman lesen wir: „Prinz Alfred und Prinz Wilhelm von Hessen nahmen am Dienstag Abend, nachdem sie in der üblichen Weise vom Lord Justice-General eingeführt worden waren, ihre Plätze als Mitglieder des speculativen Vereins von Edinburgh ein und verweilten bis zum Ende der Debatte." „Speculativer Verein!" Was das wol für ein Verein sein mag? Haben wir doch noch nicht einmal in Deutschland einen solchen! — König Jakob I. schrieb seiner Zeit ein eigenes Buch gegen den Tabak — „the Weed, das Unkraut," wie er ihn nannte. So weit wie ihr gelehrter Vorfahr geht die Königin Victoria zwar nicht; doch hat sie an allen Thüren auf Windsorschloß ein strenges Rauchverbot anschlagen lassen. — Auf dem Hauptbilde des neuesten Punch sehen wir L. Napoleon blaß und matt im Lehn-

stuhle sitzen, ihm gegenüber Herrn Punch als Doctor, den Hut auf den Knieen, den Patienten mit forschendem Blick fixirend. Napoleon III. sagt: „Ich habe es mit Bomben und Revolutionen, mit Kugeln und Bayonetten versucht — Alles umsonst. Ich werde es jetzt mit Schiedsgerichten versuchen." Dr. Punch: „Natürlich — das sag' ich Ihnen ja seit zehn Jahren. Sie haben eine schlechte Constitution und brauchen Ruhe und Frieden."

## Frankreich.

**Paris**, 19./7. Novbr. Es geht heute das Gerücht, daß die bedeutenderen unter den zum Congresse eingeladenen Staaten ihre Antworten hier bereits eingesandt haben. Von den Großmächten sollen nur noch Rußland und Oesterreich fehlen, ersteres wegen Abwesenheit des Kaisers von Petersburg, Oesterreich wegen des hartnäckigen Kampfes, der in den officiellen Regionen Wiens zwischen den beiden Parteien der östlichen und der westlichen Allianz geführt wird. Im Princip werden so ziemlich alle Mächte dem Congresse zustimmen, ohne jedoch das Erscheinen der Souveräne zuzusagen. Letzteres ist übrigens, wie man weiß, in dem Einladungsschreiben des Kaisers nur accessorisch in Aussicht genommen. Es ist daran zu erinnern, daß auch beim Wiener Congresse die eigentlichen Arbeiten und Berathungen von den Ministern geleitet wurden und daß nicht alle Souveräne dort erschienen waren. Alles dies sind, wie gesagt, untergeordnete Fragen. Worum es sich zunächst handelt, das ist die Vorfrage des Programms. Wenn es sich bestätigt, daß sämmtliche Großmächte zunächst die Mittheilung eines Programms verlangen, so kann man die Antwort Frankreichs auf diesen Antrag schon im voraus errathen. Sie wird dahin gehen, daß es der Gesammtheit der Mächte obliegen werde, die Tagesordnung festzustellen, und daß Frankreich wol die Initiative, nicht aber die Leitung des Congresses sich zueignen wolle. Von England und namentlich von Oesterreich glaubt man zu wissen, daß sie nicht abgeneigt seien, mit Frankreich in die Vorberathung eines Programms einzutreten, welches sie den andern Mächten gegenüber festhalten würden. Ich füge allerdings hinzu, daß diese Nachricht aus Kreisen stammt, wo man nach wie vor dem 5. November das französisch-englisch-österreichische Bündniß als die beste Combination für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens betrachtet; es wäre also möglich, daß Wunsch und Wirklichkeit wieder einmal verwechselt werden. — Inzwischen hat Lord Cowley, wie die France zu wissen glaubt, dem Kaiser die Antwort der Königin von England auf die Congreß-Einladung überreicht. Es soll darin in artigster Weise die Erklärung abgegeben sein, daß Ihre Majestät „der Idee eines Congresses zur Lösung der großen Fragen, welche die öffentliche Meinung in Europa aufs lebhafteste beschäftigen, im Principe zustimme und sich dem hohen Sinne, den die Thronrede und das eigenhändige Schreiben des Kaisers in so edler Sprache ausgedrückt habe, anschließe." Indessen bleiben die Nachrichten, welche die France täglich aus London erhält, dabei, „daß das Cabinet von St. James von der Nothwendigkeit überzeugt scheine, zur Erzielung einer practischen Lösung zuvor ein Programm aufzustellen, worin die in der Vereinigung der Mächte zur Berathung kommen sollenden Hauptfragen aufgezählt sein müßten." Die France hofft, daß sich Frankreich und England darüber leicht verständigen werden, da sie ja drüber einig seien, daß die Idee im Principe gut sei; übrigens werde „der Congreß ja auch dann stattfinden krnnen, selbst wenn darin nur allgemeine Fragen zur Sprache gebracht werden sollten, weil jede Macht die volle Freiheit behielte, die beantragten Lösungen anzunehmen oder abzulehnen; eine gründliche Besprechung der Souveraine oder ihrer Vertreter würde gewiß dazu dienen, die Lage, deren Schwere Niemand bestreitet, in ein klares Licht zu setzen." —

## Witterungsbeobachtungen.

14. Novbr., A. St. (26. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 341,32 | + 6,00 | − 0,7 | Still | Trüb (4) |
| 2 U. | 342,61 | + 7,00 | − 1,5 | NO | Trüb (4) |
| 11 U. | 343,58 | + 7,91 | − 2,4 | | Trüb (4) |
| Mittel | 342,04 | | = 1,27 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 0,84 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,83 im J. 1850, kleinste −11,28 im J. 1849. Das Barometer hatte seinen höchsten Stand 343,72 um 9 U. A. und fing wieder an zu sinken. Bei einem solchen Stande ist in der Regel die Temperatur weit unter dem Mittel.

## Fremden-Liste.

Vom 16. Novbr 1863.

**Hotel London:** Hr. Obrist Affanasjeff aus Riga; Hr. Staatsrath v Schmidt aus Riga; Hr. Major v. Greigh, Adjutant des General-Gouverneurs aus Riga; Hr. Kaufmann Tiedemann aus Werro; Hr P Nielsen aus Klein-Kongota; Frau Collegienräthin Thrämer aus Werro. — Abgereist: Hr. L. Drögemüller.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Bei **Adolph Marcus** in **Bonn** erschien, vorräthig bei **E. J. Karow**, Universitäts-Buchhändler in **Dorpat,**

## Naturrecht und Politik
### im Lichte der Gegenwart
von
### Ferdinand Walter.

Preis 3 R. 75 Kop.

Dieses Werk zerfällt in drei Theile. In dem Ersten wird von der bei der Rechtsphilosophie anzuwendenden Methode gehandelt. — Der zweite umfangreichste Theil handelt von dem Inhalt der philosophischen Staats- und Rechtslehre. In diesem Theil wird das gesammte Rechtsgebiet aus der sittlichen Natur des Menschen als eine organische Einheit entwickelt: von dem Individuum an aufsteigend zu der Familie, zu den Ständen und Corporationen, zum Staate, zur Menschheit und zum Völkerrecht, endlich zur Kirche und zum Kirchenrecht. Alle in die Zeit so tief eingreifenden Tagesfragen finden darin ihre unparteiische umsichtige Besprechung und Lösung: die Lehre von den Grundrechten, von der Ehe, von dem Gelde und den Wuchergesetzen, vom Pauperismus und den darauf bezüglichen Systemen des Communismus, Socialismus, der Arbeiterassociation u. s. w.; vom Unterschied der Stände, von der Legitimität, von den Constitutionen, der Ministerverantwortlichkeit und der Organisation der Volksvertretung; vom Militair- und Finanzwesen; von der Thätigkeit der Regierung, der Rechtspflege und Verwaltung, vom Strafrecht und der Begnadigung; von der Pflege der Staatswohlfahrt nach allen ihren Zweigen und Aufgaben; von der Religion und deren Beziehungen zum Staate. — Der dritte Theil hat die Geschichte der Bearbeitung der philosophischen Staats- und Rechtslehre zum Gegenstande. Das Resultat bildet die Nachweisung, was an den verschiedenen Versuchen wahr und brauchbar, und was an ihnen als irrig zu verwerfen ist.

Bei **E. J. Karow** ist vorräthig:

## Bidnisse berühmter Deutschen.

Gezeichnet u. gestochen von Meistern.

Lfg. 1: Lessing (nach Graff), Goethe (nach Sebbers), Winckelmann (nach Maron).
Lfg. 2: Wieland (nach Jagemann), Herder (nach Graff), Bach (nach Hausmann).
Lfg. 3: Händel (nach Hudson), Jean Paul Richter (nach Meyer), Schelling (nach Stieler).
Lfg. 4: Klopstock (nach Juel), Mozart (nach Tischbein), Fichte (nach Büry).

Preis à Lieferung 1 Rbl. 70 Cop.

Im v. Bockschen Hause ist eine **Familienwohnung** zu vermiethen.

Am Sonnabend den 16. November von 4 Uhr Nachmittags und am folgenden Tage von 3 Uhr Nachmittags ab bis 9 Uhr Abends wird im Saale der Stadt-Töchterschule eine Anzahl von Broderieen und anderen von Frauenhand angefertigten Arbeiten gegen festgesetzte mäßige Preise öffentlich verkauft werden. Der Erlös ist zu wohlthätigen Zwecken bestimmt.

Sonnabend, den 16. November
**Tanzgesellschaft im Commerz-Club.**
Die Direction.

## Dorpater Handwerker-Verein.

**Sonntag,** 17. Novbr.: **Gesellschafts-Abend.** Beginn 8 Uhr. — Convert-Billets für diejenigen Mitglieder, welche sich am Abend-Tisch zu betheiligen wünschen, sind Freitag Abend im Vereins-Local und bis Sonntag Abend beim Oeconomen der Bürgermusse gegen Entrichtung von 40 Kop. in Empfang zu nehmen. — Gäste dürfen nicht eingeführt werden. Der Vorstand.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich im ehemals Bürgermeister **Stähr**schen **Hause** (gegenüber der Laakmannschen Buchdruckerei) ein **Verkaufslocal,** zum **stoofweisen** Verkauf verschiedener Gattungen **feiner Branntweine, Liqueure, Rum, Balsam,** sowie **Bier** und **Meth** in Flaschen eröffnet habe. ***F. G. Faure.***

Die vorzüglichsten **Concert-** und **Cabinet-Flügel** stehen bei Unterzeichnetem zum Verkauf und mache ich zugleich bekannt, daß bei mir auch gebrauchte Instrumente in Austausch gegen neue angenommen werden.

**R. W. Koch,**
Im Hause des Herrn v. Köhler.

Auf dem Gute Köllitz, Kirchspiel Kannapäh, ist **trocknes Birken-Brennholz** à 250 Kop. im Walde, oder 350 Kop. mit Lieferung nach Dorpat zu haben. — Bestellungen aufzugeben im v. Bockschen Hause beim Hauswächter.

## Branntwein

mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft ***F. G. Faure.***

Daß ich mein Geschäft aus dem Hause des Herrn Apotheker Sturm nach meinem neuen, neben dem alten belegenen Hause verlegt habe, zeige hiermit ergebenst an.

**H. Wünsch.**

Hierzu eine Beilage.

# Beilage zu Nr. 265 des Dorpater Tagesblattes.

## Zur Erinnerung an den Postmeister Bayer in Fellin.

(Eingesandt.)

Am 26. September 1863 früh gegen 5 Uhr Morgens, starb hieselbst der Postmeister Coll.-Assessor **Carl Burchard Bayer** und wurde in den Nachmittagsstunden des darauf folgenden Sonntages (29. Sept.) beerdigt. Eine unabsehbare Menschenmenge geleitete ihn zur Gruft und Menschenhände haben ihn sowol vom Sterbehause zur Kirche, als auch von dort zum Kirchhof getragen, — eine Auszeichnung, die bei uns nur wenigen, besonders beliebten Persönlichkeiten bisher ist zu Theil geworden. Und doch war der Mann unter uns ein Fremdling, der erst seit der Mitte des Septbr. v. J. in unsern Kreis getreten war. — Wenn auch das Publicum in richtigem Gefühl seiner Interessen die Inhaber eines Amtes, wie es der Verstorbene verwaltete, sich geneigt zu machen sucht; durch Ehrenbezeugungen, dem Todten erwiesen, werden solch' selbstsüchtige Zwecke nicht erreicht: Der Tod macht oft ein Ende aller Theilnahme, — hier hat sie ausgedauert — bis zum Grabe; — aber sie ist auch einem Manne zu Theil geworden, der sie durch ehrenhafte Gesinnung und ein treues und warmes Herz verdient hat.

Carl Burchard Bayer, 1801 den 24. Juli in Wolmar geboren, besuchte nach mehren Privatschulen vom J. 1815 bis 1819 die drei oberen Classen des Rigaschen Gymnasiums, von dem er am 19. Dec. desselben Jahres mit dem Zeugniß der Reife nach Dorpat entlassen wurde, wo er den 13. Januar 1820 als stud. theol. unter dem damaligen Rector Gustav Ewers immatriculirt wurde. Bis 1822 blieb er in Dorpat, vielgeliebt von den Commilitonen, mit denen er die Livonia stiftete, deren Andenken er in treuem Gedächtniß bewahrt hat und bei denen gern seine Erinnerung und Gespräche verweilten. — Nachdem er Dorpat verlassen, widmete er sich dem Unterrichte und der Erziehung der Jugend und bestand zu dem Zwecke 1824 beim Rigaschen Gymnasio das Hauslehrerexamen in den Schulwissenschaften und alten Sprachen, 1826 bei der Schulcommission der Universität Dorpat das Examen eines wissenschaftlichen Lehrers an einer Kreisschule. — Nachdem er sich in sehr kurzer Zeit die vollkommenste Kenntniß der französischen und russischen Sprache angeeignet hatte, wurde er Hauslehrer im kurischen Oberlande, dann 1826 bis 1829 Lehrer im Hause des Herrn General-Adjutanten, General-Lieutenant von Neidhart bei Moskau, später Lehrer und Gouverneur an der Kirchenschule zu Moskau, am Lyceum in Zarskoe-Selo und darauf in Petersburg, wo ein alter Freundeskreis aus Dorpat den Genossen buntbewegter Jugendzeit für die Mühen schwerer Arbeit entschädigte. Nur immer wenige Jahre war es ihm vergönnt, in seiner Umgebung zu erwarmen. So finden wir ihn bald wieder als Erzieher des Sohnes eines Petersburger Kaufmannes, mit dem er auf mehrere Jahre in die Schweiz zog und besonders lang im schönen Lausanne verweilte. Diese Zeit war ein rechter Lichtpunct in dem Leben des Wanderers. Die herrliche Gottesnatur bot seinem für die Reize der Schöpfung so empfänglichen Sinne reiche und Genuß gewährende Ausbeute; die schönsten Gegenden hat er selbst für sich photographirt und mit besonderer Vorliebe botanische Studien getrieben, deren Resultat ein reiches und wohlgeordnetes Herbarium war. Aber wieder ward die Mahnung des Weiterziehens laut und nach den schönen Jahren des Wanderns im Auslande hatte er die Stelle eines Controlleurs beim General-Consistorium in Petersburg inne, die er bis 1858 bekleidete. Da scheint endlich die Sehnsucht nach einem stilleren Leben in dem stets lieb gebliebenen Heimathlande ihn bewogen zu haben, sich die Stelle eines Walkschen Postmeisters zu verschaffen, die er 1862 im Sept. mit der in Fellin vertauschte. Dieses Amt, wenn auch in stetem Dienst des Publicums mühvoll und beschwerlich wie vielleicht kein anderes, setzte doch dem Wechsel und der Beweglichkeit in seinem Leben ein Ziel und er hat es unter uns geführt in freundlicher Gefälligkeit gegen die oft sogar die Grenzen der Billigkeit übersteigenden Wünsche des Publicums, wofür ihm auch die Gunst desselben in vielfach anerkennender, sonst noch keinem seinen Vorgänger zu Theil gewordener Weise sich zuwandte. Seine uneigennützige Gewissenhaftigkeit und rechtschaffene Treue hat das Vertrauen zu diesem Amte wieder unter uns gebaut, und was dem schon hinfälligen Greise an rühriger und rüstiger Beweglichkeit versagt war, das ersetzte er durch emsigen Eifer, der nicht abließ von den Pflichten des Berufes, bis selbst bei anbrechender Krankheit den Ansprüchen des vielfach verwickelten Geschäftes genügt war. — Aber nur kurze Zeit sollte der gewählte Ruhestand unter uns ihm werden. Er hatte noch die Freude im Sommer d. J. auf einer Erholungsreise die Gefährten früherer Verbindungen, die nicht allein durch lebhaften Briefwechsel, sondern auch durch persönliche Besuche die Gemeinschaft mit ihm unterhielten, wiederzusehen, dann aber, unter uns zurückgekehrt mit dem Bekenntniß: „ich bin des Wanderns müde," ist auch ihm der Ruf gekommen: „bis hierher und nicht weiter." Nach kurzer, aber rasch verlaufender Todeskrankheit, bei der den umstehenden Freunden noch manche Woche der Qual und des Leidens für ihn zu kommen schien, ist dem müden Dulder das Maaß der Schmerzen verkürzt, ehe es seine Höhe erreicht hatte. Still und sanft, ist ihm, von Freundeshand gebettet, der letzte Seufzer gekommen, und die liebe Hand, die in die vielen Wechselfälle seines Lebens so oft freundlich und ordnend hineingegriffen, und die in den Sarg und in das Grab hinein ihm die Treue gehalten, die hat ihm die Augen zugedrückt. An seinem Sarge standen 4 Commilitonen seiner Universitätsjahre, und alte und junge Glieder seiner Corporation, die eben hier anwesend waren, haben ihn an die Gruft getragen, wo ihm das Abschiedslied gesungen wurde, dessen Töne so tief ergreifen, wenn sie auf Dorpats Kirchhof dem todten Bruder von den lebensfrischen Commilitonen erschallen.

Aeußere Erlebnisse machen allerdings keine Lebensgeschichte aus. Eine solche sollte hier auch nicht gegeben, nur das Andenken eines Mannes geehrt werden, den wir lieb gehabt haben und seinen weit zerstreuten Genossen eines scheidenden Bildes Züge vorgeführt, daran manche Erinnerung, vielleicht manche Thräne wird auftauchen. — Die Fäden, aus denen die Geschichte eines Menschenlebens besteht, werden tiefer, innerlich den Umstehenden meist verborgen, gewebt, — dennoch aber werden auch die äußeren Erlebnisse zusammengefaßt, einen Gedanken verwirklichen, unter dem ein abgelaufenes Leben gestanden, und den für sich zu verwerthen die Mitwelt gemahnt wird. „Ich bin ein Gast auf Erden" — das Wort ist als Ueberschrift gesetzt worden über das vielbewegte, unstäte Leben unseres lieben Todten. Sein Gastrecht auf Erden hat aufgehört, und die Liebe hat nur den Wunsch, daß ihm das Heimathrecht droben geworden sei.

Wer aber dem Einsamen Freundschaft und Liebe erwiesen, insbesondere allen Fellinern, die ihre Theilnahme in so freundlicher Weise bei der Beerdigung kund thaten, denen wird hiemit von den Freunden des Verstorbenen der herzlichste Dank gesagt.

---

## Von Communicationswegen mit Ostasien.

(Eingesandt.)

Mit welcher Bewunderung und Freude verfolge ich die unruhige und fieberhafte Thätigkeit der Engländer, welche sie in der Vermehrung und Beschleunigung der Verbindungen mit Asien an den Tag legen! Dieses Volk läßt den Blick über den Erdball kreisen und umfaßt ihn ganz: es beutet jedes Land aus, und keines vermag sich seinem Einflusse zu entziehen, wenn es auch von unendlichen Meeren, unermeßlichen Bergketten, oder unfruchtbaren Steppen umgeben ist; es ist ein Volk von kalter Außenseite, aber es gleicht einem schneebedeckten Vulcan. —

Vor 20 Jahren gelangten Waaren, Passagiere und Briefe von London nach Calcutta auf dem Wege um das Cap der guten Hoffnung in 4 oder 5 Monaten. Die Fahrt erschien langsam und war es in der That. Aber die Engländer erforschten (mit jenem indischen Fahrzeuge, welches nach einer für die Wissenschaften und militärischen Zwecke ruhmvollen Laufbahn am 30. April dieses Jahres seine specielle und selbständige Existenz beschloß) das rothe Meer, welches man in Folge einer 300-jährigen Vernachlässigung für unfahrbar gehalten hatte, ebenso wie eine 300-jährige Vernachlässigung fast dieselbe Meinung in Rücksicht auf das schwarze Meer verbreitet hatte. Sie setzten Dampfschiffe auf die einsamen Gewässer des rothen und indischen Meeres; andere auf die Linie von Southampton nach Alexandria und auf den Nil, beschleunigten den Transport durch die Wüste von Suez, und gelangten in zwei Monaten von London nach Calcutta. Sie triumphirten zwar über diesen Erfolg, standen aber dabei nicht still. Sie brachten den Vicekönig von Aegypten auf die Idee einer Eisenbahn von Alexandria nach Cairo und durch den Flugsand nach Suez, und bauten sie dann selbst: sie erreichten es durch Frankreich specielle Verbindungen einzurichten, und indem sie die Linie von Southampton über Malta und Alexandrien festhielten, schufen sie für Passagiere, Posten und werthvolle Waaren auch die Dampfschiff-Linie von Marseille nach Malta. Sie ersetzten die mittelmäßigen Raddampfer, welche in den asiatischen Meeren stationirt waren, durch starke Schraubenschiffe und reducirten durch solche Verbesserungen die Dauer der Reise auf wenig mehr als einen Monat. Aber sie waren auch damit nicht zufrieden. Um nach Madras und Calcutta zu gelangen, müssen die Dampfer bis zur Höhe von Cap Comorin fahren und da sie nicht in die Straße von Manaar gehen können wegen der furchtbaren Klippen, welche den Paß sperren, so müssen sie um die Ostküste von Ceylon herumfahren und sich auf der hohen See halten, um die langen Barrieren von unterseeischen Felsen und versunkenen Landstrecken zu vermeiden, die der Schifffahrt oft zahlreiche und schwere Verluste bereitet haben. Jetzt wollen die Engländer wenigstens für die Reise nach Madras und Calcutta die ganze Fahrt durch den Golf von Bengalen sparen und direct nach Bombay gehen, von wo die mit erstaunlicher Thätigkeit in Angriff genommenen indischen Eisenbahnen sie in unmittelbare Verbindung mit dem Centrum von Hindostan, dem Thal des Ganges, des Dschumna, der Godavery und des Cavery, und mit allen wichtigen Städten setzen werden.

Sie werden auf diese Weise noch einige Tage gewinnen. Aber bleibt ihnen hiernach keine andere Verbesserung auf der ägyptischen

Linie zu hoffen? Ja wol, die Engländer denken ernstlich daran, eine zweite Eisenbahnlinie zu eröffnen, welche von der syrischen Küste nach Bassora und von da an den persischen Golf geht, und an der Küste von Mekran entlang nach Kurratschi am Indus gelangt, wo sie mit der Eisenbahn von Bombay zusammentreffen wird. Inzwischen erlangten sie von der Türkei die Einrichtung eines Telegraphen bis nach Bassora und setzen schon eifrig von Kuratschi nach dem persischen Golf zu, ihre Linie der indischen Telegraphen fort, deren ungeheures Netz im Osten bis Prome am Irawaddy reicht. Aber auch dort noch sind die Engländer thätig, ihre Telegraphenlinie auszudehnen und während sie mit denselben nach Ava und Mandaleh (der gegenwärtigen Hauptstadt des Birmanen Reichs) gehen, erklären sie, diese Linie nächstens bis Bamo am obern Irawaddy fortsetzen zu wollen, um von da mit ihr in das chinesische Yunnan zu gelangen. Dann bezwecken sie mit dem Telegraphen durch Hinterindien nach Tonkin und Canton zu gehen, und von da längs der Küste nach Peking! Dies sind in der That riesenhafte Pläne, deren Endzweck es ist, mit Hülfe der Civilisation die Barbarei aus unermeßlichen Landstrecken zu vertreiben. Aber wer setzt der Thätigkeit der Engländer eine Grenze, und wer stellt eine Schranke auf für die Wirkungen ihres wunderbaren Instincts, jede Entdeckung für den Fortschritt, jede Wissenschaft für den Reichthum auszubeuten?

Wer beobachtet, daß ihre Beamten bereits mit den Vorarbeiten für alle diese Linien beschäftigt sind, daß der englische Einfluß sich täglich in allen Ländern Asiens vermehrt, daß sie auch die birmanischen Zollschranken durchbrochen haben, daß die englischen Dampfer jetzt vor Mandaleh ankern, daß die Engländer, um bei allen politischen Ereignissen gedeckt zu sein (wie sie selbst offen erklären) nach Indien nicht allein die Wege über Aegypten und das Cap der guten Hoffnung, sondern auch eine fortlaufende Eisenbahn von Syrien nach Bombay oder Lahore haben wollen, daß sie ungeduldig sind, den russischen Telegraphen das Privilegium zu entreißen, die ersten Nachrichten aus China zu erzählen oder zu verschweigen, daß sie stets empfehlen, die indo-chinesischen Telegraphen wo möglich in dem Bereich ihrer Kanonen anzulegen, — wer alles dieses sieht und die ungeheuren Mittel erwägt, worüber England verfügt, der muß die Ueberzeugung gewinnen, daß binnen Kurzem alle diese telegraphischen Verbindungen ins Leben treten werden. Außerdem verbinden die Engländer mit jedem Telegraphen-Project in Ostindien die eifrigsten Forschungen und Pläne die indischen Eisenbahnen bis zum chinesischen Meere fortzuführen.

Unsere Einbildungskraft ist erstaunt über die Kühnheit dieser Ideen, aber sehr wahrscheinlich werden wir den Anfang der Ausführung sehen und unsre Kinder werden die Vollendung bewundern. Aber was ich auch nicht einmal für unsere Kinder zu hoffen wage, ist der Bau einer andern Bahn, von welcher die letzten Zeitungen aus Calcutta mit warmem Eifer sprechen, welche von Nishni-Nowgorod nach Sarepta und Astrachan gehen würde; dort würden die Wolga-Dampfschiffe die Verbindung mit den Colonien herstellen, oder besser mit den von den Russen neugegründeten Stationen auf der Ostküste des kaspischen Meeres. Von dort würde man nach Chiwa und dann nach Buchara gehen; man würde einen Zugang nach Hindu-Kusch suchen, von dort nach Kabul, und von da, den Flußthälern folgend, an den Indus gelangen. Dieses Eisenbahnproject scheint mir für jetzt und für immer in das Reich der Chimären zu gehören, obgleich die gewöhnliche Verbindung sehr verbessert werden kann und England und noch mehr Rußland das größte Interesse haben sie noch mehr zu verbessern. Uebrigens stellen die Engländer die einige Jahre unterbrochen gewesene Fahrt um das Cap der guten Hoffnung wieder her: sie offeriren billige Frachtsätze, wenden abwechselnd und gleichzeitig Dampf- und Segelkraft an, erreichen das Cap und vollenden die Reise in 60 Tagen.

So ist England thätig; so legt es sich auf den gegenwärtigen asiatischen Handel, so bereitet es sich auf den künftigen vor. Und Italien legt die Hände in den Schooß, jenes Italien, welches einst den Engländern und allen Andern die Wege Asiens gezeigt hat, durch die zu den Mongolen geschickten Gesandtschaften, durch seine Polo, durch seine Missionäre, von denen Mancher Wanderungen ausführte, welche bis jetzt die einzigen sind, die über gewisse Gegenden Mittel-Asiens Licht verbreiten. Italien scheint die Jahrhunderte der Knechtschaft nicht ohne Schwächung und ohne an Energie zu verlieren, durchgemacht zu haben. Früher machte es für seine Unthätigkeit die Fürsten verantwortlich, welche seine Energie gefesselt hielten; aber jetzt hat Italien die Kinderschuhe ausgezogen und muß sich in seinem Jünglingsalter als tüchtig beweisen. Man suchte den Grund des Uebels in einem gewissen hinreichenden Wohlstande in einigen Provinzen und in einer wirklichen Blüthe in andern, weshalb kein lebhafter Trieb vorhanden war, neue Quellen des socialen Wohlstandes aufzusuchen und eine bessere Finanzlage anzustreben. Jetzt ist der Staatsschatz erschöpft und die Blüthe in vielen Gegenden verschwunden; schwere Verluste haben die Grundbesitzer getroffen und ihre Güter theilweise unverkäuflich gemacht. Aber dennoch bleiben wir unbeweglich. Wir sehnen uns nicht nach dem Reichthum der östlichen Meere und in den glänzenden Berichten über die Reisen, Colonien und den Handel Asiens ist von uns leider keine Rede. Jetzt ist es Zeit, daß Italien sich kräftig aufraffe um die Trägheit von sich abzuschütteln und statt vergnügungssüchtig arbeitsam zu werden. Es ist Zeit, daß es nicht jubele und eitle Pläne mache, sondern weise und thätig sei. Es muß endlich wissen, daß das bloße Beneiden fremder Güter die kälteste und erbärmlichste Leidenschaft ist, und daß dagegen der Nachahmungseifer die edelste und vortheilhafteste von allen ist. Es möge sich selbst rathen und ebenfalls Reichthümer in Asien suchen. In so bedenklichen Finanzlagen das Blut starr in den Adern zu halten würde Ohnmacht und Verderben sein, weil es eine Chimäre ist, von gewöhnlichen und ausschließlich innern Maßregeln das Gleichgewicht der Ausgaben und Einnahmen zu erwarten. Ruhig am Feuer zu sitzen in der Hoffnung, daß man endlich doch einmal zu den Seligen gelangen werde, ist sogar in Dante's Fegefeuer eine sehr kühne Phrase, aber sie ist absurd gegenüber dem Mangel der uns drückt, und dem finanziellen Abgrund, der uns zu verschlingen droht.

Jeder neue Schienenweg, der in den südlichen Provinzen angelegt wird vermehrt das Deficit, weil kaum einer von ihnen die vom Staate garantirte Summe einbringt, wenn nicht die Rückkehr des asiatischen Handels zu den italienischen Küsten, nach dem Durchstich der Landenge von Suez, dem ganzen Süden Italiens neue Lebenskraft und Reichthum zuführt.

Zur Erreichung dieses Zieles vertraue ich auf die unvergleichliche Herzhaftigkeit unserer Matrosen aus Ligurien, Livorno und Torre del Greco; ich vertraue auf die 402 italienischen Schiffe, welche 1862 nach Newcastle, auf die 256, welche nach Cardiff, auf die 230, welche nach Taganrog kamen, auf die 100 nach Gibraltar, auf die 54 nach Cadix, auf die 89 nach Susa, auf die 50 nach Alexandria, auf die 1233 nach Marseille gegangenen ꝛc. Ich vertraue auf diese Marine, welche sich endlich schämen wird in Asien beinahe gar nicht vertreten zu sein und in dem zweijährigen Zeitraum von 1861 und 1862 in San Francisco mit nur einem einzigen Schiffe unter 4000 fremden Fahrzeugen zu figuriren.

Ich behandle mit Vorliebe die asiatischen Angelegenheiten, und man kann wol meinen langen Mühen eine gewisse Zärtlichkeit für die Studien jenes Continents verzeihen; aber ich schreibe nicht als Doctrinär und mache nicht viel Wesens davon, obwol uns das mit Mühe Erworbene wol als etwas von uns Erzeugtes erscheint und wir es wie ein Kind lieben. Ich weiß auch, daß der Gelehrte weniger ehrenwerth ist als der Verständige, und ich schreibe gerade für die Verständigen und nicht für diejenigen, welche nach Schatten jagen oder die gehörten Lehren so wenig festhalten, wie ein Sieb das Wasser. Ich schreibe für diejenigen, welche denken, welche wissen, daß das bloße Hören ohne Nachdenken nicht weise macht und diese fordere ich auf zu überlegen, in einer wie traurigen Lage wir uns befinden, und was wir statt dessen durch eigene Anstrengung in kurzer Zeit werden könnten.

Lassen wir also der Erkenntniß die That folgen und vertrauen wir, wie ein tüchtiger Landmann den Weizen der Erde, unsere Schiffe dem indischen Ocean an. Nachdem wir in Italien selbst Alles verändert haben, laßt uns nicht die alte Gewohnheit beibehalten mit unseren Schiffen nur dahin zu fahren, wo die Sonne untergeht, sondern wir wollen auch dahin segeln, wo sie aufgeht. Und wenn irgend Jemand die bedeutenden Kosten einer Studien- und Forschungsreise mit Staatsschiffen nach Asien fürchtet und zweifelt, ob die von mir für eine Schiffs-Expedition als hinreichend angegebene Summe richtig sei, der überzeuge sich durch die in den Berichten über die französischen Expeditionen enthaltenen Berechnungen von dem Unterschiede der Kosten welche erforderlich sind für müssig im Hafen liegende Schiffe und für solche im activen Dienst im mittelländischen und den indo-chinesischen Meeren.

Negri Christoforo.

№ 622. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 16. Nov. 1863.

№ 266. Sonnabend, den 16. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Telegraph. Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. VII. Libau: Abschluß der Stadtbank. Helsingfors: Aufschwung des Handels. St. Petersburg: Fortsetzung der Gesetzsammlung. Warschau: Gefecht bei Poremba. Ruhe in Volhynien. Von der poln. Grenze: Nationalregierung.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Berichte über öffentliche Verhandlungen. Preßvergehen. Ueber die Erbfolge in Schleswig-Holstein. Frankfurt a. M.: Congreßaussicht. Schleswig: Die zur Erbfolge berechtigten Prinzen. Altona: Stand der Angelegenheit. — Großbritannien. London: Verträge von 1815. Indische Sculpturen. — Frankreich. Paris: Journalnoth. Thiers. Weißstimmung. Congreß. — Amerika. Unterwerfung der Aufständischen. Centralisationsgelüste.

**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**
**Ein Tagebuch des Grafen Kankrin. IX. — Locales.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 16. Novbr. Eingegangener Mittheilung entnehmen wir die Angabe der Preise telegraphischer Depeschen von 20 Worten nach: Königsberg 2 Rbl. 24 Kop., Stettin 2,98, Berlin 3,35, Dresden 3,35, Wien 3,36, Leipzig 3,73, Hamburg 3,73, Frankfurt a. M. 4,10, Flensburg 4,48, Genf 4,85, Paris 5,22, London 5,34, Dundee 5,61 (und ebensoviel für ganz Großbritannien, mit Ausnahme Londons), Algier 7,46.

**Dorpat.** Hat sich ergeben, daß schon im Allgemeinen das russische Project selbst seine Anwendbarkeit an gewisse Bedingungen und Schranken bindet, so frägt sich nun weiter, welche Wirkung seine unbedingte Anwendung für unsere Provinzen im Besonderen hätte.

Die Frage wird sofort ins Licht gestellt, wenn man sich erinnert, daß das russische Project ein System der Selbstverwaltung schaffen soll und daß in unseren Provinzen Systeme der Selbstverwaltung bereits bestehen. Alles kommt daher darauf an, ob diesen jenes anzubahnende russische System überlegen ist, ob es ihre organische Entwickelung fördert und ob es den rechtlichen und factischen Voraussetzungen, auf welchen sie beruhen, seinerseits entspricht. Im Grunde ist die Antwort bereits gefunden. Die Merkmale unserer Autonomie sind bei der Erläuterung der estländischen Steuerverfassung, die Merkmale der russischen Ordnung in den eben vorausgegangenen Betrachtungen hinreichend gekennzeichnet worden, um als durchaus unverträglich zu erscheinen. In Rußland fehlen die untergeordneten „öconomischen Einheiten": in unseren Provinzen sind sie theils vollständig entwickelt, theils in entwickelungsfähigem Ansatz vorhanden; in Rußland fehlt fast jede Uebung und die Garantie welche sie bietet: bei uns ist sie seit Jahrhunderten erworben und hat sich fast in allen Verhältnissen erprobt; in Rußland haben sich mit der Uebung der Autonomie noch keine politisch-socialen Rechte unlösbar verflochten: bei uns ist diese Verflechtung so innig, daß unser ganzer Rechtsbau zu Boden stürzen müßte, sobald an dem Wirthschaftssystem von außen gerüttelt würde. Es stellt sich damit die Forderung, daß, den Tendenzen und dem Geiste des russischen Projects selber entsprechend, jede Umbildung unserer Systeme nur von historisch-gegebener Basis, oder mit andern Worten: von innen heraus stattfinde. Von dieser Umbildung später. Zunächst ist an einigen Betrachtungen darzuthun, in wiefern die Anwendung des russischen Projects auf unsere Provinzen Rechtsbruch und politisch socialen Rückschritt zur Folge hätte.

Die Unverträglichkeit der beiderseitigen Systeme wird deutlich schon an der verschiedenen Bemessung von Competenzen erkannt. Die Ritterschaften und Städte unserer Provinzen, zum Theil auch, obwol in rudimentären Ansätzen, die Bauergemeinden erfreuen sich größerer Machtvollkommenheit, als den russischen Kreisvertretungen eingeräumt wird. Die unteren Glieder des Systems wären somit freier beweglich, als die ihnen zugedachten überzuordnenden. Die russischen Versammlungen sollen nur die Bedingungen, Regeln und Grenzen der öconomischen Operationen zu bestimmen haben: die Executive fällt ganz den Verwaltungen zu. Der büreaucratische Character dieser Verwaltungsinstanzen hat vielleicht zum schärfsten Merkmale die Art der Controle, welcher sie unterstellt werden. Obwol sie aus Wahlen der Versammlungen hervorgegangen sind und keine Gelder in Händen haben, als welche von den Versammlungen selbst votirt oder laut deren Vollmacht erhoben worden, so steht es doch nicht den Versammlungen frei, Controle zu üben und Rechenschaft zu fordern nach selbstbestimmter und nur insoweit Vertrauen begründender Ordnung. Vielmehr sind dazu durch das Gesetz ein für alle Mal nach den für alle Regierungsorgane gleichmäßig geltenden Vorschriften Normen gesetzt und selbst die „erläuternden Instructionen" gehen von den Ministerien des Innern, der Finanzen und von dem Ressort der Reichscontrole aus und dürfen nur unter deren Beistimmung auf „Antrag" der Versammlungen ergänzt oder geändert werden. In gleichem Maaße sind die Versammlungen in der Wahl der Mittel, durch welche sich ihre Functionen am zweckmäßigsten vollziehen ließen, beschränkt: ihre Geschäftsordnung wird ihnen von oben ertheilt. Wie enge der Kreis der Gegenstände gezogen ist, welche ihrer Berathung unterliegen, ist hinreichend constatirt worden. Ihre Competenzen sind äußerst beschränkt. Unbewegliches Vermögen zu erwerben, stehende Capitalien zu bilden, wird ihnen gestattet nur zur Befriedigung der durch das Gesetz als „unumgänglich" anerkannten Bedürfnisse der Landschaft; ihnen selbst, da sie auf die Reichsgesetzgebung einen Einfluß nicht üben, steht keinerlei Einwirkung zu. Diejenigen Functionen selbst, welche ihnen anscheinend völlig anheimgegeben sind, werden in Wirklichkeit von übergeordneten Instanzen geregelt. Der Wegebau und die Verwaltung der Communicationsmittel sollen in „öconomischer" Beziehung ausschließlich von ihnen abhängen; allein die gesammte bezügliche Polizei und Technik fällt den Behörden des betreffenden Ressorts anheim. Wenn aber die technischen Anschläge, Anordnungen und Ausführungen ganz oder zum Theile von Beamten besorgt werden, auf welche die Versammlungen keinen Einfluß haben, über welche sie keinerlei Controle üben, so wird damit auch ihre „öconomische" Selbstverwaltung illusorisch: die sogenannte Oeconomie wird sich fügen müssen dem Gutdünken der „Technik" und wird in Diensten stehen der „Polizei."

Nicht minder, wie die russische Competenzenordnung, ist die russische Ordnung der Wahlen und Kreis- und Gouvernementsvertretungen unvereinbar mit Rechten und factisch begründeten Verhältnissen dieser Provinzen.

Gesetzt, die Privilegien der Landschaften und Städte würden aufrechterhalten, soweit die russische Ordnung es irgend gestatte. Landschaften und Städte behielten nach wie vor in ihrer engeren Sphäre und innerhalb der bisher bestehenden Grenzen die Selbstbesteuerung, die freie Selbstverwaltung, die eigene Controle und Revision, die alte Ordnung des ganzen Wirthschafts- und Rechenschaftswesens: über ihnen aber würden aus Wahlkreisen, welchen sie unorganisch eingeordnet wären, Repräsentationen nach russischem Muster bestellt und diese übergeordneten Körperschaften würden nun ausgestattet mit allen den russischen Versammlungen eingeräumten Rechten, d. h. sie wären in Allem, was den untergeordneten Ritterschaften durchweg, den Städten wenigstens zum Theil völlig frei anheimgegeben ist, durch Regeln, Instructionen, Controle und administrativen Eingriff von außen beschränkt und beengt, so hieße das, jeder politischen Ordnung den Krieg ansagen, die sociale Harmonie zum voraus vereiteln und dennoch das bestehende Recht brechen. Denn übertragen müßten nun einmal Ritterschaften und Städten gewisse bisher von ihnen geübte Functionen auf jene überzuordnenden Körper. Sie hätten aber, was sie bisher allein geübt und besessen, nicht nur mit Andern zu theilen, sondern sie müßten auch einen guten Theil davon von vornherein opfern, um erst des Restes getheilt sich erfreuen zu dürfen. Und damit erscheint die Anomalie eines solchen Systems nur zum kleinsten Theile bezeichnet. Denn, während, was getheilt werden müßte, zuvor noch einen erheblichen Abzug erführe, würde, was ungetheilt bliebe, völlig ungeschmälert erhalten. In Fragen des Wegebaus etwa wäre die Ritterschaft als solche nicht nur künftig incompetent; (sie hätte mitzureden, nur so weit Glieder aus ihrer Mitte im System der neuen Kreis- und Gouvernementsverwaltung auf Grund eines Census Stellung nähmen) sondern sie würde ihre bisher geübten Functionen nur zum Theil an die Kreis- und Gouvernementsversammlungen, zum andern Theil an die Behörden des Wegebaus und der Polizei übergehen sehen. In nicht- „öconomischen" Fragen dagegen, in Fragen des Rechts, der Verfassung, (etwa in Ordnung der Agrarverhältnisse), der Kirche blieben die privilegiengemäßen Competenzen der Ritterschaften nicht nur ungetheilt, sondern auch ungeschmälert was sie bis hierzu gewesen. Die doch immerhin untergeordneten sog. „öconomischen" Fragen würden also übergeordneten Versammlungen mit sehr zu beschränkenden Competenzen überwiesen; die übergeordneten Fragen aber blieben untergeordneten Versammlungen mit völlig unveränderten Competenzen vorbehalten. Er wäre denn, daß man die

Ritterschaften etwa in die Stellung der russischen Adelscorporationen verwiese und ihnen die Verwaltung nur ihrer „privaten," d. h. corporativen Interessen anheimgäbe; über ihnen den Kreis- und Gouvernements-Versammlungen die Verwaltung der öconomischen Interessen einräumte; endlich Alles, was sich darnach als Rest von bisher im Lande vertretenen Interessen und Rechten vorfände, als herrenlos einzöge. Dabei würde allerdings eine gewisse harmonische Anordnung der Competenzen gerettet, allein, was so gerettet würde, wäre nicht halb das werth, was dabei verloren ginge. So daß der unbedingten Anwendung des russischen Projects Gründe des Rechts, wie der Zweckmäßigkeit in so inniger Verpflechtung entgegenstehen, daß sie selbst für die kritische Betrachtung nur schwer von einander sich scheiden lassen.

Es wird das noch deutlicher, wenn man sich die nächste Wirkung einer solchen Anwendung mit Absehen von allen weitergreifenden Uebelständen, vergegenwärtigt. Mit der vom russischen Project verlangten, unter den bestehenden Verhältnissen bloß äußerlichen Vermischung der Interessen von Stadt und Land, von großem und kleinem Grundbesitz würde das Princip, auf welchem Verfassung und Verwaltung dieser Provinzen zum guten Theile beruht, ertödtet; die Selbstverwaltung vernichtet; die Steuerkörper zersprengt. Die Steuerverfassungen nicht nur der Ritterschaften, sondern auch der Städte, der Bauern könnten nicht fortbestehen: sie würden nicht entwickelt und ergänzt, sondern einfach lahmgelegt. Die directe Betheiligung der Besteuerten bei der Beurtheilung über Nothwendigkeit von Auflage, Vertheilung und Controle fiele, wo sie bisher bestanden, über den Haufen und würde, wo sie bisher gefehlt hat, nicht eingeführt; die Steuerpflichtigen verlören die Einsicht in den Zusammenhang und in die Nothwendigkeit der von ihnen aufzubringenden Bewilligungen; Unbehagen und Mißtrauen, wie es heute erst an einzelnen Orten und nur in einzelnen Gesellschaftsschichten besteht, würden sich überall hin verbreiten und das gesammte System untergraben. Der Einmischung Unbetheiligter in die Steuerverhältnisse wäre Bahn gebrochen; ein Stand würde durch den andern besteuert; Systeme zufälliger und vexatorischer Majoritäten würden begründet. Das Gefühl der Verpflichtung, nicht um persönlicher Versorgung, sondern um des allgemeinen Besten willen, Sorgen und Mühen von Aemtern zu übernehmen, verschwände, je verschiedener die äußerlich combinirten Interessenkreise wären, welche das Amt zu vertreten hätte; der Beamte würde sich immer weniger mit dem Leben und den Gewohnheiten derjenigen, für welche er seines Amt waltet, verwachsen fühlen und in demselben Maaße würde er sich immer weniger von der allgemeinen Achtung getragen wissen. Eine Grundbedingung jeder Autonomie, unentgeltliche Verwaltung von Aemtern, fiele zu Boden. Vermag sie doch, selbst wenn von wichtigeren Gesichtspuncten abgesehen wird, zu bestehen nur, wo nicht nach Instructionen verfahren wird, welche von oben her für alle wie immer beschaffenen Verhältnisse gewisser Kategorien gleichförmig gesetzt werden, sondern wo eine heilsame Gewohnheit die verschiedenen Functionen geordnet hat und harmonisch in einander greifen läßt, je nach den local verschiedenen Verhältnissen verschieden, immer aber mit derselben Wirkung allgemeiner Zufriedenheit und lebendiger Theilnahme Vieler. Für ein System der Selbstverwaltung mit seinen unbesoldeten Beamten müssen die Proceduren einfach und zweckentsprechend sich darstellen und mit diesen Vorzügen leicht in die Augen springen; sie müssen für die im Systeme Stehenden leicht zu üben und leicht zu controliren sein; sonst erkaltet die Theilnahme; an Stelle der Freudigkeit tritt Ueberdruß und zu allerletzt der Tod jeder politisch-socialen Entwickelung: moralische Erschlaffung.

Vor Jahren, als von verschiedenen Seiten die Einführung des alten, bisher bestehenden russischen Systems in diese Provinzen gefordert wurde, im J. 1827, erklärte der Minister des Innern, eine Einmischung auswärtiger Personen in die autonomen Steuerverhältnisse der Provinzen würde nicht nur nicht erfordert, sondern könnte selbst bedenklich werden und der Finanzminister sprach nicht minder entschieden aus: sofern dabei alte Rechte verletzt würden, halte er die Anwendung der russischen Obliegenheitsordnung für zulässig nur, wenn ihre Vorzüge vor der bisher in Geltung gewesenen Methode unwiderleglich dargelegt würden.

Von diesen beiden, damals als maßgebend erkannten Gesichtspunkten ist auch heute bei Erwägung einer ähnlichen Frage auszugehen gewesen und die Antwort hat ausfallen müssen, wie damals.

Das russische Project mit seiner Wahl-, Repräsentations- und Competenzenordnung ist nicht für unsere Provinzen entworfen; es ist auch nicht auf sie anwendbar. Es hat für ein großes Gebiet, in welchem fast alle unerläßlichen Bedingungen zur Selbstverwaltung fehlen, den Versuch einleiten sollen, ein solches System erst zu schaffen. Es erklärt als sein eigenes Princip: daß jede Schöpfung vom historisch-gegebenen Boden ausgehe; es kann darum solche vorhandene Basis nicht zerstören wollen. Vielmehr wird es durch sich selbst zu einer neuen Gewähr, daß diesen Provinzen ihre organische Fortentwickelung auch künftig nicht werde angestritten noch verkümmert werden.

In welchem Sinne aber diese Fortentwickelung auf Principien, welche auch für das russische Project maßgebend gewesen, hinausführe; wie eben dabei die organische Anwendung des Projects trotz aller Einwendungen gegen mechanische Application zu ihrem Rechte komme; ja, was Alles eben aus diesem Project für unsere Provinzen zu lernen und zu entnehmen sein werde, davon in den nächsten Nummern.

**Libau**, 9. Novbr. Die Direction der Stadtbank veröffentlicht ihre Abrechnung für 1862/63. Wir erfahren aus derselben, daß 218.550 Rbl. gegen Unterpfand dargeliehen, dagegen vereinnahmt wurden für Zinsen c. 15.000 Rbl. und an Schreibgebühren 2500 Rbl. Zu gemeinnützigen Zwecken wurde der Ueberschuß des vorhergehenden Rechnungsjahres mit 5000 Rbl. verwandt. Die Bilanz stellte sich beim Abschluß wie folgt: Activa. Darlehne auf Unterpfand 231.515 Rbl., discontirte Wechsel 10.500 Rbl., Bestand baar und in Werthpapieren 50.000 Rbl. — Passiva. Im Umlauf befindliche Bankbillete Litt. A. 228.000 Rbl., Bankbillete Litt. B. 32.617 Rbl., nicht erhobene Zinsen für Bankbillete Litt. A. 1114 Rbl., Capital-Conto 25.000 Rbl., Ueberschuß für das laufende Verwaltungsjahr 5536 Rbl.

**Helsingfors.** (Rev. Z.) In einem die Angriffe der finnländischen Oppositionspresse abweisenden Artikel der F. A. T. werden auf die Frage, ob Finnland in den letzten 10 Jahren fortgeschritten sei, folgende Zahlen registrirt. Der Export ist während dieser Zeit gestiegen: nach Schweden und Norwegen von 359.417 Rbl. auf 996.449 Rbl., nach anderen Ländern von 2.206.344 Rbl. auf 4.894.224 Rbl.; der Import aus Schweden und Norwegen von 475.879 Rbl. auf 1.050.844 Rbl., aus anderen Ländern von 3.293.305 Rbl. auf 6.110.336 Rbl. Die gesammte Ausfuhr hat sich also mehr als verdoppelt, obschon Krieg und Mißwachs in diese Periode fallen. Dasselbe gilt von der Einfuhr. Einen besonders glänzenden Aufschwung hat der Holzhandel genommen, da er von 1.366.904 Rbl. auf 2.975.219 Rbl. gestiegen ist. In wenig Jahren, meint F. A. T., werde dieser Handel allein die Anlagekosten eines vollständigen Eisenbahnnetzes decken. Gleicherweise ist die Theerausfuhr überhaupt gestiegen, nämlich von 392.288 Rbl. im J. 1852 auf 1.283.812 Rbl. im J. 1862. Auch hat die Eisenausfuhr 1852 nur 140.112 Rbl., dagegen 1862 627.756 Rbl. betragen. Gewebe wurden endlich im J. 1852 für 60.408 Rbl., im J. 1862 aber für 380.194 Rbl. ausgeführt.

**St. Petersburg.** Am 8. November ist die Fortsetzung der Gesetzsammlung (Сводъ законовъ) von 1857, welche die Gesetze von 1858 bis Ende März 1863 enthält, publicirt worden. Das Erscheinen dieser Fortsetzung ist um so wichtiger, als durch die vielfachen Reformen der letzten Jahre, besonders durch das Gesetz über die Aufhebung der Leibeigenschaft bedeutende Modificationen, ja theilweise Umarbeitungen der Gesetzsammlung dringendes Bedürfniß geworden waren.

— Der Militärchef der St. Petersburger-Warschauer Eisenbahn berichtet in einem Telegramm vom 3. Nov., daß die aus der Stadt Brok ausgesandte Truppenabtheilung am 31. Oct. eine Insurgentenschaar von 500 Mann bei dem Dorfe Poremba geschlagen und zwei Tage hindurch verfolgt habe. Der Verlust derselben an Todten und Verwundeten ist sehr bedeutend; gefangen genommen wurden 36. Commandirt wurde die Schaar von den Franzosen Düboi.

— Nachrichten aus dem Kiewschen Kriegsbezirk zufolge soll auf der Grenze von Volhynien und Galizien alles ruhig sein; die Oesterreicher fahren fort, die nach dem Gefecht bei Porezk in die umliegenden Wälder geflüchteten Insurgenten zu arretiren.

Von der **polnischen Grenze**, 20. November wird der „Ostsee-Zeitung berichtet: Um die durch die Verhaftungen und wol auch durch die Flucht mehrerer Nationalbeamten im revolutionären Verwaltungsorganismus des Königreichs entstandenen Lücken wieder auszufüllen, und zum Theil auch um die Russen auf den bereits aufgefundenen Fährten irre zu führen, hat die revolutionäre Regierung eine Reorganisation der Nationalbehörden durchgeführt, wovon sie die Einwohner Warschaus durch eine vom 12. d. M. datirte Proclamation in Kenntniß setzt. Nachdem in dieser Proclamation die Nothwendigkeit dieser Maßregel dadurch motivirt ist, daß in letzter Zeit mehrere Functionen aus verschiedenen Gründen erledigt seien, deren Wiederbesetzung nicht länger hätte hinausgeschoben werden können, wird bemerkt, daß den Handlungen der Nationalregierung Egoismus und Parteibestrebungen fremd seien. Am Schlusse heißt es: „Stark durch die allgemeine Unterstützung wird die Nationalregierung stets im Stande sein, Ungebundenheit und bösen Willen, die im gegenwärtigen für die Nation so wichtigen und feierlichen Momente dem Verrathe gleich kämen, im Zaume zu halten." —

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 21./9. Novbr. Während die Regierung sogar die Berichte über die Kammerverhandlungen unterdrücken will, wird von der Gegenseite vorgeschlagen, daß auch Berichte über öffentliche Verhandlungen von Stadtverordneten, Gerichten, Corporationen, ja, über alle öffentlichen Ereignisse für straffrei erklärt werden, sobald sie wahrheitsgetreu erstattet werden. Derartige Vorkommnisse gehören der Weltgeschichte an, deren treue Erforschung Aufgabe der Wissenschaft ist. Die Forscher beklagen die mangelhafte Kenntniß, die uns von abgelaufenen Perioden bewahrt ist; warum wollen wir künstlich die Quellen verstopfen, aus denen wir die Geschichte der Gegenwart schöpfen können? Die Regierung hat sich ferner der Einsicht nicht verschlossen, daß das System der Concessions-Ertheilungen und Concessions-Entziehungen, wie es bisher bestanden hat, nicht ausreichend war, um die Presse so zu gestalten, wie es ihr wünschenswerth erscheint. Sie sucht deßwegen dieses System zu verschärfen, indem sie die Möglichkeit, ja, die Nothwendigkeit aufstellt, daß eine Zeitung nach mehrmaliger Verurtheilung durch Richterspruch unterdrückt werde, und indem sie für jedes in einer Zeitung begangene Preßvergehen den Buchhändler in Mitleidenschaft zieht und so die Fälle vermehrt, in welchen gegen diesen auf Untersagung der Ausübung des Gewerbebetriebes erkannt wer-

den muß. Mit großer Scharfsinnigkeit hat die Regierung vorhergesehen, daß die erstere Bestimmung dadurch umgangen werden kann, daß eine verbotene Zeitung anderweitig fortgesetzt werden könnte, und hat diesem Ereignisse vorzubeugen gesucht. Es könnte sich bei Durchführung dieser Bestimmungen leicht der Fall ereignen, daß es in einigen Jahren weder Zeitungen noch Buchhändler in Preußen giebt.

— Die Nordd. Allg. Ztg. bringt an der Stelle, wo sie auch officiöse, Mittheilungen hinstellt, einen Artikel über Holstein ohne doch anzudeuten, daß auch dieser von der preußischen Regierung ausgegangen sei. Er lautet: „Aus der Mark, im November. Die Bedeutung des Londoner Protocolls kennt man am allergenauesten in Kopenhagen selbst. Oder haben nicht Verträge von 1832 den Prinzen Otto von Baiern auf den Griechischen Thron gesetzt? Ist er noch dort? Unsers Wissens sitzt dort jetzt der Sohn des eben in Kopenhagen anerkannten Herrschers. Woher kommt das? Die Mächte haben die Verträge von 1832 ignorirt, aufgehoben, car tel était leur plaisir, und zwar nach einer griechischen Rebellion! Jetzt handelt es sich nicht um muthwillige Rebellion, sondern um eine bestrittene Erbfolge. Wer das Londoner Protocoll nicht mehr beachten will, kann unbedingt davon zurücktreten, vollends, da der deutsche Bund es nicht kennt und da man eben jetzt dessen gerechtesten Anforderungen ins Gesicht geschlagen hat. Die Blokaden von dänischer oder schwedischer Seite sind nicht sehr gefährlich; beide Staaten haben keine erheblichen Flotten; sowol Dagbladet in Kopenhagen als Nya dagligt allehanda in Stockholm gestehen dieses offen ein. Das Londoner Protocoll hat an und für sich nicht viel Werth, nicht mehr, als man darauf legen will. Wir erinnern noch an Antecedentien mit Neuenburg. Und ist die Integrität Dänemarks wirklich eine Beruhigung für den Norden? Wer glaubt, daß es dort früher zur Ruhe komme, als bis die Eiderdänische Wirthschaft ein Ende hat? Wie denkt nun aber England über die Sache? Der englische Gesandte in St. Petersburg hatte im Mai 1861 ein Zwiegespräch mit Fürst Gortschakow. Lord Napier erklärte diesem, die Verbindlichkeiten von 1852 stellten das Princip einer permanenten Integrität der dänischen Monarchie auf, verpflichteten aber nicht die Unterzeichner, dieselbe zu vertheidigen: sie stifteten die Integrität der dänischen Monarchie, stellten aber über die Beziehungen der einzelnen Theile zu einander nichts fest. Es wäre den Verpflichtungen von 1852 nicht zuwider, Schleswig und Holstein zu verbinden. Fürst Gortschakow wollte das nicht einräumen, mußte jedoch zugestehen, auf Wunsch Englands sei 1852 das Wort Garantie aus dem Londoner Protocoll weggefallen; er bezeichnete endlich am 24. Mai 1861 diesen Pact als „un sujet si infiniment délicat.“ (Wir verweisen auf das Telegramm, am Schluß des Blattes. Dieser Artikel erschien nach einer Berathung die der Herzog Friedrich mit dem Ministerpräsidenten von Bismark gehabt hatte, am selben Tage mit dem Befehl über die Kriegsbereitschaft zweier Divisionen.)

**Gotha**, 20./8. Novbr. Die hiesige Regierung hat ein Memoire über die Erbfolge in Schleswig-Holstein an alle Zeitungen versandt; dasselbe schließt, wie folgt: „Die Stellung des deutschen Bundes aber ist in dieser Sache frei von Zweifeln. Der deutsche Bund kann nur den bisherigen Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und es kann nicht bezweifelt werden, daß er das Recht dieses legitimen Fürsten mit den erforderlichen Mitteln schützen und, wo nöthig, in volle Wirksamkeit setzen werde. Welches deutschen Fürsten Recht wäre noch sicher, wenn dieses dem Auslande zum Opfer fiele.“

**Frankfurt a. M.**, 20./8. Novbr. Der besondere Bundesausschuß, dem die Berichterstattung über das Einladungsschreiben des Kaisers Napoleon zum Congreß übertragen worden ist, hat aus Mangel an Instructionen noch keine Sitzung halten können; doch wurde Herr von der Pfordten bereits von ihm zum Referenten bestellt. Denselben bezeichnet man auch als den muthmaßlichen Bundes-Delegirten zum Congreß im Falle der Zustimmung. Als Bedingungen, die der Ausschuß voraussichtlich aufstellen würde, glaubt man jetzt schon, von den Specialinstructionen abgesehen, folgende errathen zu können: 1) Es dürfen keine interna des deutschen Bundes auf dem Congreß zur Berathung kommen; 2) die Verträge von 1815 müssen zur Grundlage dienen; 3) vorher ist ein Programm zu präcisiren. Gegen die besondere Beschickung des Congresses durch die vier Königreiche neben der Vertretung des Bundes scheint sich eine Opposition Seitens der kleineren Staaten geltend machen zu wollen.

**Schleswig**, 21./9. Novbr. Obgleich es übel vermerkt wird, daß unser Herzog anstatt in seine Residenz, gen Süden nach Gotha gefahren ist, und statt auf sich selbst und sein Volk zu vertrauen, auf den — Bundestag hofft, schlägt dennoch für Christian IX. kein Herz; weder in Dänemark noch Schleswig-Holstein. Er war in den Reihen unserer Feinde während der Kriegsjahre — der einzige der Glücksburger Prinzen. Der Herzog Karl diente in unserer Armee, wenn auch nur kurze Zeit; deßgleichen dessen Brüder, die Prinzen Friedrich, Julius und Johann; Prinz Wilhelm gehört noch heut als Feldmarschall-Lieutenant und Commandant der Cavalleriedivision in Galizien der österreichischen Armee an, er hat auch nie die Waffen gegen uns geführt. Die Augustenburger Prinzen sind alle auch mit den Waffen in der Hand für unsere Sache eingetreten. Soweit also von einem dynastischen Interesse die Rede sein kann, werden die Herzen des Landes niemals für den — von den Dänen sogenannten — Protocollprinzen schlagen. Das Land wird seine von Dänemark getrennte Erbfolge zu wahren suchen. Bei uns war von Alters her der Mannsstamm des ersten in den Herzogthümern regierenden Fürsten des Oldenburgischen Hauses zur Erbfolge berufen, aber es war nicht blos Eine Linie desselben erbberechtigt, wie in Dänemark, sondern der Mannsstamm des gesammten Oldenburgischen Hauses, und zwar gemäß den im 17. Jahrhundert gegebenen Hausgesetzen nach dem Rechte der Erstgeburt. Hiernach mußte nach dem Absterben der älteren königlichen, dänischen Linie in den Herzogthümern zunächst die jüngere königliche Linie folgen. Diese besteht aus zwei Unterlinien, der Augustenburgischen und Glücksburgischen. Näher berechtigt, weil vorgeboren, waren im Jahre 1853 wie noch jetzt in der Augustenburgischen Linie sechs, in der Glücksburgischen Linie drei volljährige Prinzen. Von diesen neun vorgeborenen Prinzen, ist, abgesehen vom Herzoge von Augustenburg, der bisherige Erbprinz Friedrich von Augustenburg der Zunächstberechtigte. Es ist nicht bekannt, ob die drei älteren Prinzen der Glücksburgischen Linie dem Prinzen Christian als dem vierten dieser Linie ihr Erbrecht übertragen haben, von den sechs Prinzen der Augustenburgischen Linie ist aber bekannt, daß sie dieses nicht gethan haben, daß vielmehr der Erbprinz Friedrich, sowie sein Onkel ausdrücklich gegen jene Erbfolgeordnung protestirt haben. Nur der Herzog von Augustenburg hat im Jahr 1852 bei Gelegenheit des Verkaufs seiner Güter, für sich und seine Familie erklärt sich Demjenigen nicht widersetzen zu wollen, was der König von Dänemark im Betreff der Erbfolge anordnen werde. Diese Erklärung, welche nicht einmal ein Verzicht ist, hat aber, da der Erbprinz Friedrich wie die übrigen Prinzen des Hauses sämmtlich volljährig waren, der Natur der Sache nach nur eine rein persönliche Bedeutung. Ein Verzicht wurde damals von Dänemark nicht verlangt und konnte nach dem Ergebniß der Verhandlungen mit Rußland auch nicht verlangt werden. Der Herzog von Augustenburg hat aber ausdrücklich zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Erbprinzen, jetzigen Herzogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein verzichtet.

**Altona.** Uebereinstimmende Berichte aus Schleswig und Holstein melden, daß die Stimmung dort sehr aufgeregt sei, auch wird mitgetheilt, daß die Geistlichen sich weigern, das übliche Kirchengebet für Christian IX. zu halten. — In der zweiten Kammer zu Dresden erklärte Beust, die Regierung habe beim Bundestage beantragt, daß das Executionscorps mit nöthigen Verstärkungen Holstein und Lauenburg besetze, bis der Bund beide Länder dem von ihm als rechtmäßig erkannten Nachfolger übergeben könne. Der Minister bezeichnet diese Maßregel als correct und wirksam für alle Bundesglieder. Die Einigkeit sei vor Allem Bedürfniß. Beim Bundestage haben ähnliche Anträge gestellt: Baden, die sächsischen Häuser, Oldenburg, Schwarzburg, Reuß, Waldeck; Baiern erklärte den Londoner Tractat für nichtig; Königreich Sachsen, Mecklenburg, Anhalt erheben Ansprüche auf Lauenburg. — Die Abgeordneten in Wien und Darmstadt, die erste und zweite Kammer in Dresden, sowie Volksversammlungen in Hannover, Hamburg und Frankfurt a. M. drängen die Regierungen zu ernsten Maaßregeln, sogar der Nationalverein will für Holstein Steuern erheben und Mannschaften werben; der älteste Graf Baudissin, der frühere General, will letztere anführen. — In Kopenhagen traf bis jetzt nur der Schwedische Gesandte mit einem Anerkennungsschreiben ein.

## Großbritannien.

**London**, 21./9. Novbr. Die Zeitungen können noch immer nicht Napoleon's Vorgehen wider die Verträge von 1815 vergessen; — so sagt ein Leitartikel: Wer denkt nur einen Augenblick, daß England, Oesterreich, Preußen oder Rußland sich durch die größten Schmeicheleien bewegen lassen würden, Victor Emanuel für den Besitz Neapels oder Napoleon dem Dritten für den Besitz Savoyens eine Garantie zu geben? Genug, daß ihr Besitzrecht von Niemandem angefochten wird. In den meisten Fällen, in welchen der Wiener Vertrag gebrochen — wir dürfen besser sagen verbessert — worden ist, hat die Neuerung die ausdrückliche Sanction der Großmächte erhalten. Wir wünschen Napoleon dem Dritten Glück und langes Leben, und wäre es möglich, den Tag zu erleben wo sein Nachfolger aus der vierten Generation seinen Platz auf dem Throne einnehmen wird, so wären wir vollkommen zufrieden, daß es so gekommen. Aber die andern Mächte sind gewiß nicht bereit, den Erben Napoleons III. den französischen Thron zu gewährleisten. Sie müssen selbst sehen, daß sie nicht herabgestoßen werden; und sollte Jemand sie verdrängen, so müssen wir thun, wie wir zu andern Zeiten gethan, und das fait accompli mit geziemender Ergebung hinnehmen. . . . Die Stipulationen des Wieners Vertrages haben Aenderungen erlitten; ändert sich nicht Europa überhaupt alle 50 Jahre in seinen secundären Zügen; der Geist des Vertrages ist geachtet geblieben; das durch ihn begründete europäische Gleichgewicht ist nicht gebrochen worden. Es würde dem Kaiser Napoleon gewiß Vergnügen machen, auf das Pergament, welches das Reich seines Oheims zerstückelt und aus dem Chaos, das er bei seinem Sturz hinterlassen, einige Ordnung entwickelt hat, den Fuß setzen zu können. Aber das Pergament mit Füßen treten oder es den Flammen übergeben, hieße unserer Meinung nach so viel wie es auf die Gefahr der Wiederkehr jenes Chaos ankommen lassen.

Auf dem Schlosse Windsor ist eine Sammlung indischer Skulpturwerke, augenscheinlich zum Geschenk für die Königin bestimmt, eingetroffen. Das Bemerkenswerthe in derselben ist ein kleiner, im schönsten orientalischen Styl ausgeführter Tempel von weißem, hier und da mit bräunlichen Adern durchzogenem Marmor, überragt von einer Kuppel und mit fein ausgemeißelten laubgeschmückten Pfeilern und Karnießen geziert; dazu zwei etwa vier Fuß hohe und prachtvoll geschnitzte Elephanten. Die Werke, denen unverkennbare künstlerische Meisterhand ihren Stempel aufgedrückt hat, sind sämmtlich Erzeugnisse von einheimischen Söhnen des Ostens.

## Frankreich.

**Paris**, 18./6. Nov. Die Debats antworten in würdigem Tone auf die Drohungen, welche Herzog Morny im Namen der Kammer-Majorität gegen die Journale formulirt hat; die Presse ist jetzt also der dreifachen Action des Staats-Procurators, der Kammer und der Minister ausgesetzt. Der mythologische Kreis der Scylla und Charybdis hat sich für die französische Presse während der Dauer der Kammer-Session um eine dritte Gefahr vermehrt. Wie man vernimmt, soll der Artikel, welcher hauptsächlich die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gezogen hat, von Thiers selbst herrühren und Prévost Paradol aus Deferenz nur die Unterschrift dazu hergegeben haben. Doch wird dies immer nur eine schwerlich nachweisbare Vermuthung bleiben. Dagegen soll Granier de Cassagnac, und nicht Morny, sich in der That das Verdienst um die parlamentarische Majestät der Kammer erworben haben, die Initiative der Denunciation bei dem Minister des Innern gegen die Debats ergriffen zu haben. — Die Zahl der polit. Journ. in Paris und Departements ist 318, die der unpolitischen 6 bis 700. — Thiers äußerte: Wenn die Doctoren zur Consultation über einen Kranken zusammenkommen, so ist das in der Ordnung; aber eine Versammlung von lauter Patienten, die mit einander über ihre Leiden, faulen Schäden und Geschwüre sprechen, ist ein trübseliges und beklagenswerthes Schauspiel. — Wie der Moniteur meldet, hat der Kaiser Befehl gegeben, die Büste Villault's im Versailler Museum aufzustellen. — Die schleswig-holsteinische Affaire erregt hier deshalb so große Befürchtungen, weil man glaubt, daß die Bewohner der Herzogthümer zu den Waffen greifen werden. — Das Gerücht ist verbreitet, die Bank von Frankreich werde dem Staate 50 Millionen Fr. leihen. — In den hiesigen Geschäftskreisen herrscht eine große Mißstimmung. Das Mißtrauen ist dieses Mal weit stärker als im Jahre 1859, da die Geschäftswelt sich über die Tragweite der französischen Thronrede keiner Illusion hingiebt. Freilich hat sie die Erfahrungen vom Jahre 1859 für sich, die sie theuer genug erkauft hat, denn es ist gewiß, daß so manches Haus, welches im Sturme des Jahres 1859 verschwunden ist, heute noch bestehen würde, wenn es Napoleon's Taktik gleich klar durchschaut hätte. Zu besorgen ist nur, daß man heute in das andere Extrem verfällt, und dürfen wir dann einen Devisen-Cours erleben, den wir nicht mehr zu sehen erwartet haben. — Aus Turin wird von außerordentlichen kriegerischen Maßregeln berichtet, welche die Regierung anzuordnen Willens sei. Hier scheint man jedoch darauf kein Gewicht zu legen, wenigstens verlautet durchaus nichts davon, daß die Reducirung der italienischen Armee sistirt werden soll. Im Gegentheile werden fortwährend Pferde verkauft, welche größtentheils für Rechnung der italienischen Armee angekauft werden. — Die Patrie spricht mit einer Unterschrift, die sonst für inspirirt gehalten ward, ihre Unzufriedenheit mit der Haltung der Mächte aus. Ihr zufolge bittet der Kaiser nicht um den Congreß, sondern er schlägt ihn vor. Er erscheint auf demselben gerade wie alle anderen Fürsten. Mann könne deßhalb demselben nicht zumuthen, daß er vorher ein Programm aufstelle, zumal sich dieses kaum thun lasse, da bei der großen Anzahl von Fragen, die Europa in Agitation erhielten, der Congreß etwas Unbekanntes, etwas Unvorgesehenes bringen müsse.

## Nord-America.

**New-York**, 9 Novbr. Der Staatssecretär Seward hat eine Rede gehalten, in welcher er erklärte, es könnte nicht eher Friede gemacht werden, als bis Herr Lincoln Präsident des ganzen Gebietes der Vereinigten Staaten sei. Er bemerkte ferner, daß er die baldige Unterwerfung der Aufständischen erwarte und „daß dann Friede sein werde und die Engel im Himmel ihre Harfen zu der Symphonie eines solchen Friedens stimmen könnten." Es gebe keinen Staat, der nicht durch den Krieg stärker, und keinen Bürger, der nicht durch den Krieg reicher geworden sei. — Auf einem demokratischen Meeting in Newyork erging sich Gouverneur Seymour in scharfen Ausdrücken gegen die Centralisations- und Machtvergrößerungs-Gelüste der Regierung, und drückte es als seine Ueberzeugung aus, daß der Krieg, wie er jetzt geführt werde, die Nation zum Ruin und zum Bankerott bringen müsse. — Bei den Wahlen des Staates New-York haben die Republicaner mit 15- bis 20.000 Stimmen Majorität gesiegt. In der Stadt New-York hat die demokratische Partei seit dem vergangenen Jahre 10.000 Stimmen verloren. In Massachusetts siegten die republicanischen Candidaten mit 40.000 Stimmen Majorität.

## Neuere Nachrichten.

**Berlin**, 24. 12. Novbr. Der neue Gesetzvorschlag über den Militärdienst ist nur eine redactionelle Ueberarbeitung des in der vorigen Session von der Regierung vorgelegten Entwurfs. Die dreijährige Dienstzeit wird darin aufrecht erhalten.

**Pesth**, 21./9. Novbr. Großfürst Konstantin ist hier eingetroffen. Heute Vormittag hat derselbe den Besuch des Statthalters von Ungarn Grafen Palffy von Erdöd empfangen.

**Hamburg**, 21. 9. Novbr. Die hiesigen Zeitungen bringen die Nachricht, daß König Wilhelm von Würtemberg, geb. am 27. Sept. 1781, König seit 1816, gestern gestorben ist. Da kein anderes deutsches Blatt dies bestätigt, wüssen wir den Todesfall noch bezweifeln. Sein Nachfolger würde Carl, geb. am 6. März 1823, seit 1846 Gemahl der Großfürstin Olga von Rußland.

**Hamburg**, 23./11. Novbr. Man versichert, daß der Verwalter der Grafschaft Rantzau, Kammerherr von Moltke, das ganze Personal des Magistrats und des Gerichts zu Altona, die Professoren des Gymnasiums und beinahe alle Advocaten dieser Stadt, wie auch sämmtliches Personal der holsteinischen Provinzial-Verwaltung in Altona vom Bureauchef an in gleicher Weise den Huldigungseid für König Christian verweigern.

**Paris**, 21./9. Novbr. An den Bischof von Arras, der sein gegen Renan's „Leben Jesu" gerichtetes Buch: „Jesus Christus ist Gott", dem Kaiser übersandt hatte, ist folgendes Kaiserliches Handschreiben ergangen: Herr Bischof! Sie sind so freundlich gewesen, mir die Schrift zu übersenden, die Sie zur Bekämpfung eines neuerdings erschienenen Werkes verfaßten, das über einen der Fundamentalsätze unserer Religion Zweifel zu erheben trachtet. Mit Vergnügen sehe ich Sie an der Vertheidigung des Glaubens Theil nehmen und statte Ihnen dafür meinen aufrichtigen Glückwunsch ab. Danach, Herr Bischof, bitte ich Gott, Sie in seinen heiligen und würdigen Schutz zu nehmen. — Der Supplementar-Credit pro 1863, dessen Feststellung der Staatsrath zu prüfen hat, beträgt, laut „France," im Ganzen 91 Millionen, wovon 60 aufs ordentliche und 31 aufs außerordentliche Budget kommen. Kriegs- und Marineminister sind es vorzugsweise, die für die Mexico-Expedition dieser Zuschüsse bedürften. — Das Testament, welches Lamartine zum Universalerben seiner Gattin eingesetzt hatte, ist in England wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt worden. — Sicherem Vernehmen nach ist es unbegründet, daß der König Leopold den Cabinetten von London, Wien und Berlin Mittheilungen in Bezug auf den Congreß gemacht hat. Die Depeschen, welche der Abtheilungschef Lebeau in Wien und Berlin abgegeben hat, beziehen sich auf die Regelung der Zahlung der Abfindungssumme für den Scheldezoll.

Briefe aus **Konstantinopel** vom 13./1. Novbr. berichten von einer Agitation in Albanien. Die Regierung hat Ismail Pascha mit Truppen als Special-Commissar dahin gesandt. Man behauptet, die Türkei stehe im Begriff, eine Note an Rußland abzusenden, welche gegen dessen außerordentliche Rüstungen protestirt und erklärt, betreffenden Falles als Repressalien die Dardanellen den Westmächten öffnen zu können. Man spricht von einer Ersetzung Sir H. Bulwer's durch Lord Seymour oder M. Erskine. Sir J. Hudson, früherer Gesandter in Turin, habe den Posten ausgeschlagen.

**Madrid**, 19./7. Novbr. Die spanische Regierung unterstützt die Candidatur des Erzherzogs Maximilian für den mexicanischen Thron. — Laut Berichten aus San Domingo bewerkstelligten die Spanier den Rückzug aus Puerta Plata in guter Ordnung. — Die Neger begingen an allen Weißen, die ihnen in die Hände fielen, die scheußlichsten Grausamkeiten und steckten alle Städte in Brand, wohin sie nur gelangten. Auf diese Weise waren die spanischen Soldaten stets hinter einem unausgesetzt vor ihnen fliehenden Feinde her und fanden kein Obdach und keinen Unterhalt. Der Aufstand hat sich mehr oder weniger über alle Districte ausgebreitet, die Provinz ausgenommen, in der sich die Verwandten, Freunde und Besitzungen Santana's befinden. Dieser beschützt mit mehreren spanischen Bataillonen unter Befehl des Generals Gondara die Hauptstadt; der General ist stark genug, um Widerstand zu leisten und nöthigenfalls angreifen zu können. Die Ankunft des neuen General-Capitains Vargas hat die Gemüther wieder aufgerichtet. In Porto-Rico sind Familien aus San Domingo, darunter die des Generals Rivero, angekommen.

**Newyork**, 11. Novbr./30. Octbr. Seward verweigert die Genehmigung zu Werbungen für Juarez; alle, welche sich darauf einließen, würden gerichtlich verfolgt werden.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 28./16. November. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß die am Mittwoch telegraphirte Mittheilung Preußen und Oesterreich erkennten den Herzog Friedrich von Schleswig Holstein als unebenbürtig nicht an, nach zuverlässiger Quelle falsch ist.

**Frankfurt a. M.**, 28./16. Novbr. In der heutigen Sitzung des Bundestages wird die Beschlußfassung über ungesäumte Bundesexecution erwartet, die Successionsvertragung beider Gesandten ward dem Berathungsausschuß überwiesen.

Hannover und Oldenburg haben Kriegsrüstungen angeordnet, fordern zur Meldung von Freiwilligen und zu Geldzeichnungen auf.

In Hamburg hat die Polizei die Werbebüreaux geschlossen.

### Rigaer Wechsel-Cours vom 16. Novbr.

Amsterdam 172. — Hamburg 31 1/16. — London 35. — Paris 368 1/2.

### St. Petersburger Wechsel-Cours vom 15. November.

Amsterdam 172. — Hamburg 31. — London 35. — Paris 367, 367 1/2.

## Ein Tagebuch des Grafen Kankrin.

### IX.

Bad Gastein, 22. Juli/3. August.

Morgens stellte ich mich dem Erzherzog Johann vor, dessen ruhige Haltung und verständige Besonnenheit einnehmen. Er macht sich hier das Vergnügen der Gemsenjagd.

Ich machte am Morgen einen Spaziergang ziemlich hoch an den westlichen Bergen hinauf, wo ich, meinen Vermuthungen nach, erkannte, daß noch ein höherer älterer Hauptabfluß der Ache existirt hat. Aelterer, sage ich, besser unendlich alter.

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zu Nr. 266 des Dorpater Tagesblattes.

So in den Gebirgen meinen Gedanken nachhängend, stoßen mir immer mehr Zweifel über das jetzt geltende geologische System auf. Sehe ich, wie am jetzigen Achesturz und an andern Orten die Schichten des Gneuses perpendiculär da stehen und sich zum Theil abtrennend herabstürzen, so ist mir allerdings klar, daß durch Kräfte, die wir nicht ermessen, nicht erforschen, nur als Gase errathen können, diese Berge gehoben, diese Wände auf den Kopf gestellt, ja umgekehrt wurden. Aber die Formation dieser geschichteten Felsen durchs Feuer wird mir immer problematischer. Können sie nicht durchs Wasser gebildet sein, lange vorher und unter andern Verhältnissen, als die späteren Flözformationen? Sind sie nicht Theile der Urmasse der Erde, denn eine muß doch da gewesen sein; oder sind sie die durch Wasser modificirte, erhärtete Kruste des einst im geschmolzenem Zustand gewesenen Erdballs, zum Theil lange vorher erstarrt, ehe die inneren Gase ausbrachen und die Erdrinde zerrissen, aufgewallt, verstürzt und zerklüftet haben, früher ehe das in Dampfgestalt vorhandene und sich nach und nach in Regen herabstürzende Wasser in seiner jetzigen Menge vorhanden war, und die neptunischen Formationen anfingen; ehe einzelne Feuer- und Gasausbrüche die vulkanischen Formationen bewirkten. Alle mir bekannten Gründe scheinen mir zu vereinzelt, um die Feuerbildung des Granites, Gneuses ꝛc. zu beweisen, ja Uebergänge auf die man sich beruft, scheinen mir eher auf Mitwirkung zu deuten. Von späteren Wandlungen durch Feuer rede ich nicht.

Doch zu wenig wissend, behalte ich diese Zweifel und geognostische Träume für mich.

23. Juli/4. August.

Herr v. Jasykof, ein ausgezeichneter Geolog, einst im Bergdienst, aber jetzt mit seinem kranken Bruder auf Reisen und begütert, besuchte mich heute. Er beschäftigt sich besonders mit der Conchyliologie Rußlands und ist der Meinung, daß unser meist flaches europäisches Rußland noch zu großen Aufschlüssen in der Geologie führen müsse, da es, ja wenig bekannt, alles mehr in seiner ursprünglichen Lage, z. B. die Kreideformation vollständig in allen ihren Successionen, ohne die Verwerfungen der Gebirgsgegenden, zeige und in den Thalrissen der großen Flüsse bedeutende Entblößungen darbiete.

Dieser ausgezeichnete, noch junge, Mann kann der Wissenschaft viel nützen. — Er verließ den Dienst einige Monate vor meinem Amtsantritt.

Mit Hrn. v. Kamptz wurde ziemlich lange über unsere und andere Gesetzgebungen gesprochen. Er war in Verbindung mit Herrn Speransky, und fand auch, daß seinem herrlichen Talent zu viel Doctrinärschaft und Formalismus zugegeben gewesen.

Auch der anhaltische Oberfinanzrath Berg ist angekommen, den ich schon lange kenne. Es fanden und finden sich viele ansehnliche Leute hier: der Civilgouverneur von Mähren Graf Nyarte, der berühmte Admiral v. Krusenstern, mein langjähriger Freund, die preußischen Generale Rühle und Wrangel, Fürsten v. Karolath, Feldmarschallieutenant Tschoritsch, Commandirender in Tirol, der bekannte Lord Graf Roden, ein Hochtory und manche andere, zum Theil schon genannte: allein der gänzliche Mangel eines schicklichen Vereinigungspunktes hindert Annäherung, Mittheilung und Gemeinschaftlichkeit in hohem Grad, zumal bei meist schlechtem Wetter, und da man so eng und schlecht wohnt, daß man keine Art von Haus machen kann, wie es in unserer Absicht lag.

25. Juli / 6. August.

Mit Herrn v. Behr unterhielt ich mich eine Zeitlang über Landwirthschaft. Er bemerkte unter anderm, daß im Anhaltischen eher eine zu kleine Zerstückelung des Landes unter den Bauerfamilien, als ein Zusammenkaufen zu bemerken wäre. Natürlich stellt sich unter verschiednen Umständen die Sache anders.

Er kam auf die Lupine, eine Bohne (die blaublühende ist die beste) welche sehr geeignet ist, todten Sand in Acker zu verwandeln.

Ein Herr v. Wulfen im Magdeburgischen, am rechten sandigen Ufer der Elbe, hat sie besonders in den Gang gebracht. Sie ward gesäet, anderthalb Fuß hoch zur grünen Düngung untergepflügt, im Herbst mit Roggen besäet und giebt das nächste Jahr gute Ernte. Sie könnte in einigen Gegenden bei uns sehr nützlich sein.

Auch wurde von der Lochdüngung der Kartoffel gesprochen. Ein Mann macht mit einem dicken spitzen Stock Löcher, ein Anderer geht nach, wirft in jedes Loch etwas kleinen Dünger und die Saatkartoffel. Es hat seine Vortheile bei Düngermangel; doch sollen nach den Kartoffeln Erbsen gesäet werden, so muß das ganze Feld bedüngt werden.

Dies sind keine unbekannte Dinge, aber ich habe sie verzeichnet um etwa Proben zu machen, denn nicht alles Bekannte wird angewendet, wo es gut ist.

Die falsch oder boshaft begriffene orientalische Frage scheint, den Zeitungen nach, den politischen Horizont zu trüben. Die französischen Blätter schnauben Krieg, viele mögen ihn wünschen, ein gewisser Mann sucht ihn vielleicht herbeizuführen, um sich zu halten und zu nützen, er könnte sich täuschen. Die Napoleonische Zeit, der Rhein spuckt in manchen Köpfen, die Jugend will voran, für das männliche Alter giebt es Ruhm oder Geld; aber sollte es zum Krieg kommen, so wird sich gar vieles anders finden, als manche denken mögen. Auch die Franzosen sind Neulinge im Kriegen geworden, wie immer nach langem Frieden; Deutschland ist in anderer Lage; es wird viel, sehr viel Geld kosten, und dies wird, wenn auch nicht gleich Anfangs, viel Opposition, Tadel, Verdrehung bringen, besonders bei unbedeutenden Erfolgen, oder gar Nachtheilen. Ob der Krieg kurz oder dauernd sein werde? Beides kann eintreten, und ich enthalte mich des unglücklichen Prophetisirens. Viel kommt darauf an, ob der Gang der Dinge in Frankreich revolutionär wird. Im gewöhnlichen Gang eines Regierungskrieges sehe ich keine überwiegend günstigen Umstände für Frankreich. Ersteres könnte indessen leicht eintreten und dann ist vieles zu erwarten. Geschieht es nicht, so möchte schwerlich viel zu befürchten sein, denn in einem constitutionellen Lande wie Frankreich, wo weder der Regent, noch das Ministerium Kraft und Zutrauen besitzt, möchte es schwer sein, mit Erfolg Krieg zu führen. Allein eben dies könnte eine revolutionäre Wendung herbeiführen.

Ob es für Europa nicht nothwendig sei, von Zeit zu Zeit einen Krieg zu haben, will ich nicht bestreiten. Aber bei den jetzigen umwälzenden Tendenzen ist er gewiß nicht wünschenswerth. In jedem Fall müssen die Nationen durch vermehrte Schuldenlasten und erhöhte Abgaben schwer belastet werden, während die Spannung und Verwickelung des gesellschaftlichen Zustandes schon so groß ist.

Uebrigens können die jetzt aufziehenden Wolken auch vorüber gehen. Jedenfalls aber dürfte die diplomatische Mißheirath zwischen England und Frankreich eben keinen langen Hausfrieden versprechen.

Salzburg, 29. Juli/10. August.

Hallein ist bedeutender als die bisher erwähnten stadtähnlichen Orte. Wir besuchten eine Salzkothe.

Ich will mich in kein weiteres Detail über diese mir wol bekannte Sache (Salz-Sieden) einlassen. Es ließe sich vielleicht viel gegen die hiesige Art des Salzsiedens einwenden, besonders nachdem so viel Neues und Complicirtes bei dieser so einfach scheinenden und doch so viele Rücksichten darbietenden Sache, eingeführt worden. Vorausgesetzt, daß aller entbehrliche Luxus bei Seite bleibt, der zwar so schön steht, aber bei Ackerbau, Fabriken, Berg- und Salzwesen und allem was rentiren soll, dem Zweck so widersprechend ist, kommt es hier in der Hauptsache auf die Holzpreise, die Holzschonung und die Baukosten an, welche zum Zweck der Holzschonung aufzuwenden sind, wobei wol zu beobachten ist, ob wirklich Abnahme der Waldungen zu befürchten steht. Wo das Holz wohlfeil und noch auf lange da ist, sind wol die simpelsten Methoden, wie größtentheils in Rußland, die besten, weil große Bau- und Unterhaltungskosten nur Schaden brächten, und das Permsche Salz ist so schön wie irgend eines. Noch manche Nebenumstände z. B. Arbeitslohn, Preis des Eisens, ob feines oder grobes (Treib- oder Solsalz) gefordert werde ꝛc. kommen zugleich in Betracht. Ich streite übrigens die Möglichkeit und allmälige Nothwendigkeit von Verbesserungen nicht ab und lasse deshalb Bergbeamte reisen. Ueberhaupt hat es mit der Veränderung einer einmal eingeführten Methode immer seine Bedenklichkeiten oder Schwierigkeiten. Nicht blos, weil man an dem einmal Eingeführten hängt, sondern weil das Eingeführte, so wie jede Methode, gewöhnlich sein Gutes und Böses hat, vieles von Localverhältnissen abhängt oder in der Meinung haftet, während es nicht leicht ist vorauszusehen, wie sich das Neue stellen wird. Oft kommt man nur durch mißlungene Versuche zum Besseren.

Gegen Mittag kamen wir, uns an den vortrefflichen Lagen ergötzend, nach Salzburg.

Innsbruck, 4./16. August.

Wir verweilten heute hier und besahen mehreres von dem etwa Sehenswerthen; auch machten wir eine Rundfahrt um die Stadt.

Ich hatte die Umgebungen dieser Stadt schöner erwartet als ich sie fand. Doch waren auch die Spitzen und Schneiden der Berge bewölkt. Nach dem Berg Isel zu, wo der tyroler Landsturm ein unglückliches Gefecht hatte, ist eine der besten Ansichten. Die früheren Erfolge eines Landsturms beweisen die Kraft des Gutschießens besonders in dem kleinen Bergkrieg. Jetzt haben die hiesigen Schützen überall, selbst an sehr alten Büchsen, Percussionsschlösser, welches indessen aber ihren Gebrauch in Masse an sich nicht entscheidet.

Die Hofkirche mit dem Mausoleum des Kaisers Maximilian I., der sich wol mehr durch seine Persönlichkeit als Mann, wie als Regent und Krieger auszeichnete, und den 28 Bronzestatuen hoher Häupter und Häuptinnen, ist ohne Zweifel das bedeutendste in Innsbruck. Sie ist im gothischen Styl erbaut, doch vielleicht später mit vieler schlechter Stuccatur überladen. Die 28 Statuen haben unverhältnißmäßig starke Köpfe und ausgesprochene Züge. An das Detail der Rüstungen ist viel Fleiß verwendet, aber mehrere der sehr mannichfaltigen Rüstungen scheinen zu fantastisch um wahr zu sein. Das Erz ist zum Theil sehr dünn. Es läßt sich nicht errathen, welcher Gedanke der Auswahl der abgebildeten großen Personen zu Grund gelegen hat: König Arthur und Carl der Kühne, Theodobert, König von Burgund und Erzherzöge; und in Hinsicht der Damen ist es noch schwerer den Grund zu finden.

Die silberne Capelle ist nicht besonders; das Grab der Philippine Welserin zu bemerken. Damals mag wol unter den reichen Stadtjungfern mehr guter Ton und gesellschaftliche Ausbildung, vielleicht ein wenig mehr Koketterie geherrscht haben, als unter den vereinsamten Fürstentöchtern.

Hofers Denkmal ist sehr gut. Das Basrelief ausgezeichnet, nur zu voll. Hofers Statue ist Portrait. Das ist nie gut, denn er hat

eine sehr gemeine Physiognomie, welches übrigens für sein Thun Nichts beweist, aber dem Eindruck schadet.

Die vielen Basreliefs am Monument Maximilian I. sind mit unglaublicher Feinheit in Hoch- und Flachrelief gearbeitet. Einige, die weniger Figuren haben, kann man den Kunstwerken zugesellen, andre mit unzählbaren Figuren und weiter Perspective, wie z. B. die dargestellten Schlachten lassen nur die überwundene Schwierigkeit kalt anstaunen.

Von dem Uebrigen will ich nur kurz sein, um nicht, wie in den Ortsbeschreibungen der Reisebücher, unwillkürlich übertriebene Erwartungen zu erregen.

Die Pfarrkirche St. Jacob ist sehr verziert. Das kleine Bild der Mutter Gottes von Lucas Kranach am Hochaltar ist schön. Unter den andern Kirchen ist der Hochaltar in dem Norbertinerkloster Widau aus Holz, schwarz lakirt mit Gold, wegen seiner Größe imposant, wenn auch nicht durchaus geschmackvoll. Die natürlichen Zeuge an Baldachinen, Heiligenbildern und Reliquien und andere kleinliche Verzierungen schaden überhaupt dem Effect der Architectur und dem Eindruck der Kirchen. Sie sind in Tirol ganz besonders gehäuft, so wie die ecce homo und Heiligenbilder an den Wegen.

Die Hofburg ist nicht bedeutend; die Bronze-Statue Leopold des Zweiten, auf einem neuen Fußgestell — nicht des Kaisers Leopold — ist viel zu klein, und hat auf dem Platz, wo sie steht, das Ansehen eines Kindes das auf einem Pony reitet. Sie soll anfangs auf das Portal einer Kirche bestimmt gewesen sein.

Das Schloß Ambras, das ich mir irrig als eine Hochburg (Akropolis) nahe bei der Stadt dachte, besahen wir nicht, da es nach Versetzung der Sammlungen nach Wien, nichts besonders sehenswerthes mehr besitzt. Auch fing es von 4 Uhr wieder zu regnen an, weshalb der Abend unter Zeitungslesen hinging. Die große Kinderei Louis Napoleons in Boulogne war uns neu. Dieser Auftritt contrastirt sonderbar mit der Einholung der Asche Napoleons, und diese selbst hat etwas von dem, wie man im Mittelalter kostbare Reliquien einholte. Wenn man schon anfängt, an Monumente zu denken, lebt gewöhnlich der Mann nur noch in der Erinnerung und nicht mehr in den Herzen.

## Locales.

In der gestrigen Versammlung des Handwerkervereins wurden die interessanten Vorträge über Socrates zu Ende geführt. Der Redner behandelte die Methode des Socrates, das Positive in seiner Wirksamkeit, seinen Prozeß und Tod.

## Witterungsbeobachtungen.

15. Novbr., A. St. (27. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 343,14 | + 7,56 | − 1,8 | $SW_2$ | Trüb (4) |
| 2 U. | 342,08 | + 6 47 | 0 2 | $SW_3$ | Trüb (4) |
| 11 U. | 340,91 | + 5,24 | 2,2 | $SW_2$ | Trüb (4) |
| Mittel | 342,43 | | − 0,19 | | (3,93) |

Die Temperatur ist 2,14 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 2,64 im J. 1850, niedrigste — 10,43 im J. 1857. — War gestern die hohe Temperatur bei dem starken Luftdrucke auffallend, so ist der starke Wind aus SW bei dem hohen Barometerstande es eben so sehr, im Mittel steht das Barometer bei diesem Winde etwa einen Zoll tiefer als heute. Wäre dieser Wind schwach gewesen so könnte man glauben, daß er mehr local ware, aber seine Stärke und Dauer beweist, daß die Störung im Gleichgewichte der Atmosphäre sich sehr weit erstreckt. Nachrichten über heftige Stürme dürften wol sehr bald in den Zeitungen kommen Der November dieses Jahres bildet einen auffallenden Gegensatz zu dem des vorigen, damals vorherrschend kalter Polarstrom mit hohen wenig gestörten Barometerstande und Kälte, dieses Jahr niedrig und unruhig mit Wärme Die Nachricht aus Omsk in der gestrigen Zeitung bestätigt dasjenige, was die Beobachtungen hier und im westlichen Europa schon gezeigt hatten.

№ 625. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 16. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Von Einem kaiserlichen Universitätsgerichte zu Dorpat werden nach § 8 der Vorschriften für die Studirenden alle Diejenigen, welche an die Herren: stud. theol. Adolph Oppmann u. Georg Rahr, med. Arnold Hollmann, Hugo Tornius und Arth. Schultz, pharm. Wilh. Francke, Gust. Sorgenfrei, Aug. Tettenborn — aus der Zeit ihres Aufenthalts auf dieser Universität aus irgend einem Grunde herrührende gesetzliche Forderungen haben sollten, aufgefordert, sich damit binnen vier Wochen a dato, sub poena praeclusi, bei dem kaiserlichen Universitätsgerichte zu melden.

Dorpat, 7. November 1863.

Rector Bidder.
Notär A. L. Wulffius.

---

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Im Verlage von **E. J. Karow** in Dorpat und Fellin erschien so eben:

Predigt
über
## die evangelische Freiheit.

Auf Grund v. Galat. 5. 1—6 am 20. Oct. 1863
gehalten in der
Universitätskirche zu Dorpat
von
Dr. **A. Christiani,**
Pastor an der Universitäts-Gemeinde.
Preis: 15 Kop.

---

Bei **E. J. Karow** in Dorpat u. Fellin traf wieder ein:

**Bender, Repetitorium**
des gemeinen Rechts für Studirende.
2 Rbl. 50 Kop.

**Oettingen, durch Kreuz zum Licht.**
Predigten. 2 R. 18 Kop.

Synopsis evangelica ed. Tischendorf.
1 R. 67 Kop.

---

Einem **Kupferschmiede-Gesellen** der sich innerhalb 14 Tagen zu mir in Arbeit begiebt, zahle ich ein Frachtgeld von 15 Rubel und 4 Rubel wöchentlich Gage.

Reval, 11. Nov. 1863. **F. Wiegand.**

---

Bei **E. J. Karow** ist vorräthig:

## Bildnisse berühmter Deutschen.

Gezeichnet u. gestochen von Meistern.

Lfg. 5: Beethoven (nach Waldmüller), Gluck (nach Duplessis), Schleiermacher (nach Heine).
Lfg. 6: Schiller (nach Simanowicz), A. von Humboldt (nach Begas), Haydn (nach Roesler).
Lfg. 7: Blumenbach (nach Grimm), Cornelius (nach Begas), Rauch (nach Begas).
Lfg. 8: Kant (nach Doebler), Niebuhr (nach Schnorr von Carolsfeld), Rückert (nach Amsler).
Lfg. 9: Jacob Grimm (nach Begas), Hegel (nach Selbers), Schinkel (nach Krüger).
Lfg. 10: Tieck (nach Vogel), Uhland (nach einer Photographie), W. von Humboldt (nach Krüger).

---

Soeben sind erschienen und bei mir sowol, als in den Handlungen der Herren Karow, Hoppe, Ihle & Röschke zu haben:

**22 photographische Ansichten von Dorpat und Umgegend**

in Visitenkartenformat, à Dutzend 4 Rbl., per einzeln Blatt 40 Kop., sowie **mehrere neue Ansichten Dorpats** auf Briefpapier.

**C. Hößlinger.**

---

### Dorpater Handwerker-Verein.

**Sonntag,** 17. Novbr.: **Gesellschafts-Abend.** Beginn 8 Uhr. — Couvert-Billets für diejenigen Mitglieder, welche sich am Abend-Tisch zu betheiligen wünschen, sind Freitag Abend im Vereins-Local und bis Sonntag Abend beim Oeconomen der Bürgermusse gegen Entrichtung von 40 Kop. in Empfang zu nehmen. — Gäste dürfen nicht eingeführt werden. Der Vorstand.

---

**Neue Salon- und Cabinet-Flügel, Piano und Pianino**

verkauft unter annehmbaren Bedingungen und garantirt für jeden Fehler

**O. D. Wenzel,**
gegenüber der Universität neben der academischen Musse.

---

In Folge des Correspondenz-Artikels aus Carlsruhe in Nr. 245 des Dorpater Tagesblattes zeige ich hierdurch an, daß ich bereit bin, in dem demnächst zu eröffnenden Institut Knaben aus Rußland, die nach dem Wunsche der Eltern ihre Erziehung in Deutschland erhalten sollen, in Pension zu nehmen und unter Benutzung der hiesigen trefflichen Schulen die Erziehung der mir anvertrauten Jugend zu leiten. — Nähere Auskunft über mein Unternehmen wird gütigst Herr Staatsrath **Th. Struve** in Dorpat (im Hause Claus) ertheilen.

Carlsruhe, 12. Novbr./31. Octbr. 1863.

Dr. **H. Koßmann.**

---

Einem hohen Adel und geehrten Publicum erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich **gründlichen Unterricht im Violinspiel** und in der Behandlung des **Cornet à piston** ertheile, auch werden bei mir **Noten copirt,** indem ich bitte, daß man mich mit geneigtem Wohlwollen beehren möge, empfiehlt sich hochachtungsvoll

**Hensel,**
Salzstraße, im Hause des Herrn Baumeister Meyer,
früher Petersonsche Haus.

---

## Branntwein

mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft **F. G. Faure.**

---

**Frischen Sömga,**
**Frischen gepreßten Caviar**
bester Sorte und
**frische Neunaugen**
empfing und empfiehlt

***Alexander Botscherow,***
am großen Markt.

---

Im Verlauf von 14 Tagen verkaufe ich meine hiesigen, gut gearbeiteten **Damen-Prünellstiefel** zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**B. A. Müller,**
Galoschenhandlung
(Haus Petersonn, Rtterstr.)

---

Abreise halber werden in der Kreis-Rentei **Möbel, Spiegel** ꝛc. verkauft.

№ 267. Montag, den 18. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Neuorganisation der Feuerwehr. Von estländischer Statistik. Zu einer Notiz der Rig. Ztg. St. Petersburg: Ankunft Ihrer Maj. der Kaiserin. Auskaufsoperationen. Die Opinion nationale. Danemark. Congreßantwort. Warschau: Abgaben. Adressen. Verschaft der Nationalregierung. Geistliche. Kowno: Politische Gefangene. Schaulen: Durchsuchung der Wälder.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Abgeordnetenhaus: Schleswig-Holstein. Militärnovelle. Danzig: Kriegsschiffe. Köln: Mobilmachung. Erlangen: Adresse für Schleswig-Holstein. Altona: Stimmung in Deutschland. Nationalverein. Großdeutsche. Ratzeburg: Kirchengebet. Militär Schleswig: Regierungsantritt Ministerium. Bundestag. Deputation nach Kopenhagen. — Danemark. Rüstungen zu Lande und zur See. Zeitungen. Grafin Danner. — Großbritannien. London: Verhandlungen mit Frankreich. Die Times über den Congreß. Bankausweis.

**Neuere Nachrichten. — Locales.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 18. November. Die Einwohner der Stadt werden von dem städtischen Brand-Collegium zum freiwilligen Eintritt in eine neu zu organisirende Feuerwehr aufgefordert. (Näheres unter den Bekanntmachungen.)

— Vom estländischen statistischen Comité ist ad No. 90 der Ehstl. Gouvts.-Zeitung ein zweiter Abschnitt aus den Vorarbeiten für das statistische Jahrbuch veröffentlicht: eine Verbrechens-Statistik und Uebersicht über den Gang der Civil- und Criminal-Sachen für die Jahre 1860, 1861 und 1862. Die Kritik findet dieser zweiten Arbeit gegenüber keinen festen Standpunkt, da in den einleitenden Worten eingeräumt ist, daß den gerechtfertigten Anforderungen an eine wissenschaftliche Bearbeitung der Rechtspflege in mehrfacher Beziehung nicht entsprechen sein dürfte. „Zu einer solchen — heißt es — war das seither von den Justiz-Behörden nur in Anleitung und zur Ausfüllung der vorgeschriebenen Formulare angesammelte Material, nicht genügend — während für eine durchgängige Umarbeitung desselben bis jetzt Kräfte und Zeit gebrachen. Für die Zukunft, wo die Behörden darauf vorbereitet sein werden, fortlaufend statistische Ermittelungen auch in anderem, als dem angedeuteten Sinne, anzusammeln, kann eine erschöpfendere und befriedigendere Lösung der Aufgabe in Aussicht gestellt werden." Wie weit diese Hoffnung sich bewähren wird, mag die Zukunft lehren. Jedenfalls scheint zwischen den „ansammelnden" Behörden und dem statistischen Comité ein Mittelglied zu fehlen. Die Behörden werden immer möglichst wenig liefern oder, wo sie viel geben, die eigne Ehre gar leicht zu sehr im Auge haben; das officiell arbeitende Personal des Comités wiederum ist gar zu klein, um in allen Fragen erschöpfende Sachkenntniß mit freiem Ueberblick zu verbinden. Die Rev. Ztg. hat an der vorliegenden Arbeit in zutreffender Weise gewisse Mängel hervorgehoben, welche den Wunsch nahe legen, daß für jedes künftig in Angriff zu nehmende Capitel Plan und Stoff mit sachverständigen Freiwilligen gründlich vorbereitet, durchgesprochen und vor der Veröffentlichung ihrer Beurtheilung nochmals unterbreitet werde. Zugleich wird es kaum rathsam sein, von vornherein das „Jahrbuch" gar zu fest ins Auge zu fassen und die Thätigkeit an dessen Capitel zu zersplittern. Der Nachtheil ist so groß nicht, wenn Estland auch noch etliche Jahre auf sein Jahrbuch warten müßte. Nichts thut so dringend Noth, wie eine gewissenhaft durchgeführte Volkszählung und Estland wird bei Zeiten mit sich zu Rathe gehen müssen, um alle irgend disponibeln Kräfte und Mittel zweckmäßig auf dieses wichtigste Ziel zu concentriren.

— Die Rig. Z. bringt in Nr. 267 aus den Livl. Jahrbüchern von Gadebusch den Nachweis, daß in Dorpat von 1710 bis 1760 mehrere „Literaten, die Beamte gewesen", in die große Gilde sind aufgenommen worden und zählt als solche auf: einen Ordnungsgerichts-Notair, einen Kreis-Notair, einen Recognitions-Inspector, einen Kammerbuchhalter, einen Oeconomie-Fiscal, einen Raths-Notair, einen Kreisfiscal, einen Stadt-Secretär, einen Liquidations-Commissar, einen Landgerichts-Canzellisten. Sie meint, diese Notiz sei für Dorpat, den „Hort des modernen Baltischen Conservatismus", „wahrhaft heiter." Wir unsererseits finden in dieser „heitern" Notiz nur das Symptom hohlgehender Stimmung, welcher wir auch dieses Mal schonend begegnen wollen. Wir geben daher den Lesern der Rig. Zeitung das Urtheil über jene Notiz anheim, welche glauben machen will: 1) daß das Dorp. Tagesblatt die ausnahmsweise zulässige Aufnahme von Beamten nicht habe gestatten wollen; 2) daß „der Anfang des 18. Jahrhunderts" (genauer: die Jahre 1724 bis 1754) zu den Zeiten gehörte, „welche aus Instinct", nicht aus „fanatischer Reflexion" auf „historisch-conservativem Boden standen."

**St. Petersburg**, 14. Nov. Ihre Maj. die Kaiserin ist gestern in Zarskoe-Selo wieder eingetroffen.

— In Mariinsk am Ausflusse des Amur ist die Telegraphenstation für die Annahme der inneren Correspondenz eröffnet worden.

— Die Opinion nationale sagt nach dem Nord Folgendes: „Nicht das leidende Rußland, nicht das heutige Rußland ist es, welches wir zu fürchten haben; es ist das künftige Rußland, das Rußland, welches von Eisenbahnen durchschnitten, mit einer furchtbaren Marine versehen, durch die Emancipation der Bauern regenerirt, durch die natürlichen Folgen dieser großen, socialen Reform bereichert sein wird und eine Bevölkerung hat, welche der Frankreichs, Deutschlands, Oesterreichs und Italiens gleich kommt." Also so dient die Opinion. nationale der Civilisation und der Menschheit. Sollen die sechzig Millionen Russen in ewiger Barbarei verharren? Soll jeder Versuch dieses Volkes, den Weg des Fortschritts zu betreten, das Signal zum allgemeinen Kampfe gegen dasselbe werden? (D. P. Z.)

— Das Journal de St. Petersbourg bemerkt zu den neuesten Vorgängen in Dänemark und den Herzogthümern: „Man darf nicht besorgen, daß Deutschland, den Stipulationen von 1852 zuwider, mit Waffengewalt die Rechte wird vertreten wollen, die das Haus Augustenburg vor jenem Zeitpunct gehabt haben konnte." Zugleich tadelt das Journal den König Christian, daß er sich mit der Sanctionirung der neuen Constitution, welche die Einverleibung Schleswigs in sich begreift, so gar sehr beeilt habe.

— Die Nordische Post veröffentlicht eine Uebersicht über die Lage der Auskaufsoperationen zum 1. Nov. d. J. Mit Unterstützung seitens der Krone haben 6598 Gemeinden ehemaliger Leibeigener, bestehend aus 810.254 männlichen Seelen, also 8% sämmtlicher früherer Leibeigener, durch Verträge mit ihren früheren Gutsherren Grundeigenthum im Betrag von 2.668.716 Dessätinen erworben. Die Summen, welche die Krone den 6598 Gemeinden zum Erwerb des Grundeigenthums vorschießt, beträgt 84.038.510 Rbl. Die Zahlungen werden geleistet nach Ausführung der Verträge resp. Verschreibung des Landes als Eigenthum der Bauergemeinde, definitive Abgränzung desselben vom Eigenthum des Gutsbesitzers und Einweisung der Gemeinde in den Besitz ihres Landes. Der Vorschuß von Seiten der Krone bleibt als Hypothekenschuld auf dem Bauerlande haften und wird allmälig nach bestimmten Regeln von der Gemeinde getilgt. Bis zum 1. November d. J. waren bereits ausgezahlt 77.538.670 Rbl. 19 Kop. und zwar in der Weise, daß 39.537.792 Rbl. 54 Kop., die als hypothecirte Schuld an die früheren Reichscreditanstalten auf den Gütern hafteten, von denselben auf das von den Bauergemeinden erworbene Land übertragen wurden; 21.853.300 Rbl. den Besitzern in besonderen, zum Zweck der Auskaufsoperation ausgegebenen zinstragenden Papieren (выкупныя свидѣтельства), 9.064.400 Rbl. in 5% Bankbilleten der 2. Emission, endlich die Bruchtheile der einzelnen Summen mit 201.218 Rbl. 74 Kop. baar ausgezahlt wurden. Es wurden 6.864.560 Rbl. 45 Kop. für unkündbares Capital erklärt, von welcher Summe daher die Krone nur die Zinsen zu zahlen hat; 3243 Rbl. 44 Kop. wurden für Proclame und sonstige Erlasse und 14.155 Rbl. 2 Kop. als Strafgelder gezahlt. Nach den bisher zwischen den Gutsbesitzern und Bauergemeinden abgeschlossenen Verträgen ist für die männliche Seele durchschnittlich 3⅓ Dessätinen als Eigenthum erworben worden und zwar für den Durchschnittspreis von 103 Rbl. 71 Kop., (für die Dessätine also 31 Rbl. 49 Kop.) Von diesen sind 51 Rbl. 89 Kop. von den früheren Bankschulden der Güter auf das Gemeindeland übertragen und 51 Rbl. 82 Kop. den Gutsbesitzern in Obligationen, Bankbilleten und baar ausgezahlt worden.

— 22./10. November. (Nat. Ztg.) Die Antwort des Kaisers Alexander auf die Einladung des Kaisers Napoleon zum Congresse ist gestern von hier abgesendet worden. Ueber den Inhalt der Antwort geht aus gut unterrichteter Quelle folgende Mittheilung zu: Rußland betont seine Vorliebe für friedliche Lösungen, da die Menschheit und der Fortschritt nur gewinnen können, wenn blutige Entscheidungen hintangehalten werden. Es zollt deshalb den Gefühlen, welche die Absicht Napoleons III. hervorgerufen, seine vollste Anerkennung; — glaubt

aber, ehe es dem nur skizzirten Congreßprojecte seine Zustimmung ertheilt, daß dieses näher entwickelt werden müsse und daß namentlich die verschiedenen dem Congresse zufallenden Aufgaben von demjenigen Souveraine genau zu präcisiren seien, welcher in dieser Angelegenheit die Initiative ergriffen. Rußland erklärt somit, daß es im Principe die Ansicht des Kaisers der Franzosen über die Vorzüglichkeit und die Vortheile der friedlichen Lösungen und der durch ein europäisches Schiedsgericht herbeizuführenden Verständigung theile; es verlangt aber, man möge dem Congreß-Vorschlage diejenige Form geben, welche eine Beurtheilung vom practischen Standpuncte möglich mache.

**Warschau.** Der hiesige Magistrat macht bekannt, daß nur die fehlenden Abgaben von 1862 und 63 mittelst der Kriegsexecution beigetrieben werden sollen; die Eintreibung der übrigen Abgaben wird auf dem gewöhnlichen Wege vorgenommen werden.

— Die Nationalregierung bringt in einer Extra-Beilage zur Zeitung Niepodleglosc vier Adressen aus den Gouvernements Wilna, Witebsk, Kowno und Grodno mit 250.000 Unterschriften, welche einen Protest gegen die durch Murawiew erzwungenen Loyalitäts-Adressen und Ausdruck der Ergebenheit gegen die National-Regierung enthalten. — Ueber den hingerichteten Piotrowski wird noch gemeldet, daß er sich an der revolutionairen Organisation unter dem Namen „National-Regierung" betheiligt hatte, in welcher er die Stelle eines Organisators der Stadt Warschau bekleidete. Derselbe besaß ein Petschaft, das er allen seinen, die Entwickelung und Befestigung der Verschwörung bezweckenden Verordnungen beigedrückt und das bei zwei nun deportirten jungen Damen aufbewahrt ward; hauptsächlich aber beschäftigte er sich mit Anwerbung verschiedener Personen in Warschau für die Rebellenbanden, zu welchem Behufe er Listen aller derjenigen Personen von 18 bis 45 Jahren anlegte, die als waffenfähig erachtet wurden. — Um die Communication unter der conspirirenden katholischen Geistlichkeit zu verhindern, darf jetzt kein Geistlicher aus der Provinz nach Warschau, wenn er hier nicht unter polizeiliche Aufsicht gestellt und bis auf weitere Ordre zurückgehalten sein will. Dieser Befehl des Grafen Berg, welcher in jeder Thor-Expedition ausgehängt ist, wird den reisenden katholischen Geistlichen bekannt gemacht, und ihnen dann frei gestellt, sich obiger Vorschrift zu unterwerfen, oder vom Thor wieder umzukehren. Es wird versichert, daß in den Provinzen noch viele Geistliche als Häupter der revolutionären Bezirks-Comités an der Spitze der Bewegung stehen.

In **Kowno** befinden sich ungefähr 900 politische Gefangene; davon sind 500 in den weiten Räumen des Kriegshospitals und die übrigen in dem kleinen Rathhause und in zweien Gebäuden der Augustiner untergebracht.

Dem Russ. Invaliden wird von Schaulen vom 2. November geschrieben: Eine neue Entwaffnung ist wieder vorgenommen; die Häuser der Waldhüter, wie überhaupt alle abgelegenen Wohnungen, die den Insurgenten zum Aufenthalt dienen könnten, werden unbewohnbar gemacht und die Einwohner in den nächsten Dörfern angesiedelt. Durch die Wälder führen Durchhaue von 10 Saschen Breite, und die Landstraßen werden auf beiden Seiten 50 Saschen weit von allen Bäumen gereinigt. Insurgenten sind in dem ganzen Bezirk nicht mehr zu finden. Bei der Durchsuchung der Wälder wurden nur 4 verdächtige Personen verhaftet; der Edelmann Lutkiewicz wurde mit Waffen in der Hand gefangen genommen. Die Zahl der freiwillig vom Aufstande zurückgekehrten Edelleute und Bauern beträgt im Schaulenschen Kreise im Ganzen 300.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 23./11. November. Im Abgeordneten-Haus verlas der Präsident Grabow ein Schreiben des Ministeriums wegen Aufhebung der Preßverordnung. Die im zweiten Antrage ausgedrückten Ansichten des Hauses vermögen die Regierung in ihrer Ueberzeugung von der Verfassungsmäßigkeit ihrer Handlungsweise nicht zu erschüttern. — Der Präsident wahrte hierauf Schleswig-Holsteins Recht. Im Auftrage des Herzogs Friedrich VIII. hat Herr Samwer an das Bureau des Hauses eine Proclamation wegen des Regierungs-Antrittes eingesandt. Die Abgg. Stavenhagen und Virchow haben ihren gemeinsamen Antrag eingebracht. Der Präsident wünscht eine Commission und Berathung des Antrages am Freitag. Der Abg. Graf Schwerin sprach gegen solche Beschleunigung und kündigte ein Amendement an, nach welchem das Haus dem Könige für Schleswig-Holstein alle Unterstützungsmittel bietet; auch müsse das Haus, meinte der Redner, eingehende Mittheilungen des Ministeriums über dessen Position entgegennehmen. Der Abg. Virchow sprach für schleunigste Berathung, zum wenigsten sofortige Wahl der Commission; der Abg. v. Sybel desgleichen. Graf v. Schwerin warnte nochmals vor Ueberstürzung. Der Abg. Waldeck stimmte dem Vorredner bei. Die sofortige Wahl der Commission wurde abgelehnt, aber auf morgen anberaumt. Ferner beantragte die conservative Fraction, die Kammer möge sich, bei der gegenwärtigen Lage der Erbfolgefrage bereit erklären, der Regierung die nöthigen Hülfsquellen zur Verfügung zu stellen, um alle Rechte des deutschen Bundes energisch aufrecht zu erhalten. Der Antrag geht aus von den Herren van der Heydt, Wagener und Blankenburg. — Der Kriegs-Minister v. Roon brachte den Militär-Etats-Gesetzentwurf ein; diese Frage habe eine politische Bedeutung erhalten, sei aber thatsächlich nur technisch; die sogenannten Concessionen seien schon früher gemacht, der ursprüngliche Plan modificirt, die Präsenzzeit factisch vielfach verkürzt und der Steuerzuschlag aufgegeben worden; die Reorganisation beruhe ganz auf dem alten Wehrsystem, sie modificire dasselbe nur zur Erleichterung der Verpflichteten. Dafür fordere sie als einzige Compensation eine verlängerte Reserve-Zeit. Daß eine zweijährige Dienstzeit populär sei, sei natürlich; aber vorläufig sei noch keine Verkürzung zulässig: ob künftig, das sei Zukunfts-Frage. Man spreche von der Nothwendigkeit einer Ermäßigung der vermeintlich überspannten Anforderungen der Regierung, von sogenannten Concessionen. Die Regierung habe dies auch mehrfach erwogen und soweit als möglich berücksichtigt. Man bedenke, daß sie im Jahre 1860, wo sie zuerst den Reorganisationsplan vorgelegt, achtjährige Dienstzeit für das stehende Heer und vierjährige Präsenzzeit für die Cavallerie verlangt habe. Von beiden Forderungen sei sie abgegangen, weil sie bei weiteren Erwägungen dies ohne Beeinträchtigung der Interessen des Landes und ohne Schmälerung der Wehrkraft der Armee thun zu können glaubte. — Die zweijährige Dienstzeit sei natürlich populärer als die dreijährige, die einjährige würde noch populärer sein; aber Popularität sei nicht die maßgebende Rücksicht für die Regierung und das Haus; nur was dem Lande fromme, müsse maßgebend sein. Nach gewissenhafter Ueberzeugung könne die Regierung vorläufig auf die zweijährige Dienstzeit nicht eingehen; ob es vielleicht später möglich sei, müsse man der Zukunft überlassen; jetzt würde die Regierung sich mit einer solchen Herabsetzung eines unverantwortlichen Leichtsinns schuldig zu machen glauben. — Was die Landwehr betreffe, so sei die Erleichterung der älteren Classen in Folge der Reorganisation unbestritten; ferner führe dieselbe dem stehenden Heere eine größere Anzahl von Combattanten zu. Ein Krieg um die Existenz des Landes werde natürlich nie ohne Zuziehung der Landwehr möglich sein, aber bei geringeren Anlässen werde man sie nicht mehr zu belästigen brauchen, wie das in den letzten 30 Jahren häufig vorgekommen. Der Minister erinnert an die theilweisen Mobilmachungen von 1830, 1846, 1848 und 1849. Hätte man dabei die Landwehr nicht belästigen wollen, so wäre das nur möglich gewesen durch eine Störung des ganzen Wehrsystems, durch Zerreißung von Brigaden und dergleichen. Dagegen sei die jetzige Grenzbesetzung gegen Polen, die man wol nunmehr von allen Seiten als nothwendig anerkenne, nur durch die Reorganisation ohne Belästigung der Landwehr möglich gewesen. — Das Haus möge nun um des Vaterlandes willen mit größter Unbefangenheit an die Berathung der Vorlage gehen, um des Vaterlandes und seiner Ehre und Unabhängigkeit willen, denn wie der König schon vor mehreren Jahren gesagt, sei dies eine Angelegenheit von so hoher Bedeutung, wie irgend eine, die dem Hause zur Beschlußnahme vorgelegen. Er gebe die Bildung einer besonderen Militair-Commission anheim. An den Verhandlungen dieser Commission habe er sich das vorige Mal nicht blos aus Gesundheitsrücksichten nicht betheiligt, sondern auch wegen der sofortigen Veröffentlichung der Verhandlungen in der Presse, durch welche man in seinen Ansichten präjudicirt werde; er hoffe, daß es gelingen werde, ihr diesmal den vertraulichen Character zu bewahren, und er werde daher den Sitzungen beiwohnen.

**Danzig**, 23./11. Novbr. Die Schraubencorvette ‚Nymphe' wird heute Nachmittags nach Swinemünde abgehen und die Corvette ‚Arcona' derselben in einigen Tagen folgen, um zur Beobachtung dort Station zu nehmen. Die Kriegssegelschiffe ‚Niobe', ‚Musquito' und ‚Rover' sollen bereits Plymouth verlassen haben und werden in diesen Tagen hier erwartet.

**Erlangen**, 21./9. Nov. Hervorragende Männer der Universität und der Stadt luden zu einer Versammlung ein, um eine Petition an den König zu Gunsten Schleswig-Holsteins zu richten. Die Einladung ist mitunterzeichnet von den Prof. der Theologie Prorector Harnack, v. Hofmann, Thomasius, Gerlach, K. und R. v. Raumer, v. Scheurl u. A. Das Präsidium führte Prof. Marquardsen, der in kurzen Zügen die Geschichte und den jetzigen Stand der Frage behandelte, welche als eine Ehrensache der Nation das Interesse und die energische Thatkraft des ganzen deutschen Volks in Anspruch zu nehmen würdig ist. Prof. Stintzing glaubte besonders auf die persönlichen Vorzüge aufmerksam machen zu müssen welche der Fürst besitzt der die unbezweifelbaren Rechte auf die Krone der Herzogthümer hat, und der berufen ist die lange verkümmerten Ansprüche Deutschlands auf einen wichtigen Theil unsers Vaterlandes zur Geltung zu bringen.

**Altona**, 26./14. Novbr. Die Aufregung über Schleswig-Holstein ist in ganz Deutschland im Wachsen begriffen und hat sich auch der Kammern der Abgeordneten bemächtigt. Deutschlands Recht, Deutschlands Ehre sind überall die Losung, die kleindeutsche und die großdeutsche Partei vergessen ihre unlösbaren Streitigkeiten, und selbst die Regierungen fangen an, sich wenigstens durch die ihnen nahe stehenden Blätter für das Recht der Augustenburger auf die Erbfolge in Schleswig-Holstein auszusprechen. Es ist immer ein erhebendes Schauspiel, wenn eine Nation, ohne an schnöden Vortheil zu denken, willig und bereit ist, für ideale Güter die größten Opfer zu bringen. Aufgabe der Lenker und Leiter einer Nation und aller staatsmännischen Köpfe ist es freilich, dafür Sorge zu tragen, daß diese Opfer nicht umsonst gebracht werden. — Der Ausschuß des Nationalvereins hat in seiner Sitzung in Berlin beschlossen, einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen. Man erinnert in demselben die Fürsten an die schwere Verantwortung, die in Bezug auf die Herzogthümerfrage auf ihnen laste; man beschwört das deutsche Volk, von sich selbst aus zu handeln; man fordert die Vaterlandfreunde auf Geld zu sammeln und Männer, Waffen und alle nothwendigen Hülfsmittel bereit zu halten. Der Ausschuß verspricht gleicherweise die früher für die Erbauung einer deutschen

Flotte gesammelten Summen im Interesse der Herzogthümer zu verwenden und fordert das Volk auf, sich freiwillige, fortdauernde Steuern aufzuerlegen und sich eine solide Organisation zu geben. Der Nationalverein hat zu diesem Zwecke einen Hülfsausschuß errichtet. — Die in Frankfurt a. M. versammelten großdeutschen Notabeln beschlossen, sämmtlichen großdeutsch gesinnten Vereinen eine Resolution dahin vorzuschlagen: die Erwartung auszusprechen, der Bund werde Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg als Bundesmitglied anerkennen, demselben den vollen in der Bundesverfassung begründeten Rechtsschutz gewähren, alle nöthigen Maßregeln ergreifen, um die Bevölkerungen Holstein-Lauenburg's gegen Rechtsverletzungen zu wahren. Die Resolution schließt: Bei dem rein nationalen Character der schleswig-holsteinischen Frage steht das deutsche Volk einmüthig zusammen und kennt keinen Unterschied politischer Anschauung. Es erwartet die gleiche Gesinnung von seinen Regierungen. — Der König von Hannover antwortete auf die ihm überreichte Adresse nur kühl und allgemein: „er werde ferner in der Sache Holsteins thätig sein; der Ausschuß des Bundestages werde die Erbschaftssache unparteiisch prüfen." Es circuliren in Berlin und Hannover wunderliche Gerüchte über eine angebliche Gemüthskrankheit des Königs von Hannover.

**Köln**, 20./8. Nov. Seit gestern circulirt bei den hiesigen Truppentheilen ein Erlaß, wonach dieselben mit Hinweisung auf die deutsch-dänische Angelegenheit angewiesen werden, sich für eine bevorstehende Mobilmachung bereit zu halten.

**Ratzeburg**, 21./9. Nov. Das „Officielle Wochenblatt für das Herzogthum Lauenburg" enthält eine Regierungs-Kurrende für sämmtliche Prediger des Herzogthums wegen Abänderung des Kirchengebets und ein Ausschreiben an alle Obrigkeiten in Veranlassung der Proclamation d. d. Schloß Dolzig, den 16. Nov. 1863 unterzeichnet: Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein. — Die Beeidigung des 14. Bataillons für den König Christian IX. fand am 17. Nov. Nachmittags 2 Uhr auf dem hiesigen Marktplatze durch den Oberstlieutenant von Heine statt.

**Schleswig**, 25./13. Novbr. Durch folgendes Schreiben hat der Herzog Friedrich seinen Regierungsantritt anzeigen lassen: Ew. P. P. beehrt sich ergebenst Unterzeichneter, auf höchsten Befehl Sr. Hoheit des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein, vorläufig auf diesem Wege den Tod weiland Königs Friedrich VII., Herzogs von Schleswig-Holstein, und den durch Proclamation von Dolzig, 16. Nov., erfolgten Regierungsantritt Sr. Hoheit mit dem Bemerken, daß die betreffende Notifications-Urkunde demnächst folgt, und mit dem ergebensten Ersuchen anzuzeigen, diese vorläufige Mittheilung geneigtest zur Kenntniß Sr. ꝛc. bringen zu wollen. Gotha, 20. Nov., unterz. Samwer. — Der Herzog von Gotha hat den geheimen Staaterath Francke zu Coburg und den geheimen Regierungsrath Samwer zu Gotha ermächtigt, in das neu zu bildende Ministerium für Schleswig-Holstein einzutreten. In dessen Folge sind die beiden genannten Beamten von dem Herzog von Schleswig-Holstein in Pflicht genommen worden und hat Herr Francke die Leitung der Geschäfte für das Innere, Herr Samwer das Departement der auswärtigen Angelegenheiten übernommen. — Oberst Du Plat ist in Hamburg angekommen und übernimmt die Leitung der Militärangelegenheiten. — Der Herzog hat bei dem Bundestage beantragt Maßregeln zu ergreifen, um die holsteinischen Beamten, welche den Huldigungseid für König Christian IX. verweigern, zu schützen. — Man vermuthet, daß das Comité des Bundestages für die holsteinischen Angelegenheiten vorschlagen wird, die Vertreter der beiden Prätendenten für die Stimme des Herzogthums Holstein-Lauenburg bis zu dem Augenblick, wo eine feste Bestimmung getroffen sein wird, zu dem Bundestage nicht zuzulassen.

Durch Circulär des schleswigschen Ministeriums vom 20./8. Nov. ist aus Kopenhagen befohlen worden, daß sämmtliche unter das Ministerium fortirende Beamte und Angestellte in Veranlassung des Thronwechsels baldmöglichst und spätestens 3 Tage nach Empfang des Circulärs den Eid der Treue leisten sollen. — Vom hiesigen Magistrats- und Deputirten-Collegium ist der Beschluß gefaßt worden, eine Deputation nach der Hauptstadt zu senden, um im Namen der Stadt dem Könige eine Huldigungs- und Glückwunsch-Adresse zu überreichen. Es heißt, daß der Ober-Präsident, der Bürgermeister und zwei Mitglieder des Deputirten-Collegiums bereits morgen zu diesem Zwecke die Reise antreten.

## Dänemark.

**Kopenhagen**, 22./10. Novbr. Eine neue Einberufung von Mannschaften hat stattgefunden; es werden circa 12.000 Mann zu den Fahnen stoßen. Im zweiten General-Commando-District (Fühnen, Jütland und das Herzogthum Schleswig) sind 1000 Mann pr. Bataillon einberufen. — Das 21. Bataillon ist gestern von Neumünster nach Oldesloe und Segeberg abmarschirt. — Es sind bereits so viele Mannschaften einberufen, daß die Herzogthümer Schleswig und Holstein in wenigen Tagen mit 25.000 Mann besetzt sein werden. Sechs Kriegsschiffe, darunter zwei Fregatten, haben Ordre zum Auslaufen erhalten, wohin, ist noch nicht bekannt. — Die Proclamation des Erbprinzen von Augustenburg ist von sämmtlichen Blättern mitgetheilt worden. Die Berl. Tid. bezieht sich, um zu zeigen, daß sein Erbrecht nicht existire, auf die Cessions-Acte, die der Herzog von Augustenburg unterm 30. December 1852 ausgestellt hat, und in welcher er für sich und seine Familie verspricht, nichts wodurch die Ruhe in Sr. Majestät Landen gestört werden könnte, zu unternehmen, imgleichen den von Sr. Majestät in Bezug auf die Ordnung der Erbfolge für alle unter dem Scepter des Königs gegenwärtig vereinten Lande oder die eventuelle Organisation der dänischen Monarchie, gefaßten oder künftig zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise entgegentreten zu wollen. — Die „Berl. Tid." hat erfahren, daß heute die Ordre gegeben ist, die Schrauben-Fregatten „Själland" und „Niels Juel" auszurüsten. Die Panzerschiffe „Absalon" und „Esbern Snare" werden vermuthlich bereits morgen von hier abgehen, um im Verein mit dem Dampfschiffe „Hertha" sechs Transportschaluppen nach Korsör zu transportiren. — Ueber die Gräfin Danner wird viel geredet, als ihr nächster Aufenthaltsort wird Schweden, Westphalen, oder ein ihr gehöriges Schloß auf Seeland genannt. Für manche Leser wird es nicht uninteressant sein, zu vernehmen, daß die Gräfin Danner aus Bielefeld gebürtig sein soll. Wahrscheinlich werden sich ihrer noch manche Einwohner dieser Stadt erinnern, als dieselbe in der Conditorei des früheren ehrenwerthen Mitbürgers Schievelbusch unter dem Bogen (dem jetzigen Steinbickerschen Hause) conditionirte und von dort vor 25 Jahren per Extrapost nach Berlin abgeholt wurde.

## Großbritannien.

**London**, 21./9. November. Nach mehreren hier abgehaltenen großen Minister-Sitzungen hat Earl Russell eine Depesche an Lord Cowley abgesandt, die dieser beauftragt worden ist, Herrn Drouyn de Lhuys vorzulesen. Lord Cowley hat bereits über die betreffenden Verhandlungen in Paris hieher berichtet. In der Depesche erklärt England, es könne die Aeußerungen des Kaisers, daß die Verträge von 1815 zu bestehen aufgehört hätten, unmöglich für ernst halten und noch weniger sie zum Ausgangspuncte von Unterhandlungen auf einem Congresse nehmen. Bezüglich der Verträge von 1815 hätten allerdings factische Veränderungen Statt gefunden, allein diese seien, bis auf die neuesten Ereignisse, stets von den Mächten bestätigt worden und die Verträge hätten so eher eine Sanction als einen Stoß bekommen. Was den Congreß anbetrifft, so erklärt sich England grundsätzlich nicht dagegen, macht aber Vorbehalte, besonders in Bezug auf das zu erörternde Programm, die seiner Antwort mit denen der anderen Großmächte eine merkwürdige Aehnlichkeit geben. Diese Depesche ist noch nicht die directe Antwort Englands auf den, übrigens nicht ganz authographen, sondern von dem Kaiser an sämmtliche Fürsten nur unterschriebenen Brief. Diese wird wol nicht auf sich warten lassen. Wie Lord Cowley berichtet, hat der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in sehr mäßigem und versöhnlichem Tone geantwortet. Er hat gesagt, man müsse diese Aeußerung des Kaisers nicht wörtlich nehmen. Sie habe nicht Europa, sondern nur die Vertreter der französischen Nation zu Zeugen gehabt. Europa gegenüber leugne Frankreich die Existenz der Verträge nicht. — Es hat die sonderbare Uebereinstimmung der vorläufigen Antworten der vier Großmächte in Paris sehr überrascht und zu der Vermuthung eines vorherigen Einverständnisses Veranlassung gegeben. Man hat sich französischerseits jedoch bald überzeugt, daß unter den Mächten nicht einmal eine vorherige Berathung Statt gefunden hat und daher auch von keinem Einverständniß die Rede sein kann. Es ist einfach so gekommen, wie wenn man vier verschiedenen Personen den Boden unter den Füßen hinwegziehen will, und sie sämmtlich dieselbe Bewegung machen, um auf den Beinen stehen zu bleiben. Wie man hier in diplomatischen Kreisen hört, hätten folgende Mächte den Congreß fast ohne Bedingung angenommen: Spanien, Portugal, der Papst, Italien, die Schweiz, Dänemark und Schweden. Die vier deutschen Könige hätten sich gleichfalls für den Congreß ausgesprochen, jedoch ihre definitive Zustimmung von der der beiden deutschen Großmächte abhängig gemacht.

Die Times erklärt sich zum 99. Mal gegen eine diplomatische Intervention in Sachen Polens, und zum 100. Mal gegen eine Beschickung des projectirten Pariser Congresses. Ihr Pariser Correspondent schreibt von gestern Abend: Die Antwort der Königin Victoria auf das Schreiben, worin sie der Kaiser zum Congreß einlud, ist Seiner Majestät gestern, den 19., überreicht worden. Sie enthält keine unbedingte Annahme der Einladung, aber verlangt, wie schon angedeutet worden, Auskunft darüber, welche Puncte der Discussion aufgestellt werden sollen. Es werden wol noch mehrere Schriften über den Gegenstand gewechselt werden. Der Glaube, daß überhaupt ein Congreß zusammentreten wird, nimmt täglich mehr ab. — Derselbe Correspondent sagt auch: Es ist merkwürdig, daß der Moniteur seit der Thronrede keine andern Nachrichten über den polnischen Aufstand als die aus russischen Zeitungen bringt, während er früher sogar die Depeschen der polnischen Nationalregierung an ihren Vertreter in Paris mitzutheilen pflegte. Seitdem sind alle Zeitungen, welche am standhaftesten und glühendsten für Polen sprachen, so wie diejenigen, die Rußland carrikirten, „eingeladen" worden, in ihren Artikeln und Bildern gelindere Saiten aufzuziehen. Nach einem Gerücht wird der mit der Familie Bonaparte halb und halb verwandte Graf Pepoli dem Czaren interessante Mittheilungen von Seiten des Kaisers der Franzosen machen. — Da der Bankausweis, abgesehen von der Zunahme der Privatsicherheiten, einer natürlichen Folge des Strebens einer Erhöhung des Zinsfußes zuvorzukommen, im Allgemeinen günstigeren Characters ist, so hat die Wahrscheinlichkeit einer unmittelbar bevorstehenden Discontosteigerung weniger starke Gründe für sich, als am Schlusse der vergangenen Woche, wiewol die höhere Bankrate, welche in Frankreich und Italien herrscht, den Ausschlag geben dürfte, daß Gründe und Gegengründe sich nicht vollständig aufwiegen. Die Unsicherheit des Geldmarktes und belangreiche Vorschüsse haben die Preise heimischer Fonds ein wenig beeinflußt, doch blieben sie nur kurze Zeit auf ihrem niedrigsten Standpuncte. Die Abrechnung in auswärtigen Fonds war von minderen Schwierigkeiten

begleitet, als man wol erwartet hatte. Für neue Rechnung ist wenig gemacht worden, woran die für die Verlängerung geforderten Raten ihre Schuld tragen.

## Neuere Nachrichten.

**Frankfurt a. M.**, 26./14. Novbr. Dem Vernehmen hat der Bundestags-Ausschuß beschlossen, in der Sonnabendsitzung sofortigen Einschritt der Bundesexecution vorzuschlagen.

**Copenhagen**, 26./14. Novbr. Graf Reventlow Criminil hatte heute Audienz beim Könige. Berlingske berichtet officiell, der Hamburger Senat erklärte, daß kein Werbebureau für Holstein-Lauenburg errichtet sei, auch nicht würde geduldet werden.

**Stockholm**, 23./11. Novbr. In der heutigen Sitzung des Reichstages verlangte die Regierung ein neues Extracreditiv auf Höhe von drei Millionen zu Kriegsrüstungen. Es herrscht hier ebenso Mißtrauen gegen den König von Dänemark, wie Erbitterung gegen den Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg.

**Paris**, 27./15. Novbr. Der Constitutionnel veröffentlicht einen Artikel, welcher die Frage der Herzogthümer behandelt und sein Erstaunen darüber ausspricht, daß die englischen Journale die Mächte auffordern, zu Gunsten Dänemarks Krieg zu führen. „Ohne Zweifel — sagt das Blatt — verbinden alte Sympathieen Frankreich mit Dänemark; aber Deutschland hat auch ein Recht auf unsere Sympathieen. Die Achtung vor dem Willen der Völker und das Recht der Nationalität müssen gleicherweise in der Wage der Entschließungen ihr Gewicht äußern. Der Mangel eines allgemeinen Einvernehmens ist zu bedauern. Das Einverständniß von sieben Mächten reicht nicht hin, um eine Lösung des dänischen Zwistes zu sichern; es wäre logisch gewesen, wenn man sich, um eine solche zu erhalten, an ganz Europa gewendet hätte.

**London**, 25./13. Novbr. Daily News bestätigt, daß England die Einladung zu dem Congresse abgelehnt habe und daß der Graf Russell nicht zurücktrete.

**Newyorl**, 14./2. Novbr. Vor Richmond ist recognoscirt worden; die Föderalen rücken auf der Halbinsel York vor; auf der Straße von Williamsburg (40 Meilen von Richmond) sind beträchtliche Streitkräfte concentrirt.

## Locales.

Der von einem Damen-Verein zu wohlthätigen Zwecken veranstaltete Verkauf weiblicher Handarbeiten und anderer zu demselben dargebrachten Gegenstände, fand gestern und vorgestern unter der erfreulichsten Betheiligung des Publicums im Saale der höheren Töchterschule statt. Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, hat die Einnahme 600 Rbl. 12½ Kop. betragen, ein neuer Beweis für den Wohlthätigkeitssinn der Dorpatenser.

## Aus den Kirchen-Büchern.

**St. Johannis-Gemeinde:**

Gestorben: der Stadt heilsaufseher Titulairrath Alexander August Normann, 63 Jahr alt; der Buchbindermeister Christoph Wilhelm Frischmuth, 45½ Jahr alt, der Schlossermeister Hans Krick, 66⅔ Jahr alt; des Verwalters H. Debrahl Tochter Emilie Rosalie, 10 Jahr alt.

**St. Marien-Gemeinde:**

Getauft: Des Schneidergesellen G. Müller Sohn Ernst Gottfried.

Am nächsten Sonntage, den 24. d. M., Mittags 12 Uhr zu St. Marien deutscher Gottesdienst mit heiliger Abendmahlsfeier. Meldung zur Communion am Freitage vorher Nachmittags 3—5 Uhr.

## Witterungsbeobachtungen.

16. Novbr., A. St. (28. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 339.64 | + 4,06 | 2,2 | $SW_2$ | Trüb (4) |
| 2 U. | 338 33 | + 2 72 | 3 5 | $W_3$ | Trüb (4) |
| 11 U. | 338,99 | + 3,32 | 3,2 | | Trüb (4) |
| Mittel | 339,24 | | 2,78 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 5,20 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,90 im J. 1843, niedrigste —10,08 im J. 1856. Das Barometer sank bis 2 Uhr, dann fing es wieder an langsam zu steigen. Um 5 Uhr etwas Regen.

17. Novbr., A. St. (29. Novbr.).

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 340,00 | + 4.42 | 1,2 | W | Trüb (4) |
| 2 U. | 340,41 | + 4,80 | 2,5 | Still | Trüb (4) |
| 11 U. | 341.03 | + 5,36 | 2,8 | $W_2$ | Trüb (1) |
| Mittel | 340,29 | | 2,19 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 4 69 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 2,90 im J 1848 niedrigste —9,44 im J. 1856.

## Fremden-Liste.

Vom 18. Novbr 1863.

**Hotel London:** Hr. Civil Ingenieur H. Hecker; Hr. Collegienrath Suler; Hr. Coll. Secretar Alexander Steinberg; Hr. Landmesser Woldemar Messing aus Rußland; Hr Kaufmann R. C. Gendt aus Pleskau; Hr. M. Schrödel aus Werro. — Abgereist: Hr. Tiedemann; Hr. H. Hecker

**Hotel St. Petersburg:** Frau v. Krümmer; Hr. Rossius.

№ 628. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 18. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Von Einem Edlen Rathe der kaiserlichen Stadt Dorpat wird hierdurch bekannt gemacht, daß das allhier im III. Stadttheile sub Grund-Nummer 72 auf Stadtgrund belegene steinerne Wohnhaus des verstorbenen Badstübers Gustav Adolph Lockenberg nebst Badstube und sonstigen Appertinentien öffentlich verkauft werden soll, — und werden demnach Kaufliebhaber hierdurch aufgefordert, sich zu dem deshalb auf den 14. Januar 1864 anberaumten ersten Licitationstermine, sowie dem alsdann zu bestimmenden zweiten Licitationstermine, Vormittags um 12 Uhr, in Eines Edlen Rathes Sitzungszimmer einzufinden, ihren Bot und Ueberbot zu verlautbaren und sodann wegen des Zuschlags weitere Verfügung abzuwarten. Dorpat-Rathhaus, am 10. Oct. 1863.

Von Einem Wohledlen Rathe der kaiserlichen Stadt Dorpat werden alle Diejenigen, welche an den Nachlaß des hierselbst verstorbenen Badstübers Gustav Adolph Lockenberg entweder als Gläubiger oder Erben gegründete Ansprüche machen zu können vermeinen, hiermit peremtorio aufgefordert, sich binnen einem Jahre und sechs Wochen a dato dieses Proclams, spätestens also am 21. November 1864 bei diesem Rathe zu melden und hierselbst ihre fundamenta crediti zu exhibiren, sowie ihre etwaigen Erbansprüche zu docciren, — unter der ausdrücklichen Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mehr bei diesem Nachlasse mit irgend welcher Ansprache admittirt werden, sondern gänzlich davon präcludirt sein soll, wonach sich Jeder, den solches angehet, zu richten hat. Zugleich wird den Schuldnern des Nachlasses hiermit in Erinnerung gebracht, daß dieselben den Betrag ihrer annoch zu berichtigenden Nachlaß-Schulden ungesäumt, spätestens aber bis zu dem oben anberaumten Termine, hierselbst bei gesetzlicher Beahndung einzuzahlen haben.

Dorpat-Rathhaus, am 10. Oct. 1863.

Behufs der nächstens auszuführenden Organisation der städtischen Löschmannschaft oder Feuerwehr ergeht an die Einwohner unserer Stadt hierdurch die Aufforderung, sich auf dem Rathhause im Local des Cassa-Collegiums zum freiwilligen Eintritt in die Feuerwehr zu melden und Namen nebst Wohnung in ein daselbst täglich von 10—1 Uhr und von 4—6 Uhr ausliegendes Buch einzuschreiben.

Das Brand-Collegium.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Bei **E. J. Karow** ist vorräthig:

**Neue Polterabendscherze.**

Herausgegeben von Johannes Kern und Marie Osten. 6 Hefte à 38 Kop.

Daß ich mein Geschäft aus dem Hause des Herrn Apotheker Sturm nach meinem neuen, neben dem alten belegenen Hause verlegt habe, zeige hiermit ergebenst an.

**H. Wünsch.**

Die vorzüglichsten **Concert-** und **Cabinet-Flügel** stehen bei Unterzeichnetem zum Verkauf und mache ich zugleich bekannt, daß bei mir auch gebrauchte Instrumente in Austausch gegen neue angenommen werden.

**R. W. Koch,**

Im Hause des Herrn v. Köhler.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich im ehemals Bürgermeister **Stähr**schen **Hause** (gegenüber der Laakmannschen Buchdruckerei) ein **Verkaufslocal**, zum **stoofweisen** Verkauf verschiedener Gattungen **feiner Branntweine, Liqueure, Rum, Balsam,** sowie **Bier** und **Meth** in Flaschen eröffnet habe. ***F. G. Faure.***

Einem **Kupferschmiede-Gesellen** der sich innerhalb 14 Tagen zu mir in Arbeit begiebt, zahle ich ein Frachtgeld von 15 Rubel und 4 Rubel wöchentlich Gage.

Reval, 11. Nov. 1863. **F. Wiegand.**

## Branntwein

mit Lieferung nach **Dorpat** zu 8 Rbl. per 12 Wedro 50% zum **November** und **December** kauft ***F. G. Faure.***

Abreise halber werden in der Kreis-Rentei **Möbel, Spiegel** ꝛc. verkauft.

Auf dem Gute Köllitz, Kirchspiel Kannapäh, ist **trocknes Birken-Brennholz** à 250 Kop. im Walde, oder 350 Kop. mit Lieferung nach Dorpat zu haben. — Bestellungen aufzugeben im v. Bockschen Hause beim Hauswächter.

Im von Wahlschen Hause, ist eine **Wohnung** von 5 Zimmern mit englischer Küche und den nöthigen Wirthschafträumen vom 1. Januar 1864 ab zu vermiethen und sogleich zu beziehen.

Im v. Bockschen Hause ist eine **Familienwohnung** zu vermiethen.

№ 268. Dienstag, den 19. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Personalnotiz. Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. VIII. St. Petersburg: Comsverhältnisse.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Haltung des Ministeriums in Sachen Holsteins. Magistrat und Stadtverordnete. Wien: Die Erbfolge in Schleswig-Holstein. Artikel der Abendpost. Altona: Das Londoner Protocoll. Die Großmächte. Oesterreich. Preußen. Schleswig: Begeisterung in Deutschland. Unebenbürtigkeit. Verzicht. Die Stände. Der Bund. Preußen und Oesterreich. — Dänemark. Kopenhagen: Adressen. Antwort des Königs. Stimmung in Schleswig. — Großbritannien. London: Ministerkrisis. Congreß. Dänische Sympathieen. — Frankreich. Paris: Congreß ohne England. Dänemark. — **Eingesandt.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 19. Nov. Der Minister der Volksaufklärung hat auf Vorstellung des Conseils genehmigt, den außerordentlichen Professor zu Gießen Dr. L. Schwabe als ordentlichen Professor auf den Lehrstuhl der Beredsamkeit, altclassischen Philologie, Aesthetik und Geschichte der Kunst an die Universität Dorpat zu berufen.

**Dorpat.** Was die Ostseeprovinzen der russischen Gouvernements- und Kreisordnung nicht werden zu entlehnen haben, ist hinreichend erörtert. Sie können, was sie rechtlich und factisch besitzen, nicht freiwillig aufgeben um den Preis illusorischer Selbstverwaltung. Illusorisch aber ist das projectirte System — um in Kürze zu recapituliren — aus folgenden Gründen:

1) weil die vorhandenen Interessegruppen von Land und Stadt, von großem und kleinem Grundbesitz nur äußerlich aneinandergedrängt, nicht organisch vereinigt sind: in dieser Beziehung ist die alte Obliegenheitsordnung dem Wesen nach unverändert geblieben;

2) weil die Berücksichtigung der verschiedenen Interessengruppen bei Constituirung von drei Wahlkörpern schon um deshalb hinfällig wird, da die Gewählten keine bleibende und deutliche Beziehung zu den Wahlkörpern haben, welche sich nur einmal in drei Jahren ausschließlich zum Vollzug der Wahlen constituiren, um sich dann sofort wieder aufzulösen;

3) weil die aus den Wahlen hervorgehenden Versammlungen zur Prüfung der wichtigsten Vorlagen zu kurze Frist zugemessen erhalten und ganz in der Hand der von ihnen zwar bestellten, allein fast nur formell abhängigen Verwaltungen sind;

4) weil die Rechenschaftsführung und -Ablegung der Verwaltungen an Normen gebunden werden, die für das ganze Reich gleichmäßig ausgehen und nicht von den Versammlungen abhängen;

5) weil die Versammlungen sich weder ihre Geschäftsordnung, noch ihre Präsidenten selbst geben;

6) weil sie administrativer Controle und Eingriffen von oben zu sehr ausgesetzt sind;

7) weil sowol ihre Competenzen, als auch die ihrer Berathung unterliegenden Gegenstände zu enge umschrieben sind;

8) weil als erste „öconomische Einheit" der Kreis constituirt ist und den unteren öconomischen Einheiten nicht hinreichend Entwickelung und Geltung eingeräumt wird.

Diesem System gegenüber lassen sich die Vorzüge der in den Ostseeprovinzen bis hierzu bestehenden Ordnung in Kürze so characterisiren: bei der principiell oder factisch mehr oder weniger gesonderten Oeconomie von Land und Stadt, von großem und kleinem Grundbesitz fallen im Ganzen deutlich umschriebene Steuerkörper mit deutlich umschriebenen Interessengruppen zusammen; die Mehrheit der Betheiligten weiß sich in den localen Verhältnissen, in welchen ihre Interessen unmittelbar wurzeln, zu Hause und beherrscht sie bis zu einem gewissen Grade; bei der Verwaltung sind möglichst Viele betheiligt; die Möglichkeit der Controle steht allen Betheiligten offen; zahlreiche Aemter werden unentgeltlich verwaltet; die unteren „öconomischen Einheiten" sind selbständig entwickelt oder doch gedeihlicher Entwickelung fähig.

Allein bei diesen Vorzügen wird nun andererseits vermißt, was das russische Project wenigstens im Principe anerkennt, wenn auch nicht durch die Ausführung garantirt: die möglichst gleichmäßige oder doch nach allgemeinen Normen abgestufte Betheiligung aller Steuerpflichtigen an Bewilligung, Umlage und Verwendung der Steuern; die systematische Concurrenz der Städte und des Landes, des großen und kleinen Grundbesitzes, der Landeigenthümer und innerhalb gewisser Grenzen auch der Pächter bei Aufbringung der Obliegenheiten und Steuern.

Aus diesem Mangel ergeben sich für die Steuerwirthschaft in den Ostseeprovinzen bedenkliche Uebelstände: gelegentlich tritt eine Ueberlastung der einzelnen Steuerkörper ein; ihre normale Belastung ist ungleich; eine Steuergemeinschaft des Landes ist kaum in den rudimentärsten Ansätzen vorhanden; daher ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit der verschiedenen Körper wenig entwickelt; zwischen den politisch und social enge verwandten Provinzen besteht kaum irgend eine öconomische Verbindung. Dazu kommt, daß der durch die autonomen Wirthschaftssysteme gewährten Vorrechte in Land und Stadt nur die zu den privilegirten Körperschaften durch Geburt Gehörenden oder in dieselben durch Cooptation Aufgenommenen genießen. Ein großer Theil Unberechtigter im Lande und namentlich in den Städten steht außerhalb und wird theils besteuert, ohne befragt zu sein, ist theils nur bei der Bewilligung von Steuern, nicht bei ihrer Verwendung betheiligt. Vollends der dritte Steuerkörper, die Bauerschaft, findet sich wesentlich von Steuerbeschlüssen übergeordneter Corporationen, wenn auch nur mittelbar, betroffen, und hat über die Repartition der Landesprästanden nichts zu sagen.

Im Grunde ist allen diesen Mängeln eine Quelle gemein; es ist dieselbe, aus welcher auch die großen Vorzüge des Systems rühren: die strenge, autonome Abgeschlossenheit der vornehmsten Steuerkörper.

Somit stellt sich folgendes Problem dar: von den unleugbaren Vorzügen ist soviel zu opfern, als erfordert wird, um gleich unleugbare Nachtheile, wo sich die Bilanz zu Ungunsten der ersteren stellt, zu elimiren. Die Abgeschlossenheit der einzelnen Körper muß so weit gelöst werden, daß eine Combination derselben zu gemeinsamem Systeme möglich wird. Nach dem Maaße, als sie dadurch an Selbstgenügsamkeit und autonomer Concentration einbüßen, werden sie an Gesammtkraft und an Verlaß auf einander gewinnen. Die Summe aller Competenzen bleibt dieselbe oder wird in ihrer Wirkung intensiv noch gesteigert: nur die Vertheilung ändert sich. Jeder Körper räumt einen Theil der ihm zustehenden Selbstbestimmung und Selbstcontrole den andern mit ihm zu gemeinsamem Systeme zu verbindenden Körpern ein und läßt sich dagegen von ihnen einen entsprechenden Antheil an Mitbestimmung und Mitcontrole übertragen.

Zugleich vollzieht sich an der Constitution der einzelnen Körper selbst eine Umbildung. Wie sie heute bestehen, sind sie aus überlebten Verhältnissen hervorgegangen. Heute sind sie nicht mehr die vollgiltigen Repräsentanten der Interessensysteme, als welche sie vormals ins Leben traten. Neben ihnen sind mehr oder weniger zahlreiche Bevölkerungsgruppen herangewachsen, welche fast sämmtliche Interessen mit ihnen theilen und zugleich fast sämmtlicher Rechte entrathen. Was an diesen Verhältnissen verschoben ist, wird zurechtgerückt werden müssen: Interessen und Rechte müssen sich möglichst wieder decken und es wird nur zu sorgen sein, daß bei solchem Versuche die Summe der einmal vorhandenen Rechte und Competenzen nicht verringert, sondern nur anders vertheilt werde.

Das sind in allgemeinsten Umrissen die Aufgaben, welche gelöst zu werden verlangen, und deren Lösung allein der neuen russischen Ordnung im Principe gerecht zu werden vermag.

**St. Petersburg.** Die Moskauer Zeitung schreibt: „Der erste November war ein merkwürdiger Tag für die St. Petersburger Börse, einen solchen hat man seit der Existenz derselben noch nicht erlebt. In einer Stunde fiel der Wechselcours um 8%, stieg der halbe Imperial auf 5 Rbl. 55 Kop. Man versah sich zwar bereits eines Fallens der Course, seitdem am voraufgegangenen Börsentage, am Dienstage, den 29. October, der Cours hin- und hergeschwankt hatte; ein Fallen, wie dieses, erwartete indeß, wenigstens in Moskau, Niemand. Nehmen wir an, daß der russische Kaufmannsstand dem ausländischen 30 Millionen Rbl. schuldet, was gewiß eine geringe Annahme ist, so haben die russischen Kaufleute auf jede Million 82.500 Rbl. Verlust, oder aber auf 30 Mill. 2.475.000 Rbl. Das krampfhafte Fallen des Courses an der Börse am 1. November kann nur durch einen Zornausspruch der Beherrscher der Börse gegen die Bank erklärt werden. Zu ihrem Schaden hätten sie den Cours nicht heruntergedrückt, wenn man daher das Unerwartete und dadurch Effectreiche im Fallen des Courses durch den Zorn der Börse sich erklärt, so kann das Fallen des Courses selbst damit dennoch nicht erklärt sein. Ebensowenig kann

man die Opposition für etwas ansehen, welche angeblich die Bankoperation mit Einwechseln von Papier gegen klingende Münze unter unseren Kaufleuten, den ausländischen insbesondere, gefunden haben soll. Diese Opposition ging von der russischen Presse aus, welche dafür hielt, daß die Operation des Einwechselns bei der ihr von der Bankdirection gegebenen Modalität, den verfolgten Zweck zu erreichen, nicht vermögend sein werde. Unsere ausländischen Kaufleute lobten die Bankoperation des Einwechselns, thaten aber Alles, was sie vermochten, um dieselbe für ihre Interessen, mithin zum Schaden Rußlands, zu benutzen. Kaufmännische Geschäfte verlaufen nicht anders. Bei der Art und Weise, wie die Bankoperation des Einwechselns eingeleitet worden war, hatte der Handelsstand viele Mittel in Händen, die Bank in Verlegenheit zu bringen. Allen sind die offen verfolgten Speculationen bekannt, die auf der Annahme beruhten, daß die Bankoperation des Einwechselns nicht ihren Zweck erreichen würde. Unter solchen Umständen wurde es mit jedem Tage klarer, daß die Operation mit den für dieselbe eingegangenen Bedingungen sich nicht erhalten könne. Im September hörte die Bank auf, Gold einzuwechseln. Das Einwechseln von Creditbilleten gegen leichtgewichtiges Silber war in Wahrheit nicht mehr ein Einwechseln von Rubel auf Rubel, und wenn der Wechselcours schon damals nicht hinunterging, so lag der Grund darin, daß gleichzeitig mit jenem Einwechseln gegen Catharinen-Rubel die Bank Jedermann an der Börse so viel Wechsel auf die Hauptplätze Europa's ertheilte, als nur irgend verlangt wurden. Da man das leichtgewichtige Silber nicht ohne Verlust in's Ausland gehen lassen konnte, so remittirte Niemand anders Geld in's Ausland, als durch Vermittelung der Bank, und der Wechselcours wurde nicht durch die Börsen-Kaufleute gemacht, sondern durch den Beamten der Bank, der an jedem Börsentage an der Börse erschien und dem Börsenpublicum die von demselben in Anspruch genommene Zahl Wechsel ertheilte. Es war dies eine Rückkehr zum alten System des Erhaltens des Wechselcourses auf dem Wege des Trassirens, einem System, das vor einem Jahre in dem Allerunterthänigsten Bericht des Finanzministers an Seine Majestät geschildert wurde und, wie aus jenem Document zu ersehen ist, Rußland 25 Millionen kostete. Dieses System war nicht länger zu erhalten. Wie früher die Nachfrage nach Gold, so hatte jetzt die Nachfrage nach Wechseln dermaßen zugenommen, daß die Bank das Trassiren einstellen mußte, und das geschah am 1. November. Der Beamte der Bank verminderte an diesem Tage die Zahl der zu ertheilenden Wechsel, ohne den Cours zu erniedrigen. Diejenigen, die zu wenig Wechsel erhalten hatten, wandten sich an Private, die ihre Wechsel mit der steigenden Nachfrage immer theuerer verkauften. So entstand die Panique. Die Lage der Bank ist eine sehr ernste, und muß man ihr Glück wünschen, daß sie mit Entschiedenheit handelte. (Dabei darf man aber nicht vergessen, daß sie durch ihre eigenen Maßregeln sich in die Lage gebracht hat energische Maßregeln ergreifen zu müssen und bei denselben vielleicht zu wenig Vorsicht beobachtete.) Mancher wird durch sie zu leiden haben, wie das bei jeder Krisis unvermeidlich ist. Die dabei ihre persönlichen Interessen Verfolgenden werden sich bemühen, die Bank einzuschrecken, auf künstliche Weise Alles einzuschüchtern. Vor solchen Manövern hat die Bank sich aber keineswegs zu fürchten; sie braucht nur Character zu zeigen, und kann ruhig nicht nur das Trassiren, sie kann ihre Operation des Einwechselns einstellen (ist bereits geschehen) und wird, wenn sie sonst nur regelrecht verfährt, den Anleihen im Innern namentlich die gehörige Aufmerksamkeit zuwendet, siegreich aus der Verlegenheit hervorgehen. Die Prophezeihungen aller derjenigen, welche die Börsen-Panique in Scene setzten, werden nicht zutreffen; im Gegentheil, die augenblickliche, nicht bedeutende Krisis wird uns die gefährliche ersparen, die uns in Zukunft bei plötzlicher Erschöpfung des Einwechselfonds bedrohte."

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 26./14. Nov. Es ist von Wichtigkeit, die Haltung des Ministeriums in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit genau im Auge zu behalten. Es versteht sich von selbst und Niemand wird es dem Ministerium Bismarck verdenken, daß es die Aufregung in Deutschland wegen der Erbfolge in Schleswig-Holstein bestens zu benutzen sucht, um sich aus seinen inneren Verlegenheiten durch eine auswärtige Frage herauszureißen. Schon zwei Mal, 1860 und 1861, ist ja der Versuch gemacht worden, etwas Kriegsgeschrei wegen Schleswig-Holsteins zu benutzen, um die Armee-Reorganisation, mit anderen Worten: eine bleibende starke Vermehrung des stehenden Heeres beim Landtage durchzusetzen. Indessen ließ beide Mal die Regierung selbst diesen Versuch fallen. Man erinnert sich, daß, als damals in der Thronrede von den deutschen Herzogthümern die Rede gewesen war, die Auskunft des Regierungs-Commissars in der Adreß-Commission dahin lautete, unter den deutschen Herzogthümern wären nicht Schleswig und Holstein, sondern Holstein und Lauenburg zu verstehen. — Dem entsprechend schreibt die N. Allg. Ztg. „So weit es die telegraphischen Depeschen übersehen lassen, dissoniren die Ansichten im Bundestage wesentlich. Es wird theils die Erbfolge des Königs Christian in den Herzogthümern angefochten, theils nur die in Lauenburg, theils endlich bloß das dänische Verfassungsgesetz vom 18. d. M. Allen Anzeichen nach wird zunächst die Execution vor sich gehen, die bereits unter dem Vorgänger des jetzigen Königs von Dänemark beschlossen war. Diese Maßregel würde allerdings der allgemeinen Stimmung, wie sie jetzt in Volksversammlungen in verschiedenen Gauen Deutschlands sich ausspricht, nicht genügend erscheinen, obgleich diese Execution noch nicht auf divergirende Ansichten rücksichtlich der Erbfolgefrage schließen lassen würde." Dagegen haben Magistrat- und Stadtverordnete sämmtlich mit Ausnahme des Fürsten Radziwill einen Aufruf für Schleswig-Holstein erlassen und sich zur Annahme von Geldbeiträgen bereit erklärt. — Die eingebrachte Militär-Novelle verlangt gleich der vorjährigen die dreijährige Präsenzzeit, vierjährige Reserve, vierjährige für das erste Aufgebot der Landwehr, fünfjährige für das zweite. Die einzige nennenswerthe Aenderung ist die, daß die Reservisten und Landwehrmänner theilweise in der Heimat bei Strafsachen den Civil-Gerichten unterworfen sind.

**Wien**, 26./14. Nov. Oesterreichische Blätter und Correspondenten versichern, daß der bisherige Erbprinz von Augustenburg in seinen Rechten geschützt werden solle, und verbreiten dadurch den Schein, als ob das Wiener Cabinet bereits auf eine Aenderung des Londoner Protocolls wegen der Erbfolge bedacht sei. Graf Rechberg denkt aber nicht entfernt daran, eine solche Politik zu verfolgen. Jene Nachrichten haben nur den Zweck, die eigentliche österreichische Politik zu verhüllen. Niemand wirkt eifriger für die Anerkennung des Erbfolgerechtes des Königs Christian IX. in Schleswig-Holstein, als das Wiener Cabinet. Die Furcht vor einem europäischen Congresse treibt das Wiener Cabinet an, so schnell als möglich die vorliegende Streitfrage zu beseitigen. Der Artikel des Botschafters vom 19. läßt diese Absicht schon erkennen. Was speciell das Recht des Herzogs Friedrich betrifft, so hat der Vater desselben, der Herzog von Augustenburg, zwar unter dem 30. December 1852 für sich und seine Familie den Erbansprüchen entsagt, aber für seinen Sohn ist dieser Verzicht nicht bindend, da derselbe zu jener Zeit bereits majorenn war und gegen diesen Schritt seines Vaters Protest erhoben hat. Dem entspricht folgende Aeußerung der Berliner ministeriellen N. A. Z.: „Das Wesentlichste, was für den weiteren Verlauf der deutsch-dänischen Frage vorliegt, ist das darauf bezügliche Exposé der amtlichen Wiener Abendpost, dessen Schwerpunkt in den Worten zu liegen scheint: Das unzweifelhafte Recht (die Territorialfrage) fordere gebieterisch seine Erfüllung (d. h. die Ausführung der schon beschlossenen Bundesexecution) — das zweifelhafte (die Erbfolgefrage), möge wol gründliche Untersuchung heischen, aber wenn auch Action und Untersuchung parallel laufen, so dürfen sie doch nicht vermengt werden. — In der ersteren Hinsicht, d. h. bezüglich der Bundesexecution, und der Territorialfrage werden die beiden deutschen Großmächte wol übereinstimmen. Dagegen ist es fraglich, ob dieselben aus dieser Prämisse auch die gleichen Folgerungen für die Erbfolgefrage ziehen werden." In dem bezüglichen Artikel der Abendpost heißt es u. a.: Oesterreich und Preußen können sich, ohne vertragsbrüchig zu werden, über die Londoner Vertragsacte nicht hinwegsetzen; der Vertrag ist allseitig abgeschlossen und müsse die Kündigung desselben nicht an Dänemark allein, sondern an alle Contrahenten erfolgen. Der Artikel sagt sodann, die Gesammteinheit der europäischen Verträge bildet das Gefüge, auf welchem, möge der Werth derselben auch da und dort verkannt oder bezweifelt werden, die Rechtsordnung unseres Welttheils immerhin beruht. Ein Stein, aus diesem Gefüge herausgerissen, kann den ganzen Bau zum Wanken bringen. Die Rechte der Herzogthümer sind in der Londoner Uebereinkunft nicht in Frage gestellt, die Anerkennung derselben ist vielmehr damals von allen europäischen Mächten gleichsam erneuert worden; es liegt daher in deren Interesse, daß die Verfassungsfrage in einer Deutschlands Ehre und Würde und ihrer unleugbaren Berechtigung zusagenden Weise erledigt wird. Die Mächte seien durch den Geist wie den Buchstaben der betreffenden Stipulationen gebunden. Es biete sich ihnen jedoch durchaus kein Rechtsvorwand, falls Deutschland genöthigt sei, sein gutes Recht zu erzwingen, dies zu verhindern.

**Altona**, 26./14. Nov. Bei der Beurtheilung der Erbfolgefrage tritt das Londoner Protocoll immer mehr in den Vordergrund der Betrachtung. Was die fünf Großmächte, Schweden und Dänemark am 8. Mai 1852 in London aufgeschrieben haben, pflegt man das Londoner Protocoll von 1852 zu nennen. Das Schriftstück selber nennt sich einen Vertrag, aber der Sprachgebrauch hat Recht, wenn er es als Protocoll bezeichnet, denn es ist weiter nichts als eine Schreiberei, in der die Unterzeichner ihre verworrenen Gedanken zu Papier gebracht haben. Ein auf sorgfältige Erwägung von Rechten gestützter und Rechte verbürgender Vertrag ist es nicht von ferne, sondern ein hinfälliges Machwerk, das wol niemals auch nur einen der Unterzeichner befriedigt hat. Man ging von der Annahme aus, daß die Erhaltung der Integrität der dänischen Monarchie mit dem europäischen Gleichgewicht eng verknüpft und für die Bewahrung des Friedens von hoher Wichtigkeit sei. Und nun sagte man: da der König von Dänemark, mit Zustimmung einiger seiner Erbberechtigten, erklärt habe, die Erbfolgeordnung in seinen Staaten dergestalt festsetzen zu wollen, daß die Krone an den Prinzen Christian von Glücksburg übertragen werde, so verpflichten sich die unterzeichneten Mächte, im Falle der Verwirklichung der vorgesehenen Möglichkeit, das Erbfolgerecht dieses Prinzen anzuerkennen. Dagegen ist von den betreffenden Cabinetten eine Garantie dieses dem Prinzen verliehenen Rechtes nicht ausgesprochen. Die deutschen Großmächte sind dem Londoner Protocoll nur unter Bedingungen und Voraussetzungen beigetreten; diese sind von Dänemark nicht erfüllt worden. Der deutsche Bund hat dasselbe nie anerkannt; er hat somit volle Freiheit, auch jetzt seine Anerkennung zu versagen, wenn nun die Successionsfrage an ihn herantritt. Es heißt im Art. 1. Da der König von Dänemark erklärt hat, die Erbfolge-Ordnung in Ihren Staaten dergestalt festsetzen zu wollen, daß Ihre Krone dem Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonder-

burg-Glücksburg nach dem Rechte der Erstgeburt von Mann zu Mann übertragen werde; so verpflichten die hohen contrahirenden Theile, in voller Würdigung der Weisheit der Ansichten, welche für die einstige Annahme seiner Combination entscheidend gewesen, sich gemeinschaftlich im Falle einer Verwirklichung der vorhergesehenen Möglichkeit, das Successionsrecht des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg auf die Gesammtheit der gegenwärtig unter dem Scepter des Königs von Dänemark vereinigten Lande anzuerkennen. Art. 2 bestimmt, daß Falls die Descendenz der Linie des Prinzen Christian bald erlöschen sollte, die hohen contrahirenden Theile in Erwägung ziehen werden, was dann zu geschehen habe. Art. 3 lautet: Es ist ausdrücklich verstanden, daß die gegenseitigen aus der Bundesacte von 1815 und dem bestehenden Bundesrecht hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen Sr. Majestät des Königs von Dänemark und des deutschen Bundes in Betreff der Herzogthümer Holstein und Lauenburg durch den gegenwärtigen Vertrag nicht verändert werden sollen. — Preußen und Oesterreich haben gegen Dänemark sich zur Festhaltung dieses Vertrages aber nur unter der Voraussetzung verpflichtet, daß die Vereinbarungen von 1851—52 von der dänischen Regierung geachtet und ausgeführt werden. Geschieht dieses nicht, so sind diese Mächte auch ihrer übernommenen Verpflichtung entbunden. Die anderen Unterzeichner des Vertrages konnten aber über die Rechte Dritter, also auch über diejenigen des deutschen Bundes nicht verfügen und haben daher in Art. III des Vertrages erklärt, daß die „Rechte und Verpflichtungen" des deutschen Bundes durch diesen Vertrag nicht verändert werden sollen. Dem zufolge existirt ein Vertrags-Verhältniß Preußens auch nur gegen Dänemark, wie denn auch die Ratification des Vertrages preußischerseits nur mit Dänemark ausgewechselt worden ist. Dennoch scheint die Sachlage sich anders zu gestalten. — Daß Oesterreich sich durch den Londoner Vertrag vom Jahre 1852 gebunden betrachtet und demgemäß handeln wird, ist bekannt, von dem Grafen Rechberg war auch eine andere Politik nicht zu erwarten. In Betreff der Erbfolge dürften demnach die Acten, in so weit von Oesterreich die Rede ist, bereits als geschlossen zu betrachten sein. Sicherem Vernehmen nach ist von Wien eine Note nach Kopenhagen abgegangen, in welcher die vom Könige Christian sanctionirte Verfassung zurückgewiesen und die dänische Regierung für die Folgen verantwortlich gemacht wird, welche daraus sich ergeben müssen. Aus verschiedenen Anzeichen ist zu schließen, daß Preußen so gut wie Oesterreich beim Londoner Protocolle beharren, Christian IX. als König von ganz Dänemark anerkennen und sich darauf beschränken werde, in der Verfassungs-Angelegenheit die Rechte Deutschlands zu wahren. In der schleswig-holsteinischen Commission ertheilte die Regierung über ihre Politik freilich keine Auskunft. Der Minister-Präsident, v. Bismarck, war nicht erschienen, und der als Regierungs-Commissar anwesende Legationsrath Abeken soll erklärt haben, die Regierung müsse sich vor übereilten Beschlüssen hüten und könne daher über ihren Entschluß noch keine Mittheilung machen. Allein schon in der Commission verbreiteten sich über die Stellung des Ministeriums zur schleswig-holsteinischen Frage ungünstige Nachrichten. Die Einrückung des Textes des Londoner Protocolls mit großer Schrift an der Spitze des ministeriellen Blattes hat allerdings die Bedeutung gehabt, daß Preußen sich daran gebunden glaubt. Mehr als Ein Minister hat sich unumwunden dahin ausgesprochen, daß Preußen eine Sache, die schon einmal zu seinem größten Nachtheile ausgeschlagen sei, nicht wieder aufnehmen könne. Die Haltung der übrigen Mächte ließe Preußen keine Wahl.

**Schleswig**, 26./14. Novbr. Mit der kühlen Zurückhaltung der großen Regierungen contrastirt seltsam der Eifer der kleinen deutschen Staaten für unsere Sache und die Begeisterung der deutschen Männer in Wort und Schrift, aus Nord und Süd, aus großen und kleinen Städten, aus hoher und niedriger Gesellschaft, in allen Lebensaltern und Berufskreisen. Wie bei der Schillerfeier, spricht sich hier einmal wieder der deutsche Geist unzweifelhaft übereinstimmend aus.

Trotz der großen Aufregung macht sich aber auch die nüchterne Auffassung der Rechtsfragen geltend. — Die Bonner Ztg. enthält einen Artikel über die Erbfolgefrage, der nach der Versicherung der Redaction von einem der gründlichsten Kenner des deutschen Staatsrechts und einer der ersten Autoritäten auf diesem Gebiete herrührt. Darin findet sich die Widerlegung des Einwandes, daß Prinz Friedrich darum nicht thronfolgefähig sei, weil er aus unebenbürtiger Ehe abstamme. „Ist die Ehe des Herzogs Christian mit einer Gräfin Danefkiold unebenbürtig, dann freilich haben die Dänen völlig freie Hand, denn dann möchte überhaupt kein Fürst des Oldenburgischen Hauses zu finden sein, der nicht unmittelbar oder mittelbar aus solcher Ehe abstammt. Dies Argument konnten die Dänen darum nicht brauchen, weil sie damit auch dem jüngst verstorbenen König die Legitimität abgesprochen haben würden. In Wahrheit verhält es sich so, daß im Oldenburgischen Hause der von den Fürsten des Hauses selbst, von andern reichsständischen Fürstenhäusern und auch vom Kaiser anerkannte Grundsatz gilt, daß die Ehe mit Frauen vom niederen Adel eine vollkommen rechtmäßige ist, und daß die aus solcher Ehe Abstammenden successionsfähig sind. — Uebrigens ist auch bereits in der ministeriellen Nordd. Allg. Ztg. ausgeführt worden, daß dieser von den Dänen garnicht einmal erhobene Einwand ein durchaus nichtiger ist. — Ein anderes Bedenken erregt der Verzicht des Vaters unsers Herzogs, der freilich also lautet: Wir geloben und versprechen demnach hiermit für Uns, Unsere Erben und Nachkommen in bündigster Weise, daß Wir Unsererseits alles dasjenige, was in obiger Vereinbarung verabredet und festgesetzt worden ist, getreulich erfüllen und nie gestatten wollen, daß von den Unserigen auf einige Weise dawider gehandelt oder etwas vorgenommen werde. Derselbe ward in der Noth nach dem Kriege geleistet, um die Einziehung der Augustenburgischen Güter zu verhindern und deren Verkauf zu ermöglichen; die übrigen Glieder der Augustenburgischen Familie protestirten aber ausdrücklich gegen denselben. — Für den Augenblick ist es aber am wichtigsten, die Stimme der nächstbetheiligten Stände Holsteins und Schleswigs zu hören. Ihnen muß die Gelegenheit sich in legaler Weise zu äußern von deutschen Bundeswegen vor allen Dingen verschafft werden. Sodann muß der deutsche Bund in der Angelegenheit schlüssig werden. Derselbe muß beweisen, daß er, wie Preußen behauptet, noch alte gute Grundlagen besitzt, und beweisen daß die neue Organisation, welche die Bundesacte erstrebt, dem Geiste nach vorhanden ist, um nur noch des gesetzlichen Ausdrucks zu bedürfen. Der deutsche Band muß sich entscheiden ob er König Christian IX. von Dänemark als Herzog von Holstein und Lauenburg anerkennen will, oder Herzog Friedrich. Coburg, Weimar, Meiningen, Baden, Frankfurt beeilen sich für letzteren einzutreten. Oesterreich und Preußen müssen das kleinere Uebel, eine geschehene Uebereilung einzugestehen, dem größeren vorziehen, das unzweifelhafte Recht kränken zu lassen. Aufzuschieben ist die Entscheidung nicht. Aber man darf sich nicht verhehlen, daß dann die Zeit ungefährlichen Tapferthuns vorüber ist, daß die Zeit großer Gefahren, großer Opfer, großer Anstrengungen ernstlich heranrückt. Sie rückt heran, selbst wenn in Schleswig-Holstein noch ein Compromiß gefunden würde, bei welchem Dänemark eine ihm nicht zuzutrauende aufrichtige Nachgiebigkeit zeigte.

## Dänemark.

**Kopenhagen**, 24./12. Nov. Heute hatten Deputationen aus den 7 Städten Flensburg, Schleswig, Hadersleben, Apenrade, Tondern, Sonderburg und Aerösjöbing Audienz beim Könige. Der König antwortete, er werde alles, was in seiner Macht stehe, für das Glück Schleswigs thun. Die Deputation aus der Stadt Schleswig bat der König, allen treuen Bürgern ihrer Vaterstadt seinen Gruß bringen zu wollen. Für die Stimmung in Schleswig ist folgende, von einem dänischen Blatte, dem Dannevirke, mitgetheilte Bemerkung characteristisch: Als die Nachricht von dem Tode des Königs Friedrich VII. nach Schleswig kam, machte sie einen niederschlagenden Eindruck auf die treuen Unterthanen des Königs. Aber wie durch einen Zauberschlag erwachten bei dem größeren Theile Hoffnungen aus des Aufruhrs Tagen (sic), welche sich freilich nicht durch Demonstrationen Luft machten, deren Wiederauflebung jedoch Niemandem entging, welcher Gelegenheit hatte, mit der Bevölkerung zu verkehren. . . . Im Uebrigen herrschten die verwirrendsten Anschauungen über die Thronfolge. Nicht wenige glaubten steif und fest, daß jetzt der Herzog Augustenburg den Thron besteigen werde! Alles, was hierin über die Stimmung in der Stadt Schleswig gesagt ist, läßt sich auch von Flensburg sagen. Die neuesten Nachrichten aus Deutschland haben dort einen gewaltigen Eindruck gemacht.

## Großbritannien.

**London**, 24./12. Novbr. Die Ministerkrise in England ist vorläufig beschworen, doch hält man hier das Cabinet Palmerston-Russell für einigermaßen erschüttert. Wie es scheint, versuchte Palmerston durch den Austritt Russell's die Angriffe zu beschwichtigen, welche vom Parlament in mehreren auswärtigen Fragen drohen. Eigenthümlicher Weise würde man in französischen Kreisen das Aufkommen einer Toryregierung mit günstigen Augen ansehen; man glaubt, daß man mit den Tories den Congreß leichter zu Stande bringen werde als mit den Whigs, und die Verwirklichung der Congreßidee ist es, was dem Kaiser mehr als alle sonstigen Combinationen am Herzen liegt. — Die Antwort Rußlands und die Erklärung der englischen Regierung haben jedoch den Congreß-Hoffnungen ein Ende gemacht. Man spricht von der in Paris bevorstehenden Veröffentlichung einer kriegerisch lautenden Broschüre, zu welcher der Kaiser und Herr Drouyn de Lhuys die Elemente vorbereitet haben und deren Abfassung Hrn. Laguerronière übertragen werden soll. Rußland will, daß die polnische Frage nicht vor den Congreß gebracht werde! — In der englischen Presse dauert mittlerweile, bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage, das Eifern für den dänischen „Gesammtstaat" und die Verunglimpfung Deutschlands fort. Die Art wie die unvermeidliche Prinzessin von Wales mit in Scene gesetzt wird, ist, um das glimpflichste zu sagen, geschmacklos. Von der gefeierten Dame, welche eben eine Prinzessin sein wird wie hundert andere, wissen $^{99}/_{100}$ der Engländer, die mit „Enthusiasmus" ihre angeblichen Tugenden lobpreisen, so viel wie wir andern, nämlich nichts. Auch wiegt im Grunde viel schwerer die Rücksicht, daß England, im Fall eines Seekriegs, die dänische Flotte — die Nachfolgerin derjenigen, die es einst gecapert oder verbrannt hat — für sich ins Schlepptau zu nehmen hofft. Der M. Herald bezeichnet die neue deutsche Agitation für die Herzogthümer als einen „Sturm im Kessel." In einer Zuschrift an die Times behauptet ein Däne: der Londoner Vertrag sei nicht bloß von Oesterreich und Preußen, sondern auch von Hannover, Würtemberg, Königreich Sachsen, Kurhessen und Oldenburg ausdrücklich anerkannt; nur Baiern, Baden, Sachsen-Weimar, Hessen-Darmstadt und Mecklenburg hätten sich abseits gehalten. Damit zerfalle auch die etwaige Einrede des Bundestags.

## Frankreich.

**Paris**, 22./10. Novbr. Es wird jetzt offen eingestanden, daß der Hauptgedanke des Kaisers bei der Congreßeinladung die Zustandebringung eines Congresses ohne England gewesen sei, eine Gruppirung des ganzen Continents um Frankreich. Es ist schon seit Jahresfrist

von Zeit zu Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß die Napoleonische Politik sich immer entschiedener gegen England erklärt, neuerdings werden die Wendungen immer schärfer; man wies schon bei den Ereignissen auf Madagascar darauf hin, daß es jetzt kaum noch ein bedeutenderes Ereigniß geben könne, welches nicht den Gegensatz zwischen Frankreich und England schärfer betone. Man hält hier den Zwiespalt Deutschlands und Dänemarks ganz entschieden der Congreßidee für günstig, und je rücksichtsloser man in England die Partei Dänemarks nimmt, desto eifriger wird man hier vielleicht die Partei Deutschlands nehmen. Von anderer Seite wird bemerkt, daß Louis Napoleon die Congreßidee nur erfunden hat, um seine diplomatische Niederlage in Bezug auf Polen zu verhüllen, indem er den Franzosen etwas Neues vorbrachte. Dadurch hat er denn auch zugleich für den Winter Frist gewonnen für etwaige andere Unternehmungen. Womit natürlich nicht gesagt ist, daß ihm ein Congreß in Paris unter Frankreichs Aegide auch ganz angenehm wäre. — Man hält hier das Zustandekommen des Congresses für wahrscheinlich, seitdem sich die Großmächte in der Ansicht zu begegnen scheinen, daß eine Präliminarconferenz der Großmächte abzuhalten sei, um sich über die Tagesordnung zu verständigen; solchen Vorberathungen wird sich keine der betheiligten Mächte entziehen. Rußlands Antwort wird in den ersten Tagen dieser Woche erwartet; die Antwort Preußens ist bereits angelangt: während die österreichische angeblich erst in 5—6 Tagen hier erwartet wird. — Die dänisch-deutsche Frage wird in der französischen Presse mit größerer Unbefangenheit als früher erörtert; die gouvernementale Presse spricht sich mit großer Rückhaltung aus. Vielleicht ist der Grund hiervon in der leidenschaftlichen Haltung der englischen Blätter zu suchen, welche fast einstimmig sich für die Dänen erklären. Nach den Vorgängen gelegentlich Italiens und Polens haben die Franzosen der englischen Leidenschaftlichkeit mißtrauen gelernt. Da man hier stets voraussetzt, daß die Interessen Englands und Frankreichs entgegengesetzte seien, so frägt man sich, ob die Engländer nicht gar zu sehr ihre speciellen Interessen verfolgen, indem sie sich von vorn herein für Dänemark aussprechen. Genug bis jetzt hat sich die französische Presse im Ganzen mäßig gezeigt. Eine Ausnahme hiervon macht u. A. das Mémorial diplomatique, welches in seiner heutigen Nummer in der ostensibelsten Form das Erbfolgerecht dem König Christian IX. zuerkennt.

**(Eingesandt.)**

Veranlaßt durch das ungetheilte Interesse, mit welchem das musikliebende Publicum Dorpats der angekündigten Ankunft des Frl. Maria Edenska entgegensieht, hoffen wir dem allgemeinen Wunsche entgegenzukommen durch Mittheilung folgender uns bekannt gewordener näherer Nachrichten über das in der Aula in Aussicht stehende Concert. Aus den zum Vortrage bestimmten Compositionen glauben wir folgende hervorheben zu können: 1) Große Concert-Arie von Beethoven; 2) An der Weser, Lied von Pressel; 3) Arie aus der Oper Donna Caritea von Mercadante; 3) Il baccio, Walzer von Arditi; componirt für Contralto und im Original gesungen. — Indem wir mit lebhaftem Vergnügen dem Auftreten Frl. Maria Edenska's entgegensehen, hoffen wir, daß die gefeierte Künstlerin in Dorpat dieselbe warme Theilnahme finden werde, wie sie ihr allenthalben, namentlich in Paris und in letzter Zeit in ihrer Vaterstadt Riga zu Theil geworden ist.

## Fonds.

Rigaer Börse am 16./28. Novbr. 1863.

| | | Verkäuf. | Käuf. |
|---|---|---|---|
| 5 % | Inscriptionen 1. und 2. Anleihe | % 90½ | 90 |
| 5 . | dito 5. . | . 90¼ | 90 |
| 5 . | Reichs Bank-Billete | . 96 | 95¼ |
| 4½ . | Livländische Pfandbriefe, kündbare | . 99 | 98¾ |
| 4 . | Kurländische dito kündbare | . 98 | — |

## Witterungsbeobachtungen.

18. Novbr., A. St. (30. Novbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Barom. 0° R. Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 341,07 | + 5,49 | 2,2 | W | Trüb (4) |
| 2 U. | 341,22 | + 5,61 | 3,2 | NW | Trüb (4) |
| 11 U. | 341,07 | + 5,40 | 3,1 | | Trüb (4) Nebelregen |
| Mittel | 341,13 | | 2,82 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 5,32 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,30 im J. 1845, kleinste —13,19 im J. 1855.

№ 631. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 19. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Im Verlage von **E. J. Karow** in Dorpat und Fellin erschien:

## Neuer Dorpater Kalender

für das Schaltjahr

## 1864.

Preis geheftet und der Kalender mit Papier durchschossen 25 Kop.

**Inhalt.**

**Kalendarium.** Erläuterungen. Erklärung der Zeichen der Sternbilder. Die Planeten und Planetoiden. Zeitrechnung. Ostertabelle. Finsternisse. Die 4 Jahreszeiten, die 4 Quatember und die kirchliche Jahresrechnung. Monatskalender. Datumzeiger für 1864. Verzeichniß der Kirchen- und Staats-Feste.

Die jetzigen europäischen Regenten ꝛc. Baltische Emigranten von J. Eckardt. Der alte Link. Unsere practische Seite. Die geistreichen Frauen. Gewerbelied. Räthsel. Seidenhüte.

Verzeichniß der Jahrmärkte in Livland. Correspondenz-Annahme im Dorpater Post-Comptoir. Ankunft und Abgang der Posten in Dorpat. Preise der Plätze in der Postkutsche. Ankunft und Abgang der Posten in Pernau. Ankunft und Abgang der Posten in Fellin. Livländische Diligence. Diligence zwischen Dorpat — Werro — Pleskau. Taxe des Gewichtgeldes für Briefe und Päckchen. Taxe der Assecuranzsteuer für Geld- und Werthsendungen. Ueber die Stempel-Couverts. Ueber Postmarken. Taxe des Porto für ausländische Briefe. Poststationen und deren Entfernungen. Fahrpreise und Entfernungen sämmtlicher inländ. und einiger ausländ. Eisenbahnen. Telegraphenstation zu Dorpat. Stempelpapier und Preise desselben. Beamte, Behörden und Anstalten in Dorpat.

Einem hohen Adel und geehrten Publicum erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich **gründlichen Unterricht im Violinspiel** und in der Behandlung des **Cornet à piston** ertheile, auch werden bei mir **Noten copirt,** indem ich bitte, daß man mich mit geneigtem Wohlwollen beehren möge, empfiehlt sich hochachtungsvoll

**Hensel,**
Salzstraße, im Hause des Herrn Baumeister Meyer, früher Petersonsche Haus.

Eine große Sendung **Lampen-Cylinder** erhielt
**L. O. Fischen.**

Unterzeichnete empfehlen ihr Lager von

## Contobüchern

in den **verschiedensten Liniaturen** und stellen die billigsten Preise.

**Ihle & Röschke.**

Bei **E. J. Karow** in Dorpat ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

**Uus**
## Saksa-kele öppimisse-ramat ma-rahwale.

**Endise**
**Wändra öppetaja K. Körberi kirjotud.**
Essimenne jaggo.

## Kurze Anleitung
für
**Ehsten**
zur
## Erlernung der deutschen Sprache.

Von
**K. Körber,** Pastor emerit.
Erster Theil.

geh. Preis 25 Kop.

Von der **Czarenseife** erhielten soeben eine frische Sendung und empfehlen besonders **Bouquet russischer Schönheit, kaukasische Rose, Honigseife, Feld-Bouquet, Mandelblüthe, krimsches Veilchen, duftende Steppengräser, Linden-Blüthe, bittere Mandelseife, Eierdotter-Seife, kasanische Seife** in grossen und kleinen Stücken und **Cocosseife.**

**Ihle & Röschke.**

Die am 16. und 17. Novbr. d. J. im Saale der Stadt-Töchterschule stattgehabte Veräußerung der zu wohlthätigen Zwecken ausgestellten Gegenstände hat einen Ertrag von 600 Rbl. 52 Kop. ergeben. Von dieser Geldsumme sind bestimmt worden: 100 Rbl. der am Domberge belegenen Armen-Mädchenschule, je 50 Rbl. zweien Wittwen, 40 Rbl. einer dritten und 30 Rbl. einer vierten. Der Rest von 330 Rbl. 52 Kop. wird zu kleineren Summen verschiedenen Nothleidenden zugetheilt werden, deren Bedürftigkeit durch die Geberinnen sorgfältig erforscht worden ist.

Indem Diejenigen, welche das Unternehmen geleitet, dem Publicum hiermit Rechenschaft von der Verwendung des Ertrages ablegen, können sie nicht umhin allen Denen, welche sich durch Hingabe und Ankauf der Ausstellungsgegenstände betheiligten, ihren besten Dank abzustatten.

Dorpat, 19. Nov. 1863.

Bis Ende dieses Monats verkaufe ich meine hiesigen, gut gearbeiteten **Damen-Prünellstiefel** zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**B. A. Müller,**
Galoschenhandlung
(Haus Petersonn, Ritterstr.)

**Frischen Sömga,**
**frischen gepreßten Caviar**
bester Sorte und
**frische Neunaugen**
empfing und empfiehlt
***Alexander Botscherow,***
am großen Markt.

☞ Wir empfehlen den dem heutigen Tagesblatt beigelegten bilderreichen Prospect zur Berliner illustrirten Muster- und Moden-Zeitung: **Victoria.**

№ 269. Mittwoch, den 20. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.

Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. IX. Helsingfors: Justizorganisation. Adelsstatut. Telegraph St. Petersburg: Schleswig-Holstein. Einführung des litauischen Statuts in Witebsk und Mohilew. Personalnotizen. Warschau: Gefechte. Morde. Napoleon. Aus Süd-Rußland: Verhältnisse der Gutsbesitzer.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Ernennungen zum Herrenhaus. Bismarks Gehalt. Mommsen's Rede. — Heidelberg: Protestanten-Verein. — Wien: Evang. Deputationen. Renan Leben Jesu. Concordat. Paskiewitsch. — Hamburg: Christian IX. Bundesexecution. — Altona: der Erbprinz als Prätendent. — Lauenburg für Norwegen. — Schweiz Bern: Deficit. Japan. — Großbritannien. London: Handelskrisis. Hochzeitsgeschenke. Prorogation des Parlaments. Themsebrücken. — Frankreich. Paris: Der Kaiser. Schleswig-Holstein. Die Polen. — Türkei. Alexandrien: Telegraphen. Eisenbahnen. — America. Mexico: Guerillas. Französischer Sprachunterricht. Garantien. — Asien. Teheran: Turkomanen. Herat.

**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**

**Palermo.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 20. Novbr. Innere Umbildung und äußere Annäherung der Steuerkörper — so formulirten sich uns die Aufgaben, welche für die Ostseeprovinzen zu lösen sind. Welche von beiden schwerer ins Gewicht fällt und schleuniger gelöst zu werden verlangt, ist so leicht nicht zu entscheiden. Die Hauptsache ist: daß sie sich umbilden, ohne sich zu verbilden; daß sie sich nähern, ohne einander zu absorbiren. Darauf beruht die Fortdauer der Autonomie und ihrer Garantieen.

Wenn wir nun aber im Verfolg unserer Betrachtung die zweite der beiden Aufgaben zuerst ins Auge fassen, so hat das einen äußeren Grund. Die Principien des russischen Projects verhalten sich — wenn der Ausdruck gestattet ist — duldsamer zu der mehr internen Frage der Umbildung der Steuerkörper, als zu der unter unsern Verhältnissen allein zulässigen Art ihrer Combination. Auch das russische Project erkennt gewisse Interessengruppen an und verhilft ihnen zum Ausdruck in dem System der Wahlen; ihr Bestand also wird nicht geleugnet und ebensowenig ihr Recht, fortzubestehen. Dem großen Grundbesitz oder, was vorläufig nahezu dasselbe besagen will, dem Adel wird sogar ein entschiedenes Uebergewicht eingeräumt und, wenn im Reiche die Städte so deutlich herausgebildet daständen, wie in unsern Provinzen, so wäre vermuthlich jenem Ausdruck der Interessengruppen ein viel größerer Spielraum zugemessen worden und das gesammte System hätte sich leicht anders gestaltet.

Jedenfalls berechtigt uns, abgesehen von den Privilegien dieser Provinzen, das russische Project dazu, die Umbildung unserer Steuerkörper nach inneren Bedingungen zu vollziehen, sofern nur das Princip, daß die Betheiligung der Steuerpflichtigen an Bewilligung, Umlage und Verwendung der Steuern möglichst gleichmäßig geordnet werde, im Allgemeinen zu seinem Rechte kommt.

Das russische Project nämlich setzt, wie wir gesehen haben, Ausnahmen von der von ihm selbst aufgestellten Ordnung. Es erklärt den allgemein giltigen Wahlmodus auf die beiden Hauptstädte und weiter auf alle diejenigen Städte nicht anwendbar, welche ihre Verwaltung derart ordnen, daß sämmtliche Stände Vertretung finden: die so geschaffene städtische Repräsentation soll ohne weiteres von sich aus Delegirte in die Kreisversammlung zu wählen haben. Es folgt daraus, daß auch andere wolorganisirte Körperschaften Anspruch erheben dürfen auf gleiche Achtung ihrer Constitution, sofern nur dem betonten Principe im Allgemeinen Rechnung getragen werde.

Im Allgemeinen. Denn so will auch das russische Project die Forderung nicht verstanden wissen, als ob nun ausnahmslos jeder Steuerpflichtige die Repräsentation, wenn auch in sehr mittelbarer Betheiligung, mitzubestellen habe. Vielmehr zieht es die Grenze ziemlich hoch nach oben und läßt zahlreiche Gruppen Steuerzahlender außen stehen. Es verweigert die Betheiligung unter jeder Form innerhalb des Adels Allen, welche, je nach dem Gouvernement, weniger als 10 bis 40 Dessätinen Landes besitzen, unter den nichtadeligen Grundeigenthümern Allen, welche weniger besitzen als 40 bis 160 Dessätinen; kein Pächter ist irgend betheiligt, der nicht mindestens über 1600 bis 3200 Dessätinen verfügt. Inhaber von Fabriken oder ähnlichen Instituten ob nun auf dem Lande oder in der Stadt genießen des Wahlrechts erst, wenn sie einen jährlichen Umsatz von 6000 Rbl. S. nachzuweisen vermögen. In kleinen Städten bleiben außen stehen alle Besitzer von Grundstücken, die weniger als 500 Rbl., und so weiter, je nach der Größe der städtischen Bevölkerung, weniger als 2000 oder 3000 Rbl. werth sind. Für alle derart durch den Census Ausgeschlossene besteht kein Recht, welches ihrer Pflicht, sich besteuern zu lassen, das Gegengewicht böte. Sie haben, sofern die Constitution der Gemeinde oder Körperschaft, zu welcher sie zählen, es gestattet, im günstigsten Falle nur etwa noch die Aussicht, bei der Umlage der solchen Gemeinden und Körperschaften auferlegten Steuerquoten auf die einzelnen Steuerpflichtigen mitreden zu können.

Es wird darum wenigstens nicht im Namen des russischen Projects verlangt werden können, daß innerhalb der provinziellen Steuerkörper der Grundsatz absolute Geltung erhalte: wer steuert, habe auch mitzustimmen. Darf das allgemeine Wahlrecht durch einen, zudem so hoch gesetzten, Census beschränkt werden, so wird es sich auch Schranken müssen gefallen lassen, welche etwa in socialen Verhältnissen, die zu Recht bestehen, gesetzt sind. Soll der Census die normale Entwickelung und das allgemeine Wohl einer Gesellschaft sichern helfen, so giebt es andere, ältere Bedingungen, welche denselben Zweck haben, besser erprobt sind und nicht minder Anspruch haben, als Norm zu gelten. Bietet doch das russische Project selbst den Beweis, daß es sich auf die Garantien, welche im Census geboten werden, allein nicht zu stützen wagt. Oder, warum hätte es sonst die Pächter, nachdem es ihnen principiell den Eintritt in eine bisher verschlossene Rechtssphäre eröffnet, nach anderm Census gemessen, als die Grundeigenthümer? Vor Allem, warum setzte es sonst für nichtadlige Eigenthümer an Grund und Boden den Census doppelt so hoch, als für Eigenthümer aus der Mitte des Adels? Und wol darf gefragt werden, ob es dem Principe des Census auch nur so viel Raum gegeben hätte, wenn an der Gliederung der russischen Gesellschaft ein anderes, ausreichendes und besser erprobtes Maaß für die Vertheilung politischer Rechte und Pflichten sich hätte darbieten wollen?

Es wird daher nicht zu kühn sein, aus dem russischen Projecte selbst zu folgern, daß es sich mit seinen Principien zu der internen Frage von einer Umbildung unserer Steuerkörper duldsam verhalten werde.

Damit jedoch soll dieser hochwichtigen Frage nur die rechte Freiheit der Lösung, nicht Aussicht auf ungestörtes Selbstvergessen gewonnen sein. Anderd, viel mächtiger treibende Gründe, als äußere Anregung oder fremdes Drängen, haben uns vor diese schwierige Aufgabe gestellt und mahnen uns, ihr gerecht zu werden. Die auseinander gerückten Systeme einerseits der Interessen, andererseits der Rechte müssen wieder in das rechte Verhältniß gebracht werden, in welchem sie sich möglichst decken. Nicht viele werden den heutigen Zustand verewigen wollen; nur wann und wie er umzugestalten ist, darin gehen die Ansichten aus einander. Wird die nicht ganz geringe Zahl derjenigen abgerechnet, welche aus Gewöhnung, Beschränktheit oder übelangebrachtem Selbstgefühl die Lösung der Frage einer völlig undefinirten Zukunft anheimgeben, und bleiben ebenso diejenigen unbeachtet, welche aus Schwindelei, Nachahmungssucht oder aus Haß und Neid alles Altüberkommene über den Haufen zu werfen bereit sind, so stehen sich dann immer noch zwei Parteien — wenn diese Bezeichnung gestattet ist — gegenüber. Die eine fordert die Umgestaltung sofort; fast um jeden Preis; sie will mit ihr begonnen wissen an der ersten sich darbietenden Stelle, unbekümmert um die Consequenzen; die Mittel gelten ihr mehr oder weniger gleich; ob sich der Proceß durch äußeren Zwang oder von innen heraus vollziehe, ist ihr jedenfalls gleichgiltiger, als ob er sich verzögere: sie hält den Zustand aus Erfahrung, soweit Erfahrung dergleichen zu beweisen vermag, oder aus Gründen der Theorie oder aus Anwandlungen des Gefühls für so unerträglich, daß er Allem zuvor aufzuheben ist; was darnach komme, dafür mag später gesorgt werden. Die Anderen verlangen allmälige Umwandlung, deren Nothwendigkeit sie einsehen, deren möglichst unverzögerte Inangriffnahme sie empfehlen; allein neben dem Was fällt für sie ein Hauptgewicht auf das Wie; die Wahl der Mittel ist ihnen sehr wenig gleichgiltig; sie verlangen, daß die Consequenzen zum voraus begriffen werden; vor Allem, daß sich die Umwandlung von innen heraus vollziehe, damit, was aus ihr hervorgeht, möglichst Vielen zu Gute komme und möglichst allen Interessen gerecht werde.

Zwischen diesen beiden Ansichten wird eine Verständigung wenigstens insoweit angebahnt werden können, daß sie sich aneinander

orientiren und, was jede für sich anzuführen hat, mit redlichem Willen prüfen.

Allein eben in diesem Sinne erscheint es nicht gerathen, die vielverzweigte Frage sofort an dieser Stelle zu erörtern; sie fordert gesonderte Behandlung und wir werden uns ihr nochmals zuwenden.

Vorläufig dürfen wir operiren, als wenn sie bereits gelöst ware, als wenn die Ritterschaften, die Städte, die Bauergemeinden vollgiltige Repräsentanten der drei großen Interessengruppen wären, denen sie von jeher mit mehr oder weniger Beruf und Recht vorgestanden haben: des großen Grundbesitzes, der städtischen Erwerbszweige, des kleinen Grundbesitzes und indem wir uns der Frage zuwenden, in welchem Maße diese getrennten Steuerkörper sich zu gemeinsamem Systeme zu combiniren vermögen, werden wir zu prüfen haben, sowol wie sich die Frage theoretisch stellt, als auch wie weit die Macht der Verhältnisse eine Annäherung bereits mag erzwungen oder vorbereitet haben.

**Helsingfors.** In der Sitzung des Adelsstandes ist der Antrag der Regierung über Justizreorganisation gegen den Commissionsvorschlag einstimmig angenommen worden. In derselben Sitzung wurde die von der Commission des Ritterhauses neu umgearbeitete Redaction des Adelsstatuts lebhaft debattirt. Unter den neuen §§ erregt besondere Aufmerksamkeit der, daß nur solche Adlige zur Theilnahme am Reichstage zugelassen werden sollen, die die letzten 3 Jahre vor Eröffnung des Reichstags in Finnland zugebracht haben. Der Bürgerstand hat beschlossen, bei der Regierung eine Commission zur Errichtung eines Privattelegraphennetzes neben dem russischen, oder wenigstens eine practischere und billigere Einrichtung des russischen und Ausdehnung auf alle finnländischen Städte, oder endlich den Ankauf der russischen Telegraphen zu einem billigen Preise auszuwirken. Der Correspondent der C. H. B. bemerkt hierzu: solches Verlangen sei sehr natürlich, da der Telegraph der Regierung theuer sei.

**St. Petersburg.** Das J. de St. Petersbourg stellt sich den Ansprüchen des Erbprinzen von Augustenburg (von deren Anerkennung durch den Herzog von Coburg es Kenntniß hat) sehr feindlich gegenüber. In seinem Uebersichtsartikel sagt es: Man müsse den Character und die Gewohnheiten des Bundestags vollständig verkennen, um zu glauben, daß er sogleich darauf verzichten wollte, die Stipulationen von 1852, den einzigen Titel, den er bei seinen Reclamationen gegen Dänemark anrufen kann, als bestehend anzuerkennen, und daß er die bewaffnete Wiederherstellung der Rechte unternehmen wollte, welche die Augustenburger Linie vor 1852 auf den Thron der Herzogthümer haben mochte.

— Durch Ukas Sr. Maj. des Kaisers an den Dirigirenden Senat vom 2. Novbr. wird nunmehr auch in den bisher verschonten Kreisen der Gouvernements Witebsk und Mohilew das litauische Statut eingeführt und bestimmt, daß mit dem 1. Januar 1864 die Pflichtverhältnisse zwischen den Bauern und Gutsbesitzern als aufgelöst zu betrachten seien.

— Bestätigt: Der Doctor der Rechte, der Philosophie und der Medicin Schleiden, früher Professor an der Universität in Jena, zum ordentlichen Professor der Pflanzenphysiologie und Anthropologie an der Dorpater Universität unter Ernennung zum Hofrath mit Anciennetät vom 2. Sept. d. J.

— Ordensverleihung: Dem Generalmajor Tideböhl der Wladimir-Orden 3. Classe mit den Schwertern.

— Die Gesetzsammlung bringt den Allerhöchsten Befehl zur Schließung des adligen Instituts in Wilna.

Aus **Südrußland.** Die Dürre war noch intensiver als in Ungarn; die Getreideernte fiel deßhalb auch sehr schlecht aus, und wird im nächsten Jahr noch geringer sein, weil die Wintersaat nur zum kleinsten Theil ausgeführt werden konnte, da der ausgetrocknete Boden den dortigen schlechten Pflügen unüberwindlichen Widerstand entgegensetzte und der Mangel an Regen die Keimung verhinderte. Sonst beginnt man mit der Wintersaat Anfangs August a. St. während in diesem Herbst zu Anfang Octobers kaum der zehnte Theil der sonstigen Fläche bestellt war. Da schon im vorigen Jahr nur eine geringe Ernte gemacht wurde, so ist der Viehstand nach Zahl und Beschaffenheit sehr herabgekommen, und eine weitere größere Verminderung steht noch in Aussicht. In Odessa kostet 1 Pfd. Schaffleich 1 Kopeken. Auch die Getreidepreise sind in starkem Rückgang begriffen, weil nach Frankreich und England nur ein ganz geringer Absatz möglich ist. Dazu kommen dann nach die Verheerungen durch Heuschrecken und in der Krim die Traubenkrankheit. Die Gutsbesitzer sind demgemäß in einer sehr schlimmen Lage, da sie neben diesen ungünstigen Verhältnissen durch die Emancipation der Bauern augenblicklich viel verloren, und die unvermeidlichen Schwierigkeiten des Uebergangs in einen neuen Zustand zu tragen haben; sogar die Aufhebung der Branntweinspacht vermehrt ihre Verlegenheiten; denn ehedem konnten sie von dem Generalpächter schon im Herbst Geldvorschüsse auf zu liefernden Branntwein erhalten; jetzt aber, wo der Handel in diesem Artikel frei ist, hat dieß ganz aufgehört. Es ist hienach fast geradezu unmöglich für die Gutsbesitzer sich Geldanleihen zu verschaffen; man spricht deßhalb schon seit einem oder zwei Jahren von der Errichtung einer Boden-Creditbank für das ganze Reich, allein für ein so großes Land läßt sich ein solches Institut nicht so rasch ins Leben rufen. Auch ist zu befürchten daß die dabei betheiligten großen Geldmächte ihre disponibeln Mittel lieber zu gewinnbringenderen Börsenspeculationen verwenden möchten, und daß die nothwendige Controle der Gläubiger, für ein auf das ganze Reich ausgedehntes Creditinstitut fast unmöglich sein würde. Viel zweckmäßiger wäre deshalb die Gründung von Provincialhypothekenbanken, wie sie in Preußen schon lange mit segensreichem Erfolg bestehen; sie wurden da bekanntlich zu einer Zeit begründet, wo die Creditlosigkeit eben so groß war wie in Rußland. Hier besteht denn auch schon die provincielle Formation des Adels zu einer öffentlich anerkannten Corporation, und es dürfte nicht schwer halten, damit die betreffenden auf Gegenseitigkeit gegründeten Creditinstitute zu verbinden. Ein weiterer Hebel zur Förderung der materiellen Entwickelung, die Eisenbahnen, schreiten nicht so rasch vor, wie es im Interesse der zeitweilig zu großen Opfern gezwungenen Grundbesitzer zu wünschen wäre. Zwar wird an der Linie von Odessa nach Bender eifrig gebaut, doch ist es nur eine kurze Strecke, und die directe Verbindung zwischen Odessa und Moskau steht noch in weiter Ferne. Die Linie Moskau-Sebastopol ist zwar concessionirt, allein das nöthige Capital noch nicht gezeichnet. Ein Hauptübelstand liegt darin daß es in Rußland an soliden und tüchtigen Bauunternehmern fehlt, daß also alles in eigener Regie gebaut werden muß; unter der sachverständigen und umsichtigen Oberleitung des Frhrn. v. Ungern-Sternberg wird in dieser Weise die Strecke von Odessa nach Bender gebaut; allein es ist sehr schwer unter den Beamten ähnliche Persönlichkeiten zu finden, die all diesen Anforderungen genügen. Die Gründung einer Universität in Odessa ist vorerst auf ein Jahr vertagt worden, was sehr zu bedauern ist, da sich besonders unter den Russen großes Interesse dafür bethätigt hat, namentlich war es überraschend zu sehen, wie viele Leute, bei denen man kein besonderes Interesse für die Wissenschaften vorausgesetzt hätte, sehr bedeutende freiwillige Beiträge dafür gezeichnet haben. Man hofft auf fremde Studirende aus der Moldau, aus Griechenland und aus der Christenbevölkerung der Türkei. Was die Kriegsrüstungen anbelangt, so kann man davon in Odessa und im südlichen Theil der Krim nicht eben viel wahrnehmen: die Soldaten werden zu den Eisenbahnhauten bei Odessa verwendet, und man ist mit ihrer Arbeit recht wol zufrieden. In den letzten Jahren wurde die gesammte Infanterie mit Miniébüchsen bewaffnet; die Gewehrfabriken liefern jährlich 125,000 solcher Gewehre, die vortrefflich gearbeitet sind, denn sie werden meist von deutschen und belgischen Arbeitern angefertigt. Vor den Mündungen der Donau und der Rhede von Odessa kreuzen einige Kanonenboote, sonst sieht man keine Kriegsschiffe, übrigens scheinen die Dampfer der vom Staat unterstützten russischen Dampfschifffahrtsgesellschaft mit leichter Mühe sich in Kriegsschiffe verwandeln zu lassen, auch hat die ganze Bemannung eine streng militärische Haltung.

**Warschau,** 13. November. Es werden folgende Kämpfe berichtet: Am 4. Oberst Gorelow in den Sümpfen von Nedswedt gegen 120 Reiter unter dem Ungarn Nemata; am 10. Fürst Abamelik mit 70 Husaren gegen 180 Insurgenten unter Großmann und Puttkammer. Auch die Schaar unter Lenordowicz warf die Waffen fort und zerstreute sich.

— 9. Novbr. Heute ist es der 19. Tag, daß hier kein Mord vorgefallen ist, und unter den Polen hat sich das Gerücht verbreitet, Napoleon habe der Nationalregierung untersagt, fernerhin einen Mord zu gestatten, wie überhaupt der Name des französischen Kaisers unter der hiesigen Bevölkerung fortwährend genannt wird. Uebrigens ist trotzdem von der Nationalregierung unkängst über einen Beamten der Warschauer-Wiener Eisenbahn das Todesurtheil verhängt worden.

**Schaulen.** Die Arbeiten bei der Führung der Durchhaue in den hiesigen Wäldern sind mit keinen Kosten für die Krone verbunden. Den Gutsbesitzern wird ein Termin gesetzt, bis zu welchem die Arbeiten beendet sein müssen. Bei Nichteinhaltung des Termins werden die Bauern aus der Umgegend zu der Arbeit verwandt und denselben das gefällte Holz unentgeldlich überlassen.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin,** 27./15. Nov. Von den aus allerhöchstem Vertrauen ins Herrenhaus gerufenen 10 neuen Mitgliedern sind zu nennen: Prof. Hefster, Prof. Leo, Fürst Pückler-Muskau. — Aus den vorgelegten Staatshaushalts-Etats dürften folgende Zahlen von Interesse sein: Der Präsident des Staats-Ministeriums erhält in der Eigenschaft als solcher 10,000 Thlr. und freie Dienstwohnung; der Präsident ist Herr v. Bismarck. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhält einschließlich der Repräsentations-Gelder im Belaufe von 6000 Thlrn. ein Gehalt von 16,000 Thlrn. und freie Dienstwohnung; und der Minister des Auswärtigen ist ebenfalls Herr v. Bismark, der sonach außer jährlichen 26,000 Thlrn. Gehalt sich zweier freien Dienstwohnungen erfreut. Doch bemerkt dagegen eine officiöse Notiz, bei einem der früheren Budgets sei bei dem zweiten Posten bemerkt: „Wird erspart." — Unter den Rednern in der Versammlung des Nationalvereins zeichnete sich Prof. Mommsen aus; er begann also: Meine Herren! Lassen Sie mich Ihnen die Mahnungen der Geschichte zurückrufen, die dreifach an Preußen herangetreten sind. Die deutsche Kaiserkrone wurde abgelehnt. In Schleswig-Holstein haben uns die Diplomaten entrissen, was das preußische Schwert gut gemacht. Eine dritte Mahnung tritt vor uns. Wir können jetzt endlich einmal eintreten für Legitimitätsrechte, die zusammenfallen mit den Rechten des Volks. Diese letzte Mahnung ergeht an Alle, an Fürsten und Völker, es ist die dritte, die man juristisch die letzte peremtorische nennt. Folgen wir ihr nicht, dann ist es aus, für immer aus. Das Recht keines andern deutschen Fürsten steht fester als das der Augustenbur-

ger. — Es ergeht aber auch eine Ermahnung an unsere militärische Ehre, an die soldatische des Volks in Waffen. Wir haben sie an der Eider verpfändet und dort gelassen. Preußen hat Reißaus genommen vor dem Feinde, nicht auf dem Schlachtfelde, nicht vor seinen Waffen, aber die Instructionen der Befehlshaber dürfen nicht in Widerspruch stehen mit den militärischen Pflichten. Die Thatsache ist, daß die Dänen den Sieg behalten haben. — Sie wissen, meine Herren, wie es die Studenten unter sich zu halten pflegen; die einzelnen Verbindungen schlagen und vertragen sich; sie stehen zu einander in permanenter freundschaftlicher Befehdung. Aber als vor Jahren in Schleswig-Holstein der Ruf des Vaterlandes erscholl, da vereinten sich alle Corps und Verbindungen; es gab nur eine einzige Studentenschaft, die auf die Schlachtfelder eilte und ihr Blut dem Vaterlande zum Opfer brachte. An alle jungen Leute ergeht ferner der Ruf, dem Vaterlande ihre Schuld abzutragen. Wir brauchen Männer und Geld. Die ersten brauchen wir nicht alsofort, es genügt für jetzt zu zahlen. Im Kriege gilt der Thaler so viel, als der Soldat. Aber zahlen wir nicht, wie sonst wol geschehen, jetzt muß ein Uebriges gethan werden und ich proponire Ihnen, uns dahin zu vereinigen, daß wir den Jahresbetrag dessen, was wir hier dem Staat an Steuern zahlen, zu dem Schleswig-Holsteinischen Fonds beitragen.

**Heidelberg**, 20./8. Novbr. Der engere Ausschuß des „deutschen Protestanten-Vereins" hat in Gemäßheit der Frankfurter Beschlüsse vom 30. Sept. jetzt einen Aufruf zum Beitritt erlassen. Der Aufruf wiederholt, daß der Verein sich die Aufgabe gestellt, der Consistorial-Regierung, welche sich in der protestantischen Kirche befestigt hat, entgegenzutreten, und die Freiheit und Selbständigkeit der christlichen Gemeinde nach dem Grundsatze des allgemeinen Priesterthums zu gewinnen. Der Beitrag ist 1 Fl. 45 Kr. Unterzeichnet haben neben Andern: Baumgarten, v. Bennigsen, Bluntschli, Ewald, Hofmann, Rothe, Schenkel, und Schwarz.

**Wien**, 27./15. Novbr. Der Kaiser empfing eine Deputation des evangelischen General-Conventes Augsburgischer Confession aus Ungarn und erwiderte auf die Ansprache des Wortführers in ungarischer Sprache: „Die Ruhe und Wohlfahrt sämmtlicher Glaubens-Genossenschaften meines Reiches liegt mir gleichmäßig am Herzen. Ich werde daher Ihre Beschwerden untersuchen lassen und darauf bedacht sein, daß mit Rücksicht auf den 26. Gesetzartikel des Jahres 1790 alles Dasjenige geschehe, was innerhalb der Grenzen des gesetzlichen Oberaufsichtsrechtes mit der Gerechtigkeit sich vereinbaren läßt. Meine Beschlüsse über die einzelnen Beschwerdepunkte werden Ihnen seinerzeit abgesondert mitgetheilt werden.". — Ein Wiener Correspondent der Kreuzzeitung schreibt die auffallende Erscheinung, daß das Renan'sche Buch, „Leben Jesu", in Oesterreich nicht verboten wurde, hauptsächlich dem Einflusse des Cardinals Rauscher zu, was jedoch keineswegs richtig ist, indem gerade dieser Kirchenfürst das Verbot zu erwirken suchte und in diesem Bestreben von dem Polizei-Minister unterstützt wurde. Daß das Verbot nicht ausgesprochen wurde, ist dem Einflusse des Staats-Ministers zuzuschreiben. Das Buch selbst, welches früher nur in wenigen Exemplaren verbreitet war, findet, seitdem es bekannt geworden ist, daß das Verbot beantragt war, massenhaften Absatz, und sind hier bereits mehr als 50.000 Exemplare verkauft worden. — Das Geheimniß der Verhandlungen mit Rom bezüglich des Concordats beginnt sich zu lüften. Eine in Mainz erschienene concordatliche Broschüre erzählt, daß Bischof Feßler vier Puncte durchzusetzen den Auftrag hat. Diese sind: „Der Uebertritt von einer christlichen Confession zur andern soll in Zukunft ganz frei sein. Bei Eingehung gemischter Ehen soll, wie es in Ungarn mit Zustimmung des heiligen Stuhles schon seit 1841 gesetzlich besteht, so auch in allen anderen Kronländern nicht blos die passive Assistenz gestattet sein, sondern auch die Erklärung der Einwilligung blos vor dem Seelsorger des nichtkatholischen Theiles zur Giltigkeit der Ehe hinreichen. Hinsichtlich der Erziehungsreverse soll es zwar den Brautpersonen gestattet sein, Reverse zu geben, aber dieselben sollen nur moralische, nicht juridische Verbindlichkeiten haben, so daß aus ihnen kein Klagerecht erwächst. Wo keine solche Reverse gegeben wurden, oder der eine Theil sich weigert, sein gegebenes Versprechen zu erfüllen, da sind kraft des Gesetzes die Knaben in der Religion des Vaters, die Töchter in der Religion der Mutter zu erziehen." — Die Notiz über Fürst Paskewitsch wird berichtigt: Der Verhaftete und Internirte ist kein Russe, sondern ein Pole, und ist kein Fürst Paskewisch, sondern ein Hr. v. (Moriz) Paskiewics.

**Hamburg**, 26./14. Nov. Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß Dänemark dem Congreß zugestimmt und Ordre zur Kriegsrüstung erlassen habe. — Die Nachricht, daß man Christian IX. durch die Drohung der Verweigerung der Civilliste zur Unterzeichnung der Verfassung gezwungen habe, klingt an sich nicht unwahrscheinlich. Sie entspricht eben so sehr dem Character des dänischen Volkes und dem Treiben der dortigen Parteien, als den seit längerer Zeit über die zerrütteten Privat-Verhältnisse des „Protocoll-Prinzen" von unterrichteten Personen gegebenen Mittheilungen, auch soll die Drohung mit einem Anschluß an Schweden gewirkt haben. Die Frage ist nun, was zunächst zur Wahrung des deutschen Rechtes geschehen, soll, und die Antwort darauf lautet in competenten politischen Kreisen einstimmig: schleunige Besetzung Holsteins durch die Bundestruppen. Der Executions-Beschluß hat, so unpractisch er im Uebrigen war, die gute Folge gehabt, daß die nöthigen, Vorbereitungen getroffen sind. Allerdings scheint es nicht thunlich, auf Grund dieses Beschlusses in Holstein einzurücken. Derselbe war gerichtet gegen eine vom Bunde anerkannte Regierung, welche sich rechts- und vertragswidrige Handlungen erlaubte. Die jetzt nothwendig gewordene Besetzung soll die usurpatorische Besitzergreifung einer unberechtigten Regierung verhindern. Es wird daher ein neuer Beschluß erforderlich sein, der aber diesmal ohne die zeitraubenden Formalitäten und Fristen gefaßt und zur Ausführung gebracht werden kann, da Aufschub, erneute Mahnungen, Bedenkzeiten 2c., welche das Executions-Verfahren erfordert, dabei nicht Platz greifen. Aeußerste Eile ist schon nothwendig, um beklagenswerthen Conflicten in den Herzogthümern vorzubeugen. Fürs Erste wird, so lange die Frage streitig bleibt, eine Anerkennung des Prinzen Friedrich von Augustenburg als Herzogs von Holstein Seitens des Bundes wol nicht erfolgen können. Zunächst ist eine Erklärung der holsteinischen Stände abzuwarten und durch die Occupation zu ermöglichen.

**Altona**, 28./16. Nov. Die ganze deutsche Presse spricht sich lebhaft dafür aus, das Recht Deutschlands auf die Herzogthümer kräftig zu wahren. Außer Oesterreich wenigstens hat nur die Bergedorfer Eisenbahnzeitung einen Artikel: „Der Erbprinz als Prätendent", auf dessen Sinn und Geist man aus folgendem Anfange schließen mag: „Die schleswig-holsteinische Frage ist bekanntlich von den deutschen Mächten seit 1848 unausgesetzt zum Ableiter innerer Bewegungen gebraucht worden." Es bleibt dabei zweifelhaft, ob dänisches oder hamburger Gold die Feder geführt hat. — Der Erbprinz von Reuß und der Prinz Christian von Augustenburg sind der Goth. Z. zufolge, vom Herzog von Schleswig-Holstein mit Missionen betraut, von Gotha abgereist. — In der Proclamation des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein scheint die an die Lauenburger gerichtete Stelle: „Euer schönes Land, Gegengabe für ein Land, dessen Namen ich durch meine Geburt trage", einer Erklärung zu bedürfen. Die Herzoge von Augustenburg führen neben anderen auch den Titel: „Erbe von Norwegen", und da Lauenburg die Entschädigung ist, welche Dänemark für die Abtretung Norwegens erhielt, so macht jetzt der neue Herzog seine Ansprüche auf Lauenburg als Aequivalent für Norwegen geltend.

## Schweiz.

**Bern**, 16./4. Novbr. Der Bundesrath beräth gegenwärtig das Budget für 1864, das schwerste, das je die Eidgenossenschaft sah. Das Deficit allein ersteigt die Summe von 1.800.000 Fr. Es ist dieses durch die vielen gleichzeitig unternommenen Straßenbauten, Flußcorrectionen und Militäranschaffungen erklärlich. Auch die Budgets der Cantone Bern und Freiburg weisen bedeutende Deficite auf, ersteres ungefähr 400.000 Fr., letzteres 200.000 Fr., mit einer ungedeckten Schuld von 2½ Millionen. — Als ein Erfolg unserer Gesandtschaft in Japan ist der Höflichkeitsbesuch zu melden, den Tamurakami, der Gouverneur von Jokuhama, im Namen des Taikun abgestattet hat. Er überreichte einen großen Hühnerkorb mit 30 lebenden Hähnen, Enten, Hennen, auch Trauben, Obst und Blumen. Er ließ sich den Champagner des Herrn Humbert wol schmecken, ging aber auf kein ernstes Geschäft ein; nur ein Einkauf von Seidenwürmern für Tessin konnte ausgeführt werden, und die Geschenke wurden ausgewechselt, worunter die Feuerspritze aus Bern besonders willkommen war. Unsere Gesandten erhielten als Gegengeschenk Muster von 38 Sorten Japanesischen Papiers nebst lebenden Exemplaren der zwei Bäume, aus deren Stoff das Papier erzeugt wird. Der Gesandte deutet an, daß — — — — — — — — — die Nordamericaner die Japanesen heimlich zum Widerstande gegen England ermuntern, welches, — um diesen zu bezwingen — eines Armee-Corps aus Indien bedürfen werde.

## Großbritannien.

**London**, 19./7. Novbr. Die Nachricht vom plötzlichen Tode des Königs von Dänemark hat hier in allen politischen Kreisen Consternation erregt. Nur die Börse ist so sehr mit ihren eigenen Sorgen beschäftigt, und trifft für die drohende Handelskrisis, deren Möglichkeit jetzt nicht mehr geläugnet, ja die für Frankreich und Italien als unabwendbar betrachtet wird, so eifrig ihre Vorkehrungen, daß sie alles andere darüber vergißt, und nur noch Augen für die eine große, ihre Interessen am unmittelbarsten berührende Gefahr hat, und für ihre wahrscheinlich trügerische Hoffnung, durch rechtzeitige Vorbereitungen und Vertheidigungsmaßregeln das Unheil auf jene beiden Länder zu localisiren. Daß über kurz oder lang eine solche Krisis in Italien eintreten mußte, war seit Jahren vorauszusehen. Eine Nation, die fast gar nicht arbeitet, und ihrer maßlosen patriotischen Agitation auch noch das bischen industrieller Arbeit das vor der „Befreiung" existirte geopfert hat, die noch dazu den Zoll der Dankbarkeit an Frankreich durch Concessionirung französischer Bank- und Eisenbahngesellschaften entrichten und mit gleicher Münze die englischen Sympathien bezahlen muß — eine desorganisirte, von der patriotischen Phrase lebende, arbeitsscheue Nation kann ihre extravaganten Großmachtsgelüste, ihren kostspieligen die Steuerkraft des Landes so weit überschreitenden Militäretat nur durch finanziellen Ruin büßen. Wenn, wie seit lange befürchtet und an der gestrigen Börse als gewiß angenommen wurde, eine Handels- und Finanzkrisis zuerst in Italien ausbrechen und die commerciellen Interessen Englands empfindlich berühren sollte, so werden die Italiener sich auf eine Wandlung der englischen Sympathien gefaßt machen müssen. Diesen häuslichen Sorgen ist es wol vor allem zuzuschreiben, daß sich die hiesige Börse der kritischen Wendung der schleswig-holsteinischen Frage gegenüber weniger empfindlich zeigt als die politische Welt. — Um die Liste voll zu machen, kommt zu den Hochzeitgeschenken an die Prinzessin von Wales, auch eine Gabe von Australien. Es ist ein auf einem Fußgestell von Malachit stehendes Juwelenkästchen, mit

Abbildungen aus dem australischen Pflanzen- und Thierreich; der Mineralreichthum des Landes ist durch einen kleinen goldenen Felsen angedeutet. Werth 350 Pfd. St. — In der Geheimrathssitzung auf Windsorschloß wurde das Parlament von Dienstag den 1. December an weiter prorogirt. Da diese Prorogation von 6 zu 6 Wochen zu geschehen pflegt, so scheint darin vie Andeutung zu liegen daß die Eröffnung der nächstjährigen Session schon in erster Hälfte Januars, also ein paar Wochen früher als gewöhnlich, erfolgen wird. — Sieben Brücken fertig, eine der Vollendung sich nähernd, scheinen den gewaltigen Verkehr der Hauptstadt von der einen Seite der Themse zur anderen noch nicht hinreichend vermitteln zu können. In der nächsten Session wird das Parlament um seine Zustimmung zu dem Baue einer neuen Brücke über die Themse (zwischen der Eisenbahnbrücke von Chelsea und Fulham) ersucht werden.

## Frankreich.

**Paris**, 25./13. Nov. Die Politik nimmt den Kaiser seit einiger Zeit in dem Maße in Anspruch, daß er seine Lieblingsarbeit, das Leben Cäsar's, bei Seite gelegt hat. Die Situation wird jeden Tag als eine ernstere angesehen. Rußlands Antwort ist eingetroffen, sie soll dem Congreß unter minder erheblichen Vorbehalten als die Antworten anderer Mächte zustimmen. — Ueber die dänische Frage wird hier noch immer Schweigen beobachtet. Gern sieht man natürlich den Streit nicht. Doch scheint so viel gewiß, daß die provisorische Besetzung Holsteins dem deutschen Bunde keinerlei Verlegenheiten den Großmächten gegenüber bereiten würde; die öffentliche Meinung in Paris ist auf diese Eventualität vorbereitet und sie wird die Regierung nicht hindern, in der dänischen Frage lediglich nach Convenienzen zu handeln. Die Agitation in Deutschland zu Gunsten Holsteins nöthigt die Regierung, bisher unbeachtete Factoren in Rechnung zu bringen. Zwar spricht man von einer Vermittelung, welche von hier aus dem Könige von Dänemark angeboten worden sein soll, hat aber wenig Hoffnung, daß dieselbe angenommen werden dürfte. Sollte der Congreß ins Wasser fallen, dann wird natürlich Schweden in den französischen Berechnungen eine große Rolle spielen. — Die Polen sind aufgefordert worden, auszuharren — Frankreich denke nicht daran, ihre Sache im Stich zu lassen. — Die Nachrichten aus Deutschland haben einen tiefen Eindruck auf die hiesige Geschäftswelt gemacht.

## America.

**Mexico**, 13./1. Octbr. Die Privat-Nachrichten, welche der Opinion Nationale aus Mexico zugehen, lauten bei Weitem nicht so günstig, wie die officiellen Berichte des Moniteur. Man macht sich Illusionen in Frankreich, wenn man glaubt, so schnell mit dem Widerstande der Liberalen fertig zu werden. Niemals werden die Mexicaner in geordneter Schlacht Widerstand leisten können; aber anders ist es, wenn sie sich in Schaaren von 5—600 Mann zusammenthun. Die Guerillas leisten nie offen Widerstand, aber sie verlegen die Straßen, legen sich in Hinterhalt und nehmen Städte weg, wie Huchuetoca, 12 Stunden nördlich von Mexico, wo sie Steuern erheben, Repressalien ausüben und die Priester als Geiseln wegführen. Eine starke Guerillasbande, die sich bei San Agostin de las Cuevas, auch Tlalpam genannt, vier Stunden südlich von Mexico, festgesetzt hat, konnte bis jetzt noch nicht bezwungen werden. Eine Abtheilung von 300 Conservativen ist zu Guadalupe, eine Stunde von Mexico, mit einer Kanone zu den Liberalen übergegangen. Man hat ein französisches Bataillon gegen sie ausgeschickt. Man spricht auch von dem Abfalle eines anderen 1200 bis 1500 Mann starken Corps, das unter dem Befehle des Generals Vicario stand. — Die Todesstrafe, welche der französische Ober-General ohne Barmherzigkeit an allen Guerillas vollziehen läßt, vermindert deren Zahl keineswegs, und wenn man, um das Armeecorps, das ins Feld ziehen soll, vollständig zu machen, einzelne bisher besetzte Puncte von Truppen wird entblößen müssen, so werden die, welche die neue Ordnung anerkannt haben, von Hause wegzuziehen gezwungen sein, wollen sie nicht von den Guerillas füsilirt werden. — Dagegen wird dem Pays aus Mexico geschrieben, es drängen sich jetzt aus ganz America die Franzosen dorthin. Früher waren nur 4000, jetzt sind fast 10.000 Franzosen daselbst, ungerechnet natürlich die Expeditions-Truppen. Alles will in Mexico jetzt Französisch lernen; Officiere, Unterofficiere und Gemeine müssen Sprach-Unterricht geben, sie mögen wollen oder nicht. In den Buchläden werden nur französische Bücher gekauft, namentlich ist nach Dumas „Trois Mousquetaires" starke Nachfrage. Wenn das so fort geht, wird Mexico binnen wenigen Jahren eine halb französische Stadt sein.

— Von Wien aus wird neuerdings betont, daß Erzherzog Max auf den geforderten Garanticen bestehen müsse. Es hat nämlich unangenehm berührt, daß in den veröffentlichten diplomatischen Actenstücken der französischen Regierung alle auf diesen Punct bezüglichen fehlen.

## Asien.

Aus **Teheran**, 20./8. October, meldet der Moniteur: Die Nachrichten aus Chorassan verursachen augenblicklich einige Besorgnisse. Die Turkomanen, welche im Gebiete von Herat, seitdem dasselbe nicht mehr in der Gewalt des Sultans Ahmet Khan ist, einen sichern Zufluchtsort gefunden haben, benutzen die Lage, um die Perser zu beunruhigen und den Handelsverkehr zwischen Meschhed und den verschiedenen Provinzen des Reiches zu unterbrechen. Um diesem Unfuge ein Ende zu machen, läßt der Schah eine Expedition ausrüsten, welche im nächsten Frühling nach Meschhed abgehen soll. Man weiß, wie wichtig der Besitz oder doch zum mindesten die Neutralität der Stadt Herat für die Sicherheit der persischen Grenzen ist. Die mit dem Baue des über Teheran, Ispahan und Schiras gehenden Telegraphen von Bagdad nach Buschir beauftragten Ingenieure sind beinahe alle angekommen. Sie werden sofort ans Werk gehen und es ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Strecke zwischen Teheran und Bagdad, welche die persische Hauptstadt mit dem europäischen Telegraphennetze verbinden soll, in vier Monaten fertig sein wird.

# Neuere Nachrichten.

**Berlin**, 27./15. Novbr. Hr. Waldeck und 46 andere Mitglieder haben im Abgeordnetenhause ein Amendement zur Virchow-Stavenhagenschen Motion eingebracht, welches verlangt, die Kammer möge sich darauf beschränken zu erklären, es liege im Interesse Deutschlands und Preußens, daß Christian IX. von Preußen nicht als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt werde.

**Berlin**, 29./17. Nov. Nach der Spenerschen Zeitung haben Oesterreich und Preußen in der Bundestagssitzung vom 28./16. Nov. eine Deklaration abgegeben, in der sie erklären, sich strikt an das Londoner Protokoll von 1852 halten zu wollen. Die Bestimmungen seien von ihnen auf Grundlage der Verhandlungen der Jahre 1851—52 festgestellt worden und keine derselben dürfe verletzt werden. Beide Regierungen würden den Londoner Vertrag ausführen, wenn nur Dänemark den vor Abschließung desselben übernommenen Verpflichtungen nachkomme. Was die Erbfolge in Lauenburg betreffe, so sei König Christian zu derselben berechtigt, selbst für den Fall, daß der Londoner Vertrag für ungültig erklärt würde. Der dänische Gesandte sei daher zur Theilnahme an den Sitzungen des Bundestages als Vertreter Lauenburgs zuzulassen. Als Vertreter Holsteins dagegen sei er erst dann anzuerkennen, wenn Dänemark den Verpflichtungen nachkomme, welche es in den Jahren 1851—1852 eingegangen sei.

**London**, 28./16. Novbr. Man erfährt, die englische Regierung habe an die deutschen Höfe eine Erklärung gesandt des Inhalts, daß England fest an der Aufrechthaltung des Londoner Protocolls halte und Dänemark den Beistand der britischen Flotte versprochen habe, wenn Deutschland einen casus belli herbeiführe. — Lord Elgin ist gefährlich erkrankt. — Ein officieller Bericht giebt den Verlust der Engländer in dem Gefecht, welches an der indischen Grenze stattfand, auf 60 Mann an.

**Frankfurt a. M.**, 28./16. Novbr. Der dänische Gesandte, Baron Dirckinck, ist von dem Bundestage mit allen Stimmen gegen drei ausgeschlossen, ohne daß es ihm gestattet wurde, zu protestiren. — Sachsen trägt darauf an, Holstein zu besetzen, um die Erbfolgeangelegenheit zu ordnen

**Paris**, 28./16. Novbr. Der Constitutionnel veröffentlicht einen Artikel von Limeyrac, welcher England den Vorwurf macht, daß es immer negire, wenn es sich darum handle, mit der großherzigen Initiative Frankreichs Hand in Hand zu gehen. Der Constitutionnel fügt hinzu, daß wenn Unordnungen und Katastrophen entstehen sollten, was nur zu wahrscheinlich wäre, so werde die Verantwortlichkeit auf diejenigen fallen, welche sich einem Werke des Friedens und der Versöhnung entzogen hätten.

# Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 2. Dec./20. Nov. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses begann die Debatte über die schleswig-holsteinische Frage zu der sich 54 Redner angemeldet haben. Die Regierung gab eine mit der Instruction des preußischen Bundestagesgesandten gleichlautende Erklärung, in der sie die identische Auffassung seitens Oesterreichs constatirte und die Rücksichtsnahme auf die Verpflichtungen Preußens als Bundesglied und Großmacht betonte. Die Regierung müsse am Londoner Vertrage von 1852 festhalten; ob eine spätere Lossagung möglich, darüber müsse die Entscheidung vorbehalten bleiben. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Nachrichten aus **Newyork** vom 20./8. November melden, daß die Armee des General Burnside nach einem viertägigen Kampfe durch die Conföderirten unter Longstreet zurückgeworfen ist. — Burnside zog sich nach Knoxville zurück und ist diese Stadt vollständig durch die Conföderirten eingeschlossen.

### Rigaer Wechsel-Cours vom 20. Novbr.

Hamburg 30 1/8. — London 34 1/8. — Paris 353. — Der preuß. Thaler 108 Kop.

### St. Petersburger Wechsel-Cours vom 19. November.

Amsterdam 166, 167 1/2. — Hamburg 29 3/4, 30. — London 33 3/4, 34 1/16. Paris 350. 353.

# Palermo.

(Von Franz Löher. Aus der A. A. Z.)

Es war ein gesegneter Tag als Lärm auf dem Verdeck und der Ruf: „Palermo, Palermo!" mich aus der schmalen Cajüte aufschreckten. Am Abend zuvor hatten wir den Golf von Neapel verlassen, als sich ungeheure Wolkenballen von der See gegen den Vesuv und auf die grüne Küste wälzten. Bald war alles dunkle Nacht, und das Meer nahm die unheimliche schwarzgrüne Farbe an, über welche das weiße Schaumnetz hin und her rieselt in rastlosem Gewoge. Etwas

(Fortsetzung in der Beilage.)

Sturm folgte, und Regen und allerlei Ungemach. Das Menschenkind ist einmal landgeboren: die See braucht sich nur ein bißchen zu schütteln, so muß es seinen Leidenszoll bezahlen. Ich schlief mich eben wieder zurecht, da fuhr unser Dampfschiff schon in den Hafen ein. Eilends packte ich meine kleinen sieben Sachen in einander, und flog nach oben.

O welch entzückende, welch wunderbare Aussicht! Ringsum gewaltige Höhen, schimmernde Stadt, leuchtendes Meer, alles so frisch und klar und wonnig! Die Berge ziehen und schwingen sich zu einem weiten Halbrund; rechts und links fallen sie ins Meer — steilgethürmte Massen — dort dahinter ragen sie in Zacken und schroffem Gestein empor, bilden mächtige Dämme und verbinden sich zu langen schönen Linien. Von den Höhen nieder wogt grüne Fülle, und in ihrer Tiefe hat sich die seltsame Stadt gebettet mit ihren Zinnen und farbigen Kuppeln; ihren weißen Busen aber kühlt sie am wogenden Meer. Und sagen könnte ich es gar nicht wie so etwas liebliches und trautes, so heimisches aus diesem erhabenen Berggrund hervorblickt, und wie alles so tief erfüllt ist von Licht und Aether, und die Lüfte so weich und duftig und doch so alle Nerven erregend.

Voll der köstlichsten Gedanken und Hoffnungen stieg ich in die Barke, die sich unter dem Schiffe hastig hob und senkte. Von dem wüsten Lärm der Boote und schreienden Lastträger die sonst in italienischen Häfen ein ankommendes Dampfschiff umringen, war dießmal wenig zu merken, und unsere Ruderer benahmen sich mit stiller Freundlichkeit. Sie hatten bald Segel nöthig; das Ruder gab nicht mehr aus, weil die starken Wellen noch hoch gingen. Es war wie bei Helgoland, wenn man von der Badinsel heimkehrt. Die Spritzwellen werfen hinterlistig bald hier bald dort einen derben Gruß und Guß in das Fahrzeug, und es dauert dann oft lange bis das Boot im Landen festen Grund faßt.

Im nahen Gasthof zur „Trinacria" stand ein gut englisches Frühstück bereit, und als auch die leiblichen Sinne wieder völlig Grund gefaßt, nahmen wir Besitz von unseren Zimmern, im Nu aber auch von der Terrasse auf welche sie sich öffnen. Wo in der Welt kann man herrlicher wohnen! Nur der baumbesetzte Strandweg auf welchem Abends alle Welt kutschirt oder lustwandelt, trennt die hohe Terrasse vom Meer, das man überschaut in seiner ganzen weiten Herrlichkeit. Noch immer war es in wilder Bewegung, Woge auf Woge donnerte hochschäumend heran, und zerschellte daß der weiße Gischt zwischen die Bäume und Aeste flog. Im vorigen Jahr um diese Zeit betrachtete ich das gewaltige Gewoge unseres deutschen Meers von belgischen und holländischen Dünen. Ernst und einförmig schaut die Nordsee, wenn sie einmal aus dunklen Stürmen zur Ruhe kommen will; immer bleibt sie gelblichgrau oder schwärzlichgrün. Dieses südliche Meer glänzte in mehreren Farben zugleich, und alle waren prachtvoll. Nahe am Strand fluthete es weiß und gelblich, das ging dann ins Hellgrün, und noch weiter hin ins Dunkelgrün über, die offene See dahinter aber strahlte im kräftigen Stahlblau.

Das war die erste sicilianische Stunde, und ihr folgte eine lange Stundenreihe voll reinen Glücks. Wem solche Stunden blühten, niemals wieder erlischt die Sehnsucht danach; Augen und Seele waren ganz erfüllt, sie verlangten nichts mehr weil alles da war in Schönheitsblüthe und anregenden Ideen, und immer lieblich und anmuthig.

Wer freilich Zierden unserer Großstädte sehen will, muß nicht nach Palermo kommen. Nur am Meer stellt die Stadt sich prächtig dar. Dann giebt es noch zwei stattliche Straßen, die sich im rechten Winkel schneiden. Sie sind mit Schauläden besetzt, aber was steckt hinter dem glänzenden Glase? Nur kleine Krämchen; eines stößt ans andere. Europäische Mode und Industrie bespülen nachgerade mit ihrer Strömung auch die Küsten von Palermo und Neapel, und sie machten bereits tiefe Eindrücke in Landestracht und Sitte; immerhin aber müssen beide Städte noch Jahrzehnte warten, ehe sie mit den bunt schimmernden Erzeugnissen jener Mode und Industrie gesättigt werden.

Eigenthümlich aber ist Palermo auf allen Puncten. Gebirg und Meer ragen und schauen überall hinein; wo man sie einen Augenblick nicht sieht, erinnern die frischen Luftwellen die sie hinüber und herüber schicken, an ihre mächtige Gegenwart. Wie sproßt und treibt das voll wilder Ueppigkeit in Pflanzen und Bäumen, die so neu und fremdartig uns anblicken! Was ist das in Palermo noch für ein halborientalisches Wesen! Sieht man es denn wirklich noch an den Häusern, oder hängt es gleichsam nur noch so in den Lüften? Und dann vor allem dieses große historische Gepräge der Inselhauptstadt! Das alles vereinigt, giebt Palermo einen ganz seltsamen Reiz. Sie stehen immer noch da, diese uralten Mauerburgen im rohen Viereck, unten mit dunklen Wölbungen, oben mit den Zinnen hoch in der Luft; aus grauer streiterfüllter Vorzeit ragen sie herüber, daneben die Menge alter Klöster und Kirchen: all diese Großbauten festungsartig, selten schön, immer aber gleichsam trotzend auf ihr Alter und ihre Stärke. Wo man die Straße hinauf oder hinunter blickt, zeigt sich ein Durcheinander von vergitterten Balconen, Zinnen, plumpen Castellen und Klöstern mit vermauerten und mit neuen Fensterluken. Sind nicht auch solche Städte steinern und ewig wie Rom? Ihr Alter geht noch viel höher hinauf.

Zu Füßen aber der altersgrauen Burg- und Kirchenmauer zieht sich ein schwärzlich Gewirre von dunklen Gäßchen, Häuschen, Buden und Löchern, alles weithin aneinander gekettet, alles malerisch in seinem halben Verfall und ganzen Schmutz. Plötzlich öffnen sich große weite Plätze, bedeckt mit Trümmern von Kalk und Steinen. Hier sind während des letzten Aufstandes die Häuser von den Bomben niedergeworfen worden. Man ist aber eifrig daran, die Lücken wieder vollzubauen. Ueberhaupt bekommt das Innere von Palermo allmählich mehr Licht und Luft, mehr europäisches Aussehen. Die Oesterreicher haben in das Quartier der Gerber, das seit alten Zeiten als geschlossene Burg und Festung dieser wahrhaften und schwer zu zügelnden Zunft bestand, vor vierzig Jahren Durchgänge gebrochen. Das Castell am Hafen hat Garibaldi niedergerissen. Die lange Hauptstraße, den Cassaro, läßt die Gemeinde jetzt mit Quadern belegen. Noch immer sieht es aber in belebten Stadttheilen ein bißchen africanisch aus. Die Wohnungen der niederen Volksclassen scheinen wie eine Art großer Nester in die Löcher und Wölbungen eingebaut, welche unten an den Häusermassen dunkel sich öffenen. Dieses Volk hat einen merkwürdigen Tact wie die Vögel im Nest zusammenzuhocken, und dann können sie sich noch zehnmal darin herumdrehen.

Bildsäulen, Brunnenzierden und ähnliche Denkmale lassen, so häufig man auf dergleichen in Palermo stößt, von echter Kunst nur schwachen Schimmer blicken. Oefter giebt ihr geschichtliches Interesse zu denken. Das Denkmal Kaiser Carl V. trägt eine Inschrift, welche übersetzt etwa lauten würde: „Dem hessischen, sächsischen, deutschen, spanischen, französischen, africanischen, türkischen, mexicanischen, molukkischen Herrn und Sieger, dem dreimal großen Kaiser." Der schmalkaldische Krieg ist hier also, wie er es für Carl V auch war, als der wichtigste obenangestellt. Es fiel mir dabei ein, wie der Kaiser in seinem Lebensabriß, der jüngst wieder entdeckt wurde, selbst erzählt: alle Welt habe damals vor den Waffen der Deutschen zurückgeschreckt; daß er sie besiege, sei von allen für ganz unmöglich gehalten worden; er aber habe lebend oder todt Kaiser von Deutschland bleiben wollen, denn der Uebermuth der Protestanten sei ganz unerträglich gewesen. Der kluge Kaiser hat den Nagel zu ihrem Sarge schon entdeckt, jenen Moriz von Sachsen, dessen Tücke, je mehr man diesen Character in den Quellen selbst studiret, um so tiefer und gräulicher erscheint. Auch sonst begegnen uns in Palermo genug Andenken an deutsche Geschichte, denn überall läßt sich unser alter Reichsadler blicken. Er sollte zwar, wie manche Italiener in ihrem Deutschenhaß meinten, nicht hohenstaufischer, sondern normännischer Abkunft sein: neue Forschungen haben ihn aber als echten schwäbischen Aar kundgethan.

An Sälen voll köstlicher Kunstwerke steht Siciliens Hauptstadt zurück hinter den Städten Italiens. Die Insel brachte ebenso wenig Künstler als Dichter von mehr als zweitem Range hervor. War etwa das Leben hier so wild, daß Poesie und Kunst keine Muße fanden? Oder erstickte in der Ueppigkeit der Natur die schöpferische Macht des Genius: Auffallend bleibt es einmal: daß die Poeten Siciliens schon im Alterthum nicht das Große und Gewaltige liebten, sondern das Weiche und Anmuthige in der Kleinmalerei, und daß die Insel viel mehr berühmte Mathematiker hatte als große Künstler. Immerhin aber sind Monrealese und Anton von Messina ausgezeichnete Maler, und man sieht von ihnen vorzügliche Stücke im Museum der Universität. Hier ist auch der schöne Erzguß aus Pompeji, Hercules, welcher dem erjagten Hirsch den Nacken bricht, eine kleine Gruppe, aber das Juwel unter aller Erzbildnerei des Alterthums. Ein anderes berühmtes Bronzewerk, vor welchem schon mancher deutsche Philolog in strömendes Entzücken gerieth, ist der Widder auf der Königsburg. Wahr ist es: was an edler Natur aus einem solchen Hammel hervorzubilden war, hat hier der antike Künstler geleistet. Der Widder hatte einen Bruder, mit welchem er eine Stätte im alten Syrakus zierte; der Bruder war in dem Aufstand von 1848 unsichtbar geworden, und soll jetzt wieder auftauchen in einem Schloß des goldzahlenden Altenglands.

Doch wer verlangt in Palermo noch nach anderen Kunstwerken, wenn er die prachtvollen hohen Portale und die malerische Langseite des Doms sah, wenn sein Auge entzückt die feinen Linien der arabischen Schlösser Zisa und Kuba verfolgte, wenn bei dem Eintritt in die normannischen Kirchen ihn plötzlich so wunderbar seltsame Bilder und Ideen umwogten, wie niemals früher! Ja, hier in diesen Normannenbauten ist wirklich etwas von jenem unerklärlich fremdartigen, was uns gleich bei dem Eintritt in Palermo zuwinkte, oder was die Phantasie sich hoch in die blauen Lüfte baute.

## Marktbericht.

**Riga**, 16. November. Da nur einzelne Schiffe angekommen und auch wol nur sehr wenige noch zu erwarten sind, war der Umsatz in Flachs zu sofortiger Verschiffung bei gedrückten Preisen ein leidlicher, augenblicklich fehlt die Frage und bleibt die Kauflust für Winterlieferung auch nur einseitig. Die Zufuhr ist ungewöhnlich stark, in diesem Monat sind schon ca. 21/m. Berkw. eingekommen. — Säeleinsaat wurde zu 9, $8^{7}/_{8}$ und $8^{3}/_{4}$ Rbl. gew. und zu $9^{5}/_{8}$, $9^{1}/_{2}$ und $9^{3}/_{4}$ Rbl. pnike Waare gehandelt. — Im Hanf ruhete das Geschäft gänzlich. — Getreide. Kur. $^{104}/_{105}$ Pfund Gerste fand zu 72 Rbl. Nehmer und blieben dazu Käufer. Kur. Roggen $^{117}/_{118}$ Pfd. wird zu 80 Rbl. angetragen. — Häringe und Salz unverändert.

## Witterungsbeobachtungen.

19. Novbr., A. St. (1. Decbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Barom. 0° R. Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 340,62 | + 5,52 | 2,2 | $W_2$ | Trüb (4) |
| 2 U. | 339,92 | + 4,78 | 2,8 | $W_2$ | Trüb (4) |
| 11 U. | 339,16 | + 3,96 | 2,9 | | Trüb (4) |
| Mittel | 340,22 | | 2,57 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 5,01 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,77 im J. 1861, kleinste —19,01 im J. 1855.

## Fremden-Liste.

Vom 20. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Hr. M. Tschoschewitsch aus St. Petersburg; Hr. E. Rossius aus St. Petersburg. — Abgereist: Hr. R. C. Gendt.

№ 632. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 20. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

### Publication.

Da sich ungeachtet der diesseits unterm 20. October 1862 Nr. 1257 erlassenen Publication wegen Einlösung der hierselbst coursirenden sogenannten Geldmarken noch gegenwärtig eine große Anzahl solcher Marken im Umlauf befindet, werden von Einem Edlen Rathe der Stadt Dorpat die Inhaber der in Rede stehenden Marken hiemit wiederholt aufgefordert, dieselben binnen 6 Monaten a dato bei deren Ausstellern einzuliefern und gegen baares Geld auszutauschen, bei der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist den Ausstellern der Geldmarken die zur Sicherstellung der letzteren hierselbst asservirten deposita ohne Weiteres werden zurückgeliefert werden und daß somit ein Jeder den ihm hieraus erwachsenden Schaden und Nachtheil sich selbst wird zuzuschreiben haben.

Dorpat-Rathhaus, 27. Juni 1863.

---

Von Einem Edlen Rathe der Kaiserlichen Stadt Dorpat wird sämmtlichen Inhabern von Handels-, Fabrik- und häuslichen Anstalten jeder Art, sowie von Apotheken, tygographischen, lithographischen und photographischen Anstalten hiermit aufgegeben, spätestens bis zum 31. December d. J.:

1) unter Vorzeigung des Scheines der Gilde, zu welcher sie selbst steuern, ihr sämmtliches Handlungs- und Geschäfts-Personal mit Vor- und Zunamen Einem Löblichen Vogtei- als Wettgerichte schriftlich anzuzeigen;
2) in ebenmäßiger Frist daselbst von ihren Handelsverhältnissen die erforderliche Anzeige zu machen, endlich
3) die aufgegebenen Commis erster Classe mit den ukasenmäßigen Scheinen, und wo es erforderlich, mit vorschriftmäßigen Vollmachten zu versehen, auch die besagten Scheine und Vollmachten in der oben anberaumten Frist Einem Löblichen Vogtei- als Wettgerichte vorzuzeigen.

Diejenigen, die diesen Vorschriften im angesetzten Termin nicht nachkommen, haben sich der gesetzlichen Strafe zu gewärtigen, wonach ein Jeder, den solches angeht, sich zu richten und vor Schaden und Nachtheil zu hüten hat.

Dorpat-Rathhaus, am 19. Novbr. 1863.

---

Vo einem Edlen Rathe der Stadt Dorpat wird hierdurch bekannt gemacht, daß das allhier im 3. Stadttheile sub Nr. 10a auf Stadtgrund belegene Wohnhaus des Schneidermeisters Johann Krasting nebst Zubehörungen öffentlich verkauft werden soll, — und werden demnach Kaufliebhaber hierdurch aufgefordert, sich zu dem deshalb auf den 17. December 1863 anberaumten ersten Licitationstermine, so wie dem alsdann zu bestimmenden zweiten Licitationstermine, Vormittags um 12 Uhr, in Eines Edlen Rathes Sitzungszimmer einzufinden, ihren Bot und Ueberbot zu verlautbaren und sodann wegen des Zuschlags weitere Verfügung abzuwarten.

Dorpat-Rathhaus, 23. September 1863.

---

Von Einem Wohledlen Rathe der Kaiserlichen Stadt Dorpat werden alle Diejenigen, welche an den Nachlaß des hierselbst verstorbenen Stuhlmachergesellen Nicolaus Heideck entweder als Gläubiger oder Erben gegründete Ansprüche machen zu können vermeinen, hiermit peremtorie aufgefordert, sich binnen einem Jahr und sechs Wochen a dato dieses Proclams, also am 16. August 1864 bei diesem Rathe zu melden und hierselbst ihre fundamenta crediti zu exhibiren, sowie ihre etwaigen Erbansprüche zu dociren, unter der ausdrücklichen Verwarnung, daß nach Ablauf dieser peremtorischen Frist Niemand mehr bei diesem Nachlasse mit irgend welcher Ansprache admittirt werden, sondern gänzlich davon präcludirt sein soll, wonach sich Jeder, den solches angeht, zu richten hat.

Dorpat-Rathhaus, am 5. Juli 1863.

---

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Im Verlage von **E. J. Karow** in Dorpat und Fellin erschien:

## Neuer Dorpater Kalender

für das Schaltjahr

## 1864.

Preis geheftet und der Kalender mit Papier durchschossen 25 Kop.

**Inhalt.**

**Kalendarium.** Erläuterungen. Erklärung der Zeichen der Sternbilder. Die Planeten und Planetoiden. Zeitrechnung. Ostertabelle. Finsternisse. Die 4 Jahreszeiten, die 4 Quatember und die kirchliche Jahresrechnung. Monatskalender. Datumzeiger für 1864. Verzeichniß der Kirchen- und Staats-Feste.

Die jetzigen europäischen Regenten ꝛc. Baltische Emigranten von J. Eckardt. Der alte Link. Unsere practische Seite. Die geistreichen Frauen. Gewerbelied. Räthsel. Seidenhüte

Verzeichniß der Jahrmärkte in Livland. Correspondenz-Annahme im Dorpater Post-Comptoir. Ankunft und Abgang der Posten in Dorpat. Preise der Plätze in der Postkutsche. Ankunft und Abgang der Posten in Pernau. Ankunft und Abgang der Posten in Fellin. Livländische Diligence. Diligence zwischen Dorpat — Werro — Pleskau. Taxe des Gewichtgeldes für Briefe und Päckchen. Taxe der Assecuranzsteuer für Geld- und Werthsendungen. Ueber die Stempel-Couverts. Ueber Postmarken. Taxe des Porto für ausländische Briefe. Poststationen und deren Entfernungen. Fahrpreise und Entfernungen sämmtlicher inländ. und einiger ausländ. Eisenbahnen. Telegraphenstation zu Dorpat. Stempelpapier und Preise desselben. Beamte, Behörden und Anstalten in Dorpat.

---

Donnerstag, den 21. Nov. 1863

**um 7 Uhr Abends**

im grossen Hörsaale der Universität

## CONCERT

gegeben von Fräulein

## Maria Edenska.

### PROGRAMM.

Erster Theil:

1) Ouverture zur Oper „Zampa". Arrangirt für 2 Pianos zu 8 Händen . . Herold.
2) Grosse Concert-Arie, gesungen von Frl. Edenska. . . . . Beethoven.
3) Petite valse . . . . . Henselt.
4) An der Weser, Lied, gesungen von Frl. Edenska. . . . . Pressel.

Zweiter Theil:

5) Trio, für Pianoforte, Violine und Cello. . . . . Fesca.
6) Arie aus der Oper „Donna Caritea" gesungen von Frl. Edenska. . . Mercadante.
7) Grillen, Fantasiestück . . . . . Schumann.
8) Il baccio, Walzer, gesungen von Frl. Edenska. . . . . Arditi.

**Billets:** Nummerirte Stühle à 1 Rbl., für den Saal à 75 Kop. und für die Gallerie à 30 Kop. sind in der Buchhandlung des Herrn E. J. Karow, in der Conditorei des Hrn. Luchsinger und Abends an der Kasse von 6 Uhr ab zu haben.

---

Bei **E. J. Karow** in Dorpat u. Fellin traf wieder ein:

**Virchow, R.**, Die krankhaften Geschwülste. 30 Vorlesungen gehalten während des Wintersemesters 1862—1863 an der Universität zu Berlin. Band I. Preis 5 Rbl. 42 Kop.

---

Aufträge auf die **Journale für das Jahr 1864** erbitte mir, um keine Unterbrechung der Fortsetzungen zu veranlassen, bis zum Ende dieses Monats.

Dorpat, im Novbr. 1863.

***Th. Hoppe.***

---

Verlag von **Nicolai Kymmel's** Buchhandlung in Riga.

Soeben erschien: das September-Heft der **Baltischen Monatsschrift,** enthaltend: 1) Eine neue wissenschaftliche Wandergesellschaft. 2) Die Gräfin Nikita und Peter Panin. (Fortsetzung und Schluß). 3) Der internationale statistische Congreß in Berlin. 4) Entwurf zu einer Instruction für das Impfgeschäft. 5) Zur Literatur. (Fr. v. Jung. Schleiden). St. Petersburger Correspondenz.

---

## Bürgermusse.

Sonnabend, den 23. Novbr. **Maskenball.**

Anfang 6 Uhr. Das Directorium.

---

Die vorzüglichsten **Concert-** und **Cabinet-Flügel** stehen bei Unterzeichnetem zum Verkauf und mache ich zugleich bekannt, daß bei mir auch gebrauchte Instrumente in Austausch gegen neue angenommen werden.

**R. W. Koch,**

Im Hause des Herrn v. Köhler.

---

Daß ich mein Geschäft aus dem Hause der Frau Schumacher in das Haus des Herrn Buchhändler Hoppe vis-a-vis dem Kaufhof verlegt habe, zeige hiermit ergebenst an

**G. Jürgens,**

Gold- und Silberarbeiter.

---

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich im ehemals Bürgermeister **Stähr**schen **Hause** (gegenüber der Laakmannschen Buchdruckerei) ein **Verkaufslocal,** zum **stoffweisen** Verkauf verschiedener Gattungen **feiner Branntweine, Liqueure, Rum, Balsam,** sowie **Bier** und **Meth** in Flaschen eröffnet habe. ***F. G. Faure.***

---

Ein **Schreib-Büreau, Garderobe-** u. **Wäsche-Schränke, Commoden, Thee-, Schreib-, Spiel-, Nipp-** und **Wasch-Tische,** sowie **Betten** und **Bettschränke** stnd vorräthig bei der

Tischlerwittwe **Königsmann,**

Scharrenstraße.

---

**Frischen Sömga,**
**frischen gepreßten Caviar**
bester Sorte und
**frische Neunaugen**
empfing und empfiehlt

***Alexander Botscherow,***

am großen Markt.

---

Abreise halber werden in der Kreis-Rentei **Möbel, Spiegel** ꝛc. verkauft.

---

Eine große Wagenremise, wie auch ein sehr trockener Keller, sind zu vermiethen im Mesterschen Hause, in der Nähe der Universität.

№ 270. Donnerstag, den 21. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Ueber den Wirkungskreis der Universität Dorpat und dessen eventuelle Erweiterung. Personalnotiz. Helsingfors: Ingenieurwesen. St. Petersburg: Silber-Agio. Disconto. Eis auf der Dwina. Baron Pahle. Pest in Achalzik. Eisenbahn von Sebastopol. Warschau: Patentsteuer.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Untersuchungs-Commission Wantrup. Hamburg: Aufruf für Schleswig-Holstein. Selbsthülfe. Hoffnung auf den Bundestag. Altona: Huldigungseid. Bundestruppen Würtembergische Erklärung. Schleswig: Preußen. Oesterreich. England. Dannewirke. — Großbritannien. London: Congreß-Correspondenz. — Frankreich. Paris: Scheitern des Congresses. Flugschrift. Herzog von Augustenburg. Die russische Antwort. — Türkei. Alexandrien: Telegraphen. Eisenbahnen. — **Neuere Nachrichten. — Telegramme.**
**Revolutionsplan Mieroslawski's.** I.

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 21. November. Das Journ. des Min. der Volksaufklärung veröffentlicht aus einer officiellen Schrift, welche die Interessen der Universität Dorpat unmittelbar berührt, folgenden Auszug:

Der Curator des Dörptschen Lehrbezirks, Graf Keyserling, hat für den Fall, daß beabsichtigt werde den Wirkungskreis der Dörptschen Universität, der sich bisher fast nur auf die baltischen Provinzen beschränkt habe, zu erweitern, folgende Erwägungen vorgestellt:

Was die theologische Facultät betrifft, so finde er, daß dieselbe bei der gegenwärtigen Zahl ihrer Zuhörer (über 100) offenbar dem practischen Bedürfniß in Bezug auf Bildung evangelisch-lutherischer Prediger vollkommen genügt. Die wenn auch geringe Anzahl der Docenten dieser Facultät zeichnet sich durch die Entschiedenheit ihrer wissenschaftlichen Richtung und Uebereinstimmung in derselben aus. Wenn übrigens auch die Frage aufgeworfen werden kann, ob es nicht nützlich wäre, daß in dieser Facultät neben der Richtung, die sich streng an die ursprüngliche Lehre Luthers hält, auch eine andere Richtung der evangelischen Theologie vertreten werde, so scheint es doch, bei der beschränkten Zahl der Docenten und bei der Rücksicht, die vor allem auf die Befriedigung des practischen Bedürfnisses genommen werden muß, schwierig einen solchen Plan mit Nutzen und Erfolg auszuführen, indem die Befürchtung nahe liegt, daß die Facultät in Folge innerer Gegensätze und Spaltungen, ihre jetzige Bedeutung und ihren Einfluß verlieren könnte. Dem bisherigen wesentlichen Mangel in Beziehung auf das Studium der semitischen Sprachen ist durch die Ernennung des außerordentlichen Professors Volck bereits abgeholfen.

Die Zahl der Studenten der medicinischen Facultät ist, besonders seit den letzten Jahren, eine sehr bedeutende (225—260); ebenso zählt diese Facultät die größte Zahl Professoren und Privatdocenten. Die hauptsächlichste Schwierigkeit, mit der sie zu kämpfen hat, besteht darin, daß eine so kleine Stadt wie Dorpat nicht die genügende Anzahl Kranker und Leichen zu liefern vermag. Die medicinische Facultät bedarf kaum einer bedeutenden Erweiterung und entspricht allem Anschein nach allen gerechten Forderungen, die sich stellen lassen.

Obwol die Zahl der Studirenden (über 100) der juristischen Facultät in der letzten Zeit zugenommen hat, so habe ich doch nicht umhin können mich davon zu überzeugen, daß diese Vermehrung vorzüglich den im Justizwesen angeregten Reformen zuzuschreiben ist, die mehr Aussichten als bisher auf eine gesicherte Carriere bieten. Der Vortrag der juristischen Wissenschaften ist nicht der Art, um, abgesehen von jener Aussicht, eine bedeutende Zahl Zuhörer anlocken zu können. Es ist dies übrigens nicht sowol den persönlichen Eigenschaften der Docenten zuzuschreiben, als der Aufgabe, die der Facultät durch ihre Studienpläne und die Prüfungsreglements gestellt ist. Die Studirenden der juristischen Facultät sind gezwungen eine Masse positiven Rechtes in sich aufzunehmen, deren Aneignung in anderen Staaten der späteren Praxis überlassen bleibt, so daß, namentlich bei der beschränkten Zahl der Professoren in den Vorträgen nicht in dem Grade auf die allgemeinen Rechtsprincipien eingegangen werden könne, als sonst meist geschieht. Durch eine Vermehrung der Lehrkräfte, durch Berufung von Professoren, welche sich durch die Gabe fesselnden Vortrages auszeichnen, würde einem vorhandenen Bedürfniß abgeholfen werden. Wegen der großen Bedeutung des Studiums juristischer und diplomatischer Wissenschaften für den Staat, halte ich die Errichtung neuer Lehrstühle in der juristischen Facultät für sehr wünschenswerth, wenn auch die vermehrte Aufgabe bleiben wird, den Bedürfnissen der baltischen Provinzen Rechnung zu tragen.

Die historisch-philologische Facultät dagegen könnte bei der Ausbildung von Lehrern für die Schulen des ganzen Reichs entschieden mitwirken. Schon die Sprache, in welcher die Vorträge gehalten werden, gewährt die Möglichkeit, aus Deutschland, wo das Studium der Philologie eine hohe Blüthe erreicht hat, Philologen zu berufen, die durch Gelehrsamkeit und Gabe des Vortrags sich auszeichnen. Aus sämmtlichen Gouvernements könnte sodann eine große Anzahl junger Männer, welche sich dem Lehrfach widmen wollen, auf der Dorpater Universität ihre Ausbildung erlangen. In der historisch-philologischen Facultät macht sich ganz besonders der Umstand fühlbar, daß bei der kleinen Zahl von Docenten ein directer Einfluß auf die Studirenden nicht stattfindet; soll die Facultät solchen weitergehenden Anforderungen entsprechen, so ist es unerläßlich die Zahl der Catheder ziemlich bedeutend zu vermehren, vorzüglich da zu dieser Facultät auch die Cameralwissenschaften gehören, deren Studium größerer Förderung bedarf.

Wenn auch die physiko-mathematische Facultät gleichfalls einer Erweiterung, namentlich in Betreff der Lehrmittel bedarf, so wird doch die Universität Dorpat auf diesem Gebiete der Wissenschaften kaum eine Bedeutung erlangen, welche sie wesentlich von den übrigen Universitäten des Reichs unterscheide. Im Uebrigen ist an den beiden letztbesprochenen Facultäten hervorzuheben, daß sie vorzüglich solche junge Männer an sich heranziehen, welche um der Wissenschaft selbst und nicht um des Broderwerbs oder anderer materieller Vortheile willen studiren und daher am meisten dazu beitragen könnten, daß auch in ihren Commilitonen wahre Liebe zur Wissenschaft Wurzel schlage.

— Entlassen: der zur Erfüllung der Pflichten eines wissenschaftlichen Lehrers an der Revalschen Kreisschule zugelassene graduirte Student Segnitz, seinem Gesuche gemäß.

**Finnland.** Zur Verwaltung des Ingenieurwesens in Finnland ist ein eigener Ingenieurchef ernannt worden, unter dessen Verwaltung alle Festungen und Kriegsgebäude des Landes stehen; die besondern Ingenieurverwaltung der Festung Sweaborg wird aufgelöst, ebenso auch die Ingenieurabtheilung beim Stabe der in Finnland stehenden Truppen und die Wiborgsche Ingenieur-Abtheilung wird dem neuen Ingenieurchef untergeordnet.

**St. Petersburg.** Silber zahlt 10 pCt. Agio, Gold findet zu 5 Rbl. 60 Kop. keine Verkäufer. Privat-Disconto 9—10 pCt.; Bank-Disconto auf 6 Monate 8 pCt. — Die Dwina hat sich am 29. October bei Archangel mit Eis bedeckt, und am 26. Oct. fiel ein reichlicher Schnee. Auch aus Samara berichtet man über einen geringen Schneefall.

— Am 15. d. M. geruhten Se. Majestät der Kaiser den Estländischen Ritterschaftshauptmann Baron Pahlen zu empfangen.

— Der Odessaer Bote schreibt, daß in Odessa das Gerücht sich verbreitet habe, in Achalzik sei die Pest ausgebrochen, welches Gerücht sich aber nach amtlichen Nachrichten als vollständig unwahr erwiesen habe. — Ferner wird berichtet, daß in Sewastopol englische Ingenieure angelangt wären zur Bestimmung der Eisenbahnlinie zwischen Sewastopol und Baktschischarai.

**Warschau.** Der D. P. bringt die Verordnung über die Einführung der Patentsteuer im Königreich Polen, welche mit dem Jahre 1864 in Kraft treten soll, und die Einnahmen des Zarthums um 400,000 R. jährlich vermehrt. Zur Zeit des Herzogthums Warschau fand die Regierung für nöthig, die Einnahmen der Krone zu vergrößern und führte auf Vorstellung des Reichstags vom 24. März 1809 zeitweilig im Juni desselben Jahres eine Patentsteuer ein; in der Folge bestätigte der Reichtag im Jahre 1812 dieselbe als eine beständige Einnahme. Damals brachte sie 120,000 Rub. jährlich ein. Kaiser Alexander I. hob durch ein in Frankreich in Tours am 1. Juni 1814 erlassenes Decret, aus Rücksicht auf die gedrückte Lage des durch den fortwährenden Krieg arg verwüsteten Herzogthums, diese Steuer auf.

## Ausländischer Theil.

### Deutschland.

**Berlin**, 28./16. Nov. Im Abgeordnetenhause ward die Einsetzung einer Untersuchungscommission über die Wahlbeeinflussungen beschlossen. — Die Wahl des Abg. Wantrup wird ausführlich disen-

tirt. Hr. Wantrup erwähnt Gottes Walten und die Frömmigkeit der Mennoniten, die bekanntlich hauptsächlich für ihn gestimmt haben. Er klagt über Heiterkeit bei so ernsten Fragen. Abg. v. Sybel replicirt, nicht Heiterkeit sei es, sondern nur sittliche Entrüstung über das Hineinziehen des Namens Gottes in den Gang der Debatte; dergleichen sei Blasphemie. Die Majorität des Hauses enthalte nicht solche Mitglieder, bei denen Eide und Gelübde mit Vorbehalt gemacht würden. Die Wahl wird für ungültig erklärt.

— Gestern 6 Uhr fand im Auditorium 6 der Universität eine Studentenversammlung in Sachen Schleswig-Holsteins statt. Kaum hatte die Verhandlung in dem von mindestens 900 Studenten gefüllten Auditorium begonnen, als eine Deputation, gewählt von 300 vor den Thüren und Fenstern stehenden Studenten, erschien und im Namen ihrer Committenten beantragte, eine Deputation an den Rector der Universität zu schicken und die Erlaubniß einzuholen, die Versammlung in einem größeren Local abhalten zu dürfen. Die hierauf erwählte Commission kehrte nach einer halben Stunde, während deren die Versammlung in musterhafter Ordnung verharrte, mit abschlägigem Bescheide vom Herrn Rector zurück. — Unter diesen Umständen fuhr man in den Verhandlungen fort und faßte einstimmig und meist ohne jede Debatte folgende Resolutionen: „1) Die Berliner Studentenschaft erklärt es für ihre Ehrenpflicht, sich an dem Kampfe für Schleswig-Holsteins Unabhängigkeit mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu betheiligen. 2) Zur Ausführung dieser Resolution ernennt die Versammlung ein Comité, welches die Aufgabe hat: a) freiwillige Geldsammlungen für Schleswig-Holstein einzuleiten; b) Schritte vorzubereiten welche zur Wehrbarmachung der Studentenschaft dienen." Endlich wurde eine Adresse an die Kieler Studenten beschlossen. Der Geist der Versammlung war ein ernster, der großen Sache würdiger. Die einleitenden Schritte zur Einführung von militärischen Exercitien sind bereits gethan.

In **Hamburg** ist folgender Aufruf an das deutsche Volk und seine Vertreter erschienen: Durch den Tod des Königs Friedrich VII. von Dänemark, Herzogs zu Schleswig-Holstein und Lauenburg, ist derjenige männliche Zweig des Oldenburgischen Hauses erloschen, der zugleich in Dänemark und in den Herzogthümern zur Erbfolge berechtigt war. Es ist Pflicht des deutschen Volkes und der deutschen Regierungen, mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß den nordalbingischen Herzogthümern ihr Recht, als selbständige, untheilbar mit einander verbundene Staaten nunmehr sofort von Dänemark getrennt und von ihrem rechtmäßigen Herzoge Friedrich von Schleswig-Holstein regiert zu werden, gewahrt und gesichert werde. Unsere Brüder in Schleswig-Holstein werden, wenn auch an Händen und Füßen gebunden, nicht zögern abermals, wie sie schon einmal im heldenmüthigen Kampfe von 1848—50 gethan, Gut und Blut freudig für die Befreiung ihres Landes vom schmählichen Joche der Fremdherrschaft einzusetzen. Sie haben in den jüngst verflossenen Jahren unsägliches Leid erduldet, und der Augenblick ist jetzt gekommen, wo die deutsche Nation die Schmach tilgen muß, welche eine feige und ehrvergessene Diplomatie durch Preisgebung der schleswig-holsteinischen Interessen über unser Vaterland gebracht hat. Möge das Volk in allen deutschen Gauen sich wie Ein Mann erheben, um die Regierung durch energische Kundgebungen seines Willens zu sofortiger Anerkennung und thatkräftiger Unterstützung Schleswig-Holsteins zu nöthigen. Mögen die Vertreter des deutschen Volkes in den gesetzgebenden Versammlungen nicht säumen, darauf zu dringen, daß jene heiligen Rechte Schleswig-Holsteins schleunigst durch Gewalt der Waffen geschützt werden. Möge Deutschland dafür sorgen, daß den Brüdern nordwärts der Elbe freier Raum und freier Boden zu dem ernsten Kampfe, vor dem sie nicht zurückscheuen, geschafft werde! Möge die deutsche Jugend aller Orten gerüstet sein, auf den ersten Ruf, der an sie ergehen wird, zu Tausenden herbei zu eilen, auf daß in wenigen Tagen eine Armee zur Befreiung Schleswig-Holsteins aus deutscher Erde erwachse! Möge sich in jeder deutschen Stadt sofort ein Comité bilden, um in kürzester Frist möglichst große Beiträge zur Ausrüstung dieser Armee herbei zu schaffen, und die gesammelten Fonds denjenigen übergeben, die sich an die Spitze der schleswig-holsteinischen Bewegung stellen werden. Mögen vor Allen die deutschen Turner und Schützen, die dem Vaterlande Herz und Hand geweiht haben, jetzt nur das Eine ins Auge fassen: sich in den Waffen zu üben, und jeden Augenblick zum Entscheidungskampfe bereit zu sein. Schließlich hegen wir die bestimmte Erwartung, daß die Beamten Schleswig-Holsteins, denen bereits die Ersten des Landes mit rühmlichem Beispiel vorangegangen sind, keinem Andern als ihrem rechtmäßigen Herzog Friedrich den Huldigungseid leisten, und daß von den Söhnen der Herzogthümer keiner dem Rufe des Usurpators Christian IX. zur Einstellung in dänische Regimenter Gehör geben werde. Deutsche Brüder! Wie zerrissen und zerklüftet durch den Hader der Parteien unser großes Vaterland immer sei, welcher Fahne wir sonst auch auf dem Felde der politischen Kämpfe folgen mögen, in Einem sind wir einig, — in dem stürmischen Verlangen nach der Befreiung Schleswig-Holsteins. Für diese Idee glüht unsere Jugend, schwärmen unsere Frauen, für sie werden unsere Männer handeln. Oder sollen wir auf die Feier der Leipziger Völkerschlacht, auf all die heiligen Gelübde, unserer Väter werth zu sein, den Schimpf folgen lassen, daß Dänemark bis zur Elbe, bis vor die Thore Hamburgs sein verhaßtes Banner entfalte? Nein, das verhüte Gott! Darum löset nun die Ehre, die Freiheit und das Recht unseres Volkes, die in Schleswig-Holstein verpfändet sind! Kein Feind im Innern noch auswärts wird im Stande sein, sich dem fest und energisch ausgesprochenen Willen der Nation zu widersetzen. Laßt es denn genug sein des eitlen Hoffens und Harrens, Redens und Singens, rafft Euch zur That empor, und der Sieg wird Euer sein!

Das Büreau des schleswig-holsteinischen Vereins, welches vorstehenden Aufruf erlassen hat, ist jedoch polizeilich geschlossen worden. Die Stimmung des deutschen Volkes geht in zwei Strömungen auseinander; die eine verlangt die Selbsthülfe, die andere hofft auf den Bundestag, weil er über größere Machtmittel schneller verfügen kann. Nachstehende zwei Documente sind für die Lage bezeichnend. In der deutschen Turn-Zeitung steht ein Aufruf „an die Turn-Genossen" wegen Schleswig-Holstein, worin es heißt: Wir hoffen und wünschen von ganzem Herzen, daß die deutschen Fürsten einmüthig für die deutsche Ehre in Schleswig-Holstein zum Schwerte greifen werden, — aber wir halten es auch für unsere heilige Pflicht, daran zu mahnen, daß in wenig Tagen schon der Augenblick kommen kann, wo unsere Brüder nur auf die ureigene Kraft des deutschen Volkes sich stützen können! Dann muß die deutsche Jugend zu den Waffen greifen! Und heute schon muß treu und fest in den Herzen der deutschen Turner der Entschluß stehen, mit voller Kraft für die verpfändete Ehre des Vaterlandes, für das mit Füßen getretene Recht Schleswig-Holsteins einzutreten, wenn denn kein anderes Mittel mehr verfangen will! Vom General Grafen Baudissin erhielt die Constitutionelle Zeitung in Dresden folgende Erklärung: Die aus Hamburger Blätter entlehnte Nachricht, ich habe mich erboten, Freischaren gegen die Dänen anzuführen, ist gänzlich unbegründet. Zwar schlägt mein Herz so warm wie jemals für die Sache der Herzogthümer und unseres Herzogs gutes Recht, und ich würde mich glücklich schätzen, wenn meine sehr angegriffene Gesundheit mir erlaubte für mein Vaterland zu kämpfen; es ist aber meine feste Ueberzeugung, daß es eines regelmäßigen Feldzuges vereinter Bundestruppen bedarf, um es zu retten, und wenn diese nicht einschreiten, Deutschlands Jugend sich umsonst für die gute Sache aufopfern würde. gez. O. Baudissin. — Inzwischen beschränkt sich die Thätigkeit des Bundestages darauf, die Vollmacht des Dänischen Gesandten zu beanstanden und die Stimme Holsteins zu suspendiren, alles andere aber den Ausschüssen zu überweisen, während man eine Matricularumlage von 50 Millionen Gulden zum Schutz der deutschen Küsten vergeblich von ihm erwartet.

**Altona**, 29./17. Novbr. Die Beamten der Gerichte, Magistrate und Regierungen, die Advocaten, Professoren und Geistlichen verweigern durch das ganze Land dem Dänen den Huldigungseid; sogar die Communalbeamten des Amtes Eiderstedt in Schleswig (nördlich von dem Ausfluß der Eider) in Bordesholm, Pinneberg, Meldorf ꝛc. thun ein Gleiches. Vergebens aber hoffen wir auf die Bundestruppen, die allen diesen Ehrenmännern Schutz und Rückhalt gewähren würden. Es ist unmöglich alle Zustimmungen des deutschen Volkes zu registriren; als wichtig ist nur zu melden, daß der Gemeinderath in Wien für uns gesprochen hat, und die Gemeindebehörden in Weimar uns einen Credit von 10.000 Thalern eröffnen. Die Würtembergische Regierung erklärte in der Kammer: Unterm 23. November 1852 sei leider die damalige würtembergische Regierung dem Londoner Protocolle beigetreten; Dänemark habe aber seit zehn Jahren den in dem Protocoll enthaltenen Vertrag so sehr gebrochen, daß die jetzige Regierung sich nicht mehr für gebunden erachte. Das Erbfolgerecht habe der Bund nach strengem Recht zu prüfen. Wenn er den Herzog von Augustenburg anerkenne, so könne dieser die Eroberung Holsteins durch Waffengewalt fordern. In diesem Sinne wolle er, der Minister, dem Könige Bericht erstatten. Der würtembergische Bundestagsgesandte sei instruirt, bei dem Bunde die sofortige Besetzung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu unterstützen.

**Schleswig**, 28./16. Nov. Ueber die Haltung der preußischen Regierung wird der Rheinischen Zeitung aus Berlin geschrieben: „Welchen Bescheid der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein bei der preußischen Regierung, die er am ersten um Hülfe anging, gefunden hat, weiß man jetzt. Man erzählt, daß Hr. v. Bismarck dem Könige rathe, den neunten Christian von Dänemark rasch auch als den Herzog von Schleswig-Holstein und Lauenburg anzuerkennen und mit Herzog Friedrich, wenn er wieder, um zu agitiren, nach Preußen komme, nicht viel Federlesen zu machen, sondern ihn zu behandeln, wie jeden anderen Ruhestörer. Das wäre freilich ein schlechter Gegendienst für die Bemühungen des Prinzen bei den jüngsten Wahlen, ministerielle Abgeordnete durchzusetzen. Im Kreise Guben hat er sich als einen der eifrigsten Agitatoren für Hrn. v. Bismarck bemerklich gemacht." Aehnliche Nachrichten über die Haltung des Ministeriums laufen von allen Seiten ein. Es kann also nicht befremden, wenn sich die Neigung der Abgeordneten, dem Ministerium Gut und Blut zur Verfügung zu stellen, verringert, da, gelinde gesagt, weder eine Bürgschaft, noch eine Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß Gut und Blut im Sinne des Abgeordneten-Hauses verwandt würden. Die Kreuzzeitung trennt die Bundessache, welche schon vor dem Tode des Königs von Dänemark geschwebt habe, von der der Erbfolge. Die Execution solle wegen der ersteren Statt finden. Preußen und Oesterreich könnten nicht so ohne Weiteres das Londoner Protocoll aufgeben. Preußen müsse sich auf der Linie des Bundesrechts halten und die unsaubere Gemeinschaft mit der Revolution abweisen. In Wien hat man die Besetzung der Herzogthümer von Bundes wegen vorgeschlagen, um das unzweifelhafte Recht der Herzogthümer zu wahren. Die Erbfolge-Frage soll dagegen als eine offene behandelt werden. Von anderer Seite versichert man, daß Oesterreich die Anerkennung des Königs Christian als Herzog von Schleswig-Holstein von der Wiederherstellung der Rechte der Herzogthümer abhängig machte. Dies stimmt jedoch nicht mit der Versicherung überein, daß man den Londoner Vertrag als bindend be-

trachte; denn es ist einleuchtend, daß die Aufstellung einer solchen Bedingung schon eine Verletzung des Londoner Vertrags involvirt. Während Frankreichs Meinung noch unentschieden ist, erfährt die Weserzeitung aus London, daß England einen Congreß über die Erbfolgefrage in London vorschlägt. Die Schwedische Regierung erklärt die Nachricht über die Klarmachung der Kriegsschiffe für unwahr; doch sollen die schwedischen Stände den Extracredit bewilligt haben. Die Dänen-Partei in England verlangt die Absendung der Canalflotte. Hier in Schleswig soll der Befehl des Kriegsministeriums eingetroffen sein, die Vertheidigungsanstalten und die Armirung der Dannevirkestellung zu beschleunigen. Die Ueberschwemmungen im Trenethal sollen sofort bewerkstelligt, sämmtliche Schanzen mit Positionsgeschütz armirt, die Pulvermagazine gefüllt, Projektile herbeigeschafft und die Pallisadirungen vollendet werden. Außerdem sollen sich in und bei der Dannevirkestellung 14 Bataillone Infanterie (ca. 11,000 Mann) concentriren. Diese Stärke dürfte ausschließlich aus Abtheilungen beschafft werden, die nicht in Holstein stationirt sind.

## Großbritannien.

**London**, 28./16. Novbr. „Die London Gazette" veröffentlicht die zwischen den Cabinetten von Paris und London über die Einladung zu dem Congreß geführte und mit der Ablehnung Seitens Englands schließende Correspondenz. Die meisten Zeitungen drücken ihre Zufriedenheit aus über die so schnell erfolgte Veröffentlichung und über den Ton, in dem Graf Russel die Correspondenz geführt hat. Die Times bemerkt: Niemals ist ein Vorschlag eingehender und mit dem aufrichtigeren Wunsche, seinem Urheber Achtung zu bezeigen, in Erwägung gezogen worden, als die Congreß-Einladung des Kaisers der Franzosen von der britischen Regierung. Die hohe Stellung des Kaisers Napoleon, seine lange Bundesgenossenschaft mit England, die hinsichtlich vieler Puncte bestehende Gleichheit seiner Ansichten mit den Ansichten englischer Staatsmänner und vor Allem unser neuliches gemeinsames Auftreten mit seiner Regierung in der polnischen Angelegenheit waren hinreichend, seinem Plane nicht nur eine unparteiische, sondern eine günstige Prüfung zu sichern. Eine solche Prüfung ist ihm auch in der That in den Cabinetsräthen, die in letzter Zeit ungewöhnlich häufig auf einander gefolgt sind, zu Theil geworden.

## Frankreich.

**Paris**, 26./14. Novbr. Die Congreßhoffnungen stehen heute auf dem Gefrierpuncte; doch hatten sie wenigstens das Gute eines Divertissementchens, das die Pariser von den Scandalen abhalten sollte, die jetzt bei Gelegenheit der Wahlprüfungen im gesetzgebenden Körper hervortreten. Sogar die France ruft heute aus: „Kaiserthum und Freiheit, unsere ganze Politik basirt auf der Allianz dieser zwei Worte!" Das Volk der Departements hat laut der France nur für Kaiserthum und Freiheit votirt. Nur hat die Sache ihre zwei Seiten, und die Präfecten haben sich aller Freiheit bedient, damit für jenes Kaiserthum gestimmt werde, wie es in den Präfecturen verstanden wird; als aber die Presse sich auch etwas Freiheit nehmen wollte, spielte der Präsident des gesetzgebenden Körpers den Donnerer Jupiter, und seitdem werden von der Majorität alle Beschwerden der Opposition niedergegrunzt. Das Kaiserthum hat seine großen und glanzvollen Seiten und der Kaiser ist ein genialer Staatsmann; wie er diese Geldverschleuderungen für überseeische Experimente und diese Präfectenwirthschaft im Lande gewähren lassen mag, ist unbegreiflich. — Nachdem England seine entschiedene Weigerung, sich an der Fürsten-Berathung zu betheiligen, officiell ausgesprochen haben wird, dürften auch die Zweifel über die Haltung der anderen Mächte in Betreff des Congresses beseitigt sein. Die „fast einstimmige Annahme" der France wird dann in das gerade Gegentheil umschlagen. In Paris fängt man bereits an, eine andere Sprache zu führen, und eine Reihe von kriegerischen Artikeln in den officiösen Blättern werden erwartet. Die Flugschrift „Napoléon et le Congrès" ist unter der Presse, die Ansichten über deren Bedeutung gehen aber noch weit aus einander, auch soll sie keine kriegerische Färbung haben. Das entscheidende Wort dürfte in der Neujahrs-Rede folgen, die wol Fürst Metternich am unangenehmsten berühren wird. — Der Constitutionnel hat den Auftrag erhalten, den englischen Politik den Text zu lesen. — Der Kaiser hat einen seiner Adjutanten mit einem vertraulichen Auftrage nach Kopenhagen gesandt. — Der Herzog von Augustenburg soll, so wird behauptet, von Paris aus den Wink erhalten haben, eine Berufung an das allgemeine Stimmrecht vorzuschlagen. — Von anderer Seite wird gemeldet: Wie man versichert, wird die Antwort der französischen Regierung auf die Anfragen der Mächte, welche Gegenstände der Congreß besprechen soll, schon nächstens abgehen. Die französische Regierung wird einfach erklären, daß es nicht in ihrer Hand liegt, dem Congresse ein Programm vorzuschreiben und im Voraus zu wissen, was derselbe beschließen und befehlen wird. Die Nation, deren Beziehungen mit der russischen Gesandtschaft bekannt sind, widerlegt in einigen Puncten die Version, welche die Frankfurter Europe über die russische Note giebt. Ihr zufolge ist der Brief des Kaisers Alexander von keiner erklärenden Note des Fürsten Gortschakow begleitet. Außerdem stellt die Nation in Abrede, daß der Kaiser von Rußland die Aufstellung eines Programms verlangt habe, ehe er die Einladung zum Congresse annehme. Auch habe derselbe keineswegs verlangt, daß die verschiedenen Fragen und die Zwecke, welche man verfolge, klar bezeichnet werden müßten. „Die Wahrheit" — meint die Nation weiter — „ist, daß der Kaiser von Rußland sich dem Congresse sehr günstig zeigt, und wenn er einen Wunsch kund giebt, so ist es der, sich mit dem Kaiser Napoleon in dem Pacificationswerke zu einigen, das der projectirte Congreß erheischt. Kurz, was am klarsten aus allem, was wir wissen, hervorgeht, ist, daß die Initiative des Kaisers der Franzosen die besten Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich, eine Art Einverständniß hergestellt hat, welchem England und Oesterreich sich, wie es scheint, nicht anschließen wollen." — Unsere Finanzwelt war heute in Aufregung in Folge des Gerüchtes, daß der finanzielle Bericht des Herrn Fould die Ankündigung einer sehr starken neuen Anleihe enthalten werde.

## Türkei.

Aus **Alexandrien**, 13./1. Nov., wird die Wiedereröffnung der Eisenbahn gemeldet. Der Inspector des türkischen Telegraphenwesens, Guildani, macht bekannt, daß Egypten innerhalb 10 Monaten durch Telegraphen mit Europa verbunden sein könne. Er und der Inspector der egyptischen Telegraphen, Salamah Effendi, ein in London gebildeter Mann, werden die Leitung der Drähte ausführen, letzterer von Cairo, ersterer von Beyrut aus. Der syrische Draht geht von dieser Stadt über El Alrich an der türkisch-egyptischen Grenze. Der Bau der hiesigen americanischen Eisenbahn wird lebhaft betrieben; die Bahn reicht bis zum Hafen und auf der andern Seite in das Innere der Stadt. Der Vicekönig hat vom russischen Kaiser den Großcordon des weißen Adler erhalten, und dieser Orden wurde in feierlicher Audienz durch den russischen General-Consul Lagowski überreicht, welcher bemerkte, daß Se. Hoheit ihn für den Schutz erhalten, den in Agypten die russischen Unterthanen und die griechische Kirche genießen.

# Neuere Nachrichten.

**Gotha**, 30./18. Nov. Der Herzog von Braunschweig hat Friedrich von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt.

**London**, 28./16. Nov. Die Times meldet, daß Sir William Denison, Gouverneur von Madras, provisorisch die Functionen des Lord Elgin als Gouverneur von Indien übertragen sind. — Aus Washington wird gemeldet, daß sich an Bord des gekaperten Conföderirten-Dampfers Robert E. Lee der belgische Consul und zwei dem britischen Heere angehörige Engländer befanden. Wichtige Depeschen der Agenten der Conföderirten in Europa fanden sich auf dem Schiffe oder wurden aus dem Wasser aufgefischt. Diese Schriftstücke stellen dem Vernehmen nach jede Hoffnung auf Beistand, den die Conföderirten von Seiten Englands oder Frankreichs erwarten könnten, als völlig grundlos dar. — General Forey ist gestern an Bord des französischen Kanonenbootes Panama nach Frankreich abgereist.

Aus **Alexandria**, 25./13. Nov., wird telegraphirt: „Laut Berichten aus Dschedda vom 15. d. M. haben die Beduinen in der Umgegend von Mokka sich empört und Caffee so wie andere Producte geraubt. In den Städten Dschedda und Mekka herrschte Ruhe. — Ismail Pascha befindet sich in Ober-Aegypten."

# Telegramme des Dorpater Tageblattes.

**Berlin**, 3. Decmbr./21. Novbr. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde der Commissionsantrag in der Schleswig-Holsteinischen Sache mit 231 gegen 63 Stimmen angenommen.

In **Schleswig** wurde amtlich die neue dänisch-schleswigsche Verfassung veröffentlicht. — Der Herzog von Schleswig-Holstein Friedrich VIII. hat dagegen einen Erlaß publicirt, in dem er die Dänen auffordert, binnen vierzehn Tagen die Herzogthümer zu räumen, widrigenfalls er energische Maßregeln zu ihrer Vertreibung ergreifen werde.

**Newyork**, 21./9. Novbr. Die Situation der Armee des General Burnside in Knoxville ist befriedigend, obgleich die Verbindung mit Cumberland unterbrochen ist. —

Aus **Matamoras** kam die Meldung, daß ein Revolutionsausbruch zu Gunsten der Franzosen erwartet wird.

# Revolutionsplan Mieroslawski's.

## I.

Die Moskausche Zeitung schreibt: Unter den Papieren des Grafen Andreas Zamoyski, der in Folge des Attentats auf den Grafen Berg verhaftet wurde, hat man unter anderem ein anscheinend blau liniirtes Stück Papier gefunden. Bei genauerer Untersuchung desselben vermittelst Vergrößerungsgläser entdeckte man, daß die blauen Linien aus feiner Schrift bestanden, und eine vom 1. März 1861 datirte Instruction L. Mieroslawski für die Organisirung des Aufstandes enthalten. Diese Schrift bietet wieder einmal den Beweis, daß der Aufstand längst angelegt und vorbereitet war — wenn es jetzt noch des Beweises bedarf. Die Instruction ist im R. Inv. abgedruckt. 1) Man eile nach Warschau, um gründliche Nachrichten über den Geist und die Tendenz der Manifestation vom 25. Februar in Betreff der erlassenen Verordnung der Ackerbaugesellschaft über die den Bauern überlassene Landquote einzusammeln. Diese Landquote ist als Ausgangspunct aller künftigen Vorbereitungen zum Volksaufstande anzunehmen, und die Massen, welche durch diese heilige Verordnung Land zu ihrem ewigen Besitzthum erhalten haben, sind als die Grundluge für die sich wiedererzeugende Volksversammlung zu betrachten. Auf den Fahrten zu den entferntesten östlichen Grenzen Polens wird die segensvolle Nachricht verbreitet, daß die Ackerbaugesellschaft in der Sorge um das Volk am 24. Februar allen Gutsbesitzern ohne Ausnahme befohlen hat, den Bauern alles ihnen bisher zur Nutznießung zugewiesene Land unter freiwillig abgeschlossenen Bedingungen als Eigenthum zu überlassen. Es wird über diesen Gegenstand keine Discussion gestattet, sondern nur laconisch wie über ein vollzogenes Factum gesprochen. Um es

bei der Regierung auszuwirken, daß alle Provinzen sich diesem Befehl der Hauptstadt unterwerfen, senden die Gutsbesitzer von Litthauen und Kleinrußland sofort Deputationen nach St. Petersburg, welche sich daselbst vollkommen der Warschauer Deputation unterordnen und blindlings im Sinne der Forderungen derselben operiren. Die Bedrücker werden uns nicht trennen, wenn wir uns nicht selbst von einander trennen. Es werden in russischer Sprache Proclamationen gedruckt, in welchen dem Volke die erwähnte Warschauer Wohlthat verkündigt wird; die Bedingungen und die an die Gutsbesitzer zu leistenden Zahlungen werden so berechnet, daß diese Wohlthat in jedem Falle vielmals die durch die Petersburger Ukase gewährten übertrifft. Wenn der Zar, was jedoch schwer vorauszusetzen, augenblicklich auf Alles eingeht, so wird das Gerücht verbreitet, daß er eingeschüchtert ist und sich dem Willen Warschaus unterworfen hat. In diesem Falle sind Volksfeierlichkeiten zu veranstalten, zu welchen die Schliachtizen große lärmende Volksmassen zusammenbringen müssen. Die Schliachta leitet auch das Volk, ohne die geringste Einmischung der Geistlichen und der Beamten zuzulassen. Darauf wird augenblicklich, offen, mit vollster Bereitwilligkeit, ohne das geringste Schwanken, wenn auch mit dem größten Nachtheil für die Eigenthümer die Warschauer Verordnung ins Leben gerufen, ohne abzuwarten, daß, was Gott verhüte, ähnliche Verordnungen von Petersburg kommen. Noch besser wird die Lage der Schliachta sein, wenn der Zar sich weigert, die Warschauer Verordnung zu bestätigen, oder dies bis zu dem Augenblick verzögert, wo wir die Vorbereitungen zum Aufstande beendigt haben werden. 2) Dem Capitel der Warschauer Bewegung wird aufgetragen, die Aufmerksamkeit Europas unermüdlich durch Zeitungs-Correspondenzen und Deputationen an die französische und englische Regierung zu beschäftigen. Einerseits muß die öffentliche Meinung der westeuropäischen Massen in fieberhafter Spannung erhalten werden, so daß sie jedesmal noch schlagendere Erscheinungen der polnischen Lebensfähigkeit und der russischen Machtlosigkeit erwartet. Deshalb sind an alle deutschen, französischen, englischen und italienischen Zeitungen Nachrichten — wenn auch verdrehte — über die Erschütterungen im Innern Rußlands, welche die Regierung des Zars untergraben, über den definitiven Bruch zwischen den Edelleuten, Bauern und Beamten, besonders über die traurige Lage Rußlands in finanzieller, militärischer und administrativer Hinsicht und über den Zerfall des ganzen Mechanismus Peters des Großen unter dem Einflusse der polnischen Idee zu senden. Die Welt muß überzeugt werden, daß, außer den Polen allein, Niemand den Zarismus besiegen kann. Andererseits muß die englische und französische Regierung beständig belästigt werden und zu diesem Zwecke sind ihnen aus Warschau falsche Klagen einzusenden, die angeblich nach Petersburg geschickt worden, dort aber unberücksichtigt geblieben sind. Es ist zu bemerken, daß diese Deputationen anfangs wenig ausrichten werden; dies darf aber den Eifer nicht abkühlen, weil unser Hauptzweck darin besteht, diese Regierungen Rußland gegenüber zu compromittiren, und selbst berechtigt zu sein, uns über die Gleichgültigkeit dieser Regierungen zu beklagen. Es wird den Landsleuten unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgetheilt, daß solches der Rath von Leuten, welche die Politik der Tuilerien gut kennen, und eine Nachahmung des Verfahrens der Italiener ist, welche während einiger Jahre mit ihrem Patriotismus aller Welt zum Ueberdruß wurden, alle Schutzwehren der Diplomatie durchbrachen, den französischen Kaiser überredeten, das zu thun, was er nie hatte thun wollen und woran er nie gedacht hatte, und die französische Regierung, sie mochte wollen oder nicht, zwangen, ihre Hülfe zu ihrer Befreiung zu gewähren. Gott verhüte aber, daß dazu Emigranten verwendet werden, weil dies den westlichen Regierungen, welchen die polnische Bewegung nicht auf den Armen liegt, die beste Ausrede zur Verweigerung der Theilnahme an der Bewegung bieten würde. Mehr als alles sind die Intriguanten des Hotels Lambert zu vermeiden, die Auswanderer aus dem Lande, welche sich in allen Minister-Vorzimmern des Auslandes abgerieben und zum Gegenstand des Spottes aller derjenigen gemacht haben, welche unserer Sache nicht geneigt sind. Auch unsere Abgesandten aus dem Lande müssen sich vor einer zu nahen Berührung mit den Tuilerien hüten, wo sie leicht verrathen werden könnten, dafür müssen sie sich aber bemühen, sich dem Palais-Royal (der Residenz des Prinzen Napoleon) zu nähern, wo sie jede Unterstützung und auch Instructionen erhalten werden. Die in diesem Falle nöthigen Anweisungen und Erläuterungen wird der Deputirte G. L. M. geben. Wir wiederholen es, daß die erwähnten Deputationen von ihren Klagen kein anderes Resultat erwarten sollen, als daß sie für die Zukunft Wege von dem insurrectionellen Polen zur westmächtlichen Politik gebahnt, die Russen und Deutschen erschreckt und die französische, englische und italienische Regierung in geheime Verbindung mit der polnischen Bewegung gebracht haben. Wir müssen uns zunächst damit begnügen, daß Italiener, Ungarn, und alle Nationalitäten, welche die österreichischen Fesseln gebrochen, durch jede Warschauer Manifestation enger mit uns vereinigt werden. In dieser Beziehung herrscht vollständige Uebereinstimmung zwischen Mieroslawski, Garibaldi und Klapka.

## Witterungsbeobachtungen.

20. Novbr., A. St. (2. Decbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 338,25 | + 3.15 | 1,4 | Still | Trüb (4) |
| 2 U. | 337,47 | + 2,52 | − 0,2 | Still | Trüb (4) |
| 11 U. | 336,74 | + 1,54 | − 2,4 | | Trüb (4) |
| Mittel | 337,80 | | 0,28 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 2,71 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 4,75 im J 1841, niedrigste −19,13 im J. 1855. Das Thermometer sinkt ziemlich regelmäßig von 7 Uhr bis zur gewöhnlichen Zeit der größten Warme um 2 Uhr und dann weiter. Das Sinken des Barometers deutet auf einen südlichen Wind in den obern Luftschichten, der in der folgenden Nacht die Wolkendecke auflöste, wobei dann die Wärmestrahlung den Boden und die unteren Luftschichten erkaltete, so daß das Thermometer am 3. um 7 Uhr auf −4 4 stand, doch ist dieses noch für die Jahreszeit und die Bewölkung eine hohe Temperatur, dabei sinkt das Barometer noch langsam weiter.

## Fremden-Liste.

Vom 21. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Hr. Stud. Sacharef aus St. Petersburg.

№ 635. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 21. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Behufs der nächstens auszuführenden Organisation der städtischen Löschmannschaft oder Feuerwehr ergeht an die Einwohner unserer Stadt hierdurch die Aufforderung, sich auf dem Rathhause im Local des Cassa-Collegiums zum freiwilligen Eintritt in die Feuerwehr zu melden und Namen nebst Wohnung in ein daselbst täglich von 10—1 Uhr und von 4—6 Uhr ausliegendes Buch einzuschreiben.

Das Brand-Collegium.

---

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Im Verlage von **E. J. Karow** in Dorpat und Fellin erschien:

Neuer

## Dorpater Kalender

für das Schaltjahr

**1864.**

Preis geheftet und der Kalender mit Papier durchschossen 25 Kop.

**Inhalt.**

**Kalendarium.** Erlauterungen Erklärung der Zeichen der Sternbilder. Die Planeten und Planetoiden. Zeitrechnung. Ostertabelle. Finsternisse. Die 4 Jahreszeiten, die 4 Quatember und die kirchliche Jahresrechnung. Monatskalender. Datumzeiger für 1864. Verzeichniß der Kirchen- und Staats-Feste.

Die jetzigen europäischen Regenten ꝛc. Baltische Emigranten von J. Eckardt. Der alte Link. Unsere practische Seite. Die geistreichen Frauen. Gewerbelied. Räthsel. Seidenhüte

Verzeichniß der Jahrmärkte in Livland. Correspondenz-Annahme im Dorpater Post-Comptoir. Ankunft und Abgang der Posten in Dorpat. Preise der Plätze in der Postkutsche. Ankunft und Abgang der Posten in Pernau. Ankunft und Abgang der Posten in Fellin. Livländische Diligence. Diligence zwischen Dorpat — Werro — Pleskau. Taxe des Gewichtgeldes für Briefe und Päckchen. Taxe der Assecuranzsteuer für Geld- und Werthsendungen. Ueber die Stempel-Couverts. Ueber Postmarken. Taxe des Porto für ausländische Briefe. Poststationen und deren Entfernungen. Fahrpreise und Entfernungen sämmtlicher inländ. und einiger ausländ. Eisenbahnen. Telegraphenstation zu Dorpat. Stempelpapier und Preise desselben. Beamte, Behörden und Anstalten in Dorpat.

---

## Concert

des

## Dorpater Sängerkreises

am

**Sonntag den 24 November**

im

Saale des Commerz-Clubs.

**Anfang 8 Uhr.**

Nur für Mitglieder des Commerz-Clubs und deren Familien.

---

**Um zu räumen**

werden seidene **Hüte, Band-** und **Blumenhauben** zu sehr billigen Preisen verkauft bei

**Anna Oding,**

gegenüber der Töpfer'schen Handlung.

---

Bis Ende dieses Monats verkaufe ich meine hiesigen, gut gearbeiteten **Damen-Prünellstiefel** zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**B. A. Müller,**

Galoschenhandlung

(Haus Petersonn, Ritterstr.)

---

Eine große Wagenremise, wie auch ein sehr trockener Keller, sind zu vermiethen im Mesterschen Hause, in der Nähe der Universität.

---

Der heutigen Nummer unserer Zeitung liegt ein **„Verzeichniß von Büchern und Kunstsachen"** zu herabgesetzten Preisen, zu Weihnachtsgeschenken geeignet, von **N. Kymmel's** Buchhandlung in Riga bei. Der Katalog kann auf Verlangen von obiger Buchhandlung auch gratis bezogen werden.

---

**Um zu räumen**

werden von Freitag den 22. November ab verschiedene **Manufacturwaaren** zu herabgesetzten Preisen verkauft.

**Gebrd. Bärtels.**

(Eingang von der Ritterstrasse durch den Flur.)

№ 271. Freitag, den 22. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. X. Personalnotiz. St. Petersburg: Unterstützungsverein für kurländ. Beamte. Zahlungen an Creditanstalten. Gildescheine der Raskolniken. Bauholz zu Schulgebäuden. Moskau: Feuersbrünste. Kasan: Verhältnisse der Universität. Odessa: Universität. Lyceum. Handel mit China. Warschau: Opfer der Insurgenten.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Ablehnung des Congresses. Englische Note an den Bundestag. Vom Oberrhein: Bismarck und die Augustenburger. Frankfurt: Hauptsitzung des Bundestages. Hannover: Bundesexecution. Wien: Das Abgeordnetenhaus. Die Ansprüche der Augustenburger. — Großbritannien. London: Die Times über Preußens Stellung zum Londoner Vertrag. — Frankreich. Paris: Congreßaussichten. Pferdezucht. Japan. Steuerlasten. Gehälte. Finanzbericht. Anleihe.
**Neuere Nachrichten. — Eingesandt.**

**Berichtigung.** In der gestrigen Nummer ist zu lesen Col. 1 Sp. 1 Z. 6 v. u. „eingegangen werden kann"; Sp. 2 Z. 1, 2 v. o. „die vornehmste Aufgabe."

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 22. Novbr. Der Minister der Volksaufklärung hat unter dem 15. d. M. verfügt, daß der durch Allerhöchsten Befehl vom 7. d. M. als ordentlicher Professor der Pflanzenphysiologie und Anthropologie bei der Universität Dorpat vorgestellte Hofrath Schleiden als bei der physico-mathematischen Facultät mit dem Genusse aller an das Amt des Professors verknüpften Rechte und Prärogativen im Dienste stehend zu betrachten sei.

**Dorpat**, 22. Novbr. Wenn die eine der beiden diesen Provinzen gestellten Hauptaufgaben bezeichnet worden ist als Annäherung der getrennten Steuerkörper, so ist das nicht ganz correct. Eine Annäherung kann sofort stattfinden nur zwischen Land und Stadt; ehe in demselben gemeinsamen System auch zwischen Ritterschaft und Bauerschaft deutlich umschriebene Beziehungen gesetzt werden, müssen sie nach ihren Rechten und Pflichten selber deutlich umschrieben neben einander gestellt sein. Stadt und Land können sich sofort auf gleichem Fuße vertragen; der Bauerschaft muß zuvor ein gewisser Complex von Rechten eingeräumt sein.

Wir beginnen mit dem Verhältnisse von Stadt und Land und, um die beste Modalität ihrer Annäherung zu finden, vergegenwärtigen wir uns von Neuem, was sie bisher gesondert und auseinander gehalten.

Wir haben bereits Gelegenheit gehabt, eines Compromisses zwischen der Ritterschaft von Estland und der Stadt Reval zu gedenken. Nur um weniges früher hatte sich eine der trefflichen Denkschriften, welche das estländische System autonomer Verwaltung gegenüber der russischen Obliegenheitsordnung zu erläutern übernahmen, folgenderweise vernehmen lassen:

Hebt der estländische Adel als Vorzug seiner Verfassung hervor, daß die Territorien von Stadt und Land von jeher als ganz getrennte Steuerkörper sind angesehen worden, so wird eine genaue Untersuchung in der That überzeugen, daß viele Verhältnisse eine solche Sonderung dringend erheischen, so lange nicht die Landschaft durch überwiegende Manufactur ihren landwirthschaftlichen Character verloren hat, was sich in einem großen Reiche immer nur auf einzelne Localitäten beschränken wird. Ordnung und Sicherheit im Vaterlande liegt um so mehr im Interesse der Bewohner, je weniger sie die Möglichkeit haben ihre Vermögenstheile hinauszuschaffen. Das rechtfertigt die Grundsteuer mehr, als die Nationalöconomen bisher gelehrt haben. Da der Grund und Boden vorzugsweise der Ordnung bedarf, muß er sie auch zum Theil bezahlen. Aber auf dem Lande hat die Grundsteuer eine andere Bedeutung als in der Stadt. Auf dem ersteren wird der Betrag bei dem Erwerbe des Grundstücks berücksichtigt und erscheint schon deshalb nicht sowol als ein Abzug von dem reinen Einkommen des Grundbesitzes, als vielmehr wie der Mittel-Ertrag einer für gemeinsame Zwecke abgetheilten Quote der Grundstücke. Bringt man dazu die Creditverhältnisse in Anschlag, denen gemäß ein bedeutender Theil der Grundstücke zum Verrenten von angeliehenen Capitalien dient und nur ein anderer Theil reines Vermögen des Eigenthümers ist, so wird es klar, wie die Basis der Grundsteuer nicht nach dem veränderlichen Vermögen des Grundbesitzers sich richten kann. Daher ist es gerechtfertigt, wenn die Landes-Obliegenheiten möglichst zu unveränderlichen Reallasten gemacht werden. Die stabile Steuer entspricht aber nur der Seßhaftigkeit auf dem Lande. In der Stadt ist Alles beweglich. Ein Stadthaus fesselt seine Bewohner nicht wie der Ackerboden, mit dem zahlreiche menschliche Existenzen verwachsen sind und wo selbst die Dienstboten sich auf lange Kündigungs-Frist verdingen. Vielmehr wechseln die Bewohner der Stadthäuser und ihre Dienstboten beständig, ohne sich um die Jahreszeiten zu kümmern. Es kann ja auch, wer von Handel und Industrie lebt, jeden Tag in die Lage kommen, sein Geschäft in der Fremde besser zu fördern. So muß folgerichtig in der Stadt, wo die beweglichen Capitalien überwiegen, die Steuer-Basis eine bewegliche sein, um nicht durch Ungleichmäßigkeit zu drücken und kann nicht vorzugsweise auf den Grundstücken ruhen, ohne die Ansiedlungen auf schädliche Weise zu erschweren.

Ein anderer bemerkenswerther Umstand ist es, daß die Landschaft Ursachen hat, ihre Obliegenheiten möglichst in Natura zu leisten, sobald nur der Geschäftsgang vor Verschleuderung sichert. Die Kosten des Umsatzes werden dabei erspart. Das gilt nicht von der Stadt, wo landwirthschaftliche Producte und Arbeit gewöhnlich nur gegen Geld zu haben sind.

So wie die Taxation der Vermögen, ebenso sind auch die Bedürfnisse nach öffentlichen Einrichtungen auf dem Lande und in der Stadt ganz verschieden und dieser Verschiedenheit muß eine andere Steuerbasis und Verwaltung entsprechen.

Mit Bezug auf die Verordnung von 1851 (die russische Obliegenheitsordnung) wird man vielleicht sagen, das Vorstehende gelte für die Local- und Particular-Obliegenheiten; aber für Leistungen, die von dem allgemeinen Reichsbedürfniß hervorgerufen werden, sei eine jede Sonderung ungerecht. Zu diesen müssen alle Unterthanen nicht nach Maßgabe der betroffenen Territorien, sondern nach Vermögen gleichmäßig beitragen. Allein, wie soll auch nur die erste und unerläßliche Bedingung gleichmäßiger Betheiligung, die gleichmäßige Abschätzung der auf ganz verschiedener Basis beruhenden Vermögen und Einkommen bewerkstelligt werden? Einen bestimmten Procentsatz von Handelscapitalien oder der Gildesteuer als eine fixe nicht abzuändernde Steuer für den Handelsstand durch das ganze Reich in kleinen wie großen Städten anzunehmen, wie die Verordnung von 1851 thut, während die Immobilien von Stadt und Land nach den Umständen fallende und steigende Steuerlast zu tragen haben, ist denn doch nur eine willkürliche, auf keine Weise aber verhältnißmäßige Besteuerung. Noch weniger ist solches der Fall, wenn für die Städte ein Maximum der Steuer auf Immobilien festgestellt wird und darüber hinaus die Landschaft auch die Obliegenheiten für das Stadtterritorium tragen soll. Dieses ist die höchste Unbilligkeit gegen die Landschaft, die unbegrenzt besteuert wird und zugleich eine Prämie auf die Insolvenz der Städte.

Die Nothwendigkeit der territorialen Scheidung stellt sich noch klarer heraus, wenn man einzelne Obliegenheiten betrachtet, z. B. die Einquartierungslast bei außerordentlicher Truppen-Concentration zu Reichszwecken. Nehmen wir an, sie betreffen ausschließlich die Landschaft eines Gouvernements und man berechne dann die Miethe der für das Militär beheizten Räume und lege den Städten auf, zu Bezahlung derselben einen Beitrag zu entrichten, dem Verhältnisse ihres reinen Einkommens zu dem der Landbewohner entsprechend. Würde man nicht die Stadt zum Vortheil des Landes bedrückt haben? Auf dem Lande tragen die Quartiere meist keine Miethe, nun hätte man die Städte gezwungen, sie zu zahlen. Andere Kosten würden durch die locale Verausgabung der Gelder des Militärs der Landschaft vergütet werden. Da werden Producte abgesetzt und erzeugt, die früher nicht Bedeutung hatten. Ganz dasselbe gilt, wenn man den Fall umkehrt. Die Hausbesitzer der Stadt müssen Quartiere schaffen, nicht nur für das Militär, sondern auch für die Miether, die außerdem vorhanden sind. Wird mehr zur Quartierkammer gezahlt, so kommt auch mehr für die Quartiere ein, durch die gesteigerte Nachfrage und durch die zeitweilige Beschränkung in der eigenen Benutzung. Auslagen für Holz ꝛc. steht der Gewinn gegenüber, den eine Stadt aus der Befriedigung der Truppen mit mannichfachen Handels- und Gewerbe-Artikeln zieht. In Kriegszeiten mögen die Kosten den Gewinn überwiegen und können namentlich für Einzelne erdrückend werden; einer vernünftigen Verwaltung aber ist es leicht diesem vorzubeugen durch geringe Mehrzahlung in Friedenszeiten und dadurch Ansammeln eines Reservefonds für die Kriegszeit oder im schlimmsten Falle durch später allmälig ab-

zuzahlende Anleihen. Jedenfalls wird eine Stadt bei richtiger Erkenntniß nicht unwillig sein über die ihr durch Truppen-Concentration in Kriegszeit auferlegten Opfer, da diese ihren so leicht durch den Feind zerstörbaren Werthen einen Schutz gewähren, der wahrlich nicht zu theuer bezahlt werden kann. Das hat auch die Erfahrung des letzten Krieges in Reval bestätigt. Trotz aller Klagen, trotz der Unterbrechung des auswärtigen Handels, waren daselbst am Schluß des Krieges die Handelsleute reicher geworden, Gewerbe und Unternehmen in Schwung gekommen, Miethwohnungen und Häuser ꝛc. gestiegen. Fiele die starke Bequartierung für Reval in Zukunft weg, weil es aufhört Kriegshafen und Festung zu sein, so wird es erfahren, daß es dadurch dem Verfalle eher genähert, als davor bewahrt wird.

Das führt überhaupt zu dem richtigen Gesichtspunct, nach welchem Grundsatz die Steuern in reine Steuern an den Reichsschatz und in Landes-Obliegenheiten zerfallen. Ausgaben, die an Orten nöthig werden können, die ganz unbestimmt sind, muß der Reichsschatz tragen, während die Steuern, die auf einem bestimmten Territorium ausgegeben werden, als Obliegenheiten können behandelt werden. Kann man die Consumtion einer Steuer nicht über alle Territorien gleichmäßig machen, so wird der Versuch, sie auf allen Territorien gleichmäßig zu erheben, nur die Verwaltung erschweren, ohne der Gleichmäßigkeit wesentlich zu dienen. Wie viele Poststationen liegen z. B. auf dem Lande, und die Landbewohner sind doch diejenigen, die am wenigsten mit der Post fahren. Das Etappenwesen dient ebenfalls mehr den Städten, da sie verhältnißmäßig das größere Contingent von Verbrechern liefern. Dennoch hat die Landschaft in Estland keine Beisteuer der Stadt dazu verlangt und sich sogar zu einer bedeutenden Erweiterung des Post-Verkehrs aus eignen Mitteln erboten. Die Posten, die großen Etappenstraßen sind eben wegen der damit verbundenen localen Verausgabung die Quellen gewinnbringenden Verkehrs.

Diese wichtigen Fragen verdienten eine so ausführliche Erörterung, um zu beweisen, daß eine billige und zweckmäßige Verwaltung der Obliegenheiten nur in dem Falle möglich ist, wenn die Territorien und das Vermögen von Stadt und Land nicht vermischt werden. —

So die estländische Denkschrift, gegen deren Sätze sich manche Einwendung im Einzelnen mag erheben lassen, ohne daß ihr Hauptbeweis entkräftet würde. Nicht vermischt werden sollen Stadt und Land: man sieht, es wird nur gegen ein Extrem der Annäherung geeifert und selbst, wo einige Modalitäten, wie Stadt und Land gemeinsam Lasten zu tragen vermöchten, als unzulässig zurückgewiesen werden, ergiebt sich vor Allem doch die Aufforderung, nicht auf jeden solchen Versuch zu verzichten, sondern nach andern Modalitäten, die etwa minder unzulässig erscheinen, zu forschen. Wenn nun die Noth der Verhältnisse der Körperschaft, welche sich so energisch für isolirte Steuerwirthschaften erklärt, fast unmittelbar darauf eine nicht unerhebliche Concession abzwingt, so wird es sich nun weiter lohnen, das Maaß und die Consequenzen dieser Einräumung ins Auge zu fassen.

**St. Petersburg**, 17. Novbr. Sr. Maj. der Kaiser hat die Gründung eines Vereins zur Unterstützung nothleidender Beamte, ihrer Wittwen und Waisen in Kurland genehmigt.

— Sr. Majestät der Kaiser haben zu befehlen geruht, daß in den Gouvernements Kiew, Podolien und Wolhynien die nach dem 30. Juli d. J. fälligen Zahlungen für an die Creditanstalten verpfändete Güter, aus den in die Kreisrenteien von den Bauern eingezahlten Summen zu leisten sind; einen weiteren Regreß an die Gutsbesitzer selbst haben die Creditanstalten nur für solche Zahlungen, die bereits vor dem 30. Juli fällig waren.

— Der Finanzminister hat durch ein Circulär bekannt gemacht, daß Raskolniken, welche gesetzlich berechtigt sind einen Gildeschein zu lösen, entweder ihren früheren Stand beibehalten oder in die Kaufmannschaft aufgenommen werden können.

— Der Chef der Gouv. Wilna, Grodno, Kowno und Minsk macht durch ein Circulär bekannt, daß zum Bau von Schulgebäuden in den Dörfern das Bauholz aus Kronswaldungen unentgeltlich verabfolgt werden wird. —

— Die Mosk. Gouv. Zeitung berichtet: daß im Moskauschen Gouvernement, mit Ausnahme der Stadt Moskau vom 1. Januar bis zum 15. September d. J. 382 Feuersbrünste stattgefunden haben, wodurch außer Nebengebäuden 2190 Häuser abbrannten; der Werth derselben betrug 1.215.932 Rbl., von welcher Summe 209.336 Rbl. die Assecuranz-Compagnien zu ersetzen hatten.

**Kasan.** Die C. II. B. bringen eine ausführliche Correspondenz aus Kasan über die Verhältnisse der dortigen Universität. Dieselbe habe in der Hälfte dieses Jahres ein großer Streit beschäftigt, der damals durch alle Zeitungen gegangen sei, jedoch mit der Wissenschaft gar nichts, mit der Universität nur das gemein habe, daß er unter den Professoren geführt worden sei, und leider die Universität zweier ihrer tüchtigsten Mitglieder beraubt habe. Als rein persönliche Angelegenheit habe dieser Streit in Kasan natürlich das größte Interesse hervorgerufen und die ganze Gesellschaft der Stadt sich in zwei Parteien, der Mediciner und der Mathematiker, gespaltet. Jetzt sei Alles ruhig, man hoffe alles Mögliche vom neuen Universitätsstatut, ob dasselbe im Stande sein werde, auch Professoren für die vacanten Lehrstühle zu schaffen, müsse man abwarten.

Aus **Odessa** wird derselben Zeitung berichtet, daß die Aussicht auf die Eröffnung einer Universität eine Menge Studenten und auch Professoren nach Odessa gelockt habe, daß auch schon Alles zur Eröffnung vorbereitet gewesen sei: das Gymnasium habe das Gebäude des Lyceums verlassen und sich für 4500 Rbl. ein Quartier miethen müssen. Das Gebäude des Lyceums sei für 3000 Rbl. umgebaut und elegant meublirt worden. Da sei, nachdem alle Ausgaben gemacht worden, die Eröffnung hinausgeschoben und die Studenten hätten sich wiederum auf den Heimweg begeben; im Lyceum seien kaum 70 Studenten zurückgeblieben, und zwar nur aus Mangel an Reisegeld.

**Warschau.** Der „Dzienn. powsz." hält es für seine Pflicht, auf Grund officieller Berichte folgenden Fehler zu berichtigen: Der „Morning Herald" vom 5. Novb. n. St. und der „Dzienn. powsz." vom 4. (16.) November theilten mit, daß die Zahl der unglücklichen Opfer (der friedlichen Einwohner des Königr. Polen), welche von den Insurgentenbanden gehängt worden, 182 betragen habe. Zum allgemeinen Bedauern sind aber 821 Individuen getödtet worden. Aber auch diese Zahl ist nur annäherungsweise richtig, da die Getödteten erst später, oft nur zufällig, gefunden werden.

— Im Laufe des Juli Monats d. J. wurden nach China über Kiachta ausgeführt: russische Waaren im Betrage von 16.724 Rubel; ausländische für 90 Rbl., edle Metalle im Werthe von 110.866 Rbl., Creditbillete 65.163 Rbl.; eingeführt: chinesische und mongolische Waaren im Werthe von 231.163 Rbl., europäische für 23 Rbl., Credit-Billete 3000 Rbl.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 27./15. Novbr. Die officielle Bestätigung der unbedingten Ablehnung des Congresses durch England war gestern, wie versichert wird, hier noch nicht eingetroffen. Doch wird sie kaum mehr bezweifelt. Ueber die Verhandlungen, die diesem Schritte vorangingen und demselben zur Erklärung dienen werden, hört man, das englische Ministerium habe in an Cowley in Paris gerichteten Depeschen vier Vorbedingungen aufgestellt. In Paris fanden deßwegen Besprechungen Statt, die zu keiner Einigung führten. Darauf sei die Ablehnung beschlossen worden. Dies gilt so gut wie sicher. In die Zwischenzeit fällt indessen eine noch nicht ganz zuverlässig bekannte aber nach guten Quellen als richtig anzusehende Verhandlung wegen einer vorberathenden Conferenz an einem neutralen Orte, in Bezug auf welche Frankreich die Intervention des Königs der Belgier nachgesucht und, in so fern es sich um die Uebermittlung des Wunsches an einige Großmächte handelt, auch gewisser Maßen erhalten habe. In Wien soll man scheinbar und äußerlich einer solchen Vorberathung unter gewissen Voraussetzungen nicht abgeneigt gewesen sein. In London wäre anfänglich Palmerston für den Vorschlag gewesen, Russell dagegen, woraus Gerüchte über einen Ministerwechsel entstanden. Russell's Ansicht habe indessen obgesiegt, und England lehnt schließlich ab. In Brüssel behandelt man den auf die Vorberathung bezüglichen Zwischenfall mit Zurückhaltung, und hier ist, wie bemerkt, Zuverlässiges darüber allem Anscheine nach noch nicht bekannt. Es fragt sich nun, ob Frankreich sowol den Congreß-Vorschlag als den Gedanken der Vor-Conferenz in Folge der englischen Ablehnung gänzlich aufgegeben hat. Ein telegraphisch gemeldeter Artikel des Constitutionnel will wirklich die dänische Verwickelung für den Congreß verwerthen. Ob der Artikel aber ein Bedauern über das Mißlingen oder eine Hoffnung auf den Erfolg ausdrückt, ist aus dem Telegramm noch nicht zu ersehen. Die Ansicht, daß der Congreß den Herzogthümern zu Gute kommen würde, scheint uns sehr problematisch, wenn man bemerkt, daß Dänemark auf dem Congresse vertreten sein würde und Stimmeneinheit herrschen soll.

— In Frankfurt a. M. ist eine Depesche des Grafen Russell an den britischen Gesandten Malet in der schleswig-holsteinischen Frage eingetroffen und zur Kenntniß des Baron Kübeck so wie mehrerer Bundestagsgesandten gebracht worden. Dieselbe ist vom 24. Novbr. datirt. Wie man aus Frankfurt mittheilt, erklärt Graf Russel, daß er von den Schritten Kenntniß erhalten habe, welche in Frankfurt zur Unterstützung von Erbansprüchen des Erbprinzen von Augustenburg auf Holstein geschehen seien. Lord Russell beeile sich daher, den Gesandten von dem Standpuncte der englischen Regierung in dieser Angelegenheit in Kenntniß zu setzen. Dieser könne kein anderer sein, als treulich die Stipulationen des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852, nach welchen dem Könige Christian IX. von Dänemark das Erbrecht auf alle damals unter dem dänischen Scepter vereinigt gewesenen Lande zustehe, zu beobachten. Die englische Regierung erwarte, daß alle Mächte, welche diesen Vertrag unterzeichnet haben oder demselben beigetreten sind, dieselbe Politik verfolgen würden.

Vom **Oberrhein**, 27./15. Nov. Das matte Dementi der N. Allg. Ztg., daß dem preußischen Bundestags-Gesandten in Frankfurt keine Instructionen in dem Sinne ertheilt worden, daß der Augustenburger Linie wegen Unebenbürtigkeit kein Recht auf die Erbfolge zustehe, erinnert in Verbindung mit der Sprache der Kreuzzeitung über den Verzicht des Herzogs Christian von Augustenburg an einen Umstand, der für die Stellung des Ministeriums Bismarck zu den Ansprüchen der Augustenburger bezeichnend sein dürfte. Der vielleicht nicht Vielen bekannte Umstand ist kein anderer, als daß Herr v. Bismarck es gewesen, welcher seiner Zeit den Herzog Christian zu seinem Verzichte und dem Verkaufe seiner Güter drängte, als die Zögerung des Herzogs anderweitigen Arrangements im Wege war. Deshalb haben die Augustenburger von einem Ministerium Bismarck nichts zu erwarten.

**Frankfurt a. M.**, 28./16. Novbr. In der heutigen Sitzung des Bundestages beantragte das Präsidium, die Vollmacht des dänischen Gesandten den Ausschüssen zu überweisen. Hiergegen protestirte der dänische Gesandte. Der sächsische Bundestags-Gesandte ersuchte das

Präsidium, in Hinblick auf einen von ihm einzubringenden Antrag die Bundesversammlung zu fragen: ob einem Gesandten, dessen Vollmacht noch nicht angenommen, das Protocoll offen stehe? Die Bundesversammlung verneinte die Frage mit großer Majorität, nur 3 Stimmen stimmten für dieselbe. Der dänische Gesandte will hiergegen protestiren; das Präsidium verweigert dies und schließt die Sitzung. Eine neue Sitzung wird nach einer halben Stunde angesetzt. In derselben wurde der Antrag des Ausschusses: 1) die Führung der holsteinischen Stimme sei in der Bundesversammlung zur Zeit zu suspendiren; 2) hiervon sei dem dänischen Gesandten und dem Badischen Bundestags-Gesandten Mittheilung zu machen, mit bedeutender Majorität angenommen. Oesterreich und Preußen erklärten bei der Abstimmung, daß ihr Standpunct von dem Londoner Protocoll und den damit unzertrennlichen Verabredungen aus den Jahren 1851 und 1852 bedingt sei. Auf Lauenburg habe der König von Dänemark ein Recht. Hierauf wurde der Antrag Sachsens: „Ueber die Executionsfrage" eingebracht, lautend: „Es seien unverzüglich die nöthigen Anordnungen zu treffen, damit das für Holstein bestimmte Executionscorps mit der den Umständen entsprechenden Verstärkung in Holstein und Lauenburg einrücke, um diese Bundesländer bis zu dem Zeitpuncte besetzt zu halten, wo der Bund sich in der Lage sehen wird, dem von ihm als rechtsmäßig anerkannten Nachfolger in gedachten Herzogthümern letztgedachte Bundesländer zu eigner Verwaltung zu übergeben."

**Hannover**, 27./15. Novbr. Es ist bekannt, daß sich Hannover verpflichtet hatte, mit 3000 Mann neben einem Corps von 3000 Sachsen im Falle der Execution Holstein zu besetzen und eben so viel Truppen in Reserve zu halten. Nichts desto weniger weigerte es später, ohne preußische und österreichische Deckung die Truppen in Marsch zu setzen. Darauf erklärte sich Sachsen bereit, allein mit 6000 Mann die Execution auszuführen, wenn Hannover 6000 Mann als Reserve aufstellen wolle. Diesem Anerbieten ertheilte der Bund seine Zustimmung. Aber auch diesen Beschluß will unsere Regierung nur dann zur Ausführung bringen, wenn österreichische und preußische Truppen diesem Corps zur Seite gestellt werden. In Frankfurt schweben neue Unterhandlungen, um diesen Widerstand zu überwinden. Aus der Betheiligung an der Execution ist indessen nicht zu folgern, daß unsere Regierung geneigt sei, die Erbansprüche des Herzogs von Augustenburg anzuerkennen. Hannover ist dem Londoner Vertrage beigetreten und wird bei seiner maritimen Lage nicht Willens sein, die Differenz mit Dänemark durch die Unterstützung des Herzogs von Augustenburg zu steigern.

**Wien**, 26./14. Novbr. Die Hoffnung, daß unser Abgeordneten-Haus die Initiative ergreifen und für die Nothwendigkeit einer deutschnationalen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage einstehen werde, hat sich als nicht begründet erwiesen, da die Majorität, wie sich dies gelegentlich einer gestern Abend statt gehabten Besprechung unzweideutig herausstellte, die Politik, welche Graf Rechberg befolgt, für durchaus correct hält und namentlich den Grundsatz vertritt, daß der Weg der diplomatischen Vermittlung nicht verlassen werden dürfe. Wenn sich nun auch das Abgeordneten-Haus zu keiner Manifestation zu Gunsten der Rechte Schleswig-Holsteins entscheiden kann, so steht eine solche doch von Seiten der hiesigen Bevölkerung, und zwar schon im Laufe der nächsten Tage zu erwarten. Die gestrige Sitzung des Abgeordneten-Hauses war hauptsächlich darum von Interesse, weil bei dieser Gelegenheit zum ersten Male, und zwar von zwei verschiedenen Seiten, das Geständniß der Unfruchtbarkeit des Hauses, der Vertrauenslosigkeit der Bevölkerung in dasselbe und der ernsten Stimmung gegenüber demselben abgelegt wurde. Am prägnantesten sprach sich Schindler aus, welcher als Berichterstatter das Institut des Staatsrathes scharf angriff und ihm zum größten Theile die Schuld beimaß, „daß während dreier Friedensjahre nichts geschehen sei." — Die officielle Prager Zeitung läßt ihren officiellen Wiener Correspondenten die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg, jetzigen Herzogs von Schleswig-Holstein, vollständig in Abrede stellen und dann fortfahren: „Wie dem aber auch sei, Eins ist sicher, und das ist, daß, wenn etwa versucht werden sollte, eine Entscheidung auf dem Wege des Freischaarenthums herbeizuführen, und wenn etwa die eine oder die andere Regierung nicht den Willen oder die Kraft haben sollte, sich dem zu widersetzen, wenigstens die größeren Regierungen schon jetzt fest entschlossen sind, den tumultuarischen Proceß einer früheren Periode nicht zum zweiten Male zu dulden."

## Dänemark.

**Kopenhagen**, 24./12. Nov. Der Magdeburger Zeitung wird von hier geschrieben: „Die Nachrichten aus Deutschland, namentlich die über die Vorgänge in Frankfurt, haben hier, wie begreiflich, eine nicht geringe Sensation gemacht. Faedrelandet glaubt, daß der von Oesterreich und Preußen beantragte Protest gegen den von dem Protocollprinzen ausgeführten Bruch der Vereinbarung von 1852 im Grunde nichts weiter bewecke, als auf einem Umwege das Londoner Protocoll umzustoßen. Die Regierung selbst soll, wie ich höre, sehr ungünstige Nachrichten empfangen und von dem englischen Staatssecretär offene Vorwürfe über ihr ganzes bisheriges Vorgehen erhalten haben. Nach der Ansicht des großbritannischen Staatssecretärs würde die dänische Regierung, wenn sie rechtzeitig genügende Concessionen gemacht hätte, das Land haben pacificiren können. Noch jetzt, soll Lord Russell erklärt haben, müsse das Aeußerste geschehen, um die Herzogthümer wo möglich zu versöhnen. In Folge dieser Rathschläge des englischen Cabinets soll man bei Hofe zu dem Entschlusse gekommen sein, den Baron v. Scheel-Plessen zu berufen, um sich mit ihm darüber zu benehmen, ob und unter welchen Bedingungen eine Ausgleichung zu ermöglichen wäre."

## Großbritannien.

**London**, 27./15. Nov. In der deutsch-dänischen Frage identificirt heute die Times Deutschland mit Preußen. Wenn auch, meint sie, andere deutsche Staaten prahlen und drohen möchten, so würden doch selbst Hannover und Sachsen, welche mit der Bundes-Execution betraut seien, nicht eher zur Zerstückelung der dänischen Monarchie schreiten, als bis sie von Berlin aus das Commando erhalten hätten. Deshalb müsse man seine Blicke nach Berlin richten, wenn man den Stand der Sache kennen lernen wolle. Die Times verlangt von Preußen, daß, falls es sich vom Londoner Protocoll lossagen sollte, es die Gründe angebe, „weßhalb seiner Ansicht nach die Erbfolge, welche im Jahre 1852 zweckmäßig und dem Frieden Europa's förderlich war, jetzt ein Unglück ist; daß es uns sage, was sich mittlerweile zugetragen hat, wodurch die Ansprüche des Prinzen Christian nichtig geworden sind, und wie es kommt, daß die Rechte des Hauses Augustenburg, auf welche der Herzog feierlich verzichtete und welche der verstorbene König von Preußen als für immer beseitigt erklärte, jetzt auf einmal so heilig sind, daß vor ihnen ein von der ganzen europäischen Staaten-Gemeinschaft sanctionirter Titel zurücktreten muß. . . . Wenn der König Friedrich VII. in irgend einer Weise seine gegen Preußen eingegangenen Verbindlichkeiten verletzt hatte, so bestand das richtige Abhülfemittel zuerst in Beschwerdeführung und dann im Kriege; aber Preußen hat durchaus kein Recht, zu sagen, daß ein von Friedrich VII. begangenes Unrecht seinen rechtmäßigen (legal) Nachfolger beseitigen soll. Das Aeußerste, was die preußische Regierung verlangen kann, ist das, was sie von dem verstorbenen Könige verlangen konnte, nämlich daß, wenn Unrecht gegen die Rechte des deutschen Bundes verübt worden ist, dasselbe wieder gut gemacht werden soll. Es würde fürwahr ein neues und seltsames Princip sein, daß, wenn eine Regierung eine Dynastie anerkennt, sie das unter der Bedingung thut, daß kein regierendes Mitglied dieser Dynastie je eine Handlung internationalen Unrechts begehe, und daß, wenn eine solche Handlung je vorkomme, die Anerkennung von vorn herein null und nichtig sei. Ein solches bedingtes Element in den Beziehungen der Staaten ist etwas ganz Unerhörtes." Es folgen nun die gewöhnlichen beliebten Rheingränze-Drohungen, und dann schließt die Times unter Bezugnahme auf das Patent vom 30. März mit den Worten: „Wenn in diesem Falle der König von Dänemark sich eine Gewalt anmaßte, welche ihm nicht zukam, so steht es in der Macht des neuen Königs, die Proclamation seines Vorgängers zu widerrufen. Sollte er auf solche Weise eine Bereitwilligkeit zeigen, die ihm obliegenden Bundespflichten zu erfüllen, so wird er den Unterzeichnern des Vertrages von 1852 jeden Vorwand zur Verletzung seiner Rechte nehmen."

## Frankreich.

**Paris**, 27./15. Novbr. Die Congreß-Aussichten sind ins letzte Mondviertel eingetreten, und bald wird der Neumond folgen. Graf Rechberg hüllt sich noch in das Schweigen der Verlegenheit, während Fürst Gortschakow, seiner Rolle als Spaßvogel treu, erklärt hat, wenn's zum Verhandeln kommen sollte, so erwarte er, daß man historisch verfahre und erst alle älteren europäischen Fragen abwickele, bevor man sich in die polnische Sache einlasse. Die France, welche bisher die Rolle des Hoffnungsvollen in Congreßsachen hatte, ist denn auch heute sehr verblüfft und beschäftigt sich vorzugsweise mit der Reorganisation der Gestüte, und versichert, daß aus den Berichten des Generals Fleury erhelle, wie sehr das Vertrauen der Pferdezüchter auf die Verwaltung der kaiserlichen Gestüte sich befestigt habe. Auch der Moniteur ist heute vorzugsweise Stallmeister, indem er Fleury's Bericht, den die France bespricht, vollständig der Oeffentlichkeit übergiebt. Vor und hinter diesem Actenstücke figurirt Dänemark, und es wird versichert, daß in Kopenhagen großer Jubel herrsche. Nebenbei ergeht der Moniteur sich in tiefsinnigen Betrachtungen über japanische Geschichte, um zu beweisen, daß alle diejenigen, welche die japanischen Zustände mit denen des europäischen Mittelalters verglichen, im dicken Irrthume säßen. Das „System der unglaublichen Spionirerei", von welchem der Moniteur spricht, ist allerdings nicht mittelalterlich, und man sollte fast glauben, ein Japaner sei bei der Errichtung dieses Institutes im französischen Kaiserreiche thätig gewesen. Auch belehrt der Moniteur, welche Lasten ein gut policirtes Volk tragen kann. Der Fürst von Kanga bezieht von seinen Unterthanen 19.228.500 Fr. jährlich und „es giebt in Japan wenige Fürsten, die nicht mindestens eine halbe Million zu verzehren haben; diese Einnahmen sind aber durch specielle Auflagen und anderweitige Erpressungen noch in Kriegszeiten einer starken Steigung fähig." Höchst merkwürdig sind auch die Gehalte der hohen Beamten des Taikun, indem, laut dem Moniteur, ein Admiral bloß 980 Fr. Sold bezieht, dagegen der Bürgermeister von Yeddo 48.000 Fr. und der Beamte, der in heraldischen Fragen das letzte Wort spricht, 62.000 Fr.; ein General erster Classe bezieht 144.000 Fr. Löhnung, woraus der Moniteur schließt, daß die Flotte wenig in Ehren steht. Während der Moniteur japanische Zustände docirt, predigt Emil Girardin in der „Presse" das russisch-französische Bündniß und die Absagung von der Allianz mit dem perfiden Albion, und die Pariser wollen wissen, der feurige Russophile werde gleichzeitig mit Baron Budberg aus Hoflager von Compiegne befohlen werden, um mit diesem das Weitere bei ländlicher Ruhe mit Muße beim Kaiser zu betreiben. Es ist schwer, auf die jetzige Haltung der französischen Presse keine Satyre zu schreiben.

— Fould's lang erwarteter Finanzbericht für 1864 kommt so langsam heran, wie ein schweres Gewitter am Horizont heraufzieht. Unter den Ausgaben prangt die Expedition nach Mexico bloß mit 280 Millionen. Im vorigen Jahre figurirte dieser geniale Gedanke der Kaiserin Eugenie und des mexicanischen Paters Miranda mit runden 80 Millionen, macht 360 Millionen, und was die Expedition im glücklichen dritten Jahre kostet, wird die Rechnung für die Errichtung eines Kaiserthums in der neuen Welt mindestens auf eine halbe Milliarde bringen. Und was wird Mexico einmal kosten, wenn die rothen Garde-Uniformen ausgepackt werden, welche der neue Kaiser den mexicanischen Dons mitbringt! Die mexicanische Frage hat nur einen Fehler, sie sollte eine harmlose Unterhaltung für die Abenteuer-Ader der Franzosen sein, und nun droht sie zur spanischen Angelegenheit des zweiten Kaiserthums zu werden. Auch Algerien hat unter der Juli-Dynastie schmählich viel gekostet, es wurde aber doch zu einer guten Kriegsschule und kann mit der Zeit auch etwas einbringen; doch in Mexico blüht den Franzosen keine Ruhe, denn dort muß jeder Erfolg mit klingender Münze aufgewogen werden. Das Anlehen also wird kommen. Herr Fould ist aus diesem Grunde nach Compiègne berufen worden. Der Kaiser erkennt die Nothwendigkeit einer Anleihe an, will aber doch zuvor die Ansicht des Ministerrathes anhören, der auf Montag zusammenberufen ist.

## Neuere Nachrichten.

**Gotha**, 28./16. Novbr. Zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen für die schleswig-holsteinische Sache ist in der Privatbank zu Gotha eine schleswig-holsteinische Hauptcasse errichtet worden, deren Einnahmen für Landeszwecke, vornehmlich militärische Zwecke, verwendet werden sollen. Diese Casse wird unter Verantwortlichkeit verwaltet und findet seiner Zeit öffentliche Rechnungsablegung statt.

**Paris.** Die Patrie dementirt das Gerücht, dem zufolge Baron v. Budberg sich in der vierten Reihe der nach Compiègne Eingeladenen befindet. Bis jetzt sei Baron v. Budberg nicht eingeladen worden. Der Nord bestätigt, daß Baron v. Budberg keine Aussicht dazu hat.

**Turin**, 27./15. Novbr. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten erklärte der Finanzminister, Herr Minghetti, die in Folge des italienisch-französischen Vertrages zu erwartende Abnahme der öffentlichen Renten werde sich voraussichtlich im ersten Jahre auf 1.000.000 Fr. belaufen; doch werde das Deficit bald verschwinden.

**Madrid**, 27./15. Novbr. Ein Brief aus San Domingo schätzt die Zahl der unter den Waffen stehenden Insurgenten auf 14.000 Mann. Die Nachrichten aus Cuba lauten beunruhigend. Die Bank zögerte mit der Baarzahlung für Billete.

**Triest**, 27./15. Novbr. In Konstantinopel sind tscherkessische Abgeordnete angekommen, welche die west-europäischen Hauptstädte besuchen und Unterstützung für ihre Landsleute im Kampfe gegen die Russen begehren wollen. Die Gesandten Englands und Frankreichs in Athen, haben dem Könige Georg ihre Beglaubigungsschreiben überreicht. Der französische Gesandte überreichte außerdem einen eigenhändigen Brief des Kaisers Napoleon. Die griechische National-Versammlung hat einen Beschluß gefaßt, welchem zufolge es verboten ist, vor Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren einen auf Rehabilitirung der sechs Minister des Königs Otto abzielenden Antrag einzubringen.

### (Eingesandt.)

Gestern hatten wir das Vergnügen Fräul. Edenska in der Aula zu hören. Die Stücke waren gut gewählt für die Stimme der Concertgeberin, obgleich wir dem uns überall verfolgenden il baccio auch hier nicht entgehen konnten. Die Art und Weise des Vortrags aber half uns auch Dieses ertragen. Wir erwarteten mit Ungeduld das Ende, um durch unsern Applaus uns noch ein anderes Stück als Extrazugabe zu verschaffen, wurden aber unangenehm enttäuscht, als das verhängnißvolle il baccio von Neuem begann. Die Stimme des Frl. Edenska ist rein, kräftig, voll, sanft, rund, von dem angenehmsten timbre, mit einem Worte, prachtvoll — zwischen dem tiefen und hohen C, — den hohen d, e, f, von fis, g wollen wir schon gar nicht sprechen, fehlen diese Eigenschaften, freilich sind sie dafür etwas schreiend. Man sagt Frl. Edenska habe noch tiefere Töne als C, wir aber sind darüber im Zweifel geblieben. Die Vorzüge ihres Gesangs lassen uns indessen die Mängel desselben leicht übersehen, um so mehr als Frl. Edenska die Kunst besitzt erstere hervortreten zu lassen, letztere zu verhüllen. Wir dürfen nicht unterlassen noch zu bemerken, daß der Ausdruck der Sängerin gefühlvoll aber einfach war, und nicht durch Effecthascherei überladen, was sonst ein so häufiger Fehler der Solokünstler ist. Besonders fühlen wir uns veranlaßt der Concertgeberin unsern Dank auszusprechen für den Kunstgenuß, den sie uns durch die Arie von Beethoven gewährt hat, um so mehr da wir diese prachtvolle Musik hier noch nicht gehört haben. Auch das Universitätsclavier hüllte sich diesesmal nicht in sein mystisches Schweigen. Wir hoffen, daß uns Frl. Edenska noch in einem zweiten Concert, das vielleicht noch ganz besonders durch die Abwesenheit des il baccio brilliren dürfte, Gelegenheit geben wird, sie zu bewundern. A. W. —

## Witterungsbeobachtungen.

21. Novbr., A. St. (3. Decbr.)

| | Barom. 0° R. Parif. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 336,18 | + 1,08 | − 4,4 | SO | Heiter (0) |
| 2 U. | 335,23 | + 0,09 | − 1,4 | $SO_2$ | Heiter (0) |
| 11 U. | 334,63 | − 0,57 | − 3,2 | $O_2$ | Heiter (0) |
| Mittel | 335,60 | | − 2,97 | | (0) |

Die Temperatur ist 0,53 unter dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 4,40 im J. 1841, kleinste — 14,45 im J. 1855. Im Mittel ist die Temperatur wolkenloser Tage im Decbr. sehr nahe — 12°, also 9° tiefer als an diesem Tage, ein Beweis, daß die Atmosphäre bis zu großer Entfernung noch warm ist. Am Abende lebhaftes Funkeln der Sterne.

№ 636. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 22. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Im Verlage von **E. J. Karow** in Dorpat und Fellin erschien:

Neuer

**Dorpater Kalender**

für das Schaltjahr

**1864.**

Preis geheftet und der Kalender mit Papier durchschossen 25 Kop.

**Inhalt.**

**Kalendarium.** Erläuterungen Erklärung der Zeichen der Sternbilder. Die Planeten und Planetoiden. Zeitrechnung. Ostertabelle. Finsternisse. Die 4 Jahreszeiten, die 4 Quatember und die kirchliche Jahresrechnung. Monatskalender. Datumzeiger für 1864. Verzeichniß der Kirchen- und Staats-Feste.

Die jetzigen europäischen Regenten ꝛc. Baltische Emigranten von J. Eckardt. Der alte Link. Unsere practische Seite. Die geistreichen Frauen. Gewerbelied. Räthsel. Seidenhüte.

Verzeichniß der Jahrmärkte in Livland. Correspondenz-Annahme im Dorpater Post-Comptoir. Ankunft und Abgang der Posten in Dorpat. Preise der Plätze in der Postkutsche. Ankunft und Abgang der Posten in Pernau. Ankunft und Abgang der Posten in Fellin. Livländische Diligence. Diligence zwischen Dorpat — Werro — Pleskau. Taxe des Gewichtgeldes für Briefe und Päckchen. Taxe der Assecuranzsteuer für Geld- und Werthsendungen. Ueber die Stempel-Couverts. Ueber Postmarken. Taxe des Porto für ausländische Briefe. Poststationen und deren Entfernungen. Fahrpreise und Entfernungen sämmtlicher inländ. und einiger ausländ. Eisenbahnen. Telegraphenstation zu Dorpat. Stempelpapier und Preise desselben. Beamte, Behörden und Anstalten in Dorpat.

**Bürgermusse.**

Sonnabend, den 23. Novbr. **Maskenball.** Anfang 6 Uhr. Das Directorium.

**Um zu räumen**

werden von Freitag den 22. November ab verschiedene **Manufacturwaaren** zu herabgesetzten Preisen verkauft.

**Gebrd. Bärtels.**

(Eingang von der Ritterstrasse durch den Flur.

Im Verlage von Nelte, Böltje & Co. in Berlin erschien:

**Germania.**

**Bibliothek deutscher Original-Belletristik.**

Preis der Lieferung von vier Druckbogen nur 12 Kop.

Die Früchte deutschen Geistes und deutschen Fleißes auf dem Felde der Belletristik zu einem billigen Preise der ganzen Nation theilhaftig zu machen ist der Zweck dieser Bibliothek.

Die ersten Hefte des Werkes sind in der Buchhandlung von

**E. J. Karow** in **Dorpat**

vorräthig, woselbst auch ausführliche Prospecte gratis zu haben sind.

Viel zum Lachen für wenig Geld,

**155, 151 u. 152 Anekdoten für nur je 12 Kop.!**

Neu erschien:

**Anekdoten-Regen,** oder: Spaß über Spaß. Für ausgelassene Leute. Erster Guß: 155 Anekdoten; Zweiter Guß: 151 und Dritter Guß: 152 Anekdoten. Jeder Guß mit illustrirtem Umschlag in Farbendruck und geheftet. Preis des Heftes 12 Kop.

Vorräthig bei **E. J. Karow.**

Wegen eingetretener Krankheit müssen die

**dramatischen Vorlesungen**

bis auf Weiteres unterbleiben. **Hütter.**

Bei **E. J. Karow** in Dorpat und Fellin sind zu billigen Preisen zu haben:

Eine **große Anzahl** der **Dissertationen,** welche seit Gründung der Universität in **Dorpat** gedruckt sind.

Die vorzüglichsten **Concert-** und **Cabinet-Flügel** stehen bei Unterzeichnetem zum Verkauf und mache ich zugleich bekannt, daß bei mir auch gebrauchte Instrumente in Austausch gegen neue angenommen werden.

**R. W. Koch,**

Im Hause des Herrn v. Köhler.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich im ehemals Bürgermeister **Stähr**schen **Hause** (gegenüber der Laakmannschen Buchdruckerei) ein **Verkaufslocal,** zum **stoofweisen** Verkauf verschiedener Gattungen **feiner Branntweine, Liqueure, Rum, Balsam,** sowie **Bier** und **Meth** in Flaschen eröffnet habe. ***F. G. Faure.***

Eine große Wagenremise, wie auch ein sehr trockener Keller, sind zu vermiethen im Mesterschen Hause, in der Nähe der Universität.

Die geehrten Leser werden besonders aufmerksam gemacht auf den der heutigen Nummer beigelegten ausführlichen Prospect von **Mädler populärer Astronomie.** 5. Aufl.

№ 272. Sonnabend, den 23. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag von E. J. Karow, Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat: Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post: Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. XI. Pernau: Adresse Fennernscher Esten. Reval: Synode. St. Petersburg: Controletische für die Getränkesteuer.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Die Turnerschaft. Preußen und Oesterreich gegen Holstein. Triest: Mexicanische Angelegenheit. — Großbritannien. London: Englische und französische Depeschen. — Frankreich. Paris: Geschichtsunterricht. Opposition. Holsteinische Frage. — Italien. Eine Million Musketen.
**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**
**Revolutionsplan Mieroslawski's. II — Der St. Katharinentag. — Vermischtes. — Locales.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 23. Novbr. Bereits bei Betrachtung der estländischen Steuerverfassung haben wir die Verhältnisse dargestellt, welche die Quartircasse der Stadt Reval in dringende Verlegenheit brachten, so daß sie sich zuletzt außer Stande sah, ihr Deficit aus städtischen Mitteln zu decken. Auch wie dabei die Landschaft in Mitleidenschaft gezogen wurde, ist bereits hinreichend erörtert worden. Es sind nunmehr die Mittel und Wege, durch welche man sich beiderseits aus der unhaltbaren Lage zu ziehen versuchte, ins Auge zu fassen.

Unter den Anträgen, welche im November 1859 vom Ritterschafthauptmann an den Ritterschaftsausschuß gebracht wurden, spielte die Frage von den Quartir-Angelegenheiten eine hervorragende Rolle. Es wurde referirt, wie durch die unzureichende Erfüllung der Quartir-Obliegenheiten Revals der Minister genöthigt gewesen, den augenblicklichen Bedarf aus der allgemeinen Steuer-Casse der anderen Gouvernements zu decken. Reval hatte somit aufgehört, seine Obliegenheiten unabhängig zu erfüllen und mußte — wenn es so fortging — den Reichsprästanden zufallen. Der Minister hatte als einzig übrigbleibenden Ausweg angedeutet, das Deficit in der Quartirkammer durch ritterschaftliche Steuern zu decken.

Die Ritterschaft sah sich nun darauf angewiesen, Uebel und Auskunftsmittel an einander zu messen. Ihre Selbstverwaltung war durch das Uebel zwar bedroht, durch das Mittel aber, wenn es einfach adoptirt wurde, in einem Theile schon beseitigt, denn es bürdete dem Lande eine unberechenbare Last auf, deren Maaß künftig von dem Verbrauche und der Verwaltung der Revalschen Quartirkammer abhängen mußte.

Es fragte sich zunächst, ob die Ritterschaft sich zu der Angelegenheit rein localrechtlich, oder politisch verhalten sollte. Der Ritterschafthauptmann setzte die Gründe auseinander, welche eine passiv-abwehrende Stellung, wie sie dem ausschließlich localrechtlichen Standpuncte entsprach, nicht räthlich erscheinen ließen.

Offenbar mußte es schon von vornherein schwer fallen, der Regierung als unwandelbaren Grundsatz für die Zukunft annehmbar zu machen, daß Landschaft und Stadt in Bezug auf Obliegenheiten stets wie gesonderte Gouvernements zu behandeln wären, denn für das Reich war man einer entgegengesetzten Auffassung gewohnt. Mochte man aber selbst hoffen, daß die Regierung den alten, provinciellen Grundsatz gelten ließe, in jedem Falle mußte der Stadt geholfen werden und, wenn sich die Ritterschaft dabei nicht zu betheiligen hatte, so konnte geholfen werden, je nachdem das Deficit durch fehlerhafte innere Organisation oder durch zu große, äußere Ansprüche entstanden war, nur dadurch, daß entweder das städtische Innere reorganisirt oder Hilfe von außen gewährt wurde.

Im ersten Falle entstand die Frage, wem die Reorganisation mit Erfolg könnte übertragen werden? Seit Jahren hatte zu diesem Zwecke in Reval eine Commission gesessen, ohne die Sache zu fördern; es schien somit nicht, als ob die Stadt es zu Stande bringen würde und leicht bliebe dann nichts anders übrig, als Beamte damit zu beauftragen. Die Staats-Regierung aber könnte bei einer Neuorganisation der Revalschen Obliegenheiten nur dieselben Grundsätze befolgen, welche sie anderweitig für gut befunden. Dies müßte um so mehr geschehen, weil damit zugleich für den zweiten Fall — für den Bedarf auswärtigen Zuschusses — gesorgt wäre: Reval würde somit, auch wenn die estländische Landschaft bei ihrer hergebrachten Ordnung verbleiben dürfte, zu den Reichsprästanden hinzugezogen werden.

Nun aber könnten alsdann die Vertreter der Reichssteuer-Casse meinen, nachdem sie denjenigen Theil von Estland übernommen, in welchem sich das Deficit wiederholt eingestellt, auch den andern bessern Theil hinzuziehen zu müssen, da es unbillig wäre, aus den Ueberschüssen der andern Gouvernements allein, ohne Betheiligung des nächstgelegenen, den in Reval erforderlichen Zuschuß zu gewähren. Ueberdies läge es nahe, die dann zur Einhebung der Reichssteuern in Reval bestehenden Einrichtungen auch für die Landschaft zu benutzen. So daß der Eintritt Revals in das Reichssystem den Eintritt der Landschaft nach sich ziehen dürfte.

Es blieb daher keine Wahl, als entweder in das System der Reichsprästanden zu gerathen, oder für die Quartir-Obliegenheiten Revals und der Ritterschaft eine gemeinsame corporative Betheiligung zu schaffen; nur unter der letzteren Bedingung konnte die Landschaft ihre eigne corporative Selbstverwaltung davor retten, untergraben zu werden.

In dieser Richtung aber führten zunächst zwei sehr verschiedene Wege. Der eine gegen die städtische Autonomie gerichtet, der andere im Einvernehmen mit ihr.

Der erste Weg läßt sich in Kürze so bezeichnen: die Ritterschaft entwirft ein Project, welches die Erfüllung der Quartir-Obliegenheiten ohne Beanspruchung der allgemeinen Reichsmittel auf solide Weise sicher stellt, und bringt es zur Bestätigung an die Regierung. Das Wesen dieses Vorschlags bestände darin, daß die Ritterschaft die Erfüllung sämmtlicher Quartir-Obliegenheiten des ganzen Gouvernements auf sich nimmt, und somit der Regierung alle wünschenswerthe Sicherheit und Leichtigkeit in den Anordnungen, die diesen Verwaltungszweig betreffen, bietet. Die Stadt Reval würde alle Mittel, die sie zur Deckung der Quartir-Obliegenheiten aus andern Quellen, als aus der Grundsteuer bezieht, in ihrem gesetzlichen Betrage der Ritterschaft übergeben; außerdem würde von allen städtischen Immobilien ein feststehender Procentsatz (nicht über 1½% vom Werthe) zu der ritterschaftlichen Quartir-Casse gezahlt werden. Zur Ermittelung des Werthes der Immobilien, der möglichst genau dem wirklichen bei Verkäufen zur Geltung kommenden Preise müßte angenähert werden, würde sich eine Commission aus Geschworenen bilden, zur Hälfte von den Grundbesitzern der Stadt, zur Hälfte von der Ritterschaft gebildet. Die Aufgabe dieser Commission würde durch Anfertigung von detaillirten durch den Druck zu veröffentlichenden Steuerrollen über alle städtischen Immobilien erledigt werden und alle drei Jahre unterläge diese Steuerrolle einer genauen Revision durch jene Commission. In Folge dessen müßte gebildet werden: 1) eine ritterschaftliche Bequartirungsbehörde mit selbständiger Cassa-Verwaltung unter Vorsitz des Ritterschafthauptmanns und unter derselben Controle, welcher die Ritter-Casse unterworfen ist; 2) eine gemischte Cataster-Behörde unter Vorsitz des Cameralhof-Präsidenten. — Ein solches Project könnte deshalb mit einiger Aussicht auf Erfolg vertreten werden, weil der Staats-Regierung kaum eine einfachere und zuverlässigere Einrichtung geboten werden könnte; auch würde dadurch selbstverständlich die Bedeutung der ritterschaftlichen Corporation außerordentlich gesteigert. Allein nicht nur übernähme die Ritterschaft, indem sie so über die Grenzen der Selbstverwaltung hinausschritte, ein beschwerliches, sondern auch gewiß undankbares Geschäft, da die Stadt einer solchen Einrichtung von Hause aus mit allen Kräften widerstreben müßte und sicherlich auch würde.

So bliebe, da der erste Weg verworfen werden muß, wenn es sonst keinen Ausweg giebt, nur noch der zweite übrig und vor der Bedrückung eines autonomen Systems durch ein anderes verdiente gewiß den Vorzug eine mit der Stadt gemeinsame corporative Verwaltung des Quartirwesens. So verschieden die Modalitäten dieser Verbindung gedacht werden mögen, mehr oder weniger setzen sie zweierlei voraus: 1) eine gleichmäßige Behandlung der Quartirlast in Stadt und Land; 2) ein gemeinsames Steuer-Object. Ersteres wäre leicht zu erreichen, wenn auch auf dem Lande die Einquartirung nicht mehr als ganz locale Natural-Prästande angesehen, sondern aus der gemeinsamen Bequartirungs-Cassa bezahlt würde. Aeußerst schwierig aber ist es, ein gemeinsames Steuer-Object für Stadt und Land zu Grunde zu legen. Man könnte daran denken, das ritterschaftliche Stadt-Territorium für einen Antheil Revals zu erklären — etwa für 1/6 — und demgemäß die Ritterschaft bei der Quartir-Obliegenheit Revals betheiligen. Doch da bereits alle steuerbaren Grundstücke des Dom-Territoriums zur Quartirkammer beitragen — ferner die Ritterschaft eine viel geringere Bedeutung als die Stadt in dieser Angelegenheit gewinnen würde, so würde das städtische Quartirwesen nicht

wesentlich anders gestaltet sein, als bisher. Städtische und landschaftliche Immobilien auf gleichartige Steuer-Einheiten zurückzuführen, scheint ganz unmöglich; die Grundsteuer dürfte daher in diesem Falle kaum anzuwenden sein. Ein gemeinsames Steuer-Object giebt es aber für Stadt und Land, das überdies mit der Einquartirung im Zusammenhange steht: der verkrügte Branntwein. Die Einhebung einer Consumtionssteuer von diesem Branntwein wäre in der Stadt mit keiner Schwierigkeit verbunden, und ließe sich auch auf dem Lande durchsetzen, wenn man ihren Betrag für die einzelnen Krüge auf Durchschnittszahlen für einige Zeit fixirte. Die Stadt Reval würde auf einen solchen Vorschlag gern eingehen und zu einer gemeinsamen Verwaltung des Quartirwesens die Hand bieten, sobald die erforderlichen Zuschüsse aus der bezeichneten Quelle bezogen werden könnten. Ritterschaft und Stadt würden gleichmäßig mit der äußersten Anstrengung für die Aufrechterhaltung corporativer Steuer-Verwaltung zusammenwirken und ihr eine möglichst lange Dauer zu sichern streben. Eine gemeinsame Quartirbehörde könnte, etwa unter dem Vorsitze des Ritterschafthauptmanns, die ganze Verwaltung auf sich nehmen. — Dennoch vermochte der Ritterschafthauptmann auch diesen Modus nicht zu empfehlen. Wurde auch dabei die Bedeutung der Ritterschaft gesichert, ja in Bezug auf städtische Angelegenheiten gesteigert, so mußte die Ritterschaft doch künftig nicht nur materiell, mehr als bisher, im Nachtheil sein, sondern noch viel schlimmere Folgen konnten daraus erwachsen, wenn sie selbst das bisher mit Beharrlichkeit verfochtene Princip strenger Scheidung der Obliegenheiten von Stadt und Landschaft aufgab, ein Schritt, dessen Consequenzen vorauszusehen, als unmöglich erschien.

Zur Vermeidung dieser Gefahr und mancher anderer Schwierigkeiten zeigte sich endlich ein letztes Auskunftsmittel, welches der Ritterschaft möglich machte, ihren bisher in der Steuerfrage eingenommenen Standpunkt zu behaupten, gleichzeitig aber die vorhandenen Mißstände beseitigt zu sehen. Der Hauptsache nach könnte nämlich die bisherige Scheidung der Obliegenheiten von Stadt und Landschaft beibehalten werden, und nur in beschränkter Weise und im besondern Falle träte ein Zusammenwirken ein, ohne die selbständige Steuerumlage irgend zu alteriren: die städtische Quartirkammer verbliebe in ihren seitherigen Functionen, allein ihr zur Seite träte eine gemeinschaftliche Zuschuß-Commission, zugleich als berathende Control- und Vorbereitungs-Commission, bestehend unter dem Präsidium des Ritterschafthauptmanns und dem Vice-Präsidium des Bürgermeisters aus einer gleichen Anzahl städtischer und ritterschaftlicher Glieder. Diese Commission wäre berechtigt, die Verwendung der städtischen Steuermittel jederzeit einer genauen nicht nur sachlichen, sondern auch administrativ-ökonomischen Controle zu unterziehen; ebenso verpflichtet, die Interessen der Steuerpflichtigen gegenüber der höhern Obrigkeit sowol, als nach außen zu vertreten. Es konnte angenommen werden, daß die Besteuerung der städtischen Immobilien zu gewöhnlicher Zeit nicht 1 % von dem wirklichen Werth übersteigen dürfte: in Kriegszeiten mochte die Zuschuß-Commission diese Steuer nach Umständen um ½ % erhöhen; was sich dann etwa weiter noch an Kurzschuß ergeben sollte, hätten zur Hälfte die Stadt, zur andern Hälfte die Landschaft zuzuschießen; in welcher Weise aber die beiden Corporationen diesen Zuschuß aufbrächten, hinge lediglich von dem Ermessen jeder für sich ab. — Durch die Wirksamkeit der projectirten Commission würde eine Garantie gegen die Beanspruchung der Reichsmittel gewonnen, ebenso — woran es der Quartir-Verwaltung seither zum großen Nachtheil ihrer Finanzen gefehlt hat — eine nachdrückliche Vertretung ihrer Interessen nach außen hin; endlich eine Controle ihrer Operationen, bei der sich Ritterschaft und Bürgerschaft in demselben Verhältnisse betheiligen, in welchem sie den etwaigen Kurzschuß zu decken haben. Auch die Staatsregierung dürfte sich mit solchen Maaßregeln befriedigt erklären und die autonomen Verfassungen der Provinz wären vor Anfechtungen wenigstens von dieser Seite fürs erste gesichert.

Das waren die Anträge, welche der Ritterschafthauptmann an den Ritterschaftlichen Ausschuß brachte. Er wies sodann noch darauf hin, daß die Stadt beabsichtige bei Gelegenheit einer neuen Catastrirung ihrer Immobilien die seither abgabenfrei gewesenen Häuser der Magistratsglieder mit hineinzuziehen und den damit ausfallenden pars salarii aus andern Stadtmitteln zu ersetzen; dabei dürfte es dann zweckmäßig erscheinen, daß auch Seitens der Ritterschaft mit den adligen Dom-Hausbesitzern verhandelt würde, unter welchen Entschädigungen sie auch ihrerseits auf die Steuerfreiheit verzichten wollten. Diese Entschädigung müßte einen so großen Betrag haben, daß kein Einzelner in seinen wolerworbenen Rechten eine Beeinträchtigung erführe. Andrerseits aber dürfte nicht aus den Augen verloren werden, daß dieses Privilegium den allgemeinen Steuergrundsätzen nach als Ausnahme da stehe und daher den Angriffen in höherm Grade ausgesetzt sei, sobald im übrigen Reval alle derartigen Ausnahmen wegfielen. Ferner wäre noch zu erwägen, wie die seither von den Bauerschaften getragene Quartirkammersteuer in Zukunft behandelt werden müßte.

Endlich erbat er Entscheidung, ob er sich streng an dem Bestehenden halten und erklären solle, daß die Ritterschaft nur für die Obliegenheiten auf dem Territorium der Landschaft zu sorgen berechtigt und berufen sei, — oder ob er bei dem Minister darum ansuchen solle, daß dem Landtage Zeit zu neuen Vorschlägen gelassen werde. Im letzteren Falle mußten die etwaigen Projecte mit der Stadt verabredet, andere vielleicht schon gegenwärtig genau durchgearbeitet und vorbereitet werden. Er schloß mit der Bitte um eingehende Discussion seiner Vorlage, da die Ritterschaft nicht leicht eine kritischere Angelegenheit zu entscheiden haben dürfte.

Das Ergebniß der so beantragten Discussion, weiterer Erwägungen, wiederholter Berathungen mit der Stadt war die Convention vom 11. April 1860. Wir werden sie näher ins Auge zu fassen haben.

**Pernau.** Der Perno-Postimees vom 13. November veröffentlicht eine von den Esten zu Fennern und Kerro an Se. Majestät den Kaiser ergangene Adresse, welche von 200 Rbl. S. zum Besten der in Polen Verwundeten begleitet wird. Die Adresse beschränkt sich darauf, in Anknüpfung an Sprüche Salom. 29, 14. die Gefühle darzulegen welche die Bauern zur Darbringung dieser Gabe getrieben haben. Adresse und Geld sind zu weiterer Beförderung dem Bischof Walter zugestellt worden.

**Reval**, 18. Novbr. Gestern Nachmittag 4 Uhr wurde die Synode der hiesigen Stadt-Prediger durch feierlichen Gottesdienst bei zahlreich versammelter Gemeinde in der St. Nicolai-Kirche eröffnet. Der Pastor der Kirche zum heil. Geist O. V. Frese hielt die Predigt über Colosser, Cap. 4, V. 2—6. (Rev. Z.)

**St. Petersburg.** Der Reichsrath hat auf die Vorstellung des Finanz-Ministers verfügt: bei den Cameralhöfen in Liv- Est- und Curland besondere Controle-Tische für die Getränkesteuer zu errichten und für die dazu erforderlichen Beamten folgende Gehalte zu bestimmen: dem Controleur 400 Rbl., dessen Gehülfen 244 Rbl. und zur Besoldung der Cancellisten und zu Cancelleibedürfnissen 250 Rbl. jährlich.

---

## Ausländischer Theil.

### Deutschland.

**Berlin**, 29./17. Novbr. Der Vorstand der Berliner Turnerschaft, Prof. Virchow u. A. haben folgenden Aufruf erlassen:

Turngenossen! Wieder, wie im Jahre 1848, ist es das schwer verletzte Recht Schleswig-Holsteins, welches in ganz Deutschland das Gefühl erlittener Schmach wachruft. Wieder greift die Hand des Mannes nach dem Schwerte, um diese Schmach zu sühnen! Damals standen Turner mit in den ersten Reihen der Streiter. Bei Flensburg und bei Hoptrup haben sie gezeigt, daß sie zu kämpfen und zu sterben wußten, wie die ersten Turner von 1813. Auch diesmal dürfen Turner nicht fehlen, wo die Nation für ihr Recht kämpfen wird. Darum bereitet Euch vor auf die Tage der Schlachten! Schreitet in Euren Ringen zur Uebung im Waffenwerk, auf daß ihr bereit seid, wenn das Vaterland ruft!

— Je höher in Deutschland die Wogen der Begeisterung für Schleswig-Holstein gehen, um desto nothwendiger ist das unerfreuliche und undankbare Geschäft, die Thatsachen im Auge zu behalten, durch welche der Steuermann wie durch Klippen sein Schiff hindurchzusteuern hat. Wenn über die Haltung der österreichischen Regierung noch Zweifel übrig sein könnten, so würden sie zerstreut durch den Botschafter; dieses Blatt, welches von allen in Wien erscheinenden Zeitungen noch am meisten Mitgefühl für Schleswig-Holstein zeigt, meint ganz naiv, ein österreichisches Bundescontingent für die Herzogthümer sei nicht nöthig; Oesterreich müsse als europäische Macht neutral bleiben. Die preußische Regierung zeigt bis jetzt so wenig Lust, wie die österreichische, sich vom Londoner Protocolle loszusagen und für das Erbrecht der Augustenburger einzutreten. Wenigstens die Gesinnungen des Minister-Präsidenten, Herrn v. Bismarck, sind bekannt, und die jetzt in Preußen herrschende Partei macht kein Hehl daraus, daß sie seine Ansichten theilt. Sie wird aber viel reden von der Stellung Deutschlands und Preußens, von gewissenhafter Prüfung des Erbfolgerechts, Vertheidigung der bereits verletzten Verfassungsrechte, von der Möglichkeit schwerer Verwicklungen, die daraus hervorgehen könnten, von der Nothwendigkeit sofortiger Rüstungen u. s. w. Und die Diplomaten zucken bereits die Achseln und meinen: „La Chambre donnera dans le piège!“ Indessen werden die Abgeordneten wissen, der Falle zu entgehen und ihre Pflichten gegen Preußen und gegen Deutschland gleichzeitig zu erfüllen. Sie werden eine Anleihe gern bewilligen, wenn sie sich Gewißheit verschafft haben, daß sie nur zu dem großen Zwecke, den sie selbst im Sinne haben, verwandt werden wird, aber nicht ins Blaue hinein, zur „kräftigen Wahrung der deutschen Rechte in Schleswig-Holstein.“ Sollte es wirklich zu einem nationalen Kriege kommen, so kann der Landtag, falls er nicht mehr zusammen sein sollte, sich in 8 Tagen wieder versammeln, um nach Erlangung der nothwendigen Bürgschaften, namentlich für die Ministerverantwortlichkeit und die wichtigsten verfassungsmäßigen Rechte, Gut und Blut zu bewilligen. Mögen die Regierungen der mittleren und kleineren Staaten alles thun, um den Bund zu einer nationalen entschlossenen Politik zu vermögen. Die Nation ist zu jeder Unterstützung bereit. Schleunige Besetzung Holsteins und zwar nicht als Execution, sondern als Pfandnahme und kräftige Maßregeln für Küstenschutz und Flotte sind das Nächste und Unerläßlichste.

**Triest**, 27./15. Nov. Gegenüber der wiederholt in ausländischen Blättern auftauchenden Nachricht: Erzherzog Ferdinand Max beabsichtige sich im Monat Februar nach Mexico zu begeben, und werde demnächst seine Stelle als Marinecommandant niederlegen, erklärt sich die Triester Ztg. in der Lage zu versichern, daß die durch die Ansprache des Erzherzogs an die mexicanische Deputation geschaffene Lage sich nicht verändert hat, und daß somit selbstverständlich, so lange die gestellten Bedingungen sich nicht erfüllt haben, eine Aenderung in der Stellung desselben auch nicht stattfinden wird. (Wir verweisen auf die Meldung aus New-York unter unsern heutigen neueren Nachrichten; diese Truppenabsendung wird der Wendepunct im nordamerica-

nischen Kriege sein; der innere Kampf wird im nächsten Frühjahr beendet sein und dann zieht die ganze Union in den Krieg wider die Franzosen in Mexico.)

## Großbritannien.

**London**, 28./16. Novbr. Die von der neuesten „Gazette" veröffentlichte Correspondenz zwischen der englischen und französischen Regierung über den Congreß-Vorschlag des Kaisers Napoleon besteht aus fünf Stücken. — Den Anfang macht das vom 4. November datirte Einladungsschreiben des Kaisers an die Königin, welches mit dem schon aus dem „Moniteur" bekannten Brief an den deutschen Bund gleichlautet. Vielleicht daß die Schlußformel interessirt: „Ich ergreife diese Gelegenheit, Ihnen die Versicherungen der hohen Werthschätzung und unverbrüchlichen Freundschaft zu erneuen, mit der ich bin, Madame, meine Schwester, Ihrer Majestät guter Bruder." — Das 2. Stück ist ein „Auszug" aus einer vom 11. November datirten Depesche Earl Russell's an Lord Cowley, die den Empfang des kaiserlichen Schreibens bescheinigt und die reifliche Erwägung des darin enthaltenen Vorschlags verspricht. — Drittes Stück: Schon am 12. November schreibt Earl Russell an Lord Cowley in Paris, um durch ihn der französischen Regierung seine Bedenken über die Zweckmäßigkeit des vorgeschlagenen Congresses zu erkennen zu geben und sich ein Programm der Berathungen zu erbitten.

Viertes Stück. Am 23. November schreibt M. Drouyn de Lhuys aus dem Palaste von Compiègne an den Marquis de Cadore eine Erwiderung auf Earl Russell's Anfragen und Bedenken.

Fünftes Stück. Am 25. November richtet Earl Russell eine Depesche an Lord Cowley, worin er erklärt, daß Ihrer Maj. Regierung, da ihre Anfragen beantwortet seien, nicht länger zögern wolle, sich über den Congreß-Vorschlag mit Bestimmtheit zu äußern. Auch Ihrer Maj. Regierung — so fährt er fort — darf sagen, daß Großbritannien in dieser Angelegenheit uninteressirt ist, daß es keine Vergrößerung sucht und nur zur Mäßigung und zum Frieden rathen kann. Aber da Frankreich und Großbritannien selbst uninteressirt sind, haben sie die Pflicht zu erwägen, welches die Stellung, welches die voraussichtliche Haltung jener Mächte sein würde, die man auf dem Congresse vielleicht auffordern dürfte, Theile ihres Gebietes oder irgend einen Grad ihres Ansehens und ihrer moralischen Stärke zu opfern. Eine Frage liegt nach der Ansicht der britischen Regierung dieser ganzen Angelegenheit zu Grunde, und das ist folgende: Ist es wahrscheinlich, daß ein allgemeiner Congreß europäischer Staaten zu einer friedlichen Beilegung der verschiedenen Streitsachen führen wird? Nach dem Kriege, der Deutschland von Anno 1619 bis Anno 1649 verheerte und nach den Kriegen, die den Continent Europa's von 1793 bis 1815 verwüsteten, da war es wol möglich, durch einen Congreß Lande zu vertheilen und Rechte zu umgrenzen, weil die Nationen Europa's des Gemetzels müde und durch die Kriegslasten erschöpft waren und weil die zusammentretenden Mächte in Folge der Zeitumstände die Mittel in Händen hatten, ihre Entscheidungen in Kraft zu setzen. Aber in diesem Augenblick, nachdem der Friede so lange gedauert hat, ist keine Macht gewillt, irgend ein Stück Gebiet, auf das sie ein vertragsmäßiges Recht oder einen Anspruch durch factischen Besitz hat, aufzugeben..... Was Polen betrifft, so ist es den Mächten nach langwierigen freundlichen Vorstellungen nur gelungen, das oft wiederholte Versprechen zu erhalten, daß nach Unterdrückung des Aufstandes Milde und Versöhnlichkeit walten solle. Wäre es von irgend einem Vortheil, im Namen eines Congresses so wirkungslos gebliebene Vorstellungen zu wiederholen?..... Ist es wahrscheinlich, daß Rußland im stolzen Gefühl seiner Kraft gewähren wird, was es in den ersten Tagen der Entmuthigung versagte? Würde es auf das bloße Ersuchen eines Congresses ein unabhängiges Polen herstellen? Wenn aber nicht, so bleibt Europa nur die Aussicht auf eine Demüthigung oder einen Krieg gegen Rußland; und jene Mächte, die nicht bereit sind, sich den Kosten und Wagnissen des Krieges auszusetzen, dürfen wol den Wunsch hegen, die andere Alternative zu vermeiden. — Man kann in Wahrheit sagen, daß die jetzige Periode eine Zeit des Ueberganges ist. Wird der Aufstand bezwungen, dann wird man sehen, ob der Kaiser von Rußland seine Versprechungen hält; wird der Aufstand nicht bezwungen oder wird, um ihn zu bezwingen, die polnische Bevölkerung mit neuer und, wenn dies noch möglich wäre, verschärfter Strenge behandelt, so werden andere Fragen sich erheben, die weiterer Erwägung bedürfen werden, aber kaum von einem Congreß ihre Lösung erhalten dürften. In der That ist zu besorgen, daß sich von Tag zu Tage neue und von den wechselnden Ereignissen der Stunde gefärbte Fragen vordrängen und eher unnütze Debatten als practische und ersprießliche Berathungen auf einem aus zwanzig oder dreißig Vertretern bestehenden keine höchste Autorität anerkennenden und von keiner festen Geschäftsregel geleiteten Congresse veranlassen würden. Gehen wir zur italienischen Frage über. Hier zeigen sich neue Schwierigkeiten. Soll erstens der jetzige Besitzstand in Italien durch einen neuen Vertrag sanctionirt werden? Der Papst und die mit den gedrängten Fürsten verwandten Souveraine könnten einerseits dagegen sein, dem König von Italien einen Rechtstitel zu gewähren, den sie ihm bisher verweigert haben; und andererseits wäre wol der König von Italien gegen eine Feststellung, die ihm, wenigstens durch Voraussetzung, die Erwerbung Roms und Venetiens verbieten würde. Aber ist etwa die Absicht vorhanden, Oesterreich auf dem Congreß zum Verzicht auf Venetien aufzufordern? Ihrer Majestät Regierung hat erfahren, daß Oesterreich die Beschickung ablehnen würde, wenn eine solche Absicht im Voraus angekündigt wäre; und daß der österreichische Gesandte die Versammlung verlassen würde, wenn man die Frage ohne vorherige Ankündigung aufs Tapet brächte. Also auch in diesem Falle würde der Congreß bald die Alternative der Ohnmacht oder des Krieges vor Augen haben. Ist es aber möglich, einen Congreß zu versammeln und einen Vertreter Italiens zu demselben einzuladen, ohne den Stand Venetiens zu besprechen? Der Kaiser der Franzosen wäre der Erste, der die Unmöglichkeit eines solchen Verfahrens erkennen und einräumen würde. Was Deutschland und Dänemark betrifft, so ist es wahr, daß verschiedene europäische Mächte sich für die Frage interessirt haben, aber die Zuziehung Spaniens, Italiens und der Türkei würde die Aussicht auf eine befriedigende Lösung kaum erhöhen. Und wenn in Bezug auf Polen und Italien kein gutes Resultat erzielbar scheint, ist es zweckdienlich, einen Congreß aller europäischen Staaten zusammenzurufen, um für die Anarchie der Moldau-Walachen ein Heilmittel zu finden? — Sollten alle diese Fragen durch bloßen Meinungsausdruck zur Entscheidung kommen, so würden vielleicht die Ansichten der britischen Regierung in den meisten Puncten nicht wesentlich von denen des Kaisers der Franzosen abweichen. Aber da ein bloßes Aussprechen von Meinungen und Wünschen kein Bestimmtes Ergebniß haben würde, so erscheint es als gewiß, daß die Berathungen blos aus der Aufstellung und Bekämpfung von Forderungen und Prätensionen bestehen würden, und bei dem Mangel an einer obersten Autorität in solcher Versammlung würden viele Mächte am Schluß auf viel schlechterem Fuß zu einander scheiden, als sie sich begegnet waren. Aber, wenn dies das wahrscheinliche Resultat wäre, so folgt, daß keine Reduction stehender Heere und Flotten durch den vorgeschlagenen Congreß bewirkt werden dürfte. Lord Clarendon's Vorschlag, den Mr. Drouyn de Lhuys anführt, bezog sich auf die Schlichtung eines zwischen zwei Mächten schwebenden Streites durch die guten Dienste eines befreundeten Staates, aber keineswegs auf die Einberufung eines europäischen Congresses. — Da es ihr daher nicht möglich wird, die Wahrscheinlichkeit jener wohlthätigen Folgen zu erkennen, die sich der Kaiser der Franzosen, als er den Congreß in Vorschlag brachte, versprochen hat, fühlt Ihrer Majestät Regierung, ihren eigenen starken Ueberzeugungen folgend, nach reiflicher Ueberlegung sich außer Stande, die Einladung Sr. kaiserl. Majestät anzunehmen. Sie sind angewiesen, eine Abschrift dieser Depesche Herrn Drouyn de Lhuys zu geben. — Ich ꝛc. Russell.

## Frankreich.

**Paris.** Der Ober-Studienrath hat sich nur ungern und nach einer langen Verhandlung auf besonderes Drängen des Herrn Duruy dazu entschlossen, sein System bezüglich des Geschichts-Unterrichtes über die Ereignisse unserer Tage anzunehmen. Herr Barthelemy St. Hilaire und Herr Dupin sind hart an einander gerathen, und als letzterer sich einen Angriff auf die Republik von 1848 erlaubte, erinnerte ihn Herr Barthelemy St. Hilaire daran, daß er ja selbst der Republik gedient habe! — Der Umstand, daß jüngst schon einundachtzig Deputirte um die Opposition herum gruppirt waren, macht die Regierung unruhig, und sie verhehlt sich nicht, daß sie dieses Mal härtere Kämpfe zu bestehen haben werde, als bisher. — Es gilt für nicht unmöglich, daß die neue Anleihe direct mit den Banquiers gemacht wird. — An der Börse hieß es heute, daß mehrere Pariser Banquiers die Summe von 50 Mill. Francs auf die letzte in Wien gemachte Anleihe vorschießen werden. — Die Gazette de France hat eine Verwarnung erhalten, weil sie einen Bericht über die Sitzung des gesetzgebenden Körpers enthält, „verschieden von dem, welchen die Verfassung autorisirt." Es ist das erste Mal, daß ein Journal dieserhalb verwarnt wird und dieses Vorgehen der Regierung ist kein erfreuliches Zeichen vom Stande der Dinge in Frankreich. — Der heutige Artikel im Constitutionnel hat einiger Maßen überrascht. Die Parteiergreifung desselben für „Deutschland gegen Dänemark" darf jedoch nicht zu ernst genommen werden, zumal der Artikel des Constitutionnel ganz im Dunkeln läßt, was Frankreich eigentlich zu thun gesonnen ist. Es scheint übrigens, daß man sich hier nicht zu rasch vorwagen und nicht wieder durch das Geschrei Englands zu Demonstrationen hinreißen lassen will, hinter denen nichts steckt. Auf England ist man hier nicht gut zu sprechen, und das Pays äußert, die Absicht der englischen Staatsmänner gehe dahin, Europa nicht zur Ruhe kommen lassen zu wollen, damit England nach wie vor im Trüben fischen könne. — Eine der Wiener General-Correspondenz zukommende Mittheilung aus Paris schildert die große Mißstimmung, welche in den Tuilerien über die Haltung Englands in der Congreßfrage herrschen soll. Man citirt das Wort eines Ministers, welches dieser Mißstimmung einen energischen Ausdruck verleiht. Es lautet: „Nichts gegen England, nichts mit England, Alles ohne England.

## Italien.

Der „Guernsey Star" veröffentlicht folgenden kurzen Briefwechsel: „An Hrn. Victor Hugo. Caprera, August 1863. Lieber Freund. Ich brauche wieder eine Million Musketen für die Italiener. Ich bin überzeugt, daß Sie mir helfen werden, die nöthigen Gelder zu sammeln. Dieselben werden den Händen des Herrn Adriano Lemari, unseres Schatzmeisters anvertraut. Ihr G. Garibaldi. — An den General Garibaldi. Hauteville, Guernsey, 18. Novbr. 1863. Lieber Garibaldi. Ich bin eine Zeit lang abwesend gewesen, wodurch ich Ihren Brief und Sie meine Antwort so spät erhalten. Beiliegend meinen Beitrag. Sie können Sich mit Sicherheit auf das Wenige, was ich bin und das Wenige, was ich thun kann, verlassen. Ich werde, da Sie es für angebracht halten, die erste Gelegenheit ergreifen, meine

Stimme zu erheben. Sie werden die Million nöthig haben. Sie werden auch und vor Allem die Millionen Arme, die Millionen Herzen und die Million Seelen nöthig haben, diese werden kommen. Ihr Freund Victor Hugo."

## Neuere Nachrichten.

**Wien**, 30./18. Novbr. Der Botschafter erklärt die Gerüchte von Ministerwechsel und von Meinungsverschiedenheit in dem Ministerium, be reffend die schleswig-holsteinische Frage, für ungegründet und versichert dabei, daß die k. k. Regierung, stets treu ihren Bundespflichten, den von der Majorität des Bundestages gefaßten Beschlüssen bereitwillig nachkommen werde. — Im Abgeordnetenhaus brachten Zybliekewicz und 24 Genossen einen Antrag ein, das Haus möge die Gesetzeskraft der Verordnung des Justizministers vom 19. Octbr. 1860, betreffend die Bestrafung der gegen die Sicherheit Rußlands begangenen Verbrechen, prüfen und falls solche als rechtgültig erkannt würde, sie durch nähere Bestimmungen über Wesen, Umfang, Territorium der als Verbrechen gegen die Sicherheit Rußlands anzusehenden Handlungen erläutern.

**Altona**, 27./15. Novbr. Hier ist die Verfügung von Kopenhagen eingetroffen, daß die holsteinischen Beamten vorläufig von der Leistung des Homogial-Eides zu dispensiren seien. — Offiziere sind von hier abgegangen, um die Verstärkungsmannschaften des 20. Bataillons von Friedericia abzuholen.

**Schleswig**, 26./14. Novbr. Die Arbeiten in der Dannevirkestellung werden von den Ingenieur-Truppen rasch gefördert. Bedeutende Transporte von Kanonen, Kugeln ꝛc. gehen von hier nach den verschiedenen Werken ab. Gestern begab sich ein Militär-Commando nach dem rechten Flügel der Stellung, um dort auch während der Nacht zu arbeiten.

**Köln**, 1. Decbr./19. Novbr. Die K. Z. veröffentlicht eine Uebersetzung der Brochüre „Napoleon III. und der Congreß," deren Schluß also lautet: „Die Rede, welche der Kaiser am 5. Novbr. hielt und die Einladung zum Congreß bilden ein untheilbares Ganze und führen zum Weltfrieden durch den Congreß oder zum Krieg im Frühjahr."

**Wien**, 1. Decbr. / 19. Novbr. Die Oesterr. Generalcorresp. erklärt, daß der österreichische Militär-Bevollmächtigte in Frankfurt seit acht Tagen mit den nöthigen Vollmachten versehen sei, um jede Mitwirkung, welche zur Ausführung der Zwangsmaßregeln gegen Dänemark von Oesterreich gefordert werden könnte, zur Verfügung des Bundes zu stellen.

**Kopenhagen**, 27./15. Novbr. In der gestrigen Abendsitzung des Reichsrathes wurde zum letzten Male über die Feststellung der Ablaufszeit der Mandate sämmtlicher Mitglieder des Reichsrathes berathen und einstimmig beschlossen, die Erlöschung sämmtlicher Mandate auf den 1. Januar k. J. festzusetzen. — Die Majorität des Ausschusses über den vom Marine-Ministerium dem Reichsrathe vorgelegten Gesetz-Entwurf wegen außerordentlicher Zulagebewilligung für die Finanzperiode 1862—64, die sich für Dänemark und Schleswig in Veranlassung der stattfindenden politischen Verhältnisse auf 71.079 Thlr. beläuft, hat sowol diesen als einen zweiten vom Ministerium beantragten Belauf von 247.873 Thlr. 48 Sch. für die Conto „Ausrüstungen" zu genehmigen angerathen. Der Marineminister hatte auch verlangt, daß die Summe von 629.520 Thlr. R.-M. zur Bepanzerung von Schiffen auf 747.555 Thlr. erhöht werde und daß die zum Bau eiserner Truppen-Transportschiffe verlangte Summe von 59.017 Thlr. 48 Sch. um 23.607 Thlr. vermehrt werde. Dieses Plus werde dadurch gedeckt werden, daß er für die nächste Finanzperiode nur eine geringe Zulagebewilligung für diese beiden Contos fordern werde. Einstimmig genehmigte der Finanzausschuß diese Forderungen des Ministers. Nach der „Aarhuser Stiftstidende" hat der mit Tode abgegangene König Friedrich VII. seine Gemahlin, die Gräfin Danner, zu seiner Universalerbin gemacht.

**Stockholm**, 24./12. Novbr. Im Ritterstande wurde heute die Königliche Proposition, der Regierung 3 Millionen Thaler für die Rüstungen zu bewilligen, discutirt. Alle Mitglieder stimmten für die Bewilligung. Der Minister des Auswärtigen, Graf Manderström, äußerte sich bei dieser Gelegenheit u. A. folgendermaßen: „Durch die Ansprüche des Prinzen Friedrich von Augustenburg, welche, wenn ihnen Folge gegeben würde, die Zerstückelung der dänischen Monarchie mit sich führen würden, ist der Keim zu einem Brande gelegt worden, welcher auch unsere Küsten ergreifen könnte. Unter solchen Verhältnissen dürfen wir, ja müssen wir auf unsere Vertheidigung bedacht sein. Welche Ausdehnung ein Kampf, der möglicher Weise entstehen kann, anzunehmen im Stande sein wird, kann keiner mit Gewißheit voraussagen, aber es ist sicher, daß es die Pflicht eines Jeden ist, an die Sicherheit seines eigenen Hauses zu denken. Diese zu erzielen ist der Zweck der königlichen Proposition." Auf den Einwurf, daß 3 Mill. für diesen Zweck nicht genügen würden, antwortete der Kriegsminister, die Mobilmachung von 50 bis 60.000 Mann würde 20 Mill. kosten und diese Truppenmacht würde für ihren Unterhalt einen Aufwand von 7 Mill. monatlich erfordern. Diese Angabe sei eine indirecte Antwort auf die Frage, ob der begehrte Credit hinreichend sein würde. Er hoffe, die Politik der Regierung werde die Opfer unnöthig machen.

**Paris**, 27./15. Novbr. Der Moniteur hat Nachrichten aus Japan vom 18./6. Septbr. Es herrschte Ruhe, von Angriffen auf die europäischen Niederlassungen war nicht mehr die Rede. Die Daimios sind zwar den Verträgen noch immer feindlich gesinnt, aber die Regierung des Taikun erweist sich versöhnlich und sucht das Ausweisungs-Decret, das er offenkundig zurückzunehmen nicht wagen darf, bei den Ausländern in Vergessenheit zu bringen.

**Paris**, 1. Decbr./19. Novbr. Der „Moniteur universel" von heute Morgen erklärt, die französische Regierung sei der Veröffentlichung der Brochüre: „Napoleon III. und der Congreß" durchaus fremd.

**Newyork**, 21./9. Novbr. Die Expedition des Generals Banks landete am 2. d. M. bei Brazos de Santiago an der texanischen Küste, neun Meilen von der Mündung des Rio Grande, und marschirte von dort am 4. gegen Brownsville vor. Die conföderirten Behörden steckten deshalb diese Stadt und das Fort Brown in Brand, trotz des eifrigen Widerstandes der Bevölkerung. Die Conföderirten hatten, da ihnen die Landung Banks unwahrscheinlich war, ihre Streitkräfte in verschiedene Theile von Texas zerstreut. Banks begann seine Aufgabe, indem er strenge Vorschriften gegen illoyale Personen erließ. Wie der „Newyork Herald" versichert, ist der Hauptzweck der Expedition, den Contrebandverkehr zwischen Mexico und den Südstaaten zu hemmen. — Der General Banks besetzte am 5. November / 24. October Riogrande und Brownsville. Die Gerüchte über den erwarteten Aufstand zu Gunsten der Franzosen in Matomaras, bestimmten Banks einen Theil seiner Truppen zum Schutz des americanischen Consuls dahin abgehen zu lassen.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Frankfurt a. M.**, 5. Decbr./23. Novbr. Der Bundestag wird heute keine Sitzung halten, weil man im Ausschuß sich nicht über einen Antrag an das Plenum vereinigen konnte.

**Hamburg**, 5. Decbr./23. Novbr. Die hier gestern versammelten Vertrauensmänner aus Schleswig-Holstein haben einstimmig eine allgemeine Verweigerung der von der dänischen Regierung geforderten Steuern beschlossen; dagegen eine Selbstbesteuerung angeordnet und zu diesem Behuf einen Landfond gebildet.

**Kopenhagen**, 5. Decbr./23. Novbr. In der gestrigen Reichsrathssitzung ward eine Regierungs-Vorlage eingebracht, welche die Aufnahme einer Anleihe von zehn Millionen fordert.

### Rigaer Wechsel-Cours vom 23. Novbr.

Amsterdam 187. — Hamburg 29 7/8. — London 33, 33 15/16, 34. Paris 353, 354.

### St. Petersburger Wechsel-Cours vom 22. November.

Amsterdam 189, 189 9/16, 189 3/4. — Hamburg 33, 33 1/2, 33 15/16. London 33, 33 1/2. — Paris 352.

## Revolutionsplan Mieroslawski's.

### II.

3) Im Innern des Landes ist die agitatorische Propaganda so lange als möglich auf der Stufe rein öconomischer Reformen zu erhalten, der bewaffnete Aufstand ist mit Aufbietung aller Kräfte so lange niederzuhalten, bis die Tribunen das ganze Volk der östlichen Provinzen auf eine mit dem großpolnischen Volke gleiche Stufe der nationalen Stimmung und Spannkraft gebracht haben. Auf diesem Wege sind die Offensivoperationen von Seiten der moskauwitischen Truppen abzuwarten und so bald diese begonnen haben, hat Jeder, zu welcher Stufe der Reife auch der Aufstand gediehen sein mag, ohne das geringste Schwanken sich den Volksmassen zuzugesellen, diese bis zur definitiven ruhmvollen Befreiung des Landes nicht zu verlassen und mit sich fortzureißen, wohin der verzweifelte Kampf mit den Unterdrückern es fordern wird.

Jeder muß voraussehen, daß die verderblichen, herostratischen und sogar haidamakischen Elemente, welche sich aus den Niederschlägen einer durch lange Sclaverei verderbten Gesellschaft gebildet, durch diese Agitationsepoche werden zu Tage gefördert werden; zugleich muß es auch die Pflicht eines Jeden sein, diese Elemente durch practische Opfer in großem Maßstabe zu beruhigen und das Loos des Volkes nach Möglichkeit und Kräften zu erleichtern; besonders ist die Gesellschaft durch Anwendung der Disciplin, welche für militärische Vorbereitungen unerläßlich ist, zu heilen, weil diese Probe kein Pseudotribun aushält. Uebrigens muß man den unheilbaren Demagogen den Käfig zum Fluge über den Dnjepr öffnen; mögen sie dort das kosakische Haidamakenthum gegen die Popen, Beamten und Bojaren verbreiten, indem sie den Bauern versichern, daß dieselben sich bemühen, sie in der Leibeigenschaft zu erhalten. Man muß einen vollen Vorrath von Wirren in Bereitschaft halten, um ihn über den im Innern Moskaus bereits entflammten Brand auszuschütten. Mag die Agitation des Kleinrussenthums weit über den Dnjepr hinausgehen, dort ist ein weites Pugatschewsches Feld für unsere verspätete Chmielnizkische Partei. Das ist Alles, was unsere panslawistische und communistische Schule in sich schließt. Das ist der ganze polnische Herzenismus. Mag er bescheiden und aus der Ferne zur polnischen Befreiung mitwirken, indem er die innersten Organe des Zarismus zerreißt. Es ist dies ein würdiges und leichtes Handwerk für die halb-polnischen und halb-russischen Individuen, welche gegenwärtig alle Stufen der Civil- und Militär-Hierarchie in Rußland anfüllen. Mag der russische Zarismus nach allen Richtungen hin von der Anarchie verdrängt werden, damit sich

(Fortsetzung in der Beilage.)

die uns benachbarte moskauwitische Nationalität von demselben befreie und reinige. Mögen sie sich mit der Devise schmeicheln, daß dieser Radicalismus zu „eurer und unserer Freiheit" beitrage; aber das Hinübertragen desselben nach Polen wird als ein Verrath am Vaterlande angesehen und als Hochverrath mit dem Tode bestraft werden. Innerhalb unserer Grenzen muß sich die ganze Ungeduld des Radicalismus auf die Vorbereitungen zum Aufstande beschränken. Bei allen Ueberschreitungen der Grenze müssen Pulver, gute Waffen, einläufige Jagdgewehre — aber keine Doppelläufe — und wenn irgend möglich, Büchsen und eben so allerlei eiserne Wirthschaftsinstrumente ins Land gebracht werden; überall sind die Materialien für die Cavallerie und den Train vorzubereiten, damit Alles bei der ersten Nachfrage vorräthig sei.

Mittlerweile muß das Volk in der ununterbrochenen Erwartung des Ausbruchs eines improvisirten Krieges frühzeitig vorbereitet und classificirt werden; wobei darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß die Schlachta lieber in der Cavallerie, die Bürger und Forstbeamten als Schützen und die Bauern als Kossiniere (Sensen-Männer) dienen. — Sie Alle muß man unter besonderer Obhut halten und mit aller nur möglichen Sorgfalt umgeben. Ferner müssen die Zöglinge der technischen Etablissements für die Ingenieurtruppen und die Artillerie, die Polen mosaischen Glaubens zu den Arbeiten in den Schneiderwerkstätten bestimmt werden u. s. w. Mag der ungeduldige Patriotismus dabei stets eingedenk sein, daß eine solche thätige und vorbereitende Epoche uns in jeder Beziehung nothwendig ist, theils um das Volk, besonders das litthauische, kleinrussische und galizische, zu dem früheren Vertrauen zur Schlachta zurückzuführen, dessen es sich unter der langen moskauwitischen und österreichischen Sclaverei entwöhnt hat, theils um es mit Kriegsmaterial und Waffen zu versehen, theils endlich, um eine der beiden nahebevorstehenden tröstlichen Conjuncturen abzuwarten: Krieg mit dem Auslande o'. Aufruhr in Rußland — und Gott gebe, daß Beides zusammen käme.

b) Die Führer scheiden so schnell als möglich aus dem zusammengelaufenen Gesindel die besten Leute unter dem Namen „erste Aushebung" aus, versehen sie mit den besten Waffen, besonders blanken, verpflegen sie auf drei Tage mit Proviant und führen sie nach dem verabredeten Woiwodschafts- oder Gouvernementslager, wobei so lange jedes Zusammentreffen mit dem Feinde vermieden wird, bis alle Aushebungen versammelt und unter einen Oberbefehl gestellt worden sind. Da mindestens die Hälfte aller Feuerwaffen in den befestigten Städten bleiben müssen, können die Befehlshaber der Lager vorzugsweise nur auf die Cavallerie und die Kossiniere rechnen; wenn sie hierbei unablässig, mit unermüdlichem Eifer und auf jedem Ruheplatze das Fußvolk in der geschickten Handhabung der Waffe und die Ulanen in der Nichtbeachtung des feindlichen Feuers üben und in letzteren das Streben, im schnellsten Anlauf anzugreifen, entwickeln werden, wird das Heer hinreichend ausgebildet sein. Man muß die Kossiniere lehren, sich unter dem Geschützfeuer auf die Erde zu legen und unter dem Gewehrfeuer im Laufe anzugreifen. Alle Feuerwaffen müssen den Schützencompagnien gegeben werden, welche in keiner Kampfaufstellung nicht auf einen Augenblick von den Kossinier-Bataillonen zu trennen sind, außer wenn die Schützen als Tirailleure vorgehen, was auch nur im Gesichtskreise der Kossiniere geschehen darf. Bei einem drohenden Angriff des Feindes verbergen sich die Schützen in dem Quarré der Kossiniere wie in einer Palissaden-Redoute und feuern kaltblütig und nachdem der Feind auf geringe Entfernung herangekommen, aus dem dritten Gliede über die Köpfe der Kossiniere hinweg, welche ihrerseits niederknieen. In jedem Aufstande ist es nöthig, aus dem Train Wagenburgen zu bilden, wie sie früher bei den Kosaken, Polen und Tschechen üblich waren. Während des Gefechts bleiben diese Wagenburgen bei den Reserven in der Gestalt beweglicher Festungen. Im Falle des Verlusts einer Schlacht ist mit ihnen nicht eher zurückzugehen, als bis die Aufmerksamkeit des Feindes durch unser wohlgezieltes Feuer, wenn auch nur auf einen Augenblick, von ihnen abgezogen ist.

c) Die Abtheilungen, welche schon während des Marsches einige Uebung erhalten haben und im Laufe einiger Ruhetage im Lager vollständig ausgebildet worden sind, rücken je nach den Umständen, entweder gegen die nächste Truppenabtheilung des Feindes oder gegen die Gouvernementsstadt vor.

4) Nur ein solches glückliches Zusammentreffen günstiger Umstände inner- und außerhalb des Landes kann für ein Signal zum gleichzeitigen Ausbruche des Aufstandes in ganz Polen angesehen werden. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß einige Provinzen sich unter exceptionellen Bedingungen befinden und eine Ausnahme von der allgemeinen Regel bilden können, muß der Aufstand in folgender Ordnung geführt werden.

a) Die durch die vorhergegangene ökonomische Agitation aufgewiegelten Massen der Landbevölkerung, welche mit Allem, was unter die Hände fällt, bewaffnet werden, eilen von allenthalben unter Führung der Schlachta den Kreisstädten zu, metzeln in plötzlichem Ueberfall die Garnisonen des Unterdrückers nieder, verbarrikadiren augenblicklich die Straßen und verwandeln die Gebäude in Blockhäuser, so daß aus der Stadt eine befestigte Burg wird.

Aber bei dieser Phase der insurrectionellen Thätigkeit muß unsere vorläufige Instruction stehen bleiben, weil dieser Augenblick des localen Aufstandes nothwendiger Weise demjenigen entsprechen muß, wo die ausländische Legion bereit ist, dem Aufstande zu Hilfe zu eilen.

5) Die innere Aufregung darf das Volk nicht nur nicht von der Unterstützung der im Auslande gebildeten Armee durch alle nur möglichen materiellen und moralischen Mittel abziehen, sondern das Volk muß im Gegentheil diesen nahen Rettungsanker als die dauerhafteste Grundlage seiner Sache ansehen. Daher dürfen die zu diesem heiligen Zwecke bestimmten besondern Capitalien nie und nirgends unter dem Vorwande, daß andere Forderungen für die Arbeiter im Innern nothwendiger seien, angegriffen werden; sie müssen vielmehr rechtzeitig in die Central-Casse der Legion fließen, weil die auswärtigen Vorgänge der stärkste Hebel unserer Unternehmung sind, und gebe Gott, daß dieselben uns nicht unvorbereitet, inmitten verhängnißvoller Unentschiedenheit antreffen.

NB. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge darf das Volk dem Feinde weder eine Recrutenaushebung noch eine gewaltsame Entwaffnung gestatten. Die Unterhandlungen mit der moskowitischen Regierung können Gelegenheiten zu vielen beredten Argumenten dagegen liefern; aber wenn diese nicht in dem gegenwärtigen Hauptpuncte förderlich werden, dann muß Gewalt die Gewalt vertreiben.

Unterzeichnet: Ludwig Mieroslawski.

## Der St. Katharinentag.

— r. In einer Universitätsstadt geziemt es wol der heiligen Katharina zu gedenken. Die Legende erzählt, daß diese bei einer Disputation durch ihre seltene Beredsamkeit fünfzig heidnische Philosophen zu widerlegen und zum Christenthum zu bekehren verstand. Daraus nahm man Anlaß, diese Heilige als Patronin der christlichen Philosophen und Schulen zu verehren und noch jetzt führen manche berühmte Hochschulen ihr Bild mit dem Schwerte zur Seite und dem Rad zu Füßen im Wappen, wenn auch die hohen Schulen den Katharinentag nicht mehr wie sonst mit Kirchgang, Gottesdienst und Lobliedern auf die Heilige feiern und die Philosophen sich von ihr nicht mehr niederdisputiren lassen dürften.

In früheren Zeiten war es hier am Orte noch mehr Sitte, als jetzt wahrzunehmen ist, daß an diesem Tage Abends Gesellschaften eingeladen und auch nicht geladene vermummte Gestalten willkommen geheißen wurden. In katholischen Ländern beginnt mit diesem Tage die sogenannte „geschlossene" Zeit, wo alle geräuschvollen Lustbarkeiten, lärmende Musik und dergleichen ein Ende haben, darum es sprüchwörtlich heißt: Katharein — Schließt Geig' und Baß ein. — So feierte man denn ähnlich, wie vor den langen Fasten der Osterzeit, zu guterletzt gesellige und lärmende Feste. Am rauschendsten ging bis in den Anfang dieses Jahrhunderts die Feier in England vor sich. Die Arbeiter auf den Werften führen am Vorabend des Tages einen Mann in Frauenskleidern mit einem großen Rad neben sich als heilige Katharine auf einem breiten hölzernen Sessel in der Stadt herum und hielten an verschiedenen Häusern still, woselbst sie Reden zu halten und Scherz zu treiben pflegten. Jubeln und Trinken fehlte dabei natürlich nicht.

In Belgien wird die heilige Katharina der Bedeutung ihres Namens gemäß (καθαρός = rein) als Urbild der Reinheit von den Mädchen als Patronin verehrt. Braven Dienstmädchen verschafft sie einen guten Dienst, fleißigen Schulmädchen bringt sie hübsche Geschenke. Ihr Gedächtnißtag wird daher nicht bloß in allen Mädchenschulen und Mädchenpensionen als Feiertag begangen, sondern auch in allen Familien, die unverheirathete Töchter haben, als Festtag gefeiert. Ueberall werden Abends Gesellschaften eingeladen, Bälle und dramatische Aufführungen veranstaltet, und den Mädchen des Morgens Blumensträuße und Putzgegenstände geschenkt.

Nach dem Kalender des Volkes beginnt entweder mit dem Katharinentag oder mit dem Tage des heiligen Andreas, am letzten November, die Winterszeit, daher es nach der Bauernregel heißt:

Kathareine hett den Winter innem Schreine.

## Vermischtes.

In einem hannoverschen Blatte findet sich folgendes ‚Brautgesuch': „Ein Student, welcher bereits zwei Jahre auf einer deutschen Universität studirt hat, sucht eine Jungfrau, welche gesonnen ist, ihm zur Vollendung seiner Studien die nöthigen Mittel zu reichen, um nach Verlauf von zwei oder höchstens drei Jahren seine Gattin zu werden."

— Die legitime Herrschaft des schwarzen Fracks wird in der beginnenden Wintersaison schwer erschüttert werden. Die neue Mode bringt in der eleganten Welt von Paris die farbigen Fräcke zur Geltung, blaue besonders für Hochzeiten, wie man namentlich dieser Tage erst bei Vermählung des Grafen d'Estourmel und des Herzogs v. Belluna gesehen. Auf Bällen wird man nur noch wenig schwarze, sondern vorzugsweise blaue und grüne Fräcke sehen; außerdem ist prune de Monsieur sehr beliebt. Der schwarze Frack behauptet sich nur noch bei officiellen Galadiners, bei Begräbnissen, in Theaterlogen ꝛc.

# Locales.

Der gestrige Abend wurde im Kreise unseres Handwerkervereins mit Beantwortung eingelaufener Fragen begangen. Die bei weitem wichtigste, von Hrn. Vicepräsidenten Liebert besprochene Frage lautete: Hat der arbeitsunfähig gewordene Arbeiter Ansprüche auf Unterstützung durch den Staat? Der Redner beantwortete dieselbe, in Uebereinstimmung mit der in Deutschland jetzt namentlich durch Schulze-Delitzsch vertretenen Auffassung zu Gunsten des freien Arbeiters mit einem entschiedenen „Nein", indem er auf die so segensreich wirkenden Associationen zum Behuf der Selbsthülfe, als: Consumvereine, Spar-, Kranken- und Invaliden-Cassen, die, wo sie ins Leben getreten, und vernünftig organisirt sind, dem Bedürfniß vollständig Genüge leisten, hinwies. Dissentirende Meinungen wurden nicht verlautbart.

## Fremden-Liste.

Vom 23. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Hr. v. Jürgens aus Ullila; Hr. Koljo vom Lande.

## Witterungsbeobachtungen.

22. Novbr., A. St. (4. Decbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 335,38 | + 0,28 | −4,0 | $O_2$ | Dünn bewölkt (1) |
| 2 U. | 337,03 | + 1,89 | −2,5 | $SO_2$ | Trüb (4) |
| 11 U. | 339,60 | + 4,40 | −1,8 | | Trüb (4) |
| Mittel | 336,60 | | −2,99 | | (3,53) |

Die Temperatur ist 0,54 unter dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,94 im J 1838, kleinste −11,95 im J. 1849. War gestern das Thermometer bei sinkendem Barometer gesunken, so steigt es heute zugleich mit letzterem, ganz dem gewöhnlichen Verhalten zuwider, ein Zeichen fortdauernder Unruhe in der Atmosphäre. Wahrscheinlich sind beide Tage im Innern Rußlands kalt gewesen.

---

Die mittlere Temperatur des November dieses Jahres ist 1,69 R., das gewöhnliche Mittel ist −0,70, also die Temperatur 2,39 höher als gewöhnlich.

Der mittlere Barometerstand ist 334,37, das 19jährige Mittel 335,57, es ist also der Luftdruck um 1,20 Linien kleiner. Der höchste Barometerstand war 343,72, der kleinste3 25,38, der Unterschied 18,34 Linien, im Mittel ist diese Größe 16,09 Linien.

Die mittlere Bewölkung ist 3,35 (0 heiter, 4 ganz bedeckt), im Mittel ist dieselbe 3,17.

Regen (und Schnee) fiel an 22 Tagen, im Mittel 13,1; heitere Tage waren nur 2. Die Höhe des als Regen und Schnee gefallenen Wassers betrug 1,482 paris. Zoll.

Am Mittag war der mittlere Barometerstand bei den einzelnen Winden

| | 1863 | Vieljähr. Mittel. |
|---|---|---|
| NO. | 342,28 | 339,37 |
| SO. | 335,61 | 337,18 |
| S. | 331,62 | 332,70 |
| SW. | 332,73 | 332,54 |
| W. | 335,44 | 335,20 |
| NW. | 337,07 | 335,04 |
| Still. | 335,17 | 337,65 |

Dieser Monat bietet eine Menge ungewöhnlicher Verhältnisse dar und bildet namentlich einen auffallenden Gegensatz gegen den vorjährigen.

Nehmen wir die Winde, so sind sie vorherrschend

| | N. | NO. | O. | SO. | S. | SW. | W. | NW. | Still. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Allgem.: Tage | 1,4 | 1,5 | 3,5 | 4,0 | 3,8 | 4,9 | 6,2 | 2,5 | 2,2 |
| 1863 | 0 | 1 | 0 | 1 | 2 | 12 | 10 | 1 | 3 |
| 1862 | 0 | 3 | 16 | 7 | 0 | 0 | 1 | 0 | 3 |

Fehlen in diesem Jahre die nördlichen Winde fast ganz und finden wir an 24 Tagen südwestliche Winde, so fehlten letztere im vorigen Jahre, dafür wehten aber an 26 Tagen östliche Winde. Daraus folgt der ungleiche Barometerstand in diesen beiden Jahren. Stand er in diesem Jahre 1,20 Linien unter dem Mittel, so war er damals 5,71 über demselben und dabei war er anhaltend so ruhig, daß der Unterschied zwischen den Extremen nur 7,49 L. betrug, ja das Minimum (337,03) nicht einmal bis zum gewöhnlichen Mittel herabkam. Wenn ungeachtet dessen das Barometer bei diesen südwestlichen Winden in diesem Jahre etwa eben so tief stand als im vieljährigen Mittel, so ist der Unterschied vorzüglich in der letzten Hälfte des Monates zu suchen, wo das Barometer einen hohen Stand hatte. Blieben dabei die Winde südwestlich und die Temperatur hoch, so ist dieses ein Beweis, daß andere Gegenden verhältnißmäßig noch wärmer für die Jahreszeit waren, als Dorpat.

Aus dieser Verschiedenheit der Windrichtungen erklärt sich ferner die ungleiche Bewölkung. Diese war 2,62 im Jahre 1862 und 3,35 im Jahre 1863. Eben so die große Zahl von Regentagen, obgleich es an mehreren Tagen nur einzelne Tropfen oder Schneeflocken waren. Am 28., wo es ungeachtet des hohen Barometerstandes aus SW. und W. stürmte, schien es auf kurze Zeit als ob endlich nordöstliche Winde eintreten wollten, das Barometer sank ziemlich schnell bis 5 Uhr N. (338,47), dabei regnete es kurze Zeit in großen Tropfen und das Barometer fing nun an zu steigen, gerade so wie es in der Regel bei solchen Aenderungen zu sein pflegt, aber es blieb beim Alten.

Eben so ist die hohe Temperatur eine Folge dieser Windrichtung; nur wenige Jahre zeigen in diesem Monate eine solche Größe, am wärmsten war der November 1847, nämlich 2,56, am kältesten war er im Jahre 1858, −3,55.

Herrschte im vorigen Herbste mit seltener Dauer der Polarstrom und ging dieser dann gegen Ende des Jahres in einen eben so entschiedenen Aequatorialstrom mit milder Witterung über, so haben wir in diesem eben so entschieden den letzteren; es zeigte sich dieses in ganz Europa. Sollte nach allerdings heftigen Aufregungen der Atmosphäre in einem großen Theile der Erde (weit über die Grenzen von Europa hinaus), der Polarstrom das Uebergewicht erhalten, so ist es wahrscheinlich, daß er dann eben so beständig sein wird. Alle bisherigen Kämpfe der Winde haben das große Uebergewicht des Aequatorialstromes gezeigt.

Am 14. lebhaftes Nordlicht; bemerkte ich ein solches auch nicht am 15., so war die Helligkeit des Horizontes im Norden doch etwas größer als in anderen Richtungen.

№ 639. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 23. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Im Verlage von **E. J. Karow** in Dorpat und Fellin erschien:

Neuer

**Dorpater Kalender**

für das Schaltjahr

**1864.**

Preis geheftet und der Kalender mit Papier durchschossen 25 Kop.

**Inhalt.**

**Kalendarium.** Erläuterungen. Erklärung der Zeichen der Sternbilder. Die Planeten und Planetoiden. Zeitrechnung. Ostertabelle. Finsternisse. Die 4 Jahreszeiten, die 4 Quatember und die kirchliche Jahresrechnung. Monatskalender. Datumzeiger für 1864. Verzeichniß der Kirchen- und Staats-Feste.

Die jetzigen europäischen Regenten ꝛc. Baltische Emigranten von J. Eckardt. Der alte Link. Unsere practische Seite. Die geistreichen Frauen. Gewerbelied. Räthsel. Seidenhüte.

Verzeichniß der Jahrmärkte in Livland. Correspondenz-Annahme im Dorpater Post-Comptoir. Ankunft und Abgang der Posten in Dorpat. Preise der Plätze in der Postkutsche. Ankunft und Abgang der Posten in Pernau. Ankunft und Abgang der Posten in Fellin. Livländische Diligence. Diligence zwischen Dorpat — Werro — Pleskau. Taxe des Gewichtgeldes für Briefe und Päckchen. Taxe der Assecuranzsteuer für Geld- und Werthsendungen. Ueber die Stempel-Couverts. Ueber Postmarken. Taxe des Porto für ausländische Briefe. Poststationen und deren Entfernungen. Fahrpreise und Entfernungen sämmtlicher inländ. und einiger ausländ. Eisenbahnen. Telegraphenstation zu Dorpat. Stempelpapier und Preise desselben. Beamte, Behörden und Anstalten in Dorpat.

---

Aufträge auf die **Journale für das Jahr 1864** erbitte mir, um keine Unterbrechung der Fortsetzungen zu veranlassen, bis zum Ende dieses Monats.

Dorpat, im Novbr. 1863.

***Th. Hoppe.***

---

Eine große Sendung **Lampen-Cylinder** erhielt **L. O. Fischer.**

---

Bei **E. J. Karow** in Dorpat ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

**Uus**

**Saksa-kele öppimisse-ramat ma-rahwale.**

Endise

**Wändra öppetaja K. Körberi kirjotud.**

Essimenne jagge.

Kurze Anleitung

für

**Ehsten**

zur

**Erlernung der deutschen Sprache.**

Von

**K. Körber,** Pastor emerit.

Erster Theil.

geh. Preis 25 Kop.

---

Nachstehende

**Novitäten**

sind vorräthig bei Universitäts-Buchhändler **E. J. Karow** in Dorpat und in der **E. J. Karow**'schen Buchhandlung in Fellin:

Longner, Jgn. v., Beiträge zur Geschichte der oberrheinischen Kirchenprovinz. Preis 2 Rbl. 92 Kop.

Wimmer, G. A., Bibelstunden. Bd. 1., Adam und sein Geschlecht. 1 Rbl. 5 Kop.

Monod, Ad., Das lebendige Wort. Der Beruf der Kirche. 2 Predigten. Aus dem Französischen. 42 Kop.

Meurer, Lic. M., Das Leben der Altväter der lutherischen Kirche. Bd. 3. 2 R. 30 Kop.

Erachten der theol. Facultät zu Rostock über die Frage, ob eine Emendation oder Revision der lutherischen Bibelübersetzung nöthig und räthlich scheint? 32 Kop.

Der einige Trost im Leben und im Sterben. Dargelegt in Predigten verschiedener Verfasser über den Heidelberger Katechismus. 2 Rbl. 25 Kop.

Schrotter, G., Historia sacra in usum studiosae juventutis adornata. Pars prior. Tomus I. 2 Rbl. 50 Kop.

Keerl, P. F., Die Lehre des Neuen Testaments von der Herrlichkeit Gottes. 84 Kop.

Apostolische Beiträge von W. F. Geß und Ch. J. Riggenbach. 1 Rbl. 1 Kop.

---

**Concert**

des

**Dorpater Sängerkreises**

am

**Sonntag den 24 November**

im

Saale des Commerz-Clubs.

**Anfang 8 Uhr.**

Nur für Mitglieder des Commerz-Clubs und deren Familien.

---

Wegen eingetretener Krankheit müssen die

**dramatischen Vorlesungen**

bis auf Weiteres unterbleiben. **Hütter.**

---

Ein **Schreib-Büreau, Garderobe- u. Wäsche-Schränke, Commoden, Thee-, Schreib-, Spiel-, Nipp-** und **Wasch-Tische,** sowie **Betten** und **Bettschränke** sind vorräthig bei der

Tischlerwittwe **Königsmann,**

Scharrenstraße.

---

Bis Ende dieses Monats verkaufe ich meine hiesigen, gut gearbeiteten **Damen-Prünellstiefel** zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**B. A. Müller,**

Galoschenhandlung

(Haus Petersonn, Ritterstr.)

№ 273. Montag, den 25. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

Das **„Dorpater Tagesblatt"** wird auch im nächsten Jahre in der bisherigen Ausstattung und unter sorgfältigster Redaction in meinem Verlage erscheinen. — Die Preise bleiben unverändert:
mit der Post jährlich 9 Rbl., halbjährlich 4 Rbl. 50 Kop.;
für Dorpat: jährlich 6 Rbl., halbjährlich 3 Rbl., vierteljährlich 1 Rbl. 50 Kop.
mit Zustellung ins Haus jährlich 7 Rbl., halbjährlich 3 Rbl. 50 Kop., vierteljährlich 1 Rbl. 75 Kop.

E. J. Karow.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Personalnotiz. Zur Justizreform. Offnes Schreiben. St. Petersburg: Großfürst Constantin. Warschau: Ueber die Nationalregierung.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Erklärung Bismarck's in der dänischen Frage. v. d. Heydt. Die Polensache. Budget. Marschbereitschaft der Sachsen. Altona: Hannover's Bundesexecution. Erklärungen am Bundestag. — Dänemark. Kopenhagen: Ansichten des Ministers Bluhme. Bischof Grundtwig. Hinneigung zu Schweden. Civilliste. Engl. Flotte. — Großbritannien. London: Die Congreßdepeschen. — Frankreich. Paris: Napoleon III. und der Congreß. Von der franz. Grenze: Die Antwort Englands. Baron Budberg. Abd-el-Kader. Baron Stieglitz. — Nordamerica. Newyork: Kriegsbewegungen. Toaste.

**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 25. Nov. Der Minister der Volks-Aufklärung hat in Folge der von dem Minister der innern Angelegenheiten erhaltenen Benachrichtigung genehmigt, den Priester Sorotschinsky zur Erfüllung der Pflichten eines Capellans und Religionslehrers bei der Dorpater Universität für die Studirenden römisch-katholischer Confession zuzulassen.

**Dorpat**, 25. Novbr. In Estland sind die von verschiedenen Seiten ausgearbeiteten Projecte der Justizreform nunmehr als Manuscript gedruckt und zur Vertheilung gekommen. Eben dorther gehen uns folgende gelegentliche Bemerkungen, welche die ganze noch offene Frage berühren, zu: Daß neuerdings mehrfach auf Erhöhung der Gehalte der Secretäre, namentlich in den Manngerichten, gedrungen wird, beweist nur, daß der Schwerpunct unserer Justiz, etwa in Estland, bisher nicht im Oberlandgerichte und nicht im Manngericht, d. h. nicht in ihrem Richterpersonale liegt, sondern in den Cancelleien, wie es auch bei wechselnden und nicht rechtserfahrenen Richtern nicht anders sein kann und darf. Wir stehen eben nicht mehr in den Tagen König Waldemars oder Erichs, sondern in einer Zeit sehr complicirter Rechtsverhältnisse, zu deren Beurtheilung einfacher Menschenverstand, auch wenn er der gesundeste, nicht hinreicht, sondern specielle durch Studium und Erfahrung gewonnene Rechtskenntniß erforderlich ist. So ist es und so war es, schon seit den Tagen, als der Rath einen im römischen Rechte gelehrten Schreiber bei sich anstellte; hätten er und andere Richter solches nicht nothwendig gefunden und etwas mehr ihr eigenes Recht gekannt und auf die sich entwickelnden Verhältnisse anzuwenden verstanden, so hätten wir auch unser angestammtes Recht behalten, das wol gegen Kaiser und Könige und Herzoge, die es nicht nahmen, vertheidigt ward, nicht aber gegen die gelehrten Schreiber, die es einfach wegwischten. — Der Zusammenhang unserer Gerichtsverfassung wird hier, wie meist, mißverstanden. Es liegt nicht darin, daß das Landrathscollegium zugleich Justiz-Instanz oder daß nur grundbesitzliche Indigene Richter, — das kann Alles aufhören, ohne daß unsere Verfassung um ein Haar gekrümmt wird. Unsere Verfassung fällt aber, wenn wir uns vor andere, als unsere eigenen, von uns selbst gewählten Richter stellen müssen und noch mehr wird unser Recht bedroht. Hier haber wir aber nicht sowol zu bewahren, als wiederzuerobern, so viel ist uns von unserm Rechte bereits entfremdet worden. — Wo wir am meisten zu lernen haben? Man versuche es doch mit dem englischen Gerichtsverfahren und englischer Gerichtsverfassung. Freilich welche Complication in der Behördenverfassung! Mehr vielleicht, als absolut nothwendig wäre; — nothwendig ist und bleibt aber Complication, wenn man keine Büreaucratie will. Mit Büreaucratie ist es sehr leicht einfach zu sein und kann man auch ohne viel Gefahr organisiren und reorganisiren, nicht so, wo Selfgovernement auch in der Justiz möglichst erhalten werden soll. Unsere Landsleute wenden sich meist gern nach Deutschland; die Russen nach Frankreich, um sich Belehrung zu holen. Letzteres mag hingehen; Rußland hatte eine Büreaucratie und sein jetziges Streben dieselbe loszuwerden ist nur eine kleine, unschuldige Selbsttäuschung, die wahrscheinlich über kurz oder lang damit enden wird, sie noch fester wiederherzustellen. Wir aber waren noch ziemlich frei davon und wünschen ja auch es zu bleiben. Da paßt für uns Deutschland kaum mehr zum Muster, als Frankreich; trotz aller Geschworenen ist die Justiz dort ebenso büreaucratisch, wie hier. Wenn ich von Muster spreche, so meine ich nicht eines, das wir copiren, sondern eines, das uns Ideen, Vergleichungs- und Anhalt-Puncte geben soll. Englische Gerichtsverfassung und Verfahren copiren, wäre noch abgeschmackter, als das Copiren der Parlamente gewesen ist; aber wir können dort sehen, wie in einem concreten Fall communale und ständische Selbständigkeit sich im Kampfe mit den Ansprüchen der Centralgewalt entwickelt hat und wie zwischen ihnen compromittirt ist und nun zusehen, wie wir in unserm andern concreten Falle unsere ständischen und communalen Justiz-Institutionen den Anforderungen der Zeit gemäß entwickeln. In Deutschland finden wir von all dem Nichts, selbst in dem gerichtlich gepriesenen Hannover nicht, so weit ich es kennen lernen können. Auch der englische Proceß, so arge Auswüchse er auch hat, namentlich in den unendlichen Appellationen in Bezug auf die Rechtsfrage, verdient, wie mir scheint, mehr Berücksichtigung als die deutschen, wenn wir ehrlich von unnützer Schreiberei uns losmachen wollen. Es wird Einem gar leicht zu Muthe, wenn man die kurzen, schriftlichen Behauptungen, welche dort die Parteien wechseln, sieht und dabei an die unendlichen vom Chaos und der Schöpfung, aber nur nicht vom eigentlichen Proceßgegenstande sprechenden Satzschriften unserer Advocaten denkt. Im Court of Chancery hatten die Engländer auch lange ein dem unsrigen ähnliches Verfahren und immer war es ihnen ein Greuel.

— In der Rig. Ztg. Nr. 273 veröffentlicht Herr E. von der Brüggen, s. Z. Director der kurländischen brüderlichen Conferenz, ein „Offenes Schreiben in Sachen der v. Rutenberg'schen Broschüre", und weist verschiedene daselbst enthaltene „Unwahrheiten und thatsächlich falsche Behauptungen" zurück. Eine frühere Nummer (266) hatte unter der bekannten Chiffre W. B. eine Beleuchtung des von Herrn v. Rutenberg empfohlenen „Zwangverkaufes" gebracht.

**St. Petersburg.** Großfürst Constantin hat bei den Fürsten Schwarzenberg, Esterhazy, Liechtenstein und Auersperg in Wien längere Besuche abgestattet. Im Laufe der nächsten Tage wird dem Großfürsten zu Ehren noch eine große Hofjagd abgehalten. Die Abreise des Großfürsten nach Baden-Baden erfolgt demnächst.

Dem Golos schreibt man aus **Warschau** vom 13./25. November: Nach den letzten Erlassen der Nationalregierung zu urtheilen, muß ihre Lage eine kritische sein. Sie fordert die Patrioten zur Besetzung der immer noch unbesetzten Aemter auf und zeigt an, daß von nun an alle Anordnungen blos vom Stadthauptmann von Warschau untersiegelt werden würden. In beiden Erlassen ist viel von der Nothwendigkeit allgemeinen Vertrauens zur Nationalregierung die Rede, sie denke nicht daran, ihr Vaterland zu verrathen und den bewaffneten Widerstand aufzugeben. Die Phrasen der neuen Erlasse beweisen, daß die Zeit des Glanzes vorüber ist und daß mit den Maßregeln unserer Regierung sich auch die Verhältnisse geändert haben. Viele Theilnehmer an der Revolution sind über die Grenze geflohen. Ein Pole, welcher aus dem Auslande zurückkehrte, wo er nicht selten mit diesen Flüchtlingen zusammentraf, erzählt, daß dort das Gerücht gehe, das Personal der Nationalregierung habe bereits 11 Mal gewechselt; die meisten Veränderungen kamen in den drei letzten Monaten vor. Die Ursachen dieser Veränderungen waren rein äußerliche, namentlich die Arretirung einzelner Mitglieder. So wie ein bedeutenderes Mitglied der Nationalregierung verhaftet wurde, wählten die übrigen sofort eine neue Regierung und flüchteten über die Grenze, um der Verhaftung im Falle einer Denunciation zu entgehen. Die Anführer des Aufstandes, stets in Gefahr unseren Behörden in die Hände zu fallen, müssen jetzt mehr für ihre persönliche Sicherheit als für die Angele-

genheiten der Nationalregierung sorgen. Ihrem Beispiele folgen die Hängegensdarmen. In Warschau findet man fast täglich auf die Straße geworfene Dolche und Messer. In den Provinzen beginnen die Schuldigen sich zu stellen und Ergebenheitsadressen werden angefertigt. Die letzten zwei Tage versetzten der polnischen Revolution harte Schläge. In Sieldze wurde der Sohn eines der reichsten Warschauer Banquiers, Namens Rawitsch, gehängt; er war Mitglied der Nationalregierung gewesen. Die Nachricht über seine Hinrichtung wirkte in Warschau wie ein Donnerschlag. Man hatte allgemein gehofft, daß das Urtheil nur auf Verschickung lauten würde. Viele glaubten, daß man nicht wagen würde, einen der reichsten Einwohner Warschau's zu hängen. In der Nacht auf den 12. November wurden ferner 29 Personen arretirt, größtentheils zu den höheren Beamten gehörend, unter ihnen die Directoren einer Abtheilung der Commission für innere Angelegenheiten, wirkl. Staatsrath Lutschewski, der Finanzen, wirkl. Staatsrath Mutschinski; der Sohn des Warschauer Civil-Gouverneurs Latschinski, sechs Beamte der Verwaltung des Ober-Polizeimeisters und Andere. Der größte Theil der Administrativ-Beamten nahm entweder thätigen Antheil am Aufstande, oder begünstigte ihn durch völlige Unthätigkeit. Die Administration, welche bisher über sich kein wachsames Auge sah und keine feste Hand fühlte, hat sich überzeugt, daß dem nicht mehr so ist. Strenge Handhabung der Administration wird der Nationalregierung die Hände binden und zur Unterdrückung des Aufstandes mehr beitragen, als die Vernichtung einzelner Banden. — Aus den Provinzen nichts Neues. Die Truppen ziehen fortwährend auf Expeditionen aus und überall finden sie Reste berittener Banden. In der Abtheilung des Fürsten Wittgenstein wird eine besondere Thätigkeit entwickelt. Es ist ihm gelungen zwei der Hauptagitatoren seines Kreises Slupski und Brecelli (alias Callier) gefangen zu nehmen.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 1. Decbr./17. Novbr. Im Abgeordnetenhause verliest Bismarck eine officielle Erklärung, aus der Folgendes zu bemerken: „Unsere Stellung zu der dänischen Frage ist durch eine Vergangenheit bedingt, von der wir uns nicht willkürlich lösen können, und welche uns Pflichten gegen die Herzogthümer, gegen Deutschland und gegen die europäischen Mächte auferlegt. Für Preußens Stellung zur Sache ist zunächst der Londoner Vertrag von 1852 maßgebend. Die Unterzeichnung desselben mag beklagt werden, aber sie ist erfolgt, und es ist ein Gebot der Ehre wie der Klugheit, an unserer Vertragstreue keinen Zweifel haften zu lassen. Indem wir aber dieses Gebot für uns selbst anerkennen, bestehen wir ebenso auf seiner Geltung für Dänemark. Der Londoner Vertrag und die Vereinbarungen von 1851 bis 1852 stehen und fallen mit einander. Wenn wir uns von dem Vertrag von 1852 lossagen, berauben wir Schleswig der Basis, welche dieser Vertrag seiner Stellung giebt. Die Entscheidung über die Frage, ob und wann wir durch Nichterfüllung der dänischen Verpflichtungen in den Fall gesetzt sind, uns von dem Londoner Vertrage loszusagen, muß die königliche Regierung sich vorbehalten; sie kann dieselbe weder dem deutschen Bunde überlassen, noch sie hier zum Gegenstande von Erklärungen machen. Wir haben mit der kaiserlich österreichischen Regierung Verabredungen getroffen, welche eine übereinstimmende Haltung beider Mächte in Betreff des Londoner Vertrages und seiner Consequenzen einstweilen sicher stellen. Dieselben gehen von der Annahme aus, daß in Lauenburg der König Christian auch ohne den Londoner Vertrag successionsberechtigt sein würde, nachdem der nächste Erbe, der Prinz Friedrich von Hessen, zu seinen Gunsten entsagt hat. In Betreff Holsteins dagegen beruht für uns der Successionstitel auf dem Londoner Vertrage, und ist die Verwirklichung desselben von der Erfüllung der Vorverträge abhängig, welche mit dem Londoner Vertrage in solidarischem Zusammenhange stehen. Daß Letzteres der Fall sei, ist durch das Zeugniß des competentesten aller Zeugen, des Herrn Bluhme, welcher 1851 und 1852 dänischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten war, im dänischen Reichsrathe bekräftigt worden. Wir sehen, so lange wir den Londoner Vertrag nicht als hinfällig betrachten, in König Christian den Erben des Rechts und des Unrechts seiner Vorgänger. Demzufolge bestehen die Beweggründe fort, durch welche der Executionsbeschluß vom 1. Octbr. d. J. hervorgerufen wurde, während durch die Umstände eine beschleunigte Ausführung desselben geboten erscheint. Zu diesem Behufe haben wir in Gemeinschaft mit Oesterreich die erforderlichen Anträge zu sofortigen Vollziehung der Execution gestellt." — Die Wahlprüfungs-Abtheilung des Abgeordneten-Hauses beschloß mit 19 gegen 11 Stimmen, die Ungültigkeit der Wahl des Abgeordneten v. d. Heydt zu beantragen. In Bezug auf die Angelegenheit der drei Polen wird bestätigt, daß ein Antrag auf eine geheime Sitzung eingebracht werden soll. Der Antrag würde vorerst dahin gehen, daß die Sache zuerst an die Justiz-Commission zurückgewiesen werde. Diese solle vom Hause ermächtigt werden, eine geheime Sitzung zu halten, damit die Regierung in derselben nähere Mittheilung über die Lage der Untersuchung geben könne. — Von Köln ging ein Commando des Pionier-Bataillons auf der Eisenbahn nach Bremen und von dort weiter nach der Jahde.

— Die Abgeordneten beschlossen einstimmig sofortige Berathung des Budgets für 1864. Der in der dänischen Frage angenommene Commissionsantrag ist der ursprüngliche Antrag von Stavenhagen — Virchow mit dem Zusatz: „daß einem deutschen Volksstamme gegen seinen Willen und gegen seine verfassungsmäßigen Rechte kein fremder Herrscher durch fremde Mächte aufgedrungen werden darf." — Aus Leipzig wird gemeldet, daß an die zur Theilnahme an der Execution (nunmehr Occupation) in Holstein bestimmten Truppen die Ordre zur Marschbereitschaft für nächste Woche eingegangen ist.

**Altona**, 2. Decbr./20. Novbr. Während Garibaldi eine Million Musketen für Italien verlangt, hat Deutschland nur eine Million Worte für Schleswig-Holstein. Auch Hannover hat sein Schweigen über die Bundesexecution gebrochen und erkärt, daß es nur nicht seine 3000 Mann in den sichern Tod gegen eine größere Anzahl Dänen schicken wolle; es sei bereit 6000 Mann neben 6000 Sachsen zu expediren, wenn ein Rückhalt in einer preußischen Reserve von 12000 Mann gegeben sei. — Die Erklärung, welche Preußen und Oesterreich am Bundestag abgegeben haben, geht dahin, die Stellung beider Regierungen sei bedingt durch den Londoner Vertrag, den sie 1852 mit abgeschlossen haben, nachdem seine Vorbedingungen durch Verhandlungen mit Dänemark 1851/52 festgestellt waren. Die Gesammtheit dieser Verabredungen bilde ein untheilbares Ganzes, das durch den Londoner Vertrag abgeschlossen worden sei. Beide Regierungen seien bereit, den Vertrag auszuführen, wenn Dänemark die vorgängigen Verabredungen ausführe. Die Succession im Herzogthume Lauenburg stehe dem Könige Christian auch dann zu, wenn den Londoner Vertrag hinfällig werde. Also sei die Zulassung des dänischen Gesandten für Lauenburg unanfechtbar; für Holstein-Lauenburg erst dann, wenn Dänemark die Zusagen von 1851/52 erfülle. — Sogar der Gesandte des Großherzogthums Hessen stellte für den Nothfall das ganze Contingent des Landes zur Verfügung, und beantragte, Dänemark aufzufordern, die Bundesländer zu räumen, so wie die diesen Bundesländern angehörigen Soldaten zur Verfügung des Bundes zu stellen. — Ueber den sogenannten Verzicht des Herzogs von Augustenburg ist festgestellt, daß seine Erklärung nur dahin geht, er wolle nichts gegen die vom König von Dänemark beliebte Erbfolgeanordnung unternehmen. In dieser Unthätigkeit verharrt er auch noch jetzt.

## Dänemark.

**Kopenhagen**, 27./15. Nov. Bemerkenswerth ist die Rede, die der frühere Minister Bluhme über die neue Verfassung im Reichsrath hielt. Der Gedanke, den Bluhme in dieser Rede durchführt, ist ein doppelter: Einmal: Der Zweck des Londoner Protocolles war vor Allem die Aufrechthaltung der Integrität Dänemerks: indem nun das neue Staatsgrundgesetz die Aussonderung Holsteins proclamirt, hebt es die Integrität Dänemarks auf und beseitigt dadurch den Zustand (nämlich den Gesammtstaat), um dessentwillen die Großmächte überhaupt den Londoner Vertrag abschlossen. Der zweite durchgeführte Gedanke Bluhmes ist aber der: Das Staatsgrundgesetz, wenn es nicht die Incorporirung Schleswigs ist, ist doch so gut wie diese Incorporirung und wird jedenfalls, und zwar mit gutem Grunde, von den deutschen Mächten als eine solche Incorporirung angesehen werden. Deshalb warnt er. Daß er vergebens gewarnt, wissen wir schon. Die Ausfälle des Redners auch gegen Deutschland und seine Reflexionen beweisen, um dies noch einmal hervorzuheben, daß derselbe ganz entschieden auf dänischem und nicht auf deutschem Standpuncte steht. Sein Urtheil, daß durch die neue dänische Verfassung die Grundlage des Londoner Protocolls erschüttert worden sei, muß daher als ein durchaus unbefangenes und für die Beurtheilung der Sache wichtiges Bekenntniß aufgefaßt werden.

— Ueber die Hinneigung zu Schweden wird berichtet; am Todestage wurde von Militär und Volk oft gerufen: „Es lebe König Karl XV." Die Stimmung war so, daß, wenn König Karl am 17. um 1 Uhr Mittags mit bloß einigen Adjudanten an der Zollbude gelandet wäre, das Volk ihn in Triumph nach Schloß Christiansborg getragen und zum Könige ausgerufen hätte. So berichtet ein dänischer Briefsteller, und dieses Schreiben macht jetzt die Runde durch die dänischen Zeitungen. — Aus Flensburg wird gemeldet, daß zwei in Nordschleswig recrutirte Bataillone daselbst mit dem Gesang „Schleswig-Holstein" eingerückt sind. — Für die Civilliste Sr. Majestät ist die Summe von 800.000 Thalern Reichsmünze verlangt worden. — Die Nachricht, die auf telegraphischen Wege in den letzten Tagen hierher gelangt war, daß die englische Canalflotte Befehl erhalten habe, von Spithead nach Kopenhagen in See zu gehen, ist irrig. Ein großer Theil der Canalflotte geht vielmehr nach Lissabon, ein anderer Theil folgt eben dorthin im December.

— Ein Leitartikel in Fädrelandet vom alten Bischof Grundtvig erklärt, daß der Londoner Tractat kein „unbedingtes" Recht in Bezug auf Holstein-Lauenburg gewähre und daß das dänische Volk sich am Ende wol in eine „offene und ewige Scheidung von Holstein" finden und daß die Trennung Holsteins und Lauenburgs „unter einem selbständigen Fürsten" das Resultat der gegenwärtigen Krisis sein dürfte. Man werde einwenden, sagt der alte Grundtvig, daß auf einen solchen Vergleich König Christian IX. wol kaum und Deutschland gewiß nicht eingehen werde, und es könne wol sein, daß keiner von beiden Theilen sich dazu werde verstehen wollen, ohne vorerst das Kriegsglück erprobt zu haben; aber nach einem Siege, nach allen Richtungen hin auf Kosten des dänischen Volkes gewonnen, würde man sich diesseits doch wol dazu verstehen.

## Großbritannien.

**London**, 28./16. Novbr. Ueber den die Congreßfrage betreffenden Depeschenwechsel bemerkt die Times: „Die französische Nation wird uns wahrscheinlich eine kalte und phlegmatische Gleichgültigkeit gegen

die erhabenen Pläne ihres Kaisers, so wie Unfähigkeit vorwerfen, den großartigen Gedanken eines Congresses zu würdigen, auf welchem Groll und Selbstsucht abgelegt werden sollen und sich alle zum gemeinsamen Besten des Ganzen vereinigen sollen. Die Franzosen werden sich, denken wir, darin vollständig irren. Vielleicht gerade deshalb, weil wir einen weit größeren Werth, als die Franzosen, auf Frieden und Ruhe legen und weil wir von der Wichtigkeit eines Congresses einen noch ernsteren Begriff haben, vermeiden wir jede Gefahr, ein Friedens-Instrument in einen Anlaß zum Kriege zu verwandeln. Allein die einfache Wahrheit ist, daß wir kein Vertrauen dazu haben, es werde dem größten menschlichen Scharfsinne, sei es auch der Scharfsinn eines von einem Napoleon geleiteten Diplomaten-Congresses, gelingen, dem stets wechselnden Wachsthum und den stets neuen Anforderungen von Nationen Schranken zu setzen." — Nur sehr wenige Stimmen in der hiesigen Presse erheben sich gegen Ton und Inhalt der die Congreß-Angelegenheit betreffenden Depeschen Earl Russell's. Der Morning Herald wirft der letzten Depesche des englischen Staats-Secretärs Mangel an Höflichkeit vor und der Morning Star schüttelt überhaupt zu der Ablehnung den Kopf. Neben der Times aber freuen sich auch Daily News und die anderen Blätter nicht nur über Earl Russell's practischen und nüchternen Ton, sondern auch darüber, daß er mit der Correspondenz nicht lange hinter dem Berge gehalten hat.

## Frankreich.

**Paris**, 1. Decbr./19. Novbr. Aus der Kriegsbrochüre: „Napoleon III. und der Congreß" sind folgende Stellen hervorzuheben: Die Rede des Kaisers vor den großen Staatskörpern und der Brief Sr. Majestät an die Souveraine bilden eine der ernstesten Begebenheiten der modernen Zeiten. Ihre Consequenzen werden einerseits fruchtbringend sein, wenn der Congreß das politische Gebäude Europa's redressirt, andererseits aber schrecklich und unvermeidlich, wenn der Congreß sich nicht vereinigt, oder sich trennt, ohne die Grundlagen dieses Gebäudes gelegt zu haben. Es konnte nicht die Absicht des Kaisers sein, eine allgemeine, vollkommen bekannte Situation aus einander zu setzen, wol aber zu erklären, daß diese unerträgliche Situation nicht länger dauern kann; daß sie verhängnißvoll zum Kriege führt; daß, je mehr man in Mißtrauen und übertriebenen Rüstungen plötzlichen und unwiderstehlichen Ereignissen wartend entgegensieht, desto furchtbarer die Gefahr, desto zerstörender der Krieg sein wird, da „die Vervollkommnung der Civilisation die Völker in der Solidarität der materiellen Interessen jeden Tag mehr verbindet." — Es bleibt die maßvolle, aber feste Erklärung, welche im Angesichte der Welt eine Nation von vierzig Millionen Seelen mit einer zahlreichen, kriegerischen Armee gemacht, daß nämlich die Bedingungen, auf welchen das politische Gebäude Europa's ruht, dasselbe nicht mehr unterstützen, daß unvermeidliche Begebenheiten einen Krieg herbeiführen werden, welcher um so zerstörender ist, als die Situation, die ihn zum unausbleiblichen Verhängniß macht, länger aufrecht erhalten wird. Eine solche Erklärung wird nicht zurückgezogen; sie engagirt die Ehre und die Interessen Frankreichs; sie ist klar und bestimmt; sie ist der Krieg im Frühjahr. — Der Kaiser ist es nicht, welcher das Gebäude Europa's erschüttert hat. Er hat Alles gethan, um es zu stützen. Er ist es mithin nicht, welcher den Frieden der Welt gestört hat. Er ist es mithin nicht, welcher die grenzenlosen Rüstungen, unter welchen die Finanzen der Staaten seufzen, nothwendig gemacht hat. Diese furchtbare Entwickelung übertriebener Kräfte, dieses unaufhörliche, fieberhafte Suchen nach Zerstörungsmitteln, diese Unruhe, diese Erschütterung, sie haben ihre Ursache in dem Mangel eines zugestandenen internationalen Rechtes. — Auf dem Wiener Congreß hat jeder Souverain, je nach seinem Einflusse und der Geschicklichkeit seiner Räthe, seinen Antheil an Menschen und Land genommen und sich dabei verpflichtet, sie nach den Vorschriften des Evangeliums zu regieren. Dann hat man, nach gemeinschaftlicher Uebereinkunft, überall, wo die Revolution sich zeigen würde, zu interveniren beschlossen, hat sich aber wol gehütet, diese Revolution genau zu bestimmen. Als man, so gut es eben anging, ein sich gegenseitig eifersüchtig überwachendes Oesterreich und Preußen eingesetzt und zwischen denselben ein durch Religion und Bestrebungen getrenntes Deutschland errichtet hatte; als man Rußland nur nothdürftig befriedigt, Frankreich verkleinert, Italien unterdrückt, Schweden, Dänemark und beinahe alle mittleren Staaten zum Mißvergnügen gebracht hatte, glaubte man das europäische Gleichgewicht begründet zu haben. Auf was? Auf der Eifersucht der vier festländischen Großmaächte, die sämmtlich, Frankreich ausgenommen, ungleichartige Elemente in sich aufnehmen sollten; auf dem Hasse gegen die mit dem Fortschritte innigst verschmolzene Revolution, auf der Legitimität der Dynastieen, auf dem Schweigen der Völker und auf der absoluten Zwangsverpflichtung der Intervention. — Es hat nicht Kaiser Napoleon III. die Verträge von 1815 erschüttert, und sicherlich hat er nichts Neues mit der Erklärung am 5. Novbr. gesagt, daß sie aufgehört haben, zu sein. Sie bestanden nur einen Augenblick lang, während dessen England sich die Schelde öffnen und sich an allen ihm beliebigen Puncten auf allen Meeren der Welt seine Herrschaft gewährleisten ließ, indeß Oesterreich, Preußen und Rußland Enropa unter sich und ihre Verbündete theilten. Und dann starben die Wiener Stipulationen, nachdem sie einige rein materielle Thatsachen geboren, die durch analoge Thatsachen früher oder später durch die Waffen oder durch die Revolutionen modificirt werden sollten. — Der Kaiser konnte, wie sein erlauchter Vorgänger, sein Schicksal mit jenem seines Vaterlandes aufs Spiel setzen und dem Loose der Schlachten unterwerfen. Der Erfolg wäre nicht unmöglich gewesen, und der Congreß, den man heute vorschlägt, wäre eine natürliche Folge der Müdigkeit der Krieger gewesen. Aber der Kaiser hoffte Besseres von der Vernunft der Nationen und der Fürsten; er zählte auf die Erleuchtung des Jahrhunderts. — Es ist keine Täuschung mehr möglich. Die in St. Petersburg erfahrenen Verweigerungen dürfen sich nicht eines Tages in Wien, London und Berlin wiederholen. Das Blut, das an der Weichsel fließt, kann morgen am Po, an der Donau, an der Spree, am Main, am Bosporus fließen. Der europäische Congreß besteht nicht; er ist ohnmächtig, zu versöhnen, zu bestimmen, seine Beschlüsse aufzunöthigen, sei es durch moralische Gewalt oder durch jene der Waffen. Die Ruhe und die Reichthümer von Europa sind plötzlichen, unwiderstehlichen Ereignissen unterworfen, welche das Urtheil trüben und je nach den sich geltend machenden wetteifernden Bestrebungen die großen Staaten nach entgegengesetzten Richtungen fortreißen würden. — Was haben denn mehr oder weniger ausgedehnte Gebiete, mehr oder weniger natürliche, mehr oder weniger bedrohliche Grenzen zu bedeuten? Was Noth thut, was absolut nothwendig ist, das sind Gebietstheile, Grenzen, welche nur assimilirte oder assimilirbare Völkerschaften umschließen. Frankreich kommt es nicht zu, die Einzelheiten dieser zarten Frage näher zu bestimmen, da der Kaiser ausdrücklich erklärt hat, er sei bereit, ohne vorgefaßtes System in den internationalen Rath jenen Geist der Mäßigung und der Gerechtigkeit mitzubringen, welcher der gewöhnliche Theil jener ist, welche die Proben des Ungeschickes bestanden haben. — Man überlege wol! Das auserwählte Haupt einer Nation von vierzig Millionen wendet sich nicht umsonst an die civilisirte Welt. Ein Staatsmann vom Genie des Kaisers verachtet die Aushülfsmittel ohne Größe und ohne Freimuth und läßt sich nicht in den abgenutzten Fallen einer altersschwachen Diplomatie fangen. Wenn die Großmächte sich nicht verständigen wollen oder können und den Congreß unmöglich oder ohnmächtig machen; wenn sie den einzigen Weg, der zum Frieden führt, schließen oder schließen lassen; wenn sie aus Eigensinn eine zusammenstürzende Vergangenheit aufrecht erhalten wollen, den Weg betreten, der früher oder später zum Kriege führt, so haben Frankreich und der Kaiser, Krieg um Krieg, ein entscheidendes Interesse daran, daß der Krieg vor sich gehe, ehe der Eindruck, welchen die Rede vom 5. November auf die Völker hervorgebracht hat, verwischt ist. Krieg um Krieg — will die Vernunft wie die Politik, daß man ihn im nächsten Frühjahre erkläre?

**Von der französischen Grenze**, 29./17. Nov. Der Eindruck, welchen die schroff abweisende Antwort Englands in Frankreich hervorgerufen hat, übersteigt alle Erwartung. Der Kaiser soll in einer Aufregung sich befinden, welche einen merkwürdigen Gegensatz zu seiner sonstigen Ruhe bildet. Auch ist sofort der Auftrag ertheilt worden, die vorbereitete Broschüre erscheinen zu lassen. Wie man aus Paris meldet, erklärt das halbofficielle Manifest den Krieg im nächsten Jahre als unvermeidlich. Herr v. Budberg wird von den Anhängern des Kaiserreiches mit großer Aufmerksamkeit behandelt und hat vielfach Unterredungen mit Drouyn de Lhuys. Die Einladung nach Compiègne hat derselbe nicht angenommen — weil eines seiner Kinder jüngst am Scharlachfieber darnieder lag und er die Berührung mit dem kaiserlichen Prinzen vermeiden wollte. Morgen wird der Kaiser den Ministerrath in Paris versammeln, und man wird beschließen, ob eine Antwort und welche nach England zu schicken sei. Man glaubt allgemein, Frankreich werde dem englischen Cabinet aus einander zu setzen suchen, daß seine Weigerung, sich am Congresse zu betheiligen, den europäischen Frieden bedrohe, und es wird angedeutet werden, daß es den größten Theil der Verantwortlichkeit auf sich lade. Zu Oesterreich erkalten die Beziehungen mehr und mehr. — Englands Antwort auf die Einladung zum Congresse ist die einzige, die rundweg abschlägig lautet. Die anderen sind wenigstens so höflich gewesen, „das Princip" zu loben und nur einige kleine „Vorbehalte" zu machen. In der Sache bleibt sich das freilich ganz gleich, aber das Odium der Grobheit trägt nun doch England allein. Die officiöse Presse schlägt denn auch schon tapfer los und macht das Cabinet von St. James für alle Folgen des nicht zu Stande gekommenen Congresses verantwortlich. — Aus Constantinopel wird das Gerücht gemeldet, Abd-el-Kader sei in Mekka gestorben. — Aus Vera-Cruz wird gemeldet, daß General Bazaine mit seiner Armee von Mexico gegen Juarez ausgerückt sei. — Baron Stieglitz, der Gouverneur der russischen Staatsbank, befindet sich in Paris und hat an den Nord eine Zuschrift gerichtet, in der er betheuert, daß seine Bank-Verwaltung keine Vorwürfe verdiene, da sie alles gehalten, was sie versprochen.

## America.

**New-York**, 10. Nov./29. Oct. Auf dem Kriegsschauplatze ist ganz plötzlich Leben und Bewegung eingetreten; die Regierung scheint endlich sogar die Nothwendigkeit eingesehen zu haben, daß die Operationen auf den verschiedenen Theilen des Kriegsschauplatzes in einander greifen müssen, wenn dauernde und überwältigende Erfolge errungen werden sollen. Nur in diesem Sinne wenigstens läßt sich die neue Vorwärtsbewegung des Generals Meade begreifen. Seine Absicht geht offenbar dahin, dem bedrängten Burnside in Ost-Tennessee dadurch freien Athem zu schaffen, daß er die Conföderirten von weiteren gegen ihn abzusendenden Verstärkungen abhält, dann aber sich günstigen Falles mit ihm in Verbindung zu setzen und die Conföderirten in der Flanke zu fassen. Die Vorbedingung dazu ist freilich zunächst eine über Lee zu gewinnende Schlacht; aber es ist sehr fraglich, ob dieser sie annimmt. — Bemerkenswerth sind die Toaste auf dem in London von Americanern gefeierten Dankfest; hervorzuheben sind: „Die Union von der Atlantis bis zum stillen Ocean, von den Seen bis

zum Golf, auf ewig die eine und unlösliche," „die Emancipations-Proclamation der Grabstein der Sclaverei," „die Presse die Feindin des Tyrannen, des Volkes Freundin; wo die Presse frei ist, da muß die Willkürherrschaft zu Grunde gehen."

## Neuere Nachrichten.

**Kiel**, 29./17. Novbr. Der Archidiaconus Schrader ist suspendirt. Es soll seine von der Canzel erfolgte Erklärung, es mit seinem Gewissen nicht vereinigen zu können, das vorgeschriebene Kirchengebet zu sprechen, den Anlaß zu der Suspension gegeben haben.

**Stockholm**, 27./15. Novbr. Nya dagligt allehanda macht darauf aufmerksam: Der König hört auf zu regieren, so lange er außerhalb seines Reiches sich befindet, und hat der Staatsrath alsdann in seinem Namen die Regierung zu leiten. Ein schwedischer König sei deshalb im Auslande nicht als ein beschlußfähiger Diplomat, sondern nur als eine gewöhnliche schwedische Privatperson zu betrachten, so daß also ein etwaiges persönliches Erscheinen des Königs Carl auf dem Pariser Congresse keine so hohe politische Bedeutung habe, als man an vielen Orten zu glauben scheine.

**Paris.** Von des Kaisers „Leben Cäsar's" sind erst zwei Bände fertig, die aber, wie das Mémorial Diplomatique versichert, noch nicht erscheinen werden, da Se. Majestät sie „zum sechsten oder siebenten Male nach neuen, von einem gelehrten Genie-Capitain gelieferten Documenten umarbeiten will."

**Athen**, 28./16. Novbr. Der König drückte einer Deputation der Nationalversammlung sein Bedauern über den Beschluß betreffs der Ottonischen Minister aus und seine Hoffnung auf Zurücknahme. Es heißt, der König wolle nächstens nach Korfu. Die Nationalversammlung befahl alle nach Besetzung gesetzlicher Posten überschüssigen Officiere in Nichtactivität zu versetzen.

Aus **Konstantinopel** 28./16. Novbr. wird mitgetheilt, daß der Sultan sich im Falle des Congreßzustandekommens persönlich nach Paris begeben werde.

**Awerica.** Am 8. Novbr./27. Octbr., Abends, wurde Jamaica wieder von einem Erdbeben heimgesucht, welches die während dieses Jahres bemerkten Erschütterungen bedeutend an Heftigkeit übertraf. Es dauerte etwa 40 Secunden, ohne jedoch, soweit bis zum Abgange der Post bekannt worden war, größeren Schaden zu verursachen. Die Verbindung mit Jacmel war unterbrochen, so daß von Haiti nur unzuverlässige Nachrichten zu erhalten waren. Es heißt, die spanische Regierung sei entschlossen, den Aufstand unter allen Umständen niederzuwerfen, koste es, was es wolle. Aus glaubwürdigen Quellen ward berichtet, die Juarez'sche Regierung werde von den Unionisten in Kalifornien und Sonora mit Waffen unterstützt, was vermuthlich zu Collisionen zwischen der französischen und der americanischen Regierung Anlaß geben würde. — Der im Februar zusammentretende Congreß von Neu-Granada wird höchst wahrscheinlich Murillo zum Präsidenten wählen; da es aber schwierig, die Absichten des jetzigen Präsidenten, Generals Mosquera, zu ergründen, und derselbe entschieden der einflußreichste Mann des Landes ist, so wird von Mosquera's Haltung im nächsten Jahre viel abhängen.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 7. Decbr./25. Novbr. Oesterreich und Preußen haben den Bundestag in identischen Noten aufgefordert die Execution in Holstein zu beschleunigen.

**Kopenhagen**, 6. Decbr./24. Novbr. Heute ist ein königliches Patent erschienen: „Wir Christian der IX., König von Dänemark, finden Uns bewogen, die am 30. März erlassene Verordnung, die Verfassungsverhältnisse Holsteins betreffend, hiermit außer Kraft zu setzen." — Außerdem ist ein Verbot der Waffeneinfuhr in Holstein erlassen.

**Newyork**, 25./13. Novbr. Die Conföderirten sind bei Chattanooga vollständig geschlagen.

## Aus den Kirchen-Büchern.

**St. Johannis-Gemeinde:**
Getauft: Des Kaufmanns O. Johannson Tochter Adele Marie Charlotte; des Conditors R. Luchsinger Tochter Amalie Marie Catharina.
Gestorben: Die Baronin Natalie v. Krüdener, 73²/₃ Jahr alt.

**St. Marien-Gemeinde:**
Nächster deutscher Gottesdienst zu St. Marien am 8. December Mittags 12 Uhr mit heiliger Abendmahlsfeier. Meldung zur Communion am Freitage vorher Nachmittags 3—5 Uhr.

## Witterungsbeobachtungen.

23. Novbr., A. St. (5. Decbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 341,24 | + 6,14 | − 1,2 | SO | Trüb (4) |
| 2 U. | 341,19 | + 6,04 | 0 | S₂ | Trüb (4) |
| 11 U. | 340,67 | + 5,47 | − 0,1 | | Trüb (4) |
| Mittel | 340,99 | | − 0,64 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 1,94 über dem Mittel (ganz anomal dem, wenn das Barometer einen halben Zoll über dem Mittel steht). Höchste Temperatur dieses Tages 3,30 im J. 1847 und 1857, kleinste —13,14 im J. 1860.

24. Novbr., A. St. (6. Decbr.).

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 339,56 | + 4,46 | − 1,8 | S₂ | Trüb (4) |
| 2 U. | 338,47 | + 3,33 | − 2,3 | S₂ | Trüb (4) |
| 11 U. | 337,87 | + 2,67 | − 2,0 | | Trüb (4) |
| Mittel | 339,01 | | − 1,83 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 0,79 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,10 im J. 1847, kleinste —12,90 im J. 1839.

## Fremden-Liste.

Vom 25. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Hr. P. Joh. Lehmann aus Oberpahlen; Hr. H. v. Helmersen; Hr. Masing aus Rußland; Hr. N. v. Roth aus Pölks; Hr. v. Freymann; Hr. G. Schröder aus Riga; Hr. Architekt Hagen aus Riga. — Abgereist: Hr. Albaum; Hr. v. Jürgens.
**Hotel St. Petersburg:** Hr. Kaufmann Stein aus Werro.

№ 640. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 25. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Behufs der nächstens auszuführenden Organisation der städtischen Löschmannschaft oder Feuerwehr ergeht an die Einwohner unserer Stat hierdurch die Aufforderung, sich auf dem Rathhause im Local des Cassa-Collegiums zum freiwilligen Eintritt in die Feuerwehr zu melden und Namen nebst Wohnung in ein daselbst täglich von 10—1 Uhr und von 4—6 Uhr ausliegendes Buch einzuschreiben.

Das Brand-Collegium.

Demnach Se. Excellenz der Livländische Herr Civil-Gouverneur dem Rathe dieser Stadt eröffnet hat, wie mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des Herrn und Kaisers im September 1864 in Moskau von der dortigen landwirthschaftlichen Gesellschaft eine Ausstellung landwirthschaftlicher Producte und Maschinen sowie ländlicher Industrie überhaupt bewerkstelligt werden soll, — als werden sämmtliche Inhaber der hiesigen in dieses Gebiet schlagenden Industrie- und Gewerbeanstalten desmittelst aufgefordert, sich an der in Rede stehenden Ausstellung zu betheiligen und zu diesem Behufe das eingesandte Ausstellungs-Programm in der Oberkanzellei des Rathes zu inspiciren.

Dorpat-Rathhaus, 22. August 1863.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

**Um zu räumen**

werden von Freitag den 22. November ab verschiedene **Manufacturwaaren** zu herabgesetzten Preisen verkauft.

**Gebrd. Bärtels.**

(Eingang von der Ritterstrasse durch den Flur.

Nachstehende

**Novitäten**

sind vorräthig bei Universitäts-Buchhändler **E. J. Karow** in Dorpat und in der **E. J. Karow**'schen Buchhandlung in Fellin:

Wetzell, Dr. G. W., System des ordentl. Civilprocesses. 2. Aufl. Lief. 1. 90 Kop.
Roesler, Dr. H., Grundsätze der Volkswirthschaftslehre. 3 Rbl. 75 Kop.
Berner, Dr. A. F., Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 2. Aufl. 3 Rbl. 23 Kop.
Holzschuher, R. v., Theorie und Casuistik des gemeinen Civilrechts. 3. Aufl. bes. von Dr. J. E. Kuntze. Bd. 1. 4 Rbl. 23 Kop.
Keller, Dr. F. L. v., Der römische Civilproceß und die Actionen. 3. Ausg. 1 Rbl. 70 Kop.

—

Classen, Dr. Aug., Ueber das Schlußverfahren des Sehactes. 76 Kop.

Gurlt, Dr. E., Handbuch der Lehre von den Knochenbrüchen. 2. Thl. Lief. 1. 3 R. 55 Kop.
Arlt, Dr. Ferd., Die Krankheiten des Auges. 5. unveränderter Abdruck. 2. Bd. 2 R. 50 Kop.

Bei **E. J. Karow** ist vorräthig:

**Schmidt,**
**Compendium der Arzneimittellehre.**
Preis 84 Kop.

Soeben erschien, vorräthig bei **E. J. Karow:**
Heyse, Paul, **Gesammelte Novellen in Versen.** Enthaltend: Braut von Cypern. — Die Brüder. — König und Magier. — Margherita Spoletina. — Urica. — Die Furie. — Rafael. — Michelangelo. — Die Hochzeitsreise an den Walchensee. — Eleg. geb. 1 Rbl. 58 Kop.

Der heutigen Nummer ist eine Einladung zur Subscription auf **Wachenhusen's Hausfreund** beigelegt.

№ 274. Dienstag, den 26. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

Das **„Dorpater Tagesblatt"** wird auch im nächsten Jahre in der bisherigen Ausstattung und unter sorgfältigster Redaction in meinem Verlage erscheinen. — Die Preise bleiben unverändert:
mit der Post jährlich 9 Rbl., halbjährlich 4 Rbl. 50 Kop.;
für Dorpat: jährlich 6 Rbl., halbjährlich 3 Rbl., vierteljährlich 1 Rbl. 50 Kop.
mit Zustellung ins Haus jährlich 7 Rbl., halbjährlich 3 Rbl. 50 Kop., vierteljährlich 1 Rbl. 75 Kop.
E. J. Karow.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. XII. Zur Literatur. Helsingfors: Verhandlungen der Adelscurie. Zollabgaben. Verlängerung des Reichstags. St. Petersburg: Gerichtl. medicinische Zeugnisse. Petrischule. Personalnotiz. Moskau: Actiengesellschaft. Kiew: Erschießungen. Treffen in Dschuba. Odessa: Wechselcours. Charkow: Universitätsbesuch. Warschau: Ueberführung der Beamten nach Rußland.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Die Debatte über Schleswig-Holstein. Die Kreuzzeitung über Schleswig-Holstein. Gotha: Aufforderung an Dänemark. Erlangen: Schlesw.-holst. Verein. Karlsruhe: Aus der Thronrede. Altona: Bunsen über den Londoner Vertrag. — Dänemark. Kopenhagen: Ausschließung des Gesandten von den Sitzungen des Bundestages. — Großbritannien. London: Friedensvermittelung der Times. Russische Anleihe. — Frankreich. Paris: Finanzbericht. Der Verfasser der Kriegsbrochüre. Die Opposition. Thiers. Käuflichkeit der Beamten. Congreß. — **Neuere Nachrichten.**

## Inländischer Theil.

Dorpat, 26. Novbr. Die am 11. April 1860 zwischen der estländischen Ritterschaft und dem Rathe der Stadt Reval abgeschlossene und Namens der Ritterschaft vom Ritterschaftshauptmann Grafen Keyserling und vom Ritterschaftssecretär Grafen Manteufel, Namens der Stadt vom Präsidirenden Bürgermeister v. Haecks und vom Ober-Secretär des Raths Alexander Schütz unterzeichnete Convention lautet:

„Durch die am 4. Juni 1856 Allerhöchst bestätigte Meinung des Reichsraths in Betreff der Organisation des Einquartierung-Wesens der Stadt Reval ist unter anderen angeordnet worden, die Theilnahme der Stadt und des Landes an der Leistung der Quartierobliegenheiten in Reval entweder in Grundlage der allgemeinen Verordnungen über die Landesobliegenheiten oder auf eine andere den örtlichen Verhältnissen angemessene Weise festzustellen.

Da die Einführung der durch die allgemeinen Reichsgesetze vorgeschriebenen Landesobliegenheiten die in Folge der am 29. Septbr. 1710 abgeschlossenen Capitulation beizubehaltende besondere Verfassung des Estl. Gouvernements in wesentlichen Beziehungen erschüttern und eine Umgestaltung dieser stets von den Herrschern des Russischen Kaiserreichs und noch zuletzt von unserem glorreich regierenden Herrn und Kaiser durch die Gnadenbriefe vom 17. Februar und 27. Juli 1856 Allergnädigst bestätigten Verfassung hervorrufen würde, so können weder Stadt noch Land die Einführung der Landesobliegenheiten wünschen und haben daher in der zuversichtlichen Hoffnung, daß die höhere Bestätigung erfolgen wird, sich über folgende Momente geeinigt.

1) Beide Corporationen verpflichten sich die Quartierobliegenheit der Stadt Reval in den gleich näher anzugebenden Grundlagen zu erfüllen und zwar ohne jemals eine Beihülfe aus den Reichs-Landesobliegenheiten in Anspruch zu nehmen oder zu benutzen.

2) Zur Bestreitung der zur Quartierobliegenheit in Reval gerechnet werdenden Prästanden in ihrem auf gesetzliche Weise festgestellten Betrage, sind zunächst zu verwenden, die in Gemäßheit des am 3. April 1828 Allerhöchst bestätigten Beschlusses des Minister-Comité von der Bauerschaft des Estl. Gouvernements zu 15 Copeken Kupfer oder $4^2/_7$ Copeken Silber für jede Seele zu entrichtende Steuer, die nach der bisherigen Berechnung 4285 Rbl. 71 Cop. S. betragen, und demnächst auch, da die Casse der Reichs-Landesobliegenheiten künftig nicht wegen einer Beihülfe für das Quartierwesen in Anspruch genommen werden wird, die 15% von der für die Handelszeugnisse zu entrichtenden Poschlin, welche Procente bis jetzt zum Besten der Reichs-Landesobliegenheiten erhoben worden und in die Krons-Casse geflossen sind.

Was die 10% von der Poschlin für Handelszeugnisse anbetrifft, so fließen dieselben auch ferner in Gemäßheit des Allerhöchst bestätigten Journals des Finanz-Comité vom 11. und 15. Februar 1826 in die Revalsche allgemeine Stadt-Casse, welche, abgesehen von der Quartier-Obliegenheit, viele anderen in dem allgemeinen Ustaw über die Landes-Obliegenheiten unter der Bezeichnung: Reichs-Gouvernements- und Local Obliegenheiten angeführten Prästanden in Beziehung auf das Stadtgebiet zu erfüllen hat.

3) Zur Bestreitung der gedachten Quartierlasten sind nach Absorbirung der in dem zweiten Puncte bemerkten, durch die Staatsregierung angeordneten Steuern hierauf von den zur Contribution für das Einquartierungs-Wesen verpflichteten Immobilien und Bewohnern der Stadt, des Doms und der Vorstädte Dreißig Tausend Rbl. S. M. jährlich zu entrichten.

4) Die über die in den Puncten 2 und 3 näher bezeichneten Einnahmequellen des Revalschen Quartierwesens hinausgehende, zur Bestreitung der Einquartirungs-Obliegenheit etwa noch erforderliche Summe wird zur Hälfte von den vorgedachten Immobilien und Bewohnern der Stadt, des Domes und der Vorstädte und zur Hälfte von der Estl. Ritterschaft durch Zuschüsse getragen. Die Repartition und Einhebung dieser Zuschüsse bleibt jeder Corporation überlassen.

5) Die zur Verwaltung des Quartierwesens angeordnete Commission ist nach dem Vorschlage des Herrn Estl. Gouv. Chefs in Anleitung des am 4. Juni 1856 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths dem Rathe der Stadt Reval untergeordnet. Jedoch soll noch eine besondere Commission unter Präsidio des Estl. Ritterschaftshauptmanns und unter dem Vice-Präsidio eines Bürgermeisters aus einer gleichen Anzahl ritterschaftlicher und städtischer Glieder und zwar vier aus jeder Corporation eingerichtet werden, von welchen vier Gliedern aber zwei blos als Substitute zu fungiren haben, so daß die Commission immer nur aus sechs Gliedern, den Präses und Vice Präses mitgerechnet, besteht. Diese Commission hat sich von der Größe der erforderlichen Zuschüsse zu überzeugen und für die Herbeischaffung derselben zu sorgen, auch der Verwaltungs-Commission des Quartierwesens berathend und vertretend zur Seite zu stehen und ist daher nicht nur verpflichtet, nach Kräften das Interesse der zur Quartier-Obliegenheit Contribuirenden wahrzunehmen, sondern auch berechtigt, von der Verwaltung und den Ausgaben des Quartierwesens jederzeit genaue Kenntniß zu nehmen. Bei Verhandlungen in dieser Commission sind nur Anträge, denen wenigstens vier Glieder beitreten, als angenommen zu betrachten."

— So eben ist uns zugegangen: „Material zu einer allgemeinen Statistik Livlands und Oesels. Von Fr. v. Jung, Secretär des livl. statist. Comités. Erster Jahrgang." Riga, 1863. VIII, und 93 S. 8° mit 2 Tabellen. Nächstens mehr darüber.

**Helsingfors.** Am 20. Novbr. wurden von der Adelscurie zwei Regierungs-Vorschläge angenommen: die erste betrifft die Aufhebung des ausschließlichen Rechts des Adels auf den Besitz priviligirter Güter; die andere beantragt die Ausdehnung der Kopfsteuer auch auf den Adel. Die Kopfsteuer ist in Finnland unbedeutend und wird auch von Personen weiblichen Geschlechts im halben Betrage des auf jeden Mann fallenden Antheils und von allen nur für das Alter von 16 bis 60 Jahren, erhoben. Bis hierzu waren die Edelleute nebst ihren Hausgenossen und die Personen geistlichen und gelehrten Standes mit ihren Familien von dieser befreit; andere bedeutendere Abgaben wurden von allen gezahlt. Zum Schluß kam die Frage über die Aufhebung der Censur zur Berathung. Es wurde einstimmig beschlossen, die Petition Schild's über die Aufhebung der Censur anzunehmen und die andern Stände aufzufordern, sich hierin mit dem Adelstande zu vereinigen. — In der Versammlung des Bauerstandes ist der Antrag angenommen, an Se. Majestät den Kaiser die unterthänigste Bitte zu richten, den Ständen schon in dieser Session die Feststellung der Zollabgaben gestatten zu wollen.

— Der Russ. Invalide bringt den Wortlaut einer Adresse des finnländischen Landtags an Se. Maj. den Kaiser. In zwei Monaten habe der Landtag nur einen kleinen Theil der ihm anvertrauten Arbeiten bewältigen können. Die Einrichtung der Commissionen, die

Vorarbeiten in denselben und der gleichzeige Gebrauch der finnländischen und schwedischen Sprache, so wie die Theilung in vier Stände hätten viel Zeit gekostet. Die Vertreter des Bauernstandes hätten nicht die zur Lösung so schwieriger Aufgaben nöthige Bildung und die erforderlichen Kenntnisse. Deshalb sei es unmöglich alle Fragen mit der nöthigen Reife in der gegebenen Frist von drei Monaten zu berathen und zu erledigen. Die Stände bitten deshalb um Verlängerung des Reichstags — Adel und Geistlichkeit bis zum 15. April, Bürger und Bauern bis zum 1. Mai 1864.

**St. Petersburg.** Ein am 5. Februar 1862 Allerhöchst bestätigtes Reichsraths-Gutachten bestimmt, daß alle gerichtlich-medicinische und medicinal-polizeiliche Zeugnisse über den Gesundheitszustand von Personen und Vieh und die Besichtigung von Handels- und Getränkeverkaufs-Etablissements, welche von den Aerzten ertheilt werden, auf eigends zu diesem Zwecke einzuführendes Stempelpapier geschrieben werden müssen. Die Summen die durch den Verkauf dieses Stempelpapieres einkommen, werden unter die Kreis- und Stadtärzte vertheilt. — Bei der Petrischule in St. Petersburg ist von ehemaligen Schülern desselben eine Unterstützungscasse für arme Schüler gegründet worden.

Ernannt: Der Oberst des Leibgarde-Ismailowschen Regiments Baron Taube zum Commandeur des Alt-Ingermanländischen Regiments des Fürsten Mentschikow.

In **Moskau** hat sich eine Actiengesellschaft zur Gründung eines Volkstheaters gegründet.

Aus **Kiew** berichtet die C. P. daß daselbst am 9. d. M. zwei Edelleute Podlewski und Rakowski, wegen Theilnahme am Aufstande vom Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt und erschossen worden sind.

Aus **Odessa** schreibt man, daß mit dem Falle des Wechsel-Courses die Kornankäufe zum Export ins Ausland sich gemehrt hätten.

**Charkow**, 5. Novbr. Die hiesige Universität zählt im laufenden Semester 561 Studenten und 148 freie Zuhörer. Von der Zahlung für das Hören der Vorlesungen sind befreit 124 Studenten als Stipendiaten und 102 wegen Armuth, von den freien Zuhörern 2, so daß diese Zahlung nur von 252 Studenten geleistet wird. Beurlaubt waren 83.

Der Кавказъ bringt folgendes Telegramm: Die Dschubasche Abtheilung unter dem Commando des General-Majors Sumarokow-Elston besetzte ein Thal in Dschuba, welches sich zum Meere herabsenkt, wobei es zu einem Treffen mit den Bergvölkern kam. Denselben wurden Waffen und 14 Gefangene abgenommen. Unser Verlust besteht in 3 Todten; verwundet wurden 1 Officier und 11 Gemeine.

**Warschau.** Die St. Petersburger Blätter jubeln über das glänzende Fiasco, das die französische Idee eines europäischen Schiedsgerichtes erfährt. Der Hamb. Börsen-Halle wird darüber aus St. Petersburg geschrieben: „In allen politischen Kreisen feiert man den Triumph unseres Vicekanzlers über die vereinten Anstrengungen der drei Mächte, und auch deren Spaltung schreibt man ihm zu, welche der Congreß sicherlich nicht heilen werde. Wie dem auch sei, zunächst wünscht man nur, daß auch dem General Berg die Erfüllung seiner Mission wie Murawjew gelänge, und trotz der vorkommenden Gefechte glaubt und hofft man dies mit Zuversicht. — Aus Kronstadt wird berichtet, daß kein Herbst der dortigen Thätigkeit so günstig gewesen sei, als der diesjährige. Indeß sind bis auf zwei alle Kriegsschiffe bereits eingelaufen, wo sie sich zur Winterruhe vorbereiten. Im ganzen Reiche sind die Vorarbeiten zur großen, im Juli befohlenen Recrutirung beendigt, die nunmehr zur Ausführung kommt. — Die Ueberführung höherer Beamte in das Innere Rußlands dauert fort; zur Erleichterung sollen sämmtliche Beamte während ihres Exils in Rußland ungeachtet der ihnen bereits ertheilten Entlassung aus dem Staatsdienste, ihr halbes Gehalt fortbeziehen und jeder außerdem für Reisekosten nach Verhältniß bis zu 200 Rbl. S. erhalten. Man glaubt, daß viele Familien der Exilirten ihnen ins Exil nachfolgen werden. Man sieht dem Beginn einer Regierungs-Reform nach russischem Muster entgegen. Unter den verhafteten höheren Beamten ist auch Luszczewski, Director der Industrie-Abtheilung des Innern und Vater der polnischen Dichterin Deotyma, welche in dem Hause ihrer hochgebildeten Eltern einen der Kreise bildete, in welchem sich die gebildetsten und angesehensten Personen Warschau's zu versammeln pflegten.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 4. Decbr./22. Novbr. Die von dem Minister-Präsidenten verlesene Erklärung entsprach im Allgemeinen der in Frankfurt in Gemeinschaft mit Oesterreich gegebenen. Neu war das Argument, daß der Londoner Vertrag Schleswig zu Gute komme. Gegen den Schluß wird eine Creditforderung deutlich in Aussicht gestellt. Man bemerkte, daß der Minister-Präsident die Incorporation Schleswigs als beschlossen, aber nicht als vollzogen bezeichnete, trotzdem die Constitution vom 13. Nov., die mit dem Januar in Kraft treten soll, amtlich publicirt ist. Möglich, daß damit auch hier auf eine etwaige Sistirung der Ausführung hingedeutet werden sollte. Es läßt sich nicht verkennen, daß Preußen mit obigen Erklärungen den Rubicon schon überschritten hat. Es hält sich vorläufig an den Londoner Vertrag gebunden, welcher die deutsche Erbfolge in Schleswig-Holstein willkürlich beseitigt. König Christian braucht bloß die Ausführung des Reichsgrundgesetzes, welches mit dem 1. Januar 1864 in Kraft treten soll, zu beanstanden, und Niemand zweifelt, daß er sich durch auswärtigen Druck gern dazu nöthigen läßt; er braucht bloß zu versichern, daß er die dänischen Versprechungen erfüllen wolle, so ist, mit der Neuen Preußischen Zeitung zu reden, die ganze „elende deutsch-dänische Streiterei erledigt. Die Cabinette von St. Petersburg und London haben in dieser Richtung schon entschieden in Kopenhagen gewirkt. — Die conservativen Abgeordneten, deren Zahl im Hause kaum vierzig beträgt, haben durch Blanckenburg schon im Ausschusse erklärt, daß sie Preußen an das Londoner Protocoll gebunden erachten und den Augustenburgern höchstens für einen Theil Holsteins Ansprüche zugestehen; aber sie halten auch diese Anrechte an sich für fraglich — für mehr als fraglich, wie die feudale Correspondenz sagt. — Bei der Discussion im Hause sagte Wagener: das Interesse der Liberalen für die Legitimität müsse Verwunderung erregen. Die Regierung müsse sich vorsehen; der jetzigen unbestimmten Zustimmung würden gewiß später sehr bestimmte Bedingungen vor der Bewilligung folgen. (Sehr wahr, links.) Das Londoner Protocoll sei nicht ein Erzeugniß der Laune. Die Augustenburger Erbfolge sei bestreitbar, wie schon Pernice bewiesen habe. Es liege nicht in Deutschlands Interesse, die Zahl der kleinen Fürsten zu vermehren. Es sei keine Schande für Deutschland, wenn ein deutscher Fürst Dänemark beherrsche. Ein deutscher König Dänemarks müsse vereint mit dem deutschen Element in Schleswig die dänische Fortschritts-Partei in Kopenhagen unterdrücken. Dagegen plaidirte Jacoby: Die Sache Schleswig-Holsteins sei unsere eigene. Die Frage sei nur, was das Haus für dieselbe thun könne. Die Entschließung wäre einfach, wenn das Ministerium für Recht und Freiheit einstehen wollte. Nach seiner Ansicht hätte das Haus bei Beginn der Session die Minister in Anklage versetzen müssen. Nicht des Erfolges wegen, sondern zu schärfster Markirung unserer Position vor Deutschland. Sagen wir es offen, das Haus kann Schleswig-Holstein nicht wirksam helfen. Eben so wenig kann dies der Bundestag. Dum Roma deliberat Saguntum perit. Der Abg. Groote, der viermal vom Präsidenten an eine bessere Auswahl der Ausdrücke erinnert werden mußte, schloß mit diesen Worten: „Es sei schwer, die Zustände unter einer solchen Regierung, ohne sich einen Ordnungsruf zuzuziehen, richtig zu bezeichnen. Den ganzen Sinn seiner Rede wolle er in den Wahlspruch zusammenfassen: „Hoch Schleswig-Holstein! hoch Deutschland! nieder mit dieser Regierung!" — Der Antrag der Commission lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: In Erwägung 1) daß der Erbprinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg kraft eines unzweifelhaften Erbfolgerechts seinen Anspruch auf die Regierung der Herzogthümer erhoben hat, 2) daß weder der deutsche Bund, noch die Stände der Herzogthümer Schleswig-Holsteins, noch die Agnaten des Hauses Oldenburg den Bestimmungen des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852 beigetreten sind, 3) daß Dänemark durch eine Reihe von vertragswidrigen Maßregeln, durch vielfache Bedrückung der deutschen Bevölkerung und Sprache in Schleswig, durch das Patent vom 30. März d. J. und endlich durch die Vollziehung der neuen Verfassung für Dänemark-Schleswig die Vereinbarungen von 1851 und 1852 und damit die Bedingungen selbst gebrochen hat, unter welchen die deutschen Großmächte dem Londoner Vertrage beigetreten sind, daß daher die Bestimmungen dieses Vertrags für die deutschen Großmächte jede Verbindlichkeit verloren haben, 4) daß bei dieser Sachlage die Anwesenheit dänischer Truppen in dem Bundeslande Holstein eine Verletzung des Bundesgebietes bildet, erklärt das Haus der Abgeordneten: Die Ehre und das Interesse Deutschlands verlangen es, daß sämmtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogthümer schützen, den Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten." Dieser Antrag wird mit 231 gegen 63 Stimmen angenommen.

— Die Neue Preußische Zeitung zeichnet die schleswig-holsteinische Frage nach den Debatten der Abgeordneten sehr richtig, wie folgt: Die Redner predigen entschiedenste Mißachtung gegen England (Schulze-Delitzsch unter großem Beifall des Hauses); — Mißbilligung der Gemeinschaft mit Oesterreich nach der Beleidigung des Reformprojects; — — — — — — — — — — — — — — — Mißtrauen gegen Frankreich, trotz wohlwollender Seitenblicke auf die neuesten Artikel der dortigen officiösen Presse! — Der Regierung wird gerathen, den übrigen Großmächten den Handschuh hinzuwerfen, gestützt auf Volksversammlungen, Turner, Schützen, Freischaaren, auf Herrn v. d. Pfordten und seine Majorität! — Dies sind die Elemente, auf Grund deren man räth, den vereinigten Flotten von England, Frankreich, Dänemark, Schweden und Rußland zu trotzen — der Landarmeen nicht einmal zu gedenken. Und das nicht um einen Gewinn für Preußen, sondern um den Erbprinzen von Augustenburg diesseit und jenseit der Eider herrschen zu sehen. Oder will man ganz Deutschland revolutioniren? Einen anderen Zweck kann es nicht haben, denn ohne solche Revolution wäre das Ganze baarer Unsinn, da Preußen keinen Verbündeten hat. Und dem gegenüber das Programm der Regierung: unter möglichster Schonung der Beziehungen zu den Großmächten, im Vereine doch wenigstens mit Oesterreich, und unter der Möglichkeit, eine oder die andere Großmacht für dieselbe Richtung zu gewinnen, das deutsche Recht in den Herzogthümern in erster Linie zu schützen, ohne dabei die Möglichkeit der Augustenburger Succession auszuschließen, wenn die europäischen Verhältnisse irgend eine Chance des Gelingens darbieten.

**Gotha**, 2. Dec./20. Novbr. Die heutige Gothasche Ztg. enthält das Schreiben an den dänischen Minister des Auswärtigen, Hall,

worin gefordert wird, daß die dänischen Truppen das Gebiet Schleswig-Holsteins räumen und die in Dänemark befindlichen schleswig-holsteinischen Truppen nach den Herzogthümern zurückkehren. Sollte die dänische Regierung, schließt das Schreiben, nicht innerhalb vierzehn Tagen ihre Bereitwilligkeit erklären, so würde der Herzog die zur Aufrechthaltung seiner legitimen Regierungsrechte nothwendigen Maßregeln ergreifen. Das Schreiben ist von dem Vertreter des Erbprinzen in Frankfurt, von Mohl, an Herrn von Dirckinck übergeben, von diesem jedoch uneröffnet zurückgesandt worden und deshalb in obiger Weise notificirt worden.

**Erlangen**, 29./17. Nov. Nachdem die hiesige Adresse an den König nach Rom abgesandt worden, hat derselbe Kreis von Professoren, sonstigen Staatsbeamten und Bürgern, einen schleswig-holsteinischen Verein gebildet, dessen Statuten als Zweck die Unterstützung der Rechte und Interessen Schleswig-Holsteins im Sinne der Adresse vom 22. November ist. An der Spitze des Vereins stehen als gewählte Vorstände: Marquardsen, Professor von Raumer u. a.

**Karlsruhe**, 2. Dec./20. Nov. In der Thronrede zur Eröffnung des Landtages sagte der Großherzog bezüglich Schleswig-Holsteins: Inmitten des Ringens nach größerer Einheit ersteht der Nation durch den Rathschluß der Vorsehung eine ernste Aufgabe. Ein edler Bruderstamm im Norden, lange geprüft und bewährt in vielen Leiden, ist durch das Recht eines zweifellosen Erbganges sich selbst und seinem großen Vaterlande zurückgegeben. Eine einseitig festgesetzte Erbfolgeordnung, welche weder das Recht der Stände, noch die Ansprüche der Nationalität beachtet, droht ihn aufs Neue dem Verbande des gemeinsamen Vaterlandes zu entfremden. Meine Regierung hat nicht gezögert, zu thun, was das gute Recht fordert, und sie wird auch fernerhin, getragen von der erhebenden Einmüthigkeit aller Parteien, mit Muth und Entschlossenheit die heiligen, aber ernsten Pflichten erfüllen, welche dem deutschen Volke dort erwachsen sind. Ich weiß, daß die Sache Schleswig-Holsteins in Ihren Herzen mächtigen Widerhall findet, und daß für deutsches Volk und deutsche Ehre selbst die Uebernahme der schwersten Opfer Ihre freudige Zustimmung erhält.

**Altona**, 4. Dec./22. Nov. Aufsehen hat hier die Rede des Abgeordneten Bunsen in Berlin über den Londoner Vertrag gemacht, der den Namen seines Vaters, des Unterzeichners jenes Vertrages, zu schützen unternahm. Er sagt: Als die Frage an ihn herantrat, ob er mit derselben Hand, welche die Unterhandlungen zu Gunsten der Herzogthümer zwei Jahre lang in unsäglicher Arbeit geführt, dieses bubenhaft ausgedachte Werk unterzeichnen sollte, da hat er sich gesagt, es sei besser, daß er diese Last trage als sein geliebter König, welcher ihm Jahre lang enge Freundschaft geschenkt. Und an dieser Stelle muß ich, um nicht ungerecht zu werden, noch besonders hinzufügen, daß der König Friedrich Wilhelm IV. seinerseits dem Andringen lange widerstanden, daß er bis zum letzten Augenblicke der Unterzeichnung dahin gestrebt hat, außer dem Art. 3, welcher die Bundesrechte wahrte, auch noch eine Fassung hineinzubringen, welche die Gültigkeit der Unterschrift Preußens vom Beitritt des deutschen Bundes abhängig gemacht haben würde. Ich erinnere mich noch manchen Wortes aus dem Munde meines Vaters, namentlich eines Ausdruckes, „der erste Kanonenschuß in Europa wird dieses Machwerk vernichten", und wie wahr seine Berechnungen gewesen sind, werden die geheimen Geschichten der Jahre 1853 und 1854 ins hellste Licht setzen. Unsre Nachkommen werden es wissen, daß Preußen um den Preis seines Beitrittes zu dem Bündnisse der Westmächte gegen Rußland beim Beginne des Krimkrieges die Ordnung der Frage der Herzogthümer im nationalen Sinne hätte erhalten können. Der Vertrag ist wesentlich provisorischer Natur, und das setzt voraus eine Zustimmung der schleswig-holsteinischen Stände, diese wiederum eine Pacification der Gemüther in den Herzogthümern, und damit etwas, was in jenem Augenblicke als das Beste erschien, was zu erlangen war. Oder der Vertrag wurde nicht perfect, wurde hinfällig und in dem Falle befinden wir uns jetzt. Der letzte Augenblick, in welchem Seitens Preußens die Hinfälligkeitserklärung ausgesprochen werden konnte, war der Augenblick, wo jener König die Augen schloß, welcher in dem Vertrage von 1852 erklärt hatte, er wolle seine Erbfolge in seinem Staate dergestallt festsetzen, und auf dessen Worte hin die hohen contrahirenden Theile jene Aenderung der Erbfolge festsetzten. In diesem Augenblick war Preußen in der Lage, den Vertrag zu zerreißen, ja gerade durch den Vertrag gebunden, ihn zu zerreißen, und ich glaube, wir haben Grund, uns in diesem Punkte zu beklagen, daß seit jenem Augenblick vierzehn Tage vergangen sind und er ist noch nicht zerrissen.

## Dänemark.

**Kopenhagen**, 30./18. Novbr. Die Berl. Tid. glaubt, der deutsche Bund habe dadurch, daß er den dänischen Gesandten von den Bundestagssitzungen ausgeschlossen habe, die Verträge gebrochen, welche die Grundlage des Bestandes des deutschen Bundes bilden. Faedrelandet räth dem König von Dänemark, gar keinen Gesandten mehr zur Vertretung der Interessen Dänemarks nach Frankfurt zu schicken und dem Bunde gegenüber nur den Titel eines Herzogs von Holstein und Lauenburg zu führen. Thäte er dieses, so würde dem Bunde die Gelegenheit genommen sein, den König von Dänemark zu beleidigen, dadurch, daß er seinen Gesandten von seinen Sitzungen ausschließt. Dagbladet sieht in dem Ausschluß des dänischen Gesandten aus den Bundestags-Sitzungen eine Kriegserklärung gegen Dänemark. Das Blatt räth dem König von Dänemark, aus dem deutschen Bund zu treten und Holstein und Lauenburg in Dänemark zu incorporiren. Am Sonnabend wurde zum zweiten Male über die dem Marineminister zu bewilligende Zulage verhandelt. Als wichtig ist hervorzuheben die Erklärung des Marineministers, der Rolf Krake eigne sich weder zu einem Blokadeschiffe, noch überhaupt zu einem auf der See zu verwendenden Schiffe. — Die hiesige Presse ist angewiesen worden, nichts über Truppendislocationen und dergl. mehr mitzutheilen.

## Großbritannien.

**London**, 1. Dec./19. Nov. Ueber Schleswig-Holstein schreibt die Times: „Es freut uns, glauben zu dürfen, daß gegenwärtig weniger Gefahr vorhanden ist, der Streit wegen der dänischen Herzogthümer werde zu Feindseligkeiten führen. Preußen und Oesterreich haben dem Bundestage Erklärungen abgegeben, deren Haupt-Inhalt darauf hinausläuft, daß sie am Vertrage von 1852 festhalten wollen, vorausgesetzt, daß Dänemark die von dem vorigen Könige angenommenen Präliminar-Bedingungen erfüllt. . . Preußen und Oesterreich haben alles gethan, war sie rechtmäßiger Weise thun können. Sie haben die Erbfolge in den Herzogthümern, welche zu bestreiten sie nicht befugt sind, anerkannt, und verlangen, daß König Christian die Versprechungen seines Vorgängers ausführe. Beide Theile werden über die freundschaftlichen Dienste Englands verfügen können, wenn es ihnen wirklich um Versöhnung zu thun ist. Die Deutschen können jetzt nichts Besseres thun, als auf dem Wege der Unterhandlungen mit einem neuen dänischen Souverain das zu versuchen, was ihnen ihrer Behauptung nach von Friedrich VII. zu erlangen nicht geglückt ist. Wenn sie irgend etwas fordern, was mit dem Rechte unverträglich ist, oder mit der Sicherheit Dänemarks, so werden sie möglicher Weise eine abschlägige Antwort erhalten; wenn sich aber beweisen läßt, daß der verstorbene König wirklich irgend welche mit seinen Unterthanen oder dem deutschen Bundestage, oder den beiden deutschen Großmächten abgeschlossene Stipulationen verletzt hat, so kann sein Nachfolger dies mit besserer Miene als er selbst wieder gut machen. Die Haupt-Beschwerdegründe sind die Festhaltung Schleswigs in vollständiger Verbindung mit Dänemark und die Regulirung der Stellung Holsteins durch das Patent vom 30. März. Die Unabhängigkeit Schleswigs war den Deutschen zufolge die Haupt-Bedingung, unter welcher Preußen und Oesterreich den Vertrag von 1852 unterzeichneten, und sie unterzeichneten ihn nicht eher, bis sie Dänemark zur Anerkennung derselben verpflichtet hatten. Diese Unabhängigkeit, sagt man, ist durch verschiedene Handlungen verletzt worden, und zwar namentlich durch die vor Kurzem von dem Könige genehmigte Verfassung. Es ist das eine der großen Streitfragen zwischen beiden Parteien und eine Haupt-Ursache der deutschen Kriegsbegeisterung. Man wird bemerken, daß es eingestandener Maßen auf Seiten der Deutschen ein Streit wegen eines Gebietes ist, das ihnen nicht gehört, sondern sie nur in so weit etwas angeht, als es in dynastischer Verbindung mit einer Provinz des Bundes steht. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß die hervorragendsten deutschen Mächte ihre Ansprüche in Bezug auf diese Seite der Frage besonders stark betonen werden. — Aus Paris wird der Times geschrieben: Ein Agent der russischen Regierung hat sich einige Wochen hier aufgehalten und ein Anlehen von 200 Millionen Rubeln zu negociiren versucht, aber ohne Erfolg. Der Agent hat sich an ein großes Pariser Haus gewandt, um dieses zur Vorstreckung der Summe gegen Wechsel verschiedener Sicht zu veranlassen. Die Bedingungen sollen gut sein. Gelingt es dem Agenten hier nicht, so wird er wahrscheinlich in London versuchen, seinen Auftrag auszurichten.

## Frankreich.

**Paris**, 3. Decbr./21. Novbr. Der „Moniteur" bringt den in der Thronrede angekündigten Bericht Fould's über die Finanzlage. Der Minister schlägt vor, 300 Millionen der ungedeckten Credite (découverts) in consolidirte Schulden zu verwandeln, wodurch die découverts sich auf 672 Millionen reduciren würden. Dieses Anlehen soll zur Einlösung von Schatzscheinen verwandt werden. — Der Moniteur erklärt, die Regierung habe nichts mit der Brochüre „Napoleon III. und der Congreß" zu schaffen. Zugleich erfahren wir, daß der Verfasser derselben der Pole Herr Tanski ist, der früher Mitarbeiter des Journals des Debats und ein Mann ist, der noch heute in Beziehungen zum Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten steht. Es ist klar, daß die officielle Sprache der Regierung naturgemäß eine friedliche bleiben muß, bis der Krieg zum Ausbruche kommt. Die Minorität in der Adreß-Commission des Senates besteht darauf, daß ein Satz in die Adresse aufgenommen werde, welcher besagt, daß auch trotz des Mißlingens des Congresses gegen den Krieg reclamirt würde. Man macht darauf aufmerksam daß die Herren v. Budberg, v. d. Goltz und Nigra in Compiègne zusammen kommen werden. — In der Opposition der Legislative stimmen jetzt 36 statt der früheren fünf. Bemerkt ward bei der letzten Debatte, daß Thiers von Seiten des Staatsredners Thuillier eine ganz besondere Huldigung erfuhr. Als der Regierungs-Commissarius nämlich auseinander setzte, wie die früheren Regierungen sich zu den Deputirtenwahlen verhalten hätten, sagte er wörtlich: „Ich komme zur Juli-Regierung, und im Vorübergehen begrüße ich einen berühmten Mann, auf den das Land stolz ist und den ich heute unter uns sitzen zu sehen mich freue, und gegen den die Regierung alle erdenkliche Rücksicht (Unterbrechung) . . . erdenkliche, ja, alle Rücksicht genommen hat . . . . und weil ich weiß, daß man ihm diese Rücksichtnahme streitig macht, verkünde ich sie erst recht laut." — Die „Nation" brachte gestern einen Artikel unter der Ueberschrift „Où sont les amis du gouvernement?" In demselben wurde ge-

sagt, daß viele der höchsten officiellen Personen erkauft seien und es der Regierung an wahren Freunden fehle, nämlich an Männern. Man hat dieses natürlich hohen Ortes übel aufgenommen und die „Nation" hat in der Person des Herrn Leonce Dupont eine erste Verwarnung erhalten, weil sie die Regierung beschimpfe und verleumde, indem sie einen Theil der an der Spitze der officiellen Welt stehenden Personen als erkauft bezeichne. In der dänisch-deutschen Angelegenheit denken die Mächte an eine europäische Conferenz. Vielleicht hätte man sie für Paris vorgeschlagen, wodurch dem Kaiser Napoleon eine Art Ersatz für den Congreß geboten werden könnte. Aber die Nichtbetheiligung der Regierungen, die den Londoner Vertrag nicht unterzeichnet haben, wäre dann schwierig gewesen und der Congreß wäre auf einem Umwege doch zu Stande gekommen. Abgesehen davon macht aber England geltend, daß es Brauch sei, über einen Vertrag da, wo er abgeschlossen worden, zu berathen, also in dem gegenwärtigen Falle in London. Das alles ist übrigens erst im Werden und auf amtlichem Wege wahrscheinlich noch nicht erörtert. Nach einiger Zeit dürfte mehr davon gesprochen werden. Hat doch die Kreuzzeitung schon vor einigen Tagen auf die Nothwendigkeit einer europäischen Entscheidung in der Successions-Frage hingewiesen. Kommt aber Dänemark im Sinne der preußisch-österreichischen Erklärungen seinen Verpflichtungen nach, so wird man am Ende in Berlin und Wien die Sache dadurch schon als erledigt behandeln.

## Neuere Nachrichten.

**Berlin**, 2. Dec./20. Nov. Die heutige Morgenausgabe der Nat.-Ztg. ist wegen des Leitartikels „Preußen im Lager Oesterreichs" so früh mit Beschlag belegt worden, daß auch die Postexemplare nicht abgehen konnten.

**München**, 1. Dec./19. Nov. Beide Gemeinde-Collegien haben eine Adresse beschlossen, worin sie den König um seine Rückkehr bitten. Die Adresse wird heute Mittag telegraphisch nach Rom gesandt werden.

**Hamburg**, 5. Dec./23. Novbr. Nach gutem Vernehmen sind die Versuche Plessen's, Criminil's, Levetrows, Moltke's Verständigung mit dem Dänenministerium herbeizuführen, völlig gescheitert. Die Staatsrathsitzung soll gestern beschlossen haben, jede Besetzung Holsteins als Kriegsfall anzusehen.

**Flensburg**, 1. Dec./19. Nov. Die in Altona confiscirten 2200 Gewehre langten vorgestern mit der Eisenbahn in Flensburg an und wurden gestern an Bord einer Jacht gebracht, welche dieselben nach Sonderburg führen wird. — Gestern Abend hat der Trauerzug zu Ehren Friedrich VII. unter ungeheurem Menschenzulauf stattgefunden. Um halb 8 Uhr verließ das Dampfschiff „Schleswig" mit der königl. Leiche den Hafen. — Im Laufe dieser Woche wird hier eine bedeutende Truppenstärke aus dem Norden, namentlich aus Fredericia und Nyborg anlangen und mit der Eisenbahn weiter nach Süden befördert werden. — Gestern Vormittag gingen größere Abtheilungen der einberufenen Mannschaften und heute Morgen 4 Uhr das 10. Bataillon auf der Eisenbahn nach Süden.

**Bremen**, 30./18. Novbr. Hier ist eine Anzahl von Kaufleuten ersten Ranges in dem Beschluß eins geworden, in England 2 Panzerschiffe sofort zu bestellen, um dem Versuch einer dänischen Blokade der Wesermündung wirksam begegnen zu können.

**Wien**, 1. Dec./19. Nov. Die Gen.-Corr. aus Oesterreich bedauert daß die letzte Bundesversammlung nicht einen Beschluß über Ausführung der bereits beschlossenen Coörcitiv-Maßregeln gegen Dänemark gefaßt hat. Die Hauptsache sei, rasch, energisch zu handeln. Zu dem Zwecke sei der k. k. Militärbevollmächtigte in Frankfurt bereits seit acht Tagen mit den nöthigen Vollmachten versehen, um dem Bunde jede etwa geforderte Mitwirkung Oesterreichs zur Verfügung zu stellen.

**London**, 5. Dec./23. Nov. Lord Wodehouse geht nach Kopenhagen um den König zu seiner Thronbesteignng zu gratuliren und erhält außerdem politische Instructionen betreffs des gegenwärtigen Zustandes.

**Madrid**, 30./18. Novbr. Der Minister der Colonieen hat seine Entlassung eingereicht, dieselbe ist angenommen und der Marquis de la Habana vorläufig mit den Functionen dieses Departements betraut worden.

## Witterungsbeobachtungen.

25. Novbr., A. St. (7. Decbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 336,64 | + 1,54 | − 2,0 | $S_2$ | Trüb (4), Schnee |
| 2 U. | 335,90 | + 0,76 | − 1,9 | $S_3$ | Trüb (4), Schnee |
| 11 U. | 334,58 | − 0,62 | − 0,4 | $S_2$ | Trüb (4) |
| Mittel | 336,24 | | − 1,79 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 0,85 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 2,65 im J. 1841 und 1850, kleinste — 9,39 im J. 1855.

## Fremden-Liste.

Vom 26. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Abgereist: Hr. R. v. Roth; Hr. v Helmersen; Hr. v. Freymann; Hr. Masing; Hr. P. Joh. Lehmann; Hr. G. Schröder.

№ 645. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 26. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

Officielle.

Von Einem Kaiserlichen Universitätsgerichte zu Dorpat werden, nach § 8 der Vorschriften für die Studirenden alle diejenigen, welche an die Herren: stud. theol. Rud. Schulz und August Conradi; med. Alexander Arnhold, Emil Heubel, Hugo Behr und William Grohmann, pharm. Georg Waimann, Albert Cramer und Jul. Weiß, — aus der Zeit ihres Aufenthalts auf dieser Universität aus irgend einem Grunde herrührende gesetzliche Forderungen haben sollten, aufgefordert, sich damit binnen vier Wochen a dato sub poena praeclusi bei dem Kaiserlichen Universitätsgerichte zu melden.

Dorpat, 26. November 1863.

Rector Bidder.

Notär A. L. Wulffius.

Diejenigen, welche die Absicht haben, sich der **Maturitätsprüfung am Dorpatschen Gymnasium** zu unterziehen, werden hiemit aufgefordert, sich bis zum 1. December dieses Jahres Vormittags von 11—12 Uhr in der Cancellei des Gymnasiums zu melden. Bei der Meldung ist der Taufschein und ein Schulzeugniß beizubringen. Director **Schroeder.**

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

**Novitäten**

eingetroffen

**bei E. J. Karow**

in

**Dorpat und Fellin:**

Meyer, E. H., Walther von der Vogelweide identisch mit Schenk Walther von Schipfe. 60 K.

Aeschylos Agamemnon. Griech. und Deutsch mit Einleitung, kritischer Abhandlung und Commentar von K. H. Keck. 3 Rbl. 75 Kop.

Ribbing, Dr. S., Genetische Darstellung der platonischen Ideenlehre. Bd. 1. 2 R. 82 Kop.

Gladstone, W. E., Homerische Studien, frei bearbeitet von Dr. Alb. Schuster. 3 Rbl. 75 Kop.

Hesychii Alexandrini Lexicon. Editio minor cur. M. Schmidt. Pars prior. 6 Rbl. 25 Kop.

**Eine neue Auflage von Brockhaus' Conversations-Lexikon.**

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

**Conversations-Lexikon.**

**Elfte,**

umgearbeitete, verbesserte und vermehrte Auflage.

In Heften von 6 Bogen zu 25 Kop.

**Erstes Heft.**

Bogen 1—6 des ersten Bandes. A—Abscisse.

Brockhaus' Conversations-Lexikon hat schon mehrern Generationen als reichhaltigste Quelle der Belehrung gedient und vor allen ältern und neuern Nachahmungen stets den Vorzug der Gediegenheit und Zuverlässigkeit behauptet. Die Verlagshandlung hat keine Anstrengungen und Opfer gescheut, um den Ruf dieser Eigenschaften dem Werke auch in der jetzt beginnenden umgearbeiteten, verbesserten und bis auf die Gegenwart vervollständigten neuen elften Auflage zu erhalten.

Durch das allmälige Erscheinen in Heften von 6 Bogen zum Preise von nur 20 Kop. ist Jedermann Gelegenheit geboten, in den Besitz der neuen Auflage zu gelangen.

In allen Buchhandlungen werden Unterzeichnungen angenommen und ist daselbst das soeben erschienene erste Heft nebst Prospect zu haben, in Dorpat und Fellin bei **E. J. Karow.**

Unterzeichneter erhielt soeben

**Kerosine (Erdöl)**

in vorzüglicher Qualität à Pfund 20 Kopeken.

Diese Gattung ist völlig **geruchlos,** brennt **sehr hell** und **sparsam** und ist deshalb jeder Haushaltung besonders zu empfehlen.

**C. Sachsendahl,**

in der Nähe des Rathhauses.

Unterzeichneter hält Lager von

**Kerosine-Hängelampen,**
**Kerosine-Tischlampen,**
**Kerosine-Wandlampen,**
**Kerosine-Comptoirlampen,**
**Kerosine-Küchenlampen,**
**Kerosine-Nachtlampen**

in verschiedenen neuen und zweckmäßig eingerichteten Gattungen.

**C. Sachsendahl,**

in der Nähe des Rathhauses.

Ein **Schreib-Büreau, Garderobe- u. Wäsche-Schränke, Commoden, Thee-, Schreib-, Spiel-, Nipp-** und **Wasch-Tische,** sowie **Betten** und **Bettschränke** sind vorräthig bei der

Tischlerwittwe **Königsmann,**

Scharrenstraße.

Die vorzüglichsten **Concert-** und **Cabinet-Flügel** stehen bei Unterzeichnetem zum Verkauf und mache ich zugleich bekannt, daß bei mir auch gebrauchte Instrumente in Austausch gegen neue angenommen werden.

**R. W. Koch,**

Im Hause des Herrn v. Köhler.

Gesucht wird ein **Gefährte** zur Reise nach **Reval** per Post auf halbe Kosten zu Mittwoch den 27. d. M. Stadt London Nr. 8.

№ 275. Mittwoch, den 27. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.

Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

Das **„Dorpater Tagesblatt"** wird auch im nächsten Jahre in der bisherigen Ausstattung und unter sorgfältigster Redaction in meinem Verlage erscheinen. — Die Preise bleiben unverändert:
mit der Post jährlich 9 Rbl., halbjährlich 4 Rbl. 50 Kop.;
für Dorpat: jährlich 6 Rbl., halbjährlich 3 Rbl., vierteljährlich 1 Rbl. 50 Kop.
mit Zustellung ins Haus jährlich 7 Rbl., halbjährlich 3 Rbl. 50 Kop., vierteljährlich 1 Rbl. 75 Kop.
E. J. Karow.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. XIII. St. Petersburg: Gaben der Colonisten. Wologda: Kirchenschändung.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Varnhagen von Ense. Päpstl. Nuntius. Künstl. Marmor. Wiesbaden: Antwort des Herzogs. Hannover: Freischaaren. München: Reisingerianum. Augsburg: Holsteinische Angelegenheit. Rendsburg: Falsche Nachrichten über Befestigung. Altona: Truppenzüge. Wien: Dänische Schuld. Moralische Eroberungen. — Großbritannien. London: Brief Napoleon's. Der französische Gesandte. — Frankreich. Paris: Urtheile der Revue des deux mondes. Finanzbericht. Kriegsbrochüre. Autorisirter Kammerbericht. — Italien. Rom: Geistliche Stiftungen. Pisa: Wer ist Italien? — Griechenland. Athen: Der König. — America. Newyork: Die Nationalflagge Wallenstein. Rio de Janeiro: Nachrichten aus Uruguay. Urquiza.
**Neuere Nachrichten. — Telegramme.**
**Die ungarischen Magnaten.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 27. Nov. Der zwischen Ritterschaft und Stadt Reval abgeschlossenen Convention ging ein am nämlichen Tage (11. April 1860) unterzeichnetes Protocoll zur Seite, welches in Duplo angefertigt wurde, „um sowol im Archiv der Estländischen Ritterschaft als in dem des Revalschen Raths asservirt zu werden, damit daraus in Zukunft sowol die Veranlassung als die Absicht, die dieser Stipulation zu Grunde gelegen, jederzeit vollständiger eingesehen und entnommen werden könne, als aus der Vergleichs-Acte selbst, weshalb die in diesem Protocoll enthaltenen Bestimmungen als mit der Acte gleichmäßig und vollständig verbindende, durch die Namensunterschriften der Bevollmächtigten beider Corporationen anerkannt werden."

Aus diesem im Uebrigen mit der Vergleichs-Acte übereinstimmend lautenden Protocoll ergiebt sich schärfer, als aus der Acte, die principielle Stellung der Stadt, oder genauer ihrer Repräsentation, zu der behandelten Frage. Im Eingange wird die Veranlassung zu der Convention dahin angegeben, daß auf ergangene Anfrage des General-Gouverneurs: ob die Stadt Reval entweder vollständig den Reichs-Obliegenheiten beizutreten wünsche oder ob sie nach freier Uebereinkunft mit dem übrigen Gouvernement Estland sich verpflichten wolle, ohne Beihilfe aus der Reichs-Obliegenheiten-Casse und ohne Beitrag zu derselben ihre Prästanden zu tragen, — der Rath sich in dieser Angelegenheit an die Estländische Ritterschaft wandte, welche ihren mehrerwähnten Standpunct festhielt und zur Erhaltung der für Estland als Regel feststehenden territorialen Scheidung der Steuer-Einrichtungen, sowie zur Abwehr widersprechender Bestimmungen es für sehr wünschenswerth erklärte, über diesen Punct eine Einigung mit der Stadt für alle Zukunft festzustellen. „Die Stadt — so heißt es im Protocolle — mußte diesem Wunsche beitreten, da hierdurch die Mittel geboten schienen, gleichzeitig eine Ueberlastung der städtischen Immobilien-Besitzer und Bewohner durch die Quartier-Obliegenheit abzuwenden, und die verfassungsmäßige Selbständigkeit der Stadt und Unabhängigkeit derselben von der Landschaft unverletzt zu bewahren." Es wird derselbe Gesichtspunct wiederholt betont und als Zweck der sodann zu Stande gekommenen Stipulationen bezeichnet, „die corporative Verwaltung der Stadt und des Landes bei ihrer verfassungsmäßigen Selbständigkeit und gegenseitigen Unabhängigkeit zu erhalten und den Fortbestand der Steuerberechtigungen und die Grundlagen der Verfassung beider Corporationen durch ein geordnetes Zusammenwirken zu conserviren." Von dem Vertrage sollen die contrahirenden Theile entbunden sein nur, wenn einer oder beide von der Staatsregierung genöthigt würden, zu den Reichsobliegenheiten in ein Verhältniß zu treten, durch welches sie ihre gesetzmäßige Selbstständigkeit und gegenseitige Unabhängigkeit im Wesentlichen einbüßen würden.

Dagegen soll die Convention in keinerlei Weise alterirt sein, falls ohne ständische Petition und Intercession, „folglich wider den Willen der Stadt und des Landes," eine Veränderung oder selbst der Wegfall der in Art. 2. bezeichneten Einnahmequellen (4²/₇ Kop. Steuer per Seele und 15% von der Steuer für Handelsscheine) einträte. Wenn die durch städtische Quartiersteuern jährlich aufzubringenden 30000 Rbl. im Verlaufe eines Jahres nicht vollständig verausgabt werden, „so können deshalb keine Nachrechnungen Statt finden, sondern die ersparte Summe kommt den städtischen Contribuenten zu gut und ist, sobald sie bereits erhoben sein sollte, zum alleinigen Nutzen und Besten dieser Contribuenten zu verwenden."

Durch diesen Antrag war somit den Interessen der Stadt, wie es scheint ausreichend, Rechnung getragen. Er war verfassungsmäßig zu Stande gekommen. Die kleine Gilde zwar hatte ihn nicht eingehen wollen, war jedoch vom Rathe und von der großen Gilde überstimmt worden; die Delegirten des Raths hatten im Namen der „Stadt" verhandelt und geschlossen und der so zu Stande gekommene Vergleich bedurfte nur noch der höheren Bestätigung, um in Kraft zu treten.

Der General-Gouverneur, Fürst Suworow, verwandte sich kräftig; vom Finanzminister wurde ein beistimmendes Gutachten erstattet; aus dem Ministerium des Innern erhoben sich zwar verschiedene Einwendungen, allein eben damals wechselte die Verwaltung und der neu ins Amt tretende Minister des Innern legte seine allgemeine Geneigtheit an den Tag; er verlangte nur die Vollmachten der städtischen Delegirten zu prüfen. Mit dieser Prüfung wendete sich die Sachlage. Die Vollmacht wurde zwar im Uebrigen in Ordnung befunden, allein der Minister vermißte, was in der Verfassung der Stadt weder vorgesehen, noch zugelassen war: die Beistimmung der Hausbesitzer. Er erklärte, zuvor deren Votum vernehmen zu müssen und ordnete die Zusammensetzung einer Commission von Delegirten aus ihrer Mitte an.

Eben dabei nun zeigte sich die ganze Zerfahrenheit des städtischen Wesens. Bereits der Ausfall der Wahlen verrieth eine von vorn herein gegen die verfassungsmäßige Repräsentation der Stadt und den Rath insbesondere gerichtete Opposition. Von den dreißig Delegirten verwarf eine fast an Stimmeneinhelligkeit grenzende Majorität den Vertrag. Verschiedene Gegenprojecte wurden aufgestellt, erwiesen sich aber entweder als zweckwidrig oder fanden selbst innerhalb der Commission keine ausreichende Unterstützung. Die Delegirten vertraten kein Communalinteresse; sie standen nur für die particulären Angelegenheiten einer gewissen Gruppe Steuerpflichtiger ein, welche großentheils weder Einsicht in die städtische Verwaltung, noch Sinn für die Aufgaben eines autonomen Gemeinwesens hatten. Für sie handelte es sich darum, wo möglich nichts, andernfalls so wenig, als möglich, zu steuern und daß vor diesem Gesichtspuncte jeder andere zurücktrat, beweist das ziemlich lebhaft kundgegebene Verlangen nach einem Beitritt der Stadt zu den allgemeinen Reichsobliegenheiten.

So erschien die regelrecht zu Stande gekommene Convention gescheitert und dem Ritterschafthauptmann blieb nachmals bei Niederlegung seines Amtes nur übrig, in seinem am 11. December 1862 erstatteten Rechenschaftsbericht dringend zu empfehlen, „bei dieser Sachlage die Scheidung der Landschaft Estlands, als eines besondern Steuerkörpers, auch in der Quartierobliegenheit streng aufrecht zu erhalten, zumal durch die neuen Projecte hinsichtlich der Gestaltung des Prästandenwesens im Reiche, die ganze ständische Verfassung mit völligem Umsturze bedroht sein würde." „Zu bedauern ist nur — so schloß der bezügliche Paragraph seines Berichts — daß ein Annäherungswerk, das die Kräftigung und Belebung der geschichtlich begründeten Selbstverwaltung und Verfassung sichern sollte, hat ohne Erfolg bleiben müssen."

Dennoch wird eben das neue russische Project, wie es nunmehr aus den ersten Stadien der Vorbereitung in faßbarer Gestalt hervortritt, erst recht zur Mahnung, das „Annäherungswerk" nicht verloren zu geben. Es kommt dabei fast Alles darauf an, daß innerhalb der Stadt eine Einheit des Willens sich herstelle und daß die Repräsentation

Revals rechtlich und moralisch befugt und befähigt dastehe, im Namen eben auch der ganzen Stadt zu handeln und zu beschließen. Die Repräsentation der Landschaft bleibt noch heute bereit und ist ermächtigt, sowol jene Convention vom 11. April 1860 als bindend anzuerkennen, als auch eine neue auf gleichen Principien aufzurichten. Denn als auf dem ordinären Landtage 1861/63 nach Vortrag eingehender Relation über den Stand der Sache der Ritterschafthauptmann nachstehende drei Fragen gestellt:

1) Soll — falls die Stadt Reval ein derartiges Anerbieten stellen sollte — die zwischen ihr und der Landschaft am 1'. April 1860 abgeschlossene Convention zur Geltung und Ausführung gebracht werden?
2) Falls solches seitens der Stadt nicht geschieht, oder sich der Geltendmachung der Convention andere Hindernisse in den Weg stellen — soll dann der Ritterschafthauptmann autorisirt sein, gestützt auf den Boden der bestehenden Scheidung von Landschaft und Stadt als besondere Steuerkörper dahin einzuwirken, daß, abgesehen von dem für die Stadt Reval Bevorstehenden — die Landschaft in ihrer Integrität als Steuerkörper geschützt bleibe?
3) Soll beim Eintritt dieses Falls — oder wenn dem Ritterschafthauptmann die Stabilität der bestehenden Steuerverhältnisse für die Dauer dennoch nicht genügend gewahrt erscheint — derselbe beauftragt werden, einen neuen Weg zur Regelung der Frage anzubahnen? —

da hat sich die Ritterschaft zu allen drei Fragen bejahend ausgesprochen.

**St. Petersburg.** Die Colonisten in den Gouvts. Saratow und Samara haben für die in St. Petersburg 1862 Abgebrannten 7163 Rbl. und zum Besten der Verwundeten und der Wittwen und Waisen der in Polen gefallenen Soldaten 27.154 Rbl. 38½ Kop. dargebracht.

Im **Wologda**'schen Gouvernement, im Städtchen Grüsow hat ein Bauer, der Secte der Pilger (странники) auch Läuflinge (бѣгуны) genannt, wie es scheint, in wildem Fanatismus, um durch das Erleiden der dafür festgesetzten Strafe die Martyrerkrone zu erwerben, während des Gottesdienstes die Abendmahlsgeräthe vom Altar gerissen und mit Füßen getreten, indem er schrie: „ich zertrete satanische Gräuel." Die Moskauer Zeitung, welche diesen Fall berichtet, macht darauf aufmerksam, daß wenn auch ein solches Verbrechen nicht ungestraft bleiben könne, man sich doch werde hüten müssen durch die Art der Bestrafung dem Fanatiker zur Erreichung seines beabsichtigten Zweckes eines Martyriums zu verhelfen. Sie meint ferner: es wird sicher nicht wenig Menschen geben, welche diesen Fall für eine Folge der den Raskolniken gegenüber gewährten Erleichterungen erklären und die Rückkehr zu dem früheren System der Bedrückung und Verfolgung verlangen würden. Es erinnern solche Meinungen an eine nicht gar zu ferne Zeit, wo in Folge eines aufreizenden, ja unsinnigen Artikels in irgend einer Zeitschrift, sofort Maßregeln ergriffen wurden, durch welche nicht bloß die Schuldigen, sondern die ganze Literatur zu leiden hatte. Anstatt die Schuldigen zu bestrafen ergriff man Maßregeln, durch welche nur die nützliche Thätigkeit der Presse gelähmt wurde. Dieses sonderbare System behandelte die Schriftsteller, obwol unter ihnen die widersprechendsten Anschauungen vertreten sind, so, als bildeten sie eine Corporation mit solidarischer Verantwortlichkeit für die Vergehen der einzelnen Mitglieder. Es ist gesetzlich unzulässig, den Adel, den Bürgerstand für Verbrechen einzelner Glieder verantwortlich zu machen, und doch bilden sie noch Corporationen. Die Schriftsteller stehen aber in keiner Verbindung unter einander. So ist es auch mit den Raskolniken. Verbrechen, wie das erwähnte, waren zur Zeit der Bedrückung nichts Seltenes. Die Secte der Pilger oder Läuflinge ist zudem eine wenig zahlreiche und stehen den Altgläubigen und meisten Raskolniken feindlich gegenüber. Sie erkennen weder weltliche noch geistliche Gewalt an, kennen weder Familien, noch Eigenthum, noch geordnetes Gemeinwesen, noch feste Beschäftigung. Nach der Lehre dieser Secte sind die einzigen Christen die, welche beständig auf der Flucht sich befinden, sich in Schlupfwinkeln verbergen und kein ehrliches Gewerbe treiben. Sie sind ebenso Gegner der Raskolniken als der Rechtgläubigen. Das einzige wirksame Mittel eine Secte mit solchen Principien unmöglich zu machen, besteht darin, den geistigen und sittlichen Kräften des Volkes eine möglichst freie und selbständige Entwickelung zu gewähren.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin.** Das Criminalgericht citirt wiederum Ludmilla Assing in Stellvertretung des todten Varnhagen von Ense zum 23. Febr. 1864. Die Anklage ist erhoben wegen Verletzung der Ehrfurcht gegen den König von Preußen, wegen Beleidigung politischer Körperschaften, Behörden, Beamten und von Mitgliedern der bewaffneten Macht, wegen Schmähungen und Verhöhnungen von Einrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit, wegen Anreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, und wegen Anpreisung von Handlungen, welche in den Gesetzen als Verbrechen und Vergehen bezeichnet sind, sowie wegen Störung des öffentlichen Friedens durch Anreizung von Staats-Angehörigen zum Hasse und zur Verachtung gegen einander. — Wie das Memorial Diplomatique meldet, wird in Folge einer zwischen dem Berliner Hofe und dem römischen Stuhle zu Stande gekommenen Uebereinkunft nunmehr ein päpstlicher Nuncius bei der preußischen Regierung beglaubigt werden. — Professor Rose theilte der Academie kürzlich mit, daß Marmor künstlich erzeugt werden kann, wenn man massiven, kohlensauern Kalk einem hohen Hitzegrad unter großem Druck aussetzt. Seine Experimente machte er mit Aragoniten aus Böhmen und mit lithographischen Steinen. Im ersten Falle wurde das Mineral in einem schmiedeeisernen Cylinder und in dem andern dasselbe in einer Porcellanflasche erhitzt. Die Gefäße waren luftdicht. Beide wurden einer Weißglühhitze während einer halben Stunde ausgesetzt, und nach der Abkühlung waren beide Minerale in künstlichen Marmor verwandelt.

**Wiesbaden,** 30./18. Nov. Der Herzog von Nassau antwortete einer Deputation für Schleswig-Holstein: „es sei ein zweifelhaftes Ding mit den Ansprüchen, der Bundestag werde die Sache prüfen und sein Gutachten abgeben; je nachdem dieses ausfalle, werde er seine Stellung nehmen; solcher Petitionen und Adressen bedürfe es überhaupt nicht, Volksversammlungen liebe er überhaupt nicht, es komme nichts Gutes dabei heraus, und was die Versicherungen der Anhänglichkeit und der Aufopferung anlange, so habe man ja noch in der neuesten Zeit erlebt, was davon zu halten sei; wenn das Land Opfer zu bringen habe, dann werde er sie verlangen und erlangen, auch ohne solche Versicherungen." Die Frau Herzogin ist eine nahe Verwandte des Prinzen Glücksburg, der den dänischen Thron bestiegen hat.

**Hannover,** 27./15. Novbr. An die Mahnung des Generals Baudissin anknüpfend, mahnt die Ztg. f. Nordd., daß die deutsche Jugend nicht zu früh an Freischaaren-Unternehmungen gegen Dänemak denke. „Für die Dänen", sagt sie, „steht die selbständige Existenz ihres Staats auf dem Spiel, und sie würden ihre militärische Ueberlegenheit über Freischaaren mit aller Tapferkeit und Hingebung geltend machen. Zudem wäre es doch ein wunderliches Ding, wenn die deutschen Heere, welche jährlich so viele Millionen kosten, jetzt, wo es sich um die ernstesten Güter und Interessen des Vaterlandes handelt, dahinten bleiben und das Volk allein den Kampf ausfechten lassen wollten. Das wäre eben so widersinnig, wie es ein Schimpf wäre, von dem wir glauben, daß die meisten deutschen Regierungen nicht gewillt sind, ihn ihren Heeren zuzufügen." Wenigstens, meint das demokratische Blatt, möge die deutsche Jugend warten, bis Herzog Friedrich VIII. im Stande sei, sein Heer zu organisiren, um von Holstein aus Schleswig zu befreien; in diesem Heer würden die deutschen Turner ihren Platz finden. — Sogar der Temps in Paris hat schon vor einigen Tagen eingestanden, daß diesmal eine Möglichkeit vorhanden sei, daß das deutsche Volk bestimmend in die Politik eingreife, aber freilich seien die entgegenstehenden Schwierigkeiten sehr groß. Werden sie überwunden, so hat damit eine neue Kraft, und welch' ungeheure Kraft, sich das Recht erstritten, hinfort im Rath Europa's eine vollwichtige Stimme abzugeben, und die Friedensstörer werden sich sehr bedenken, sie gegen sich in die Schranken zu rufen.

**München.** Hier ward das Reisingerianum eröffnet, eine Stiftung des 1854 gestorbenen Arztes Reisinger. In demselben befinden sich außer einem Hörsaal zweckmäßige Räume für Untersuchung und Beobachtung von Kranken, ein Laboratorium für chemische und ein eigenes Zimmer für microscopische Untersuchungen. Die Anwendung der Microscopie, Physik und Chemie auf die Medicin wird in mehreren Cursen unentgeltlich dort gelehrt. Zwei Säle und ein Lesezimmer sind für die Bibliothek bestimmt. Sammlungen von chirurgischen Instrumenten und Bandagen, von Arzneistoffen werden für die verschiedenen Lehrzwecke angelegt. Ein Garten am Haus soll zur Anpflanzung officineller Gewächse und so auch zum Unterricht in der medicinischen Botanik benutzt werden.

**Augsburg,** 30./18. Novbr. Die Allg. Zeitung schreibt: Daß in Bayern die conservativsten Kreise wie die radicalsten in dem Gefühl, in den Forderungen für Schleswig Holstein übereinstimmen, dafür zeugt schon die Sprache seiner Zeitungen. Der Münchener Volksbote, die Pfälzer Ztg. reden in dieser Hinsicht dieselbe Sprache wie die demokratischen Blätter. Ein Stimme „vom Main" in der Pfälzer Zeitung sagt: „Leider müssen wir mit dem Dichter sagen: „Der große Moment findet ein kleines Geschlecht." In dem Augenblick wo die Todeskunde von Kopenhagen mit dem electrischen Blitz sich durch alle Welt verpflanzte, und das deutsche Volk instinctartig mit dem Bewußtsein eines großen Ereignisses durchzuckte, da war es an den Regierungen, an der obersten Bundesbehörde, rasch und thatkräftig zu handeln. Die wunderbaren neuen Verkehrsmittel machen es bei einigem gutem Willen ja so leicht! Aber der gute Wille, oder vielmehr die richtige Einsicht hat gefehlt. Bekennen wir es offen: die Präsidialmacht vor allem hat ihre Aufgabe gänzlich verkannt. Ohne Zeitverlust mußten die Regierungen um Instructionen angegangen, die Bundesversammlung mußte zusammenberufen und ein Beschluß gefaßt werden: daß von Stund an Schleswig-Holstein zu Deutschland gehöre, daß der Fremde dort nichts mehr zu schaffen, vielmehr sofort das Land zu verlassen habe. Diesem Beschluß mußte aber auch der nöthige Nachdruck und Vollzug gegeben werden durch sofortiges Einrücken der schon längst marschfertigen Executionstruppen, hinter denen rasch die Reserven sich aufstellen mußten um auf den ersten Wink nachrücken zu können. Unter dem Schutze dieses deutschen Heeres mußte sodann der rechtmäßige Herzog in sein Land eilen, die Zügel der Regierung ergreifen, die Stände zur Huldigung einberufen. Unter diesem Beistand hätte sein Volk sich erhoben, und ohne viele Schwierigkeiten die Dänen hinausgeworfen. Für den Nothfall aber stand das bewaffnete Deutschland bereit. So hätte man eine That gethan welche Deutschland in seinen eigenen Augen und den Augen Europas hob und kräftigte; man hätte sich den Besitzstand gesichert, und eine vollendete Thatsache geschaffen, was ja nach dem heutigen Völkerrecht

mehr gilt als alle Verträge und Protocolle. Was ist statt dessen geschehen? Die Wiener officiöse Presse begrüßt den Thronwechsel in Kopenhagen sofort mit der Erklärung daß nunmehr, natürlich schon aus Höflichkeit, die Bundesexecution zu sistiren sei, und daß man hoffen dürfe, der neue König werde seinen „deutschen Unterthanen" gerecht werden. „Eiskalt durchzuckte es die Glieder der deutschen Nation" solche Worte in solcher Stunde von der Seite her zu vernehmen wo man bisher so viel Eifer für deutsche Ehre und Machtstellung zur Schau getragen, und theilweise auch bethätigt, und nicht ohne Erfolg um Sympathien geworben hat.

**Rendsburg**, 1. Dec./19. Nov. „Es scheint, daß man im Kriegsfalle beabsichtigt, in Rendsburg Widerstand zu leisten, um dadurch eine Zusammenziehung der Hauptstärke in der Dannewerkstellung zu ermöglichen. Die Garnison dieser befestigten Stadt wird vermehrt und die Familien der Officiere sammt Unterofficiere sollen Ordre bekommen haben, sich bereit zu halten, nach Norden aufzubrechen. Nach dem rechten Flügel der Dannewerkstellung werden in diesen Tagen gezogene Kanonen gebracht und bei Süderstapel werden drei Werke angelegt." Was den ersten Theil dieser Nachricht betrifft (und es haben wiederholt dänische Blätter von einer tapfern Vertheidigung Rendsburgs geredet), so scheint bisher auch nicht das Allergeringste dafür zu sprechen und man wird versucht, viel eher auf das Gegentheil zu schließen. Es ist nichts geschehen, was einen Widerstand hierorts andeuten könnte; die Wälle sind weder verpallisadirt, noch armirt und fast alles Material, was hier früher aufgehäuft war, ist im Laufe der Zeit nach und nach fortgeschafft worden. In Verbindung mit der den Officiers-Familien ꝛc. angeblich zugegangenen Ordre, sich zum Aufbruch nach dem Norden bereit zu halten, steht wol die Hinausschiebung der Sperre des Canals zum 15. d. M. Auf geschehenes Ansuchen militärischerseits ist diese Maßregel vom Ministerium getroffen worden, um die bezügliche Wasserstraße für den Transport von Effecten offen zu halten. Nun scheint es aber in diesen Tagen, daß in Folge des Frostes die Canalsperre doch früher eintreten könnte.

**Altona**, 2. Dec./20. Nov. Heute Nachmittag sind wieder 500 Mann Infanterie hier angekommen, und nach Elmshorn und Glückstadt sollen auch noch Verstärkungen kommen. Das diesseitige Ufer der Elbe ist von Infanterieposten besetzt und aus Glückstadt hört man, daß auf den dortigen Außendeichen während der letzten Nacht größere Trupps campirt haben. Auf der Chaussee längs der Elbe bis Blankenese wird dem Vernehmen nach Tag- und Nacht von Dragonerpikets patrouillirt.

**Wien**, 1. Decbr./19. Novbr. Die „Presse" erinnert die österreichische Regierung daran, sich bei der holsteinischen Occupation die Gelegenheit nicht entgehen zu lassen, die 6 Millionen Gulden von Dänemark einzucassiren, welche die Pacification Holsteins im dänischen Interesse 1850 gekostet habe, und setzt hinzu: „Es war ohnehin ganz überflüssige Generosität, gegen Dänemark eine solche Forderung so lange ausstehen zu lassen." Auch spricht sie von einem Proteste Dänemarks gegen die Ausschließung seines Gesandten von den Bundestagssitzungen. Die angeblich in diesem Proteste genommene Aufstellung Dänemarks ist originell. Sie behauptet nämlich: Der Bund habe mit seinem Ausschließungsbeschlusse vom 28. Novbr. nicht bloß Dänemark, sondern das von diesem nicht trennbare Holstein-Lauenburg ausgeschlossen, und wenn jetzt Bundestruppen den Fuß auf den Boden der Herzogthümer setzen, so werde sie der König von Dänemark als fremde Truppen betrachten, die sein Land besetzen wollen, und Gewalt mit Gewalt vertreiben. — Unsere moralischen Eroberungen in Deutschland brauchen den Berlinern den Schlaf nicht zu rauben. Ein Preßgesetz, welches binnen 10 Monaten 24 Redacteure in den Kerker steckt und 5 auf die Flucht treibt, und ein Vereinsgesetz, welches ohne die persönliche Intervention des Ministers eine Volksversammlung für Schleswig-Holstein absolut unmöglich macht, müssen dem blödesten Schwärmer für Neu-Oesterreich die Augen öffnen. Wann aber das neue Vereinsgesetz, welches jetzt im Reichsrathe ausgearbeitet wird, zur Discussion, Beschlußfassung, und eventuell zur Publication gelangen wird, darüber hat selbst die Rechbauersche Interpellation uns keine Gewißheit verschafft

## Großbritannien.

**London**, 30./18. Novbr. Man spricht von einem sehr herzlich gehaltenen eindringlichen Briefe Napoleon's III. an die Königin Victoria, worin er sie im Interesse des europäischen Friedens auffordert, seine Congreß-Anerbietungen nicht zurückzuweisen. Das Schreiben soll so abgefaßt sein, daß es eines schönen Tages im Moniteur erscheinen kann. Latour d'Auvergne hat persönliche Weisungen vom Kaiser über sein Verhalten bekommen, und es scheint, daß man in Paris die Congreß-Idee noch nicht ganz aufgegeben habe. Am Tage seiner Ernennung sprach man noch von den ihm anvertrauten Allianz-Unterhandlungen in London. Man sprach aber auch zum letzten Mal davon. Heute bringt er die lebhafteste Verstimmung des Tuilerienhofes nach London, wo er eine neue Phase der Kälte und Spannung zwischen den Westmächten zu notificiren hat. Heute giebt es, diplomatisch gesprochen, keine polnische Frage mehr. England hat sie mittelst der bekannten Erklärung des Grafen Russell aufgegeben, der Kaiser Louis Napoleon hat mittelst des Congreßvorschlags und der Thronrede seine Verantwortlichkeit herausgezogen. Die napoleonisch-palmerstonische Allianz hat schon arge Stöße überstanden. Heute aber besteht sie nicht mehr. Fürst Latour d'Auvergne reist nach London als Vertreter einer benachbarten, aber keineswegs verbündeten Macht. Die englische Abfertigung der Congreßeinladung hat jegliche Gemeinschaftlichkeit der diplomatischen Bestrebungen aufgehoben. Mithin läßt Napoleon die polnische Frage fallen, welche er weder vereinzelt, noch für eigene Rechnung behandeln wollte. Das zweite Kaiserreich, das sich selbst genug ist, zieht sich auf sich selbst zurück. Es wird diese Haltung zunächst auch auf den deutsch-dänischen Conflict übertragen, welcher England so sehr am Herzen liegt. Des Kaisers Verbündete sind die — kommenden Ereignisse.

## Frankreich.

**Paris**, 30./18. Novbr. Der Finanz-Bericht schätzt das Deficit von 1862 auf 32, das von 1863 auf 43 Millionen Franken. Der Finanz-Minister schlägt ein Anlehen von 300 Millionen vor. Da Mexico 210 Millionen an Frankreich zahlen soll, so würde dies einen Baar-Bestand von 510 Millionen ausmachen. Zieht man hiervon die 75 Millionen Deficit für 1862 und 1863 ab, so bleiben 435 Millionen. Das Anleihen soll zur Einzahlung der Staats-Schatzscheine oder fliegenden Schuld verwandt werden. Der Bericht bemerkt in dieser Beziehung, daß das Geld, welches dem Publicum in Form eines Anleihens entnommen wird, ihm in Form der Rückzahlung der Schatzscheine wieder zukommt, so daß in Wirklichkeit die Staatsschuld durch diese Operation nicht vermehrt, sondern nur theilweise umgestaltet wird. Der Vortheil der Operation aber besteht darin, daß die für die fliegende Schuld zu zahlenden Zinsen immer höher sind, als die für die consolidirte. „Das Entnehmen von Geld auf Schatzscheine," bemerkt Herr Fould sehr richtig, hat den Nachtheil, den Zinsfuß zu erhöhen, statt ihn herabzusetzen. Ganz besonderes Interesse dürfte der Bericht in Bezug auf die mexicanische Schuld haben. Er stellt die Nothwendigkeit dar, daß Mexico, um Frankreichs Anforderungen nachzukommen, eine Anleihe abschließe. Der Moment, in welchem ein solches zu Stande kommen soll, wird indessen nicht bestimmt angegeben; da jedoch die 210 Millionen, die Frankreich beansprucht, jedenfalls in der von Mexico zu leihenden Summe miteinbegriffen sind, so läßt sich schließen, daß die Gesammt-Summe des mexicanischen Anleihens eine sehr bedeutende werden würde. Frankreich könne die Sicherheit seiner Finanzen nicht von der Rückzahlung der mexicanischen Schuld abhängig machen; der Minister kommt deßhalb wiederholt auf die Nothwendigkeit eines mexicanischen Anleihens zurück. Bezüglich Mexico's bestätigt dieser Bericht also die Thatsache, daß Frankreich sich mit einer bloßen Geld-Entschädigung begnügen will, und nicht an Länder-Erwerb in America denkt. Verwickeln könnte sich dieses Verhältniß nur, wenn Mexico den von Frankreich vorgeschlagenen Zahlungs-Modus nicht annimmt. Immerhin aber würde eine Pfand-Ergreifung für Frankreich sehr schwer sein, da die Expedition ungeheure Summen in Anspruch nimmt und die französische Regierung im Uebrigen offenbares Interesse hat, ihre gesammten Streitkräfte für etwaige Verwickelungen in Europa verfügbar zu haben. Ein Finanzmann von der Ansicht des Herrn Fould muß indessen die Ueberzeugung haben, daß das mexicanische Anleihen vor der Einsetzung der neuen Regierung kaum möglich ist, denn bei den bisherigen Zuständen hat Mexico nicht einmal die relativ geringeren Anforderungen der drei Mächte befriedigen können, und nur ein geordneter Zustand würde ihm Credit verschaffen. Hiesige Staatsmänner haben deßhalb auch bereits an die Errichtung einer mexicanischen Bank, nach dem Muster der französischen gedacht! — Die bei Dentu erschienene Flugschrift wird zwar vom Moniteur desavouirt. Ihre Ausführung der kaiserlichen Ideen ist augenscheinlich plump und übertrieben; aber der Verfasser sucht offenbar die Gedanken des Kaisers zu errathen, und seine Schrift ist nur eine Ausführung des vom Kaiser selbst ausgesprochenen Gedankens: „Wenn der Congreß nicht zu Stande kommt, so ist der Krieg unvermeidlich!" Wer freilich glaubte, der Kaiser habe die Congreß-Idee nur wie einen Ballon in die Luft steigen lassen, der kann noch immer hoffen, daß er damit so ruhig, wie Nadar mit seinem verunglückten Riesen-Ballon, wieder nach Paris ziehen werde. Die eben angekündigte Anleihe sieht aber gerade nicht danach aus, als ob diese Hoffnung sich erfüllen werde. — Der „Progres de Lyon," ist auf zwei Monate unterdrückt worden, weil er einen andern als den amtlich autorisirten Kammersitzungsbericht gebracht hatte.

— Von einiger Bedeutung ist es, daß die Revue des deux Mondes das Congreß-Project fast mit Verachtung behandelt. Forcade nennt es einen „Theatercoup," und weist die Berechtigung zu diesem wegwerfenden Urtheil auf neun Seiten mit der berechnetsten Objectivität nach. Forcade erinnert an das Couplet Beranger's nach dem Sturz des Königs Christoph von St. Domingo: Vite un congrès, deux, trois congrès, quatre congrès, cinq congrès, dix congrès. Forcade spöttelt dann über die Pariser Neugierde und Schaulust, welche sich schon auf die große von Königen gespielte Comödie freue, lobt den Kaiser Louis Napoleon, der sich in seiner Einladung so geschickt habe persönlich auf die Scene zu bringen verstanden, und weist ihm zwischen den Zeilen so die Rolle eines Comödianten zu, der Frankreich und Europa über die Stellung des zweiten Kaiserreichs zum französischen Volk und zu Europa zu täuschen versuche. „Die Idee eines Congresses ist ein Auskunftsmittel um die in der polnischen Frage erlittene ungeheure Schlappe zu verbergen," sagt die Revue des deux Mondes wörtlich. Sie erkennt einem Congreß nach einem Krieg eine practische Bedeutung zu, aber einem Congreß ohne und vor einem solchen prophezeit sie gar keinen Erfolg, besonders in Betracht der Natur der Fragen welche auf einem europäischen Congreß zur Zeit zu behandeln sein würden. Wichtiger aber als alle diese in der Form gemessenen, ihrem Inhalt nach aber bei-

spiellos energischen Erklärungen der gediegensten politischen Zeitschrift Frankreichs, ist was die Revue des deux Mondes über die Verträge von 1815 sagt: „Was wir in den Verträgen von 1815 verabscheuen, das ist mehr als ein demüthigendes Datum, es ist die Ursache unserer Demüthigung — „es ist die wahnsinnige Politik" (politique infatuée) welche zweimal Frankreich fast sterbend zu den Füßen des Auslands fallen machte; aber was „die Verträge selbst betrifft," so haben sie nur dazu gedient, um in den Augen der Welt die Lebenskraft unserer Race festzustellen und die Schnelligkeit mit welcher sie unter der befruchtenden Thätigkeit der Freiheit „die Uebel des Despotismus" bei uns auszugleichen vermochte." Es ist die kühnste Erklärung die Forcade je gewagt, zumal da er sie von der andern begleitet: daß dieser ganze „Apparat, welcher einen Congreß in der Perspective zeige," nicht Frankreich von seinen innern Fragen abziehen dürfe und abziehen werde; die Zeit wo solche Mittel von Erfolg gewesen, sei vorbei. Die Revue des deux Mondes geht dann zu der wichtigsten innern Frage Frankreichs über — den Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers und den empörenden Thatsachen welche die Prüfung der Vollmachten der Deputirten ans Licht gebracht. Wenn, wie es thatsächlich der Fall, bis auf etwa ein Dutzend Ausnahmen, die Tuilerien sämmtliche Mitglieder des gesetzgebenden Körpers ernennen, und bei der Macht der von der Centralisation getragenen allgewaltigen Verwaltung voraussichtlich allezeit ernennen können, welchen Werth hat dann die ganze Institution? Die an und für sich legal fast machtlose Kammer hat nur noch durch die moralische Kraft Bedeutung welche sie repräsentirt. Sinkt auch diese, so wird die Institution nicht bloß werthlos, sondern nachtheilig, weil sie das Volk gegen die parlamentarischen Formen an sich einnimmt.

## Italien.

**Rom**, 28./16. Novbr. Nach Berichten aus Norditalien hat der Staatsrath in Turin den Gesetzesvorschlag über die völlige Aufhebung aller geistlichen Stiftungen und Collegien, wie über die Einziehung der Kirchengüter bereits genehmigt. Man wird denselben demnächst der Kammer zur Bestätigung vorlegen. Man will die Canonicate bis auf ein Minimum verringern, die Collegien, mit Ausnahme weniger, aufheben, den entlassenen Geistlichen dieser Stiftungen eine Pension geben. Die Bettelorden, so heißt es, sollen geduldet, aber limitirt werden. Die clerikale Presse spricht mit Erbitterung von der Unterdrückung des bekannten Kapuziner-Convents S. Efremo Nuovo zu Neapel; in dies Kloster hatte die italienische Regierung alle aus den Provinzialconventen entfernten Kapuziner schaffen lassen (aus Salerno, Nocera, Sorrent und Neapel). Vierhundert Mönche waren demnach dort eigentlich eingesperrt und erwarteten in Angst die Entscheidung ihres Schicksals. Am 5. November kam der Befehl, S. Efrem zu verlassen, denn dies Kloster wurde zu einem Staatsgefängniß bestimmt. Das Loos von Greisen, die ohne Freunde und Verwandte sich plötzlich in die fremde Welt ausgestoßen finden, ist freilich beklagenswerth, aber diese Opfer müssen einmal dargebracht werden; so verlangt es die fortschreitende Zeit. Von allen Seiten, namentlich aber von Neapel und Sicilien, dem alten Eldorado der Mönche, gelangen die Nachrichten von Aufhebung der Klöster nach Rom. Man verwandelt sie in Kasernen und leider auch in Gefängnisse. Die Klagen der Mönche und Nonnen finden nur ein Echo in den geistlichen Blättern, aber der nahe bevorstehende Fall der berühmten Abtei Monte Cassino, welche 13 Jahrhunderte zählt und so viele Reiche überlebt hat, wird eine tiefe Theilnahme in der ganzen wissenschaftlichen Welt erregen.

**Pisa**, 30./18. Nov. „Wer ist Italien?" fragt die Florentiner Gazzetta del Popolo, welche bisweilen inmitten ihres revolutionären Geschwätzes nützliche Wahrheiten bringt. „Italien sind wir, rufen die Redactoren der Turiner radicalen Blätter. Italien ist in der Idee, ruft Giuseppe Mazzini. Italien ist in Garibaldi, ruft die Fortschrittspartei neuer Schule. Italien ist in der Constitution, rufen die Moderirten. Italien ist im Heer und in Victor Emmanuel, rufen die Anhänger der Monarchie. Italien ist im Volk und in der bewaffneten Nation, rufen die Humanitarier. Wir sind ganz betäubt von den verschiedenen Rufen — welcher Ruf aber ist der orthodoxe? Die Verschiedenheit allein schon legt an den Tag daß alle Unrecht haben." So spricht das Blatt welches in demselben Athem erklärt: die Revolution und die Monarchie könnten ganz bequem Hand in Hand gehen. Letztere Ansicht scheint auch die des Königs Victor Emmanuel zu sein, wenn man seiner Antwort auf die Rede des Präsidenten des unitarisch constitutionellen Vereins von Neapel, des oft genannten Settembrini, Glauben schenken soll. Die Neapolitaner Berichterstatter haben schon Nachricht von dieser Rede gegeben, welche den König auffordert auf dem St. Peters-Dom und der Kuppel von San Marco ein reineres Kreuz, das Kreuz von Savoyen, aufzupflanzen. Der König dankt für diesen Beweis der Zuneigung und des Vertrauens, namentlich in einem Moment wo vielleicht nahe Ereignisse die Entscheidung bringen würden, und er nicht am Sieg zweifle. So spricht König Victor Emmanuel, welcher, der erste, zum Pariser Congreß gehen will, der den Frieden besiegeln soll, und von dem derselbe König zu hoffen scheint, daß er dem Papste nicht einmal den Vatican lassen werde! Und neben einem solchen Mitsouverän proponirt man dem Papste beim Congreß der vollendeten Thatsachen Platz zu nehmen.

## Griechenland.

**Athen.** In einem Brief der Times aus Athen heißt es: Der junge König sei bereits der Liebling seiner classischen Unterthanen, welche dessen einfache, bescheidene, wahrhaft antike Lebensweise gar nicht genug bewundern können. Er wandelt oft zu Fuß und ganz allein durch die Straßen, grüßt Jedermann, besucht den Gemüsemarkt, fragt, soweit der Buttmann ausreicht, nach dem Preis der verschiedenen Artikel 2c. Kurz, ein achtzehnjähriger Aristides.

## America.

**Newyork**, 18./6. Nov. Seit dem 2. d. M. giebt es keinen Staat der Union mehr, in welchem nicht die Nationalflagge weht. In diesen Tagen ist die von General Banks befehligte Expedition, die in den letzten Tagen des v. M. von New-Orleans abgegangen war, an der Mündung des Rio-Grande in Texas gelandet. Widerstand, der diesen Namen verdiente, hat sie nicht gefunden, und die Ausschiffung — ein nichts weniger als gefahrloses Unternehmen, da auf der Barre nur 9 Fuß Wasser sind — ist bei günstigem Wetter glücklich von Statten gegangen. Es scheint, daß die Kriegslist, den Feind durch die von Brashear City (West-Louisiana) nach der Ostgrenze von Texas aus vorgeschickte Land-Expedition irre zu führen, die gewünschte Wirkung gehabt, d. h. Westtexas von Rebellen entblößt hat.

— In New-York saß am 10. November ein Americaner in einer Bierwirthschaft, wo er Stammgast ist. Seine Augen fielen auf den Theaterzettel, welcher zur Feier des Schillertages „Wallenstein's Lager" ankündigte. Er betrachtete ihn eine Weile ziemlich neugierig, bis ihm endlich ein Licht aufzugehen schien, und zwar keineswegs zu seiner Befriedigung, wie aus folgender Frage hervorging, welche er ziemlich unwirsch an den Wirth richtete: „Why did you change your brewer, was n't your lager good-what kind of a brewer is this Wallenstein?" Der Americaner kennt Lagerbier nur unter der Bezeichnung „Lager". Also: „Warum haben Sie Ihren Brauer gewechselt? War Ihr „Lager" nicht gut? Was für ein Brauer ist dieser Wallenstein?"

**Rio de Janeiro**, 8. Nov./27. Oct. In Uruguay hat der Insurgenten-Chef Flores, der nach den letzten Berichten fast vernichtet war, wieder das Uebergewicht erlangt, den General Lamas total geschlagen und ist vor Salto erschienen. Moreno, der ihm dorthin entgegengeschickt wurde, mußte zurückgerufen werden, um die Hauptstadt gegen einen Ueberfall der Insurgenten zu decken. Mittlerweile herrschte unter den Blancas (der Regierungspartei) noch fortwährend Uneinigkeit, wodurch die Operationen gegen Flores sehr behindert wurden. Am 28. ist die Deputirten-Kammer zusammengetreten, um unter Anderm auch über eine Verfassungsreform zu berathen. In der Eröffnungsrede klagte der Präsident darüber, daß der Rebellion durch Unterstützung von Innen wesentlich Vorschub geleistet werde.

Aus **Buenos Ayres** wird gemeldet, daß Urquiza, der Gouverneur von Entrerios, sich mit Mitre, dem Präsidenten der Argentinischen Republik, ausgesöhnt und seinen guten Willen durch Unterdrückung eines gegen die Republick in Victoria und Concordia gemachten Aufstandversuches bethätigt habe. — Die Provinzial-Legislatur von Buenos Ayres hat einen Gesetzentwurf angenommen, welcher den fremden Münzen zu einem bestimmten Werthbetrage gesetzlichen Cours giebt. Außerdem hat sie die Regierung ermächtigt, eine Anleihe im Auslande zu contrahiren, um das Papiergeld zum Course einer Unze für 334 Papier-Dollars einzulösen.

## Neuere Nachrichten.

**München**, 3. Dec./21. Nov. Ein Telegramm aus Rom meldet, daß der König Max unmittelbar nach München zurückkehren werde.

**Kopenhagen**, 2. Dec./20. Nov. Der „Schleswig" kam heute halb 4 Uhr mit der Leiche des verstorbenen Königs in der innern Rhede an. — Das Dampfschiff „Geiser", zum Truppentransport bestimmt, ist nach Korsör abgegangen. — Die Panzercorvette „Dannebrog", mit Maschinen von 400 Pferdekraft, wird bald zum Auslaufen fertig sein. — Gestern kamen im Flensburger Hafen 5 größere Dampfschiffe mit Truppen vom Norden (Fredericia, Nyborg 2c.) an, welche auf der Eisenbahn weiter nach Süden befördert wurden. Mehrere Batterieen werden in den nächsten Tagen über Land von Fridericia und mehrere Bataillone von Seeland erwartet. Von den angekommenen Dampfschiffen sind einige wieder abgesegelt, um andere Truppen überzuführen.

**Paris**, 2. Dec./20. Nov. Der Moniteur bringt officielle Nachrichten aus Mexico: Seit dem 15./3. October hatten die Truppenbewegungen gegen Juarez begonnen, doch wollte Bazaine die eigentliche Offensive erst in den ersten Tagen des November ergreifen. Das Commando von Mexico sollte dann General Neigre mit 3500 Mann führen; die Hauptstadt war übrigens ringsum so gut befestigt, daß ihre Vertheidigung nicht viel Mannschaft erfordert. Die Straße zwischen Mexico und Vera-Cruz ist gut besetzt. In Camerone hat sich der Contre-Guerillaführer Oberst Dupin fest postirt. Die einzelnen kleineren Posten auf der Heerstraße sind eingezogen worden. Auf der Hochebene war der Gesundheitszustand vortrefflich; in Vera-Cruz wie in den heißen Landschaften hatte das gelbe Fieber fast ganz aufgehört. Am 22. Octbr. hatte General Bazaine an das mexicanische Volk eine Proclamation erlassen, des Inhalts, daß die Politik seines Vorgängers auch die seinige sei und daß er das Manifest vom 13. Juni d. J. wahr zu machen beflissen sein werde. — Das Journ. de Constantinople zeigt an, daß der Nachfolger des entlassenen Sheik ül Islam Essam-Eddin, Mufti des Unterrichts-Ministeriums ist. — Nach dem Levant Herald hat der in Angelegenheiten des Suez-Canals nach Paris gesandte Minister des Vice-Königs von Aegypten, Nubar Bey, den Zweck seiner Mission nicht erreicht.

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zu Nr. 275 des Dorpater Tagesblattes.

**Wien**, 4. Dec./22. Nov. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer des Reichsraths antwortete Graf Rechberg auf die Interpellation des Hr. Rechbauer. Er sagte, der Londoner Vertrag enthalte für die contrahirenden Parteien eine völkerrechtliche Verpflichtung, mit der sich die deutschen Großmächte durch ihre Abstimmungen im Schooße des Bundestages nicht in Widerspruch setzen könnten. Herr v. Rechberg fügte hinzu, daß Dänemark gegenüber der Vertrag und die Vereinbarungen, welche demselben vorausgegangen sind, ein unzertrennliches Ganze bilden und daß die Bundesexecution gegen König Christian seine Anerkennung als Herzog von Holstein nicht einschließe, während die stark angefochtene Erbfolgefrage vorbehalten bliebe und von dem Bundestage geprüft werden müsse. Wenn man in derselben auf den gesetzlichen Standpunct, welcher vor dem Londoner Vertrag existirte, zurückgehen wollte, so würde das zu unberechenbaren Consequenzen führen. Es ist unzweifelhaft, daß das Herzogthum Lauenburg zu Dänemark gehört. „Oesterreich, sagte schließlich Herr v. Rechberg, ist entschlossen, mit Preußen vereint zu handeln und für seine deutschen Brüder in den Grenzen des Rechts und der Interessen Deutschlands vorzugehen. Schindler kritisirt die auswärtige Politik Oesterreichs. Er billigt, daß dasselbe mit Preußen, aber nicht, daß es mit Herrn v. Bismarck zusammengehe. Graf Rechberg sagte in einer neuen Rede, der Gedanke, einen Congreß zu versammeln, sei schön und edel, der Ausgang des Congresses sei jedoch ungewiß. Um Krieg zu vermeiden, sei es nothwendig, sich vorher über die Gegenstände und über die Mittel zu verständigen. „Die Regierung muß bei allen ihren Handlungen den Wunsch nach Frieden bewahren, zugleich aber auch die Unverletzlichkeit des Reiches." — Nach einer lebhaften Discussion über die auswärtige Politik Oesterreichs erklärte Graf Rechberg in der zweiten Kammer, die Politik Oesterreichs in Italien sei für die Aufrechterhaltung des Friedens und nicht für Eroberung; aber so lange Turin auf die erste Gelegenheit laure, um Venedig zu nehmen, sei kein österreichischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten im Stande, mit Turin im guten Vernehmen zu bleiben.

**Kopenhagen**, 4. Decbr./22. Novbr. Der Finanz-Minister hat dem Rigsraad einen Gesetzentwurf in Bezug auf eine Regierungsanleihe von 10 Millionen vorgelegt.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 9. Decbr./27. Novbr. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten brachte der Finanz-Minister einen Gesetzentwurf ein, in dem er eine Anleihe von zwölf Millionen fordert. Er motivirt denselben durch außerordentliche zu Gunsten Schleswig-Holsteins zu ergreifende Militärmaßregeln und wünscht Beschleunigung der Berathung.

**Frankfurt**, 9. Decbr./27. Novbr. In der letzten Sitzung des Bundestages ward der Antrag angenommen, nur die Execution in Holstein zu vollstrecken, und den Befehl zum sofortigen Einmarsch der Truppen zu erlassen. — Die Regulirung der Erbfolgefrage wird vorbehalten. — Der Herzog Friedrich VIII. hat eine unverzinsliche Anleihe ausgeschrieben.

## Die ungarischen Magnaten.

(Aus der Europa.)

Der Reichthum und die Kleiderpracht der ungarischen Magnaten sind bekannt. Als ein Esterhazy der Kaiserin Maria Theresia zu Ehren einen prachtvollen Speisesalon bauen ließ, bemerkte die Kaiserin, dem Esterhazy sind 80,000 Gulden eine Bagatelle. Ein anderer Esterhazy trug am Krönungsfeste Alexanders II. von Rußland einen Attila von dunkelviolettem Sammet, welcher so mit Perlen übersäet war, daß der Stoff kaum sichtbar wurde, wie wenn ein Schnee von Perlen über ihn ausgegossen sei; sogar die Stiefelschäfte waren von oben bis unten mit Perlen besetzt. Die Familie Esterhazy bewahrt in dem burgartigen Schlosse Forchtenstein einen Familienschatz, der aus kostbaren Juwelen und edlem Metallschmuck besteht, und unterhielt zu dessen Bewachung vor der Revolution eine besondere Leibwache von Grenadiren. Als ein englischer Lord sich rühmte, er besitze dreitausend veredelte Schafe, konnte ihm Esterhazy lächelnd erwidern: und ich bedarf für meine Heerden gerade so vieler Hirten.

Die Magnaten Ungarns übertrafen an Reichthum und Macht manchen deutschen Fürsten: aber die Zeiten haben sich geändert, denn die ungarische Revolution und ihre Folgen haben dem hohen Adel Ungarns ungeheure Verluste gebracht. Ungarn war bis gegen 1848 eine Aristokratie, und seine vielgepriesene Freiheit genoß nur der Adel. Der Bauer war leibeigen oder hörig und zinspflichtig, der Bürger besaß wenig politische Rechte, der Adel dagegen Steuerfreiheit, alle höheren Aemter und die Regierung. Er saß auf den Reichstagen, denn die wenigen Freistädte blieben ohne Einfluß, und gab Gesetze. Die Comitatsversammlungen besuchte er mit seinem Anhange, und was die richterlichen Aemter und evangelischen Pfarren anbetrifft, so besetzte sie der Adel; auch die Krieger stellte er und führte sie selber ins Feld, und nur er handhabte durch seine Stuhlrichter mit Hülfe des Stocks und anderer Strafmittel eine patriarchalische Justiz; dadurch war es dem Bürger schwer gemacht, gegen den Adel eine Klage anhängig zu machen oder sie gar zu gewinnen. In seinen Besitzungen souveräner Herr, hatte der Adel das Recht des bewaffneten Widerstandes gegen die Regierung, oder legte deren Befehl ehrfurchtsvoll mit Protest bei Seite. Zehnten und Frohnden machten ihn wohlhabend, Majorate schützten gegen die Folgen leichtfertiger Verschwendung. Im Auslande lebte er prächtig und herrisch, kehrte aber in der Regel mit leerem Beutel auf seine weitläufigen Besitzungen zurück, wo die Ebbe der Schatzkammer wieder zur Fluth anwuchs, die er endlich wieder noblen Passionen opferte. Für gemeinnützige Zwecke geschah nichts, Schulen und Wege blieben schlecht, Ackerbau und Viehzucht wurde nur auf einigen Gütern rationell betrieben, die Industrie vernachlässigt, jede sociale Verbesserung abgewiesen. Der Bauer wurde dabei träg und der Bürger verfiel immer mehr dem Philisterthum, die Literatur verkümmerte, und Ungarn ward von den Nachbarnationen in Allem überholt, blieb trotz des unerschöpflichen Reichthums an Naturproducten arm an Capital und Intelligenz. Nur Beredsamkeit und politische Parteidisciplin entwickelten sich zu hoher Ausbildung.

Der ungarische Adel war das, was das preußische Junkerthum sein möchte: Herr des Volks, Regierungspartei des Landes. Aber der erstere besaß meilengroße Güter, tausende von Unterthanen, hunderte von Beamten und Dutzende von fürstlichen Schlössern; er bedurfte nicht des Staats, um eine einflußreiche Stellung zu gewinnen und sich ein Einkommen zu sichern, sondern er war der unabhängige freie Stand des Volkes; denn die Bauern einiger Comitate, welche auch Adelsrechte besitzen, und die Gelehrten und Professoren, welche nach ungarischem Gesetz gleichfalls Adelsrechte erhielten, zählten gegen den begüterten, weitgereisten und vielseitig gebildeten Adel nicht, die ungarische Freiheit genoß der Adel, aber er war liberal genug, auch die Bürger und Bauern Antheil daran nehmen zu lassen.

Eine gewaltige sociale Umänderung trat mit dem Jahre 1848 ein. In Galizien hatten sich die Bauern gegen den Adel erhoben, ihm die Schlösser niedergebrannt und ihn selbst ermordet. Der walachische Bauer ist heute noch feindselig und gewaltthätig gegen den ungarischen Adel. Manche Regungen unter dem ungarischen Volke selbst ließen es nun auch rathsam erscheinen, die Aufhebung der Hörigkeit und Zinspflichtigkeit gesetzlich anzuordnen. Der Bauer sowol wie das Land mußten eine Entschädigungssumme aufbringen, die in jährlichen Raten abzutragen ist und an welcher heute noch gezahlt wird. Der Bauer war aber ohne Capital und wußte nichts von angestrengter Arbeit, weil er gewohnt war, vom Gutsherrn mit den nothwendigen Bedürfnissen versorgt zu werden. Die finanzielle Reform kam ihm zu schnell über den Hals, wie auch bald darauf die ungeheuren Opfer, welche die Revolution verlangte, ferner die großen Verluste durch Vernichtung der Kossuthschen Banknoten und die Betheiligung an der Tilgung der österreichischen Staatsschuld. Er kam daher in peinliche Geldverlegenheit, fiel auch wol dem Wucherer in die Hände, und giebt nun der österreichischen Regierung die alleinige Schuld an den mißlichen Verhältnissen.

Die Anlegung von Eisenbahnen und Straßen, die Pflasterung der Städte, Errichtung von Schulen und andere Neuerungen, welche Oesterreich einführte, vermehrten die Steuerlast, so daß urplötzlich alle Preise um das Zehn- und Fünfzehnfache in die Höhe gingen und noch jährlich steigen. Ungarn besitzt weder eine große und geübte Industrie, noch das erforderliche geistige Capital und die materiellen Hülfsmittel, keinen rationellen Ackerbau, wenig gute Landstraßen, wenig erfahrene Kellerwirthschaft für seine Weine u. s. w., so daß das reiche Land durch diesen plötzlichen Uebergang von Hörigkeit zum freien Besitz in finanzielle Bedrängnisse gerathen ist.

Nicht minder nachtheilig wirkte die Befreiung der Bauern auf den Adel. Er mußte Steuern zahlen, sogar hohe Steuern, und erhielt dagegen keine Zehnten und keine Frohnden mehr; es fehlte oft an Arbeitern, und die man aus weiter Ferne kommen ließ, mußten theuer bezahlt werden. Der Ungar als lebensfroher Mensch ist an sich kein sparsamer Wirth, sondern giebt im Augenblick der Freude mit vollen Händen, wirft dem Zigeuner, wenn er ihm sein Lieblingslied spielt, zehn, fünfzig, auch hundert Gulden in den Hut. Der Adel war ein sorgloses, vornehm behagliches Leben gewöhnt, da ihm die Hülfsquellen nicht versiegen konnten. Jetzt waren sie aber versiegt und nur mit Mühe überstanden einige reiche Familien die hereinbrechende Krisis.

Trotzdem hat der Adel seine Stellung als Führer der Nation nicht aufgegeben, weil es auch ihm unerträglich wurde, von fremden Beamten regiert zu werden, da er gewohnt war, zu regieren und zu befehlen. Er suchte die Nation geistig zu entwickeln und durch industrielle Unternehmungen das materielle Wohl zu befördern, wodurch er mit manchem seiner Mängel versöhnt wurde. Wenn es gilt, dem Gemeinwohl ein Opfer zu bringen, so giebt der Adel zuerst und reichlich. Bei jeder Noth, bei jedem großen Unternehmen wendet sich daher das Volk an seinen Adel, und dieser hält es für Ehrensache, mit vollen Händen zu spenden und mit seinem Namen jede gemeinnützige Unternehmung zu decken. Er gründete eine gelehrte Academie, baute ein prachtvolles Nationalmuseum, unterhält ein Nationaltheater, baute die Kettenbrücke, gründete Assecuranzen und Vereine aller Art, bringt den Bau von Eisenbahnen zu Stande, regt zu Dampfschifffahrtsgesellschaften an, redigirt politische Zeitungen, und mancher Magnat

spendet für gemeinnützige nationale Unternehmungen mehr, als die Stadt Berlin für ein zu erbauendes preußisches Kriegsboot zusammenbrachte. Der Ungar hält daher seinen Adel hoch, jedermann kennt die Genealogie der Magnaten, und soll etwas geschehen, verlangt man über politische Fragen ꝛc. Aufklärung, stets muß der Adel vorangehen, und kann sicher sein, daß ihm das Volk folgt.

Diese Verhältnisse machen Vieles aus der neuesten Geschichte Ungarns verständlich. Trotz der von Kossuths Partei demokratisirten Verfassung ist der Adel der politische Führer des Volkes geblieben, denn in den Landtag wurden wol einige Advocaten, aber weder Kaufleute noch Fabricanten gewählt. Freilich kostet eine ungarische Abgeordnetenwahl viel Geld, Kossuths Wahl z. B. soll seiner Partei 20—30.000 Gulden gekostet haben. Weil aber nur Adel und Advocaten im Unterhause sitzen, jener seine frühere Stellung als Vorsteher der Kreise und Bezirke, dieser auch wol höhere Staatsämter erlangen will, so läßt sich hieraus erklären, weßhalb man so zäh an der früheren Verfassung festhält, welche nicht duldet, daß ausländische, d. h. kaiserliche Beamte die Verwaltung Ungarns leiten. Dazu kommt noch das lebhafte Nationalgefühl des Ungarn, der verlangt, daß Ungarn eine selbständige Stellung unter den Staaten Europa's einnehme, und dem es daher unerträglich ist, seine Geschichte in der von Oesterreich erlöschen zu sehen, indem Ungarn zum Kronland und zur Provinz des Kaiserstaates herabsinkt. Die Vereinigung mit dem Reichstag zu Wien ist für den Ungar eine Existenzfrage, weil sein Vaterland eine möglichst selbständige Stellung als Königreich behaupten soll. Die Streitfrage zwischen Ungarn und Oesterreich ist eben so schwer zu lösen, wie die zwischen Oesterreich und Preußen in Sachen der deutschen Einheit. Zuletzt wird irgend ein Staatsstreich den gordischen Knoten zerhauen.

Die Magnaten besitzen auf ihren Gütern Schlösser, in der Hauptstadt aber auch Paläste, weil sie die Faschingszeit in derselben zuzubringen pflegen. Doch soll der jetzige Fasching dem früheren nicht im Entferntesten mehr gleichen, weil in Ofen sich der Hof nicht aufhält oder durch einen Erzherzog vertreten ist, und der Adel unter der Ungunst der Zeitverhältnisse auch leidet. Man sieht daher selbst zur Faschingszeit wenig herrschaftliche Equipagen, und etwa bei der Procession des Stephantages pflegen einige Magnaten nebst den hohen Staatsbeamten dem Reliquienkästchen mit der Hand des heilig gesprochenen Königs zu folgen. Dann sieht man die Herrschaften in alterthümlichen Trachten, die sich schwer beschreiben lassen. Eine Art Tschako oder eine cylinderartige Pelzmütze oder ein Sammtkäppchen mit abstehendem Pelzrand bedeckt den Kopf. Ein Stutz theurer, blendend weißer Reiherfedern oder irgend eine andre hoch aufgerichtete Feder ziert die Kopfbedeckung und wird zuweilen von einer juwelenreichen Agraffe gehalten. Ein Sammtüberrock nach ungarischem Schnitt und Verschnürung mit Goldtressen hängt lose über der linken Schulter und läßt den gleichfalls reich verschnürten Attila sichtbar, welcher im Zuschnitt ganz dem altdeutschen Rocke gleicht. Ein reich verziertes Wehrgehenk trägt den krummen Türkensäbel mit bügellosem Griff und gold- und juwelenverzierter Scheide. Eng anliegende Hosen von hochrother, kirschbrauner oder hellblauer Farbe, und hohe Stiefeln mit Goldborden und goldenen Sporen vollenden die malerische Tracht, die noch stattlicher aussieht, wenn der Magnat zu Roß sitzt.

Nach dem allgemein anregenden Beispiele des hochherzigen Szechenyi, der einen großen Theil seines Vermögens zu gemeinnützigen Zwecken hergab, betheiligen sich die Magnaten mit Rath und That, Beispiel und Unterstützung, an der Entwickelung der nationalen Literatur, der Landwirthschaft und der Industrie, wozu sie durch Reisen, welche sie zu machen pflegen, und durch vielfache Verbindung mit einflußreichen Männern Westeuropa's besonders geeignet sind. Manche freilich leben nach alter Weise nur ihren noblen Passionen, aber die Zahl derselben wird mit jedem Jahre geringer, da die Zeiten immer bedenklicher und drückender werden. Nur wenig Magnaten treten in Staatsdienste, und auch dann nur der Ehre wegen, wogegen der niedere Adel, ebenso wie in anderen Ländern, auf solche Dienste gewiesen ist, um eine angemessene sociale Stellung zu behaupten, aus welcher ihn die österreichischen Beamten, meist Böhmen, zu verdrängen drohten, weshalb er „den Deutschen" feind ist.

## Fonds.

Rigaer Börse am 23. Novbr/5. Dec. 1863.

| | | Verkäuf. | Käuf |
|---|---|---|---|
| 5 % | Inscriptionen 1. und 2. Anleihe . . . . . | % | 90½ | 90 |
| 5 . | dito 5. . . . . | . | 90¼ | 90 |
| 5 . | Reichs Bank-Billete . . . . . | . | 96 | 95½ |
| 4½ . | Livländische Pfandbriefe, kündbare . . . . . | . | 99 | 98¾ |
| 4 . | Kurländische dito kündbare . . . . . | . | 98 | — |

## Witterungsbeobachtungen.

25. Novbr., A. St. (7. Decbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Barom. 0° R. Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 331,96 | — 3,14 | 2,0 | $S_2$ | Trüb (4), Regen |
| 2 U. | 330,97 | — 4,17 | 4,0 | $SW_3$ | Trüb (4), öfter Regen |
| 11 U. | 328,92 | — 6,28 | 5,1 | | Trüb (4), öfter Regen |
| Mittel | 331,42 | | 3,02 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 5,70 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 3,52 im J. 1857, kleinste —14,68 im J. 1862. Das Barometer sinkt bis 1 Uhr in der Nacht bis zu 328,42, bleibt auf dieser Höhe bis gegen 3 Uhr und fängt dann an sehr schnell zu steigen.

## Fremden-Liste.

Vom 27. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Hr. Tammann aus Sagnitz. — Abgereist: Hr. Staatsrath v. Schmidt; Hr. Major v. Greigh; Hr. Collegienrath Seeler.

№ 646. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 27. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Von Einem kaiserlichen Universitätsgerichte zu Dorpat werden nach § 8 der Vorschriften für die Studirenden alle Diejenigen, welche an die Herren: stud. theol. Adolph Oppmann u. Georg Rahr, med. Arnold Hollmann, Hugo Tornius und Arth. Schultz, pharm. Wilh. Francke, Gust. Sorgenfrei, Aug. Tettenborn — aus der Zeit ihres Aufenthalts auf dieser Universität aus irgend einem Grunde herrührende gesetzliche Forderungen haben sollten, aufgefordert, sich damit binnen vier Wochen a dato, sub poena praeclusi, bei dem kaiserlichen Universitätsgerichte zu melden.

Dorpat, 7. November 1863.

Rector Bidder.

Notär A. L. Wulffius.

---

Diejenigen, welche die Absicht haben, sich der **Maturitätsprüfung am Dorpatschen Gymnasium** zu unterziehen, werden hiemit aufgefordert, sich bis zum 1. December dieses Jahres Vormittags von 11—12 Uhr in der Cancellei des Gymnasiums zu melden. Bei der Meldung ist der Taufschein und ein Schulzeugniß beizubringen. Director **Schroeder.**

---

Von Einem Kaiserlichen Dorpatschen Landgerichte wird allen Denjenigen, die ein Interesse daran haben sollten, desmittelst bekannt gemacht, daß die Eröffnung und öffentliche Verlesung des Testaments des weil. Titulairraths August Normann am 3. Januar 1864, um 12 Uhr Mittags, in dem Sitzungslocale des Landgerichts stattfinden wird.

Dorpat, 25. November 1863.

---

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

## Novitäten

eingetroffen

**bei E. J. Karow**

in

**Dorpat und Fellin:**

Dommerich, Dr. F. A., Lehrbuch der vergleichenden Erdkunde. 3. Lehrstufe, bearbeitet von Dr. Th. Flathe. 1 Rbl. 2 Kop.

Lejeune-Dirichlet, Vorlesungen über Zahlentheorie, herausg. von R. Dedekind. 2 Rbl. 84 Kop.

Tegnèr, E., Frithiofs-Sage und Die Nachtmahlskinder, übersetzt von K. Simrock. Min.-Ausg. Geb. 1 Rbl. 58 Kop.

Uhland, Ludw., Gedichte und Dramen. Volks-Ausgabe im Format der deutschen Klassiker in 10 Lieferungen. Lief. 1 17 Kop.

Auerbach, Berth., Gesammelte Schriften. 2. Gesammtausgabe in 22 Bdn. 8. Bd. I 45 Kop.

Deutsche Kunst in Bild und Lied. Original-Beiträge deutscher Maler und Dichter, herausg. von Müller von der Werra. 6. Jahrg. 1864. 4. Cart. 4 Rbl. 59 Kop.

---

Bei **E. J. Karow** ist vorräthig:

## Frauenbilder der heiligen Schrift

im Kranze der Dichtung.

Eine Festgabe, dargeboten von J. Scholz.

Cart. 1 Rbl. 2 Kop.

---

Daß ich mein Geschäft aus dem Hause der Frau Schumacher in das Haus des Herrn Buchhändler Hoppe, neben Herrn Kaufmann Sieckell verlegt habe, zeige hiermit ergebenst an.

**G. Jürgens,**

Gold- und Silberarbeiter.

---

Bei **E. J. Karow** in **Dorpat** erschien:

**Der Verkauf bäuerlicher Grundstücke**

in Livland.

Preis 10 Kop.

---

Unterzeichneter erbittet durch **E. J. Karow in Dorpat und Fellin** Subscriptionen auf die

## Berliner Blätter

**für Schule und Erziehung.**

Herausgeber: Bonnell, Fürbringer und Thilo.

Jährlich 52 Nummern.

Nebst monatlicher Correspondenz zwischen Schule und Haus. — Jährlich 12 Nrn. Preis 1 Rbl. 5 Kop.

Berlin. **Hugo Kastner,** Verlagsbuchhändler.

---

## 50 esthnische Vorschriften

im

**Dörptschen Dialect**

auf Cartonpapier gezogen und lakirt 1 Rbl. S., jede einzelne Vorschrift 2 Kop. sind zu haben bei

**C. Schulz,** Lithograph.

---

Auf dem Gute Ropkoy findet ein mit guten Attestaten versehener unverheiratheter Buchhalter vom 1. April nächsten Jahres ab eine Anstellung. Hierauf Reflektirende haben sich vom 5. December ab beim Unterzeichneten zu melden. Briefliche Offerte und Anfragen werden nicht berücksichtigt.

Landrath **von Brasch.**

---

**Roggen** und **Gerste** mit Lieferung nach Pernau kauft ***P. H. Waller.***

№ 276. Donnerstag, den 28. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

Das **„Dorpater Tagesblatt"** wird auch im nächsten Jahre in der bisherigen Ausstattung und unter sorgfältigster Redaction in meinem Verlage erscheinen. — Die Preise bleiben unverändert:
mit der Post jährlich 9 Rbl., halbjährlich 4 Rbl. 50 Kop.;
für Dorpat: jährlich 6 Rbl., halbjährlich 3 Rbl., vierteljährlich 1 Rbl. 50 Kop.
mit Zustellung ins Haus jährlich 7 Rbl., halbjährlich 3 Rbl. 50 Kop., vierteljährlich 1 Rbl. 75 Kop.
E. J. Karow.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Jahresbericht der livl. Bauercommission. Riga: Pferdesteuer. St. Petersburg: Staatsrath Ewers. Mohilew: Eis auf dem Dniepr. Warschau: Verhaftungen.

**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Die holsteinische Sache. Der Antrag Waldeck's. Potsdam: Swinemünde. Widderschiffe. Executionstruppen. Stimmung im preuß. Heere Karlsruhe: Vorschuß für den Herzog von Augustenburg. Bremen: Antrag der Bürgerschaft. Oldenburg: Der preußische Kriegshafen. Ratzeburg: Die Successionsordnung. Schleswig: Stimmung in der Familie des Dänenkönigs. Wien: Beruhigung. Volksversammlungen. Prag: Neigung zu Dänemark. Entschädigung Vorschuß. Petroleum. — Schweden. Stockholm: Credit. Testament Friedrichs VII — Großbritannien. London: Die Deutsche Flugschrift. Verstimmung Frankreichs. Anleihen aller Länder. Die Dänische Frage. — Spanien. Grenzfrage von Melilla. — Italien. Einziehen der geistlichen Güter. — America. Newyork: Zwangsanleihe. Beecher. Gold nach Mexico.

**Neuere Nachrichten.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat.** Unter der Ueberschrift „Jahresbericht der livländischen Bauercommission" bringt die Nord. Post einen Artikel unterzeichnet H. Ш. Eingangs verweist der Verf. auf seinen vorigjährigen Aufsatz, der die Bedeutung der Bauerverordnungen von 1819, 1849 u. 1860 erläutert habe. Dann fährt er fort: Die erste Bauerverordnung hat den Bauern persönliche Freiheit aber kein Land gegeben, war daher nicht im Stande den Bauern eine genügende Existenz zu sichern. Die zweite verlieh dem Bauerstande das Recht zur Benutzung eines Theils der gutsherrlichen Ländereien unter dem Namen Bauerland, beschränkte die willkürlichen Pachterhöhungen von Seiten der Gutsbesitzer und eröffnete den Bauern die Möglichkeit mit Hülfe der Bauern-Rentenbank eignen Grundbesitz zu erwerben. Die dritte endlich beschränkt die Erhöhung der Arbeitsverpflichtung der Bauern und die übermäßige Geldpacht durch neue Verordnungen, wodurch den Pächtern, welche nach Ablauf ihrer Contracte die Pachtgesinde verlassen müssen, Vergütung für die Meliorationen gezahlt werden. In demselben Aufsatze war auf die Resultate der elfjährigen Wirkung der Bauerverordnung von 1849 hingewiesen. Der gegenwärtige Bericht legt die Resultate der beendigten Einführung der Verordnung von 1860 dar.

Im Anfange des verflossenen öconomischen Jahres, d. h. am 23. April 1862 vertheilte sich das Bauernland auf den Privatgütern nach der Art und Weise seiner Benutzung und nach der Erfüllung der darauf ruhenden Verpflichtungen in folgender Weise: gegen Gehorch waren vergeben 19.700 Landstellen (55¾%), auf gemischte Pacht, theils Geld, theils Naturalleistung 6742 Landstellen (19%), auf Geldpacht 8231 Landstellen (23¼%) zum freien Eigenthum waren erworben 667 Landstellen (2%).

Im verflossenen Jahre verminderte sich die Zahl der Bauer-Landstellen, welche gegen Arbeitsleistung vergeben waren, gegen das vorhergehende Jahr um 2878. d. i. um 10% sämmtlichen Bauerlandes, wobei die Zahl der in Geldpacht vergebenen Landstellen sich um 9% vermehrte, und die Zahl der zum freien Eigenthum erworbenen um ½%, in Folge des Ankaufs von 255 Landstellen, welche die Summe von 382000 Rubl. repräsentirten, wobei der mittlere Werth einer jeden zu 1500 Rubl. und eine Größe von 11 bis 30 Dessätinen im Durchschnitte anzunehmen wäre. Demnach vertheilen sich die Bauer-Landstellen wie folgt: Gegen Gehorch sind vergeben 16822 Landstellen (45¾%) auf gemischte Pacht 8884 (24¼%) auf Geldpacht 10062 (27½%) freies Eigenthum der Bauern sind 922 Landstellen (2½%) der Werth der von den Bauern angekauften Ländereien die Summe von 1.382.000 Rbl. beträgt.

Der Vergleich dieser Ziffern mit den Berichten früherer Jahre zeigt, daß die Umwandlung des Gehorchs in Geldpacht und der Ankauf der Ländereien zum freien Eigenthum in Livland Fortschritte gemacht haben, indem im verflossenen Jahre 255 Landstellen im Werthe vom 382500 Rbl. gekauft wurden, gegegen das Jahr 1861 nur 12 Ankäufe im Werthe von ungefähr 1[illegible]0 Rbl. aufzuweisen hat, also zwanzig Mal weniger, als im verflossenen Jahr. Ueberhaupt sind seit der Gründung der Bauer-Rentenbank im Jahre 1851 bis zum Schluß des letzten öconomischen Jahres im Laufe von elf Jahren 667 Landstellen verkauft, durchschnittlich also 60 Landstellen jährlich. Folglich war der Verkauf der Landstellen im Laufe des verflossenen Jahres, vier Mal größer, als die durchschnittliche Anzahl der Verkäufe aller verflossenen Jahre. Allein dieses Resultat kann im Vergleich mit der Auskauf-Operation in den großrussischen Gouvernements auf Grundlage der Verordnung vom 19. Februar lange nicht glänzend genannt werden.

In dem letzten Rechenschafts-Berichte der Commission für Bauerangelegenheiten sind auch die Pachtverhältnisse der Bauern auf Kronsgütern in Livland eingeschlossen. Die Kronsgüter in Livland werden im vollen Bestande zur Arrende vergeben, wobei der Arrendator des ganzen Gutes die Bedeutung eines zeitweiligen Gutsbesitzers erhält. In Bezug auf Organisation und Verwaltung unterliegen die Bauern der Kronsgüter den gleichen Verordnungen, welche für die übrigen Bauern gelten, jedoch die nähere Theilnahme der Regierung an der Verbesserung des Zustandes der Bauern der Kronsgüter konnte nicht ohne Einfluß auf die öconomische Lage derselben bleiben. Dieser Einfluß äußerte sich darin, daß sich auf den Kronsgütern im Verhältniß zu den Privatgütern das bäuerlichen Grundeigenthum rascher entwickelte, sowie daß statt des Gehorches Geldpacht eingeführt wurde. Auf den Kronsgütern vertheilen sich die Landesstellen in folgender Weise: auf Gehorch sind vergeben 114 Landstellen (2¼ %), auf gemischte Pachte 100 (2 %), auf Geldpacht 4271 (88 %) und zu freiem Eigenthum sind erworben 378 Landstellen (7¾ %).

**Riga.** Der Reichsrath hat die Erhebung einer Pferdesteuer zur Unterhaltung der Brücken in Riga verfügt und für ein Pferd die jährliche Steuer auf 2 Rbl. festgestellt. Dieser Steuer unterliegen nicht Pferde, welche zum allgemeinen Besten gehalten werden.

**St. Petersburg,** 19. Novbr. Der Wirkl. Staatsrath v. Ewers geht dieser Tage nach Kopenhagen, um daselbst im Namen der russischen Regierung eine Höflichkeitsmission zu erfüllen. Herr v. Ewers war früher Geschäftsträger in Brasilien und auch eine Zeit lang Gesandtschaftssecretär in Kopenhagen gewesen und ist mit der deutschen Politik sehr wol bekannt. Es scheint, als habe er mehr als eine Höflichkeitsmission zu bestellen. Derselbe gehört übrigens zur hiesigen deutschen, streng conservativen Partei.

— Das Journ. de St. Petersbourg bringt das Antwortschreiben Sr. Maj. des Kaisers an Napoleon III. Dasselbe lautet:

Mein Herr Bruder!

Indem Ew. Maj. die allgemeine Unbehaglichkeit Europas und die Nützlichkeit einer Uebereinstimmung unter den Herrschern, denen das Wohl der Nationen anvertraut ist, constatirt, spricht Ew. Maj. einen Gedanken aus, der immer der meinige gewesen ist. Er ist für mich nicht blos der Gegenstand eines Wunsches gewesen, sondern die Richtschnur meiner Thätigkeit. Alle Handlungen meiner Regierung bezeugen mein Verlangen, Beziehungen des Vertrauens und der Eintracht an die Stelle des bewaffneten Friedens zu setzen, welcher so schwer die Völker drückt. Ich habe, sobald es möglich war, eine beträchtliche Reduction meiner Armee eintreten lassen; während sechs Jahren ist keine Rekrutirung in meinem Reiche gewesen und ich unternahm weitreichende Reformen — Unterpfänder einer fortschreitenden Entwickelung im Innern und einer friedlichen Politik nach Außen.

Nur Eventualitäten gegenüber, welche die Sicherheit und sogar die Integrität meines Reiches bedrohen konnten, habe ich mich ge-

nöthigt gesehen, von jenem Wege abzuweichen. Mein lebhaftester Wunsch ist jedoch, auf denselben wieder zurückzukehren und meinen Unterthanen die Opfer zu ersparen, die ihr Patriotismus leisten, unter denen aber ihre Wohlfahrt leiden würde. Nichts könnte diesen Moment wiederkehrenden Glückes mehr beschleunigen, als eine allgemeine friedliche Lösung aller der Fragen, welche Europa aufregen. Die Erfahrung lehrt, daß die wahren Bedingungen des allgemeinen Friedens weder in einer unmöglichen Unbeweglichkeit, noch in einem unstäten Wechsel politischer Combinationen, die jede Generation berufen sei zu zerstören und wieder aufzubauen, je nach den Leidenschaften oder Interessen des Augenblicks gegeben sind, sondern vielmehr in der practischen Klugheit, welche einen Jeden die Achtung bestehender Rechte lehrt und überall da zu Unterhandlungen räth, wo es gilt die Geschichte, das unvertilgbare Vermächtniß der Vergangenheit in Einklang zu bringen mit dem Fortschritt, diesem Gesetz der Gegenwart und der Zukunft.

Bei dieser Lage der Dinge ist mir eine loyale Uebereinkunft unter den Herrschern stets wünschenswerth erschienen. Ich wäre glücklich, wenn der Vorschlag Ew. Majestät dahin führen könnte. Allein damit derselbe sich verwirkliche, dürfte man nur in Uebereinstimmung mit den andern Mächten vorgehen; und um dies zu erreichen, halte ich es für unumgänglich nöthig, daß Ew. Maj. vorher nicht allein die Fragen, über die, nach Ihrer Meinung, eine Verständigung nothwendig, sondern auch die Grundlagen, auf denen letztere zu erreichen sei, bestimmter feststellen wolle. Jedenfalls kann ich versichern, daß dieser Zweck, Europa ohne Erschütterungen den Frieden wiederzugeben, jederzeit meinen lebhaftesten Sympathieen begegnen wird. Ich ergreife diese Gelegenheit um Ew. Maj. die Gefühle der Hochachtung und aufrichtiger Freundschaft zu wiederholen, mit denen ich bin,

Mein Herr Bruder,
Ew. Majestät
guter Bruder
**Alexander.**

Zarskoje-Selo,
6. November 1863.

— Der Gemeine Milaschewsky ist wegen Desertion und Theilnahme am Aufstande am 11. d. M. in Ponieswesch erschossen worden.

Aus **Mohilew** wird telegraphirt, daß am 23. d. das Eis auf dem Dniepr in einem die Schifffahrt gefährdenden Maße zunahm.

Die C. H. B. berichtet aus **Warschau**: In diesen Tagen gelang es ein sehr bedeutendes Glied der National-Regierung zu arretiren, Nemczin, von Profession Schneider. In seiner Wohnung fand man ein sehr interessantes Document über den muthmaßlichen Zustand der Insurrection in den folgenden Jahren 1864 und 65, und die Zukunft Warschaus und Polens. Dieses Document verkündigt im prophetischen Ton unter Anderm die vollständige Vernichtung der russischen Armeen in Polen 2c. — In der Senatoren-Straße fand man bei einer Haussuchung einige Nummern des Ruch und der vorigjährigen Ausgabe der periodischen Zeitschrift Starnica; die Herausgabe beider hat mit dem Anfange dieses Jahres aufgehört. — Auch in andern Städten des Königreichs werden Haussuchungen vorgenommen, wobei viel Verbotenes gefunden wird, so bei einem Edelmann Gewehre und in Lublin bei einem Sattler eine Menge Sättel, Patrontaschen und andere Kriegsbedürfnisse.

---

## Ausländischer Theil.

### Deutschland.

**Berlin**, 3. Dec./21. Nov. „Wilde Demagogie unter der Maske vaterländischer Begeisterung" — so bezeichnet die Nordd. Allg. Ztg. die Bewegung, die jetzt für Schleswig-Holstein durch Deutschland geht. Nichts desto weniger muß man hoffen, daß die große nationale Bewegung ihren Einfluß auch auf die Regierungen von Preußen und Oesterreich äußern werde, wie sie es auf minder mächtige Regierungen schon gethan hat. Preußen und Oesterreich sind auf ihren Einfluß in Deutschland zu eifersüchtig, als daß sie nicht versuchen sollten, auf diesen Wind in ihre Segel zu fassen. Leider werden sie deshalb schwerlich aufhören, nach anderer Richtung zu steuern. Was die eigentliche Meinung des Ministeriums Bismarck über die Erbfolge in Schleswig-Holstein ist, hat es erklärt, und die Presse der in Preußen herrschenden Partei liefert zu dieser Erklärung täglich die derbsten Erläuterungen. Sollte das Ministerium also sich genöthigt sehen, in eine den Wünschen der deutschen Nation mehr entsprechende Politik einzulenken, so wird es dieselbe höchstens mit halbem Herzen durchführen, und wer weiß, ob eine versteckte Feindschaft nicht schlimmer sein würde, als eine offene. Man kann für die Herzogthümer nicht eher Hoffnungen fassen, als bis in Preußen ein Ministerwechsel erfolgt sein wird. Von Oesterreich ist unter allen Umständen keine ernste und nachhaltige Unterstützung für ein unabhängiges deutsches Schleswig-Holstein zu erwarten. Hoffentlich wird es sich bereit finden lassen, eine Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten wenigstens diplomatisch zu befürworten.

Der Standpunct derer, welche für den Waldeck'schen Antrag gestimmt, wird bezeichnet durch folgende Aeußerung der Rh. Ztg.: „Uns graust vor dem Gedanken, daß Preußen unter dem Ministerium Bismarck-Eulenburg in Krieg verwickelt werde; uns graust bei dem Gedanken, was dann aus den Westprovinzen des Staates werden könnte. Daß aber die Mittel des Staates selbst dem gegenwärtigen Ministerium zur Verfügung gestellt werden sollen, sobald es die ihm mit dem Antrage empfohlene Politik befolgen zu wollen erklärt, das hat Twesten in seinem Schlußvortrage so deutlich ausgesprochen, daß der Abg. Krieger, der Mitglied der Commission gewesen ist, seinen persönlichen Protest dagegen noch nachträglich erklärte. Wenn die Commission, oder auch nur die Majorität der Commission, sich in Krieger's Sinn ausgesprochen hätte, so wäre der Waldeck'sche Gegenantrag von selbst verschwunden. Wenn das gegenwärtige Ministerium einer andern Politik als seiner bisherigen Raum geben will, so tritt es ab. Das ist der einzige Fall, in welchem wir an eine Aenderung des Regierungssystems und an eine Rettung der Herzogthümer glauben können."

**Potsdam**, 6. Dec./24. Nov. Die Festung Swinemünde ist zu einer selbständigen Festung 3. Classe erklärt und Befehl zu ihrer Armirung gegeben. — Bezüglich der beiden Widderschiffe in Glasgow, die einem Gerüchte zufolge von einem Bremer Handelshause angekauft und der preußischen Regierung zur Verfügung gestellt sein sollen, erklärt die Berlingske Tidende an der Spitze ihres Blattes, das die beiden Schiffe nicht verkauft seien und daß die englische Regierung auch wol kaum ihre Zustimmung zu einem Verkaufe geben würde. — Auf der Anhaltischen Bahn sind 20 Extrazüge zur Beförderung sächsischer Truppen bestellt. Nach den jetzt getroffenen Anordnungen wird Sachsen mit 6000 Mann die Execution vollziehen und den Bundes-Commissar ernennen. Hannover, Oesterreich und Preußen stellen zusammen 15,000 Mann Reserve zu gleichen Theilen an der holsteinischen Gränze auf. Ein zweites, größeres Reserve-Corps von circa 48,000 Mann wird von Oesterreich und Preußen zu gleichen Theilen an der Elbe zusammengezogen, um für den Fall eines Widerstandes der Dänen zum Einmarsch in Holstein bereit zu sein. Heute traf hier ein sächsischer höherer Officier ein, um wegen der Verpflegung der sächsischen Truppen auf dem Durchmarsche das Nöthige zu verabreden. — Die Kosten der Mobilmachung und Ausrüstung der bisher zum Einrücken in Holstein bestimmten Anzahl von Bundestruppen sollen sich auf 17 Millionen Gulden belaufen. Es wird diese Summe durch eine Matricularumlage in mehreren Raten von den Bundesstaaten erhoben werden. — Auch in der neuesten Nummer der militärischen Blätter läßt sich eine Stimme über die schleswig-holsteinische Sache vernehmen. Nach den üblichen Schwadronhieben gegen die Demokratie heißt es weiter: „Auf der andern Seite möchte die Berliner Revue in dieser Frage mit ihrer prononcirten Parteinahme für die Dänen und gegen die Herzogthümer jeden preußischen Soldaten, selbst denjenigen, welcher in jeder anderen Beziehung auf dem Parteistandpunct dieses Blattes steht, mit dem tiefsten Degout erfüllen; mindestens ist mir persönlich keine andere Auffassung irgend eines Cameraden zu Ohren gekommen. Ich habe mir diesen Degout selbst bei Cameraden, welche sonst in politischen Fragen dem genannten Blatte beistimmen, lange nicht zu erklären vermocht, bis ich denn endlich zum Resultate gekommen zu sein glaube. In der schleswig-holsteinschen Frage an sich beruht zwar in keiner Weise das eigentliche Interesse des preußischen Soldaten, es ist demselben in den meisten Fällen sehr gleichgiltig, ob in den Herzogthümern ein Prinz von Glücksburg oder ein Prinz von Augustenburg regiert und ob Schleswig und Holstein „stammverwandt" sind oder nicht; aber in Schleswig ist die preußische Soldatenehre verpfändet, und dieses Pfand will ausgelöst sein wie das Olmützer auch. Der „Rundschauer" der Kreuzzeitung mag im letzteren Orte Buße thun, und wir werden ihm bei einer etwaigen Wallfahrt dahin nicht hinderlich sein, wir Soldaten aber wollen unsere Fahnenehre wahren, und wir gehen niemals bußfertig zurück, wo wir uns einmal engagirt befunden und überdies dem Gegner militärisch überlegen gefühlt haben. Wer im Jahre 1850 in der Armee gedient hat, der hält die Fragen von Malmoe und Olmütz nicht für gelöst, — und wer sich einbildet, daß den preußischen Soldaten ein Bewußtsein der angeblich ungerechten Sache, für welche er kämpfen sollte, über das Zähneknirschen beim befohlenen Rückzuge hinweggesetzt habe, der mag ein sehr frommer Christ sein, ein Kenner des preußischen Soldatenherzens ist er aber in jedem Falle nicht! Uns Soldaten ist es, wie gesagt, höchst gleichgültig, ob das Londoner Protocoll, oder ob das legitime Fürstenrecht, oder ob eine dritte Conjunctur in Schleswig-Holstein zu Recht besteht, wenn aber der König uns aufruft, die Tage von Malmoe und Olmütz zu vernichten, dann werden wir mit der rechten preußischen Soldatenbegeisterung mit doppeltem Eifer in den Kampf gehen."

**Karlsruhe**, 2. Decbr./20. Novbr. Der Bad. Beob. meldet: Es geht das Gerücht, den Ständen solle eine Vorlage gemacht werden, wodurch dem Erbprinzen von Augustenburg aus der großherzoglichen Staatscasse die Summe von 1 Million Gulden unverzinslich zur Verfügung gestellt werden soll.

**Bremen**, 5. Decbr./23. Novbr. Die Bürgerschaft beschloß einen Antrag an den Senat, letzterer solle am Bundestage für Schleswig-Holstein wirken. Interessant waren in der Debatte die Aeußerungen des Consuls H. H. Meier. Er würde es viel lieber gesehen haben, wenn derartige Anträge hier nicht eingebracht worden wären, denn gelänge es, die Regierungen zu bewegen, daß sie die Angelegenheit in der für Deutschlands Ehre erforderlichen Weise zum Austrag bringen, so müsse man sich auf einen europäischen Krieg gefaßt machen, der für ganz Deutschland, namentlich aber für Bremen von den traurigsten Folgen sein würde. Würde die Sache aber nicht so durchgeführt, wie es die Volksstimme verlange — und dies zu befürchten, habe er sehr triftige Gründe — so würde man später einsehen, daß man besser gethan hätte, nicht so viel schöne Worte darüber zu machen. Seine düsteren Anschauungen über die schleswig-holsteinische Sache scheint er von Berlin mitgebracht zu haben, wo er eben nicht viel Tröstliches erfahren haben soll. Auch ein Project wegen des Ankaufes von Panzerschiffen zum Schutze der Wesermündung soll sich gänzlich zerschlagen haben.

**Oldenburg.** Am preußischen Kriegshafen zu Heppens macht man sich auf kriegerische Eventualitäten gefaßt. Um den noch unfertigen Hafen vor etwaigen Zerstörungsversuchen von der Seeseite zu schützen, sollen Schanzen aufgeworfen und mit demnächst eintreffendem schweren Geschütz armirt werden.

**Ratzeburg**, 3. Decbr./21. Novbr. Gestern ist der hiesige Bahnhof der Lübeck-Büchener Eisenbahn mit einer Wache belegt worden. Auch auf dem Möllner Bahnhofe sind seit heute Morgen Militärposten ausgestellt. Das Detachement, soll übrigens mit dem Gesange „Schleswig-Holstein" seinen Marsch angetreten haben. Dem „Hamb. Corresp." wird aus Lauenburg geschrieben „In diesen Tagen wird auch die Ritter- und Landschaft unseres Herzogthums berufen sein, die große Tagesfrage in Erwägung zu ziehen. Wir sehen ihren Verhandlungen und Beschlüssen mit um so größerer Spannung entgegen, da sich über unsere Verhältnisse in den officiellen Erklärungen der Regierung manche Unrichtigkeiten eingeschlichen haben. Das Thronfolgegesetz für die dänische Monarchie von 31. Juli 1853 ist bekanntlich den lauenburgischen Ständen gar nicht vorgelegt worden, folglich haben sie auch ihre Zustimmung zu demselben nicht ertheilen können, wiewol sie berechtigt waren, bei der Successions-Ordnung zugezogen zu werden. Das Thronfolge-Gesetz ist demnach de juro für unser Herzogthum ungültig, es müßte folglich die, abgesehen von diesem Gesetze geltende Erbfolge, nämlich die agnatische, mit Primogenitur-Ordnung eintreten.

**Schleswig**, 3. Decbr./21. Novbr. Selbst in der Familie des neuen Dänenkönigs hat die Unterzeichnung der Incorporations-Verfassung von Seiten Christians IX. ungeheures Aufsehen gemacht. Der Herzog Carl von Glücksburg, der ältere Bruder des Königs, soll hoch und theuer versichert haben, daß Christian nie und nimmer jenes Actenstück unterzeichnen werde. Die Täuschung darin hat in der ganzen glücksburgischen Familie Niedergeschlagenheit und Trauer verursacht. Daß die eigene Familie des Protocollkönigs fest an seine Weigerung, die neue Verfassung zu unterzeichnen, glaubte, ist ein weiteres Anzeichen von dem Drucke der öffentlichen Meinung auf den neuen Inhaber des Thrones am Sunde. Er verdient es freilich nicht besser und mag sehen, wie er mit seinen getreuen Unterthanen, die ihn beherrschen, auskommt.

**Wien**, 3. Decbr./21. Novbr. Der in der heutigen Wiener Zeitung erschienene halbamtliche, sowol für unsere Finanzlage, als für die europäischen Angelegenheiten etwas beruhigende Artikel, verbunden mit der Erklärung Bismarck's, woraus ein Einvernehmen Preußens und Oesterreichs hinsichtlich Schleswig-Holsteins hervorgeht, wirkte heute günstig auf die Börse, und die Wirkung würde noch größer gewesen sein, wenn nicht zugleich ein Gerücht im Umlauf gewesen wäre, daß mehrere österreichische Regimenter in Böhmen Befehl erhalten hätten, sich in der Richtung nach Nord-Deutschland marschfertig zu halten. — Die Gen.-Corr. schreibt in einem Entschuldigungs-Artikel: „Wer wäre im Stande, die Consequenzen zu ermessen, die sich in einem aus so vielen Nationalitäten bestehenden Staate, wie Oesterreich es ist, aus der Genehmigung einer Volks-Versammlung ergeben, die heute in deutschnationaler Richtung verlangt wird und die morgen gefolgt sein kann von Kundgebungen der entgegengesetzten Richtung, abgesehen davon, daß der nationale Antagonismus eine Versammlung, wie die in Rede stehende, mit kaum günstigen Blicke ansehen würde und andere Städte als Wien auch andere Pronunciamiento's ins Werk zu setzen beabsichtigen könnten, die ihnen consequenter Weise kaum zu verweigern sein würden."

**Prag**, 2. Decbr. / 20. Novbr. Ueber die wahre Meinung der österreichischen Regierung kann kein Zweifel übrig sein. Auffallend ist das Streben der officiösen Wiener Blätter, die Meinung zu verbreiten, daß Oesterreich Willens sei, sich in der Executions-Angelegenheit vom Bunde majorisiren zu lassen. Umgekehrt ist die Sachlage. Der Bevollmächtigte des Herzogs von Schleswig-Holstein hat in Wien einen sehr niederschlagenden Empfang gehabt, und vom Grafen Rechberg ist den einzelnen Höfen durch die Gesandten eröffnet worden, daß Oesterreich nicht entfernt daran denke, die Erb-Ansprüche der Augustenburger zu unterstützen, also auch nicht die Execution mit einer Occupation zu vertauschen. Graf Rechberg betrachtet die Execution als eine Administrativ-Maßregel, um die Bewegung in den Herzogthümern niederzuhalten. In diesem Sinne sind auch die kaiserlichen Gesandten an den europäischen Höfen instruirt worden, so daß die dänische Diplomatie von dieser Seite wirksam unterstützt wird. — Mit Bezug auf die Forderung Oesterreichs an Dänemark bestätigt die Gen.-Corr., daß dieselbe in der That aus dem Jahre 1850 stamme, keineswegs aber blos vier Mill. Gulden, sondern vier Mill. Thaler betrage, was sieben Millionen Gulden (ohne die seit 13 Jahren aufgelaufenen Zinsen) ausmacht. „Diese Forderung — fügt die Gen.-Corr. hinzu — beruht indessen nicht auf einer von Dänemark zugesagten Entschädigung, sondern ist der vom Bunde als liquid anerkannte Betrag der von Oesterreich damals im Auftrage des Bundes aufgewendeten Kosten. Die Forderung ist aber vom Herzog von Holstein zu tragen, würde also eventuell das Herzogthum treffen, und eben nur aus Schonung für dasselbe ist die Forderung der Liquidation bis jetzt nicht gestellt worden." — Der Ostd. Post wird aus Paris geschrieben: „Wie ich mit Gewißheit weiß, haben die hiesigen Bankhäuser Fould, Hottinguer und Mallet Frères in Gemeinschaft mit einem großen englischen Hause Ihrem Finanz-Minister einen Vorschuß von 2 Mill. Pfd. St. gemacht." — Die vielen Unglücksfälle welche das Petroleum seit geraumer Zeit an verschiedenen Orten herbeiführte, haben die Statthalterei zur Berufung eines Comités von Sachverständigen veranlaßt, um das Publicum gegen jene Gefahr zu schützen. Da das specifische Gewicht den sichersten Maßstab zur Beurtheilung der Feuergefährlichkeit bietet, so wurde beschlossen ein gewisses Minimalgewicht nach dem Areometer zu bestimmen, unter welchem kein Petroleum in den freien Verkehr treten darf.

## Schweden und Norwegen.

**Stockholm**, 28./16. Novbr. Ueber den Modus der Herbeischaffung und eventuellen Abtragung des vom Reichstage bewilligten Extracredits von 3 Millionen sind im Ritter- und Priesterstande von denen des Bürgerstandes abweichende Beschlüsse gefaßt worden. Jedenfalls hat die in den letzten Monaten von der Regierung angenommene Dänemark günstige Haltung unserm Credit im Auslande bedeutend geschadet; so konnte die 35 Millionen Staatseisenbahn-Anleihe bis jetzt noch nicht contrahirt werden und das Disconto war hier an einem Tage der vorigen Woche von 6 auf 9 Procent gestiegen. Auch fürchtet man einen spätestens im Frühjahr bevorstehenden Conflict mit Rußland, dem man ein Aufgebot ungeheurer Mittel an Geld und Menschen würde entgegensetzen müssen, — ein Aufgebot, das leicht zum finanziellen Ruin Schwedens führen könnte. — Es geht hier allgemein das Gerücht, daß König Frederik VII. in seinem Testamente unsern König reich (man spricht von 4 Millionen Thalern) bedacht habe. Gewiß ist, daß König Friedrich VII. eine außerordentliche Anhänglichkeit an König Carl XV. besaß und eine wirklich warme, treue Freundschaft für ihn hegte, wenn dieselbe auch vielleicht nicht so weit ging, daß er, wie vielfach behauptet wird, ernstlich mit dem Gedanken umgegangen sein soll, seine Krone mit Umgehung des jetzt regierenden Königs, Christian IX, den er als zu wenig dänisch gesinnt betrachtete, auf König Carl XV. zu vererben, oder wenigstens dessen Bruder, den Prinzen Oscar, zum Vicekönig von Dänemark zu ernennen.

## Großbritannien.

**London**, 2. Decbr. / 20. Novbr. Die Dentusche Flugschrift hat hier keinen Eindruck gemacht. Eine getreue Uebersetzung zu liefern, hat bisher kein einziges englisches Blatt der Mühe werth gehalten. Sie, die sonst über ein Meeting in der Provinz spaltenlange Berichte, oft auf theurem Thelegraphenwege, liefern, finden keinen Raum für eine Flugschrift, die in Frankreich und ohne Zweifel auch auswärts gewaltig Aufsehen macht; das Flugschrift-Ungewitter hat für sie nichts Schreckbares mehr, das Kunststück ist zu oft aufgeführt worden, um hier noch bedeutendes Interesse zu erwecken, und obendrein hat ja der Moniteur versichert, daß die Regierung der ganzen Sache fern stehe. Sie hat die Ausgabe aber nicht verhindert, folglich muß der Schluß gestattet sein, daß sie ihr gelegen kam, und darum handelt es sich am Ende doch allein, nicht um den Moniteur, der ans Dementiren eben so gewohnt ist, wie ans Dementirtwerden. Die Ablehnung des Congresses durch England hat — so wird aus Paris geschrieben — die Kriegsgefahr näher gerückt. Das ist möglich, wenn der Kaiser glaubt ohne Krieg nicht weiter existiren zu können. Die Verstimmung Frankreichs über diese Ablehnung war voraus zu sehen, aber so viel durfte und mußte England doch wol riskiren, wollte es sich nicht mit Spanien, Rom und Dänemark auf Eine Linie stellen. Die continentalen Regierungen sind der britischen für den Muth, ein entscheidendes Nein gesagt zu haben, auf alle Fälle zu lebhaftem Dank verpflichtet, sie sind der Mühe überhoben, sich in Paris unangenehm zu machen, und England allein übernimmt die sogenannte Verantwortlichkeit für die Scheiterung des Congreßplanes, übernimmt auch die Last der Vorwürfe, die nicht ausbleiben werden, und von denen schon jetzt ein Theil der französischen Presse überflutet. Ein starker Staat wie England muß dergleichen tragen können, ja, noch mehr, es war für ihn geradezu Ehrensache, die Ablehnung ohne Umschweife auszusprechen, selbst auf die Gefahr hin, daß das bisherige freundschaftliche Verhältniß mit Frankreich abgebrochen werde. Dieser Bruch wird bereits aus Paris als vollendete Thatsache gemeldet, der Kaiser soll wüthend und die Allianz ein praeteritum sein. An letzterem erlauben wir uns einstweilen noch zu zweifeln, wenn wir auch die Verstimmung gelten lassen. So leicht kündigt der dritte Napoleon die englische Allianz nicht, am allerwenigsten, wenn ihm England offenen Visirs entgegentritt. Es wird sich noch ein Ausweg finden lassen, den Zorn des Adlers zu beschwichtigen, und hoffentlich ohne daß man ihm irgend ein kleineres Gethier als Opfer zuwirft. — In den nächsten Tagen wird hier Baron Stieglitz aus Petersburg erwartet. Er bemüht sich, in Paris eine Anleihe von 200 Mill. Rubel für Rußland aufzunehmen, hat bisher nichts zu Stande gebracht und denkt sein Glück hier zu versuchen. Ihm folgen in gleicher Sendung vielleicht bald Agenten Dänemarks, Spaniens, Griechenlands und Südamericas herüber. Die genannten Staaten wollen nämlich sammt und sonders Geld borgen, und neben ihnen Herr Fould eine Summe von nicht weniger als 250—300 Mill. Fr. Unter diesen Auspicien ist es, ganz abgesehen von den drohenden Kriegsgerüchten, natürlich, daß alle Börsen sich ducken. Unsere Bank hat heute ihren Zinsfuß auf 7 pCt. erhöht. Sie wird dabei nicht stehen bleiben und Schlag auf Schlag erhöhen, wenn sie besorgen muß, daß Gefahr im Verzuge sei. — Die schleswig-holsteinische Frage wird in allen Blättern mit großem Eifer und absolutem Mangel an Verständniß weiter besprochen. Patent vom 30. März, Grundgesetz vom 18. November, Londoner Vertrag, alles taucht mucher-schemenhaft auf, immer an der unrechten Stelle, immer als mal à propos Phrase, aus der nur eins erhellt, daß die englischen Blätter diese Dinge citiren, ohne irgend wie zu wissen, was sie bedeuten. Selbst über den Londoner Vertrag herrscht viel Dunkel; denn um ihn zu verstehen, muß man mit der ganzen Frage und den

Personalien, die er einschließt, einigermaßen vertraut sein. Times und Globe verschließen sich nicht ganz einer ruhigeren Auffassung, vergessen nicht ganz, daß alle Dinge zwei Seiten haben, nur Daily News hält unverändert an seinem Dänenthum fest, was um so auffälliger ist, als es als Organ Lord Russells gilt, der doch seinerseits eine Deutschland nicht ganz abgeneigte Mittelstellung einnimmt.

## Spanien.

Die Madrider Zeitung vom 29./17. Novbr. veröffentlicht den Wortlaut der in der Grenzfrage von Melilla abgeschlossenen Convention. Am Tage der Unterzeichnung vertrieben die Marroccanischen Truppen die Leute vom Riff aus dem Terrain, welches innerhalb der jetzigen Grenzen des Platzes liegt. Schon am Abend vorher hatten die Truppen sie daran verhindert, auf dem Terrain in üblicher Weise ihren Markt abzuhalten.

## Italien.

Der Gesetzentwurf betreffs Inkamerirung der geistlichen Güter, welchen der Minister Pisanelli dem italienischen Parlamente vorzulegen gedenkt, spricht die Aufhebung aller geistlichen Orden, sowie der Säcular- und Regular-Congregationen aus. Nur jene, welche sich mit der Krankenpflege und dem Unterrichte beschäftigen, ferner solche, deren Aufrechthaltung durch Verträge garantirt ist, sind ausgenommen. Ferner werden alle Collegiat-Capitel, mit Ausnahme jener, welche Denkmäler der Nationalgeschichte bilden, alle Abteien und Beneficien, die nicht mit Seelsorge verknüpft sind, und alle ewigen Stiftungen kirchlicher Natur und dergl. aufgehoben.

## America.

**New-York**, 21./9. Nov. Der Richmonder Examiner befürwortet eine Zwangsanleihe, um der Ueberschwemmung mit Papier abzuhelfen. — Der Rev. H. W. Beecher ist bei seiner Rückkehr aus Europa feierlich empfangen worden. Er erklärte, die großen Geister und die arbeitenden Classen Englands seien auf Seiten des Nordens; er empfahl den Americanern eine freundliche Politik gegen England. Den Herzog v. Argyll, Earl Granville, Lord Carlisle und die Herren Bright und Cobden machte er als einflußreiche Freunde des Nordens namhaft. — Zwei Millionen Dollar in Gold sind für Rechnung der französischen Regierung von Newyork nach Mexico geschickt worden.

## Neuere Nachrichten.

**Frankfurt**, 7. Decbr./25. Novbr. Das Finanz-Ministerium des Prinzen von Augustenburg hat soeben eine unbegrenzte Anleihe, welche keine Zinsen trägt, in Obligationen von 5 und 10 Thlrn. ausgegeben. Die Verwendung dieser Anleihe, welche zur Verwirklichung von Entwürfen dienen soll, welche die Sympathie Deutschlands besitzen, ist den holsteinischen Ständen vorbehalten. Die Obligationen circuliren hier. Ein Einwohner von Frankfurt hat für 29.000 Gulden gezeichnet.

**Kopenhagen**, 5. Decbr./23. Novbr. Der König hat soeben an die Holsteiner eine Proclamation gerichtet, in welcher er von den Bestrebungen spricht, die Monarchie zu zerstückeln; Bestrebungen, denen unbegründete Erbansprüche als Deckmantel dienen. Der König bedauert, daß diese Bestrebungen in Holstein Terrain gewinnen und Zweifel selbst bei denen hervorrufen, welche ihm treu sind. Der König erklärt, er halte für seine wichtigste Herrscherpflicht die Erhaltung der dänischen Monarchie und erklärt sich fest entschlossen, den revolutionären Bewegungen Gewalt entgegen zu setzen und auf die Urheber eines jeden ungesetzlichen Schrittes die strengste Verantwortlichkeit fallen zu lassen. Der König bestätigt, daß die Versuche, in der Frage der Gesammtstaatsverfassung der Monarchie zu einem Einverständniß zu gelangen, leider gescheitert sind. Indem er seine Absicht kund thut, den Bundesländern eine autonome Stellung in der Monarchie zu geben, wie dieselbe für die nichtdeutschen Theile des Königreichs besteht, drückt der König die Hoffnung aus, daß Holstein, wenn es sich durch den Genuß der wahren constitutionellen Freiheit befriedigt fühlen würde, jeden Vorwand einer fremden Intervention beseitigt haben und gern zu einer innigeren Verbindung mit den andern Theilen der Monarchie hinneigen würde. — Das Gesetzblatt veröffentlicht ein Ministerialrescript über die Huldigungsleistung von Seiten der Holsteiner. Das Ministerium sagt in diesem Document, es erwarte in dieser Beziehung die Berichte und Vorschläge der holsteinischen Regierung.

**London**, 7. Decbr./25 Novbr. Aus New-York wird vom 26. Nov. gemeldet, daß General Grant einen vollständigen Sieg über den Sonderbunds-General Bragg davongetragen hat.

## Witterungsbeobachtungen.

27. Novbr., A. St. (9. Decbr.)

| | Barom. Pariſ. Linien. | 0° R. Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind.. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 330,36 | — 4,74 | 2,0 | W | Wolken (2) |
| 2 U. | 332 31 | — 2,83 | 1,2 | W | Heiter (4) |
| 11 U. | 333,64 | — 1,56 | — 0,5 | | Heiter (0) |
| Mittel | 331,35 | | 1,70 | | (0,35) |

Die Temperatur ist 4,51 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 4,23 im J. 1857, kleinste — 18,08 im J. 1862. Die Aufheiterung wohl nur Folge eines warmen Windes in den oberen Schichten der Atmosphare, aber ungeachtet des heiteren Himmels und der schwachen Winde sank das Thermometer nicht tiefer. Um 2 U. wo es einige Fuße über dem Boden noch 1°,2 zeigte, bildete sich durch Strahlung an Stellen, welche nicht von Bäumen oder dergleichen verdeckt wurden und auf welche die Sonne nicht schien, mit Schnelligkeit Eis und Reif. Der Fall, daß die mittlere Temperatur eines fast heiteren Tages im December über dem Gefrierpunkte liegt, gehört zu den großen Seltenheiten und zeigt, daß der gewöhnliche Gang der Witterung noch bis zu großer Entfernung gestört ist.

## Fremden-Liste.

Vom 28. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Abgereist: Hr. Hagen und Hr. Tammann.
**Hotel St. Petersburg:** Hr. Baron Vietinghoff und Hr. Mühlenhausen.

№ 649. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 28. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Diejenigen, welche die Absicht haben, sich der **Maturitätsprüfung am Dorpatschen Gymnasium** zu unterziehen, werden hiemit aufgefordert, sich bis zum 1. December dieses Jahres Vormittags von 11—12 Uhr in der Cancellei des Gymnasiums zu melden. Bei der Meldung ist der Taufschein und ein Schulzeugniß beizubringen. Director **Schroeder.**

(Mit polizeilicher Bewilligung.)
Sonntag den 1. December 1863 findet **keine Orchesterübung** statt, da die Uebungen den 24. November geschlossen worden sind.

Sonnabend den 30. November **dramatische Vorlesung,** und Sonntag den 1. December Wiederbeginn des **Tanzunterrichtes.** **J. Hölter.**

Bei meiner Abreise aus Dorpat sage ich allen meinen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.
**J. v. Schmieden.**

Bei **G. Weyde** in **Jewe** ist wieder eine schöne Auswahl von
**Bilderbüchern und Jugendschriften**
zu haben, die sich besonders zu **Weihnachts-Geschenken** eignen und zu Revalschen Preisen verkauft werden.

Bei **E. J. Karow** in **Dorpat** erschien:
**Der Verkauf bäuerlicher Grundstücke**
in Livland. — Preis 10 Kop.

Bei Wilh. Engelmann in Leipzig erschien, vorräthig bei **E. J. Karow** in Dorpat und Fellin:
Lehrbuch
**der Weltgeschichte**
mit Rücksicht
auf Cultur, Literatur und Religionswesen, und einem Abriß der deutschen Literaturgeschichte
als Anhang für
**höhere Schulanstalten und zur Selbstbelehrung.**
Von **Dr. Georg Weber,**
Professor und Schuldirector in Heidelberg
2 Bde. 10. erweiterte Aufl. Mit Namen- u. Sachregister. — gr. 8. brosch. 4 Rbl. 50 Kop.

Bekanntlich das beste Lehrbuch der Weltgeschichte, welches wir besitzen! — Dasselbe hat längst seinen Weg über die Schule hinaus in die weitesten Kreise gefunden. Daß es in wenigen Jahren zehn Auflagen erlebte, beweiset am besten, wie allgemein man seinen Werth schätzen lernte. Die klare und verständliche Darstellung, die musterhafte Gruppirung und Uebersichtlichkeit des Stoffes, der glückliche Tact womit das Wesentliche hervorgehoben, die politische Geschichte mit Religion, Literatur und Cultur in Verbindung gebracht worden ist, — alles dieß sind Vorzüge, welche durch die warme Begeisterung des Verfassers für den gewaltigen Stoff nur noch bedeutender zu Tage treten. Die Lectüre des Weberschen Buches wird Viele für einen trockenen Geschichtsunterricht auf der Schule entschädigen, Viele für das Studium der Geschichte gewinnen.

Unterzeichneter erhielt soeben
**Kerosine (Erdöl)**
in vorzüglicher Qualität à Pfund 20 Kopeken.
Diese Gattung ist völlig **geruchlos,** brennt **sehr hell** und **sparsam** und ist deshalb jeder Haushaltung besonders zu empfehlen.
**C. Sachsendahl,**
in der Nähe des Rathhauses.

Unterzeichneter hält Lager von
**Kerosine-Hängelampen,**
**Kerosine-Tischlampen,**
**Kerosine-Wandlampen,**
**Kerosine-Comptoirlampen,**
**Kerosine-Küchenlampen,**
**Kerosine-Nachtlampen**
in verschiedenen neuen und zweckmäßig eingerichteten Gattungen.
**C. Sachsendahl,**
in der Nähe des Rathhauses.

Eine große Sendung **Lampen-Cylinder** erhielt **L. O. Fischer.**

Im von Wahlschen Hause, ist eine **Wohnung** von 5 Zimmern mit englischer Küche und den nöthigen Wirthschafträumen vom 1. Januar 1864 ab zu vermiethen und sogleich zu beziehen.

Eine **Familienwohnung** von 8 Zimmern mit allen Wirthschaftsbequemlichkeiten hat zu vermiethen **H. Sommer.**

№ 277. Freitag, den 29. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

Das **„Dorpater Tagesblatt"** wird auch im nächsten Jahre in der bisherigen Ausstattung und unter sorgfältigster Redaction in meinem Verlage erscheinen. — Die Preise bleiben unverändert:
mit der Post jährlich 9 Rbl., halbjährlich 4 Rbl. 50 Kop.;
für Dorpat: jährlich 6 Rbl., halbjährlich 3 Rbl., vierteljährlich 1 Rbl. 50 Kop.
mit Zustellung ins Haus jährlich 7 Rbl., halbjährlich 3 Rbl. 50 Kop., vierteljährlich 1 Rbl. 75 Kop.
E. J. Karow.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. XIV. Die Rig. Ztg. St. Petersburg: Wechseloperationen. Der Brief des Baron Stieglitz an den Nord. Ordensverleihungen. Goldpreis. Wärme. Kostroma: Schädlicher Roggen. Wolhynien: Pferdeausfuhr.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Budget-, Justiz- und Untersuchungs-Commissionen. Einberufung der Reserven. Congreßantworten. Bonn: Die russischen Erbrechte auf Holstein. Stuttgart: Judengesetz. Frankfurt: Bundesverwaltung für Lauenburg. Schleswig: Nothwendigkeit einer Occupation. — Frankreich. Paris: Aufgeben des Congresses. Antwort nach England. Dünische Frage. Finanzbericht. Deficit. Anleihe. Von der französischen Grenze: Artikel des russischen Invaliden. — Großbritannien. London: Der Vertrag von 1852 — Italien. Turin: Vertrag mit Frankreich. Anleihe. — Mexico. Zwiespalt in der französischen Partei.

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 29. Nov. In welcher Richtung die estländischen Steuerverhältnisse aus den alten streng gegeneinander geschiedenen Institutionen einer neuen Entwickelung entgegengeführt werden dürften, das wird der einsichtsvolle Leser aus unsern historischen Mittheilungen bereits entnommen haben und nachmals des Nähern aus den Erörterungen entnehmen, in welche wir zum Schlusse unserer Betrachtungen eintreten werden. Zunächst nun wird es unerläßlich sein, die Frage, wie weit eine Politik der Zukunft in den Ereignissen und Stellungen der jüngsten Vergangenheit vorgedeutet ist, auch für die Nachbarprovinz Livland zu beantworten. Soweit das uns zugängliche Material reicht, fällt die Antwort minder günstig aus. Das Resultat des letzten halben Jahrhunderts ist zunächst nur die immer strengere Sonderung der beiden vornehmsten Stände in scharf umschriebenen Lagern; von einem Versuche der Annäherung, geschweige von einem über die Stadien ganz allgemeinen Entwurfs hinausgelangten Compromisse ist kaum je die Rede. Dennoch werden wir für den Versuch theoretischer Construction auch in Betreff Livlands den Lehren, welche die Geschichte dem, der sie befragt, nie ganz schuldig bleibt, manchen schätzbaren Wink verdanken.

In Livland war gleichfalls die Unverträglichkeit der russischen Obliegenheitsordnung mit den einheimischen Zuständen und Privilegien frühe deutlich erkannt. Seit 1805 hatte man sich der Einführung der für das Reich bestimmten Satzungen zu erwehren gewußt. Zu wiederholten Malen war selbst die Entscheidung der Regierung in diesem Sinne ausgefallen. Am 20. März 1806 hatte der Graf Kotschubey, zur Zeit Minister des Innern, entschieden, „daß sothane Leistungen im livländischen Gouvernement nach denen bisher geltenden Regeln auf den vorigen Fuß bleiben könnten" und in demselben Sinne hatte am 7. Decbr. 1827 der Verwaltende des Ministerium des Innern, Wirkl. Geheim-Rath Lanskoy, dem General-Gouverneur Nachricht gegeben von einer nach Rücksprache mit dem Finanzminister seinerseits unterlegten Vorstellung, auf welche die Allerhöchste Willenserklärung ergangen war des Inhalts, „daß S. M. in der Erwägung, daß der rücksichtlich der allgemeinen Prästanden unter dem 2. Mai 1805 Allerhöchst bestätigte Dollad in dem livländischen Gouvernement nie in Kraft gewesen sei, Allerhöchst zu befehlen geruht haben, daß die wegen Leistung der Prästanden, so wie wegen darüber geführter Verrechnung zeither stattgefundene Ordnung auch ferner beizubehalten sei."

Als nun das Statut der Reichsobliegenheiten vom 13. Juli 1851 erlassen war, erhob sich von Neuem die Frage, wie weit die livländischen Institutionen davon betroffen würden. Art. 245 dieses Statutes setzte fest, daß abweichende Ordnungen, wo sie zur Zeit bestänben, nicht berührt werden sollten, so lange sie nicht den allgemeinen in der allgemeinen Ordnung enthaltenen Bestimmungen zuwiderliefen. Die livl. Gouvernements-Regierung folgerte aus diesem Artikel das Gegentheil von dem, was die livländische Ritterschaft aus ihm entnahm. Sie berief sich zur Erläuterung auf Art. 3, welcher ausdrücklich ausnahmlose Anwendung aller derjenigen Regeln forderte, von denen nicht ausdrücklich Ausnahmen zugelassen wären; verlangte sofort Publication der neuen Ordnung und stellte es anheim, daß nachmals über die zweifelhaften Puncte mit dem Cameralhof, dem Domänenhof und mit dem residirenden Landrath berathen und zugleich die Meinung des livländischen und öselschen Landrathscollegium, sowie der Magistrate von Riga, Dorpat und Pernau eingeholt würde. Die Ritterschaft war anderer Ansicht. Auf dem Landtage 1851 hatte sie die Frage einer besondern Commission überwiesen; die Commission hatte dem Convent Bericht erstattet von ihren Erwägungen; auf Antrag des Convents erklärte das Landrathscollegium die neuen Regeln für durchaus unanwendbar; es berief sich auf die bestehenden Institutionen und auf die Entscheidungen der Regierung aus den Jahren 1806 und 1827.

Am 4. August 1852 erfolgte die Publication durch ein Patent der Gouv.-Regierung und etwa um dieselbe Zeit erging vom General-Gouverneur die Weisung, vom Landmarschall „das Statut der bisher in Livland geltenden Obliegenheits-Ordnung in russischer Sprache einzufordern."

Ein solches Statut war überall nicht vorhanden; das übliche Verfahren beruhte durchaus auf Privilegien und altüberkommener Gewohnheit; es handelte sich also um eigene Codification. Die Arbeit war verwickelt und überdies lag es kaum im Interesse der Ritterschaft sie zu beschleunigen. Erst im Juni 1854 wurde ein erster Entwurf zur Vorstellung gebracht.

Mittlerweile drängte eine Reihe practischer Fragen zur Lösung. Die neue russische Ordnung hatte den Gouvernements eine Anzahl Prästanden aufgelegt, welche sie bisher nicht geleistet; für das Reich war das Verfahren einfach; da Stadt und Land keine getrennten Prästanden hatten, so trugen sie auch diese neu aufgelegten gemeinsam. In Livland dagegen, sofern sie überall zu leisten waren, fragte es sich, bei der bestehenden Trennung von Stadt und Land, nach welchem Principe sie repartirt werden sollten. Die Landschaft weigerte sich, sie zu übernehmen; die Stadt desgleichen. Die Gouv.-Regierung drängte zum Abschluß; sie verlangte die Berufung eines außerordentlichen Convents, damit die Ordnung definitiv festgesetzt werde, „es sei denn, — so lautete ein Nachsatz —, daß die Ritterschaft geneigt wäre, vorläufig und bis zur künftigen Regulirung alle solche Leistungen aus den Landesprästanden, welche noch in Beziehung auf die Repartition auf Stadt und Land zweifelhaft sind und nicht schon früher nach einer bestimmten Regel oder Observanz von Stadt oder Land getragen werden, auf sich zu nehmen und ausnahmsweise zu bestreiten, wodurch die mehrfach schon vorgekommenen Zweifelfälle, wie z. B. in Betreff der Tragung der Kosten zur Erbauung einer Caserne in Fellin, für die Lieferung des Brennholzes zur Beheizung der von dem Gouvernements-Chef eingenommenen Häuser ꝛc. wenigstens für den Augenblick befriedigt und weitere Schwierigkeiten vermieden werden könnten, welche durch die gegenwärtig ausdauernde Ungewißheit darüber, wer namentlich zur Leistung der verschiedenen Prästanden nach hiesiger Ordnung verpflichtet und in welchem Maaße, — fortgehend mehr gesteigert werden müssen." Nur eine Woche später berichtete der residirende Landrath dem General-Gouverneur: „sowol der Landtag, als auch der Adelsconvent seien bei der Berathung auf Schwierigkeiten gestoßen, die theils aus dem Conflicte herrühren zwischen der Stadt Riga und dem Lande bei der Theilnahme an der Prästanden-Zahlung, theils aber auch in den localen Verhältnissen ihren Grund haben", der Convent habe daher eine Commission niedergesetzt, welche nächstens das Resultat ihrer Vorarbeiten vorlegen werde.

Wir wissen nicht, ob jener Zeit Verhandlungen Statt gefunden haben zwischen der Ritterschaft und der Stadt Riga; wir glauben es aber, bezweifeln zu müssen. Es ist hier nicht der Ort, die Stimmun-

gen jener Tage in's Gedächtniß zurückzurufen. Die unselige Spaltung, welche damals noch entschieden crescendo ging, mußte jedes Verständniß, auch wenn es versucht wäre, verhindern. Die Zeit freilich drängte mehr als je, die Widersprüche einheimischer Systeme durch freie Vereinbarung auszugleichen. Die ständischen Antipathieen aber waren so lebhaft, daß man beiderseits einem Compromiß die Einmischung auswärtigen Schiedsspruches vorzog. Die Ritterschaft ließ es geschehen, daß eine Palatenconferenz berufen wurde.

**Dorpat.** Wir bedauern, der Rig. Ztg. (Nr. 276) Anlaß zu dem Mißverständniß gegeben zu haben, als hätten wir ihr mit „hochfahrenden" Worten begegnen wollen. Unter dem Eindruck dieser Täuschung hat sie unsern Wunsch, Schonung zu üben, mißdeutet und den leichtfaßlichen Sinn unserer Worte verkannt. Wir werden es uns um so mehr zur Pflicht machen, ihrer Stimmung durch gesteigerte Rücksicht Rechnung zu tragen.

**St. Petersburg.** Orden: Für Auszeichnung im Kampfe gegen die Insurgenten haben erhalten: den goldenen Säbel „für Tapferkeit" der Flügeladjutant Klodt und der Rittmeister Stael v. Holstein; den Wladimir-Orden 4. Classe mit Schwertern und Schleife: die Obristlieutenants von Brömsen und Leo; den Annen-Orden 2. Classe mit Krone und Schwertern: der Oberst Ehrnroth; den Stanislaus-Orden 2. Classe mit Schwertern: der Rittmeister Strandmann; denselben Orden 3. Classe mit Schwertern und Schleife: der Capitän Tiedemann.

— Gold ist nicht zu haben; für den Halbimperial zahlt man 5 Rbl. 80 Kop. — Bis zum 21. Novbr. 1—3 Grad Wärme, mit dem 21. sank das Thermometer 1—2 Grad unter Null; gar kein Schnee.

— 19. Novbr. Ueber die Reise des Baron Stieglitz erfährt man aus guter Quelle, daß es sich in erster Reihe darum handelt, bei dem Hause Rothschild ein Arrangement bezüglich der auf dasselbe gezogenen Wechsel im Werthe von nahezu vierzig Millionen Rubel zu treffen, da dieselben bald fällig sind und die bei Rothschild noch erliegenden Fonds von der letzten Anleihe kaum mehr zwanzig Millionen betragen. Dabei kommt Folgendes in Betracht. Nach dem Ukas vom 25. April 1862, welcher die genannte Anleihe decretirte, sollte der gesammte Betrag von 15 Mill. Pfund St. (93 Mill. Rubel) ausschließlich zur Einlösung des Papiergeldes verwendet werden. Indem also die Bank in den letzten Wochen das von dieser Anleihe herrührende Metall durch Wechsel auf London und Paris an die hiesige Geschäftswelt verkaufte, mußte sie das hierfür empfangene Papiergeld vernichten, was aber nicht geschehen ist, sondern Letzteres wurde zu dringenden Regierungszwecken verwendet, und es liegt hier also eine Vermehrung der consolidirten Schuld vor, ohne daß die schwebende vermindert wäre.

— Das Journ. de St. Petersb. bringt das Schreiben des Baron Stieglitz an den Nord. Derselbe constatirt, die Tratten der Bank hätten die Auswechselung der Creditbillete repräsentirt; anstatt solche auf Gold in Petersburg auszustellen, habe man Wechsel auf die im Auslande disponibeln Summen gegeben. Die Course hätten sich dadurch so gebessert, daß man schon am 1. Septbr. d. J. statt am 1. Jan. nächsten Jahres der Bank erlauben konnte, Rubel gegen Rubel auszuwechseln. Er habe also sein Programm erfüllt und Wort gehalten; man habe innerhalb zweier Monate pari ins Ausland remittiren oder Rubel für den Bedarf im Lande erhalten können. Hätte man das nicht gethan, so hätte man der Bank vorwerfen können, sie habe ihr Wort nicht gehalten. Die Ausführung habe freilich viel Geld gekostet, das besser hätte angewandt werden können — aber man habe die Börsenpanique nicht vorher sehen können. — Die Anleihe sei zu jenem Zweck gemacht und das Land verlangt laut Umwechselung.

— In den Makarjewschen und Jurjewschen Kreisen des Kostromaschen Gouvernements zeigt der Roggen diesjähriger Ernte für die Gesundheit schädliche Eigenschaften. Der Genuß verursacht Cholera ähnliche Schmerzen. Nach dem Orte der Erkrankungen wurde ein Arzt zur Hülfsleistung abgesandt.

— Die Wolhynische Gouv.-Reg. macht bekannt, daß so lange der Kriegszustand in Polen fortdauert, die Einfuhr von Pferden ins Königreich verboten ist.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 4. Decbr./22. Novbr. Die Budget-Commission hofft den Etat für 1864 noch vor Weihnachten zu beendigen; sie steht schon beim Marineetat. Der Referent für den Militär-Etat, Abg. Vaerst, hatte schon an 40 Titel vollendet. — Die Justiz-Commission hat den Bericht ihres Referenten, Abg. Immermann, über die einstweilige Freilassung der drei polnischen Abgeordneten festgestellt. Vorher wurde von Seiten der Regierung die überraschende Mittheilung gemacht, daß der Staats-Gerichtshof am 1. Decbr. die Verfolgung auch des Abg. Sulerzicky wegen Hochverraths beschlossen habe. Der Beschluß der Commission am 27. Novbr., die Freilassung Sulerzicky's zu beantragen, war, wie man sich erinnert, zum Theil dadurch motivirt, daß nach der Mittheilung des Justiz-Ministers Sulerzicky nur wegen zum Hochverrath vorbereitender Handlungen verfolgt war. Die heutige ministerielle Erklärung rief in der Commission eine nicht geringe Erregung hervor. — Die N. Pr. Ztg. schreibt: „Bei der Einberufung der Reserven hat die neue Armee-Organisation, nach welcher ein vierjähriger Reservestand angenommen wird, zum ersten Male ihre practische Durchführung erhalten." Die gesetzliche Reservezeit ist bekanntlich zweijährig! — Ueber die von dem Abgeordneten-Hause ernannte Untersuchungs-Commission schreibt die Provincial-Correspondenz Nachstehendes, welches wol unzweifelhaft den Standpunct bezeichnet, den die Regierung dieser Commission gegenüber einnehmen wird: Alle Mahnungen und Warnungen waren vergeblich. Die Niedersetzung der sogenannten Untersuchungs-Commission wurde beschlossen. Die Regierung aber wird streng darüber zu wachen haben, daß das Abgeordneten-Haus sich nicht etwa gelüsten lasse, durch diese Commission Uebergriffe zu thun, welche die nothwendige Zucht im Beamtenstande lockern oder irgendwie eine gefährliche Aufregung erzeugen könnten. Wie der Minister des Innern im Voraus gesagt, wird keine Behörde, kein Beamter dem Beginnen des Hauses Vorschub leisten. Nicht minder aber muß jeder Einzelne im Volke jede Auskunft verweigern, welche zu erzwingen die Commission keine gesetzliche Mittel hat. — Die preußische Antwort wegen des Congresses war abschriftlich den Gesandten der verschiedenen Regierungen mitgetheilt und daher auch sonst bekannt geworden. Die Nachricht französischer Blätter, Herr Drouyn de Lhuys wolle die österreichische Depesche, welche das Schreiben des Kaisers Franz Joseph begleitet, beantworten, ist nicht recht verständlich, da auf eine Instruction keine Antwort zu erfolgen pflegt. Daß die Antworten der meisten Souveraine den Congreß im Princip angenommen hatten, unterliegt keinem Zweifel, wenn auch das Wort selbstverständlich im Texte nicht gebraucht wurde. Damit war aber Angesichts der Reserven und Bedingungen, welche die geschäftlichen Schreiben der Minister enthielten, nicht viel gesagt. Man hatte auch bestritten, daß die französischen Einladungsschreiben gleichzeitig, wie bei officiellen Schreiben dieser Art stets geschieht, den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten abschriftlich mitgetheilt waren, und doch war dies bestimmt geschehen. Dies alles zur nächträglichen Feststellung einzelner Puncte, mögen diese jetzt auch nur noch ein historisches Interesse haben. In Paris scheinen sich die officiösen Blätter jetzt darin ergeben zu haben, daß der Congreß gescheitert ist, und es verdient in dieser Beziehung noch ein Umstand besonders hervorgehoben zu werden. Die englische Ablehnung ist nämlich von den meisten Höfen sehr gern gesehen worden, weil sie den Congreß unmöglich machte, ohne daß außer England Jemand die offene Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen brauchte.

**Bonn**, 3. Dec./21. Nov. Die Bonner Zeitung enthält in letzter Zeit Artikel über die Rechtsfragen in der schleswig-holsteinischen Sache, welche man wol berechtigt sein wird, der kundigen Feder des in diesen Gebieten ausgezeichneten Professors Hälschner zuzuschreiben. In Betreff der russischen Erbrechte wird ausgeführt: Als sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts das oldenburgische Haus in seine zwei Hauptlinien, die königliche oder glückstädtische und die herzogliche oder gottorfische spaltete, fand zugleich 1544 in den Herzogthümern eine definitive Theilung des Landes Statt. Die Aemter und kleineren Städte wurden in der Art getheilt, daß der größere Theil der königlichen Gebiete in Holstein, der kleinere in Schleswig, umgekehrt der größere Theil der herzoglichen Gebiete in Schleswig, der kleinere in Holstein lag, während die Gebiete der Prälaten, der Ritterschaft und der zur Standschaft berechtigten Städte gemeinschaftlich verblieben und vom dänischen Könige und gottorfischen Herzoge gemeinsam regiert wurden. Aber der uralte nationale Gegensatz konnte durch die Vereinigung der Deutschen und der Dänen unter demselben Fürstenhause nicht getilgt werden, vielmehr spaltete er nunmehr dieses selbst, und zwei Jahrhunderte standen der dänische König und der gottorfische Herzog streitend und kämpfend einander gegenüber. Der Versuch zwischen Dänen und Deutschen Frieden zu stiften, der zuerst an den Ufern der Eyder schon im Jahre 811 gemacht worden war, der erneuert wurde, als Christan I. Dänemark und die Herzogthümer unter seiner Herrschaft vereinigte, er wurde zum dritten Male in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts unternommen. Durch die Verbindung des Herzogs Carl Friedrich mit der Tochter Peters des Großen erwarb die gottorfische Linie die russische Kaiserkrone. Catharina II. schloß im Jahre 1767 Namens ihres Sohnes Paul, als Herzogs von Gottorf, vorläufige Verträge mit Dänemark, welche 1773 von dem großjährig gewordenen Großfürsten Paul bestätigt wurden. Durch den einen dieser Verträge verzichtete Paul unbedingt auf die gottorfischen Besitzungen in Schleswig wie auf die Mitregierung in diesem Herzogthume, und daß dieser Verzicht ein unbedingter war, hat Kaiser Nicolaus in dem Warschauer Vertrage von 1851 von Neuem anerkannt. Durch den andern Vertrag verzichtete Paul auf die gottorfischen Besitzungen in Holstein und die gemeinschaftliche Regierung in diesem Herzogthume, und zwar gegen ein Aequivalent, indem Dänemark die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, das jetzige Großherzogthum Oldenburg, an den Großfürsten Paul cedirte, welcher aber diese Grafschaften sofort wieder auf die jüngere Linie seines gottorfischen Hauses übertrug. So war der König von Dänemark in den ausschließlichen Besitz der Herzogthümer Schleswig-Holstein gelangt. — Bei den 1851 in Warschau geführten Verhandlungen, welche die Basis des Londoner Vertrages bildeten, fanden es Rußland und Dänemark für angemessen und ihren Interessen entsprechend, den in Betreff Holsteins 1773 geschlossenen Vertrag dahin auszulegen, daß die Cession nur zu Gunsten des dänischen Mannesstammes erfolgt sei und mit dem Aussterben desselben unwirksam werden würde. Um die Gefahren zu beseitigen, welche hieraus für die Integrität der dänischen Monarchie erwachsen könnten, dehnte Kaiser Nicolaus als Haupt des gottorfischen Hauses die Cession von 1773 im Warschauer Vertrage auf den Prinzen Christian von Glücksburg und dessen männliche Nachkommen aus. Es nimmt sich nun freilich recht gefährlich aus, wenn man uns darauf hinweist, daß in dem Augenblicke, in welchem wir

den Londoner Vertrag von 1852 als unverbindlich angreifen, in welchem die Thronfolge Christians IX. in den Herzogthümern an unserm Widerstande scheitert, Rußland von dem Verzichte, den es 1851 zu Gunsten des jetzigen Königs von Dänemark geleistet hat, befreit wird und die ehemals gottorfischen Besitzungen in Holstein, zu denen namentlich das Amt Kiel gehört, zurückfordern und für seinen Gesandten Sitz und Stimme im deuschen Bundestage fordern kann. — Wir wollen uns hier auf den juristischen Beweis, der anderwärts wiederholt geführt worden ist, daß nämlich Rußland auch bei dem Aussterben des dänischen Mannsstammes die gottorfischen Besitzungen in Holstein nicht zurückfordern könne, nicht näher einlassen, wollen vielmehr die Auffassung des Kaisers Nicolaus als richtig gelten lassen. Was ist dann die Folge, falls die Cession zu Gunsten Christians IX. unwirksam wird? — Der Kaiser von Rußland kann die gottorfischen Gebiete Holsteins nur zurückfordern, indem er das dafür empfangene Aequivalent, das Großherzogthum Oldenburg, dem legitimen Herzoge von Holstein zurückgiebt. Dies aber ist schon 1773 dem jetzt in Oldenburg regierenden Hause unbedingt und „zu ewigen Tagen" übertragen worden. Alle Ansprüche, welche also Rußland auf Grund des Tauschgeschäftes von 1773 auf holsteinsche Gebiete erheben könnte, würden unbedingt nicht ihm, sondern dem Großherzoge von Oldenburg zu Gute kommen. Aber auch in dieser Beziehung wird man vielleicht einwenden, daß auf die vergilbten Pergamente kein Gewicht zu legen sei, weil die politischen Interessen mächtiger sein würden, als alte Rechtsansprüche. — Und nun noch Eines. Die russische Kaiserfamilie hat allerdings Rechtsansprüche nicht blos auf irgend welchen Theil Holsteins, sondern auf das ganze Herzogthum Holstein, auf ganz Schleswig, Ansprüche, die kein Jurist beseitigen kann. Es ist der Anspruch des Kaiserhauses als eine Linie des oldenburgischen Hauses, dann in den Herzogthümern zu succediren, wenn an die gottorfische Linie die Reihe gekommen sein wird. Davon ist jetzt vorläufig nicht die Rede, sondern erst dann, wenn der Mannsstamm des ganzen Sonderburg'schen Hauses ausgestorben sein wird. Und was hat in dieser Beziehung das Londoner Protocoll geleistet? Es beseitigt nicht blos das Erbrecht des ganzen Augustenburg'schen Hauses, sondern auch das der drei älteren Brüder des jetzigen König Christian IX., und damit ist uns die wirkliche Gefahr, die Herzogthümer in die Hand Rußlands fallen zu sehen, außerordentlich viel näher gerückt. Sie tritt ein, falls die beiden Söhne Christians IX. und seine beiden jüngeren Brüder ohne männliche Nachkommen sterben sollten. Das ist das Verdienst, welches sich das Londoner Protocoll um Deutschland, den russischen Ansprüchen gegenüber, erworben hat, und soll die Furcht vor Rußland uns gegenwärtig in unsern Entschlüssen irgendwie bestimmen, so kann dies nur die Folge haben, daß wir umsomehr das Londoner Protocoll weit von uns werfen und auf unserm Rechte bestehen.

**Stuttgart**, 5. Decbr./23. Novbr. In der zweiten Kammer wird der Art. 1 des Gesetzentwurfs betr. die bürgerlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen mit 82 gegen die eine Stimme von Wächter unverändert angenommen; er lautet: „Die im Königreich einheimischen Israeliten sind in allen bürgerlichen Verhältnissen den gleichen Gesetzen unterworfen, welche für die übrigen Staatsangehörigen maßgebend sind, sie genießen die gleichen Rechte, und haben die gleichen Pflichten und Leistungen zu erfüllen." — Die Commission beantragt folgenden Zusatzartikel: „Die Religionsverschiedenheit zwischen Israeliten bildet kein bürgerliches Ehehinderniß. Auf Ehen zwischen Christen und Israeliten findet das Gesetz vom 1. Mai 1855 (über die Civilehe) Anwendung." Dieser Artikel findet wie in der Commission so in der Kammer starken Widerspruch. Wächter hält diese Ehe für ganz und gar widernatürlich. „Was würde man", ruft er, „von einem Forstmann sagen, der Nadelholz auf Laubholz pfropfen wollte?" Ja, er meint, es würde durch solche Ehen eine neue Race von Menschen geschaffen, die man in Würtemberg noch nicht kenne. Was solle namentlich aus den Kindern werden, die aus solchen Ehen hervorgehen, und ihrer Erziehung. Bei der Abstimmung wird der Commissionsantrag mit 49 gegen 34 Stimmen angenommen. Die Ehe zwischen Christen und Juden wird also von der Kammer zugelassen.

**Frankfurt a. M.**, 8. Dec./26. Novbr. In der heutigen Sitzung des Bundestages stellte der Weimarsche Gesandte den Antrag, das Herzogthum Lauenburg einer Bundesverwaltung zu unterstellen, wie es schon im Jahre 1848 geschah. Der Antrag wurde dem holsteinischen Ausschuß überwiesen.

**Altona**, 6. Decbr./24. Novbr. Aus allen Gauen des Vaterlandes werden Adressen und Demonstrationen zu unsern Gunsten wiederholt gemeldet. Dem zum Gegensatz hat der deutsche Bund der Gewalt Preußens und Oesterreichs nachgebend nur Execution beschlossen und wird auch diese wol hinfällig werden, da der Dänenkönig die Veranlassung zu derselben in der holsteinischen Verordnung vom 30. März hinweggeräumt hat. Thatsächlich ist nur zu berichten, daß die Stadt Berlin die von ihr zur Reserve zu stellenden Pferde lieferte, und daß Hamburg seiner Einquartirungscommission ein Reglement für die Einquartirung von Bundestruppen gab. Die preußische Reserve soll aus etwa 32.000 Mann mit 96 Geschützen bestehen. Die Dänen würden dem zur Zeit höchstens 25.000 Mann entgegen stellen können, und demzufolge besäße schon die preußische Reserve allein eine beträchtliche Mehrstärke. — Unbegreiflich erscheint es, weßhalb die dänische Regierung eine verhältnißmäßig so bedeutende Truppenzahl nach Altona und dem südlichen Holstein dirigirt. Kommt es zum Einmarsch der Bundestruppen, welcher bei gegenwärtiger Sachlage ohne Zweifel gleich in gehöriger Stärke und von verschiedenen Seiten her geschehen wird, so kann doch unmöglich ein dänisches Corps von vielleicht 10.000 Mann in der Nähe von Hamburg-Altona ernstlichen Widerstand leisten wollen, weil nichts wahrscheinlicher, als daß in solchem Falle dieses ganze vorgeschobene Corps abgeschnitten und gefangen würde. Die allein plausible Erklärung dieser Truppen-Concentrirung dürfte die sein, daß man in Kopenhagen noch immer die Execution Holsteins durch Bundestruppen nicht als so nahe bevorstehend und ganz ausgemacht ansieht, und sich inzwischen gegen eine etwaige vorläufige Besitzergreifung auch nur eines kleinen Theils von Holstein durch Herzog Friedrich VIII. sichern will.

**Schleswig**, 5. Decbr./23. Novbr. Nach langem Verzögern und Hinausschieben hat der Bundestag freilich endlich decretirt: „Morgen marschiren wir." Ueber die Sache war man einverstanden, nur nicht über den Namen, ob Occupation oder Execution? Und doch ist nicht abzusehen, wie man für Schleswig-Holstein noch etwas Ernstliches hoffen kann, wenn die Besetzung Holsteins als bloße Execution beliebt wird. Trotz aller Vorbehalte wird damit Christian IX. eigentlich schon als rechtmäßiger Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt, von Lauenburg gar nicht zu reden. Denn daß Lauenburg 1815 der Krone Dänemark zu ewigen Zeiten als volles Eigenthum übergeben sei, daß es dem jedesmaligen Könige auch dann gehöre, wenn das Londoner Protocoll hinfällig werde, ist von Oesterreich und Preußen ausdrücklich erklärt worden. Wir selbst sind von der Rechtmäßigkeit der Erbansprüche der Augustenburger wenigstens auf Holstein und Schleswig überzeugt. Die Dänen wissen freilich ihrerseits ebenfalls mit weitläufigen Rechts-Deductionen, reichlich mit Urkunden gespickt, und sogar aus deutscher Feder, aufzuwarten, und da selbst die in Preußen herrschende Partei in diesem Reichsstreite mehr oder weniger auf Seiten der Dänen steht, so kann man sich nicht wundern, daß die übrigen Mächte Europa's, freilich ohne gründliche Prüfung, die dänischen Rechtsansprüche als die besseren anzuerkennen geneigt sind. So kommen wir mit unserem urkundlichen Rechte, mag es noch so gut und unwiderleglich sein, nicht weiter, als mit unserer bloßen Macht. Wir haben unsere Ansprüche für Schleswig-Holstein stets auf einen festeren Felsen gestellt, auf das ganz unbestrittene Recht der Nationalität, das seit 1848 zu immer größerer Bedeutung gelangt ist. Das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner, das, wenn Willisen den Sieg bei Idstedt festgehalten, bereits gesiegt hätte, wird früher oder später anerkannt werden müssen. Die Augustenburger haben Erbansprüche auf ganz Schleswig. Selbst diejenigen aber, welche geneigt sind, den nördlichen dänischen Theil von Schleswig nöthigenfalls Dänemark zu überlassen, müssen doch dringend wünschen, die Erbansprüche auf ganz Schleswig wenigstens als Unterhandlungs-Mittel in Händen zu behalten. Die Kriegsgefahr, die in einer Occupation liegt, muß getragen werden. Welche Zuversicht sollen wir auf eine zukünftige energische Kriegsleitung durch den deutschen Bund haben, wenn er sich nicht einmal zu einmüthigem Handeln bei diesem ersten Schritte aufraffen kann?

## Frankreich.

**Paris**, 3. Decbr./21. Novbr. Gewissen Symptomen zufolge hat die französische Regierung den Congreß aufgegeben. In hiesigen officiellen Kreisen ist man sehr gespannt auf die Richtung, welche die kaiserliche Politik nehmen werde. Die Antwort auf die letzte Note Russell's ist nach London abgegangen, und man glaubt, dieselbe werde morgen schon durch die London Gazette veröffentlicht werden. Es heißt, der Herzog von Montebello werde in Petersburg durch einen General ersetzt werden. Der französische Gesandte in Kopenhagen ist auf einige Tage hierher berufen worden, um seiner Regierung mündlich Auskunft über den Stand der Dinge in Dänemark zu geben. — Nach der russisch gesinnten Nation hat Rußland den Großmächten in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage Vorschläge gemacht. In der betreffenden Note constatirt die russische Regierung die Nothwendigkeit, die Erbfolge nicht mit der Verfassungs-Frage zu verschmelzen, und fordert die Großmächte auf, bei der dänischen Regierung darauf zu bestehen, daß sie ihren Verbindlichkeiten gegen die Herzogthümer nachkommt. Hier betrachtet man die schleswig-holsteinische Frage bereits als erledigt. — Der Finanzbericht des Hrn. Fould ist nicht in dem Tone geschrieben, der bisher seine Vorgänger auszeichnete. Diese Berichte entwarfen gewöhnlich ein glänzendes Bild von der finanziellen Lage, während der heute erschienene in ziemlich bescheidenen Ausdrücken sich zu rechtfertigen sucht, daß er mitten im Frieden mit einer neuen Anleihe an das Land herantritt. Die Schuld, warum die Anleihe nothwendig geworden, giebt Hr. Fould der mexicanischen Expedition, da die Gelder, die dieselbe gekostet, von denjenigen, welchen man „Heil und Glück" gebracht, noch nicht zurückgezahlt worden seien. Die Summen, die nach, in und für Mexico verausgabt wurden, betragen ungefähr 213 Mill., also nicht viel weniger, als die Anleihe, die der Staat heute machen will. — Das Consolidations-Anlehen von 300 Millionen war seit mehreren Tagen in Aller Munde, kann also an sich nicht überraschen; daß die Anleihe unvermeidlich, ist kaum in Abrede zu stellen. Was jedoch befremden kann, ist, daß Hr. Fould dieses Anlehen fordert und durchführen will. Man kann auch im Auslande den Lärm nicht vergessen, mit welchem Hr. Fould vor jetzt zwei Jahren das Finanz-Portefeuille übernahm; er sollte der Retter unserer Finanzen werden, neue Bahnen dem Steuerwesen brechen, dem Deficit ein Ende machen, die schwebende Schuld auf ein bescheidenes Maß zurückführen und dem Anwachsen der consolidirten Schuld in Friedenszeiten einen unübersteigbaren Damm entgegensetzen. Aus dem Berichte erhellt nun, daß Hr. Fould nach allen Seiten hin Fiasco gemacht. Die Budgets von 1862 und 1863 schließen mit Deficits, wiewol die vorausbewilligten Credite (Ausgabe-

Budget) um mehrere Hundert Mill. die für die Vorjahre bewilligten Budgets übersteigen. Die Steuer-Reformen haben durchaus nicht den gewünschten Erfolg gehabt, und Hr. Fould belehrt uns, daß die Einnahmen in 1863 hinter den Voranschlägen zurückbleiben, was seit 14 bis 15 Jahren nicht vorgekommen. Die schwebende Schuld ist nicht vermindert, sondern im Gegentheil wieder der Milliarde nahe gebracht worden; endlich wird das „große Buch" durchaus nicht geschlossen, sondern schon vor dem Kriege zur Eintragung einer neuen Anleihe eröffnet. Aber sobald ein Anlehen einmal angekündigt ist, liegt es in Aller Interesse, daß dasselbe möglichst rasch realisirt werde. Die Dringlichkeit rechtfertigt sich übrigens um so mehr, als aller Wahrscheinlichkeit nach das Consolidations-Anlehen bloß aufräumen und den Platz für Unterbringung eines baldigen größeren (Kriegs-?) Anlehens zurichten soll. Die Schlußphrase des Fould'schen Berichts, welcher nicht einmal die „Hoffnung" auf Erhaltung des Friedens ausdrückt, ist in dieser Hinsicht jedenfalls zu beachten. Fould setzt auseinander, welchen Einfluß auf die Finanzlage die vom Staate für den Eisenbahnbau (dessen Capital zur Zeit 4500 Millinen mit einer Netto-Revenue von 264 Mill. beträgt) übernommenen Verpflichtungen ausüben werden, und schließt mit folgenden Worten: „Ich ersehne den Tag, wo durch die Verminderung unserer Ausgaben in Verbindung mit der Steigerung unserer Einnahmen, es möglich sein wird, die Amortisirungs-Casse wieder regelmäßig arbeiten zu lassen und die Staatsschuld zu verringern. Wenn in Zukunft unser Budget im Gleichgewicht erhalten wird, wenn unsere hochherzigen Bemühungen den Frieden sichern, wird der glückliche Zustand unserer Finanzen auch eine Ermäßigung der Steuern und somit die Erfüllung des liebsten Wunsches Ew. Majestät gestatten."

Von der **französischen Grenze**, 3. Dec./21. Nov. Ein Artikel des Russ. Invaliden macht in Pariser diplomatischen Kreisen Aufsehen. Es wird darin die Idee ausgeführt, daß Rußland im Grunde wünschen müsse, Polen los zu werden, und daß, wenn Rußland einmal die Insurrection so weit besiegt haben werde, um seine Handlungsweise nicht aus Furcht vor der Revolution noch als Nachgiebigkeit gegenüber fremden Einflüsterungen ausgelegt zu sehen, man in eine gänzliche Lostrennung Polens willigen könne. Dieser Artikel giebt dem Gerüchte, welchem zufolge Frankreich mit Rußland Separat-Unterhandlungen begonnen hätte, neue Anhaltspuncte. Der Kaiser Napoleon soll sich in Petersburg anheischig machen, dem Czaren die Unterwerfung der Polen zu sichern, wenn der Czar ihm die Versicherung geben werde, nach Beseitigung der Insurrection ein selbständiges Polen herzustellen. Wir nehmen von diesem Gerüchte Notiz, weil dasselbe in autorisirten Kreisen circulirt. — Die französische Regierung verfällt wieder in ihr bedauerliches Betragen gegenüber der Presse zurück. Nicht bloß, daß die Verwarnungen wieder häufiger auftreten, hat die Preß-Direction abermals ihre Aufmerksamkeit den auswärtigen Correspondenten zugewandt. Sie hat in den Lese-Cabinetten von Paris die Uebersetzung von Zeitungs-Artikeln oder die bloße Abschrift von solchen verbieten lassen und den Inhabern dieser Anstalten mit Schließung derselben gedroht, falls sie das Verbot nicht aufs strengste aufrecht erhalten würden!

## Großbritannien.

**London**, 1. Decbr./19. Novbr. Die britische Regierung hat ihr Festhalten am Vertrag von 1852 und ihren Entschluß demselben Geltung zu verschaffen bereits in aller Form angekündigt. Zugleich ist sie aber geneigt sofort bezüglich Holsteins solche Zugeständnisse in Kopenhagen zu befürworten wie sie der deutsche Bundestag nach Ansicht der andern europäischen Mächte mit Grund anzusprechen berechtigt scheinen mag. Aber hinsichtlich Schleswigs wird England schwerlich irgend eine Concession empfehlen. Die Frage ist also zwischen Dänemark, England und den andern Vertragsunterzeichnern klar gestellt. Frankreich und Schweden werden sich die gleiche Ansicht von der Sache wie England gebildet haben, oder sind wol noch eifriger entschlossen den Vertrag allenfalls mit den Waffen zu unterstützen. Demnach hängt der Entscheid, ob Krieg oder Friede, von Deutschland ab, und zunächst wol von den Entschließungen Oesterreichs und Preußens.

## Italien.

**Turin**, 2. Decbr./20. Novbr. Der Schiffahrtsvertrag mit Frankreich verleiht Frankreich das Recht der Dampf-Küstenfahrt mit Stationen an allen Puncten. Die italienischen Schiffe haben dasselbe Recht bloß in den französischen Häfen des Mittelmeers (Algerien mit einbegriffen), nicht aber an der atlantischen Küste, und es ist sehr begreiflich, daß Opposition gegen denselben gemacht wurde. Der Handelsvertrag ist Italien günstiger, indem 500 prohibirte Artikel frei oder gegen eine geringe Abgabe Eingang finden werden. Frankreichs Seiden-Industrie wird gewinnen; der Einfuhrzoll, welcher 1000 Fr. von 100 Kilo betrug, wird 1864 bloß auf 900, im Jahre 1866 auf 600 und im Jahre 1868 auf 300 Fr. herabgesetzt merden. — Hier hat man, trotz der Versicherungen der Regierung, noch immer Angst vor einem Anlehen. Man wird allerdings zunächst trachten, die Nationalgüter unter günstigen Bedingungen an sich zu bringen.

## Mexico.

Durch Privatnachrichten aus Mexico erfährt man, daß in der Hauptstadt selbst, im Lager des Triumvirats, der Zwiespalt ausgebrochen ist. Die ültramontanen Forderungen des Erzbischofs von Mexico, Labastida, sind dem General Salas, seinem Collegen, den die französische Regierung für besonders geeignet hält, das gemäßigt liberale Element mit der fremden Intervention zu versöhnen, als unausführbar erschienen. Almonte, der zwischen beiden zu vermitteln sucht, hat bis jetzt nichts ausrichten können. — Herr Hugelmann ist nach Miramare zum Erzherzoge Maximilian gegangen, wie er behauptet, in einer officiösen Sendung.

## Rigaer Wechsel-Course.

Vom 27. Nov.

Amsterdam 3 Mt. 166½. — Hamburg 3 Mt. 29⅞ Br., 30 G. — London 3 Mt. 34. — Paris 3 Mt. 356.

## St. Petersburger Wechsel-Course.

Vom 26. Nov.

Amsterdam 3 Mt. 166, 166½. — Hamburg 3 Mt. 29 7/16, ¾. — London 3 Mt. 33½, ¾. — Paris 3 Mt. 352, 355.

## Witterungsbeobachtungen.

28. Novbr., A. St. (10. Decbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 332,56 | — 2,54 | 0,5 | SW² | Trüb (4) |
| 2 U. | 330,48 | — 4 66 | 1,8 | S² | Trüb (4) |
| 11 U. | 328,00 | — 7,20 | — 2,2 | | Trüb (4), Regen |
| Mittel | 331,22 | | 1,12 | | (4,00) |

Die Temperatur ist 4,51 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 4,37 im J 1857, niedrigste — 20,19 im J. 1862.

## Fremden-Liste.

Vom 29. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Hr. Paulmann. — Abgereist: Hr. Tammann.
**Hotel St. Petersburg:** Hr. Obrist v. Roth; Hr. v. Loewis; Hr. Jacobi aus Neu-Autzen; Hr. Stern aus Hummelshof; Hr. Wichmann vom Lande.

№ 650. **Von der Censur erlaubt.** Dorpat, den 29. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Das Vogtei- als Wettgericht dieser Stadt fordert sämmtliche Inhaber von Getränke-Verkauf-Anstalten hiermit auf, hinsichts der für das nächste Jahr aus der Kreis-Rentei zu lösenden Verkaufs-Billets unfehlbar im Laufe des December-Monats c. bezügliche Meldungen bei dieser Behörde zu machen.

Dorpat-Rathhaus, 26. Novbr. 1863.

---

Alle Diejenigen, welche Forderungen an die hiesige Veterinärschule zu machen haben, werden desmittelst aufgefordert, hierüber die Rechnungen bis zum 16. December d. J. bei der Canzellei der Anstalt einzureichen.

Dorpat, 19. Novbr. 1863.

Director: Prof. **Fr. Unterberger.**

---

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

**Roggen** und **Gerste** mit Lieferung nach Pernau kauft **P. H. Walter.**

---

# Abonnements auf Journäle

für das nächste Jahr erbitte ich mir, wenn die Zusendung vom 1. Januar ab regelmäßig erfolgen soll, bis spätestens Freitag den 6. Decbr. — **Probenummern** aller Zeitschriften können in meiner Buchhandlung eingesehen werden, woselbst auch die **Prämien** zu den im Jahre 1864 erscheinenden belletristischen Zeitschriften ausgelegt sind.

**E. J. Karow**
in Dorpat und Fellin.

---

**Sonntag, 1. December Abends 8 Uhr**

# Concert

im Saale der **Bürgermusse,** von der hiesigen Stadtcapelle, unter Mitwirkung eines Sängerchors, für Mitglieder und Familien der Bürgermusse und des Handwerker-Vereins. — Billete à 20 Kop. sind beim Oeconomen der Bürgermusse und bei R. Liebert, Buchdruckerei von E. J. Karow, in Empfang zu nehmen.

---

Dienstag den 3. December Abends 7 Uhr im Saale der Ressource

# erste Soirée

für Streichquartett. — Abonnements-Billete à 3 Rbl. sind in der Buchhandlung des Herrn Th. Hoppe zu haben. — Das Nähere besagen die Affichen.

---

# Moderne Wintermützen

empfiehlt in großer Auswahl zu billigen Preisen

**K. Stahlberg,**
im Hause des Drechslermeister Schaffé, vis-à-vis dem Kaufhofe.

---

# Damen Pelzstiefel

erhielt in **verschiedenen Arten** und verkauft zu billigen Preisen

**B. A. Müller,**
Galoschenhandlung, Haus Peterson, Ritterstraße.

№ 278. Sonnabend, den 30. November 1863. Erster Jahrgang.

# Dorpater Tagesblatt.

Erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.
Annahme der Inserate bis 10 Uhr.
Insertionsgebühren pro Zeile 4 Kop. S.

Druck und Verlag
von
E. J. Karow,
Universitäts-Buchhändler.

Preis in Dorpat:
Jährlich 6 Rbl., halbj. 3 Rbl., viertelj. 1 Rbl. 50 Kop.
Ueber die Post:
Jährlich 9 Rbl., halbjährl. 4 Rbl. 50 Kop.

Das **„Dorpater Tagesblatt"** wird auch im nächsten Jahre in der bisherigen Ausstattung und unter sorgfältigster Redaction in meinem Verlage erscheinen. — Die Preise bleiben unverändert:
mit der Post jährlich 9 Rbl., halbjährlich 4 Rbl. 50 Kop.;
für Dorpat: jährlich 6 Rbl., halbjährlich 3 Rbl., vierteljährlich 1 Rbl. 50 Kop.
mit Zustellung ins Haus jährlich 7 Rbl., halbjährlich 3 Rbl. 50 Kop., vierteljährlich 1 Rbl. 75 Kop.
E. J. Karow.

## Inhalt.

**Inländischer Theil.** Dorpat: Von Reformen der Steuerverfassung in den Ostseeprovinzen. XV. Pellingfors: Heiligung des Sonntags. St. Petersburg: Cours der Börse. Nikolajew: Sechs Corvetten. Warschau: Bandenverfolgung.
**Ausländischer Theil.** Deutschland. Berlin: Die holsteinische Kammerdebatte. — Köln: Sturm. Optische Einrichtung. — Stettin: Die russische Valuta. — Leipzig: der Londoner Vertrag. Bremen: die dänische Flotte. Wien: Finanznoth. Krakau: Suspension des „Czas". Geldstrafen. — Schweden: Stockholm: der Prätendent Augustenburg. — Großbritannien. London: Palmerstons Intriguen. — Frankreich. Paris: die Brochüre. — Spannung mit England. — Madagaskar. — Brochüre von Proudhon. — Italien. Rom: die Krisis in Deutschland. — Montebello. Der Clerus. — Griechenland. Athen: Jonische Inseln. — Ottonische Minister. —
**Neuere Nachrichten. Telegramme.**
**Drei Briefe von Felix Mendelssohn-Bartholdy.**
**Locales.**

## Inländischer Theil.

**Dorpat**, 30. Nov. Die livländische Palatenconferenz trat zwei Male, am 30. Juni und am 26. August 1854, zusammen: der Gouverneur, der Vicegouverneur, drei Mitglieder der Regierung; drei Delegirte des Cameralhofs; ein Vertreter des Domänenhofs; zwei Mitglieder des Hofgerichts; zwei Rigasche Rathsherrn; nicht erschienen „wegen Unwohlseins" war der residirende Landrath.

In der ersten Versammlung wurden vorgelegt, als auf Anfrage der Gouv.-Regierung eingegangen: 1) vom livländischen Landraths-Collegium ein Project unter dem Titel: „Ordnung der Obliegenheitsleistungen in den vier Kreisen der livländischen Matrikel"; nebst Erklärung der ritterschaftlichen Commission, daß in Livland zu den Landesprästanden nur die bisher dahin gerechneten Obliegenheiten gezählt werden dürften und daß alle Anordnungen des Statuts von 1851 über Budgets, Rechnungsablagen, Repartition 2c., Landesprästandencasse 2c. auf Livland keinerlei Anwendung fänden, daß vielmehr die alte Ordnung der getrennten Obliegenheitsverwaltung für Livland, für Oesel und für die Städte aufrechtzuhalten wäre; 2) vom Rigaschen Magistrat ein Project, mit dem Verlangen, daß der größere Theil der bisher nur auf der Stadt Riga lastenden Obliegenheiten in Zukunft gleichmäßig über das ganze Gouvernement umzulegen sei; 3) von den Magistraten von Dorpat und Pernau Meinungsäußerungen des Inhalts, daß zwar alle im Statut von 1851 angesetzten Obliegenheiten, jedoch nach der alten Weise, zu leisten seien. In der zweiten Sitzung ging endlich noch 4) vom öselschen Landraths-Collegium ein Project ein auf derselben Grundlage, wie das vom livländischen Landraths-Collegium, entworfen, mit der doppelten Forderung somit, daß erstens nur die alten Obliegenheiten zu leisten seien; zweitens daß sie zu leisten seien nach der bisherigen Art, getrennt von der Stadt Arensburg und von den vier Kreisen Livlands.

So standen sich die Forderungen und Wünsche der Ritterschaft einerseits, andererseits der Stadt Riga principiell und diametral entgegen.

Der Ausweg aus diesem Gegensatze lag in ihm selbst angedeutet: wollte er sich nicht von innen her, so mußte er sich von außen ausgleichen lassen.

Der Gouvernements-Procureur formulirte die Lösung. Unter dem 23. Juni hatte er seine Meinung in Folgendem abgegeben: Das Statut von 1851 zerfalle in zwei Theile: im erstern werden die Obliegenheiten aufgeführt; im zweiten die Art ihrer Leistung. Der erste Theil gelte auch für Livland; der zweite nicht: vielmehr sei die alte Ordnung strenge beizubehalten. Bei neu anzusetzenden Obliegenheiten werde die Umlage 2c. derselben auf Stadt und Land von der Gouvernements-Regierung abhängen. Heteronom genug als Ausgleichungsmittel für zwei autonome Corporationen!

Die Conferenz suchte den in solchen Meinungsäußerungen enthaltenen Gegensätzen zunächst in einer Reihe deutlicher Fragestellungen zu begegnen:

1) Hat Livland nur die alten oder alle im Statut von 1851 aufgeführten Obliegenheiten zu leisten?
2) Sollen die Leistungen von Stadt und Land getrennt getragen oder gleichmäßig auf Stadt und Land vertheilt werden?
3) Nach welchen Grundsätzen sind die bisher in Livland noch nicht getragenen und künftig etwa aufzulegenden Leistungen auf Stadt einerseits, andererseits aufs Land zu legen?

Die Beantwortung dieser Fragen war der zweiten Sitzung vorbehalten und es wurde entschieden:

ad 1. Alle Obliegenheiten, welche in den Artt. 12 bis 15 und 182 bis 186 des Statuts von 1851 aufgezählt werden, müssen auch von Livland geleistet werden.

Zu besserm Verständniß sei hier bemerkt, daß in den angeführten Artikeln sämmtliche überhaupt aufzubringende Prästanden specificirt stehen.

Der residirende Landrath hatte sich zu dieser Frage schriftlich und zwar, im Einklang mit der Meinungsäußerung des Gouv.-Procureurs, zustimmend erklärt, jedoch „unter der Voraussetzung, daß keinerlei neue Obliegenheiten auf die Ritterschaft gelegt werden könnten, als auf Allerhöchsten Befehl." Gewiß vollkommen correct; denn nur, wenn Steuern und Leistungen durchweg nicht anders, als auf dem Gesetzgebungswege, angeordnet werden dürfen, ist administrativer Willkür und Bedrückung vorgebeugt. Es ist jedoch zu bemerken, daß diese Verwahrung des residirenden Landraths zweischneidig und ebensowol gegen die Stadt Riga gewendet sein konnte, um so mehr, als die Stadt Riga sich rein administrativen Zumuthungen gegenüber mitunter gar zu willfährig erzeigt hatte. Die Stadt Riga blieb die Antwort nicht schuldig, wie sogleich zu ersehen sein wird:

ad 2. Alle auf Erhebung, Repartition, Verwaltung, Rechnungsablegung bezüglichen Bestimmungen des Statuts von 1851 haben auf Livland keine Anwendung, wo vielmehr als Hauptprincip die getrennte Leistung nach Stadt und Land gilt.

Hier nun trat die Stadt Riga mit einer Verwahrung ein. Die Rigaschen Abgeordneten gaben zu Protocoll, die alte Ordnung sei vielmehr durch das Statut von 1851 allerdings außer Kraft gesetzt; überdies erfordere die Ueberlastung der Stadt, wenn sie nicht öconomisch zu Grunde gerichtet werden solle, baldigste Revision der ihr zugewiesenen Obliegenheiten und Erleichterung. So sagte sich die Stadt, welcher von der Ritterschaft jede Gemeinschaft gekündigt war, ihrerseits gewissermaßen von jeder Gemeinschaft mit der Provinz selbst und deren althergekommenen Institutionen los und appellirte, wie nachmals die Hausbesitzer von Reval, an den Schirm und Schutz von neuerfundenen Reichs-Institutionen. Sie mußte es sich dann freilich gefallen lassen, daß die Conferenz, in welcher nur 3 Gewählte der autonomen Corporationen und daneben 10 von der Regierung bestellte Beamte saßen, ihren Antrag als nicht hingehörig zurückwies und es im Uebrigen dem Magistrate freistellte, seine bezüglichen Wünsche in besonderer Eingabe an die höhere Obrigkeit zu bringen.

ad 3. Die Entscheidung, nach welchen Grundsätzen die bisher in Livland noch nicht getragenen und künftig etwa aufzulegenden Leistungen auf Stadt einerseits, andererseits aufs Land zu legen seien, wird für jeden einzelnen Fall vorbehalten, je nachdem die Obliegenheit nur einer Stadt oder dem Lande zu Gute kommt, oder allen Städten 2c.

Die einzige der Conferenz zustehende Entscheidung. Denn, wenn die beiden meistbetheiligten Corporationen über die Principien, nach welchen sie gesondert und doch in höherem Sinne gemeinsam die auf der Provinz lastenden Obliegenheiten zu tragen hätten, unter einander nicht hatten eins werden können oder nicht eins hatten werden wollen, so blieb den vermittelnden Palaten nichts anders übrig, als jede

principielle Ausgleichung außer Frage zu lassen und alle bezüglichen Anordnungen der betreffenden büreaucratischen Instanz zu überlassen. Es wurde somit beschlossen:

> Die Gouvernements-Regierung hat, nachdem sie, wen sich gebührt, gehört, die Anordnung von sich aus, wie schon in einzelnen Fällen bisher geschehen, zu treffen.

Es fragte sich, ob aus solchen Ansätzen etwa ein livländisches System sich zu entwickeln berufen war. Sollte es, wo möglich nur für einmal, oder wo möglich auf immer so gehalten werden, daß, wo sich Ritterschaft und Stadt nicht vereinbaren konnten, die Gouv.-Regierung entschiede? Und war mit dieser höheren Einheit den autonomen Interessen etwa minder Abbruch gethan, als wenn einmal der Ritterschaft und der Stadt neue Obliegenheiten auch ohne „Allerhöchsten Befehl" aufgelegt würden?

Die Antwort auf diese Frage ist zum Theil noch in denselben Acten angedeutet, aus welchen wir die obenstehenden Mittheilungen geschöpft haben, zum größeren Theil der Zukunft vorbehalten. So viel an Belehrung die Vergangenheit uns noch zur Disposition stellt, werden wir ihr abzufragen suchen und in der folgenden Nummer registriren.

**Helsingfors.** Vom Bauerstande ist eine Petition über Verschärfung der Strafen wegen Entheiligung des Sonntags angenommen worden. Außerdem wurden Vorschläge über Förderung des Studiums der finnischen Sprache eingebracht, der finnisch-literärischen Gesellschaft sollte ein jährlicher Zuschuß von 2000 Rbl. bewilligt werden.

**St. Petersburg.** Der Russ. Inv. schreibt: Am 19. Nov. fiel der Cours um mehr als 3 pCt. auf London, mehr als 4 pCt. auf Paris, was in Vergleich zu dem Course bis zum 1. Nov. ein Sinken um 11 pCt. auf London, und um 42 pCt. auf Paris ausmacht. Ursache dieses neuen Sinkens ist, daß die Bank ganz aufgehört hat, Börsen-Wechsel zu trassiren. Bis zum 19. Nov. trassirte sie noch Wechsel in ziemlich bedeutender Menge, wenngleich nur auf beschränktere Summen und zu einem niedrigeren Course, als der frühere. Dieser Cours wurde zur Norm für die Börsen-Rimessen, und so ließ die Bank denselben nicht tiefer fallen, als er nach der ersten Catastrophe (am 1. Nov.) gefallen war. Dies geschah aber sofort, als die Bank aufhörte, überhaupt Wechsel zu trassiren. Wenngleich nun der Cours sehr niedrig ist, so brachte das abermalige Sinken desselben doch nicht den panischen Schrecken hervor, welcher sich der Börse am 1. Nov. bemächtigte, weil das Ereigniß eben nicht unerwartet kam. Seit der freie Austausch des Goldes und Silbers aufgehört, hatte die Bank auch gar keine Gründe mehr, den Wechselcours künstlich aufrecht zu erhalten. Die Sache ist sehr einfach. Wenn der Wechselcours zu niedrig ist, aber noch ein freier Austausch besteht, zieht Jeder es vor, statt der Wechsel zu niedrigem Course baares Geld ins Ausland zu schicken; bei jenen verliert er, wie z. B. jetzt, 11 und 12 pCt., bei diesem nur 2 pCt. In Folge dieser einfachen Berechnung erschien an dem Tage nach dem ersten Sinken der Börsencourse, so zu sagen ein ganzer Wagenzug, welcher Silber aus der Bank holte, da der Austausch desselben noch nicht aufgehört hatte. Bei dem niedrigen Course blieb der Bank nur ein Mittel ihren Wechselfond vor Erschöpfung zu schützen: den Austausch zu sistiren. Und das that sie denn auch. In Folge der durchaus nicht normalen Lage der ausländischen Geldmärkte, in Folge des plötzlichen Fallens unsres Wechselcourses und der Preise unsrer Fonds in Berlin und London, endlich auch in Folge der exceptionellen Lage der Dinge im Innern, welche durch die polnischen Unruhen herbeigeführt worden, konnte die Bank ihren Plan nicht durchführen, konnte sie ihr System nicht zum guten Ende bringen, obgleich sie zeitweise wirklich den Werth unseres Creditrubels wiederhergestellt hatte. So konnte das Zurückziehen der Bank Niemand unerwartet kommen. Außerdem hat wol noch ein Umstand mitgewirkt, daß sich keine größere Unruhe an der Börse zeigte. Es ist nämlich ein niedriger aber normaler Cours Handelsoperationen viel günstiger, als ein verhältnißmäßig höherer, aber schwankender. Der frühere hohe Wechselcurs war mit eine Ursache, daß unser Ausfuhrhandel beinahe ganz ins Stocken gerathen war, weil die ausländischen Käufer es nicht vortheilhaft fanden, bei so hohem Wechselcourse Bestellungen zu machen. Sobald der Cours gefallen war, d. h. nach dem 1. Nov., zeigte sich auch gleich einige Nachfrage nach unsern Waaren; sogar das Getreidegeschäft gab einige Lebenszeichen zu erkennen. Am Tage nach dem zweiten Sinken der Course gingen die Geschäfte mit Talg noch besser. So wird die unmittelbare Folge der letzten Vorgänge an der Börse die sein, daß unser Einfuhrhandel geringer, der Ausfuhrhandel aber stärker wird. Da die Einfuhrartikel meist dem Luxus dienen, so fällt die Hauptlast auf diejenigen, welche diese Artikel nicht entbehren mögen, während die verstärkte Ausfuhr gerade der ackerbautreibenden Bevölkerung zu Gute kommen muß. Somit scheint denn wol keine Ursache zu weiteren Befürchtungen vorhanden zu sein.

Der Морск. Сборникъ berichtet aus **Nikolajew**, daß sechs Corvetten unter dem Commando des Contre-Admirals Duhamel an der Nord- und Westküste des schwarzen Meeres kreuzen sollten, um Landungsversuche von Abentheurern zu verhindern.

**Warschau.** Die Ueberreste der Banden des Mazkiewicz und Schulz wurden am 14. d. Mts. im Powätmoschen Walde (Gouv. Kowno) in der Nähe des Gutes Keidani vollständig geschlagen. Die Insurgenten verloren an Todten und Verwundeten 40 Mann, unter den ersteren auch Schulz; gefangen wurden 6 Mann und verschiedene Waffen erbeutet. Die zerstreuten Ueberreste der Bande werden von unseren Truppen verfolgt.

---

# Ausländischer Theil.

## Deutschland.

**Berlin**, 2. Dec. / 20. Nov. Die Kammerdebatte beweist, daß die große Majorität der Landesvertretung die Größe und Ehre Deutschlands über den innern Conflict stellt. Waldeck und sein Anhang, der neuerdings auch durch Lassalle unterstützt wird, sind in großer Minorität. Durch die Annahme des Virchowschen Antrags ist die Geldbewilligungsfrage freilich noch nicht entschieden. Einstweilen aber fordert die Regierung nur Geld für die Execution, und dieß wird ihr nicht versagt werden. Für die Augustenburger Erbfolge werden selbst einem Ministerium Bismarck die Geldmittel voraussichtlich bewilligt werden, wenn dasselbe zur Durchführung dieser Erbfolge sich verpflichtet. Davon aber ist es noch weit entfernt. Die gestrigen Erklärungen des Ministeriums waren sehr ungenügend: lossagen mußte sich dasselbe vom Londoner Protocoll. Inzwischen ist für die Augustenburger Erbfolge bei der preußischen Regierung noch nichts verloren: sie hat dieselbe nicht ausgeschlossen. Immerhin ist die Execution, wenn die Anerkennung Christians IX. durch dieselbe ausdrücklich ausgeschlossen wird, ein erster Schritt, dem auch seitens der preußischen Regierung andere folgen müssen.

**Köln**, 5. Dec. / 23. Nov. Der heftige Sturm hier und in der Umgegend, gestaltete sich zu einer Art Windhose, welche Wagen auf der Chaussee umwarf, ganze Dächer entführte und andere beschädigte, Fenster und selbst Giebelwände eindrückte und ein Haus total zerstörte. Großen Schaden hat der Sturm an der über den Rheincanal führenden Berg.-Märk. Eisenbahnbrücke angerichtet. Im Laufe der Nacht steigerte sich die Gewalt desselben in dem Grade, daß der sogenannte „König", welcher den Schwerpunct der Brücke bildet, beschädigt und die Fundamentsteine arg zugerichtet wurden. Die Achse ist gebrochen und in den Canal gefallen. In Folge dieser Beschädigung hat sich das eine schwere Ende der Brücke gesenkt, während das andere 40 bis 50 Fuß emporgehoben ist. — Im Dom wird eine optische Einrichtung bezweckt, daß der nach Verlegung der Orgel sich jetzt an der Nordseite der Kirche befindende Organist den im Osten vor dem Altare stehenden Priester deutlich sehen kann. Dies soll in ungemein sinnreicher Art durch eine einmalige Spiegel-Reflexion und eine zweite totale Reflexion mittelst einer vor einem vergrößernden Fernrohre angebrachten Glas-Prisma erreicht werden.

**Stettin**, 6. Dec./24. Nov. Ein Privatbrief aus Stettin bedauert das plötzliche und starke Sinken der russischen Valuta und constatirt, daß nicht die geringste Aussicht zu einer Besserung der Course in nächster Zeit vorläge. Leider habe man in der Berliner und Stettiner Finanzwelt allgemein die Ueberzeugung, daß vielmehr ein weiteres Zurückgehen vorauszusetzen ist.

**Leipzig**, 6. Dec./24. Nov. Außer von Oesterreich und Preußen ist das Londoner Protocoll von 1852 bekanntlich auch von Sachsen, Hannover, Würtemberg und Oldenburg anerkannt. Der jetzige Großherzog von Oldenburg hat die von seinem Vater vollzogene Anerkennung zurückgenommen, weil Dänemark die vertragsmäßigen Bestimmungen nicht erfüllt habe. Von dänischer Seite werden jetzt die betreffenden Anerkennungsurkunden veröffentlicht. Die sächsische Anerkennung ist von Hrn. v. Beust vollzogen; in seiner Erklärung vom 9. Dec. 1852 in Betreff des Londoner Protocolls sagt er wörtlich, daß Sachsen seine Zustimmung zu dem Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 gebe, als einer Maßregel welche zur Erhaltung der „Integrität der dänischen Monarchie" dienen solle. In besonders hochtönenden Phrasen ist die hannoverische Zutrittserklärung abgefaßt. Der König von Hannover giebt dieselbe ab um mit „wahrhafter Genugthuung" zu Sicherung — des europäischen Gleichgewichts beizutragen und nicht fern zu bleiben — dem Willen Europa's! Würtemberg beschränkt sich darauf zu erklären daß es keine Einwendungen gegen den Vertrag zu machen habe.

**Bremen**, 5. Dec./23. Nov. Die hiesige Handels-Zeitung setzt in einem ausführlichen Artikel auseinander, daß die dänische Flotte nicht mehr so viel Unheil wie 1848 stiften und namentlich die Blokade jetzt nicht durchführen kann, sondern sich nur auf Caperei verlegen muß. Sie kommt zu dem Resultat, daß die Dänen gezwungen sein werden, ihre sämmtlichen schweren Schiffe vor Danzig zu legen, um nicht in einen zweifelhaften Kampf um die Herrschaft auf der Ostsee verwickelt zu werden, dessen ungünstiger Ausfall für sie den Untergang bringen könnte. Ihre wenigen Kanonenboote werden die Dänen gebrauchen, um die Operationen ihrer Landarmee zu unterstützen und besonders den schwachen Punct ihrer Aufstellung in Schleswig, die Untereider und den daran grenzenden Theil der schleswig'schen Westküste, etwa von Tönning bis Husum hinauf, zu schützen, wozu auch unserer Ansicht nach der „Rolf Krake" verwandt werden dürfte. Zur Blokade der ganzen Küste von Memel und Pillau einerseits bis Danzig, und von Danzig andererseits über Swinemünde, Kolberg, Stralsund, Wismar, Rostock bis Lübeck und Kiel, ferner der ganzen Nordsee, bleibt den Dänen dann nichts als die 3—4 halbinvaliden Raddampfer. Wird die Uebermacht Preußens an Schraubenkanonenböten richtig benutzt, d. h. zum energischen und immer wiederholten Angriff aller Schiffe, die sich der Küste nähern, so liegt es schon jetzt gar nicht mehr in der Möglichkeit für die Dänen, Küsten und Häfen zu blockiren. Weil aber dieses Resultat vorliegt, darum kommen wir zu der Meinung, daß diesesmal, falls es zum Kriege kommen sollte, das Hauptgewicht nicht mehr auf die Blokade, sondern auf die Caperei gelegt werden wird. Die zur Verfolgung der preußischen capernden Kreuzer ausgesandten dänischen werden ihrerseits alles

von deutschen Schiffen aufschnappen, was ihnen unterwegs vorkommt; einige kleinere ältere Schiffe, die wir hier außer Berechnung gelassen haben, weil sie zum Kampf unbrauchbar sind, wie die beiden dänischen Segelbriggs, vielleicht auch die königliche Dampfjacht, werden gegen Handelsschiffe noch verwandt werden können, und auch durch temporär gemiethete und ausgerüstete Handelsdampfer wird man unseren wehrlosen Kauffahrteifahrern erheblichen Schaden zufügen können. Die Blokade dagegen wird zwar auf dem Papier erklärt, in Wirklichkeit aber nur höchst mangelhaft durchgeführt werden, so daß wenigstens die Dampfschifffahrt kaum eine Störung erfahren dürfte.

**Wien**, 6. Dec. / 24. Nov. Die finanziellen Verhältnisse machen der Regierung große Sorgen. Die Unsicherheit in den Geschäften aller Börsen Europa's muß den Finanz-Minister, welcher mit der Ausführung des Gesetzes vom 17. Nov. betraut ist, bestimmen, einen deutlich nicht sehr entfernten geeigneteren Zeitpunct für die Realisirung eines Anlehens abzuwarten und inzwischen solche Einleitungen zu treffen, welche die Bedeckung der Erfordernisse der laufenden Gebahrung der am 1. Nov. bereits eingetretenen Finanzperiode im In- und Auslande sicher stellen. Insbesondere war für die an die Nationalbank am 31. Dec. zu leistende Rückzahlung Sorge zu tragen. Es sind nunmehr Vorkehrungen getroffen, welche diese Bedingungen zu erfüllen, dafür auch der Besorgniß zu begegnen geeignet sind, die während der letzten Wochen in einer Verschlimmerung des Standes der Landeswährung ihren Ausdruck fanden. In letzterer Beziehung ist zu bemerken, daß sowol der Staat als auch die Nationalbank selbst bisher für die Erfüllung der Bestimmungen des Gesetzes vom 27. Dec. 1862, welches die vollkommene Zahlungsfähigkeit der Bank mit Ende des Jahres 1866 bezweckt, mehr geleistet haben, als von dem Gesetze gefordert war, und daß die kaiserliche Regierung auch ferner trachten wird, die Erfüllung dieses Gesetzes möglichst zu anticipiren. Als dasselbe die Allerhöchste Sanction erhielt, war die Gesammtschuld des Staates an die Nationalbank 221¾ Mill., oder nach Abzug der nicht rückzuzahlenden 80 Mill. 141¾ Mill. Heute beträgt diese Schuld nach Abzug der ratenweise für Staatsgüter zu bezahlenden Kaufschillinge noch 114 Mill.; sie wird nach Abtragung der am 31. Dec. 1863 fälligen 9 Mill. sich auf 105 Mill. vermindern. Die zu realisirenden eigenen Effecten der Nationalbank betrugen am 31. Dec. 1862 24¾ Mill., am 1. d. M. nur noch 14¼ Mill. Der Banknoten-Umlauf aber ist heute 400 Mill. gegen 427 Mill. am 31. Dec. 1862, und der Metallschatz beträgt dermalen 111 Mill. gegen 106 Mill.

**Krakau**, 4. Dec. / 22. Nov. Auf Antrag des Staatsanwalts hat das Landesgericht gestern den Czas auf drei Monate suspendirt, die Suspension durch zwei frühere Verurtheilungen wegen der die polnische Insurrection betreffenden Artikel des Czas begründend. Durch einen Erlaß des k. k. Statthalters werden diejenigen Personen die den Aufstand in Polen unterstützen, was trotz des Verbots vielfach geschehen sei, mit Geldstrafen bedroht. Ferner sollen Alle denen der Besitz von Waffen nicht ausdrücklich von der Regierung gestattet ist, solche bis zum 15. Dec. einliefern. Zuwider Handelnde werden mit Geldstrafen belegt.

## Schweden und Norwegen.

**Stockholm**, 29. / 17. Nov. Die schwedische Regierung hat ihre Ansicht über die holsteinische Frage in einer Depesche an ihre Gesandten bei den Großmächten ausgesprochen; es heißt darin nach einigen Bemerkungen über den „Prätendenten" Augustenburg: Alle diese Kundgebungen sind eben so viele Eingriffe in die Londoner Convention vom 8. Mai 1852, welche zu dem Zwecke geschlossen worden, die Erbfolge-Ordnung im Königreich Dänemark zu sichern und die Integrität und Unabhängigkeit dieses Königreiches als für die Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts Europa's nothwendig zu wahren. Die Integrität der dänischen Monarchie ist durch den Versuch schwer bedroht, ihr das Herzogthum Holstein zu entreißen, das eine der schönsten Zierden dieser Krone bildet. Einen nicht weniger gefährdenden Eingriff erleidet die Unabhängigkeit dieser Monarchie durch den Anspruch der deutschen Fürsten, über das Schicksal des Herzogthums Schleswig entscheiden zu wollen, das jemals weder zum römischen Reiche, noch zum deutschen Bunde gehört hat. Es handelt sich nicht mehr um eine Bundes-Execution in einer der zu diesem Staatenkörper gehörigen Provinzen, sondern um Maßregeln zur Wegnahme der Herzogthümer Schleswig und Holstein von der dänischen Krone zu Gunsten eines apanagirten deutschen Fürsten. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Frage vor den deutschen Bundestag kommen wird, der wol verleitet werden könnte, sich das Recht selbsteigener Entschließung über das Schicksal eines nichtdeutschen Landes beizulegen. Unter diesen Umständen hält die Regierung des Königs, als Mitunterzeichnerin der Londoner Convention, sich für ermächtigt, die Mächte, welche jenen Vertrag unterzeichnet, um Auskunft darüber anzugehen, was sie in dieser Sache zu thun gedenken. Nicht, als könnte sie auch nur einen Augenblick dem Gedanken Raum geben, daß auch nur eine der Mächte den Plan hegen könne, von so feierlich übernommenen Verpflichtungen abzuspringen; aber sie hält es für keineswegs unnütz, daß die Signatär-Mächte sich über den einzuschlagenden Weg und über die zu ergreifenden Maßregeln verständigen, um die Beraubung eines Fürsten zu verhindern, dessen Rechte von ihnen anerkannt worden sind, und um die Gefahr zu beseitigen, welche das Gleichgewicht der europäischen Politik bedroht.

## Großbritannien.

**London**, 6. Dec. / 24. Nov. Um die Neigung der englischen Regierung zu Dänemark zu erklären, kann man dreist behaupten, daß kleine persönliche Rücksichten, Intriguen und Zufälligkeiten mindestens ebenso wichtige und folgenschwere Factoren der Geschichte sind, als große Interessen und Ideen. Die ganze englische Schilderhebung für den dänischen Gesammtstaat, das Londoner Protocoll von 1852, die Protection der Glücksburger mit ihren den Weltfrieden erschütternden Folgen, die Verpflanzung der „dänischen Rose" auf englischen Boden, die Beglückung der wiedergebornen Hellenen mit einem Zweig aus demselben Rosengarten, die ritterlichen Gefühle und zarten Herzensregungen zu Gunsten der Prinzessin von Wales und des Wohlbefindens ihrer Sippschaft — alles das ist das täglich an Bedeutung wachsende Resultat einer kleinen persönlichen Intrigue, und war in seinen Anfängen nichts anderes, als ein Nothbehelf, zu dem ein einzelner Mann, Lord Palmerston, vor beiläufig 15 Jahren griff, um für die augenblicklichen Verlegenheiten und Verstimmungen seines Ehrgeizes Genugthuung und Ausdruck zu finden. Dem großen Staatsmann ward der deutsche Einfluß des Prinzgemahls damals zu übermächtig. Die Königin Victoria war für Deutschlands Sieg in Schleswig-Holstein gestimmt und deshalb trat Palmerston auf die Seite Dänemark, und ließ dies siegreich aus dem diplomatischen Kampfe hervorgehen um dem Prinzen Albert deutlich zu machen, daß die Macht immer bei der einheimischen Hofpartei sei und bleiben werde. — Die letzten Nachrichten aus Indien lauten, die von dem muthmaßlichen Tode Lord Elgin's abgerechnet, sehr günstig. Die Einkünfte stehen in einer noch nicht dagewesenen Blüthe. So erhielt Bombay von England aus an Baumwolle allein während des am letzten April abgelaufenen Jahres über 16.000.000 Pfd. St. mehr, als im vorhergehenden Jahre, und zwar kamen mehr als 14.000.000 dieses ungeheuren Ueberschusses in Metallgestalt an. Ja, man rechnet, daß in den letzten 30 Jahren Edelmetalle zum Betrage von 200.000.000 Pfd. St. nach Indien geströmt und von Indien verschlungen worden sind. Und doch scheinen das erst die Anfänge einer weit großartigeren Entwicklung zu sein. „Unser Handelsverkehr", schreibt der Times-Correspondent aus Calcutta, „hat bis zum letzten Jahre nicht einmal die mittleren Volksschichten berührt und das Landvolk hat kaum begonnen, sich seines Gewinnstes bewußt zu werden." „Wie wird es daher erst werden", ruft die Times aus, „wenn alle die zahllosen Millionen jenes gewaltigen Landes ernstlich für uns zu arbeiten, zu säen und zu ernten, uns eine Ladung von Baumwolle und Thee nach der anderen zu senden und uns alle Erzeugnisse des Orients, die wir brauchen, gegen australisches Gold umzutauschen anfangen?" Eine große Erleichterung des Verkehrs wird durch die in ein paar Monaten erwartete Vollendung der Eisenbahn von Calcutta nach Delhi, es ist dies eine Strecke von reichlich 900 englischen Meilen, herbeigeführt werden.

## Frankreich.

**Paris**, 4. Dec. / 22. Nov. Für die erregte öffentliche Meinung der Stadt Paris ist die Broschüre „Napoleon III. und der Congreß" sicher kein Beruhigungsmittel. Die Broschüre ist in einem Styl geschrieben, der dem L. Napoleon außerordentlich ähnelt. Wäre sie von ihm selbst inspirirt oder überarbeitet, so wäre sie ein Manifest an Europa, von ungeheurer Bedeutung, denn ihre Conclusion ist: der Congreß oder der Krieg im Frühjahr. Nach den früheren Vorgängen zu urtheilen, ist die Grundidee der Broschüre den Tuilerien entsprungen, aber sie werden sich nicht dazu bekennen; es ist ein ballon d'essai, den man verläugnet, wenn die öffentliche Meinung die Schlußfolgerung nicht adoptirt, und der zur Zeit jedenfalls den großen Vortheil bietet die öffentliche Meinung in etwas von den innern Fragen abzuziehen. — Es ist nicht zu verkennen, daß die Franzosen selbst zu empfinden scheinen, daß L. Napoleon mit der Aufstellung des neuen europäischen Rechts und der organisirten Revolution in Europa eine Lage geschaffen hat, welche kaum eine friedliche Beseitigung der Spannungen zuläßt, und die Börse scheint schon jetzt fest überzeugt zu sein, daß ein Krieg unvermeidlich ist. Das Anlehen wird darüber entscheiden, denn bei der Lage des Geldmarkts, den vielen noch auf Jahre hinaus Nachzahlung verlangenden industriellen Unternehmungen, kann L. Napoleon in der nächsten Zeit nur ein Anlehen machen. Mehrere kleinere würden den Markt mehr beunruhigen als ein großes. Das zweite Kaiserreich hat erklärt, daß es kein anderes Mittel gebe, die drohenden Spannungen zu beschwören, als einen Congreß, und England hat darauf geantwortet, daß dieses Mittel nichts tauge. — Der zu Tag getretene Gegensatz zwischen den beiden Westmächten ist grell, aber jedenfalls kommt er den Mächten vom alten europäischen Recht zu statten. Wenn England auch nicht den Ausbruch des Krieges verhindern kann, so bedingt doch seine Haltung die Wahrscheinlichkeit desselben. Die France spricht dies offen aus, aber zieht daraus falsche Folgerungen. Die Haltung der abhängigen Presse läßt vermuthen, daß man in den Tuilerien jede Hoffnung wieder mit England sich auf einen leidlichen Fuß zu stellen verloren hat. Die Polemik wird alle Tage schärfer, und ist nicht bloß gegen die Regierung, sondern gegen die ganze englische Presse und England selbst gerichtet. — Eine Depesche aus Suez vom 28. d. meldet, daß ein neuer Vertrag zwischen Madagaskar und Frankreich entworfen ist und die Hauptbestimmungen desselben folgende sind: Die Sclaven-Ausfuhr ist verboten; der Tankin (die gerichtliche Giftprobe) ist abgeschafft; das Volk hat Gewissensfreiheit; ein französischer Consul hat auf Madagaskar seinen Sitz; der Handel ist frei; Kriegsschiffe dürfen im Kriegshafen vor Anker gehen; die Zölle werden wieder eingeführt; die Königin kann Gesetze erlassen. — Ueber das angebliche Wiederaufleben des Königs Radama II. von Madagaskar bringt die Correspondance Havas-Bullier noch folgendes Nähere: „Die Mörder, welche den König zu erdrosseln hatten, ge-

wahrten mit Schaudern, daß bei dieser Operation das Blut aus den Nüstern des unglücklichen Monarchen hervordrang, und entflohen in aller Eile. Nach Madagassischen Begriffen darf nämlich unter keiner Bedingung das königliche Blut vergossen werden. Dies geschah um die Mittagszeit; gegen Abend erst erschienen Diener, um die Leiche nach der königlichen Begräbnißstätte zu schaffen. Sie legten ihn in einen Palankin, und durch die Bewegung kam Radama wieder zu sich. Die Diener, welche große Anhänglichkeit für seine Person hatten, riefen ihn vollends ins Leben zurück und brachten ihn insgeheim in ein benachbartes Dorf, wo er die nöthige Pflege fand. Die Kunde dieses wichtigen Ereignisses wäre Hrn. Lambert von einem dieser treuen Diener überbracht worden. Wir geben diese Nachrichten gerade so wieder, wie sie uns zugehen." — Proudhon hat wieder eine neue Broschüre veröffentlicht: Les traités de 1815 ont-ils cessé d'exister? Der gefürchtete Vernichter des Eigenthums und der Familie von 1848 weist durch 32 Gründe nach, daß die Verträge von 1815 immer noch dastehen. Er giebt deshalb als Gegenstand des neuen Congresses nur eine Revision, und eine für Herrscher und Völker gleich unzweideutige Redaction der alten Verträge an. Insbesondere soll dem Kaiser von Rußland mitgetheilt werden, daß der Congreß durch die von ihm ertheilten Erklärungen zufriedengestellt ist und von seiner Umsicht die Pacification Polens erwartet: diese soll dadurch gekrönt werden, daß der Kaiser den poln. Bauern wie den russ. Grundbesitz giebt, die Herrengüter auf ein Maximum von 10 Hectaren heruntersetzt, und dem nunmehr verschmolzenen Polen und Rußland eine auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhende Repräsentativ-Verfassung bewilligt. Proudhon spricht sich bei dieser Gelegenheit nochmals sehr heftig gegen die polnischen Bestrebungen aus. Die Rheingelüste verurtheilt er entschieden und räth den Franzosen, die innere Freiheit auszubauen.

## Italien.

**Rom**, 28./16. Nov. Die große Krisis in unserm Vaterland, als dessen Lombardei oder Venedig auch hier Schleswig-Holstein bezeichnet wird, verschlingt in Rom gegenwärtig alles andere Interesse, und setzt alle bisherigen Fragen von ihrem Range herab. Mit ungeduldiger Spannung sehen wir allabendlich den telegraphischen Depeschen entgegen, welche uns verkünden sollen, daß Deutschland endlich sich entschlossen hat, eine Macht zu sein, und durch sich der Weltgeschichte einen neuen Zug zu geben. Man fühlt heute hier, daß das Schicksal der Länder an der Tiber und Vineta durch die Ereignisse an der Eider kann mit entschieden werden. — Rom ist davon erfüllt, daß der General Montebello mit gesteigerter Vollmacht hierher zurückgekehrt sei; Napoleon wollte kein römisches Kriegsministerium mehr dulden; die päpstliche Armee müsse fortan unter den Befehlen des Commandanten der französischen Occupation stehen. Trotz der Entschiedenheit, womit dies hier behauptet wird bezweifeln wir die Wahrheit dieses Gerüchts. Die päpstliche Armee und Polizei ist heute der wesentlichste Ausdruck der Souveränetät des Papstes, und man ist darauf zu eifersüchtig, als daß man sich dessen entäußern sollte.

## Griechenland.

**Athen**, 28./16. Nov. Gestern langte ein Telegramm von Herrn Trikupis aus London hier an, welches meldete, daß die fünf Großmächte das Protocoll wegen Abtretung der jonischen Inseln unterzeichnet hätten; das Ergebniß der Londoner Conferenz wegen der Befestigungen war noch nicht bekannt; hier hofft man jedoch, die jonischen Inseln in ihrem jetzigen Zustand zu erhalten und nicht der schönen Befestigungen beraubt, für welche so viele Millionen verausgabt worden sind, und zwar nicht allein von den Engländern, sondern auch von den Franzosen und früher noch von den Venetianern. Obiges Telegramm wurde vom Minister des Aeußern in der National-Versammlung vorgelesen. — Am verflossenen Sonnabend machte der Advokat und Professor Saripolos der National-Versammlung den Vorschlag, das berüchtigte Decret aufzuheben, welches das Ministerium Miaulis zu einem zehnjährigen politischen Tode verurtheilt. Dieser Vorschlag verursachte eine Aufregung sondergleichen, und Saripolos ward unter tobendem Lärm und Schreien genöthigt, die Rednerbühne zu verlassen. Zwei Tage darauf begab sich eine Deputation der National-Versammlung, den Präsidenten an der Spitze, zum Könige, um demselben über das Ableben des dänischen Königs ihr Beileid zu bezeigen. Bei dieser Gelegenheit drückte der König nun ebenfalls den Wunsch aus, das Decret, welches das Ministerium Miaulis verurtheilt, annullirt zu sehen, indem dasselbe in ganz Europa gemißbilligt würde. Man ist jetzt gespannt, welchen Einfluß dieser Wunsch auf die Constituante üben werde. Der Prinz Johann, Onkel unseres Königs, wird aus Dänemark erwartet.

## Neuere Nachrichten.

**Warschau.** Am 21. d. Mts. vernichteten die Abtheilungen des Stabs-Capitäns Dmitriew und des Lieutenants Titkow bei dem Dorfe Zlanschniza im Leutschinschen Kreise zwei aus 150 Mann bestehende Banden von Hänge-Gensdarmen.

**München**, 4. Dec./22. Nov. Der Großfürst und die Frau Großfürstin Constantin von Rußland sind gestern Abends von Wien hier angekommen und in der königlichen Residenz abgestiegen. Die hohen Herrschaften werden in einigen Tagen nach Baden-Baden weiter reisen.

**Hamburg**, 8. Dec./26. Nov. Man versichert, daß König Christian auch das Wahlgesetz vom 28. Nov. bestätigt hat. — Dagbladet versichert, das Verlangen Moltke's, die neue Verfassung für provisorisch zu erklären, sei vom König zurückgewiesen.

**Varel a. d. Jahde**, 4. Dec./22. Nov. In Heppens ist der äußere Damm bei der heftigen Sturmfluth durchbrochen und der ganze Hafenbauplatz steht unter Wasser, selbst die Traßfabrik und Schmiede stehen bis unter dem Dache im Wasser; der verursachte Schaden ist unendlich groß. Hier in Varel sind die Schornsteine der Actien-Gesellschaft für Baumwollspinnerei, so wie für Eisen- und Maschinenbau umgeweht, auch ein Theil der Stadtkirche ist abgedeckt, doch der Deich und die hiesige Hafenschleuse vor Durchbruch gerettet. In diesem Augenblick steht das Wasser noch 20 Fuß, und sehr bewegt; Schiffstrümmer sind bis jetzt noch nicht gesehen.

**Stockholm**, 8. Dec./26. Nov. Die Session der schwedischen Stände ist soeben geschlossen. Es heißt in dem königlichen Landtagsabschiede: „Unsere Interessen sind noch nicht direct bedroht, aber sie sind solidarisch mit der Erhaltung des Friedens und des europäischen Völkerrechts verknüpft, und wir müssen einen um so lebhafteren Antheil an den Besorgnissen nehmen, welche die Gefahren einflößen, die den König von Dänemark und sein Volk umgeben."

**Altona**, 4. Dec./22. Nov. Der Flecken Neumünster soll in Vertheidigungszustand gesetzt und das ganze Terrain bis ostwärts nach Segeberg mit Schanzen nach Süden hin versehen werden. Allerdings dürften die für die Ostgegend Neumünsters projectirten Fortificationen erst in späterer Zeit angelegt werden, allein mit der Aufführung einer bedeutenden Schanze in der unmittelbaren Nähe des Neumünsterschen Bahnhofes soll bereits der Anfang gemacht worden sein. Die erforderlichen dänischen Ingenieure langten mit den Arbeitsgeräthen gestern aus dem Schleswigschen in Neumünster an.

**Paris**, 4. Dec./22. Nov. In der gestrigen Sitzung der Legislative ist dieselbe mit den Wahlprüfungen fertig geworden. Das Mandat Piré's vom Ille- und Villaine-Departement wurde für gültig, das Boitelle's aber vom Nord-Departement für ungültig erklärt. Es sind so im Ganzen neun Mandate annullirt worden und für drei bereits die Nachwahlen anberaumt. Am nächsten Dienstag werden die Mitglieder zur Adreß-Commission ernannt; es heißt, der Regierung werde es keineswegs unlieb sein, wenn Herr Thiers mitgewählt würde.

**Paris**, 8. Dec./26. Nov. Der Entwurf der Antwortsadresse auf die Thronrede wurde dem Senat von der Redactions-Commission vorgelegt. Er giebt der Idee eines europäischen Congresses Beifall. Er sagt: „England hat den Congreß zurückgewiesen, aber die andern Mächte können nur dabei gewinnen, daß die Lage der Dinge geprüft werde, ehe sie drohender wird. Die Völker werden dabei gewinnen, was sich auch ereignen möge. Das Land wird Ew. Majestät nicht widersprechen, wenn Sie jedem seine Verantwortlichkeit zugewiesen haben und wenn Sie, indem Sie von Ihrer Weisheit Kunde geben, zu Europa sagten: Ich spreche im Namen Frankreichs." Der „Moniteur universel" veröffentlicht die Antworten auf den Brief des Kaisers Napoleon III. von Seiten des Kaisers von Rußland und der Könige von Würtemberg und Sachsen.

**London**. 8. Dec./26. Nov. Nachrichten aus New-York vom 18. Nov. melden, daß General Bragg vollständig geschlagen und gegen Dalton auf dem Rückzuge befindlich ist; seine Armee ist demoralisirt und die Bundestruppen verfolgen sie. — General Meade ist über den Rapidan gegangen, ohne auf Widerstand zu stoßen.

**Bucharest**, 7. Dec./25. Nov. Die Regierung hat der Kammer die Forderung eines außerordentlichen Credits von beinahe zehn Millionen Piaster zum Ankauf von Waffen und Kriegsmunition vorgelegt.

## Telegramme des Dorpater Tagesblattes.

**Berlin**, 12. Dec./30. Nov. Der Herzog von Schleswig-Holstein Friedrich VIII. hat eine Proclamation erlassen, in welcher er sein Volk zur Selbstvertheidigung aufruft und gestützt auf des deutschen Bundes freundliche Hülfe, die Neubildung der schleswig-holsteinischen Armee verheißt.

In **Stuttgart** und **Dresden** haben die Kammern der Abgeordneten beschlossen, das Recht des Herzogs Friedrich VIII. sei anzuerkennen, zugleich haben sie auf eine Besetzung der Gesammtherzogthümer angetragen.

Der Einmarsch der Bundestruppen in Holstein wird am 20./8. December erfolgen.

## Drei Briefe von Felix Mendelssohn Bartholdy.

(Aus der Ausgabe seiner Briefe. 2. Band. Leipzig 1864.)

Soden, 25. Juli 1844.

### An Fanny Hensel in Berlin.

Wenn Du nicht nach 14 Tagen nach Soden kommen, und mit mir die unglaubliche Behaglichkeit dieses Landes und dieses Aufenthalts genießen kannst, so helfen alle Beschreibungen zu nichts. Und ich weiß ja leider, daß Du nicht kommst. Darum beschreibe ich aber auch wenig. Die Meinigen erholen sich mit jedem Tage mehr und mehr, und ich liege unter Apfelbäumen und großen Eichen; in letzterem Falle bitte ich den Schweinehirten, daß er seine Thiere unter einen andern Baum treibt, um mich nicht zu stören (gestern vorgefallen!); ferner esse ich Erdbeeren zum Caffee, zum Mittag und zum Abend, trinke Asmannshäuser Brunnen, stehe um 6 Uhr auf, und schlafe doch neuntehalb Stunden (wann gehe ich da zu Bette, Fanny?), besuche alle wunderschönen Umgegenden, treffe auf dem romantischsten

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zu Nr. 278 des Dorpater Tagesblattes.

Punct Herrn B. (gestern vorgefallen!) der mir neue und gute Nachrichten von Euch Allen giebt, und mich Generalmusikdirector nennt, was mir hier so fremd klingt, wie Dir Oberursel und Lorschbach und Schneidheim; ferner besuchen mich Lenau und Hoffmann von Fallersleben und Freiligrath gegen Abend und ich bringe sie ¼ Stunde weit über's Feld nach Haus, und wir finden Fehler in der Weltordnung, prophezeien Wetter voraus, und wissen nicht, was England in der Zukunft anfangen soll; ferner zeichne ich fleißig, und componire noch fleißiger. (à propos, suche mir doch das Orgelstück in A dur heraus, was ich für Deine Hochzeit machte, und in Wales aufschrieb, und schicke mir's gleich umgehend her; Du kriegst es wahrhaftig wieder, ich brauche es aber. Nämlich ich habe einem englischen Verleger ein ganzes Buch voll Orgelstücke versprochen, und wie ich eins nach dem andern aufschreibe, fällt mir plötzlich jenes alte wieder ein, und ich liebe den Anfang, hasse aber die Mitte, und schreibe es ganz von Neuem mit einer andern Choralfuge, aber nun möchte ich es mit der alten vergleichen, also bitte schick' sie her!) Ferner muß ich leider morgen nach Zweibrücken, [zur Direction des Musikfestes daselbst] und es ist mir gar nicht danach zu Muth; indeß giebt es in Dürkheim sehr guten Wein (wie mir glaubwürdige Zeugen versichern) und die Gegend soll sehr schön sein, und morgen über 8 Tage, so Gott will, bin ich wieder da. Alsdann lege ich mich wieder unter die Aepfelbäume, u. s. w. u. s. w. dal Segno! Ach wenn es doch immer so blieb'!

Ohne Spaß, der Contrast von diesen Tagen mit den englischen ist so merkwürdig, daß ich ihn mein Lebelang nicht vergessen werde. Dort 3 Wochen voraus nicht eine Stunde unbesetzt, und hier die ganzen heiteren Tage ganz frei, ohne irgend eine Beschäftigung, als die ich mir selbst mache (und das ist doch allein die fruchtbare, wohlthätige) und was nicht heute geschieht, geschieht morgen, und zu Allem ist Zeit. In England war es übrigens diesmal wundervoll, — aber mündlich beschreibe ich Dir jedes dortige Concert, und jeden hiesigen Brombeerenstrauch.

Nun aber was machst Du, und Er und Ihr! es kommt die Zeit heran, wo es wohlgethan wäre, wenn mir Sebastian [Sohn seiner Schwester Fanny] auch einmal einen Brief schriebe. Lies ihm diese Zeile seines Onkels vor (keine andere aus dem Brief; er muß denken, es stände etwas darin) und laß ihn wirklich schreiben. Aber ich bedinge mir aus, daß niemand von Euch seinen Brief lesen darf; sonst genirt er sich, und will schön schreiben, oder macht sich gar ein Concept.

Lebe wohl, liebe Schwester, auf Wiedersehn! Vergiß das Orgelstück nicht, aber noch weniger dessen Autor; vergiß hingegen daß der Brief so dumm ist, und daß ich ein fauler Correspondent bin.

Dein

Felix.

---

## An Doctorin Frege in Leipzig.

London, 31. August 1846.

Liebe Frau Doctorin!

Sie haben mir für meinen Elias immer so viel freundliche Theilnahme bewiesen, daß ich's ordentlich für eine Verpflichtung halte, Ihnen nach der Aufführung zu schreiben, und einen Bericht darüber abzustatten. Wenn der Sie nun langweilt, so sind Sie selbst Schuld daran; warum ließen Sie mich mit der Partitur unter dem Arm zu Ihnen kommen, und Ihnen die halb fertigen Stücke vorspielen, und warum sangen Sie mir so viel daraus vom Blatt vor. Eigentlich hätten Sie deshalb auch die Verpflichtung gehabt, mit nach Birmingham zu reisen, denn man soll den Leuten den Mund nicht wässrig machen, und ihnen nicht ihren Zustand verleiden, wenn man ihnen nicht helfen kann, und gerade der Zustand in dem ich die Sopran-Solo-Partie hier fand, war der allerkläglichste und sehr hülflos. —

Doch gab es zum Ersatz so viel Gutes, daß ich im Ganzen einen recht schönen Eindruck mit zurückbringe, und daß ich oft dachte, auch Sie würden Freude daran gehabt haben. —

Der Klang des Orchesters und der ungeheuren Orgel, verbunden mit den starken Chören, die mit aufrichtiger Begeisterung sangen, der gewaltige Wiederhall in dem wunderschönen Riesensaale, ein vortrefflicher englischer Tenorsänger, — Staudigl, der sich alle Mühe gab, und dessen Talente und Tugenden Sie ja wol kennen, außerdem noch ein Paar recht gute zweite Sopran- und Alt-Solo's, — das alles nun mit besonderem Zug, und großer Frische und Lust Musik machend, und neben der größten Stärke auch die schönsten Piano's herausbringend, die ich noch je von solchen Massen gehört habe, dazu ein empfängliches, freundliches, mäuschenstilles oder jubelndes Publicum, das ist wol des Guten genug für eine erste Aufführung. — Auch habe ich eine solche in meinem Leben nicht besser, ja noch nicht so gut gehört, und ich zweifle fast, ob ich je dergleichen wieder werde hören können, weil eben so vielerlei Günstiges gerade hier zusammentraf. — Bei so viel Licht fehlte es, wie gesagt, aber auch an Schattenseiten nicht, und die schlimmste war die Sopranpartie. Alles war daran so niedlich, so gefällig, so elegant, so unrein, so seelenlos, und so kopflos dazu, und die Musik bekam eine Art von liebenswürdigem Ausdruck, über den ich noch heute toll werden möchte, wenn ich daran denke. Auch die Altistin war der Stimme nach nicht zureichend, um den Saal zu füllen, und neben solchen Massen und solchen Solosängern zu stehen, doch trug sie sehr gut und musikalisch vor; da läßt sich der Mangel an Stimme schon viel eher ertragen; wenigstens ist mir in der Musik nichts so unangenehm, als jene gewisse kalte, seelenlose Coquetterie, die an sich selbst so unmusikalisch ist, und die doch so oft als Grundlage vom Singen und Spielen und Musikmachen angetroffen wird. Sonderbar, daß ich dergleichen sogar bei den Italienern seltener finde, als bei uns Deutschen. Mir ist immer als müßten unsere Landsleute es entweder von Herzen recht gut mit der Musik meinen, oder es wäre eben jene abscheuliche, dumme, und noch dazu affectirte Kälte in ihnen, während so eine italienische Kehle daher singt was sie kann, wie ihr der Schnabel gewachsen ist, allenfalls um des Geldes willen; aber doch nicht um des Geldes und der Aesthetik, und der Recensionen, und des Bewußtseins, und der richtigen Schule, und 27.000 anderer Gründe willen, die alle mit der innern Natur nicht aufrichtig zusammenhängen. Das ist mir wieder bei diesem Musikfest recht aufgefallen. Moscheles war am Montag krank geworden, und ich hatte alle Proben für ihn zu leiten. Als es so gegen 10 Uhr Abends wurde, und ich mich genug gequält hatte, da kamen die Italiener hereingewandert, und betrugen sich so nonchalant wie immer; aber sowie die Grisi und Mario und Lablache nur eben anfingen zu singen, dankte ich meinem Gott innerlich; die wissen doch selbst wie sie es haben wollen, singen rein und im Tact, und man hört, wo das erste Viertel sein soll; denn daß ich mich an ihrer Musik wenig erfreue, dafür können sie nichts! Aber eigentlich gehört diese Digression gar nicht hierher — ich wollte Ihnen vom Birminghamer Musikfeste erzählen, und von der town Hall und schimpfe über das Musikmachen unserer Landsleute. Sie werden sagen: „das habe ich mündlich schon genug und zu viel hören müssen." Nun dafür will ich Ihnen auch die übrige Beschreibung des Festes lieber mündlich in Ihrem Eckzimmer nachliefern.

Möge ich Sie nur wohl und gesund und in unveränderter Freundlichkeit antreffen!

Ihr ergebener

Felix Mendelssohn Bartholdy.

---

## An seinen Schwager, den Professor Dirichlet in Berlin.

Leipzig, 4. Januar 1847.

Lieber Dirichlet!

Ich schreibe Dir diese Zeilen, um mir, — ich wollte sagen Dir zu wünschen, daß Du in Berlin bliebest. [Dirichlet war in Unterhandlung über einen Ruf nach Heidelberg begriffen].

Ohne allen Spaß, ich möchte alles, was ich Dir mündlich darüber sagte, schriftlich und neujährlich wiederholen! Je mehr ich hier (nicht in Berlin) über diesen Plan nachdenke, desto mehr überzeuge ich mich, daß mich die Ausführung betrüben würde, 1) für Euch und 2) für mich (und drittens ist das gar ein und dasselbe), denn indem ich mich wieder und wieder hier umsehe, und so herumrieche, was für Wetter in Deutschland ist — und Du weißt, das wittert man gerade in Berlin oft lange, lange nicht, so sehe ich überall ein Bestreben in die großen Städte hin, von den kleinen Städten weg. Und man möchte sagen, nun würde es erst recht angenehm in den kleinen Städten werden, aber die bleiben selbst auch nicht in ihrer Behaglichkeit, sondern die geben sich wieder Mühe, große Städte zu werden. Und das ist es, warum ich niemand, und am allerwenigsten Dich in diesem Augenblick in Deutschland aus einer großen Stadt in eine kleine ziehen sehen würde, ohne die lebhaftesten Besorgnisse. Tausend materielle und geistige Bedürfnisse, nach deren Befriedigung gerade eben die kleineren Orte jetzt auch streben, und dadurch ihren Mangel fühlbarer machen, — tausend Annehmlichkeiten im Leben und Wissenschaft, — die Verknüpfungen langer Jahre bei Dir, und der ersten Kinderzeit bei Rebecka, — alles das rechnest Du in diesem Augenblick für weniger, als es ist, weil Du gewohnt warst, es dort so und nicht anders zu haben, und weil Du in der Gegenwart verstimmt, und mit dem, was dort geschieht, nicht zufrieden bist. Aber wahrhaftig, Du wirst dieselbe Verstimmung und dieselbe Unzufriedenheit überall, durch ganz Deutschland verbreitet finden; zunächst freilich nur in denen, die Du an andern Orten triffst, nicht in Dir, dem neuen Ankömmling, aber leider, leider faßt sie heut zu Tage in unserm Vaterlande einen jeden mit jeder Stunde, da wo er mehr und mehr Wurzel schlägt. Und das müßtest und würdest Du doch dort! Und Du würdest Dich in dieser Hauptbeziehung um nichts gebessert haben. Und die Besserung der allgemeinen Krankheit führst nicht Du mit Deiner Uebersiedelung, und nicht ich mit meinen Abonnements-Concerten herbei, — sie kann nur durch ganz andere Dinge, oder durch eine sehr starke Krisis kommen, und in allen Fällen ist es dann gut, nicht in neuen, sondern in alten gewohnten Verhältnissen zu sein. Auch ein drittes kann kommen, und ist in Deutschland leider nicht das unwahrscheinlichste: es kann alles beim Alten bleiben. Aber auch dafür ist das beste, das Neue nicht anzufangen, wenn es eine wesentliche Verbesserung gleich in sich und an sich darbietet. Ich möchte eben, Du bliebst in Berlin.

Daß Du durch irgend eine Zusage, sie sei so freundlich, oder so bestimmt gewesen, als sie wolle, nun in den Händen der Heidelberger Leute seiest, und ja sagen müßtest, wenn die nun ja sagen, — das

glaube ich nun einmal nicht! Ein Verhältniß wie Dein Berliner lös't sich nicht mit einem Briefe und ein Paar Worten und wenn jene durch Deine Antwort irgend ein Recht auf Dich zu haben glauben können, so haben's die andern doch auch, das ist nicht zu leugnen. Gerade aus übergroßem Rechtsgefühl, und aus zu viel Delicatesse wählt einer wol oft das, was ihm am meisten Opfer kostet; — und so glaube ich, würdest Du endlich lieber Heidelberg wählen, aber das erkennen jene nicht; die wollen ein Geschäft abschließen, und das mußt Du auch, — und weiter nichts. Zudem haben sie das prae, weil sie etwas Neues für sich gewinnen wollen, und die Berliner nur das erhalten, was sie haben — und das erste ist immer hübscher und frischer. Aber wie gesagt, es bleibt ein Geschäft, das vergiß nicht, — und daß alle Berliner Dich gern halten möchten, das weißt Du ja so gut wie ich. Verzeih meine curiose Predigt, aber bleib!

Es ist mir auch um meinetwillen. Denn ich bin jetzt — ich kann wol sagen entschieden, sehr bald wieder meine Winter in Berlin zuzubringen. Laß uns nicht „verwechselt das Bäumchen" spielen. Ich habe unter wahrlich sehr günstigen Umständen den Aufenthalt einer kleineren Stadt vorgezogen, habe ihn von jeher geliebt, bin an keinen anderen gewöhnt, und es zieht mich doch jetzt weg davon, und zu den Leuten, mit denen ich Kindheit und Jugend genossen habe, und deren Erinnerungen und Freundschaften und Erlebnisse die meinigen sind. Da meine ich, müßten wir alle zusammen ein ganz nettes Haus bilden können, so wie wir's lange nicht gesehen haben, und es gäbe ein gutes Leben (unabhängig vom politischen Leben oder Nicht-Leben, was sonst alles andere angefressen hat). Dazu hat sich alles seit einiger Zeit vereinigt, an mir, wie gesagt, wird es nicht fehlen, denn ich halte es für das größte Glück, das kommen könnte; und mach Du es nicht mit einem Schlage unmöglich, und bleibe Du in Berlin, und laß uns dort zusammenkommen. — Das sind die Gründe meinetwegen, schlecht gesagt, aber besser gemeint, als gesagt. Und nichts für ungut.

Dein

Felix.

## Locales.

Wie wir soeben aus sicherer Quelle vernehmen, wird die, für dieses Semester, letzte Uebung des academischen Gesangvereins, in welchem der ganze erste Theil des Mendelssohn'schen Paulus mit allen Solis gesungen werden soll, nicht am Montag Abends, sondern bereits morgen, am Sonntag Abends 6 Uhr, stattfinden. — Wir setzen als bekannt voraus, daß zu dieser Uebung auch Nichtmitgliedern der Zutritt offensteht, wenn sie Billete von Mitgliedern erhalten und ebenso, daß anstatt einer Zahlung für die Billete zu einem wohlthätigen Zwecke Becken ausgestellt und Texte zu 15 Kop. zu haben sein werden.

— In der gestrigen Versammlung des Handwerkervereins forderte der Vorsitzende zur Betheiligung an der hier zur errichtenden städtischen freiwilligen Feuerwehr auf, welcher Aufforderung durch zahlreiche Unterschriften auf das Bereitwilligste entsprochen wurde. — Nachdem der Versammlung der mit der Gesellschaft der Bürgermusse für das nächste Vereinsjahr vereinbarte Miethcontract mitgetheilt worden war, sprach vor einem zahlreichen Auditorio Hr. Dr. Bidder: „Ueber Bewegung."

## Witterungsbeobachtungen.

29. Novbr., A. St. (11. Decbr.)

| | Barom. 0° R. Paris. Linien. | Abweichung v. Mittel. | Temperatur. R. | Wind. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7 U. M. | 325,63 | — 9,47 | 1,8 | S | Bewölkt(3), Nachts Regen |
| 2 U. | 323,59 | —11,55 | 0,8 | S | Trüb (4) |
| 11 U. | 323,36 | —11,84 | 0 | | Trüb (4) |
| Mittel | 324,81 | | 1,09 | | (3,59) |

Die Temperatur ist 4,03 über dem Mittel. Höchste Temperatur dieses Tages 4,26 im J. 1857, kleinste — 17,85 im J. 1849 und — 17,62 im J. 1862. Das Barometer bleibt auf dieser niedrigen Höhe fast unverrückt von 3 Uhr Abends bis 3 Uhr M. an 12 stehen, dann fängt es an zu steigen. Das Minimum des Luftdruckes bei dieser Oscillation wahrscheinlich in unserer Gegend, denn sonst würde es gestürmt haben, dieses ist im westlichen Europa geschehen.

## Fremden-Liste.

Vom 30. Novbr. 1863.

**Hotel London:** Hr. v. Sivers aus Rappin. — Abgereist: Hr. Paulmann.
**Hotel St. Petersburg:** Hr. C. Luhde; Hr. v. Zurmühlen.
**Hotel Paris:** Hrn. Verwalter: Jacobson aus Palla, Redlich nebst Frau Gemahlin, Krüger aus Kaster und Sonne aus Arrol.

№ 653. Von der Censur erlaubt. Dorpat, den 30. Nov. 1863.

# Bekanntmachungen.

### Officielle.

Das Vogtei- als Wettgericht dieser Stadt fordert sämmtliche Inhaber von Getränke-Verkauf-Anstalten hiermit auf, hinsichts der für das nächste Jahr aus der Kreis-Rentei zu lösenden Verkaufs-Billets unfehlbar im Laufe des December-Monats c. bezügliche Meldungen bei dieser Behörde zu machen.

Dorpat-Rathhaus, 26. Novbr. 1863.

---

Die Verwaltungen der hiesigen Stadt-, Quartier- und Polizei-Cassa fordern diejenigen Personen, welche aus diesem Jahre an benannte Cassen Rechnungsforderungen haben, hiermit auf, ihre gehörig verificirten Rechnungen bis zum 15. Decbr. d. J. bei der Kanzellei der genannten Verwaltungen unfehlbar einzureichen, widrigenfalls es Jeder sich selbst beizumessen haben wird, wenn nach Ablauf dieser Frist die einkommenden Rechnungen nicht weiter angenommen werden.

Dorpat, am 27. November 1863.

---

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

**E. J. Karow** ist vorräthig:

Reichenau, R., **Aus unsern vier Wänden.** Bilder aus der Jugend, und dem Familienleben. Erste Abth.: Bilder aus dem Kinderleben 1 R. 1 K. Zweite Abth.: Knaben und Mädchen. 1. R. 1 K. Dritte Abth.: Auswärts und Daheim. 1 R. 25 K.

Diese anziehenden Bücher, von denen der erste Theil bereits in 9. Auflage erschien, gewinnen täglich neue Freunde und können mit Recht als passendes Geschenk bezeichnet werden.

---

Bei **E. J. Karow** traf wieder ein:

Gorup-Besanez, **Lehrbuch der Chemie.** I. Band: Anorganische Chemie. Zweite Aufl. 2 R. 92 K.

---

Durch die plötzlich stark gewichenen und noch immer fallenden Wechsel-Course sind wir genöthigt, die bis zum Jahre 1859 bestandenen Bücherpreise (welche um 7% höher als die jetzigen sind) vom 1. December a. c. wieder eintreten zu lassen, was wir unseren geehrten Kunden anzuzeigen, uns hierdurch beehren.

Dorpat d. 29. November 1863.

**Th. Hoppe. E. J. Karow.**

---

**Sonntag, 1. December Abends 8 Uhr**

## Concert

im Saale der **Bürgermusse,** von der hiesigen Stadtcapelle, unter Mitwirkung eines Sängerchors, für Mitglieder und Familien der Bürgermusse und des Handwerker-Vereins. — Billete à 20 Kop. sind beim Oeconomen der Bürgermusse und bei R. Liebert, Buchdruckerei von E. J. Karow, in Empfang zu nehmen.

---

Sonntag den 1. December 1863 findet **keine Orchesterübung** statt, da die Uebungen den 24. November geschlossen worden sind.

---

Sonntag den 1. December Wiederbeginn des **Tanzunterrichtes. J. Müller.**

---

Mit polizeilicher Bewilligung.
Im Hotel St. Petersburg Nr. 13

## plastische Darstellung

**der heiligen Weihnachtsgeschichte**

**Die erste Gruppe** stellt das innere eines Stalles dar und in demselben die Gruppe der Geburt.
**Die zweite,** eine Halle des Tempels und in derselben die Sinne der Darstellung.
**Die dritte,** die Ansicht eines Hauses und vor demselben die Anbetung der Weisen.
**Die vierte,** die Gruppe der Verkündigung.
**Die fünfte,** die Flucht nach Egypten.

Die Ausstellung ist von Dienstag den 3. Decbr. ab, täglich von 4—7 Uhr Nachmittags.

Eintrittspreis 20 Kop. S. — Kinder zahlen die Hälfte.

---

Auf dem Gute Ropkoy findet ein mit guten Attestaten versehener unverheiratheter Buchhalter vom 1. April nächsten Jahres ab eine Anstellung. Hierauf Reflektirende haben sich vom 5. December ab beim Unterzeichneten zu melden. Briefliche Offerte und Anfragen werden nicht berücksichtigt.

Landrath **von Brasch.**

---

**Französische Handschuhe**
in bester Qualität empfehlen
***Gebr. Bärtels.***

---

## Damen Pelzstiefel

erhielt in **verschiedenen Arten** und verkauft zu billigen Preisen

**B. A. Müller,**
Galoschenhandlung, Haus Peterson, Ritterstraße.

---

Unterzeichneter erhielt soeben

## Kerosine (Erdöl)

in vorzüglicher Qualität à Pfund 20 Kopeken.

Diese Gattung ist völlig **geruchlos,** brennt **sehr hell** und **sparsam** und ist deshalb jeder Haushaltung besonders zu empfehlen.

**C. Sachsendahl,**
in der Nähe des Rathhauses.

---

Unterzeichneter hält Lager von
**Kerosine-Hängelampen,**
**Kerosine-Tischlampen,**
**Kerosine-Wandlampen,**
**Kerosine-Comptoirlampen,**
**Kerosine-Küchenlampen,**
**Kerosine-Nachtlampen**
in verschiedenen neuen und zweckmäßig eingerichteten Gattungen.

**C. Sachsendahl,**
in der Nähe des Rathhauses.

---

**Damen-Schuhmacher-Gesellen, nur gut geübte Arbeiter,** können sofort in meiner **Gewerbe-Anstalt** auf dem Techelferschen Grunde gegen angemessene Belohnung und guter Aufwartung in Arbeit treten.

Die Bedingungen werden in meiner Galoschenhandlung mitgetheilt.

***B. A. Müller*** in Dorpat, in der Ritterstraße.

---

Ein mit Perlen gesticktes **Sophakissen** ist auf dem Wege vom Morgensternschen bis zum Beckmannschen Hause gestern Nacht zwischen 12 und 1 Uhr verloren gegangen. — Der Finder wird ersucht, gegen angemessene Belohnung dasselbe im Beckmannschen Hause Vormittags zwischen 9 und 11 Uhr abgeben zu wollen.